

HISTORISCHE EUROPA-STUDIEN

Michael Gehler/Sanne Ziethen (Hrsg.)

Währungs-
identitäten und
-kulturen im Kontext
europäischer und
globaler Krisen

Hildesheimer Europagespräche VI

Band 27

Michael Gehler / Sanne Ziethen

Währungsidentitäten und -kulturen im Kontext
europäischer und globaler Krisen

HISTORISCHE EUROPA-STUDIEN
HISTORIC EUROPE STUDIES

Geschichte in Erfahrung, Gegenwart und Zukunft
History in Experience, the Present and the Future

herausgegeben vom
Institut für Geschichte
der Stiftung Universität Hildesheim
unter der Leitung von Michael Gehler

edited by
the Institute of History
University of Hildesheim
directed by Michael Gehler

Band 27
Volume 27

Michael Gehler / Sanne Ziethen
Währungsidentitäten und -kulturen im Kontext europäischer und
globaler Krisen

U

Universitätsverlag Hildesheim
Hildesheim

g

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2022

Michael Gehler / Sanne Ziethen

Währungsidentitäten und -kulturen im Kontext
europäischer und globaler Krisen

U

Universitätsverlag Hildesheim
Hildesheim

o

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2022

Diese Publikation entstand in Zusammenarbeit von Georg Olms Verlag und
Universitätsverlag der Stiftung Universität Hildesheim.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Dokument steht im Internet kostenfrei als elektronische Publikation
(Open Access) zur Verfügung unter: <https://doi.org/10.18442/hes-27>

Dieses Werk ist mit der Creative-Commons-Nutzungslizenz „Namensnennung 4.0
International“ versehen. Weitere Informationen finden sich unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2022

www.olms.de

© Universitätsverlag Hildesheim, Hildesheim 2022

www.uni-hildesheim.de/bibliothek/universitaetsverlag/

Alle Rechte vorbehalten

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Satz: Jan Schönfelder

Umschlagentwurf: Anna Braungart, Tübingen

Herstellung: Hubert & Co., Göttingen

Printed in Germany

Print-ISSN 1869-1196

Print-ISBN 978-3-487-16209-6

Inhalt

Einleitung	5
I. Akteure der Geld- und Währungspolitik	23
Otmar Issing Währungs-Wirtschaftsunion und Banken-Fiskalunion – Europa auf dem Weg zur Politischen Union?	25
Otmar Issing „Mein Weg von der D-Mark zum Euro“	30
Klaus Regling Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM).....	71
Klaus Regling „Ideallösungen gibt es in der Krise selten. Krisen bedeuten auch, dass man auch Fehler macht.“	77
Werner Hoyer Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die EU	119
II. Experten der Steuer- und Wirtschaftspolitik	129
Sebastian Huhnholz Europa steuern. Fiskalische Einflüsse auf europäische Formen.....	131
Sebastian Huhnholz „Europa sollte mehr sein wollen“	170
Lars P. Feld Die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion	205
Lars P. Feld „Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, was man aushalten können und hart dagegenhalten muss.“	210
III. Analysten von Wirtschafts-, Währungs- und Identitätskrisen	267
Athanassios Pitsoulis Der Fall Griechenland – eine Euro-Krise ohne Ende?	269
Athanassios Pitsoulis „Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“	275
Max Otte Volks- und Raiffeisenbanken als Stabilitätsfaktor in Wirtschaftskrisen. Eine polit- und institutionenökonomische Perspektive.....	307

Max Otte	
„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will“	323
Hans Reckers	
Andauernde Probleme mit dem Euro	367
Hans Reckers	
„Das Eingehen einer gemeinsamen Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“	373
Personenregister	409
Danksagung	415

Einleitung

Krisenhafte Erfahrungen mit der eigenen Währung hinterlassen Spuren: Banken-, Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrisen prägen politische wie wirtschaftliche Systeme, den Umgang mit Geld auf gesamtgesellschaftlicher wie privater Ebene, den Aufbau und die Organisationsstruktur von Institutionen sowie nicht zuletzt nationale Selbstverständnisse (Identitäten) und politische Kulturen (Systeme).

So selbstverständlich dies klingen mag, so sehr lohnt es sich, den Einfluss nationaler Wirtschaftskulturen, als wichtigen Teil nationaler Identitäten, auf das „Konstrukt Europa“ zu untersuchen: Nicht nur in den Anfangsphasen der Gründung der Europäischen Gemeinschaften stießen die verschiedenen Erfahrungen und Einstellungen kontrovers aufeinander – auch heute ist der Euro als gemeinsame Währung im „Kampf der Wirtschaftskulturen“¹ immer wieder im Krisenmodus. Austritte aus der Union (Brexit)² oder die Gründung von Anti-Euro-Parteien (und deren Weiterentwicklung)³ sind dafür ebenso sichtbare Zeichen wie der Umgang mit aktuellen, durch die weltumspannende Pandemie ausgelösten Krisenphänomenen.

Diesen historischen und politischen Zusammenhängen weiter nachzuspüren, setzt sich der vorliegende Band zum Ziel und versammelt Vorträge und Gesprächstranskriptionen mit Akteuren der Geld-, Finanz- und Währungspolitik, Experten der Steuer- und Wirtschaftspolitik und Analysten von Wirtschafts- und Währungskrisen, die im Rahmen der Hildesheimer „Europagespräche“ eingeladen wurden.

Mit der öffentlichen Veranstaltungsreihe hat das Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim seit 2007 ein Forum geschaffen, in dem Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Diplomatie über aktuelle und historische Themen europäischer (Zeit-)Geschichte sowie über Fragen der europäischen Integration sprechen. Immer wieder sind in diesem Rahmen auch namhafte Wirtschaftshistoriker, Ökonomen sowie Finanz- und Wirtschaftsexperten zu Gast, die nicht nur für Vorträge und Diskussion, sondern auch für ausführliche Zeitzug-Interviews zur Verfügung stehen. Im Rahmen seiner „Europagespräche“ hat sich das Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim aufgrund der aktuellen Banken-, Finanzmarkt- und Staatsverschuldungskrise, vereinfachend auch als „Eurokrise“ bezeichnet, schon in den Jahren von 2008 bis 2013 verstärkt dieser von der historischen Forschung kaum beachteten und diskutier-

-
- 1 Markus Brunnermeier/Harold James/Jean-Pierre Landau, Euro. Der Kampf der Wirtschaftskulturen. München 2018.
 - 2 Michael Gehler, Vom Selbst- und Fremdausschluss zur EG-Mitgliedschaft bis zum EU-Austritt. Britische Europapolitik oder die längere und kürzere Vorgeschichte des „Brexit“ 1945–2020, in: Franziska Bartl/Frank-Lothar Kroll/Stefan Schieren (Hrsg.), Britannien und Europa/Britain and Europe. Entwicklungslinien und Perspektiven vom Mittelalter bis in das 21. Jahrhundert, Berlin 2022, S. 95–132.
 - 3 Malte Zabel, Euroskeptizismus. Ursprünge und Ausdrucksformen im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung/Center for European Integration Studies Bd. 78), Baden-Baden 2017; Laurent Warlouzet, Europe contre Europe. Entre Liberté, Solidarité et Puissance, Paris 2022, S. 435–454.

ten Thematik zugewandt. Zu Wort kamen Historiker, Politikwissenschaftler, prominente Bankexperten sowie ehemalige deutsche Finanz- und Wirtschaftsminister. Dieser erste Band zur einschlägigen Thematik handelte auch von den wichtigsten politischen Kontexten und Voraussetzungen auf dem Wege zur europäischen Einheitswährung, sodann von der Finanz- und Wirtschaftspolitik im Mehrebenensystem von Kommunal-, Landes- und Bundespolitik und zu guter Letzt von Erkenntnissen und Lehren aus den Finanz-, Banken- und Schuldenkrisen. Zu Wort kamen dabei der Wiener Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler, Makroökonom und Wirtschaftspolitiker Heinz Handler am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung,⁴ die französische Historikerin und Expertin zu Valéry Giscard d'Estaing als Mitbegründer des Europäischen Währungssystems⁵ und an der Université Cergy Pontoise in Paris lehrende Michèle Weinachter, der vormalige Bundesbankpräsident (1993-1999) Hans Tietmeyer,⁶ der an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf tätige Integrations- und Wirtschaftshistoriker Guido Thiemeyer und der frühere Bundesfinanzminister (1999-1998) Theo Waigel. In weiterer Folge waren auch der Leiter der Abteilung Europa und Internationale Zusammenarbeit der Niedersächsischen Staatskanzlei, Heinz Davidsohn, der Chef der Staatskanzlei (ab 1989), Wirtschaftsminister (ab 1995) und Ministerpräsident (ab 1998) des Landes Nordrhein-Westfalen und Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit im Kabinett Schröder II (2002-2005) Wolfgang Clement, der Finanzminister (1999-2005) unter der rot-grünen Regierung, Hans Eichel, der Chefanalyst der Bank Austria Uni-Credit in Wien, Stefan Bruckbauer, der Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) (2006-2012), Jürgen W. Stark, der österreichische Finanzökonom und Vorsitzende der Eurogroup Working Group (EWG), einer Arbeitsgruppe der Euro-Gruppe (2012-2018), Thomas Wieser, und zuletzt der Hildesheimer Politikwissenschaftler Holm A. Leonhardt in diese Vorreiter-Publikation einbezogen worden.⁷

Die meist teils mehrstündigen, teils mehrtägigen intensiven Gespräche mit Zeitzeugen von Umbrüchen in deutscher und europäischer Geschichte erlauben weit mehr als nur

4 Heinz Handler, Vom EWS zum Euro: DM und Schilling Hand in Hand, in: Michael Gehler/Ingrid Böhler (Hrsg.), *Verschiedene europäische Wege im Vergleich: Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart*, Innsbruck – Wien – Bozen 2007, S. 285-304; Ders., *Krisengeprüftes Europa. Wie wir die Solidarität in der EU stärken können*, Wiesbaden 2021, S. 269–282.

5 Michèle Weinachter, Valéry Giscard d'Estaing et l'Allemagne. Le double rêve inachevé, Paris 2004, S. 97–148; Dies., Le tandem Valéry Giscard d'Estaing – Helmut Schmidt et la gouvernance européenne, in: Wilfried Loth (Dir.), *La gouvernance supranationale et la construction européenne*, Bruxelles 2005, S. 205–238.

6 Joachim Algermissen, Hans Tietmeyer. Ein Leben für ein stabiles Deutschland und ein dynamisches Europa (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 70), Tübingen 2019.

7 Die von 2007 bis 2015 geführten Gespräche sind in folgendem Band abgedruckt: Michael Gehler/Marcus Gonschor/Hinnerk Meyer (Hrsg. unter Mitarbeit von Severin Cramm und Miriam Hetzel), *Banken, Finanzen und Wirtschaft im Kontext europäischer und globaler Krisen. Hildesheimer Europagespräche III (Historische Europa-Studien 11)*, Hildesheim – Zürich – New York 2015.

spannende Einblicke „hinter die Kulissen“ von Wirtschaftspolitik und politischem wie wissenschaftlichem Alltag. Bei der Beantwortung von Fragen, die oft weit über die jeweilige berufliche Tätigkeit hinausgehen, werden persönliche Ansichten, Einschätzungen, Meinungen, Prognosen und vielschichtige Bewertungen ermittelt, so dass eine Publikation geboten scheint.

Die Expertengespräche in diesem Band sind über einen langen Zeitraum geführt worden und nach den Zusammenfassungen der Vorträge auch als Interviewtranskriptionen vorhanden. Sie umspannen die Phase von November 2014 (beginnend mit dem Ökonomen Otmar Issing) bis Oktober 2018 (und endend mit dem Politiker und Ökonomen Hans Reckers) – eine Zeitspanne, die von unterschiedlichsten Krisenphänomenen und -debatten (Griechenland, Flüchtlinge und Brexit) geprägt war und Europa erheblich verändert hat. Zu den Gemeinschafts-, Solidaritäts- und Wirtschaftskrisen gesellt sich in der Phase der Vorbereitung der Drucklegung dieses neuen Bandes mit COVID-19 eine neue Art von weltumspannender Krise, deren Ausgang und Folgenabschätzung für dieses Publikationsvorhaben noch nicht absehbar war. Gleiches gilt für den seit dem 24. Februar 2022 von Wladimir Putin ausgeweiteten russischen Krieg gegen die Ukraine. Bewusst haben sich die Herausgebenden dennoch entschieden, die Vorträge in der Form zu belassen, in der sie zum jeweiligen Zeitpunkt gehalten wurden. Sie sind damit schon selbst zu einem zeitgeschichtlichen Dokument geworden.

In diesem Band werden die Vorträge als von Institutsmitgliedern und Studierenden verfasste Zusammenfassungen publiziert. Videoaufzeichnungen zu allen Vorträgen sind auf der Webseite des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim abrufbar.⁸

Für die Interviews gilt: Nur in einigen wenigen Fällen sind sie durch Nachfragen ergänzt worden. Diese finden sich mit Datum gekennzeichnet jeweils im Anschluss an das transkribierte Gespräch. Zum Teil wurden die Referenten auch vom örtlichen Radiosender „Radio Tonkuhle“ oder von Studierenden interviewt. Auch diese Aufnahmen haben transkribiert Eingang in den Band gefunden.

Es ist die Fülle von Fachvorträgen und persönlichen Einblicken, die die Publikationsreihe der „Hildesheimer Europagespräche“ so besonders macht. Die Vielfalt der Themen, die besonders in den biographisch, fachlich, aber auch erfahrungsgeschichtlich angelegten Interviews aufscheinen, erschwert aber gleichzeitig eine Einteilung des Bandes in Themenkategorien.

Dieser Band ordnet die Beiträge daher nach den beruflichen Hauptbetätigungsfeldern der Vortragenden, wohl wissend, dass in den ausführlichen Gesprächen zahlreiche Aspekte aufscheinen, die nicht nur eine, sondern viele andere Einordnungen ermöglicht hätten.

8 Europagespräche-Überblick [<https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/geschichte/erasmus-und-europagespraeche/europa-gespraeche/>], 22.8.2022.

I. Zum Titel: Währungsidentitäten, -kulturen und -krisen

Auf Währungsidentitäten, -kulturen und -krisen im Titel zu rekurrieren, deutet bereits an, dass die Herausgebenden die fachlich-wissenschaftlichen Inhalte und Fragen durch einen interdisziplinär übergreifenden Blick ergänzen möchten. Grundlegende wissenschaftliche Fundierungen seien an dieser Stelle nur kurz umrissen:

Der Euro als gemeinsame Währung als Buchgeld 1999 und als Realwährung 2002 gilt gemeinhin seit seiner Einführung als (rationales) Mittel zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums und Unterstützung des seit 1993 bestehenden Binnenmarkts. Diesem Verständnis folgend, findet sich häufig die metaphorische Umschreibung von Europa als „Fahrzeug“ oder „Maschine“: Der erste EWG-Kommissionspräsident (1958-1967) Walter Hallstein⁹ verglich die europäische Integration mit einem Fahrrad, das stets am Strampeln gehalten werden muss.¹⁰ Die Wirtschaft wird dabei häufig als der Motor der Europäischen Gemeinschaften, die deutsche Einigung gemeinhin als „Katalysator“ für die unionsvertragliche Regelung von Maastricht 1992 (in Kraft 1993) und die Einführung des Euro dargestellt. Die Wirtschaftsunion der EU (mit dem gemeinsamen Binnenmarkt) und die Währungsunion (mit dem Euro als vergemeinschafteter Währung) werden sozusagen als die Treibstoffe dieses Motors verstanden. Den Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1996 könnte man – um im Bild zu bleiben – sozusagen als „Keilriemen“ beschreiben. Auch ein „stotternder“ Motor – sprich: Krisen – komplettiert die gern bemühte Metapher.

Das Beispiel deutet Europa als regulierbaren Mechanismus, angetrieben vom Grundgedanken der zu aktivierenden bzw. motorisierten Bewegung – eine Metapher also, die vor allem technische und rationale Funktionsabläufe schildert.¹¹ Auch wenn das zur neutralen Beschreibung von Währungen als „Zahlungsmittel, Rechnungseinheit und Wertaufbewahrungsmittel“ passend ist,¹² wohnt einem gemeinschaftlichen Zahlungsmittel stets jedoch auch ein großes gemeinschaftstiftendes, identitätbildendes und hochemotionales Potenzial inne,¹³ gerade wenn es sich in seiner tatsächlichen und vermeintlichen Krise befindet.¹⁴ Dieses bildet sich umso stärker aus, je größer die Anerkennung ist, die

9 Walter Hallstein, *United Europe. Challenge and Opportunity*, Cambridge 1962; Wilfried Loth, Walter Hallstein (1958–1967): the founding President, in: Jan van der Harst/Gerrit Voerman (Eds.), *An Impossible Job? The presidents of the European Commission 1958–2014*, London 2015, S. 29–50.

10 [Walter Hallstein] „Integration is like a bicycle [...] You either move on or you fall off“, *Western Europe: Pulling Apart*, in: *Time Magazine* Vol. 93 (14. 2. 1969), Issue 7, p. 38.

11 Siehe dazu beispielsweise Siegfried Schieder, *Die gestaltende Kraft von Sprachbildern und Metaphern. Deutungen und Konstruktionen von Staatlichkeit in der deutschen Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag*. Wiesbaden (Erscheinen geplant 2022, verfügbar als Inauguraldissertation Universität Trier, 2006, hier S. ii).

12 Vertrag zur deutsch-deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18.5.1990, Art. 10.

13 Christina von Braun, *Der Preis des Geldes. Eine Kulturgeschichte*, Berlin 2012, S. 16–18.

14 Michael Gehler, *Challenges and Opportunities: Surmounting Integration Crises in Historical*

die Währung durch die Gruppe, den Staat oder die Währungsunion erfährt. Im Gegensatz zu obig geschildertem technisierten Bild würde Europa und der Euro dann beispielsweise als „natürlicher Organismus“ in Menschen- oder Pflanzenmetaphorik umschrieben, sein Wirkungszusammenhang als „natürlich“ und „gewachsen“ empfunden. Ein wieder anderes Bild entwürfe die Beschreibung als „Schicksalsgemeinschaft“ oder als Union der „Werte“ bzw. „Ideen“.¹⁵

Dass in den öffentlichen Diskussionen um das Währungssystem erstere Beschreibung überwiegt, deutet darauf hin, dass die medial konstruierte Wahrnehmung des Euro als Gemeinschaftswährung zumindest ambivalent ist und für die Bildung einer europäischen Identität ökonomische, monetäre, wechselkursspezifische und zahlungstechnische Vereinbarungen offenbar als nicht ausreichend empfunden werden.

Krisen erschüttern die Kohäsionskräfte von Währungen innerhalb von Gemeinschaften zusätzlich: Sie erzeugen kollektive Emotionen der Verunsicherung, stellen Gewissheiten in Frage und legen so frei, dass geschaffene Währungen, Organisationsstrukturen und Vereinbarungen offenbar wesentlich mitbestimmende Elemente nicht berücksichtigen: Im Fokus stehen hier vor allem nationale Geldwerterfahrungen¹⁶ wie die Hyperinflation im Weimar-Deutschland der frühen 1920er Jahre oder die Währungsreform in den drei westlichen deutschen Besatzungszonen mit Einführung der D-Mark 1948, aus denen Eigenarten im Umgang mit Institutionen und weitere nationale Währungskulturen etc. entstanden sind.

Diese kulturellen wie auch emotionalen Facetten von Währungen¹⁷ und ihre strukturprägenden Wirkungen und handlungsleitenden Interessen geraten seit einem guten Jahrzehnt immer stärker in den Fokus der Betrachtung.¹⁸ Das ist wenig erstaunlich, bedenkt man, dass sich das 21. Jahrhundert in den ersten zwei Jahrzehnten als ein Jahrhundert verschiedenster Krisen darstellt, die Risse im Gebilde des gemeinschaftlich organisierten Europas sichtbar gemacht haben.

Context, in: Ludger Kühnhardt (Ed.), *Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005* (New German Historical Perspectives Vol. 2), New York – Oxford 2009, S. 109–129.

- 15 Gilbert H. Gornig/Peter Hilpold (Hrsg.), *Europas Grundrechte auf dem Prüfstand*. Unter besonderer Berücksichtigung der Länder Mittel- und Osteuropas, Berlin 2021; Michael Gehler, *Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt*, Reinbek/Hamburg 3. Auflage 2018 [komplett überarbeitete und erheblich erweiterte Neufassung der Version von 2010].
- 16 Siehe hierzu auch den instruktiven und reichen Band der Villa Vigoni von Christiane Liermann Traniello/Tilman Mayer/Francesco Papadia/Matteo Scotto (Eds.), *The Value of Money. Controversial Economic Cultures in Europe. Italy and Germany*, Villa Vigoni, Loveno di Menaggio 2021.
- 17 Siehe hierzu Sanne Ziethen/Nina Peter (Hrsg.), *Währung – Krise – Emotion. Kollektive Wahrnehmungsweisen von Wirtschaftskrisen* (Edition Kulturwissenschaft Bd. 248), Bielefeld 2021.
- 18 Bernhard Löffler, *Die kulturelle Seite der Währung: Europäische Währungskulturen, Geldwerterfahrungen und Notenbanksysteme im 20. Jahrhundert*, Berlin – Boston 2019. Siehe auch: Sanne Ziethen/Nina Peter (Hrsg.), *Währung – Krise – Emotion: Kollektive Wahrnehmungsweisen von Wirtschaftskrisen*, Bielefeld 2021.

Auf die historischen Währungskrisen, diverse Gemeinschaftskrisen verbunden mit Solidaritätskrisen und die daraus erwachsende Komplexitätskrise, bestehend aus Banken- und Finanzmarktkrise, Griechenlandkrise oder dem Brexit haben im vorliegenden Band die Beiträger nicht nur fachliche Antworten gegeben, sondern auch persönliche Erfahrungen eingebracht.

In den Expertengesprächen wurde dezidiert nach individuellen Erinnerungen und Emotionen, nach eigenen Geldwert- und -entwertungserfahrungen gefragt. Zur Sprache kamen ebenso Einschätzungen zur Einführung des Euro, zum Einfluss von Inflationserfahrungen oder der vielberufenen „German Angst“ auf politische Prozesse oder auch zur Denkfigur eines rational handelnden und eigennützigem „homo oeconomicus“. Im Folgenden sollen die Akteure und ihre wesentlichen Aussagen einfürend vorgestellt werden.

II. Akteure der Geld- und Währungspolitik

Mit Otmar Issing, Klaus Regling und Werner Hoyer kommen im ersten Teil des Bandes Akteure der Geld- und Währungspolitik zu Wort. Gleichzeitig geraten zentrale europäische Institutionen – die Europäische Zentralbank (EZB), der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Europäische Investitionsbank (EIB) – in den Blick.

In seinem Vortrag „Währungs-Wirtschaftsunion und Banken-Fiskalunion – Europa auf dem Weg zur Politischen Union“ vom 20. November 2014 stellte der führende Repräsentant der Theorie des Monetarismus in Deutschland, Volkswirtschaftler sowie exponierter Finanz- und Währungswissenschaftler auf dem Gebiet der Geldtheorie und Währungspolitik Otmar Issing¹⁹ dar, dass die Einführung des Euro zwar weit mehr als ein rein ökonomischer Akt zu betrachten ist und die zunächst überhöhten Erwartungen an die Gemeinschaftswährung vorerst nur haben enttäuscht werden können. Der ehemalige Chefökonom der Europäischen Zentralbank präsentierte die Institution im Folgenden als wichtiges institutionelles Instrument der europäischen politischen Union. Deutlich wird, wie stark historische Währungserfahrungen die Konstituierung der bei der EZB angesiedelten Bankenaufsicht und die Einführung des Fiskal- und Wachstumspakts mitbestimmen. Sorge äußerte er über die fehlende demokratische Legitimierung europäischer Ausgaben. Auch dies trage zum wirtschaftlichen Erfolg bei, der etwa in der Konkurrenz zur Volksrepublik China von großer Bedeutung sei.

Persönliche Einblicke gewährte Issing im Interview, wenn er seinen eigenen Weg zur EZB beschreibt und Einblicke in Entscheidungsprozesse bekannter Akteure gibt, eigene Entscheidungen beurteilt und durchaus damalige Sorgen und Unsicherheiten artikuliert.

19 Otmar Issing/Vitor Gaspar/Oreste Tristani/David Vestin, *Imperfect knowledge and Monetary Policy*, Cambridge 2005; Otmar Issing, *Der Euro. Geburt – Erfolg – Zukunft*, München 2008; Ders./Andreas Scholz, *Wie wir den Euro retten und Europa stärken*, Kulmbach 2012; Ders., *Der Euro in stürmischen Zeiten*, München 2016.

Einleitung

Eindrücklich gelingt die Schilderung rund um die Einführung des Euro – bei einigen Vertretern der Deutschen Bundesbank wurde dieser historische Einschnitt als lose-lose-Situation oder auch als „Kulturschock“ angesichts der neuen Rolle der europäischen Währung und des Verlusts der bisherigen Währung empfunden. Hier gerät auch die Strahl- und Symbolkraft der D-Mark in den Fokus des Gesprächs, in dem Issing die Beziehung der Deutschen zu ihrer eigenen Währung aufgrund historischer Erfahrungen als durchaus von „pathologischer Natur“ charakterisiert. Die Einführung des Euro sei für ihn als „Vernunfteuropäer“, so stellt er unmissverständlich dar, eine logische Folge der politischen Entwicklungen. Issing fragte sich, ob die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) den Weg zu einer Politischen Union Europas bahnen hilft. Wenn die vielzitierte Frage aufgeworfen wird, wer als „Vater des Euro“ zu bezeichnen ist, bleibt festzuhalten, dass es viele Väter gab, wie z. B. Bundeskanzler (1982-1998) Helmut Kohl, der aufgrund seines Engagements für die Durchsetzung des Euro, v. a. in Deutschland, anlässlich der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 1998 einstimmig von den Staats- und Regierungschefs nach Jean Monnet zum „Ehrenbürger Europas“ ernannt worden ist, oder die vorher schon erwähnten Hans Tietmeyer und Theo Waigel. Als ehemaliger Chefvolkswirt und ehemaliges Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB) war Issing 1998 maßgeblich am Entwurf der geldpolitischen Strategie der EZB beteiligt. Er kann damit auch als maßgeblicher Beteiligter und Mitgestalter an der Konzeption der EZB bezeichnet werden, die letztlich auch zu einer Bankenaufsicht führte. Die hohen Erwartungen, die an den Euro geknüpft waren, sind nach Issing letztlich erfüllt worden. Offen geblieben ist allerdings die Frage der demokratischen Legitimation von Europolitik und ob ein Eurozonen-Parlament mit delegierten, gewählten oder kooptierten Experten dieses Defizit beheben können. Wäre damit die Forderung nach „no taxation without representation“ erfüllt?

Mit dem Vortrag „Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)“ vom 7. Mai 2015 rückt inmitten der Staatsverschuldungskrise eine weitere neu geschaffene europäische Finanzinstitution in den Blick. Als Volkswirtschaftler und geschäftsführender Direktor sowohl der Europäischen Fazilität zur Stabilisierung der Finanzen (EFSF) als auch des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) liegt der Fokus des Vortrags von Klaus Regling auf der im Frühjahr 2015 aktuellen Krise und ihren Lösungsmöglichkeiten.

Der Referent macht acht Gründe für die Krise aus, zu denen er fehlende Akzeptanz wirtschaftspolitischer Notwendigkeiten, zu niedrige Zinspolitik in der Peripherie, ungenügende wirtschaftspolitische Überwachung, Probleme bei der Defizitberechnung, Kontrollversagen des Europäischen Statistischen Zentralamts (EUROSTAT), unzureichende Finanzmarktüberwachung, fehlende Krisenbekämpfungsmechanismen und die ungewöhnliche Stärke der 2015er Wirtschaftskrise zählt. Welche Maßnahmen wurden unternommen und was lässt sich daraus ableiten? Im zweiten Teil seines Vortrags benennt Regling fünf Lektionen, die aus der Krisenstrategie ersichtlich wurden: 1. Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen, 2. Engere wirtschaftspolitische Abstimmung in der Währungsunion, 3. Stärkung des Bankensystems, 4. Geldpolitische Krisenmaßnahmen und 5. EFSF und ESM als Rettungsschirme gegen die Krise. Reglings Bilanz fällt durchweg positiv aus, was auch in dem mit ihm geführten Expertengespräch zum Ausdruck kommt. Krisen, so der Volkswirtschaftler, bedeuteten immer auch, Fehler zu begehen:

teils, weil unbekannte Herausforderungen warteten, die unter Zeitdruck bewältigt werden müssen – teils, weil Lösungen nie Ideallösungen für alle Beteiligten sein könnten. Europa sei weder „die Vereinigten Staaten von Europa“,²⁰ noch „18 einzelne Nationalstaaten, sondern irgendetwas dazwischen und aus dieser Situation ergeben sich besondere Probleme“. Inzwischen besteht die Eurozone mit Lettland aus 19 Mitgliedern. Kroatien soll alsbald dazu kommen und somit ein 20er-Euro-Club gegeben sein. Regling kann in seinen bisherigen Aktivitäten als europäischer und globaler Akteur im Sinne eines aktiven Krisenvorbeugers im Rahmen der Absicherung des Eurosystems bezeichnet werden. Auf die Frage, warum es denn keinen Europäischen Währungsfonds (EWF) im Vergleich zum Internationalen Währungsfonds (IWF) gebe, erwidert Regling am Rande der Veranstaltung, dass ein solcher durch den Verbund von EZB, Kommission und dem ESM praktisch schon bestehe, ohne so erkannt und benannt worden zu sein. Die Mängel der Eurozonen-Governance sieht er in den Verstößen gegen die Konvergenzkriterien, die mangelnde Zinssatzfestlegung, die Beschränkung auf Geldpolitik, die Einwirkung der Globalität der Finanzkrise und die mangelnde Haushaltskonsolidierung, als eine Mischung aus endogenen und exogenen Faktoren.

Den Aufgaben der Europäischen Investitionsbank (EIB) und ihrem Verhältnis zur EU widmet sich am 6. Februar 2017 der Makroökonom Werner Hoyer,²¹ seines Zeichens Präsident der Europäischen Investitionsbank. Hoyer war als FDP-Politiker von 1994 bis 1998 Staatsminister im Auswärtigen Amt und von 2002 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und von Oktober 2009 bis Dezember 2011 neuerlich Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen. Bedauerlicherweise konnte Werner Hoyer aus Zeitgründen nicht für ein ausführlicheres Expertengespräch zur Verfügung stehen. Sein Vortrag steht unter dem Eindruck der britischen Entscheidung zum Brexit und der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Beide seien, so Hoyer, als Weckruf zu begreifen. Aufgabe sei es nun, Glaubwürdigkeit für das gemeinschaftlich organisierte Europa wiederzugewinnen. Dies geschehe, wenn geschlossen agiert werde, was auf Gemeinschaftsebene bewerkstelligt werden könne, wohingegen spezifische Probleme auch auf der regionalen Ebene gelöst werden müssten.

Die EIB ist eine der ältesten europäischen Institutionen mit Sitz in Luxemburg und zeitgleich zu den Römischen Verträgen (1958) ausgehandelt und begründet worden. Ziel der EIB war und ist es, Kapital für strukturschwache Regionen in den Mitgliedsstaaten bereitzustellen und schwächere Wirtschaftssektoren zu unterstützen. Trotz des Konsenses über ihre Zielsetzung begannen aufgrund der Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften kontroverse Debatten über die Struktur und Funktion der EIB. Die Notwendigkeit für die EIB, sich auf den internationalen Finanzmärkten Geld zu beschaffen, zwang die

20 Michael Gehler, Vom Schlagwort der „Vereinigten Staaten von Europa“ zur Realität des Europas der vereinigten Staaten im 21. Jahrhundert, in: Ders./Michael Lützelner (Hrsg.), Die Europäische Union zwischen Konfusion und Vision. Interdisziplinäre Fragestellungen (Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 13), Wien – Köln – Weimar 2022, S. 161–181.

21 Werner Hoyer/Rolf Rettig/Karl-Dieter Rother, Grundlagen der mikroökonomischen Theorie, 3. Auflage Stuttgart 1993.

Regierungen der Mitgliedstaaten, dem Kreditinstitut auch Eigenmittel zu gewähren, ein eigenes Statut als juristische Person zu geben und das Prinzip der Mehrheitsentscheidung einzuführen. Damit wurde die EIB als supranationale Institution der EWG, der EG und der EU zu einem anerkannten Partner der internationalen Finanzgemeinschaft.²²

Im Unterschied zu der viel später erst Anfang des 21. Jahrhunderts geschaffenen Europäischen Zentralbank ist die EIB nicht für Geld-, sondern für Kreditpolitik, also für Investitionen zuständig und verfügt über erhebliche Geldvolumina. Laut Hoyer ist sie als „good news institution“ im Vergleich zu anderen europäischen Institutionen weit weniger bekannt, wobei er sich fragt, warum das so ist. Daher bemühe er sich stets, die im März 2017 60 Jahre alte Institution stärker ins Bewusstsein vor allem der politisch Handelnden zu tragen. In seiner Schilderung verschiedener Aufgabenbereiche der EIB geht Hoyers Blick über die EU hinaus – zunächst zu unmittelbaren Nachbarn der EU, aber auch weiter, wenn er beispielsweise nach den Gründen für die gestiegenen Migrationswellen im Zeichen der „Flüchtlingskrise“ fragt und die bisherige wirtschaftliche Entwicklungspolitik kritisch hinterfragt. Nach dem „Horrorjahr“ 2016 mit der Bewältigung der Griechenlandkrise sieht Hoyer aber abschließend durchaus optimistisch in die Zukunft und erteilte Nationalisierungsbestrebungen der Mitgliedsstaaten der EU eine klare Absage.

III. Experten der Steuer- und Wirtschaftspolitik

Im zweiten Teil des Bandes kommen mit Sebastian Huhnholz und Lars Feld Experten der Steuer- und Wirtschaftspolitik zu Wort.

Der Sozial- und Politikwissenschaftler Sebastian Huhnholz von der Leibniz-Universität Hannover beleuchtet in seinem am 8. Januar 2018 gehaltenen Vortrag die Möglichkeiten, über Steuern Einfluss auf europäische Politikformen zu nehmen. Huhnholz stellt das Finanz- und Haushaltssystem der EU als ein komplexes Verhandlungsergebnis politischer Interessengeflechte dar, das stets von politischen Kompromissen geprägt sei.

Vor allem die Erfahrungen der europäischen Finanz-, Währungs- und Integrationskrise haben, so Huhnholz, immer wieder dazu geführt, die Legitimitätslogik „No taxation without representation“ progressiv auf die EU – die keine Souveränität im nationalstaatlichen Sinne besitzt – anzuwenden. In seinem Beitrag beleuchtet Huhnholz die Möglichkeiten einer dynamischeren Kopplung von Finalität und Fiskalität Europas, macht jedoch auch aus seiner Ernüchterung keinen Hehl: Es sei nach wie vor die wirtschaftliche Stabilität ausgesuchter Staaten das europa- und fiskalpolitische Primärziel der Eurozone. Leitziel europäischer Finanzen seien nicht gemeinnütziges Teilen oder gerechtes Verteilen, sondern nach wie vor eigennütziges, durch nationale Souveränität legitimes Nehmen.

Nach persönlichen Einblicken in seine eigene Adoleszenzphase in der „Wende“-Umbruchzeit geht Huhnholz im Expertengespräch vertiefend auf die „Krisenimperialität“²³

22 Lucia Coppolaro, Setting up the financing institution of the European Economic Community: the creation of the European Investment Bank (1955-1957), in: *Journal of European Integration History* 15 (2009), 2, pp. 87–104.

23 Sebastian Huhnholz, Krisenimperialität. Romreferenz im US-amerikanischen Empire-Dis-

der EU ein: Mit dem Anspruch einer „Finalisierung“ würden Forderungen gestellt, die ihren Status als „vorsätzlich hin- und hergerissene Gestalt“ weiter manifestierten. Auch Währung spalte, solange sie kein „gemeinsames Geld“ sei, sondern klare Gewinner sich an Verlierern bereicherten. Dabei ist hinzuzufügen, dass nicht alle EU-Staaten die Gemeinschaftswährung besitzen, die Union sich also in Nicht-Euro- und Euro-Staaten aufteilt: Dänemark, Schweden, Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien und Rumänien. Hinzu kommt, dass sich die Eurozone selbst in starke Nord-Euro und schwächere Südeuro-Länder darstellt, sich also in den strittigen Kontroversfragen Transferunion, Schuldenvergemeinschaftung und Staatshaushaltskonsolidierung unterschiedliche Vorstellungen ergeben haben. Die aufgespannten Rettungsschirme mit einer rigiden Sparpolitik (Austerität) zu konditionieren, hat viel zur Tendenz einer Nord-Süd-Trennlinie und -Spaltung innerhalb des Eurostaatenverbundes geführt.

Eingehend widmet sich Huhnholz im Gespräch auch dem Generalbegriff der Alltagssprache „Steuer“, bei dem es sich in fachlichem Gebrauch aber um einen Spezialbegriff handele, der eine ganz bestimmte Technik öffentlicher Teilhabe an prinzipiell als privatnützig respektierten Einnahmen meint. Die etymologische Rückführung der deutschen Sprache auf „steuern“ im Sinne von lenken, führen und leiten sowie „stauen“ im Sinne von „anhäufen“ und „einsammeln“ verdeutliche, dass Steuerpolitik zugleich Steuerpolitik sei. Deutlich werden an dieser Stelle nationale Konnotationen: Der Steuerbegriff, so Huhnholz, sei nicht neutral übertragbar, sondern transportiere in jeder Sprache unterschiedliche Botschaften, politische Erfahrungen und Kulturgeschichte. Das Bild vom Steuerrad kann hierbei auch im metaphorischen Sinne aufgegriffen werden, wenn zuvor von einer Maschine und einem Motor der Integration die Rede war. Wie soll aber eine solche Motorik ohne Steuer gelenkt und die europäische Integration geleitet werden? Solange die EU ohne eigene Steuereinnahmen auskommen muss, also nicht über die Fähigkeit verfügt, eigene Ressourcen zur Verfügung zu haben und diese zu mobilisieren, wird sie keine ausreichende Lenkungs- und Steuerungsmöglichkeiten haben, d. h. immer wieder vom Wohl und Wehe der Mitgliedstaaten und ihren finanziellen Zuwendungen abhängig sein.

Umso mehr betrachtet Huhnholz mit Sorge gegenwärtige Erosionstendenzen demokratischer Verfassungssysteme am Kontinent Europa. So schließt sich unter Bezugnahme auf den deutschen Philosophen Jürgen Habermas, Europa solle aber deutlich „mehr sein wollen“ als „Fassadendemokratie“ (gleichwohl hier ergänzt werden darf, dass das Europäische Parlament seit den Unionsverträgen von Maastricht und Lissabon entscheidende neue Kompetenzen z. B. Mitentscheidungsverfahren etc. erhalten hat), dass es am europäischen Souverän selbst liegt, mehr zu wollen sowie das Europäische Parlament auch zu wählen und zu stärken. Das vielkritisierte „Demokratiedefizit“ besteht schon seit langem nicht mehr.²⁴ Ob daher ein eigenes Eurozonen-Parlament – also eine weitere Duplizierung von Organen – noch erforderlich ist, fragt sich.

kurs, Frankfurt/Main – New York 2014.

24 Doris Dialer/Andreas Maurer/Margarethe Richter, Handbuch zum Europäischen Parlament, Baden-Baden 2015.

Auch der am 19. Juni 2018 nach Hildesheim eingeladene Ökonom Lars Feld wirft in seinem öffentlichen Vortrag einen Blick auf die „Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion“. Der Referent war seinerzeit Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Rat der Wirtschaftsweisen“)²⁵ und ist nun im Ehrenamt als „Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung“ Christian Lindner tätig, um in dieser Rolle den Minister bei der Bewertung makroökonomischer Fragestellungen zu unterstützen. Felds Kritik an der Geldpolitik der EZB richtet sich vor allem auf ihre expansive Ausrichtung. Schuldenstandsquoten wichtiger wirtschaftsstarker Länder seien viel zu wenig Thema öffentlicher Diskussion. Am Beispiel Italiens konkret gemacht, richtet sich Felds Interesse hauptsächlich auf die Maßnahmen, mit denen die Europäische Union die Währungsunion zu schützen versucht. Deutlich werden dabei sowohl der Balanceakt zwischen gemeinschafteter Geldpolitik und nationaler Souveränität in Wirtschafts- und Finanzpolitik als auch die weitreichenden Veränderungen durch die Bankenunion. Hier gebe es noch Reformbedürfnisse, die u. a. auch vom Sachverständigenrat als Empfehlungen vorlägen.

Die Arbeit in diesem Gremium ist auch einer der großen Schwerpunkte des Experteninterviews, das in zwei Sitzungen geführt worden ist. Feld beschreibt plastisch seinen Weg zum „Wirtschaftsweisen“, vor allem aber gibt er Einblicke in die umfangreiche und arbeitsintensive Tätigkeit eines Sachverständigenrats, der nicht nur bundesrepublikanische Geschichte von Beginn an geprägt hat, sondern auch in Europa in seiner Ausprägung einzigartig ist.

Die Grundkonzeption der Versachlichung der wirtschaftlichen Debatten sowie politisch unabhängige Analysen der Wirtschaftspolitik auf der einen und umfangreiche Kommunikation für die Öffentlichkeit auf der anderen Seite stellt Feld als Gratwanderung dar. Als unabhängiges Beratungsorgan müsse man Angriffe aushalten, habe aber eben auch selbst die Freiheit, bisweilen harsche Kritik äußern zu können.

Das Lernen aus vergangenen Wirtschaftskrisen beurteilt Feld angesichts heute gefestigter und komplexer Volkswirtschaften, vor allem aber aufgrund einer robust etablierten Demokratie als gelungen. Die Gründe für die immer noch wirksame Verankerung von Währungsstabilität im kollektiven deutschen Gedächtnis versucht Feld mit der Wiederkehr schwerer Währungskrisen zu erklären, die er nicht erst in der Weimarer Republik, sondern bereits in den Zahlungsschwierigkeiten von Fürstentümern im Deutschen Bund (1815-1866), also noch vor der Gründung des Deutschen Kaiserreichs (1871) zeitlich verortet. Den Zweiten Weltkrieg schildert er einer – Brunnermeier, James und Landau folgenden Darstellung²⁶ – als Einschnitt, der Denktraditionen verändert, ja umgekehrt habe. Nachdem Deutschland zuvor dirigistisch-industriepolitisch lenkend operierte, erfolgte nach 1945 eine Wende in Richtung Wirtschaftsliberalität.

25 Siehe auch zuletzt Lars P. Feld/Christian Molitor, *Einfache Wahrheiten zählen*, Tübingen 2022.

26 Markus Brunnermeier/Harold James/Jean-Pierre Landau, *Euro. Der Kampf der Wirtschaftskulturen*. München 2018 [englische Originalausgabe: *The Euro and the Battles of Ideas*, Princeton University Press 2016].

IV. Analysten von Wirtschafts-, Währungs- und Identitätskrisen

Im dritten Teil des Bandes werfen mit Athanassios Pitsoulis, Max Otte und Hans Reckers Analysten unterschiedlichster Profession ihren Blick auf verschiedene Krisen.

Athanassios Pitsoulis, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Stiftung Universität Hildesheim, analysiert in seinem Vortrag am 15. Mai 2017 den Fall Griechenland und sein Agieren in der Euro-Krise. Seine Problembeschreibung bezieht eine Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit ein, die der Wissenschaftler durch eigene Expertise und Erfahrungen ergänzt. Pitsoulis verdeutlicht das Dilemma zwischen Sparzwang in einer Krise und einer daraus resultierenden sozialen Problematik und fehlenden Investitionsmöglichkeiten für Wirtschaftswachstum. Weitere Folge sei vor allem auch die Gefahr politischer Destabilisierung. Er sieht keinen durchgreifenden und überzeugenden Erfolg bei der Sanierung des griechischen Staatshaushalts, der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit, dem Aufbrechen von strukturellen Hemmnissen, sondern konstatiert vielmehr ein Konglomerat sich gegenseitig beeinflussender negativer Effekte von Reformen, politischer Probleme und Selbstblockaden.

Die Annahme, Griechenland fände schnell einen Weg aus der Krise, habe auf einer Fehleinschätzung, ja „Blauäugigkeit“ hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beruht. Pitsoulis schildert sowohl seine eigenen Erinnerungen an den Beitritt Griechenlands in die Europäischen Gemeinschaften (1981) und die großen damit verknüpften Hoffnungen als auch seine Bewertungen der Ereignisse und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus Sicht des Wissenschaftlers.

„Gut gedacht – nicht optimal gemacht“, so sei laut Pitsoulis die Einführung des Euro gewesen. Als einen von vielen Gründen macht er auch den technokratischen Geist aus, in dem Regelungen getroffen worden seien, wohingegen die prägende Kraft von Mentalitätsunterschieden unterschätzt worden sei und auch nach wie vor nicht scharf genug in den Fokus genommen werde. In der Diskussion um einen „Grexit“ bezieht Pitsoulis klar Position. Sein Wunsch für Griechenland besteht in Reformen zur Sanierung des Staatshaushalts und zur Verbesserung der eigenen Verwaltung. Es bleibt das von Pitsoulis diagnostizierte tiefsitzende Mentalitätsproblem, aber auch die häufigen Regierungswechsel, die keine politische Stabilität entstehen ließen, um für Griechenland in der EU wettbewerbsfähig zu werden und seine Vorteile ausspielen zu können. Erschwerend seien bislang Geldabflüsse ins Ausland und eine nicht ausgeprägte Steuerloyalität, das nicht substanzial angestiegene BIP und die noch nicht überwundene Arbeitslosigkeit. So bleibt die Frage, ob es sich am Beispiel Griechenlands weiter um eine Eurokrise ohne Ende handelt.

Der Kölner deutsch-US-amerikanische und nationalkonservative Buchautor, Publizist, Volkswirt und Vermögensberater Max Otte, der den Finanz-Crash von 2007/08 zutreffend

vorausgesagt hat²⁷ und sich weiter als Krisenprognostiker hervortut,²⁸ stellt in seinem Beitrag am 11. Dezember 2017 zur Diskussion, inwieweit „Volks- und Raiffeisenbanken als Stabilitätsfaktor in Wirtschaftskrisen“ fungieren können. Er nimmt dabei sowohl eine politikwissenschaftliche als auch eine institutionenökonomische Perspektive ein. Finanzkrisen kündigten sich häufig an und kämen selten überraschend, so der Verfasser zu Beginn. Um so verwunderlicher sei es, dass sie keinen prominenteren Platz in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern eingeräumt bekämen. Es gelingt Otte aufzuzeigen, warum genossenschaftlich organisierte Banken in besonderer Weise den systemischen Risiken der Finanzmärkte trotzen und zu einer stabilen, nachhaltigen und wettbewerbsorientierten Bankenstruktur beitragen können. Als Prinzipien zur Gestaltung eines anderen Bankenwesens führt Otte die Werte Fairness, Stabilität und Nachhaltigkeit, Haftung, Transparenz, Wettbewerb, Diversität sowie Einfachheit an, die bewirken können, dass Finanzkrisen größeren Ausmaßes verhindert werden. Nach einem Blick auf die historischen Entstehungszusammenhänge von Sparkassen und Genossenschaftsbanken konzentriert sich Otte vor allem auf die stabilitätsfördernden Elemente der Volks- und Raiffeisenbanken. Die Organisationsstruktur, die als „geerdet“ charakterisiert werden kann, verhindere, so der Verfasser, die Entstehung derivativer Finanzgeschäfte und sei als Vorbild für den Bankensektor insgesamt anzustreben. Es gelte als große Aufgabe existenzbedrohende Angriffe durch internationale Großbanken, kapitalmarktorientierte Akteure und ihre Lobbys zu verteidigen.

Im Experteninterview gibt Max Otte persönliche Einblicke in seine Biographie,²⁹ zwischen Studium, Hochschultätigkeit und Unternehmertum und vor allem auch in die Prägungen durch deutsche und US-amerikanische Einflüsse. Im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika und dem „gravierenden Systemkonflikt“ zwischen anglo-amerikanischem und europäischem Kapitalismus beurteilt Otte auch Europas Zukunft. Es müsse sich emanzipieren, um weiterhin eine Chance zu haben.

Der Vortrag von Hans Reckers und das Interview mit ihm am 8. Oktober 2018 beschließen den Band. In seinem Referat im Rahmen der Europagespräche widmet er sich der europäischen Gemeinschaftswährung und zieht 20 Jahre nach ihrer Einführung eine Bilanz. Der Euro, so der Referent, stelle eine „voll entwickelte Währung ohne voll entwickelten Staat“ dar, sie könne aber dennoch nach ökonomischen Kriterien (Geldwertstabilität, Außenkurs, internationale Verwendung) als Erfolgsgeschichte gewertet werden. Nach einem historischen Überblick liegt der Schwerpunkt des Vortrags auf Überlegungen zur Zukunft des Euro. Reckers konnte auf seine Stationen in verschiedenen Funktionen verweisen und dabei spannende Einblicke in Entscheidungsprozesse geben. Er gehörte

27 Max Otte, *Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten*, Berlin 2006.

28 Zuletzt siehe: Max Otte, *Weltsystemcrash. Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung*. FinanzBuch Verlag, München 2019; Ders., *Die Krise hält sich nicht an Regeln*. 99 Antworten auf die wichtigsten Fragen nach dem Corona-Crash, München 2021.

29 Siehe auch Max Otte, *Auf der Suche nach dem verlorenen Deutschland. Notizen aus einer anderen Zeit*, München 2021.

den Bundesministerien der Finanzen und der Verteidigung (als Büroleiter von Gerhard Stoltenberg) an. Er war im Bundeskanzleramt (als Unterabteilungsleiter Personal bei Helmut Kohl), als Staatssekretär im sächsischen Finanzministerium (unter Ministerpräsident Georg Milbradt), im Bundesfinanzministerium als Haushaltsabteilungsleiter sowie als Leiter der Planungsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tätig. 1991/92 war er Mitglied des Verwaltungsrats der früheren Staatsbank der DDR, von 1999 bis 2002 Mitglied im Zentralbankrat und von 2002 bis 2009 Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank, zuständig für die Bereiche Risiko-Controlling, Bargeld sowie institutionelle und regulatorische Finanzmarktfragen. Reckers war zudem Vorsitzender des Risikoausschusses im Aufsichtsrat der HSH Nordbank und Vorsitzender des Zukunftforums Finanzplatz Frankfurt der CDU Hessen. Er ist Stiftungsvorstand der Verbriefungsplattform True Sale International und von 2011 bis 2013 war er auch Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB). Als gelernter Jurist war er von November 2015 bis Dezember 2016 auch als Staatssekretär der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin aktiv.

Ein erster Schwerpunkt des Gesprächs bildete vor allem die Zeit der deutsch-deutschen Vereinigung, in der Reckers zu Sichtweisen einer westdeutschen Führungskraft in den neuen Bundesländern befragt wurde.³⁰ Besonders in den Fokus rückt in dem Gespräch immer wieder der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität – und das sowohl auf der innerdeutschen als auch auf europäischer Ebene. Mit Erfahrungen aus Stationen seiner Biographie – von jenen als Mitarbeiter in verschiedenen Bundesministerien bis zu denen als Präsident verschiedener Bankhäuser – vermag Reckers auch die unterschiedlichen Blickweisen zu reflektieren, die mit der Einführung des Euro als gemeinsame Währung einhergingen. Diese Währung stellt sich dabei für ihn als „Schicksalsgemeinschaft“ dar, die jedoch Spannungen erzeuge, indem sie nationale Handlungsfähigkeiten beschränke. So könne sich das als „Einiger“ erhoffte Medium Währung vor allem in Krisen zum „Spaltpilz“ entwickeln, womit Reckers auf die Unterschiede zwischen den nördlichen und den südlichen Euroländern indirekt verweist. Der inzwischen entwickelte Euro ohne einen existierenden europäischen Staat wirft die wiederholt aufkommende Frage auf, wie eine Währungsunion ohne politische Union funktionieren könne, wobei darauf verwiesen wird, dass alle solche historischen Konstellationen auf ein Scheitern hinausliefen. Dabei wird mit Blick auf den Euroraum übersehen, dass nicht nur Münzen und Papiergeld ausgegeben werden, sondern auch ein Geflecht miteinander zusammenhängender Institutionen besteht und zwar aus EZB, EIB und ESM sowie vertraglichen Vereinbarungen wie der Bankenunion, des Fiskalpakts und mit dem europäischen Semester, einer Art Einsicht und Kontrolle der Haushaltsplanung der Mitgliedstaaten des Euro seitens der Europäischen Kommission. Dieser Verbund von Interinstitutionalisierung und Regelungsmechanismen dürfte für eine dauerhaftere Existenz des Euro sprechen.

30 Siehe hierzu auch Hans Reckers, „Es war wichtig, dass die neue DDR-Regierung schnell handlungsfähig wurde“, in: Michael Gehler/Oliver Dürkop (Hrsg.), *Deutsche Einigung 1989/90. Zeitzeugen aus Ost und West im Gespräch*, Reinbek 2021, S. 749–761.

Einleitung

Krisen hinterlassen Spuren – das demonstrieren die zahlreichen und unterschiedlichen Beispiele dieses Bandes. Diese Spuren, so zeigen die einzelnen Interviews, sind dabei nicht nur monetärer Art, sondern vor allem auch gesellschaftspolitischer, mentalitätsgeschichtlicher, soziokultureller und emotionaler Art.

In einer mehr denn je von multikomplexen Krisenkonstellationen bewegten global verflochtenen Welt wird abzuwarten sein, inwieweit nationale Handlungsmuster weiter zukünftige europäische und globale Krisen bestimmen können. Die in diesem Band versammelten Einsichten in Prozesse, Entscheidungen und historisches Denken sind divers, kontrovers und bisweilen konträr.

In ihrer Gesamtheit versuchen sie, zum besseren Verständnis zur Bewältigung von Gegenwartsrisiken beizutragen und Chancen zu eröffnen, aus historischer Einsicht entscheidungs- und handlungsfähiger zu werden.

Zu danken haben wir die Unterstützung für diese Vortragsreihe und die Publikation der Aktion Jean Monnet des Erasmus Plus-Programms Life Long Learning der Europäischen Union sowie der Volksbank eG Hildesheim – Lehrte – Pattensen für stete Förderungen und nicht zuletzt auch der Volkshochschule Hildesheim als Austragungsort, was durch die Platzierungen der Logos dieser Institutionen im Impressum dieses Buches zum Ausdruck kommt. Die Transkriptionsarbeit bewältigte im Wesentlichen die verdienstvoll arbeitende studentische Hilfskraft Marvin Meier.

Hildesheim, im August 2022

Die Herausgeber

I. Akteure der Geld- und Währungspolitik

Otmar Issing



Währungs-Wirtschaftsunion und Banken-Fiskalunion – Europa auf dem Weg zur Politischen Union?

Zum Referenten:

Otmar Issing studierte Klassische Philologie an der Universität Würzburg, wechselte 1955 zur Volkswirtschaftslehre, studierte in London und Paris und legte 1960 an der Universität Würzburg das Examen zum Diplom-Volkswirt ab. Von 1960 bis 1966 war er dort wissenschaftlicher Mitarbeiter, promovierte 1961 über „Monetäre Probleme der Konjunkturpolitik in der EWG“ und habilitierte sich 1965 mit der Arbeit „Leitwährung und internationale Wirtschaftsordnung“. 1967 wurde er Professor und Direktor des Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Erlangen-Nürnberg; 1973 wechselte er auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Geld und Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Würzburg. Weitere Lehr- und Forschungsaufenthalte führten ihn an die Philipps-Universität Marburg, die University of Michigan in Ann Arbor sowie den Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington, D.C.

Er gilt als einer der führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet der Geldtheorie und Währungspolitik. Von 1988 bis 1990 war Issing Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Anschließend wechselte er ins Direktorium der Deutschen Bundesbank. Von 1998 bis 2006 war er Mitglied im Direktorium sowie Chefökonom der EZB und maßgeblich am Entwurf ihrer geldpolitischen Strategie beteiligt. Er ist seit 2007 „International Advisor“ der Investmentbank Goldman Sachs und bereits seit Juni 2006 Präsident des Center for Financial Studies (CFS) an der Universität Frankfurt. Im Oktober 2008 übernahm Issing den Vorsitz einer Expertengrup-

pe, die im Auftrag der Bundesregierung Vorschläge für eine Reform der internationalen Finanzmärkte erarbeitet hat. Er ist Mitglied der von den G20 Finanzministern und Notenbankpräsidenten eingesetzten Eminent Persons Group.

Von Otmar Issing liegen zahlreiche Publikationen u. a. zur Währungsordnung und Geldtheorie vor.

Zum Vortrag:

Otmar Issing beginnt seinen Vortrag mit einem Zitat des französischen Währungsexperten Jacques Rueff aus dem Jahr 1950: Europa werde durch das Geld geschaffen oder es wird nicht existieren. Bundeskanzler Kohl sagte im November 1992 bei der Vorstellung des Maastricht-Vertrags im Deutschen Bundestag, es wäre abwegig zu denken, eine Währungsunion könne auf Dauer existieren ohne eine politische Union. Der damalige portugiesische Ministerpräsident António Guterres äußerte 1995: Du bist Petrus der Fels und auf diesem Felsen will ich meine Kirche bauen – du bist Euro der Fels und auf diese Währung wollen wir unser Europa bauen.

Wenn die Währung und das Geld derart überhöht werden, können die Erwartungen nur enttäuscht werden. Sind wir am Ende oder wird es ein Weg direkt in die politische Union sein? Richard von Weizsäcker sagte, eine gemeinsame Außenpolitik bekommen wir nur über die Währungsunion und das wird nicht billig. Mit dieser letzten Aussage sollte Weizsäcker Recht behalten. Allerdings: Von der Währungsunion führt kein Weg zur gemeinsamen Außenpolitik, wenn man die nicht von vornherein will. Aber kann der Euro als Schrittmacher dienen?

Oder kann die Währungsunion nur überleben, wenn Europa die politische Union bekommt? Die Idee, dass man über Geld zu Gemeinsamkeiten kommt, zu denen man anders nicht findet, ist alt, doch hatte man nach dem II. Weltkrieg auch weitgehende politische Ambitionen. Doch die geplante europäische Verteidigungsgemeinschaft z. B. scheiterte.

Zur Europäischen Union gehören mit Großbritannien 28 Länder mit über 500 Millionen Menschen. Wir sollten nicht vergessen, es ist das Europa der Freiheiten, nicht nur der ökonomischen Freiheiten. Den jungen Leuten steht die Welt offen. Das ist die Zukunft für Europa. Die Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 war auf der einen Seite die Vollendung des einheitlichen Marktes, weil Währungsschwankungen, Währungsrisiken die Märkte trennen. Aber die Einführung des Euro ist gleichzeitig weit mehr als ein ökonomisches Ereignis. Als die Kolonien selbstständig wurden, war das Erste was man tat, eine Notenbank zu gründen, eigenes Geld zu schaffen. Es ist ein staatsbildendes Element.

Europa hat längst Elemente einer politischen Union. Die Europäische Zentralbank ist ein wichtiges institutionelles Element. Insofern war die Einführung des Euro und die Errichtung der EZB zum 1. Juni 1998 ein wichtiger Schritt, der weit über das Ökonomische hinausging. Die einzelnen Länder haben die Kompetenzen auf dem Gebiet der Währungspolitik auf eine supra-nationale Institution übertragen. Das ist ein wichtiger Verzicht auf Souveränität. In keinem Land wurde das so deutlich, teilweise schmerzlich empfunden wie in Deutschland, wo es ja eine besondere Affinität der Bürger und Bürgerinnen zu ihrer Währung gab.

Kann nun eine krisengeschüttelte Währungsunion wirklich ein Element, ein Instrument sein, das hin zur politischen Union führt? 1999 hat man den Schritt in die Währungsunion getan ohne das Projekt der politischen Union voranzutreiben. Kohl und Genscher wären dazu bereit gewesen, Frankreich nicht. Und so ist vom ersten Tag der Existenz des Euro an die Frage offenkundig gewesen: Kann eine Währungsunion ohne politische Union überhaupt überleben? Meine ursprüngliche Meinung war, das geht nicht. Ich bin aber zu der Auffassung gekommen, wenn man es richtig macht, geht es für ziemlich lange Zeit, bis man dann tatsächlich so eng zusammengewachsen ist, dass es zur politischen Union kommen kann. Diese Aussicht hat sich inzwischen aber weitgehend aufgelöst.

Eine stabile Währung braucht eine unabhängige Notenbank, mit dem obersten Ziel der Erhaltung der Preisstabilität. Die Tinte unter dem Maastricht-Vertrag war noch nicht trocken, als Mitterrand in einer Fernsehsendung 1992 sagte, sie werden doch nicht glauben, dass wir so eine wichtige Aufgabe wie die Geldpolitik einem Gremium von nicht gewählten Technokraten übertragen. Aber genau das hatte er ja unterschrieben. Der Euro war noch weit entfernt, aber es war keine Ermutigung für die neue Währung.

Aus der Geschichte wissen wir, dass eine stabile Währung und solide öffentliche Finanzen zusammengehen müssen. Daher bestanden die Deutschen darauf, den Fiskal- und Wachstumspakt einzuführen. Als Deutschland aber 2003 zusammen mit Frankreich die Kriterien des Pakts nicht erfüllte, war er eigentlich erledigt. Ausgerechnet das Land, das auf den Pakt bestanden hatte, hat gegen ihn ganz bewusst und offen verstoßen.

Als disziplinierendes Element der Notenbank war zudem die „No Bailout-Klausel“ gedacht. Das ist das Verbot, dass man die Probleme eines Landes über die Gemeinschaft oder andere Länder löst. Jedes Land ist für seine Fehler selbst verantwortlich. Diese Klausel wird fast jeden Tag verletzt. So wie der Stabilitätspakt permanent angepasst und verletzt wird.

Die Bankenunion besteht aus drei Elementen: einer einheitlichen Aufsicht über die Banken, einem Abwicklungs- und Restrukturierungsfond und einer gemeinsamen Einlagensicherung. Die Bankenaufsicht liegt mittlerweile bei der EZB.

Sorge im Hinblick auf den europäischen Prozess bereitet die Tendenz, dass europäische Ausgaben, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten ohne demokratische Legitimierung bleiben. Wenn der Deutsche Bundestag beschließt, einem Land X die Summe Y zu schenken oder als Kredit zu gewähren, ist das eine demokratische Entscheidung. Wenn das allerdings ohne demokratische Legitimierung geschieht, dann ist das undemokratisch. Das ist „taxation without representation“. Das lässt sich am besten auf einen einfachen Nenner gebracht verdeutlichen: Eurobonds. Ein einzelnes Land gibt eine Anleihe aus, für die alle haften. Das führt dazu, dass dieses Land von den Märkten und den Rating-Agenturen einen sehr viel höheren Gläubigerstatus bekommt, ohne selbst etwas dafür tun zu müssen. Das ist nicht gerade ein Anreiz für eine stringente Haushaltspolitik. In den Ländern, die haften, steigt der Zins, und ihr Rating sinkt mit dem steigenden Ausmaß der Verpflichtungen. Eurobonds, und alles was danach aussieht, sind Elemente eines Transfers von Steuerzahlergeld ohne demokratische Legitimierung. Auf einer solchen Basis kann man Europa nicht aufbauen.

Europa hat Verantwortung übernommen, aber Wachstum kann nur geschaffen werden, wenn die einzelnen Länder ihre Wirtschaft flexibler machen. Allerdings hat die Krise in

einigen Ländern dazu geführt, dass Reformen unternommen wurden, die vorher unmöglich schienen. Unter dem Druck der Krise ist eine Menge geschehen, und es gibt Zeichen dafür, dass es wieder aufwärtsgeht. Länder, in denen so gut wie gar nichts passiert, sind Frankreich und Italien. Aber auch Deutschland hatte eine lange Durststrecke und hat bewiesen, dass man sich aus einer Arbeitslosigkeit von über 5 Millionen wieder emporarbeiten kann.

Die politische Union ist nach wie vor eine der großen europäischen Visionen. Aber es ist ein großer Vertrauensschaden entstanden. Wir sind mit der Währungsunion möglicherweise an die Grenze dessen gestoßen, was die Völker in Europa untereinander bereit sind an nationalen Kompetenzen abzugeben. Jetzt einfach weiter zu gehen ist wenig überzeugend.

Die europäische wirtschaftliche Integration ist nicht alles. Aber ohne wirtschaftlichen Erfolg stehen alle weitergehenden Ambitionen auf tönernen Füßen. Europa kann eine Rolle in der Welt nur vereint spielen und nur ein starkes Europa kann diese Rolle spielen. Und stark ist es nur, wenn es wirtschaftlichen Erfolg hat. Die Chinesen z. B. sind nur von Europa beeindruckt, wenn es Wachstum aufweist, die Arbeitslosigkeit reduziert und wirtschaftlichen Erfolg erzielt. Dann ist es für das Großreich auch ein politisches Gewicht. Deswegen ist ganz wichtig, dass bei allen Schwierigkeiten der Währungsunion, die Europäische Union und der einheitliche Markt überleben und nicht gefährdet sind.

Diskussion (Auszüge)

Frage: *Es gibt wissenschaftliche Stimmen, die sagen, dass der Crash 2007 eine Folge der Geldmengenausweitung war und dass diese Fehlentwicklung mit noch mehr Geldmengenausweitungen in den letzten Jahren bekämpft wurde. Wenn man das, was zur Krise führte mit noch mehr desselben bekämpft, dann riecht es immer nach einer Blase, die platzt. Wir bemerken ja, dass trotz Geldmengenausweitung die Inflation einfach nicht steigt.*

Antwort: Mit dem Ausdruck Geldmengenausweitung muss man vorsichtig sein. Es ist sehr viel Liquidität geschaffen worden, aber die Geldmenge, auf die es ankommt, womit Menschen und Organisationen kaufen bzw. investieren, steigt nur ganz schwach an. Das Kreditvolumen nimmt nur langsam zu und deswegen ebenso auch die inflationsrelevante Geldmenge. Was aber wiederkommt, sind die Blasen. Die Bundesbank hat einige Untersuchungen gemacht und stellte fest, dass in Deutschland auf nationaler Ebene keine Immobilienblase zu erwarten ist. In anderen Ländern schon; ganz dramatisch in London. Über die USA kann man streiten. Das, was im Moment beklagt wird, dass die Inflationsrate zu niedrig ist, das empfindet die Bevölkerung nicht als Gefahr. Das ist ein Geschenk z. B. der weltweiten Energiemärkte an die Volkswirtschaft. Das ist nicht beklagenswert, sondern es stärkt die Kaufkraft.

Frage: *Inwiefern kann der Euro auch als eine Art deutsches Produkt betrachtet werden, wenn man es gesamthistorisch sieht?*

Antwort: Solche Fragen bringen mich auf die Palme. Als ich zur EZB ging, habe ich mich nie als der Deutsche in der EZB empfunden, nie als Wiederholung der deutschen Bundesbank unter europäischen Vorzeichen, sondern als Vertreter einer Politik, die den Auftrag hat, den Euro zu einer stabilen Währung zu machen und die Inflationsrate niedrig zu halten. Meine Argumente waren nicht die eines deutschen Ökonomen, sondern eines Ökonomen und Notenbankers, der diesen Auftrag ernst nimmt. Dass das zunehmend als deutsch empfunden wird, das gehört zu den ganz schlimmen Entwicklungen. Jedes Land, das dem Euro beigetreten ist, tat das in der Erwartung, dass der Euro eine stabile Währung wird. Und wenn Länder eine stabile Währung wollen, dann müssen sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Und wenn diese nun zufälligerweise mit dem, was die Bundesbank früher gemacht hat, übereinstimmen, wird daraus doch kein deutsches Projekt. Aber im Moment wird das zunehmend so wahrgenommen und von führenden Politikern und Politikerinnen anderer Länder auch so propagiert. Das schürt Missgunst sowie Schlimmeres. Und das ist genau das, was der Euro nicht verträgt.

Der Vortrag wurde im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim am 20. November 2014 gehalten.

Otmar Issing

Mein Weg von der D-Mark zum Euro

Michael Gehler: *Ich habe die große Freude, Otmar Issing heute bei uns begrüßen zu dürfen – ausnahmsweise nicht im Institut für Geschichte, sondern in der Volksbank Hildesheim. Wir werden Ihnen eine Reihe an Fragen stellen, die wir in vergleichbarer Form auch immer wieder anderen Gästen stellen. Einer der ersten Themenbereiche betrifft Ihre Herkunft, Erziehung und Ausbildung. Können Sie uns ein wenig zu Herkunft und Ausbildung, Elternhaus und Schule sagen?*

Otmar Issing: Als ich Examen machte hat ein Freund von mir ein Gedicht verfasst, das folgendermaßen beginnt: „Wie kommt es, Sohn des Zeus, Du Gast- und Völkerwirt...“. Bevor ich Volkswirt wurde, war ich Gastwirtssohn. Das klingt jetzt für Sie vielleicht etwas merkwürdig, aber das hat mich zusammen mit dem Sport ganz entscheidend geprägt. Nicht dass Sie meinen, ich würde jetzt jammern, weil ich schon in ganz jungen Jahren in unserer kleinen Gastwirtschaft bedienen musste. Ich komme aus einer Familie mit fünf Kindern, die alle mithelfen mussten. Ganz entscheidend hat mich geprägt, dass meine Mutter, die fast 99 Jahr alt geworden ist (was angesichts ihres Arbeitspensums ganz unglaublich erscheint) an 364 Tagen des Jahrs etwa um sechs Uhr morgens aufgestanden ist und meist nicht vor zwölf oder ein Uhr in der Nacht ins Bett kam und in der Zwischenzeit keine Ruhepausen kannte. Das gehört zu meiner ganz persönlichen Geschichte dazu, und ich möchte noch einmal betonen, dass ich für diese Vergangenheit dankbar bin, denn für mich ging es immer aufwärts: Ich war dann der erste, der in der ganzen Großfamilie – meine beiden Eltern kamen vom Lande – aufs Gymnasium gegangen ist und studiert hat.

Ich bin 1936 geboren und habe erst spät mein ganz kleines eigenes Zimmerchen gehabt, in der ich meine Diplomarbeit schreiben konnte – wenn nicht die Wirtschaft dazwischengerufen hat. Ich habe dann geheiratet und eine eigene Wohnung gehabt und später ein Haus in Nürnberg gemietet und uns später ein schönes eigenes Haus gekauft. Es ist leicht, in einer Zeit zu leben, in der es immer aufwärts gegangen ist und dafür bin ich unendlich dankbar, denn man vergisst nicht, wo man herkommt. Ich beneide die Leute nicht, die mit einem goldenen Löffel im Mund geboren werden – man muss sie eher bedauern. Ich bin froh, dass wir unseren Söhnen einen ganz anderen Start ins Leben geben konnten, denn ich meine nicht, dass jeder „da durchmuss“. Es war kein Verdienst, es war halt so.

Ich war zunächst auf einem humanistischen Gymnasium und habe Lehrer von außerordentlicher Qualität gehabt. Gerade mit der Mathematik habe ich geliebäugelt und habe zwei ganz vorzügliche Lehrer der Altphilologie erlebt – für mich war völlig klar, dass ich Altphilologie studieren würde. Das hat sich zum Ende der Schulzeit hin verdichtet und so ist es dann auch gekommen: Ich habe mich für das Studium der Altphilologie und Deutsch eingeschrieben und das war, um es kurz zu machen, eine enttäuschte Liebe. Ich wollte lesen – Platon, Aristoteles, Cicero – aber da wurde eine Philologie betrieben,

die mir das ausgetrieben hat. Wir haben einen ganz vorzüglichen Gräzisten gehabt, auf der anderen Seite aber auch einen Latinisten, der so schreckliche Vorlesungen hielt, dass ich dann wusste, dass ich das nicht weiter machen wollte. Ich habe um etwas Geld zu verdienen, Nachhilfestunden gegeben, habe mir aber auch gedacht, dass ich mich nicht weiter mit den unbegabten Kindern anderer Leute herumärgern wollte. Verstehen Sie mich aber nicht falsch – ich lehre gerne. Studenten waren für mich nicht – wie für viele Professoren – ein Hindernis, sondern gehören für mich zur Universität und genau das hat mich auch später zögern lassen, zur Bundesbank zu gehen. Ich wusste dann nicht, was ich machen sollte, sondern wusste nur, was ich *nicht* machen will: Medizin zum Beispiel lag mir nicht. Ich habe dann in der Universität Würzburg einen Mitabiturienten getroffen und habe ihm von dem beendeten Altphilologie-Studium erzählt, und er berichtete mir, dass er Volkswirtschaft studiere. Als ich fragte, was das sei, lud er mich ein, mit zur Hauptvorlesung zu kommen. Ich ging mit. Es gibt kaum etwas Fürchterlicheres als schlechte Philosophie, das war noch schlimmer als die Philologie (wobei der Gräzist wirklich grandios war und ich im Laufe der Zeit wieder dazu zurückgekehrt bin) und die glasklare gedankliche Präsentation der Ökonomie durch Erich Carell¹ – der dominanten Figur damals in Würzburg – hat mich vom ersten Moment an fasziniert und ich wusste, dass ich gefunden hatte, was ich machen wollte.

Nach meinem Examen hatte ich dann den tiefen Wunsch, in die Wissenschaft zu gehen. Was sich für junge Ohren etwas merkwürdig anhört: Es war damals völlig ausgeschlossen, dass ich meinen „Meister“ hätte fragen können, ob ich bei ihm habilitieren könne. Carell hat immer nur ganz kurze Verträge gemacht und hatte immer nur eine Assistenzstelle, da er der Überzeugung war, dass jeder eine Chance haben sollte. Unter diesen Voraussetzungen bin ich dann meine Promotionsstelle angetreten, habe geheiratet. Eines Tages fragte mich Carell völlig unvermittelt, ob ich nicht bei ihm habilitieren wolle. Ich habe also bei ihm habilitiert und mein erster Ruf führte mich nach Nürnberg in eine Fakultät, die geprägt war von jungen Kollegen – man hat gemerkt, dass durch den Krieg die mittlere Generation fehlte. Es gab einige Kollegen, die kurz vor der Emeritierung standen und sonst fast nur ganz junge. Ich war gerade dreißig geworden und bin dann in die 68er-Geschichte hineingerutscht. Unsere Studenten in Nürnberg waren alles in allem kritisch, aber nicht militant. Über die Schiene Berlin – Hof – Erlangen strahlten aber die Wirkungen der „Revolution“ aus.

Es war eine Zeit, in welcher es der Höhepunkt der Karriere war, Dekan zu werden – das ist ja heute keineswegs mehr das Ziel. Es war eine sehr große Fakultät mit über 30 Lehrstühlen. Ich bin dann Dekan geworden und habe die ganze Zeit „an vorderster Front“ die Fakultätssitzungen geleitet, während Studenten mit der Axt die Glastür eingeschlagen haben. Ich will nicht sagen, dass ich das später vermisst habe, aber als ich dann wieder nach Würzburg kam, war eine neue Generation von Studenten da. Das passiert meiner Erfahrung nach alle vier bis fünf Jahre und dann kommt ein anderer Typ von Studenten.

1 Prof. Dr. Erich Carell (*1905; †1982), studierte in Nürnberg und Erlangen Wirtschaftswissenschaften und lehrte nach seiner Habilitation ab 1938 an der Universität München. Von 1943 erhielt er eine Berufung zum Ordinarius für Volkswirtschaft an die Julius-Maximilians-Universität Würzburg und behielt dieses Amt bis zu seiner Emeritierung. Von 1962 bis 1963 war Carell zudem Rektor der Universität.

Da kam dann ein Typ von Studenten, bei denen ich das Gefühl hatte, dass sie selbst mitschreiben, wenn ich einen Witz erzähle. Das behagte mir wiederum auch nicht so. Eine kritische Einstellung gefällt mir doch besser.

Michael Gehler: *Sie haben 1961 Ihre Promotion mit dem Thema „Monetäre Probleme der Konjunkturpolitik der EGW“ abgeschlossen.² Auf welche These stützen sich Ihre Ausführungen und welche Erkenntnis haben Sie in dieser Arbeit gewonnen?*

Otmar Issing: Ich hatte keine spezifische Ausgangsthese – 1961 ging das ja alles erst richtig los. Ich habe mich mit der Frage beschäftigt, wie das mit der Konjunkturpolitik aussieht. Ohne es damals voll wahrzunehmen, habe ich etwas dargelegt, was heute als unholy trilemma bezeichnet wird, das heißt, dass von den drei Bedingungen fester Wechselkurs, freier Kapitalverkehr und autonome Geldpolitik nur zwei miteinander vereinbar sind.³ Das hat ja auch zum Zusammenbruch des Bretton-Wood-Systems geführt.⁴ (Ich war im September dieses Jahres zur Konferenz „70 Jahre Bretton-Woods“ eingeladen und habe dort einen Vortrag gehalten: „Erinnerungen an Bretton-Woods 1944“). Das war der Kern meiner Arbeit, was damals ja alles andere als Allgemeingut war. Ich habe mich nicht als der große Entdecker gefühlt, sondern ich habe mich mit der Frage beschäftigt, inwieweit eine autonome Konjunkturpolitik möglich ist. Das ist ein Thema, das mich sehr früh schon zu europäischen Fragen geführt hat, und bei dem Thema bin ich dann neben anderen bis zum heutigen Tag geblieben.

2 Otmar Issing, *Monetäre Probleme der Konjunkturpolitik in der EWG*. Berlin 1964.

3 Das „Trilemma des Wechselkursregimes“ beschreibt die Konflikte von Staaten in ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Das Modell lässt sich als Dreieck beschreiben, wobei die Eckpunkte die drei wirtschaftspolitischen Ziele Wechselkursstabilität, geldpolitische Autonomie und freie Kapitalbewegung bilden. Im Trilemma gilt es als maximal möglich, zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen. Alle drei Ziele gleichzeitig zu erreichen, gilt als unmöglich. Entwickelt wurde das Impossible Trinity-Modell (deutsch: Unmöglichkeit der Dreieinigkeit) von John Marcus Fleming im Jahre 1962 und Robert Alexander Mundell im Jahre 1963 jeweils unabhängig voneinander.

4 Mit „Bretton-Woods-System“ wird die nach dem Zweiten Weltkrieg neu geschaffene internationale Währungsordnung bezeichnet. Namensgeber ist der Ort Bretton Woods im US-Bundesstaat New Hampshire, wo die Finanzminister und Notenbankgouverneure bzw. -präsidenten von 44 Staaten der späteren Siegermächte vom 1. bis zum 22. Juli 1944 zur Konferenz von Bretton Woods zusammenkamen. Das Abkommen schafft ein System fester aber anpassbarer Wechselkurse, wobei der US-Dollar die Ankerwährung darstellt. Zur Kontrolle und Durchsetzung des Abkommens wurden die Bretton-Woods-Organisationen bzw. -Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) geschaffen. Die Bundesrepublik Deutschland trat dem Bretton-Woods-System im Jahr ihrer Gründung 1949 bei und ratifizierte das Abkommen per Gesetz vom 28. Juli 1952. Anfang der 1970er Jahre wurde das Festkurssystem aufgegeben, die Institutionen bestanden jedoch mit teils veränderten Zuständigkeiten fort.

Severin Cramm: *Ihre Habilitation 1965 beschäftigte sich mit dem Thema „Leitwährung und internationale Wirtschaftsordnung“⁵: Welche Erkenntnisse verbinden Sie mit dieser Arbeit?*

Otmar Issing: Ich war ja gerade in diesem sehr reizvollen Hotel in New Hampshire in der Nähe von Washington. Es liegt einsam auf einer Bergkuppe etwas über 1000 Meter, umgeben von etwa 2000 Meter hohen Bergen. In diesem Hotel hat damals 1944 diese berühmte Konferenz stattgefunden, und es gibt heute dort noch beispielsweise ein Keynes-⁶ oder ein Harry-Dexter-White-Zimmer⁷, man sieht die Fotografien und spürt den Geist der damaligen Zeit. In diesem Hotel in Bretton-Woods hat die berühmte Konferenz stattgefunden und dort hat man ja die Weltwährungsordnung geschaffen – wobei damals nur die westliche Welt dazugehörte. Diese 1944 beschlossene Nachkriegsordnung führte auch dazu, den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank zu gründen, die Wechselkurse gegenüber dem US-Dollar bzw. Gold festzulegen.

Es war 1944 – da saßen wir im Luftschutzkeller und waren sozusagen „auf der anderen Seite“, waren die Feinde, und schon acht Jahre später ist Deutschland Mitglied des Internationalen Währungsfonds⁸ geworden – so schnell ging die Integration. Erst bei solchen Gelegenheiten wird einem das klar – wenn man die Geschichte persönlich erlebt. Nach mir hat ein japanischer Kollege gesprochen, der sich dann auf mich bezog und auch er betonte, Japan sei damals „auf der anderen Seite“ gewesen.

Der Dollar war damals die führende Währung, keine Frage, aber seine Führungsrolle war am Bröckeln. Und dann habe ich mich als „Amateur-Historiker“, als Währungshistoriker versucht und habe zunächst mal angefangen, die führende Rolle historischer

5 Otmar Issing, *Leitwährung und internationale Wirtschaftsordnung*, Berlin 1965.

6 John Maynard Keynes (*1883; †1946), britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker und britischer Chefunterhändler bei den Bretton-Woods-Verhandlungen 1944. Sein Ziel war ein Fixkurs-System zwischen den Währungen zu etablieren, er entwickelte dafür das Modell einer Internationalen Zahlungsunion (International Clearing Union) und einer internationalen Verrechnungseinheit namens Bancor, die dem US-Dollar keine Vormachtstellung als internationales Verrechnungs- und Zahlungsmittel eingeräumt hätte. Mit dem Vorschlag der Internationalen Zahlungsunion konnte er sich jedoch gegen die US-amerikanische Position, vertreten durch Harry Dexter White, nicht durchsetzen. Keynes zählt zu den bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts und ist Namensgeber des bis heute einflussreichen Keynesianismus.

7 Harry Dexter White (*1892; †1948), US-amerikanischer Volkswirt und Politiker. White war unter Finanzminister Henry Morgenthau US-amerikanischer Verhandlungsführer bei der Konferenz von Bretton Woods 1944, wo der Internationale Währungsfonds errichtet wurde. Wie Keynes hatte White das Ziel eines Fixkurs-Systems, jedoch ohne eine zu starke Bindung an das Gold. Gegen den Willen von Keynes setzte er den US-Dollar als Ankerwährung durch.

8 Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und hat seinen Sitz in Washington, D.C., USA. Eine seiner Hauptaufgaben ist die Vergabe von Krediten an Länder ohne ausreichende Währungsreserven, die in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten sind. Weitere Tätigkeitsfelder sind die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, die Ausweitung des Welthandels, die Stabilisierung von Wechselkursen und die Überwachung der Geldpolitik.

Währungen zu untersuchen, wie z. B. florentinischer Florint, englisches Pfund, US-Dollar usw. Führende Währungen gab es ja schon immer, aber mit unterschiedlichen Rollen. Ich habe mich mit der Frage beschäftigt, worauf diese Rolle führender Währungen beruht und wie das zu einem stabilen System führen kann. Um die Brücke zur Gegenwart zu schlagen: Als der Euro kam, war die Frage, ob er die Rolle des Dollars gefährden und ein Rivale werden würde, einige haben sich vom Euro eine Gegenposition zum Dollar erhofft. Das wurde damals in den 60er Jahren von de Gaulle ganz aggressiv gespielt.⁹ Damals war der Dollar für ausländische Notenbanken in Gold einlösbar, die Amerikaner selbst durften gar kein Gold halten. Offizielle Währungsreserven waren zum Kurs von 35 Dollar gegen eine Unze in Gold einlösbar. Frankreich hat seine Dollarreserven zur Einlösung in Gold präsentiert, um den Dollar in die Knie zu zwingen, und wollte, dass die Deutschen dem folgen. Die Deutschen haben das damals logischerweise nicht gemacht – der Schutz der Amerikaner war viel zu wichtig. Dadurch hat dieses Dollarregime noch eine Weile überlebt, aber 1971 hat Richard Nixon¹⁰ dann diese Goldbindung gekappt. Es war auch eine These meines Buches, dass diese Vorstellung von der Goldbindung des Dollars nur noch formal war und inhaltlich keine Rolle mehr gespielt hat. Die Amerikaner haben in dem Moment diese Goldbindung sofort gekappt und es war auch schon vorher für mich klar, dass sie dies machen würden. Ob das Bretton-Wood-System 1971 oder 1973 zusammenbrach, darüber mag man streiten.

Michael Gehler: *Hatten Sie Vorbilder aus der Politik oder Geschichte im nationalen, internationalen oder supranationalen Bereich?*

Otmar Issing: Sie machen mich jetzt verlegen. Ein Vorbild in jungen Jahren war für mich Fritz Walter,¹¹ der Fußballer. Später bin ich Leichtathlet geworden und ein ganz

9 Charles André Joseph Marie de Gaulle (*1890; †1970), französischer General und Staatsmann. Im Zweiten Weltkrieg führte er den Widerstand gegen die deutsche Besatzung an. Danach war er von 1944 bis 1946 Chef der Provisorischen Regierung. 1958 wurde er mit der Bildung einer Regierung beauftragt, die Fünfte Republik, deren Präsident er von 1959-1969 war. Die Währungspolitik unter de Gaulle war auf Anregung des französischen Ökonomen Jacques Rueff (1896–1978) stark auf Gold ausgerichtet. Ab 1965 wandelte de Gaulle die französischen Währungsreserven von US-Dollar in Gold um erhöhte damit bis 1966 den Goldanteil der französischen Währungsreserven auf 86%. Zudem beließ Frankreich das Gold nicht in den Tresoren der Federal Reserve, sondern bestand auf eine Verschiffung nach Frankreich, damit sie nicht „dem Zugriff einer fremden Macht preisgegeben“ sei. Sein Ziel einer Rückkehr zum Goldstandard erreichte de Gaulle indes nicht.

10 Richard Milhous Nixon (*1913; †1994), US-amerikanischer Politiker der Republikanischen Partei und von 1969 bis 1974 der 37. Präsident der Vereinigten Staaten. Am 15. August 1971 verkündete er die Aufhebung der Bindung des Dollar an Gold („Nixon-Schock“). Die geldpolitische Entscheidung bewirkte, dass das Weltwährungssystem von Bretton Woods mit seinen festen Wechselkursen zusammenbrach, und es begann eine Phase frei floatender Wechselkurse.

11 Friedrich „Fritz“ Walter (*1920; †2002), deutscher Fußballspieler, der zu den herausragenden Persönlichkeiten des deutschen Fußballs zählt. Mit ihm als Kapitän gewann die Nationalmannschaft die Weltmeisterschaft 1954.

guter Sprinter gewesen. Heinz Fütterer¹² und Manfred Germar¹³ waren weitere Vorbilder, aber auch von ihnen habe ich keine Bilder über meinem Bett hängen gehabt. Ich habe auch nie Vorstellungen gehabt, einmal so zu werden wie einer von ihnen. Ich denke, ehrlich gesagt, erst jetzt darüber nach, warum ich so etwas nicht hatte: Ich denke, ich habe nichts vermisst.

Michael Gehler: *Auch niemand aus der Geschichte, Politik, Gesellschaft oder Ökonomie?*

Otmar Issing: Meine geistigen Heroen später stammen aus der griechischen und römischen Geschichte. Die Ökonomie war mir ja zunächst völlig fremd und die Ökonomen, die mein Denken wesentlich geprägt haben, würde ich wiederum nicht als Vorbilder bezeichnen. Das war beispielsweise Friedrich Hayek.¹⁴ Mir fiel das Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ in die Hände, das ich mit Begeisterung gelesen habe.¹⁵ Oder beispielsweise Walter Eucken.¹⁶ Das war das erste Buch, das ich mir gebraucht gekauft habe, und

-
- 12 Heinrich Ludwig („Heinz“) Fütterer (*1931; †2019), ehemaliger deutscher Leichtathlet und Olympiamedaillengewinner. Der auch „weißer Blitz“ genannte Sprinter erzielte 536 internationale Siege und wurde von 1953 bis 1955 kein einziges Mal besiegt. Seine größten Erfolge sind drei Europameistertitel 1954 und 1958, die Einstellung des 100-Meter-Weltrekords von Jesse Owens 1954, ein neuer Hallenweltrekord über 60 Meter 1955 sowie eine olympische Bronzemedaille 1956 mit der 4-mal-100-Meter-Staffel.
 - 13 Manfred Germar (*1935), ehemaliger deutscher Leichtathlet und Olympiamedaillengewinner. Erfolgreich war er im 100-Meter-Lauf und im 200-Meter-Lauf. Auf der 200-Meter-Strecke wurde er 1958 Europameister und lief im gleichen Jahr auch Weltrekord über diese Strecke.
 - 14 Friedrich August von Hayek (*1899; †1992), österreichischer Ökonom und Sozialphilosoph. Neben Ludwig von Mises war er einer der bedeutendsten Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. 1974 erhielt er zusammen mit Gunnar Myrdal den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.
 - 15 „Der Weg zur Knechtschaft“ ist ein Werk des Wirtschaftsnobelpreisträgers Friedrich August von Hayek und markiert den Beginn seiner Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Das Buch entstand zwischen 1940 und 1943 und erschien 1944 in England unter dem Titel *The Road to Serfdom* und 1945 in deutscher Übersetzung. Es gilt neben *Die Verfassung der Freiheit* (*The Constitution of Liberty*) als bahnbrechendes Werk Hayeks.
 - 16 Walter Eucken (*1891; †1950), deutscher Ökonom und Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft. Eucken studierte Geschichte, Staatswissenschaft, Nationalökonomie und Rechtswissenschaft und habilitierte sich 1921. Nach einer Zeit am Lehrstuhl in Tübingen wechselte er 1927 als Professor in Freiburg, an der er bis zu seinem Tode tätig war. Im Mittelpunkt von Euckens Arbeit stand die Frage des Zusammenhangs von Macht, Unfreiheit und Wettbewerb. Auf Basis dieser Analyse könnten die Rahmenbedingungen für eine Wirtschaftsordnung bestimmt werden, die zugleich die größtmögliche Freiheit und eine rationale Steuerung der Wirtschaft ermöglicht. Er war davon überzeugt, dass die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung gerichtet sein sollte und nicht auf die Lenkung der Wirtschaftsprozesse. Mit dieser These gilt Eucken als Begründer des Ordoliberalismus und als einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft.

ich habe es immer noch mit den Anmerkungen zu Hause stehen.¹⁷ Ich habe damals 22 D-Mark für das gebrauchte Buch bezahlt, und das war damals für einen armen Studenten ein Haufen Geld, aber ich wollte es unbedingt haben.

Am vergangenen Montag hatte ich einen Vortrag in Saarbrücken im Rahmen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft¹⁸ und bei der Vorbereitung meines Vortrags habe ich auch wieder in den Eucken hineingeschaut, weil ich mich einer Stelle vergewissern wollte.

Später in der *monetären Theorie* von Milton Friedman,¹⁹ den ich dann persönlich kennenlernte. Aber ich muss sagen, auch Keynes. Der scheint überhaupt nicht so dazu zu passen, weil akademische Lehrer wie Carell die Keynesianische Theorie in einer Weise vortragen haben, die es völlig unmöglich machte, dass man Sympathie dafür entwickeln konnte. Dann habe ich natürlich auch viele Werke von Keynes gelesen, oft mit großer Bewunderung – auch wenn ich nie ein Keynesianer geworden bin. Was mich an Keynes am meisten beeindruckt hat, ist die Tatsache, dass er als junges Mitglied der britischen Delegation aus Protest die Verhandlungen zum Versailler Vertrags verlassen hat, weil er die verheerenden Folgen voraussah.

Das entsprach natürlich auch seiner Arroganz, denn er ist eine unwahrscheinlich arrogante Person gewesen. Geistiger Hochmut, der natürlich auch seine Grundlage hatte, wenn man sich vorstellt, dass ein relativ junger Mann im öffentlichen Dienst in Versailles abreist und ein Buch schreibt „The Economic Consequences of the Peace“²⁰ in dem er davor warnt, dass dieser Versailler Friedensvertrag nur Böses bewirken könne, weil es ein Rachevertrag sei, der Gegenreaktionen auslösen werde.

Ich fühle mich nicht als Schüler von irgendeiner der von mir genannten Personen. Milton Friedman hat mich beeindruckt, als er mit seinem Programm für *monetary stability* kam, mit seiner k-Prozent-Regel, d. h., die Idee, dass man die Geldmenge Jahr für Jahr, ja sogar Monat für Monat um den gleichen Prozentsatz ausdehnen sollte, um eine Willkür in der Geldpolitik zu beseitigen. Als ich das gelesen habe, habe ich gedacht: „Menschenskind, das ist es!“ Wenn ich das meinen Studenten an der Tafel erklärt habe, dann hat das auch funktioniert, aber dann ist mir schon klargeworden, dass das nicht so einfach ist, und bin auch davon abgekommen. Aber in meinem Denken hat der Monetarismus ver-

17 Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen, 1952.

18 Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) wurde im Jahr 2000 vom Arbeitgeberverband „Gesamtmetall“ gegründet und wird von weiteren Arbeitgeberverbänden mitgetragen. Der Fokus ihrer Öffentlichkeitsarbeit liegt auf der Betonung der positiv konnotierten Werte wie unternehmerische Freiheit und Wettbewerb.

19 Milton Friedman (*1912; † 2006), US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, der fundamentale Arbeiten auf den Gebieten der Makroökonomie, der Mikroökonomie, der Wirtschaftsgeschichte und der Statistik verfasste. Er erhielt 1976 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Leistungen auf dem Gebiet der Analyse des Konsums, der Geschichte und der Theorie des Geldes und für seine Demonstration der Komplexität der Stabilitätspolitik. Friedman gilt neben John Maynard Keynes als einer der einflussreichsten Ökonomen des zwanzigsten Jahrhunderts.

20 John Maynard Keynes, The economic consequences of the peace, London 1919. [deutsche Übersetzung: Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages von Versailles].

kürzt auf das Programm *money matters* eine große Rolle gespielt und das tut es bis heute. Ich habe noch keinen gefunden, der mir erklären konnte, warum Geld nicht wichtig sein sollte.

Oliver Dürkop: *Hatten Sie in früheren Jahren jemals ein Angebot einer politischen Partei bekommen, in die Politik zu wechseln? Wenn ja, welche, und warum haben Sie sich eventuell anders entschieden?*

Otmar Issing: Ich habe nie ein Angebot bekommen, vielleicht auch deswegen, weil ich nie den Eindruck gemacht habe, als würde ich mich je unter ein Parteiprogramm fügen können. Das lag mir fern. Ich fühle mich nicht als unpolitischen Menschen, aber einem Parteiprogramm zu folgen, das kann ich mir nicht vorstellen.

Jörg Beining: *Wann sind Sie zum ersten Mal mit Europa in Berührung gekommen, und zwar in dem Sinne, dass es mehr für Sie darstellte als Geografie und Wirtschaft, nämlich als politische Idee oder politisches Projekt?*

Otmar Issing: Das kann ich eigentlich ziemlich präzise sagen: In der Schule, die zu meiner Zeit sehr unpolitisch war. Wie die jungen Leute – ich sollte sogar mitfahren, aber dann ist es nicht dazu gekommen – an die Grenze gefahren sind und die Schlagbäume abgerissen haben. Das war jetzt kein Aufstand, sondern es war ja einfach das Öffnen des Schlagbaumes. Das war das erste Mal, dass ich begonnen habe, europäisch zu denken. Das wurde dann auf eine ganz ungewöhnliche Weise gefördert: Ich habe 1954 Abitur gemacht und habe die Ausscheidungsrennen der DJK²¹ im Stadion Rote Erde²² bestritten und den 100-Meter-Lauf gewonnen. Ich war gar nicht für den Sieg vorgesehen, eigentlich war ein anderer für die europäischen Spiele in Spanien nominiert. Aber ich habe gewonnen und durfte fahren und es war gar nicht einfach, das alles noch hinzubekommen, denn ich hatte keinen Reisepass. Heutzutage sind die jungen Menschen wie meine Enkel ja schon in halb Europa unterwegs. Die Spiele waren in San Sebastian im Jahr 1954 und es war ganz ungewöhnlich, dort zu sein. Da hat sich bei mir das erste Mal das Fenster nach Europa aufgemacht. In einem humanistischen Gymnasium hatte ich nur etwas Französisch gelernt und konnte es allenfalls radebrechend. Als wir in Südfrankreich in einer Bäckerei Zwischenstation gemacht haben und ein Brot kaufen wollten, wurden wir aus dem Laden geworfen. Es war eine Gegend, in der die SS gewütet hatte, das war bekannt, aber hier wurde man persönlich angegriffen und das ging unter die Haut. Auf der anderen

21 Der DJK ist ein katholischer Sportverband. Das Gründungsjahr 1920 fällt in die Blütezeit der Jugendbewegungen, was sich in der Namensgebung Deutsche Jugendkraft (DJK) widerspiegelt. Der in Würzburg gegründete Verein wurde 1935 im Rahmen der Gleichschaltung der Sportorganisationen reichsweit verboten, eine Wiedergründung erfolgte 1947 unter dem Namen „Verband für Sportpflege in katholischer Gemeinschaft“. Heute zählt er etwa 500.000 Mitgliedern in ca. 1.100 Vereinen.

22 Das Stadion Rote Erde wurde 1926 in unmittelbarer Nähe zu den Westfalenhallen in Dortmund errichtet. Seit dem Bau des Westfalenstadions, dem heutigen Signal Iduna Park, grenzt es unmittelbar an dessen Osttribüne.

Seite fand man aber auch früh schon Freunde über den Sport und das hat sich dann fortgesetzt. Das hat mich kaum wie etwas Anderes geprägt. Ich bin 1945 durch die Ruinen meiner Heimatstadt Würzburg (die Stadt war am 16. März 1945 noch schlimmer zerstört worden als Hildesheim und wurde das „Grab am Main“ genannt – völlig sinnlos, denn drei Wochen später waren die Amerikaner da) zur Schule gegangen. Seitdem war ich überzeugt, wer nicht europäisch denkt, muss irgendeinen Fehler im Denken haben, um es einmal milde auszudrücken. Das ist meine tiefe Überzeugung.

Bevor ich 1946 ins Gymnasium kam, ging ich auf die Volksschule und ich erinnere mich nur an zwei Lehrer, die ausgesprochene Nazis waren. An den einen erinnere ich mich noch, weil ich einmal zu spät zur Schule kam und er mich fragte, warum ich zu spät sei. Als ich antwortete, ich hätte ministriert und das habe länger gedauert, gab er mir zwei Ohrfeigen. Ich habe mich fast als Märtyrer gefühlt. Ein anderer Lehrer hat uns versucht zu erklären, dass jenseits des Rheins der Todfeind wohne und es jenseits des Kanals noch schlimmer sei. Später in diesen Ländern Freunde zu finden, gehört für mich zu den schönsten Erlebnissen meines ganzen Werdegangs. Die persönliche Annäherung kam eigentlich zunächst eher und dann kam die wissenschaftliche: Denn als Ökonom, jedenfalls als ein liberaler Ökonom oder wie immer Sie mich bezeichnen wollen, war das Einreißen von Schranken und das Abbauen von Zöllen natürlich ganz auf meiner ökonomischen Denklinie, so dass beides zusammenfiel. Das war für mich Europa: frei reisen zu können und Freunde zu gewinnen. Wenn die jungen Leute heute sich überlegen können, wo in Europa sie studieren möchten – das ist mir auch aus finanziellen Gründen versagt geblieben, habe es mir aber immer gewünscht. Das ist für mich an erster Stelle Europa.

Michael Gehler: *Ein ebenfalls sehr sportlich begeisterter und erfolgreicher Gast, den wir hier begrüßen durften, war Hans Tietmeyer²³ und wir würden gerne einige Fragen zu ihm stellen. Hans Tietmeyer hat ja auch ein Stück weit deutsche Wirtschafts-, Finanz- und Währungsgeschichte mitgeschrieben. Wann und in welchem Zusammenhang haben Sie Tietmeyer kennengelernt? Was war ihr erster persönlicher Eindruck – können Sie sich noch daran erinnern?*

Otmar Issing: Das erste Mal habe ich ihn eher am Rande getroffen bei Veranstaltungen, bei denen wir beide Vorträge gehalten haben. Sie kennen das von Konferenzen: Man sieht sich, lernt sich aber nicht wirklich kennen. Näher kennengelernt haben wir uns, als ich Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium wurde und er Leiter der Abteilung I, also Wirtschaftsordnung war. In dieser Funktion war er bei Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirats dabei. Von da an haben wir uns eigentlich regelmäßig getroffen.

Joachim Algermissen: *Welche konkreten beruflichen Berührungspunkte hatten Sie darüber hinaus noch mit ihm? Bis hin zum Sachverständigenrat oder eventuell sogar noch*

23 Hans Tietmeyer (*1931; † 2016), deutscher Volkswirt, von 1982 bis 1989 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und von 1993 bis 1999 Präsident der Deutschen Bundesbank.

nach der Bundesbank? Sie sagten ja vorhin, auch kurz, er sei letztendlich daran „schuld“, dass Sie dann auch zur EZB²⁴ gekommen sind.

Otmar Issing: Juni/Juli 1990 – ich war auf irgendeiner Konferenz – kam ich zurück und meine Frau sagte, das Büro Pöhl²⁵ habe angerufen, ich solle zurückrufen. Karl Otto Pöhl war damals Präsident der Bundesbank. Ich kannte Tietmeyer, der damals gerade zur Bundesbank gekommen war und für die Bewältigung der Wiedervereinigungsfragen ausgeliehen war. Ich kannte Helmut Schlesinger,²⁶ den Vizepräsidenten, von wissenschaftlichen Tagungen, aber mit Pöhl hatte ich noch kein Wort gewechselt. Ich habe also zurückgerufen und Pöhl sagte mir dann, er würde sich mit mir gern einmal über geldpolitische Fragen unterhalten. Ich hatte damals meine Lehrbücher „Geldtheorie“ und „Geldpolitik“²⁷ längst geschrieben und auch viel auf dem Gebiet veröffentlicht, von daher war das jetzt nicht so überraschend, obwohl ich das nicht erwartet hatte. Pöhl war allerdings nicht so der Mann, der den Kontakt zur Wissenschaft pflegte und von daher war es schon erstaunlich. Ich bin aber auch nicht gleich vor Freude an die Decke gesprungen und er hat gesagt, er würde mir einen Fahrer schicken. Damals war die Autobahn Frankfurt-Würzburg noch leichter zu befahren als heute. Wir haben also einen Termin ausgemacht, ich bin hingefahren und wir haben uns unterhalten. Ich hatte einen kritischen Artikel zur Mindestreservepolitik der Bundesbank geschrieben – sonst war ich ja ein Bundesbank-Fan, wie die meisten Ökonomen in Deutschland –, aber diese Politik hielt ich für falsch. Zum Verständnis: Der höchste Mindestreservesatz für Sichteinlagen betrug damals 12,8%. Diese Mindestreserve war unverzinslich zu halten und in Zeiten vor allem der restriktiven Geldpolitik, in der die Zinsen gestiegen sind, sind die Opportunitätskosten der Reservehaltung natürlich dementsprechend hoch geworden. Das heißt, für diese Liquidität mussten sie praktisch eine hohe Strafe bezahlen in Form dieser nichtverzinslichen Mindestreserve. Das hat dazu geführt, dass die Einlagen aus Deutschland nach

24 Die Europäische Zentralbank (EZB) ist die 1998 gegründete gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie bildet mit den nationalen Zentralbanken (NZB) der EU-Staaten das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Die Arbeit und die Aufgaben der EZB wurden erstmals im Vertrag von Maastricht 1992 festgelegt. Seit dem Vertrag von Lissabon 2007 besitzt sie formal den Status eines EU-Organs.

25 Karl Otto Pöhl (*1929; † 2014), deutscher Bankier und von 1980 bis 1991 Präsident der Deutschen Bundesbank. Pöhl studierte Volkswirtschaftslehre an der Georg-August-Universität in Göttingen. Er arbeitete zunächst beim Ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München, als Wirtschaftsjournalist und wechselte 1970 als Staatssekretär ins Bundesfinanzministerium. 1977 wechselte er als Vizepräsident in die deutsche Bundesbank, deren Präsident der 1980 wurde.

26 Helmut Schlesinger (*1924), deutscher Volkswirt, 1980 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, verantwortlich für Volkswirtschaft und Statistik sowie 1991 Nachfolger von Karl Otto Pöhl als Bundesbankpräsident. Schlesinger wurde 1993 durch Hans Tietmeyer abgelöst.

27 Otmar Issing, Einführung in die Geldtheorie, München, 1974 bzw. Ders., Einführung in die Geldpolitik, München 1981.

Luxemburg verlagert wurden und Kredite aus Luxemburg kamen. Die Bundesbank hat also zur Entstehung und zum Größerwerden des Finanzplatzes Luxemburg beigetragen.

Damit hat die Bundesbank die Kreditvergabe in Deutschland nicht in den Griff gekriegt. Das Geld hat sich sozusagen über die Bewegung nach Luxemburg der Mindestreserve entzogen. Das war, verkürzt gesagt, der Kern dieser Politik und das hatte ich kritisiert. Pöhl hatte sich gut auf das Gespräch vorbereitet. Ihm hat das auch nicht gepasst – das wusste ich gar nicht. Ich habe ihm meine Meinung gesagt und wir haben uns lange unterhalten, d. h., er hat gesprochen und auf einmal hat er sich unterbrochen und gesagt: „Ich rede so viel, ich will ja aber Sie kennenlernen. Mir geht es jetzt gar nicht um die Geldpolitik, obwohl mir das, was Sie gerade gesagt haben, gut gefällt.“

In diesem Jahr neigte sich die zweite Amtszeit Claus Köhlers²⁸ dem Ende. Er war im Direktorium der Bundesbank zuständig für Märkte und war auch Professor in Hannover gewesen. Er war gewerkschaftsorientiert und das hat ihn in das Direktorium der Bundesbank gebracht. Die Ernennung für weitere acht Jahre hätte verlängert werden können, aber Köhler wollte nicht mehr. Hier kann man sehen, wie Zufälligkeiten den Lebenslauf bestimmen können. Wenn Herr Köhler noch einmal acht Jahre gemacht hätte – keine Ahnung, was dann mit mir passiert wäre.

Die Bundesbank hat nach dem Bundesbankgesetz keinerlei Vorschlagsrechte und kein Mitspracherecht bei der Besetzung des Direktoriums. Der Zentralbankrat wird, wenn die Regierung ernannt, nur gefragt. Und wenn der Zentralbankrat einen Kandidaten ablehnt, kann die Regierung trotzdem die Person bestimmen. Das ist auch passiert, allerdings nicht bei mir – die Bundesbank ist da in einer passiven Rolle.

Schlesinger war seit zwanzig Jahren im Direktorium für den Bereich Volkswirtschaft zuständig gewesen, die Bundesbank war quasi Schlesinger – nach außen hin zwar Pöhl, intern aber Schlesinger.

Pöhl, Schlesinger und Tietmeyer befürchteten, nach dem Ausscheiden Schlesingers und den Wahlen in der Zwischenzeit ganz in der Hand der Politik zu sein. Und wenn dann eine Person ernannt würde, die nicht passt, dann hätten sie überhaupt niemanden gehabt, der diesen zentralen Bereich der Geldpolitik im Direktorium kompetent vertreten kann. Denn die Politik ernannt nicht nach der Überlegung, wer an dem Posten gebraucht wird, sondern wen sie an dem Posten haben will. Pöhl sagte mir also, er suche einen Nachfolger für Köhler von der Position, aber nicht vom Ressort her. Da sei mein Name ins Spiel gekommen und daher wolle er mich einmal kennenlernen. Pöhl schaute mich also so an und sagte: „Aber wissen Sie, eigentlich mag ich keine Professoren.“ Ich war völlig gelassen – ich hatte mich ja nicht beworben, es war für mich unerwartet und ich habe es, ehrlich gesagt, zunächst auch nicht so ernst genommen. Ich sagte zu ihm: „Herr Pöhl, ich denke, ich weiß warum. Weil die immer alles besser wissen.“ Und er sagte: „Genau deswegen.“ Darauf sagt ich: „Und, Herr Pöhl, Sie meinen, Sie wissen es besser?“ Das hat ihm gefallen und das hatte er von einem Professor schon gar nicht erwartet. Pöhl und ich sind so verschiedene Personen, aber die Chemie zwischen uns persönlich hat immer

28 Claus Köhler (*1928), deutscher Volkswirt, nach seiner Tätigkeit als Professor an der Universität Hannover bzw. der Universität in Frankfurt/Main von 1974 bis 1990 Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank.

gestimmt. Es war offensichtlich, dass es zwischen Pöhl und Schlesinger immer wieder Spannungen gab, und ich habe gedacht, sie wollten den Schlesinger weghaben, aber Pöhl beruhigte mich: es sei alles abgesprochen. Wenn ich käme, bekäme ich vom ersten Tag an dessen Ressort. Das hieß, dass Schlesinger nicht erst noch seine letzten zwei Jahre das Ressort behalten würde. Schlesinger sagte zu mir: „Wenn Sie kommen, dann habe ich es ein wenig ruhiger und übernehme das Ressort von Köhler und Sie werden vom ersten Tag an der Chefvolkswirt“. Als ich dann tatsächlich zur Bundesbank kam, habe ich ehrlich gesagt gefürchtet, ob das gut verlaufen werde – er hatte das ja zwanzig Jahre so gemacht –, aber das ging von Anfang ohne größere Probleme.

Als ich wieder bei Pöhl war, sagte er, er sei in der nächsten Woche in Bonn beim Kanzler und Finanzminister und wolle den beiden den Plan nahelegen, mich zu ernennen. Er habe keine Ahnung, ob sie die Idee aufnahmen oder nicht. Ich habe mir zunächst Bedenkzeit erbeten, was Pöhl verstand. Er lege mir aber nahe, dass ein JA auch ein JA bleiben müsse. Er könne mich nicht vorschlagen, wenn ich dann absagen würde.

Zu Herrn Schlesinger hatte ich gesagt: „Ich muss es mir überlegen.“ Er antwortete: „Was gibt es da zu überlegen? Wir bieten Ihnen – wenn es so läuft – die interessanteste Position für einen Ökonomen in Deutschland an. Hier ist die Kernkomponente der Bundesbank – und Sie sagen, Sie müssen es sich überlegen?“

Er ist in der Bundesbank groß geworden – sozusagen von ganz klein bis nach oben. Die Bundesbank – das war seine Welt. Ich habe gesagt: „Herr Schlesinger, ich wollte immer in die Wissenschaft und vor allem gebe ich meine Unabhängigkeit auf.“ Wie gesagt: In meinen Augen ist der deutsche Professor der unabhängigste Mensch der Welt. Niemand hat ihm etwas zu sagen. Natürlich gibt es viele Zwänge, Prüfungen, Sitzungen. Aber es gibt keinen Chef. Wie das dann in der Bundesbank läuft – das wusste ich nicht. Es ist dann alles viel besser gekommen, als ich mir das vorstellen konnte.

Ich hätte für nichts Anderes – auch nicht für viel mehr Geld meine Unabhängigkeit aufgegeben. Aber Geldpolitik war genau das Gebiet, das ich gelehrt habe. Und das jetzt sozusagen zu praktizieren – wobei ich mir vorher gar nicht vorstellen konnte, in welchem Maße ich das bestimmen konnte. Das lief von Anfang an so, dass ich in geldpolitischen Fragen immer nur das vertreten musste, wovon ich selbst überzeugt bin. Insofern war in diesem Punkt die Unabhängigkeit nie ein Problem.

Am 15. Oktober bin ich damals zur Bundesbank gekommen, es war ein Montag. Mein Ressort bzw. mein Dezernat war Volkswirtschaft und Statistik. Helmut Schlesinger hat mir die Hauptabteilungsleiter vorgestellt, den einen oder anderen kannte ich von Konferenzen, die meisten aber nicht. Ich hatte die Namen auch sofort wieder vergessen, genau wie die ganzen Abkürzungen wie VO-1 und so weiter. Ich bin in mein Zimmer gegangen, habe mich an den Schreibtisch gesetzt und habe mir gedacht: „Was machst du jetzt bloß?“ Versetzen Sie sich in meine Lage – ich hatte ja keinen Einführungskurs bekommen, was jetzt an Arbeit auf mich zukäme. Ich saß dann da und habe nicht gewusst, was ich machen soll – da ging die Tür auf, die Sekretärin kam herein, die ich natürlich vorher auch nicht kannte, und hat mir Akten gebracht. Vorne drauf mit Abkürzungen, die ich nicht verstanden habe. Ich habe sie aufgemacht und hineingeschaut. Sie brachte immer mehr Akten und ich habe kapiert: Wenn ich nicht ertrinken will muss das, was hereinkommt, auch wieder hinaus.

So begann meine Lehrzeit dort. Am Donnerstag derselben Woche war die erste Zentralbankratssitzung und Schlesinger sagte zu mir: „Herr Issing, ich will Ihnen da nicht hineinreden, aber wenn Sie möchten, dann leite ich noch einmal die Sitzung, damit Sie da hereinfinden.“ Ich bin heute noch voller Bewunderung für mich selbst – und das kommt nicht sehr häufig vor – dass ich instinktiv gesagt habe: „Herr Schlesinger, ich denke ich mache das gleich selber.“ Und das war natürlich das einzig Richtige, was ich machen konnte. Ich wusste nicht, wie er das macht. Macht man etwas anders, sieht es so aus, als mache man es mit Absicht, macht man es genauso, scheint man ein Nachahmer zu sein.

Im Zentralbankrat saß man nach Dienstalter, ich war also der Jüngste. Es war ein langer Tisch. An dem einen Ende saß Pöhl und am anderen Ende saß ich. Zwei Wochen später war schon die nächste Sitzung, und ich habe also meinen Bericht angefangen und sagte aus universitärer Gewohnheit: „Wie ich schon in der letzten Stunde erklärt habe...“ In dem Moment, in dem es draußen war, habe ich es natürlich sofort gemerkt. Wissen Sie, was passierte? Einige frühere Professoren aus dem Zentralbankrat haben sofort angefangen zu lachen. Ich sagte: „Ich bitte um Entschuldigung. Jetzt habe ich 50 Semester Vorlesungen gehalten – das wirkt einfach nach. Wenn es der Qualität nicht schadet...“. Herr Pöhl sagte: „Ganz und gar nicht, machen Sie ruhig weiter.“ Mir ist das natürlich nie wieder passiert.

In den ersten vierzehn Tagen war ich mir nicht sicher, ob ich mich richtig entschieden hatte. An der Universität habe ich mich nicht vertreten lassen, sondern bin voll ausgestiegen, obwohl ich unsicher war, ob es die richtige Entscheidung ist. Für mich hat auch eine Rolle gespielt, dass ich stets gepredigt hatte, dass man flexibel sein und Neues machen müsse. Aber wenn man selber „dran“ ist, dann sieht man plötzlich auch die Risiken, das gewohnte Leben aufzugeben.

Auch die Auswirkungen auf unser Privatleben waren alles andere als einfach – insbesondere für meine Frau. Ich habe mir aber gedacht, wenn ich dort mit einer „Rückfahrkarte“ hingehe und schwierige Zeiten kommen, dass man dann vielleicht doch Überlegungen anstellt, ob man wieder zurückgeht. Ich habe mich sozusagen dafür entschieden, wie die Griechen vor Troja, die Schiffe zu verbrennen. Ich war Mitte 50 und erwartete von mir, dass ich das in jedem Fall für acht Jahre durchstehen würde, auch wenn schwierige Zeiten kämen. Nach vierzehn Tagen war das Thema erledigt und dass dann noch die Europäische Zentralbank kommen würde, daran konnte niemand denken.

Joachim Algermissen: *Wie kam es, dass Sie dann zur EZB gewechselt sind? Hat auch Herr Tietmeyer einen gewissen Einfluss darauf gehabt?*

Otmar Issing: Ich war, wie gesagt, der Chefvolkswirt und alles lief hervorragend. Tietmeyer kam eines Tages zu mir – wir hatten ein sehr gutes Verhältnis – und bat um ein Gespräch. Er teilte mir mit, er habe sich überlegt, dass im ersten Direktorium der Europäischen Zentralbank selbstverständlich ein Deutscher sein werde, das sei offensichtlich. In dem Moment, in dem die EZB nach Frankfurt kam war zudem klar, dass kein Deutscher der erste Präsident sein könne. Helmut Kohl hat damals erklärt, die D-Mark aufzugeben sei fast schon politisches Harakiri. Die EZB muss nach Frankfurt – auch, um die Stabilitätstraditionen zu betonen. Und wenn der erste Präsident kein Franzose sein

sollte, sondern Wim Duisenberg,²⁹ dann würde der Vizepräsident ein Franzose sein. Also das war sozusagen schon einmal erledigt. Tietmeyers Überlegung war ganz eindeutig: Wenn ich der deutsche Kandidat sei, würde man an mir nicht vorbeikommen, wenn es um die Besetzung des zentralen Ressorts Volkswirtschaft gehe. Ich – und auch meine Frau im Übrigen – habe ihm einmal gesagt, er habe mich „moralisch erpresst“. Wenn ich das nicht mache, kriege das kein anderer Deutscher hin, dann haben wir eine Chance vergeben. Er hat ganz offen darüber gesprochen und hat dann versucht, diese Idee dem Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Theo Waigel³⁰ nahezubringen, was schwierig war: einmal deswegen, weil ich als der Urheber des Aufstands der Bundesbank gegen den Vorschlag der Regierung Kohl galt, die Goldreserven aufzuwerten. Ich denke mal, die Entscheidung wäre ohne mein internes Papier nicht anders gefallen, aber ich war da identifiziert und war „persona non grata“. Tietmeyer kam eines Tages zurück und sagte, er habe dem Kanzler das wieder einmal gesagt, und der habe erwidert, wie man denn mich vorschlagen könne, wo ich doch nie etwas Gutes über den Euro gesagt habe. Tietmeyer habe erwidert: „Wahrscheinlich nicht“ und so war es auch: Ich war immer Anhänger einer Europäischen Währungsunion – aber als Endstufe eines längeren Prozesses nicht jetzt und mit so vielen Ländern. Kurz und gut: Am Schluss hat die Regierung mich vorgeschlagen und ich wurde dann als Einziger neben dem Präsidenten für acht Jahre ernannt, denn die ersten Ernennungen nach dem Vertrag waren gestaffelt. Der Präsident für acht Jahre, der Vizepräsident für vier Jahre und die anderen Mitglieder des Direktoriums für fünf bis acht Jahre. Damit sollte gesichert werden, dass nach acht Jahren nicht alle Mitglieder des Direktoriums gleichzeitig ausscheiden.

Als kleine Anekdote vielleicht noch: Ich war in der Bundesbank und es war dann, denke ich, März 1998 (das war ja alles ganz knapp). Es war ein Freitag und ich war sehr müde. Mein Fahrer hat mich von Frankfurt nach Würzburg gebracht und ich habe aus dem Auto meine Frau angerufen und bat sie, zum Entspannen die Sauna anzustellen. Am Nachmittag hatte das Finanzministerium angerufen und meine Sekretärin gefragt, wie ich am Wochenende telefonisch erreichbar sei. Ich habe meine Privatnummer angegeben. Ich war nun in der Sauna und gegen zehn Uhr abends kommt meine Frau mit dem Telefon und sagt: „Der Herr Waigel ist am Telefon.“ Meine Frau hatte ganz pragmatisch gedacht, wenn sie jetzt sagt, ich könne nicht ans Telefon kommen, dann ruft er irgendwann wieder an und in der Sauna könne man ja telefonieren. Herr Waigel sagte: „Wir möchten Sie gerne vorschlagen für das Direktorium der Europäischen Zentralbank.“ Ich habe zugestimmt.

Severin Cramm: *Wie charakterisieren Sie die Person Hans Tietmeyer? Stimmen Sie der Bezeichnung seiner Person, sie sei die „westfälische Eiche“, zu? Das bedeutet Bo-*

29 Willem Frederik Duisenberg (* 1935; †2005), häufig mit „Wim“ Duisenberg abgekürzt, niederländischer Politiker und Ökonom, von 1973 bis 1977 Finanzminister der Niederlande, von 1982 bis 1994 Präsident der niederländischen Zentralbank und von 1998 bis 2003 der erste Präsident der EZB in Frankfurt am Main.

30 Theodor Waigel (*1939, deutscher Politiker (CSU), von 1989 bis 1998 Bundesminister der Finanzen und von 1988 bis 1999 CSU-Vorsitzender.

denständigkeit, Ehrgeiz, Durchhaltevermögen, Standfestigkeit. Stimmen Sie dem zu und wenn ja, warum?

Otmar Issing: Ja, weil ich das erlebt habe. Natürlich ist das zu simpel, die Person ist komplexer. Dennoch treffen alle Ihre Charakterisierungen.

Michael Gehler: *Das sind ja sehr holzschnittartige Zuschreibungen. Gäbe es noch Nuancierungen oder Ergänzungen, wenn Sie ihn charakterisieren müssten?*

Otmar Issing: Wenn man diese ganzen Charakteristika negativ lesen will, was ich und Sie nicht tun, dann könnte man daraus auf einen gewissen Provinzialismus schließen, und das trifft ihn ganz sicher nicht.

Joachim Algermissen: *Ergänzend dazu vielleicht noch eine Sache: Ich habe in der letzten Woche Hans Friderichs³¹ getroffen und der sagte mir, es stimme. Tietmeyer sei in gewisser Weise in manchen Dingen stur, aber dennoch immer kompromissbereit gewesen. Haben Sie das auch so wahrgenommen?*

Otmar Issing: Ja. Innerhalb der Grenzen dieser Charakteristika auf jeden Fall.

Michael Gehler: *Welches spezifische Ereignis ist Ihnen in der beruflichen Zusammenarbeit mit Hans Tietmeyer besonders in Erinnerung?*

Otmar Issing: Aus diesem Interview „droht“ ja eine Veröffentlichung zu werden. Es gibt viele Gelegenheiten, bei denen wir ganz eng, reibungslos und ohne Konflikte zusammengearbeitet haben.

Joachim Algermissen: *Wie haben Sie sein Auftreten in der Öffentlichkeit wahrgenommen? Und inwiefern hat Hans Tietmeyer die deutsche und/oder europäische Wirtschaftsgeschichte geprägt? Diese Frage bezieht sich gleichermaßen auch auf Ihre Person.*

Otmar Issing: Als ich in der Bundesbank war, wurde Herr Tietmeyer 65 Jahre alt. Wir haben ihn gefeiert, wenn auch nicht bombastisch, sondern in angemessenem Rahmen. Helmut Kohl kam, um seine persönliche Verbundenheit zu zeigen, vor allem in der Zeit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung. Kohl hat damals eine sehr persönliche Rede gehalten, ich werde zwei Sätze nie vergessen und habe sie auch schon häufiger zitiert. Kohl hat damals gesagt: „Als Politiker war mir die Unabhängigkeit der Bundesbank nicht selten ein Dorn im Auge. Als deutscher Bürger bin ich froh darum, dass wir eine unabhängige Notenbank haben.“ Ich denke, das beschreibt das Spannungsverhältnis zwischen Politik und unabhängiger Notenbank in zwei Sätzen hervorragend. Bei dieser Gelegenheit zum 65. Geburtstag gab es in der Bundesbank Ideen, dass wir eine Festschrift für ihn

31 Hans Friderichs (*1931), Rechtswissenschaftler, Manager und deutscher Politiker (FDP), von 1972 bis 1977 Bundesminister für Wirtschaft.

organisieren. Dafür wäre ich natürlich zuständig gewesen. Ich bin kein so großer Freund von Festschriften. Wir hätten dann alle möglichen Prominenten angeschrieben, der Mitarbeiter hätte dann irgendetwas abgeliefert, aber ich war der Meinung, das werde seiner Person nicht gerecht. Ich habe dann angeregt, dass wir einen Band veröffentlichen mit Beiträgen von Tietmeyer selber, vom Werner-Plan³² bis hin zur Europäischen Währungsunion. Der Band heißt daher auch Währungsstabilität für Europa.³³

Michael Gehler: *Ich habe noch eine Frage bezüglich des Auftretens des Bundesbankpräsidenten in der Öffentlichkeit. War er eher zurückhaltend, sich nicht als politischer Akteur begreifend und einfach hinter den Kulissen aktiv?*

Otmar Issing: Ich weiß nicht, ob sich das auf einen kurzen Nenner bringen lässt. Im Deutschen gibt es dafür kein passendes Wort. Ich würde schon sagen, dass sich die Person Tietmeyer als „Staatsdiener“ charakterisieren lässt, ohne dass das allzu dienerhaft klingen soll. Er war für seine Aufgabe da, in Unabhängigkeit seiner Position, loyal vorher im Rahmen seiner Politik. Ich denke, es gibt kaum jemanden – und wenn, dann wäre es ungerechtfertigt –, der ihn sozusagen parteipolitisch zugeordnet hätte, als er Bundesbankpräsident wurde. Er war natürlich mit Kohl eng bekannt, er war Waigels Staatssekretär gewesen, aber ich denke zu keinem Moment galt er als jemand, der die Regierungsideen mit in die Bundesbank bringt.

Jörg Beining: *Wie würden Sie die Zeit des Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer bewerten und welche Meilensteine hat er gesetzt?*

Otmar Issing: Die Bundesbank war zu der Zeit, als er Präsident wurde, längst eine in Deutschland überaus angesehene Institution und er hat sie sozusagen reibungslos in die Europäische Währungsunion integriert. Das war, denke ich, auch seine wichtigste Aufgabe, und er hat Kontinuität geschaffen.

Mit dem Beginn der Währungsunion haben wir uns dann ein paar Wochen später im EZB-Rat sozusagen gegenübergestellt. Ich als Vertreter der Europäischen Zentralbank und Tietmeyer in seiner Eigenschaft als Präsident der Deutschen Bundesbank. Ich sage es jetzt mal so: Er wie andere mussten sich daran gewöhnen, dass die Musik immer noch in Frankfurt, aber jetzt in einem anderen Haus gespielt wurde. Das war am Anfang gewöhnungsbedürftig und ich habe auch von Beginn an keinen Zweifel daran aufkommen

32 Der Werner-Plan ist ein 1969 von den Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten in Auftrag gegebener und 1970 vorgelegter Bericht, der von einem Ausschuss unter der Leitung des luxemburgischen Premierministers Pierre Werner verfasst wurde. Er definiert die Wirtschafts- und Währungsunion als unveränderliche Festlegung der Wechselkurse aller beteiligten Währungen in Anbindung an eine gemeinsame Zentralbank. Weitere Inhalte sind beispielsweise die Erarbeitung eines Dreistufenplans zu einer Währungsunion bis 1980. Der Werner-Plan wurde nie in Vertragsform übernommen, sondern nur in einer Entschließung der Staats- und Regierungschefs sowie in mehreren Entscheidungen des Rates der EG verankert.

33 Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank, Währungsstabilität für Europa, Baden-Baden 1996.

lassen. Intellektuell hat er das natürlich absolut verstanden und auch getragen. Auch die Strategie, die ich vorgeschlagen habe, die nicht die Strategie der Bundesbank war. Das haben mir einige am Anfang übelgenommen. Ich musste gar nicht groß überlegen oder demonstrieren, sondern es war einfach so, dass ich nun für die EZB und den Euro zuständig war und die Bundesbank eine sehr wichtige, aber nur eine der vielen Notenbanken war. Das galt auch für Jean-Claude Trichet³⁴ oder Antonio Fazio von der Banca d'Italia.³⁵ Für mich war das weniger gewöhnungsbedürftig.

Michael Gehler: *Da sind wir beim Thema Euro und der noch bestehenden Deutschen Mark. Galt für Sie Hans Tietmeyer auch als ein „Hüter der D-Mark“? Und wie lange war das so? Sie sagten gerade, es seien völlig neue Konstellationen gewesen: Sie sitzen an einem Tisch, aber in völlig unterschiedlichen Positionen, am gleichen Ort, aber aus unterschiedlichen Häusern.*

Otmar Issing: Also um das kurz und bündig zu sagen: Der Präsident der Bundesbank – und das galt logischerweise auch für Tietmeyer – war Repräsentant der D-Mark, Hüter der Stabilität. Und am 1.1.1999 war das vorbei. Es gab die D-Mark noch als Scheine und Münzen, aber diese waren nur Stellvertreter für den Euro, den es als Bargeld nur noch nicht gab. Das heißt, diese Funktion war zu Ende und das war natürlich für die Institution Bundesbank erst einmal ein Schock. Man hat versucht, die Leute in der Bundesbank darauf vorzubereiten – wir waren die dominante Notenbank in Europa, die anderen sind uns gefolgt. Wir haben uns am Mittwoch bei unseren Entscheidungen im Direktorium der Bundesbank gelegentlich darüber unterhalten, ob es drei oder vier Minuten dauert, bis die Holländer, Österreicher usw. uns folgen – sie hatten gar keine andere Wahl. Das war die Bundesbank und die hat die Geldpolitik für Europa gemacht. Die anderen mussten dem folgen, wenn sie nicht abwerten wollten. Der Abschied von der nationalen Währung war für andere Notenbanken viel weniger schmerzlich. Für die Bundesbank war das ein riesiger Schock.

Ich habe dem Ernst Welteke³⁶ als er Tietmeyer nachgefolgt war, zu seinem runden Geburtstag einen Brief geschrieben, weil ich nicht auf die Feier gehen konnte. Ich habe geschrieben: „Lieber Ernst, Du hast einen äußerst undankbaren Job, denn das, was die Bundesbank ausgemacht hat, das verkörperst Du nicht mehr. Es ist eigentlich eine lose-lose-Situation.“ Ich wollte ihm damit aber Mut machen. Aber noch einmal: Das hat in der Bundesbank lange gedauert, bis das bei manchen wirklich in den Köpfen verankert war – es war ein Kulturschock.

34 Jean-Claude Trichet (*1942), französischer Finanzexperte, von November 2003 bis Oktober 2011 Präsident der Europäischen Zentralbank.

35 Antonio Fazio (*1936), ehemaliger Präsident der italienischen Notenbank Banca d'Italia. Er wurde 1993 auf Lebenszeit für diesen Posten ernannt, musste aber 2005 im Zuge eines Bestechungsskandals und wegen Amtsmissbrauchs zurücktreten.

36 Ernst Welteke (*1942), SPD-Politiker und Volkswirt, Nachfolger von Hans Tietmeyer von 1999 bis 2004 als Präsident der Deutschen Bundesbank.

Joachim Algermissen: *Eine letzte Frage zu Tietmeyer: Sie sprachen vorhin davon, dass Sie durch Hayek und durch Eucken in Ihrer wirtschaftspolitischen Auffassung geprägt wurden. Ich habe mit Herrn Tietmeyer auch darüber gesprochen und er nannte die gleichen Namen und hat nur noch Alfred Müller-Armack³⁷ hinzugefügt, da er von der Kölner Schule geprägt wurde und bei ihm promoviert hat. Tietmeyer spricht immer von der überaus herzlichen und positiven Beziehung, die Sie beide immer gepflegt haben. Sie beide sind sich in der Stabilitätsorientierung einig. Meinen Sie, dass diese ganzen Grundeinstellungen, in denen große Parallelen zu beobachten sind, dazu geführt haben, dass Sie meist Hand in Hand eine Richtung verfolgt haben und auch immer gut miteinander ausgekommen sind und auch bis heute eine sehr gute Beziehung pflegen?*

Otmar Issing: Es gibt die professionelle Ebene, auf der man sich mit Leuten verständigen muss. Das muss darüber hinaus auch keine weiteren Beziehungen schaffen – man kann schließlich auch nicht mit zu vielen Leuten wirklich befreundet sein. Auf der professionellen Ebene trennt man klarer, dass man in einem Projekt zusammenarbeitet, einander vertraut, sich austauscht und ansonsten seiner Wege geht. Und dann gibt es engere Verbindungen, die nicht geplant sind, die viele Wurzeln haben. Er kommt aus einem sehr katholisch geprägten Milieu und das trifft für mich auch zu. Vielleicht spielt das alles eine Rolle, ohne dass man sich dessen im Einzelnen immer bewusst ist. Es gab da eine Basis, einen persönlichen Grundkonsens, auf dem dann vieles wachsen kann. Das ist sicher nicht schädlich.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielt die D-Mark in der Geschichte der Bundesrepublik?*

Ottmar Issing: Die D-Mark war ein ganz wichtiges Symbol. Innerhalb von einer Generation hatten die Menschen in Deutschland – wie auch meine Eltern – zwei Mal alles verloren. Und dann kommt zum ersten Mal wieder eine stabile Währung, auch als Ausdruck sog. Wirtschaftswunders. Die Deutschen haben bald begonnen zu reisen: Sie waren vielleicht als Deutsche nicht überall willkommen, aber ihre Währung war gefragt. So etwas prägt. Ich habe schon zu Bundesbankzeiten mal einen Vortrag gehalten und einen Artikel in der FAZ geschrieben und darin gesagt: Die Einstellung der Deutschen zu ihrer Währung ist von pathologischer Natur. Das haben mir meine Kollegen im Direktorium übelgenommen, aber ich habe erklärt, worum es ging. Ich habe die Bewunderung für die Stabilität geteilt und war stolz darauf, aber normal war das nicht. Ich habe es oft erlebt bei Vorträgen: Einfache Bürger haben von uns, der Bundesbank, fast alles erwartet. Es ging damals z. B. um die Abgeordnetenbezüge. Bei manchen Vorträgen wurde gesagt, das solle doch die Bundesbank regeln. Ich habe gesagt: „Um Himmels Willen – wir haben einen begrenzten Auftrag.“ Die Bundesbank hatte sich ihr hohes Ansehen in der Bevölkerung und in der Auseinandersetzung mit der Politik erworben. So hatte die Bundesbank bzw. damals noch die Bank Deutscher Länder 1957 den Diskontsatz erhöht, eine Ent-

37 Alfred Müller-Armack (*1901; †1978), deutscher Nationalökonom und Kultursoziologe. Er ist der Urheber des Begriffs und Mitbegründer der Sozialen Marktwirtschaft, welche freien Wettbewerb mit sozialem Ausgleich verbinden will.

scheidung, die Adenauer³⁸ in seiner „Gürzenich-Rede“ als das „Fallbeil für die kleinen Betriebe“ bezeichnet hat.³⁹ Die Bundesbank hat die anschließende Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit gewonnen.

Wenn eine neue Person in die Politik ging, war der Rat der älteren Kollegen: „Wenn du deine Karriere ruinieren willst, dann greif die Bundesbank an.“ Das konnten sich nur Politiker leisten, die ihre Karriere hinter sich hatten.

Bekanntlich haben die Menschen in der DDR Schilder getragen: „Wenn die D-Mark nicht zu uns kommt, dann kommen wir zur D-Mark“. Die Affinität zur D-Mark galt also auch für die Bürger der DDR. Kaum hatten sie dann die D-Mark, da verschwand sie auch schon wieder. Das sind alles Elemente einer Beziehung zu einer Währung, die – wie ich finde – pathologischer Natur und nur mit unserer Nachkriegsgeschichte zu erklären ist.

Michael Gehler: *Wie haben Sie den Verlust der D-Mark persönlich empfunden? Einmal abgesehen von den Funktionen?*

Otmar Issing: Wie alle Deutschen habe ich die Stabilität der DM für eine große Errungenschaft gehalten. Es war für mich etwas Besonderes, während der Zeit in der Bundesbank einen Beitrag dazu geleistet zu haben. Auf Dauer war die Dominanz der Bundesbank und ihrer Währung in Europa politisch nicht zu halten. Der Euro war die logische Folge.

Michael Gehler: *Gehen wir in das Jahr 1992, als der Börsenspekulant George Soros⁴⁰ gezeigt hat, dass durch riesige Käufe und Verkäufe des britischen Pfunds die Briten aus*

38 Konrad Hermann Joseph Adenauer (* 1876; † 1967) gehört zu den Begründern der CDU, deren Parteivorsitzender er von 1950 bis 1966 war. Von 1949 bis 1963 war Adenauer der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und von 1951 bis 1955 zugleich erster Bundesminister des Auswärtigen. Er setzte sich für Bonn als Bundeshauptstadt ein, stand für eine Politik der Westbindung und der Europäischen Einigung und einer aktiven Rolle der Bundesrepublik in der NATO. Wirtschaftspolitisch steht Adenauer für das System der Sozialen Marktwirtschaft.

39 Die Rede Adenauers am 23. Mai 1956 vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie in Köln wird als „Gürzenich-Rede“ bezeichnet. Adenauer betont die Unabhängigkeit der Bank Deutscher Länder, er versucht aber dennoch zu verhindern, Beschlüsse zur Erhöhung des Leitzinses zu verhindern: „Aber eines weiß ich schon jetzt: es ist der deutschen Konjunktur ein schwerer Schlag versetzt worden, und, meine Herren, auf der Strecke bleiben werden die Kleinen. Und zwar, meine verehrten Herren, gilt das sowohl für die kleinen Industrien wie für die kleineren Landwirte, wie für die kleineren Handwerker – kurz und gut, meine verehrten Herren, das Fallbeil trifft die kleinen Leute.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.5.1956.

40 George Soros (*1930, geboren György Schwartz), US-amerikanischer Investor ungarischer Herkunft. Bekannt wurde er, als er im September 1992 – am „Black Wednesday“ – auf die Abwertung des britischen Pfunds wettete. Dazu tauschte er geliehene Pfund in andere europäische Währungen, hauptsächlich Deutsche Mark und Französische Franc. Er verdiente damit rund eine Milliarde US-Dollar und zerstörte gleichzeitig den Mythos der britischen Zentralbank. Im Juni 1993 spekulierte Soros auch gegen die Deutsche Mark und verkündete die Absicht, in großen Mengen Wertpapiere der Bundesrepublik Deutschland abzustoßen. In einem Interview forderte er: „Down with the D-Mark!“

dem Europäischen Währungssystem (EWS) ausscheiden mussten. Diese Spekulationsproblematik hat auch dazu beigetragen, dass man gesagt hat: „Wir wollen die Europäische Währungsunion nicht mehr auseinanderdriften, beziehungsweise sie von außen ausspähen lassen. Inwieweit war das aus Ihrer Sicht in der deutschen Dimension ein treibendes Moment, was die Konzeption der Währungsunion anbelangt?“

Otmar Issing: Soros hat mit seiner Aktion – er hat zehn Milliarden Dollar gesetzt und in wenigen Tagen eine Milliarde gewonnen – mit einer völlig risikolosen Spekulation. Denn es war völlig klar: Das englische Pfund würde auf keinen Fall aufgewertet, das größte Risiko war, dass es nicht abgewertet wird. Es war eine Einbahnspekulation – man konnte allenfalls ein bisschen an der Zinsdifferenz verlieren.

Am Montag, bevor das englische Pfund dann am Mittwoch aus dem Währungsmechanismus ausgeschieden ist, war ich in der Bundesbank und habe eine Delegation des Vereinigten Königreichs empfangen. Mervyn King,⁴¹ der spätere Gouverneur der *Bank of England* und Alan Budd aus dem Schatzamt haben versucht, die Bundesbank – in diesem Falle mich – und später Bonn davon zu überzeugen, dass das Pfund nicht überbewertet ist. Ich habe gedacht: „Mein Gott, diese armen Männer müssen eine Meinung vertreten, die sie nicht ernsthaft belegen können. Es sind ja gute Ökonomen.“ Ich bin zu meinem Schreibtisch gegangen und habe ihnen unsere Schätzung präsentiert, dass das englische Pfund um 20-25% überbewertet sei, und das hat sich auch bestätigt.

Ich habe damals wenige Monate nach dieser Aktion einen Vortrag in London gehalten – es herrschte große Nervosität auf den Devisenmärkten –, die italienische Lira wurde abgewertet, der französische Franc kam unter extremen Druck, wir haben riesige Summen an Interventionen via Bundesbank aufgewendet, um den Wechselkurs aufrecht zu erhalten. Ich war in einem riesigen Saal und bin durch den Mittelgang zur Eingangstür herausgegangen und war nicht darauf vorbereitet, dass die Tür aufgeht und ich in laufende Fernsehkameras laufen würde. Sie kamen mit dem Mikrofon und fragten mich: „Herr Professor Issing, gerade hat der George Soros angekündigt, er werde die D-Mark attackieren.“ Vor laufender Kamera haben Sie ja nicht viel Zeit zum Überlegen. Normalerweise hätte ich gesagt „no comment“. Instinktiv habe ich mir gedacht, dass das feige und zu schwach wäre. Es hätte ausgesehen, als wolle ich mich drücken. Also habe ich gesagt, was ich nicht vergessen werde: „I invite him to do so – he will lose.“ Und Soros hat die D-Mark attackiert und er hat verloren. Später hat er erklärt, das würde er nie mehr tun. Dieser Zusammenbruch des Festkurssystems, die Abwertung der italienischen Lire um über 30% in kürzester Zeit hat den Binnenmarkt durcheinandergewirbelt, eine Wiederholung hätte den ganzen *acquis communautaire*⁴² gefährdet und das hat natürlich ein starkes Argument geliefert dafür, dass dies bestehende System nicht stabil genug ist und dass man etwas anderes braucht. Gleich den Sprung in die Währungsunion zu machen, war natürlich mutig.

41 Mervyn Allister King, Baron King of Lothbury (*1948), britischer Wirtschaftswissenschaftler, war von Juli 2003 bis zum 1. Juli 2013 der Gouverneur der Bank of England.

42 Mit „Besitzstand der Gemeinschaft“ oder „gemeinschaftlicher Besitzstand“ wird amtlich auf Deutsch die Gesamtheit des gültigen EU-Rechts in der Europäischen Union bezeichnet.

Michael Gehler: *Kommen wir noch einmal auf einen Punkt zurück, der vorhin angesprochen wurde: Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Erfahrung aus dieser Aktion Soros 1992 im kollektiven Bewusstsein der Akteure in den folgenden Jahren eine so maßgebliche Rolle gespielt hat, dass sie auch ein entscheidendes Motiv waren, den Euroverbund herzustellen und zu verhindern, dass nationale Währungen gegeneinander ausgespielt werden? Würden Sie dem so zustimmen oder ist das eine Überbewertung?*

Otmar Issing: Das spielte gewiss eine Rolle, aber man muss natürlich wissen, dass die Entscheidung für Maastricht schon gefallen war.

Michael Gehler: *Die Entscheidung für Maastricht war schon gefallen, aber der Vertrag war noch nicht in Kraft getreten. Das tat er ja erst am 1. November 1993 und die Sache spielte sich ja im Sommer 1992 ab.*

Otmar Issing: Ja, dass das noch scheitern könnte, war noch möglich. Ich denke mal, mit dem französischen Referendum waren die Würfel gefallen. Natürlich hätte man sich noch Szenarien denken können, aber faktisch war die Entscheidung getroffen. Dieses Ereignis, dieses Desaster an den Devisenmärkten, hat den Willen verstärkt, in die Währungsunion zu gehen. Es hat auch bei mir dazu beigetragen zu sagen: Der Status quo ist nicht durchzuhalten – was tritt an dessen Stelle?“

Michael Gehler: *Mai 1998: Wir stehen vor der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, es ist die letzte Phase der Regierung Helmut Kohl. Sie kommen zur EZB und der Euro ist mit der dritten Stufe praktisch im Kommen und wird Buchgeld ab dem 1.1.1999. Wie haben Sie in der EZB diesen Übergang erlebt?*

Otmar Issing: Ich wurde ernannt nur wenige Wochen, bevor es losging. Vorher war alles für mich hypothetisch und dass ich dabei sein würde, war auch lange unklar. Ich habe auch gelassen abgewartet, ob es auf mich zukommt oder nicht, denn ich hatte ja keinen Einfluss darauf. Es war immer meine Maxime: Wenn man keinen Einfluss hat, dann soll man sich damit auch gar nicht groß beschäftigen. Ich wurde dann ernannt wie die insgesamt sechs Mitglieder des Direktoriums. Apropos „Ernennung“: In der Bundesbank habe ich eine Ernennungs- und Entlassungsurkunde bekommen. Am 1. Juni 1998 war die EZB mit der Ernennung der Mitglieder des Direktoriums gegründet – so steht es im Vertrag. Präsident, Vizepräsident und vier weitere Mitglieder. Wir waren schon eine ganze Weile zugange und da habe ich einmal nebenher gefragt, wie das denn rechtlich sei. Wir fassten ja schon Beschlüsse und ich fragte danach, ob wir denn überhaupt ernannt seien. Wim Duisenberg schaute mich an und sagte: „So etwas kannst auch nur Du fragen.“ Ich hatte nie davon offiziell erfahren. Wir waren von den Staats- und Regierungschefs bestimmt worden, aber gesehen habe ich nie ein Dokument. Jemand hat dann doch in der Verwaltung nachgefragt und es wurde festgestellt, dass irgendwann einmal ein Fax gekommen sei. Ich habe nie irgendetwas schriftlich in die Hand bekommen, dass ich ernannt worden bin.

Kurzum: wir haben uns da das erste Mal getroffen im Mai. Duisenberg kannte ich schon, Padoa-Schioppa kannte ich auch, die anderen persönlich nicht. Wir sind durch

den Euro-Tower gegangen: die Teppichböden waren teilweise noch nicht verlegt. Im 35. Stock saßen der Präsident und der Vizepräsident, im 34. Stock die vier anderen Mitglieder des Direktoriums. Wir sind durch die Räume gegangen und kamen in einen lichtdurchfluteten, wunderbaren Raum mit Blick auf den Main. Natürlich sagt keiner, dass er diesen Raum haben möchte – also ich zumindest mache das nicht – und Wim Duisenberg sagte, er wolle sich nicht einmischen, ihm sei es egal, wer welchen Raum bekäme, aber eines sei klar. Ich bekäme nur einen Raum, von dem aus man die Bundesbank nicht sehen könne. Ich antwortete, die Methode könne ich eigentlich nicht akzeptieren, mit dem Ergebnis aber sei ich einverstanden. So bekam ich das Büro und habe auf den Main geblickt, an dem ich geboren bin, und war trotzdem in Europa. Ich habe dieses Verankert-Sein und trotzdem in Europa-Sein in diesem Raum häufig empfunden, wenn ich dort hinausgeschaut habe. Dann war die Frage, wer welche Aufgaben übernimmt. So etwas kann ja ein Gefeilsche und Gezerre werden. In den Statuten war festgelegt, dass die Ressortverteilung – wie auch in der Bundesbank – nicht gegen die Stimme des Präsidenten erfolgen kann. Sonst war alles offen. Wim Duisenberg hat dann jeden an die Seite genommen und hat zu mir gesagt: „Otmar, wenn Du kommst, dann bekommst du *economics & research*.“ Für eine andere Position wäre ich auch nicht gekommen – das war natürlich für mich in jeder Hinsicht perfekt. Ich bin der Einzige gewesen, der in der ganzen Zeit auch sein Ressort behalten hat. Es ist ansonsten die Rotation eingeführt worden und es war völlig klar, dass eigentlich jeder mein Ressort haben wollte. Am Ende hat sich aber niemand dran getraut, sage ich jetzt mal. Für mich kam noch eines hinzu: Wim Duisenberg hat zu mir von Anfang an gesagt: „Otmar, ich vertraue Dir. Wir an der *Nederlandse Bank* haben schon lange keine Geldpolitik mehr gemacht. Du verstehst was davon, ich vertraue Dir.“ In jeder existierenden Institution geht es am Montag da weiter, wo man am Freitag oder Samstag aufgehört hat. Bei uns war nur Montag. Es war nur Montag, weil es da gar nichts vorher gab. Wir hatten keine vergleichbaren Daten. Am 1. Januar 1999 hätten wir erklären müssen, dass wir keine genaue Vorstellung von den ökonomischen Vorgängen im künftigen Euroraum haben, haben können. Natürlich kann man das nicht so sagen, aber man muss in der Strategie mit dieser Unsicherheit umgehen. Man muss sich erstmal bewusst sein, wie tief diese Unsicherheit ist. Wenn Sie nachher rausgehen und beispielsweise sagen, dass es für diese Jahreszeit eigentlich relativ warm sei, dann können Sie das sagen, weil Sie wissen, wie es in dieser Jahreszeit normalerweise so ist. Aber ich habe am Anfang in der EZB Zahlen auf den Schreibtisch bekommen, wie beispielsweise, im 1. Quartal seien fünf Millionen Autos verkauft worden. Diese Zahl sagt einem aber gar nichts, wenn Sie nichts wissen, was eigentlich „normal“ ist. Der Vergleich fehlte. Und nicht nur ich – niemand hat das gewusst. Es gab verlässliche Daten nur im monetären Bereich.

Zunächst gab es überhaupt nur sehr bescheidene Informationen – wir waren auch viel zu wenig Leute. Die Asienkrise beispielsweise war bei uns in der EZB zunächst gar nicht existent, weil niemand dafür Zeit hatte. Das haben wir nur in der Zeitung gelesen.

Natürlich habe ich mir die Arbeitslosenzahlen angeschaut – die stammten aber nach meiner Erinnerung mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa neun Monaten aus Italien, einem halben Jahr aus anderen Ländern und einem Vierteljahr aus Deutschland. Woher sollte ich wissen, was die aggregierte Zahl einem sagt und wie verlässlich sie war? Ich

habe für den EZB-Rat später dann mal aufstellen lassen, was die FED⁴³ alles weiß und was wir alles nicht wissen. Es hat mir später sehr geholfen, dass ich das von Anfang an bei meinen Kollegen und in meinen Berichten klargemacht habe. Etwa in dem Stil: Aufgrund der und der Informationen sieht das so und so aus und deshalb sollten wir folgendermaßen entscheiden. Das hat sich im Allgemeinen als richtig erwiesen. Das gibt einem natürlich dann ein unheimliches Standing. Das muss man sich erwerben. Das Risiko, Fehler zu machen, war riesengroß. Ich habe Wim Duisenberg gefragt, welche Publikationen wir herausbringen sollten – das war für mich eine ganz selbstverständliche Frage und er schaute mich an und sagte: „So wie ich Dich kenne, hast Du Dir das schon überlegt.“ Ich habe Monatsberichte vorgeschlagen, um von Anfang an, d. h. schon im Januar 1999 präsent zu sein. Er fragte mich: „Can we make it?“ und ich sagte: „I don’t know, but we have to.“

Die schwierigste und zugleich wichtigste Aufgabe war die, eine geldpolitische Strategie für die EZB zu entwickeln.

Es war für mich das wunderbarste Erlebnis in meiner ganzen beruflichen Laufbahn, in der EZB mit exzellenten Ökonomen aus ganz Europa zusammen zu arbeiten. Die Mitarbeiter waren hoch motiviert und kamen von den besten Universitäten. An einem Montag Ende August 1998 saß ich mit einer Gruppe von etwa 15 Mitarbeitern aus dem Ressort *economic & research* zusammen, um mit ihnen zu überlegen und zu entwickeln, ob wir eine Strategie brauchen und wenn ja, welche. Ich hatte vorher in der Bundesbank einen Artikel geschrieben, in dem ich zu dem Schluss kam, die EZB solle aus Glaubwürdigkeitsgründen die Geldmengenstrategie der Bundesbank übernehmen. Angekommen in der EZB mit dieser Verantwortung habe ich das als viel zu riskant beurteilt. Zuviel konnte sich mit dem Start der neuen Währung ändern. Wie würde sich das Verhalten der Sparer und Investoren entwickeln? Niemand konnte hier auch nur annähernd sicher sein. Wenn wir nach ein paar Monaten die Strategie hätten wechseln müssen, wäre das tödlich für uns als Institution gewesen. Ich habe in die Runde und in die jungen Gesichter geschaut, es war etwa zehn Uhr abends und wir waren alle schon etwas müde und habe gesagt: „Es ist doch wie im Universitätsseminar. Wir sitzen zusammen und diskutieren eine Lösung für ein Problem, das ganz neu ist. Zwei Dinge aber sind anders: Erstens: Wir müssen zum Ende kommen, denn im Dezember können wir nicht sagen: Wir sind noch nicht so weit, wartet noch etwas mit dem Euro. Zweitens: Wir haben nur einen Versuch. Wenn der schiefgeht, erholt sich die Institution lange nicht davon. Seien wir uns bewusst: was wir hier entwickeln, hat einen Einfluss auf das Schicksal von 300 Millionen Menschen.“ Natürlich mussten der *board* und der *council* meinen Vorschlag erst annehmen. Aber ich war mir sicher, dass ich das durchbringe. Ich werde nie vergessen, wie die Gesichter und die Augen reagiert haben: Das waren alles wissenschaftlich geprägte Leute, die es gewohnt waren zu diskutieren. Was dann aus den Überlegungen und Veröffentlichungen wird, interessiert einen guten Wissenschaftler ja zunächst nicht: er sucht die richtige Lösung. Meine Mahnung ist den Anwesenden richtig in die Glieder gefahren.

43 Das Federal Reserve System, auch Federal Reserve oder FED genannt, ist das Zentralbank-System der Vereinigten Staaten, das allgemein auch US-Notenbank genannt wird. Es besteht aus dem Board of Governors und zwölf regionalen Federal Reserve Banks.

Michael Gehler: *Diese vermutlich wohl spannendsten Monate Ihrer Tätigkeit werfen noch einmal drei Fragen auf: Erste Frage: Offensichtlich waren Sie und Duisenberg miteinander per Du. War das Verhältnis mehr als nur ein Arbeitsverhältnis? Und haben Sie das Gefühl gehabt, dass es wirklich ein europäisches Milieu oder ein europäischer Geist ist, der die Aufbruchsstimmung prägte? Man ist Pionier, man macht etwas ganz Neues.*

Zweite Frage: Offensichtlich waren Sie ja auch von der Politik unter Druck gesetzt. Bis zum 1.1.1999 musste der Euro als Buchgeld kommen. Wie haben Sie den Wechsel von Helmut Kohl / Klaus Kinkel⁴⁴ und Gerhard Schröder/Joschka Fischer⁴⁵ erlebt? Die Bundestagswahlen in Deutschland sind ja in die gleiche Zeit gefallen. Helmut Kohl wird abgewählt. Ich kann mich noch gut erinnern, dass man mit Blick auf die anstehende Ratspräsidentschaft in Österreich sehr verunsichert war und sich fragte: Was kommt jetzt?

Würde Schröder das Gleiche wie Kohl machen? Wäre er ein verlässlicher europäischer Partner oder betreibt er eine Sonderpolitik?

Dritte Frage zu dieser spannenden Phase 1998/99: Wir haben noch die Luxemburg-Gruppe⁴⁶ der Erweiterungskandidaten unter der Kommission Jacques Santer;⁴⁷ die eine dezente, ja dosierte Erweiterungspolitik machte. 1999 kommt dann ja Romano Prodi.⁴⁸ Schröder ist deutscher Bundeskanzler und dann haben wir plötzlich die Helsinki-Gruppe⁴⁹ mit fünf weiteren neuen Kandidaten plus Rumänien und Bulgarien und plus der Tür-

44 Klaus Kinkel (*1936; †2019), Jurist und ehemaliger deutscher Politiker (FDP). Von 1979 bis 1982 war er Präsident des Bundesnachrichtendienstes, von 1991 bis 1992 Bundesminister der Justiz, von 1992 bis 1998 Bundesminister des Auswärtigen und von 1993 bis 1998 Stellvertreter des Bundeskanzlers.

45 Joschka Fischer (eigentlich Joseph Martin Fischer) (*1948), ehemaliger deutscher Politiker (Bündnis 90/Die Grünen), von 1998 bis 2005 Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und vom 1. Januar 1999 bis zum 30. Juni 1999 Präsident des Rats der Europäischen Union. Ein knappes Jahr nach der Bundestagswahl 2005 zog sich Fischer aus der aktiven Politik zurück.

46 Die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und die Republik Zypern werden als Luxemburg-Gruppe bezeichnet, da in Luxemburg 1997 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschlossen wurde. Der Beitritt erfolgte am 1. Mai 2004.

47 Jacques Santer (*1937), luxemburgischer Politiker der Christlich Sozialen Volkspartei (CSV). Von 1984-1989 war er Premierminister und Finanzminister, parallel dazu war er in der Zeit Mitglied des Gouverneursrats der Weltbank und von 1991 bis 1994 Gouverneur des Internationalen Währungsfonds. Santer wurde am 23. Januar 1995 Präsident der Europäischen Kommission. Ein Bericht über Korruptionsfälle, der einige EU-Kommissare betraf, führte am 15. März 1999 zum Rücktritt der gesamten Kommission Santer.

48 Romano Prodi (*1939), italienischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, zunächst Democrazia Cristiana (DC), heute Partito Democratico (PD). Von 1996 bis 1998 und von 2006 bis 2008 war er italienischer Ministerpräsident. Von September 1999 bis November 2004 war Prodi Präsident der Europäischen Kommission. 2012 wurde er zum VN-Sondergesandten für die Sahel-Zone ernannt.

49 Im Dezember 1999 beschließt der Europäische Rat in Helsinki, Erweiterungsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei („Helsinki-Gruppe“) aufzunehmen sowie der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Die Ver-

kei als Kandidatenland. Hier sind drei Fragen miteinander verknüpft: Die nach der Startphase der EZB, der Atmosphäre/Stimmung/Aufbruch/Pioniergeist. Wenn man sich auch offensichtlich geduzt hat – noch einmal nachgefragt: Wie war das Verhältnis zur Politik, die Rahmenbedingungen festgelegt und Druck gemacht hat mit dem Regierungswechsel in Deutschland als eine der führenden Nationen der EU und die Erweiterungsproblematik. Wie spielte die denn noch hinein? Neue Eurozonen-Anwärter – das ist ja noch einmal sozusagen die Quadratur des Wahnsinns.

Otmar Issing: Zunächst vorweg: Ich war in dieser Phase am Abend immer wieder bemüht, einen Moment zu schaffen, an dem man sich mal etwas zurücklehnt. So manches Mal habe ich gedacht: „Otmar, was machst Du da eigentlich?“ Eine Strategie für eine neue Währung in einem so komplexen Raum zu entwickeln... Ich habe wirklich die Verantwortung physisch gespürt. Weglaufen kam nicht in Frage und ich kam zu dem Ergebnis, dass ich das so gut mache, wie ich das kann – nach besten Möglichkeiten und Gewissen. Ich war da und musste mich dem stellen.

Wie gesagt, hat mir Duisenberg alle Freiheiten gegeben. Ich habe auch im Direktorium alles durchgesetzt, wie zum Beispiel die Strategie. Tietmeyer und andere wollten eine Geldmengenstrategie haben. Das war eine ganz schwierige Situation. Wenn der Council im Januar 1999 zum ersten Mal zusammentritt, um eine geldpolitische Entscheidung zu treffen, dann kommen die Präsidenten aus Frankfurt, Paris, Rom mit ihren Vorstellungen, wie es im eigenen Land steht. Wie kann man die disziplinieren? Denn das muss man ja, sonst zerredet man sich da wie in Babylon. Es gab ganz unterschiedliche Ansätze, ganz unterschiedliche Erfahrungen der einzelnen Notenbanken. Die einzelnen Notenbanken haben gar keine Geldmengenaggregate mehr betrachtet. Die Bundesbank hat das sozusagen wie eine heilige Kuh gepflegt. Diese verschiedenen Kulturen so zu vereinen, dass keine Kakophonie entsteht, war eine Herausforderung ersten Ranges. Von außen nimmt man das gar nicht wahr. Die Strategie hatte für mich zwei wichtige Aufgaben: Einmal natürlich, die Geldpolitik zu gestalten, einen Rahmen zu schaffen für die Analyse und die Entscheidung, aber auch den Diskussionsprozess in der EZB, im Rat zu strukturieren. Und ich kann Ihnen sagen, das ist ein kompliziertes Gebilde gerade auch am Anfang gewesen, als alle mit ihren nationalen Vorstellungen kamen. Schon mit europäischem Willen – aber das zu vereinen, das war sozusagen das Kernproblem. Wie die Dinge sich dann entwickelten war ein außerordentlicher Erfolg.

Kurz zu Ihren drei Fragen: Das mit den Vornamen war simpel – alles war Englisch. Damit ist das erledigt. Was das dann bedeutet, wenn einer „Wim“ oder „Otmar“ sagt, das ist offen. Duisenberg und ich haben uns sehr gut verstanden, haben uns intern aber auch durchaus hart auseinandergesetzt. Er hat mir mal gesagt: „Otmar, ich bin ein Friese“ und ich habe gesagt „Ich bin ein Franke, schauen wir mal, was dabei herauskommt.“ Er konnte gut Deutsch, aber wir haben Englisch miteinander gesprochen. Meine Kollegen haben ihre Mitarbeiter mit den Vornamen angesprochen. Ich habe mir darüber nicht groß den Kopf zerbrochen, aber gerade am Anfang muss man ja eine klare Regel haben und

handlungen mit der Türkei sollen erst dann beginnen, wenn bestimmte politische Bedingungen wie die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte erfüllt werden.

nicht eine, die man später bereut. Ich wollte nicht, dass meine Mitarbeiter „Otmar“ zu mir sagen. Nicht aus Prestige, aber am Ende bin ich in der EZB doch die Autorität und zu große Vertrautheit spielt etwas vor, was nicht ist. Aus Respekt habe ich meine Mitarbeiter immer mit Vor- und Nachnamen, beispielsweise mit „Vitor Gaspar“⁵⁰ angesprochen. Ich habe ganz am Schluss den einen oder anderen gefragt – seitdem ich draußen bin, nenne ich alle auf Englisch nur noch beim Vornamen, wobei viele immer noch „Professor“ zu mir sagen – ob sie mein Verhalten komisch gefunden hätten und es war ganz interessant, denn alle sagten, sie hätten es immer als Respekt ihnen gegenüber empfunden.

Zum Regierungswechsel in Deutschland: Gerhard Schröder hat da eigentlich für uns direkt keine Rolle gespielt. dafür aber Oskar Lafontaine,⁵¹ der Finanzminister. Er war dann ab dem 1. Januar Ratsvorsitzender, ECOFIN-Vorsitzender:⁵² Ein früherer Mitarbeiter hat mich neulich an die erste Sitzung mit Lafontaine erinnert. Ich habe für die Sitzungen immer die wichtigsten Mitarbeiter für jedes Gebiet ausgesucht, die Sitzung in Diskussion durchgespielt und vorbereitet. Als Lafontaine kommen sollte, war mir das in Gedanken zu simpel. Also habe ich zu den Mitarbeitern gesagt: „Ich mache jetzt mal den Lafontaine und schaue, was Sie so dann dazu sagen.“ Ein Mitarbeiter hat mir später in einem Brief geschrieben „You gave us a hard time.“ Man muss ja die Gegenpositionen kennen, um sich gut vorzubereiten. Lafontaine hat uns das Leben insofern schwierig gemacht, als dass er jeden zweiten Tag Zinssenkungen verlangt hat und so weiter. Was ganz unglücklich war: Als ich dann im April 1999 vorgeschlagen habe, die Zinsen zu senken, haben mir Kollegen gesagt: „Jetzt sieht es so aus, als knicken wir vor dem Lafontaine ein.“ Ich habe gesagt: „Mir wäre es ja viel lieber anders herum, aber er fordert etwas, was wir aus ganz anderen Gründen für richtig halten.“ Wir sind ja nicht im Kindergarten. Reputation setzt voraus, dass man immer das tut, was man für richtig hält und das auch kommunizieren kann.

Insofern hatten wir zunächst mit Lafontaine und nicht mit Schröder zu tun. Das Verhängnis kam erst 2003 mit der Verletzung des Stabilitätspakts – das war dann die Hand Schröders. Hans Eichel⁵³ hätte damals den „Blauen Brief“ aus Brüssel akzeptiert – das

50 Vitor Louçã Rabaça Gaspar (*1960), portugiesischer Ökonom, Universitätsprofessor und Politiker, von 1998-2004 arbeitete er im Bereich economic & research der Europäischen Zentralbank. Vom 21. Juni 2011 bis zum 1. Juli 2013 war er parteiloser Staatsminister für Finanzen im Kabinett Passos Coelho.

51 Oskar Lafontaine (*1943), deutscher Politiker und Publizist, von 1985 bis 1998 Ministerpräsident des Saarlandes und Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 (kurz nach der Wiedervereinigung). Von 1995 bis 1999 war Lafontaine SPD-Vorsitzender. Nach der Bundestagswahl im September 1998 – Gerhard Schröder wurde Bundeskanzler – übernahm er das Bundesministerium der Finanzen. Im März 1999 legte er überraschend alle politischen Ämter – auch sein Bundestagsmandat – nieder und trat fortan als Kritiker des rot-grünen Regierungskurses von Gerhard Schröder auf.

52 Der Economic and Financial Affairs Council (ECOFIN; deutsch: Rat Wirtschaft und Finanzen, auch als Ecofin-Rat oder EU-Finanzministerrat bezeichnet) ist eine Formation des Rats der Europäischen Union und setzt sich aus den Wirtschafts- und Finanzministern der EU-Mitgliedsstaaten zusammen.

53 Hans Eichel (*1941), deutscher Politiker (SPD), von 1991 bis 1999 Ministerpräsident des

hätte ihm das Leben sogar leichter gemacht in seinen Bemühungen, den Haushalt unter Kontrolle zu halten. Schröder hat es sogar fertiggebracht und einen namentlichen Artikel in der *Financial Times* geschrieben, dass er sich von Brüssel nichts vorschreiben lasse, obwohl es die Deutschen gewesen waren, die auf dem Pakt bestanden haben.

Die Erweiterung hatte zwei Dimensionen: Einmal kam Griechenland in die Währungsunion und die EU-Erweiterung hat insofern eine Rolle gespielt, als dann der erweiterte Rat ins Spiel kam. Wir haben mit den Newcomern diskutiert und Konvergenzberichte geschrieben. Das war aber nicht etwas, was unsere Politik belastete, sondern neue Aufgaben in Analyse etc. gebracht hat.

Joachim Algermissen: *Wir bleiben noch im Jahr 1999, dem Jahr der Buchgeldeinführung. Nach der Einführung des realen Euro im Jahr 2002 fiel der erste Eindruck von der neuen Währung vielfach nicht so günstig aus. Einige Dienstleistungen und Waren wurden mit den Währungsumstellungen teurer. Das hat die Öffentlichkeit bewegt. Wie haben Sie die zum Teil skeptische Haltung wahrgenommen und ist es berechtigt gewesen, dass der Euro auch als Symbol des „Teuro“ galt?*

Otmar Issing: Wir haben das unterschätzt, denn von der Sache her war das natürlich völlig unberechtigt. 2002 war eine Zeit, in der im IMF⁵⁴ die Deflationsgefahr in Deutschland diskutiert wurde. Die Inflationsrate war so niedrig wie schon lange nicht mehr und wenn Sie auf der Straße einen Deutschen gefragt haben, hätte der gesagt, die Preise seien noch nie so schnell gestiegen wie zu der Zeit. Festgemacht wurde das an einzelnen Dienstleistungen, wie zum Beispiel Brezeln oder Espresso, die plötzlich doppelt so teuer waren. Gemessen war die Inflationsrate nach wie vor niedrig, aber die gefühlte war groß. Ich habe damals eine neue Auflage meines Lehrbuchs herausgegeben und in einem neuen Abschnitt den Begriff „gefühlte Inflation“ eingeführt, was es als Terminus vorher gar nicht gab. Wir haben dann auch gemessen, wie die echte und die gefühlte differieren.

Zum fünfjährigen Jubiläum der Euroeinführung – und damit meinen die Menschen ja meist Münzen und Noten – hat mich der Bayerische Rundfunk gefragt, ob ich für die Sendung „12 Uhr mittags“ zur Verfügung stehe, und meine Frau hat mir dringend zugeraten, daran teilzunehmen, weil dort viele Leute zuhören. Ich habe mich dann etwas auf die Fragen vorbereitet, die kommen könnten. Herr Duisenberg ist hereingefallen, als er gefragt wurde, was ein Pfund Butter damals kostete, hatte aber leider keine Ahnung und hat das auch gesagt. Wenn Sie über Inflation reden und nicht wissen, was ein halbes Pfund Butter kostet, dann verübeln das einem die einfachen Leute, obwohl das überhaupt nicht

Landes Hessen, vom 1. November 1998 bis 23. April 1999 Bundesratspräsident und von 1999 bis 2005 Bundesminister der Finanzen.

54 Der International Monetary Fund (IMF; deutsch: Internationaler Währungsfonds, IWF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und hat seinen Sitz in Washington, D.C., USA. Eine seiner Hauptaufgaben ist die Vergabe von Krediten an Länder ohne ausreichende Währungsreserven, die in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten sind. Weitere Tätigkeitsfelder sind die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, die Ausweitung des Welthandels, die Stabilisierung von Wechselkursen und die Überwachung der Geldpolitik.

wichtig ist. Ich saß im Studio in Würzburg und hatte eine Liste vor mir mit D-Mark-Preisen von 1998, und es kamen Fragen zur Inflationsrate. Eine Anruferin – selber Lehrerin – meinte, die niedrigen Inflationsraten seien Schwindel, und ich habe entgegnet: „Diese Leute im statistischen Bundesamt, die das untersuchen, das sind Beamte wie Sie. Die machen das nach bestem Wissen und Gewissen und Sie können sie nicht einfach leichtfertig beschuldigen, die Zahlen zu manipulieren. Die Statistiker sind unabhängig, gehen in die Geschäfte und schauen, was die Dinge kosten.“ Auch auf die Antwort, alles sei teurer geworden, habe ich geantwortet, das sei nicht wahr. Beispielsweise sind Mieten damals nicht gestiegen. Auf die Frage, was denn billiger geworden sei, habe ich auf meine Liste geschaut und habe als ein Beispiel ein Pfund Schinken genannt. Darauf erreichte ein Anruf die Sendung, in dem nachgefragt wurde, wo ich denn einkaufen würde.

Hans-Dietrich Genscher⁵⁵ war in Mainz damals Gastprofessor und ich habe dort auch einen Vortrag gehalten über den geschichtlichen Hintergrund der Währungsunion – es war im Sommer 2002 – und es gab danach die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Die erste Frage in dem Saal mit über tausend Zuhörern war ebenfalls, ob ich erklären könne, warum alles teurer geworden sei.

Ich habe angefangen zu erklären, dass das so nicht stimme, habe es aber nach etwa dreißig Sekunden aufgegeben, weil ich an den Gesichtern gesehen habe, dass es mir nicht geglaubt wurde und sagte: „Meine Frau sitzt in der ersten Reihe und selbst sie glaubt mir nicht.“ Ich habe mal gehört, dass Theo Waigel das einmal in irgendeiner Talkshow zitiert hat.

Michael Gehler: *Als Argument hätte man ja bringen können, dass die Firmen ja ihre Produkte gleichzeitig mit dem Preis mit aufgewertet haben. Sie haben ja nicht 1:1 umgerechnet, sondern damit auch eine Preisaufwertung betrieben. Kann man das so formulieren?*

Otmar Issing: Wir haben das natürlich rauf und runter untersucht. Die gefühlte Inflation war in den einzelnen Ländern ganz unterschiedlich auch zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten. In Griechenland zum Beispiel ist die gefühlte Inflation erst wesentlich später angestiegen als in Deutschland. In Deutschland war man bewusster, dass die D-Mark weg war. Psychologen haben Untersuchungen gemacht, auf die wir verwiesen haben. Wir haben die Euro-Einführung in der Kommunikation unterschätzt.

Michael Gehler: *Ich würde zwei weitere Fragen stellen, die wir im Vorfeld gar nicht auf der Liste haben, die aber fundamental sind. Oft sind einem diese fundamentalen Dinge so klar, dass man sie gar nicht mehr „auf dem Schirm hat“. Wir haben 2001 auch ein großes historisches Ereignis, nämlich „9/11“, und man konnte vernehmen, wie sich auch US-*

55 Hans-Dietrich Genscher (*1927; † 2016), deutscher Politiker der FDP, von 1969 bis 1974 Bundesminister des Innern sowie von 1974 bis 1992 sowohl unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (SPD) – Kanzler von 1974 bis 1982 – als auch nach dem Regierungswechsel unter Helmut Kohl (CDU) fast ununterbrochen Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Experten bis hinauf zu Alan Greenspan⁵⁶ skeptisch und kritisch über den Euro und seine Einführung geäußert haben. Meine spekulative Frage, ohne dass ich Verschwörungstheorien entwickeln will: Kann es sein, dass dann das Kommen des Euro als Realwährung auch deshalb relativ glatt verlief, weil die USA durch 9/11 so derart auf das die Nation erschütternde Ereignis fokussiert waren, dass der Euro daneben quasi „klammheimlich“ kommen konnte? Generell auch die Frage: Wie haben Sie die USA, die US-Finanzexperten oder auch Greenspans Reaktionen auf den kommenden Euro wahrgenommen?

Der zweite Themenkomplex betrifft Griechenland: Das Land war ursprünglich nicht vorgesehen, in dieser ersten Startergruppe für den Euro dabei zu sein, und kommt dann dazu. Stimmt es, dass es politischer Einfluss war? Wir sind ja noch in der Zeit von Gerhard Schröder und von Jacques Chirac⁵⁷. War hier politischer Druck im Spiel? Wusste man faktisch schon, dass es eh ein unsicherer Kandidat sein würde? Musste man hier bestimmten politischen Vorgaben folgen?

Otmar Issing: 9/11 war ja 2001 und der Euro war schon längst da. Aber wenn Sie mich nach Greenspan fragen: Es muss etwa 1999 gewesen sein, als ich einen Besuch in der FED gemacht habe – ich war ja öfter dort und kannte die Kollegen inklusive Greenspan alle. Ich hatte gar nicht versucht gehabt, einen Termin mit Alan Greenspan auszumachen, und wollte mich eigentlich mit anderen Wissenschaftlern austauschen, aber Ted Truman⁵⁸ hat Greenspan davon überzeugt, dass wir uns treffen sollten. Greenspan begrüßte mich freundlich und fragte mich, wie es mir gehe. Ich sagte ihm, es sei mir wichtig, dass die beiden wichtigsten Notenbanken der Welt enge Kontakte pflegten. Greenspan ist ja eine Sphinx, aber ich kannte ihn ganz gut. Er ließ nicht viel in seinem Gesicht erkennen, aber es war völlig klar, dass er dachte „Wovon redet denn der?“ Greenspan war euroskeptisch, aber es war so: Wir waren die zweitwichtigste Notenbank der Welt. Er musste sich erst daran gewöhnen.

9/11 werde ich mein Leben lang nicht vergessen: Ich saß im Büro und auf einmal fliegt die Tür auf und die Sekretärin meines Kollegen am anderen Flur stürzt hinein und ich fragte sie, was denn los sei. Sie bat mich, im Computer den Fernseher einzuschalten. Genau in dem Moment, in dem das Bild erscheint, flog das Flugzeug in den zweiten Turm. Das Seltsame war: Wenn ich über meinen PC geschaut habe, habe ich die Flieger am Flughafen in Frankfurt – je nachdem wie die Windrichtung war – landen oder starten sehen. So schnell, wie die da gewesen wären, wäre ich nie aus meinem Büro gekommen.

Eine Maschine war noch überfällig und es war die Frage, ob auch die EZB ein Ziel für einen solchen Anschlag sein könnte. Wir haben gleich eine Sitzung abgehalten und die Mitarbeiter heimgeschickt. Am nächsten Morgen haben wir uns um fünf getroffen

56 Alan Greenspan (* 1926), US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und von 1987–2006 Vorsitzender der US-Notenbank (Federal Reserve System). Er ist Träger des britischen Verdienstordens „The Most Excellent Order of the British Empire“.

57 Jacques René Chirac (*1932; †2019), französischer Politikwissenschaftler und Politiker. Er gehört der konservativen gaullistischen Partei Union pour un mouvement populaire (UMP) an. Vom 17. Mai 1995 bis 16. Mai 2007 war er Staatspräsident Frankreichs.

58 Leiter der internationalen Abteilung in der FED.

und die Frage war, ob wir die EZB nicht geschlossen halten sollten. Ich habe stark dafür plädiert, dass wir „business as usual“ machen.

Ich war der Meinung, dies sei wahrscheinlich der sicherste Tag überhaupt. Das hessische Innenministerium hingegen hat alle Hochhäuser sperren lassen. Wir waren aber extraterritorial und haben „business as usual“, also normal weitergemacht. Wer aus welchen Gründen auch immer nach Hause gehen wollte, dem stand dies frei und er musste keine Erklärung abgeben. Wir haben uns dann schnell mit der FED verständigt, um Dollarliquidität zu schaffen.

Zwei Dinge zu Griechenland: Sie waren nicht in der ersten Runde dabei. Wir hatten das zu prüfen und dann hatten wir große Schwierigkeiten, denn vorher waren auch Italien und Belgien trotz großer Bedenken zugelassen worden. In welchem Maße die Zahlen über die öffentlichen Finanzen getürkt waren, das konnten wir nicht wissen – wir mussten das nehmen, was uns von Eurostat gemeldet wurde. Wir konnten nur unsere Bedenken äußern. Eine Empfehlung haben wir selbstverständlich nicht gegeben, das lag außerhalb unseres Mandats. Entschieden haben ohnehin die Regierungen.

Die Regierungen haben das entschieden. Dann aber die Verantwortung – mit dem erwähnten „Lob“ versehen – auch noch abzuschieben, das war hinterhältig.

Jörg Beining: *Im Rahmen des Euro drängt sich die Frage auf: Wie hätte es – rein hypothetisch – ausgesehen, wenn die Landeswährungen Bestand gehabt hätten und es die D-Mark, den Schilling etc. noch gäbe? Hätten wir dann auch eine Wirtschafts- und Währungskrise gehabt?*

Otmar Issing: Über solch hypothetische Fragen kann man lange spekulieren. Man kann vermuten, dass sich eine Krise wie 1992/93 wiederholt hätte mit unabsehbaren Folgen für die EU und den gemeinsamen Markt.

Im Grunde ist der Euro auch deshalb eingeführt worden, weil die meisten Politiker von der Ökonomie nicht viel verstehen. Helmut Kohl war politisch überzeugt. Seine Motivation kommt hauptsächlich aus der Sorge oder aus dem Bewusstsein, dass mit der Aufgabe der D-Mark Deutschland ein für alle Mal unwiederbringlich in Europa verankert ist. Wir geben das wichtigste nationale Symbol auf. Man kann den Deutschen nie so ganz trauen – auch das war seine Vorstellung. Das Deprimierendste überhaupt ist, dass im Zusammenhang mit dem Euro und der Krise wieder Chauvinismus und nationale Empfindlichkeiten aufgekommen sind, von denen wir glaubten, sie seien längst beerdigt.

Michael Gehler: *Die eigentliche Tragik ist ja, dass Kohl genau dies verhindern wollte.*

Otmar Issing: Nun war aber Kohl wie eigentlich die meisten Politiker im Kern davon überzeugt, dass die Politik die Ökonomie dominiert, wenn man einen politischen Willen hat. Die Wiedervereinigung hat ja trotz aller Bedenken am Schluss funktioniert. Es gibt einen berühmten Aufsatz von Eugen von Böhm-Bawerk⁵⁹ „Macht oder ökonomisches

59 Eugen Böhm Ritter von Bawerk (*1851; †1914); in Kurzform auch Eugen von Böhm-Bawerk genannt), österreichischer Ökonom. Er gilt als Vertreter der Wiener Schule und Begründer der

Gesetz“ – und das ist eine ewige Frage: Was setzt sich durch? Wie bei dem Beispiel Mindestlohn: Kann man Löhne politisch festsetzen und was passt sich alles an? Was ist dann zum Beispiel mit der Arbeitslosigkeit?

Auch in dem Fall ist es eben eine Entscheidung, die nationalen Währungen abzuschaffen, die weit über das Ökonomische hinausgeht, und die politischen Implikationen sind eben auch anders, als sich Kohl und andere das gedacht haben. Es klingt etwas anmaßend, wenn ich das sage, da ich kein so erfahrener, historisch gebildeter und weitsichtiger Politiker bin wie Kohl, aber Kohl war meiner Meinung nach in einem Punkt politisch naiv: Er hat es für möglich gehalten, dass sich alle Mitgliedstaaten auf Dauer nach europäischen Regeln richten. Natürlich ist das sehr verkürzt – aber das ist für mich die politische Naivität.

Michael Gehler: *Es ist ein fundamentaler Punkt, wenn man großes Vertrauen in Mit-terrand investiert. Hans-Peter Schwarz⁶⁰, der auch unser Gast hier in Hildesheim sein wird, schreibt in seiner Kohl-Biografie, der große Fehler Kohls – bei allem Lob seiner europäischen Führerschaft – sei die frühzeitige Einführung der dritten Stufe gewesen. Die Position von Kurt Biedenkopf⁶¹ geht damit Hand in Hand, der als sächsischer Ministerpräsident in dieser Richtung öffentlich aufgetreten ist.*

Otmar Issing: Kurt Biedenkopf war der Einzige, der im Bundesrat gegen den Euro gestimmt hat.

Michael Gehler: *Sie haben selbst auf die enorme historische Erfahrung hingewiesen, die die Deutschen mit Inflation und Währungsreformen gemacht haben. Nun sind auch Sie sehr geprägt worden durch die deutsche Entwicklung, durch die Bundesbank und die Stabilitätspolitik der D-Mark. Was mich persönlich interessieren würde: Wie hat Otmar*

österreichischen Kapitaltheorie. Sein Aufsatz „Macht oder Ökonomisches Gesetz? erschien 1914. Er diskutiert, welchen Einfluss wirtschaftliche Macht auf das wirtschaftliche Geschehen hat, untersucht, ob und wie dieser Einfluss durch ökonomische Gesetzmäßigkeiten in Schranken gehalten werden kann und vollzieht nach, ob sich gar Elemente von Macht in den ökonomischen Funktionszusammenhängen widerspiegeln. Siehe Eugen von Böhm-Bawerk, Macht oder Ökonomisches Gesetz?, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung. Band 23 (1914), S. 205–271.

60 Hans-Peter Schwarz (*1934; †2017), deutscher Politikwissenschaftler und Zeithistoriker sowie Ordinarius an den Universitäten Hamburg, Köln und Bonn. Schwarz forscht zur jüngeren deutschen Geschichte, deutschen Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik, Entwicklungen in Europa und der internationalen Ordnung sowie zu politischen Akteuren und Parteien. Bekannt wurde er durch seine Arbeiten zu Konrad Adenauer. Das von ihm 1975 herausgegebene Handbuch zur deutschen Außenpolitik war das erste Handbuch zur Außenpolitik der BRD. Seine Biografie Helmut Kohls erschien 2012. Siehe: Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012.

61 Kurt Hans Biedenkopf (*1930; †2021), deutscher Jurist, Politikwissenschaftler und Politiker der CDU. Nach der deutschen Wiedervereinigung war er von 1990-2002 der erste Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

Issing in der Europäischen Zentralbank auch selber eine gewisse Europäisierung erfahren? Konnte man dieses deutsche Stabilitätsverständnis, das Verhältnis von Währung und Stabilität, das Ansehen der D-Mark nicht nur als Identität, sondern fast schon als Mythos – wie konnte er das auch für sich übersetzen in einem Umfeld von – wie Sie selbst gesagt haben – sehr von nationalen Schwerpunkten und Interessen geprägten anderen Partnern? Man darf nicht vergessen: Ende der 1990er Jahre sprechen wir in der Geschichte auch von einer Re-Nationalisierung in Europa. Das war ja alles andere als große Euphorie, speziell nach den Kriegen am Balkan etc. Daher die Frage noch einmal: Wie haben Sie persönlich das für sich erlebt? Haben Sie auch einen eigenen Europäisierungswandel erlebt? Etwa in der Art: Ich bin manchmal aufgestanden, habe auf den Main geschaut und mir gesagt, dass es ein europäischer Fluss ist. Ich bin in einer Stadt am Main geboren, da komme ich her und jetzt sind wir ein Teil von Europa und auch der Währungsunion. Das würde mich noch einmal persönlich interessieren.

Otmar Issing: Ich habe die ganze Zeit gegen das Vorurteil angekämpft – und ich tue es immer noch und werde es auch weitermachen – dass ich das, was ich als Ökonom vertrete, nicht sage, weil ich Deutscher bin. Würde ich anders argumentieren, wenn ich etwa als Ökonom in Frankreich oder Italien geboren wäre?

Ich versuche immer so zu argumentieren: Alle wollten eine stabile Währung – möglichst so stabil wie die D-Mark. Es ist ja keine deutsche Erfindung, sondern alle wollten das. Wenn man das einmal als europäisches Projekt akzeptiert, dann ist alles, was daraus folgt, nicht mehr deutsch, sondern europäisch in der Konsequenz. Ich betone immer: „Ihr wolltet das doch! Und jetzt sagt ihr, es sei teutonisch!“

Aber noch einmal ganz simpel: Wenn man das ernst meint, dass ein Land eine stabile Währung haben möchte, dann braucht man eine unabhängige Notenbank, dann braucht man eine bestimmte Geldpolitik und dann müssen die anderen Bereiche, wie die Lohnpolitik, mitspielen. Das ist in Deutschland meist praktiziert worden. Aber von der Sache her ist das kein teutonisches Regime, das ist eines, das alle wollten.

Vor einiger Zeit gab es ein ganz hochrangig besetztes Seminar über Griechenland. Wir haben uns unterhalten mit einem amerikanischen Ökonomen und Historiker, der plötzlich unterbrach und sagte: „Otmar, ich muss dich mal etwas fragen: Wart ihr wirklich so naiv anzunehmen, dass mit dem Beitritt zum Euro andere Länder ihre seit Jahrzehnten, wenn nicht seit Jahrhunderten eingeübten Verhaltensweisen aufgeben? Wart ihr wirklich so naiv?“

Ich habe gesagt: „Das ist eine gute Frage, die ich mir schon oft gestellt habe. Ich denke, ein Stück weit schon.“ Ich habe es den Vertretern anderer Länder abgenommen, dass sie eine stabile Währung wollen. Sie waren es beispielsweise leid, dass der Franc dauernd abgewertet wurde. Aber die Konsequenzen haben sie nicht voll durchdacht und sie waren nicht bereit, sie zu akzeptieren. An der Stelle noch einmal: Jeder, der für den Euro war, hat diese Naivität mehr oder weniger geteilt.

Michael Gehler: *Das heißt, Sie waren so etwas wie ein „Vernunfteuropäer“ in dem Bereich, wo Sie Ökonom waren. Wenn nicht „teutonisch“, dann vielleicht kantianisch?*

Otmar Issing: Sie treffen den Punkt. Zunehmend muss ich mir das selber auch eingestehen, dass das sozusagen zu sehr von der Ratio bestimmt war. Und – um Himmels Willen – wenn eine Land Siesta machen will, dann soll es das halt machen. Die anderen haben sich das selber aufgezwungen – alle wollten ja zum Euro. Jetzt ist ihnen das Regime zu stringent und dann ist es plötzlich „teutonisch“. Aber ich denke mal: Wenn das Ganze zu einem guten Ende führen soll, dann muss man Wege finden, dass man die nationalen Eigenheiten bewahrt, die sozusagen unausrottbar und Bestandteil dessen sind, was wir an den anderen Ländern liebenswert finden.

Michael Gehler: *Hat man bei der europäischen Währungsunion und den angestrebten Verträgen wie dem Vertrag von Lissabon etc. vergessen, aus welchem Grund die Europäische Union eigentlich entstanden ist, nämlich in den 1950er Jahren durch Jean Monnet⁶² und Robert Schuman⁶³ als Bollwerk gegen den Kommunismus und letztendlich als Vorsorge, dass die Nationalstaaten keine alleinige Souveränität mehr haben? Hat man den Aspekt, dass Europa ja im Grunde genommen so etwas wie eine „Notlösung“ gewesen ist heute vergessen?*

Otmar Issing: Natürlich sehe ich das nicht als Notlösung. Der Grund, aus dem das Ganze entstanden ist, war die Erfahrung vor allem des Zweiten Weltkriegs und die Idee, dass man in der Montanunion die Produktion von Kohle und Stahl vergemeinschaftet bedeutet, dass man nach damaligen Vorstellungen keine Kriege mehr gegeneinander führen kann – denn dazu benötigt man Kohle und Stahl. Das ist jetzt sehr vereinfacht, aber das war der Kerngedanke. Es hat sich dann erwiesen, dass dieser sektorale Ansatz nicht ausreicht. Die Konsequenz führte zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

62 Jean Omer Marie Gabriel Monnet (*1888; †1979), französischer Unternehmer, von 1946 bis 1950 erster Leiter des Commissariat général du Plan (Planungsamt) in Frankreich und sah mit dem „Monnetplan“ (1946–1950) ein großes Modernisierungsprogramm für die Wirtschaft Frankreichs und einen gewaltigen Ausbau der französischen Stahlkapazität vor. Unter dem Außenminister Robert Schuman arbeitet er 1950 den Plan eines Zusammenschlusses der westeuropäischen Schwerindustrie aus und wird Präsident der Pariser Schuman-Plan-Konferenz, die zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) (Montanunion) führt. Als Wegbereiter der europäischen Einigungsbestrebungen wird er häufig auch als „Vater Europas“ bezeichnet.

63 Jean-Baptiste Nicolas Robert Schuman (*1886; †1963), französischer Staatsmann mit ursprünglich deutscher Staatsbürgerschaft. Im Zweiten Weltkrieg schloss er sich der französischen Résistance an, nach dem Krieg wurde Schuman 1946 Finanzminister und 1947 Ministerpräsident. Zwischen 1948 und 1952 war er Außenminister. Bekannt wurde er als Politiker vor allem durch die Schaffung des nach ihm benannten Schuman-Plans, der auf den Ausarbeitungen von Jean Monnet beruht. Der am 18. April 1951 in Paris unterzeichnete Montanvertrag sah eine Neuordnung Europas in einer Montanunion vor, die langfristig zu einer Föderation Europas führen sollte. Zusammen mit Jean Monnet gilt er als Gründervater der Europäischen Union.

Interview mit „Radio Tonkuhle“

Thomas Muntschik: *Wir sind der nicht-kommerzielle, lokale Hörfunk für die Region. Wir erreichen am Tag etwa 45.000 Menschen, davon 13.000 dauernd. Das Interview wird nicht live gesendet, sondern in der kommenden Woche gesendet.*

Geld regiert die Welt, liebe Hörerinnen und Hörer, so weiß der Volksmund. Ihn hat Geld sein Leben lang bewegt: Otmar Issing, heute 78 Jahre alt – man glaubt es nicht, wenn man vor ihm sitzt, strahlt er doch eher das Alter eines 50-Jährigen aus. Der deutsche Ökonom, ehemaliger Chefvolkswirt und ehemaliges Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank ist im Rahmen der „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim zu Gast in unserer Stadt und referiert in der Volksbank zum Thema „Währungsunion, Wirtschaftsunion, Bankenunion, Fiskalunion – Europa auf dem Weg zur Politischen Union?“

Herr Issing, Sie sind Franke und rollen das „r“ gar nicht mehr so, wie ich es erwartet habe. Wahrscheinlich, weil Sie zu viel den Rubel und den Dollar „gerollt“ haben. Sie waren 1998 maßgeblich am Entwurf der geldpolitischen Strategie der Europäischen Zentralbank beteiligt. Können Sie uns kurz in die aktuellen geldpolitischen Theaterkulissen einwinken? Viele, die nicht viel vom Geld verstehen – vor allem nicht vom „großen Geld“ – haben Angst, dass Herr Mario Draghi⁶⁴ in seinem neuen Frankfurter Hochglanz-Domizil zur abwickelnden „Bad Bank“⁶⁵ für faule europäische Anleihen wird.

Otmar Issing: Das ist ein bisschen viel zusammengefasst in einem. Die Sorgen sind mir nicht unbekannt und sie sind auch nicht völlig unbegründet. Die Europäische Zentralbank ist – in der Sprache des Fußballs gesprochen – so etwas wie der Ausputzer für die ganzen Probleme in Europa geworden. Das heißt, das, was die Regierungen nicht leisten können, das erwartet man jetzt von der Europäischen Zentralbank und damit ist eine Notenbank logischerweise überfordert und dafür ist sie auch nicht geschaffen.

Thomas Muntschik: *Sie waren seit Juni 1998 eines von sechs Mitgliedern im Direktorium der EZB, verantwortlich damals für Forschung und Wirtschaft sowie Chefökonom der EZB. Neben dem damaligen Präsidenten Duisenberg wurden Sie als Einziger für die höchstmögliche Amtszeit von acht Jahren berufen – eine Menge Vertrauen, finde ich. Im Mai 2006 schieden Sie turnusgemäß aus und sind jetzt International Advisor der US-Investment-Bank Goldman & Sachs und bereits seit Juni 2006 Präsident des Center for Financial Studies an der Universität in Frankfurt. 2008 übernahmen Sie den Vorsitz einer Expertengruppe, die im Auftrag der Bundesregierung Vorschläge zu einer Reform der*

64 Mario Draghi (*1947), italienischer Wirtschaftswissenschaftler Bankmanager, von 2006 bis 2011 Präsident der Italienischen Nationalbank und von 2011 bis 2019 Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB).

65 Als „Bad Bank“ werden die Finanzinstitute bezeichnet, die in Zeiten von Banken- oder Finanzkrisen als reine Abwicklungsbanken gegründet werden. Sie dienen dazu, die nicht einlösbaren Kreditforderungen und Wertpapiere abzuwickeln, die bei Ausfall die Bonität der Bank gefährden würden. Hat die sogenannte „notleidende“ oder „Bad Bank“ ihre Entsorgungsfunktion erfüllt, wird sie aufgelöst oder in eine „Good Bank“ umgewandelt.

internationalen Finanzmärkte erarbeiten sollte.⁶⁶ Ihren sechsten und letzten Bericht übergab die Kommission „Neue Finanzmarktarchitektur“ der Bundesregierung im November 2011 im Vorfeld des G20-Gipfels in Cannes. Was ist aus diesen Architektur- und Architektenplänen geworden? Hat die sogenannte Euro-Krise aus diesen Plänen Makulatur gemacht?

Otmar Issing: Nein, das kann man nun wirklich nicht sagen. Es war ein kleines Gremium, das direkt die Kanzlerin und den jeweiligen Bundesfinanzminister beraten hat in der Vorbereitung von G20-Gipfeln. Der G20-Ansatz in der Formation der Staats- und Regierungschefs wurde ja eingeführt nach dem Ausbruch der Finanzmarktkrise, weil man verstanden hat, dass es eine Krise ist, die die ganze Welt erfasst, und man wollte auch mit einer globalen Antwort darauf reagieren. Der Hintergrund war vor allem, dass man eine solche Katastrophe wie nach 1929 unbedingt verhindern wollte. Wir wissen, was in Deutschland ökonomisch und politisch darauf erfolgt ist. Das war der Anlass für die Frage der Kanzlerin an mich, den Vorsitz dieser Beratergruppe zu übernehmen. Wir haben Vorschläge gemacht, die sind alle für die Öffentlichkeit nachzulesen. Wir haben jeweils auch mit der Kanzlerin und dem jeweiligen Finanzminister vorher persönliche Gespräche geführt. Unsere Vorschläge sind – ich denke samt und sonders – für gut befunden worden. Es geht jetzt – und diese Anführungszeichen will ich betonen – „nur“ noch um die Umsetzung.

Thomas Muntschik: *Die Privatbanken sind schwer ins Gerede gekommen. Allein die Deutsche Bank macht große Rückstellungen, weil sie zu Strafzahlungen herangezogen wird, die Libor-Manipulationen⁶⁷ und andere Spekulationsfälle wie die Hypo Alpe Adria⁶⁸ bringen die gesamte Finanzbranche in schlimmen Verruf. Im Deutschlandfunk war gerade eben in der Sendung „Wissenschaftsmagazin“ von einer witzigen Enquete berichtet: Man hat Banker getestet: Sie sollten würfeln und vorhersagen. Und man hat unter dem Strich festgestellt: Banker sind doch – wenn sie beruflich unterwegs sind – sehr viel*

66 Die Expertengruppe „Neue Finanzmarktarchitektur“ wurde im Oktober 2008 im Zuge der Welt-Finanzkrise von Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Leben gerufen. Die Expertengruppe soll Vorschläge zur Bekämpfung der Finanzkrise und zur Vorbeugung weiterer Krisen machen, insbesondere mit Blick auf die internationalen Beratungen zu dem Thema. Mitglieder der Gruppe waren neben Otmar Issing Klaus Regling, William R. White und Jan Pieter Krahen. Die Expertengruppe hat ihren Auftrag offiziell erfüllt.

67 Die Libor-Manipulationen bezeichnen die im Jahr 2011 aufgedeckten betrügerischen Manipulationen des Referenzzinssatzes LIBOR sowie weiterer Zinssätze (EURIBOR, japanischer TIBOR) im Interbankengeschäft.

68 Die Hypo Alpe Adria war ein Bankkonzern mit Sitz in Österreich. Die Bank steht in Verdacht, seit 1999 an zahlreichen Finanz- und Korruptionsaffären in Österreich und Kroatien maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. 2007 wurde die Bank an die BayernLB verkauft, schon 2009 bestanden massive finanzielle Schwierigkeiten und Insolvenzgefahr. Im Dezember 2009 wurde im Rahmen eines Verstaatlichungsverfahrens die Republik Österreich alleinige Eigentümerin. Im Herbst 2014 wurde der Konzern zerschlagen und alle Restbestände in Abbaugesellschaften umgewandelt.

unehrlicher, als wenn sie das privat sind. Das nur am Rande. Die EZB durchleuchtete gerade wieder die Bilanzen der 128 größten Banken im Euroraum und nach diesem Check folgte noch eine separate Überprüfung der Vermögenwerte und ein sogenannter „Stresstest“. Dieser Test soll ja zeigen, ob Banken stark genug wären, eine neue Finanz- oder Wirtschaftskrise zu überstehen. Können Sie ungefähr so wie weiland Norbert Blüm⁶⁹ zum Rententhema einen entsprechenden beruhigenden Kernsatz über das europäische Finanzwesen loslassen oder sehen Sie uns in Europa noch längst nicht über den Berg?

Otmar Issing: Ich werde mich natürlich hüten, in die Schuhe von Norbert Blüm zu schlüpfen. Wir wissen ja, wie sich dieser Satz von „Die Rente ist sicher“ in der Wirklichkeit bewähren musste. Ich sage es mal vorsichtig: Relativ kann man sagen, dass das Finanz- und Bankensystem in der Welt und in Europa in den letzten zwei Jahren sicherer geworden ist. Ob es schon sicher genug ist, um eine mögliche neue Krise besser zu überstehen, das muss sich herausstellen. Noch sind wir ja auf dem Wege die Eigenkapitalbasis der Banken zu verstärken – da muss noch vieles geschehen.

Thomas Muntschik: *Sie sind Volkswirt, Sie sind Monetarist, also einer, der in der Regulierung der Geldmenge die wichtigste Stellgröße zur Steuerung eines Wirtschaftsablaufes sieht. „Money matters“ – es kommt auf die Geldmenge an und eine zu starke Ausdehnung der Geldmenge führe demnach zur Inflation, eine zu starke Bremsung des Geldmengenwachstums zur Deflation. Japan steckt schon drin, viele beginnen zu fürchten, uns könnte hier Ähnliches passieren. Das Geld war noch nie so billig, die Inflationsrate aber sei zu niedrig, meint Herr Draghi und das Wachstum ist bereits in vielen Ländern Europas ins Stottern geraten. Womit rechnen denn eigentlich Sie?*

Otmar Issing: Ob ich eine „Monetarist“ bin, würde ich mit einem Fragezeichen versehen. Für die „wahren“ Monetaristen – wenn es die noch gibt – bin ich sicherlich keiner und für die Keynesianer bin ich ein eingefleischter Monetarist. Ich bin der Meinung, dass die Geldmenge eine Rolle spielt – „money matters“ – und ich denke, dem ist schwer zu widersprechen. Etwas geht aber gegenwärtig völlig durcheinander: Die Geldmenge, die für Inflation relevant ist, ist in der Definition der Europäischen Zentralbank ein sehr breit gefasstes Aggregat: Sie wächst zur Zeit nur ganz schwach. Was gewaltig gewachsen ist – vor allem auch in den USA, in England und Japan – das ist die sogenannte Zentralbankgeldmenge. Das ist neben dem Bargeld die Liquidität, die von den Banken bei der Notenbank gehalten wird, die ist aber nicht als Kaufkraft wirksam. Die würde die Inflation erst dann treiben, wenn aus dieser Liquidität Kredite und dann Käufe, Konsum, Investitionen entstehen. Aber davon sind wir wegen des schwachen Wachstums der relevanten Geldmenge weit entfernt. Das heißt, die Geldmenge, die die Zentralbanken unmittelbar schaffen, die setzt sich nicht um in Kaufkraft-wirksame Geldmenge und deswegen haben wir auf der einen Seite diese gewaltige Aufblähung der Bilanzen der Notenbanken und auf der anderen Seite ein schwaches Wachstum der Nachfrage.

69 Norbert Sebastian Blüm (*1935; †2020), deutscher Politiker (CDU) und von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Thomas Muntschik: *Otmar Issing, Sie haben referiert über Bankenunion und europäische Union. Letzte Frage an einen – ich bezeichne Sie nun einfach so und Sie können diese Bezeichnung dementieren – „Angehörigen der finanzpolitischen Elite“: Reden eigentlich zu viele mit bei dieser Diskussion über die europäische Finanzkrise oder wünschen Sie sich künftig so etwas wie eine größere Demokratisierung der Diskussion?*

Otmar Issing: Also, wenn die Demokratisierung damit beschrieben ist, dass sich viele beteiligen, dann trüge Ihre Frage ja einen Widerspruch in sich. Es ist müßig – wenn man beispielsweise über Atomphysik spräche, dann würde sich keiner anmaßen, der das nicht studiert und halbwegs seine Sinne beisammenhat, dazu eine Meinung abzugeben. Zum Thema „Geld“ hat jeder eine Meinung – gehen Sie einmal auf die Straße. Das ist so. Wichtig ist eben, dass man der ganzen Diskussion einen rationalen Hintergrund gibt, und ich denke, das ist die Aufgabe von Wissenschaftlern und als solcher sehe ich mich nach wie vor und das war nie anders.

Thomas Muntschik: *Sie glauben nicht, dass das „wilde Kasino“ regiert in den nächsten Jahren in Europa, egal wie die Ukraine-Krise ausgeht, sondern Sie denken schon, die Politik kann die Märkte im Zaum halten?*

Otmar Issing: Das liegt natürlich an der Politik. Sie ist auf gutem Wege, aber sie darf sich nicht zur Abhängigen der Wall Street machen. In den USA gibt es viele Meinungen, die sagen: Ob Demokraten, ob Republikaner – sie bekommen ihr Geld für den Wahlkampf vor allem von der Wall Street. Und dann sieht man, was dabei herauskommt und das darf in einer Demokratie nicht sein.

Thomas Muntschik: *Das sagt Otmar Issing, der zu Gast war im Rahmen der „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität in Hildesheim. Wir bedanken uns sehr herzlich bei Ihnen, Otmar Issing!*

Michael Gehler: *Auch von mir vielen Dank! Das Interessante ist, dass der Thomas Muntschik immer ganz andere Fragen stellt als wir – er kommt ja auch aus einer anderen Ecke und wir zeichnen das oft mit auf, weil er häufig noch andere Positionen und Meinungen aus unseren Referenten „herauskitzelt“.*

Zusatzfragen nach dem Expertengespräch (2016)

Michael Gehler: *Wir wissen, dass bei den Menschen historische Erfahrungen – besonders im Bereich von Währungsreformen, Wirtschaftskrisen oder Inflationen – eine große Rolle gespielt haben und immer noch spielen. Aus deutscher Sicht besonders einschneidende Erlebnisse waren die Inflation der 1920er Jahre, die Weltwirtschaftskrise 1929*

Mein Weg von der D-Mark zum Euro

oder auch die Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg. Welche Rolle spielt diese historische Erfahrung Ihrer Meinung nach heute noch?

Otmar Issing: Diese Erfahrungen haben sich tief in das kollektive Bewusstsein eingegraben. In den USA ist es die große Depression nach 1930, in Deutschland vor allem die Erinnerung an die Hyperinflation 1922/23.

Sanne Ziethen: *War die Weltwirtschaftskrise 1929 nach den Erfahrungen der Hyperinflation der „Sargnagel“ für die Weimarer Republik und Demokratie? Drohen heute wieder solche Szenarien?*

Otmar Issing: Die Hyperinflation hat in Deutschland das Bürgertum ruiniert, die Massenarbeitslosigkeit ab 1930 hat den Aufstieg der NSDAP entscheidend gefördert. Nach dem Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008 hat die Politik bewiesen, dass man den Absturz in eine Depression verhindern kann.

Sanne Ziethen: *Dem „Inflationstrauma“ und dem „Sparen“ wird in der deutschen Presse immer wieder Platz eingeräumt. Wird hier mit Ängsten Politik gemacht?*

Otmar Issing: Die wichtigsten „Kandidaten“, mit denen die Medien in Deutschland Ängste schüren, sind für mich andere: Sozialer Abstieg, Anstieg der Armut entgegen dem empirischen Befund.

Michael Gehler: *Inwieweit haben sich ganz generell historisch unterschiedliche nationalökonomische Mentalitäten in den Völkern herausgebildet und prägen diese noch heute Verhaltensweisen? Welchen Einfluss haben dabei Währungskrisen / Währungsumstellungen?*

Otmar Issing: Währungskrisen und Währungsreformen haben einen starken Einfluss. Der Vergleich USA – Deutschland zeigt dies deutlich.

Sanne Ziethen: *Es gibt Stimmen, die propagieren, der Finanzmarkt sei „hochgradig irrational“, „manisch-depressiv“, völlig von Stimmungen und „eben nicht vom Hirn“ beeinflusst. Dies zu durchschauen, lerne man nicht im Studium moderner Volkswirtschaftslehre, sondern durch das Studium der Menschen. (Max Otte) Stimmen Sie dem zu?*

Otmar Issing: Die Wirtschaftswissenschaften beschäftigen sich längst mit diesem Phänomen. Ein ganzer Zweig, die Verhaltensökonomie berücksichtigt Erkenntnisse der Psychologie und anderer Disziplinen.

Michael Gehler: *Der am Goldsmiths College der University of London lehrende Historiker Jan Plamper und der US-amerikanische Historiker Benjamin Lazier konstatieren „Phobic Regimes of Modernity“. Bestimmen Ihrer Ansicht nach Angstneurosen das kollektive Verhalten in Krisensituationen?*

Otmar Issing: Massenpsychologische Beobachtungen sind doch nichts Neues. Mit den neuen Medien entstehen Verbreitungskanäle, deren Einfluss immer mehr zunimmt.

Michael Gehler: *Frankreichs Präsident Emmanuel Macron spricht sich seit seiner Wahl immer wieder für eine vertiefte Zusammenarbeit innerhalb der EU aus und fordert einen EU-Finanzminister. Nur so könne Europa eine „starke weltweite Wirtschaftsmacht“ sein. Für wie tragfähig und verhandelbar halten Sie das Konzept?*

Otmar Issing: Die Rolle Europas in der Welt wird entscheidend durch den wirtschaftlichen Erfolg bestimmt. Wie die aktuelle Entwicklung in Frankreich oder Italien offenlegt, hängen Wachstum und Beschäftigung in erster Linie von der nationalen Wirtschaftspolitik ab. Ein europäischer Finanzminister wäre eine Figur ohne demokratische Legitimation und daher nicht einmal zur Repräsentation geeignet.

Michael Gehler: *Lässt sich Europa für amerikanische Interessen instrumentalisieren? Und wie kann Europa gegensteuern?*

Otmar Issing: *Dazu sollten und werden sich die Europäer nicht hergeben.*

Michael Gehler: *Gute Beziehungen zu den USA gelten als ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Inwieweit verändert sich diese Ansicht seit der Amtsübernahme Donald Trumps?*

Otmar Issing: Es gilt, die erratische Politik Trumps einigermaßen gut zu überstehen und die Grundlage guter Beziehungen zu erhalten.

Sanne Ziethen: *Griechenland hat den Rettungsschirm verlassen. Ist damit die griechische Problematik gelöst?*

Otmar Issing: Ganz gewiss nicht. Griechenland hat trotz bemerkenswerter Anstrengungen seine Hausaufgaben nicht annähernd erfüllt. Die sozialistische Regierung erdrosselt mit ihren Maßnahmen notwendige wirtschaftliche Aktivitäten.

Michael Gehler: *2018 verschärfte sich das Klima zwischen Brüssel und der Regierung in Italien, gebildet aus Cinque Stelle und Lega. Wir beurteilen Sie diese Frage und welcher Ausgang ist hier zu prognostizieren?*

Otmar Issing: Die Entwicklung in Italien ist in hohem Maße besorgniserregend, für Europa und das Land selbst.

Mein Weg von der D-Mark zum Euro

Sanne Ziethen: *Welche Zukunft wird der Euro und sein System (ESM, EWF, Bankenunion) weiter haben? Ist er alternativlos?*

Otmar Issing: Der Euro ist eine stabile Währung. Es gilt die genannten Institutionen so auszubauen, dass diese Stabilität gewahrt bleibt. Insbesondere muss verhindert werden, dass Mechanismen entstehen, welche die nationalen Anstrengungen nicht schwächen. Es existieren immer Alternativen. Diese sprechen aber nicht dafür, den Euro aufzugeben.

Klaus Regling



Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)

Zum Referenten:

Klaus Regling studierte Volkswirtschaft in Hamburg und Regensburg. Er war tätig beim International Monetary Fund (IMF) in Washington und Djakarta (1975–1980 und 1985–1991), beim Bundesverband deutscher Banken (1980–81) und im Bundesfinanzministerium (1981–1985 und 1991–1998) wo er ab 1995 die Abteilung Europäische und Internationale Währungs- und Finanzbeziehungen leitete. 1999–2001 war er Managing Director der Moore Capital Strategy Group in London, 2001–2008 Director-General for Economic and Financial Affairs der Europäischen Kommission, Mitglied des Economic and Financial Committee sowie Verwaltungsratsmitglied der European Investment Bank (EIB). 2008–2009 war er Fellow an der Lee Kuan Yew School of Public Policy in Singapur. Seit dem 1.7.2010 ist Klaus Regling CEO der European Financial Stability Facility (EFSF) und seit dem 8.10.2012 Managing Director des European Stability Mechanism (ESM).

Zum Vortrag:

Klaus Regling geht in seinem Vortrag auf die Schwerpunkte der aktuellen Krise sowie auf die Ursachen der Krise ein und fragt, was konkret zur Bewältigung der Krise unternommen wurde, um letztlich aufzuzeigen, welche zukünftigen Möglichkeiten es gibt.

I. Die acht wichtigsten Ursachen und Gründe für die Schuldenkrise/
Eurokrise sind:

1. Die Euro-Staaten akzeptierten nicht die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten.

Als die Währungsunion 1999 begann – das Bargeld kam später – haben viele Länder versucht, die Aufnahmekriterien zu erfüllen, aber nicht ausreichend die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten akzeptiert, die eine Euromitgliedschaft mit sich bringt. Das gilt für Regierungen und Gewerkschaften.

2. Der Übergang zu dauerhaft niedrigen Zinsen in der Peripherie.

Viele Länder hatten einen permanenten Übergang von hohen zu niedrigen Zinsen. Grundsätzlich ist dies erfreulich. Aber z. B. kam Italien von 14 % Hypothekenzinsen auf das Niveau von 5 %, ähnlich wie in Deutschland zu der Zeit. Länder wie Italien nutzten den fiskalischen Spielraum, den sie durch das niedrige Zinsniveau gewonnen hatten, nicht dazu, ihre Haushalte zu konsolidieren.

3. Die wirtschaftspolitische Überwachung war nicht breit genug.

Nur die Geldpolitik wurde zentralisiert. Die anderen Bereiche blieben dezentral, d. h. national bei den Ländern. So z. B. die Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Das kann funktionieren, erfordert aber die Einhaltung von Regeln zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Die wirtschaftspolitische Überwachung konzentrierte sich damals auf die Fiskalpolitik. Das war nicht falsch, aber zu eng. Andere Bereiche, wie Wettbewerbsfähigkeit oder Kreditblasen, die ebenfalls zu Krisen führen können, wurden nicht ausreichend überwacht.

4. Methodologische Probleme beim Berechnen der Defizite.

Es gibt derzeit keine Methode, um strukturelle Haushaltsdefizite genau zu berechnen.

5. Ungenügende Kontrolle nationaler Daten durch Eurostat.

Eurostat ist die Statistikbehörde der EU. Bis zur Krise besaß Eurostat nur die Befugnis zum Sammeln der Daten, aber nicht zur Überprüfung. Die Kommission schlug das zwar immer wieder vor. Die Mitgliedstaaten – auch Deutschland – lehnten das allerdings mit der Sorge vor Eingriffen in die nationale Souveränität ab. So konnte Griechenland zehn Jahre lang falsche Haushaltszahlen melden. Jetzt überprüft Eurostat die Daten.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)

6. Die Finanzmarktüberwachung war unzureichend und national organisiert, was zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beitrug.

7. Es gab keine Mechanismen zur Krisenbekämpfung.

Das Konzept der Währungsunion war lückenhaft. Es gab anfangs keinen Krisenmechanismus, wie jetzt EFSF und ESM. Die Väter des Euros haben nicht erwartet, dass so etwas benötigt wird.

8. Die größte Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren.

Wir haben die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren erlebt, die in diesem Ausmaß nicht vorhersehbar war. Grundsätzlich gehören Krisen zum marktwirtschaftlichen System, aber sie sind normalerweise nicht so tief wie diese jüngste Krise. Europa hatte zwei Krisen zu bewältigen:

- a. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008–2009, die die gesamte Welt betraf, ausgelöst in den USA.
- b. Die Verwerfungen in der Währungsunion wurden zehn Jahre nach der Euro-Einführung sichtbar und kamen zur globalen Krise hinzu. Die Kombination dieser beiden Krisen führte zur schwersten Wirtschaftskrise seit 1980 Jahren.

II. Die fünf Lektionen der Krisenstrategie

1. Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen

Was haben die Krisenländer Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und Irland unternommen? Welche Schwachstellen sind behoben und welche Reformen umgesetzt? Ein Parameter sind die Lohnstückkosten. In den genannten Ländern wuchsen die Lohnstückkosten im ersten Jahrzehnt der WWU deutlich schneller als in Nordeuropa. Als Folge verloren diese Länder signifikant an Wettbewerbsfähigkeit. Das führte zu sinkenden Exporten und steigenden Leistungsbilanzdefiziten. Das war auf Dauer nicht durchhaltbar. Um Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen, wurden unter anderem Pensionen und Beamtengehälter deutlich gekürzt. Das ist hart für die Betroffenen. Als Folge der wirtschaftspolitischen Reformauflagen, die mit den EFSF- und ESM-Rettungsprogrammen immer verbunden sind, haben die Länder nun notwendige Anpassungen unternommen, auch Griechenland. Griechenland etwa erreichte 2014 die höchsten Zuwächse bei den Exporten in der EU. Die OECD bewertet regelmäßig die Umsetzung von Strukturreformen in ihren Mitgliedsstaaten und in dieser Untersuchung liegt Griechenland in der OECD-Studie von 2015 an erster Stelle. Bei einer Weltbank-Analyse zur Frage, wie unternehmensfreundlich das Geschäftsklima in ihren 190 Mitgliedsstaaten ist, lag Griechenland im Jahr

2011 noch auf Platz 109. Im Jahr 2015 kam das Land auf den Platz 61. Einen solchen Sprung nach vorn hat es bislang in keinem Land gegeben. Trotz all dieser Fortschritte ist Griechenland noch immer das am schlechtesten platzierte Land der EU. Aber man kann nicht sagen, dort tut sich nichts. Das stimmt nicht und ist unfair. Es wurde viel unternommen – aber man ist noch nicht am Ziel. Der Ausgangspunkt war in Griechenland einfach viel schlechter als in allen anderen Krisenstaaten.

2. Engere wirtschaftspolitische Abstimmung in der Währungsunion

Es gibt Verbesserung der „Governance“ im Euroraum. Die Euro-Regierungen beschließen umfassendere und verbindliche Regeln zur Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik, wie beispielsweise das „Makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren“. Damit wird die wirtschaftspolitische Überwachung auf eine breitere Grundlage gestellt. Jährliche länderspezifische Empfehlungen sowie ein „europäisches Semester“ zur besseren Vorab-Koordinierung der nationalen Haushaltspolitik wurden eingeführt.

3. Stärkung des Bankensystems

Neue Aufsichtsbehörden sind geschaffen (EBA, EIOPA, ESMA); es gibt Reformen und Veränderungen im Finanzsektor, z. B. Basel III oder die Aufstockung des Eigenkapitals der Banken um ca. 560 Milliarden EURO. Die Bankenunion begann 2014. Über 120 systemrelevante Banken in Europa werden nun durch die einheitliche europäische Bankenaufsicht SSM strenger überwacht als früher, als allein die nationalen Aufseher diese Aufgabe hatten und bei der Bankenaufsicht mitunter zu nachsichtig vorgehen.

4. Geldpolitische Krisenmaßnahmen

Die EZB hat als „Kreditgeber der letzten Instanz“ für Banken durch neue Programme wie etwa SMP, LTRO oder OMT die Finanzinstitute mit Liquidität versorgt und damit einen entscheidenden Beitrag zur Finanzstabilität im Euroraum geleistet. Hinzu kamen unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen.

5. Rettungsschirme gegen die Krise (EFSF und ESM) wurden neu gegründet.

Als ich zusammen mit Theo Waigel die Währungsunion vorbereitete, haben wir nie daran gedacht, dass ein Mitgliedsland den Marktzugang verlieren könnte. Deshalb gab es im ursprünglichen Konzept der Währungsunion keine Institution, die in einem solchen Fall einspringen konnte. Im Jahr 2010 wurde die EFSF als temporäre Institution für drei Jahre gegründet. Sieben Monate nach der Gründung wurde der erste Kredit an Irland vergeben. Es wurde bald klar, dass eine permanente Institution zur Sicherung der Finanzstabilität im Euro-Raum nötig war. Deshalb erteilten die Staats- und Regierungschefs das Mandat, den ESM zu gründen. Er hat die gleichen Ziele, Aufgaben und Instrumente wie der EFSF. Rechtlich allerdings steht er auf der Basis des Internationalen Völkerrechts und hat einen internationalen Vertrag als Grundlage, der von den Parlamenten der Euro-Staaten ratifiziert wurde. Wie bei der EFSF ist die Kreditvergabe nur möglich, wenn das Empfän-

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)

gerland die vereinbarten Reformauflagen erfüllt. Jede einzelne Auszahlung ist an die Einhaltung dieser Reformzusagen gekoppelt. Mit dem ESM und der EFSF existieren derzeit zwei Institutionen mit zwei unterschiedlichen Bilanzen. Die potenzielle Ausleihsumme beider Institutionen zusammen beträgt 700 Milliarden EURO. Tatsächlich ausgeliehen sind 232,5 Milliarden Euro. Irland, Spanien und Portugal haben ihre Programme erfolgreich abgeschlossen.

Deutschland hat als Eigenkapital in den ESM 22 Milliarden EURO eingezahlt. Das eingezahlte Kapital wird nicht an die Krisenstaaten verliehen. Das Geld dient vielmehr als Sicherheit für die Anleihen, die der ESM regelmäßig begibt, um so die Rettungsdarlehen zu finanzieren. Da EFSF und ESM Darlehen vergeben, die von den Programmstaaten zurückgezahlt werden müssen, entstehen in den nationalen Haushalten keine Kosten. Aber natürlich übernehmen die Euro-Mitgliedsstaaten Risiken.

Die Bilanz: Der Euro-Raum steht heute weitaus stabiler und nachhaltiger da als vor der Krise. Die Ursachen der Krise wurden in Angriff genommen, die Rezession ist überwunden. Institutionelle Lücken im Konzept der Währungsunion wurden geschlossen und die Banken in Europa sind gestärkt.

Diskussion (Auszug)

Frage: *Erfolgt nicht eine Enteignung der Kleinsparer?*

Antwort: Nein. Die Realzinsen abzüglich der Inflationsrate waren in den letzten 50 Jahren oft negativ. Darauf verwies die Deutsche Bundesbank erst kürzlich. Momentan sind die Realzinsen nicht negativ. Nur von den Zinsen des angesparten Geldes leben zu wollen ist momentan sicherlich schlecht. Aber die Aussage „früher gab es das nicht“ ist falsch. Mit den dauerhaften Niedrigzinsen sind aber durchaus Risiken verbunden.

Der Vortrag wurde im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim am 7. Mai 2015 gehalten.

Klaus Regling

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten. Krisen bedeuten auch, dass man auch Fehler macht.“

Michael Gehler: *Wir sind heute – am 9. September 2015 – in Luxemburg bei dem Geschäftsführenden Direktor des ESM,⁷⁰ Klaus Regling. Wir sind sehr dankbar, dass wir mit Ihnen über Persönliches, das Arbeitsleben, Karriereentwicklung und Karrierestationen, aber auch Zeitgeschichte und Zeitgeschehen sprechen können. Wir würden gern mit Ihrer Vita beginnen: Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft, zu Ihrem Elternhaus und zu Ihrer Erziehung erzählen?*

Klaus Regling: Geboren bin ich 1950 in Lübeck, direkt an der „Zonengrenze“, wie wir das damals genannt haben – und in den 50er und 60er Jahren, als ich groß wurde, da war das eine harte Grenze, wo man nicht rüberkam. Ich weiß noch, wenn ich auf dem Grenzfluss, der Wakenitz, mit meinem Bruder gepaddelt bin, dann war immer ganz klar: wenn man auf die falsche Seite gekommen wäre, wäre etwas ganz Furchtbares passiert. Dort war die DDR und keiner wusste genau, was passiert wäre, aber es wäre ganz furchtbar. Es war wirklich eine Grenze, die verschlossen war und wurde ja dann erst im Rahmen der Ostpolitik unter Willy Brandt⁷¹ durchlässig, aber da hatte ich Lübeck schon verlassen. In meiner Kindheit und Schulzeit habe ich das als „harte Grenze“ erlebt und der Süden Europas war viel, viel näher als Städte wie Rostock oder Wismar, und mein Vater⁷² hat immer erzählt, früher habe er mit der Schule seinen Wandertag dorthin unternommen. Wir konnten dort aber überhaupt nicht hin – das war völlig ausgeschlossen.

Mein Vater war auf der einen Seite Handwerker – Tischlermeister –, auf der anderen Seite wurde er nach dem Krieg Politiker in der Lübecker Bürgerschaft. Weil er immer

70 Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist eine Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg, die 2012 durch einen völkerrechtlichen Vertrag etabliert wurde. Inzwischen sind 19 EU-Mitgliedstaaten Mitglied des permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) abgelöst hat und langfristig zur Stabilisierung des Euro-Währungsgebiets beiträgt. Erster Geschäftsführender Direktor ist der Leiter der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, Klaus Regling.

71 Willy Brandt (*1918; †1992), SPD-Politiker und ab 1957 Regierender Bürgermeister von Berlin. Von 1966 bis 1969 bekleidete er während der ersten Großen Koalition im Kabinett Kiesinger das Amt des Bundesaußenministers und Vizekanzlers. Von 1969 bis 1974 war Brandt als Regierungschef der sozialliberalen Koalition von SPD und FDP der vierte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

72 Karl Regling (*1907; †2003), Vater von Klaus Regling, war deutscher Politiker (SPD). Karl Regling gehörte von 1949 bis 1955 der Bürgerschaft der Stadt Lübeck an und von 1953 bis 1969 war er Mitglied des Deutschen Bundestages.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

Sozialdemokrat war, wurde er von den Alliierten ausgesucht, die unbelastete Leute in die Politik holten. Von 1953–69 war er dann im Bundestag für die SPD. Insofern ging es zu Hause immer ganz politisch zu. Politik war Tagesgespräch und es war sicher ungewöhnlich, dass ich schon in jungen Jahren die politische Entwicklung sehr genau verfolgt habe, wie zum Beispiel die Wahl eines neuen Bundespräsidenten. Das wurde früher im Radio übertragen (mehr gab es ja noch nicht) und die Abgeordneten in der Bundesversammlung wurden namentlich aufgerufen – das fand ich alles immer wahnsinnig spannend. Gleichzeitig wurde oft über Wirtschaftsdinge geredet, es waren die 50er Jahre, es gab den Aufschwung, aber so doll ging es allgemein noch nicht. Gerade weil mein Vater nicht so oft da war, ging es auch manchmal der Tischlerei nicht so gut – später wurde es dann besser – und das war alles Tagesgespräch – sowohl die wirtschaftliche wie auch die politische Seite und das hat sicherlich abgefärbt.

Michael Gehler: *Sie haben in Regensburg und in Hamburg das Studium absolviert und haben sich für das Studium der Volkswirtschaft entschieden. Was war eigentlich Ihre Motivlage, dieses Studium zu wählen?*

Klaus Regling: Ich denke, das hat etwas mit der Vorgeschichte zu tun. Politik, Wirtschaft – da kommt man relativ rasch und zielstrebig zur Volkswirtschaft. Ich hatte wenig Zweifel, meine Lehrer aber waren völlig entsetzt: Sie wollten alle, dass ich Mathematik studiere, weil ich da immer der Beste war. In Sprachen und anderen Fächern war ich eher schlecht – ich hatte eine sehr einseitige Begabung – und deshalb dachten meine Lehrer, Mathematik sei das Richtige für mich. Sie hatten keine Ahnung, dass man auch in der Volkswirtschaft ganz gut dasteht, wenn man Mathematik beherrscht. Ich denke, das hatten sie nicht so überschaut. Ich habe das nie bereut, es war immer spannend und ich denke, man versteht die Entwicklung der Welt der letzten fünfzig Jahre nur, wenn man etwas Volkswirtschaft versteht.

Ich habe mich oft auch selbst als ein „Kind der Globalisierung“ bezeichnet. Da war das deutsche Wirtschaftswunder, das Zusammenwachsen der Weltwirtschaft, der Aufschwung des internationalen Handels und in dieser Zeit, da war ich immer dabei durch meine Arbeit. Ich habe deshalb gerne Volkswirtschaft studiert und bin seither immer gerne Volkswirt – es ist jetzt vierzig Jahre her, dass ich in Regensburg Examen gemacht und meinen ersten Job begonnen habe.

Michael Gehler: *Sie hatten während der Studienzeit sicher auch den ein oder anderen Professor oder auch Lehrer, der Ihnen noch in Erinnerung ist. Können Sie darunter Leute benennen, die Ihr Denken soweit beeinflusst haben, dass sie heute noch davon zehren? Also Vorbilder, akademische Lehrer, Mentoren?*

Klaus Regling: Ja, einer ganz eindeutig – das war mein Hauptprofessor in Regensburg, Lutz Hoffmann⁷³, der dort die ganzen internationalen Themen abgedeckt hat: Internatio-

73 Lutz Hoffmann (*1934; †2019), studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Münster, Freiburg und Kiel, war von 1989 bis 1999 Präsident des Deutschen Instituts für Wirt-

naler Handel, Währungspolitik, Entwicklungspolitik – die Dinge also, die mich schon im Studium besonders interessiert haben. Deshalb bin ich auch nach Regensburg gegangen, denn Regensburg war stark in diesem Bereich. Zum Beispiel hatte meine Diplomarbeit die Theorie der optimalen Währungsgebiete zum Thema, was dann natürlich zielstrebig zum Euro führt. Also gibt es im Rückblick – nicht unbedingt in dem Moment, in dem es passiert ist – sehr viele Zusammenhänge. Dieser Professor, mit dem ich heute noch in Kontakt bin, hat mich auch besonders beeinflusst, weil er dann, als ich in Regensburg war, sich ein Jahr – also zwei Freisemester – freigenommen hat und nach Malaysia gegangen ist und dort an einem Entwicklungsinstitut den Entwicklungsplan für Malaysia mit aufgestellt hat. Das fand ich ganz spannend. Malaysia – das schien damals sehr, sehr weit weg. Heute fahre ich da mal ein Wochenende hin, aber damals schien das alles sehr weit weg zu sein. Er kam auch nach Washington, als ich beim IWF war – er war dann ein paar Jahre bei der Weltbank tätig –, da haben wir uns noch einmal besonders gut kennengelernt. Er war sicherlich derjenige, der mich von allen Professoren am meisten geprägt hat.

Aber es gab noch einige andere, z. B. Frau Lore Kullmer,⁷⁴ die hat Finanzwissenschaften gelehrt, was ich auch ein spannendes Thema fand. Wolfram Mieth⁷⁵ hat Geldpolitik gemacht – es gab gute Professoren in Regensburg. Regensburg war eine Neugründung, wie viele der deutschen Universitäten Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre.

Die Universität wurde erst 1967 gegründet, war also ganz neu. Ich kam aus Hamburg und stieg 1971 in Regensburg ins Hauptstudium ein. Die Uni war sehr klein und im Hauptstudium waren wenig Studenten – es gab Seminare mit fünf oder sechs Leuten und das war natürlich ein ganz anderes Arbeiten, als man das sonst von deutschen Universitäten gewöhnt ist. In Hamburg hatte ich wie alle anderen zum Beispiel Statistik im Audimax mit 800 Studenten besucht. In Regensburg war dann plötzlich diese kleine Uni mit wenigen Professoren und wenigen Studenten und das war sehr, sehr gut und war für mich wichtig, um die Voraussetzungen zu schaffen, so dass ich die Aufnahmeverfahren im IWF durchlaufen konnte. Das hätte ich nicht geschafft, wenn ich von den meisten der anderen deutschen Universitäten gekommen wäre. Ich habe gerne in Regensburg studiert und mich sehr gefreut, als die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät mir 2011 den Ehrendokortitel verliehen hat.

Jörg Beining: *Gab es darüber hinaus andere bedeutende Vorbilder in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft?*

schaftsforschung in Berlin. In den 1970er Jahren war er unter anderem Berater der Weltbank, der Kommission der Europäischen Gemeinschaft und verschiedener Bundesministerien. Er war Professor an der Universität Regensburg und an der Freien Universität Berlin. Seit 2001 ist er Direktor des Osteuropa-Instituts München.

74 Lore Kullmer (*1919; †2011), deutsche Wirtschaftswissenschaftlerin, erhielt 1967 den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Regensburg, den sie bis 1985 innehatte. Sie war eine der ersten Professorinnen, die an der Fakultät forschte. Ihr Spezialgebiet war die Finanzwissenschaft.

75 Wolfram Mieth (*1925; †2014), Professor an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Regensburg.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

Klaus Regling: Wie gesagt: Politik war bei uns das „normale“ Gesprächsthema; ich kann jetzt keine Namen nennen, aber Leute wie Willy Brandt waren natürlich auch damals schon beeindruckende Personen. Es war ja so, dass sie ab und an bei uns zu Hause anriefen und meinen Vater sprechen wollten. Da hatte man plötzlich Herbert Wehner,⁷⁶ Willy Brandt oder Helmut Schmidt⁷⁷ am Telefon. Willy Brandt kommt ja aus Lübeck und mein Vater kannte ihn von frühester Jugend an und dann waren sie zusammen im Bundestag. Insofern war das eine ganz besondere Beziehung zu den Politikern der Zeit damals. Sie waren mir sicherlich näher als den meisten meiner Mitschüler.

Michael Gehler: *Die SPD war ja lange praktisch in einer Fundamentalopposition zur Westintegration und erst mit dem Parteitag in Bad Godesberg wurde die Wende zur westlichen Ausrichtung vollzogen. Wie haben Sie das erlebt, wenn Sie in einem sozialdemokratischen Elternhaus groß geworden sind? Sie sind parteilos, wie wir erfahren haben, sagt man ihnen aber auch nach, sie seien CDU-nahe. Gibt es da Zusammenhänge oder wie würden Sie das rückblickend einordnen?*

Klaus Regling: Natürlich war Konrad Adenauer⁷⁸ die „andere Seite“, das ist klar, denn mein Vater war für die SPD im Bundestag. Andererseits leitete er aber eben auch einen Handwerksbetrieb und musste deshalb auch wirtschaftlich denken – er war eben kein Beamter wie viele andere Bundestagsabgeordneten. Bad Godesberg, da war ich neun Jahre alt, aber ich bin sicher, dass er da aktiv beteiligt war, die SPD in diese Richtung zu steuern – einfach, weil er das Wirtschaftsleben kannte. Insofern, Adenauer repräsentierte damals klar die andere Seite, aber die Westintegration war natürlich wichtig, vor allem wenn man an der Zonengrenze lebte, und die Wirtschaftsseite war wichtig und deshalb dieser Schwenk der SPD – der war quasi bei uns zu Hause schon vorweggenommen. Im Übrigen empfand ich es während meiner Tätigkeit als Beamter für mich selbst immer als angemessen, nicht einer Partei anzugehören.

76 Herbert Richard Wehner (*1906; †1990), deutscher Politiker (KPD 1927–1942, SPD ab 1946). Er war von 1966 bis 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, anschließend bis 1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

77 Helmut Heinrich Waldemar Schmidt (*1918; †2015), deutscher Politiker der SPD. Von 1967 bis 1969 war er Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972 bis 1974 war er Bundesminister der Finanzen. Von 1974 bis 1982 war er als Regierungschef einer sozialliberalen Koalition der fünfte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Ab 1983 bis zu seinem Tod war er Mitherausgeber der Wochenzeitung Die Zeit.

78 Konrad Hermann Joseph Adenauer (*1876; †1967) gehört zu den Begründern der CDU, deren Parteivorsitzender er von 1950 bis 1966 war. Von 1949 bis 1963 war Adenauer der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und von 1951 bis 1955 zugleich erster Bundesminister des Auswärtigen. Er setzte sich für Bonn als Bundeshauptstadt ein, stand für eine Politik der Westbindung und der Europäischen Einigung und einer aktiven Rolle der Bundesrepublik in der NATO. Wirtschaftspolitisch steht Adenauer für das System der Sozialen Marktwirtschaft.

Michael Gehler: *Noch eine letzte Frage zum Block „Persönliches“. Sie haben sich vorhin als „Kind der Globalisierung“ bezeichnet. Ab wann ist diese Ihrer Erinnerung nach erkennbar gewesen und zeitlich einzuordnen? Und wann ist Ihnen eigentlich Europa bewusst geworden – das es eben mehr ist als ein geografischer Bezugsraum oder eine reine Wirtschaftsgemeinschaft – nämlich viel mehr: ein politisches Projekt?*

Klaus Regling: Globalisierung bezieht sich ja auf das Globale, wie der Name sagt, und das waren auch meine ersten Berufserfahrungen am IWF.⁷⁹ Im Studium gab es nicht sehr viel zum Thema Europäische Integration. Es gab schon ab und an eine Vorlesung zum Europarecht – auch damals schon, Anfang der 70er Jahre –, aber mein Schwerpunkt in der Volkswirtschaft war eindeutig das Globale, das Internationale, Währungsthemen, Wechselkurs-Themen, Handel, Entwicklungspolitik. Europa kam eigentlich ein bisschen später. Ich war ja zunächst fast fünf Jahre in Washington beim IWF und das ist halt „global“ und die Globalisierung kam dann ja mit voller Wucht und alles wuchs näher zusammen. Erst als ich dann Anfang 1980 nach Europa zurückkam – ich war erst beim Bankenverband, dann im Finanzministerium – nahm ich dann mehr wahr, was sich in Europa tat, auch in meinem Spezialgebiet Volkswirtschaft, z. B. bei europäischen Wechselkursfragen. Die Zusammenarbeit der Europäer in der Wechselkurspolitik gab es ja schon seit Anfang der 70er Jahre. Als das Bretton-Woods-System aufgegeben wurde, haben die Europäer versucht, innerhalb Europas die Wechselkursschwankungen zu begrenzen. Die „Schlange im Tunnel“ war ein solcher Ansatz, dann kam 1979 das europäische Währungssystem und dann hatte ich großes Glück, als ich Ende 1981 ins Finanzministerium ging. Dort gab es die Abteilung „Geld und Kredit“, die Helmut Schmidt vom Wirtschaftsministerium ins Finanzministerium geholt hatte. (Viele sagen, seitdem sei das Finanzministerium das eindeutig wichtigere Ministerium). Da gab es in dieser Abteilung zwei Vakanzen. Relativ junge Leute wurden gesucht: einmal im Referat „International, IWF, Weltbank“ – da wollte ich eigentlich hin, denn das waren ja meine Erfahrungen aus Washington. Und es gab es aber ein anderes Referat, wo auch eine Stelle frei war und das hieß „Europäische Währungspolitik“. Da gab es eine sehr tatkräftige Referatsleiterin, Frau Willmann, die zwei Jahre vorher mit Helmut Schmidt den europäischen Wechselkursmechanismus praktisch ausgearbeitet hatte. Schmidt hat das mit Valéry Giscard d’Estaing⁸⁰ gemacht, aber es musste ja jemand die technische Umsetzung machen und das auch in Paragraphen gießen. Das hatte sie alles gemacht und sie hat darauf bestanden, dass ich zu ihr komme. Ich war

79 Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und hat seinen Sitz in Washington, D.C., USA. Eine seiner Hauptaufgaben ist die Vergabe von Krediten an Länder ohne ausreichende Währungsreserven, die in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten sind. Weitere Tätigkeitsfelder sind die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, die Ausweitung des Welthandels, die Stabilisierung von Wechselkursen und die Überwachung der Geldpolitik.

80 Valéry Marie René Giscard d’Estaing (*1926; †2020), französischer Politiker der UDF, 1962 Staatssekretär im Finanzministerium. Er erzielte beachtliche Erfolge in der Haushalts-, Stabilitäts- und Währungspolitik. Kurze Zeit später wurde er zum Minister für Finanzen und wirtschaftliche Fragen ernannt und amtierte bis 1966. Von 1974 bis 1981 war er französischer Staatspräsident.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

zuerst ganz traurig, dass ich nicht in das IWF-Referat durfte, aber das war wegweisend. Da habe ich zu Europa erst einmal wirklich das Handwerkszeug gelernt und mitbekommen, was da alles passiert und das war wahnsinnig spannend und für meinen weiteren Lebenslauf natürlich sehr wichtig.

Jörg Beining: *Sie arbeiteten 1975 beim IWF in Washington. Welche Erfahrungen verbinden Sie mit dieser Zeit?*

Klaus Regling: Das war natürlich eine ganz wichtige Zeit – der erste Job ist ja immer sehr prägend, vor allem, wenn es ein schöner Job ist. Für einen Volkswirt, der international tätig sein will, gibt es ja nichts Besseres, als beim IWF zu arbeiten. Dort ist man da ganz oben und hat die breite, globale Perspektive und davon zehre ich bis heute. Ich habe die ersten Jahre vor allem am world economic outlook mitgearbeitet, also an den regelmäßigen Weltwirtschaftsprognosen des IWF. Insofern war das einfach eine tolle Zeit und als 25-Jähriger in Washington zu leben war auch toll, direkt aus Regensburg kommend. Später habe ich dann ähnliche Dinge bei der Europäischen Kommission machen müssen. Bis heute verstehe ich, wie der IWF funktioniert, habe in einer späteren Phase beim IWF Länderprogramm mitverhandelt und das Prinzip der Krisenfinanzierung internalisiert. Das ist ja auch das Prinzip, das wir heute beim ESM anwenden. Insofern war dieser Berufseinstieg sicherlich wegweisend.

Michael Gehler: *Sie waren beim IWF unter anderem in der Afrikaabteilung aktiv. Welche Zielsetzungen hat man dort damals entwickelt? Und welche Zuständigkeiten hatten Sie eigentlich genau?*

Klaus Regling: Das war ja in meinen ersten Jahren. Da war ich ein Jahr in der Afrikaabteilung. Ich habe angefangen beim IWF bei dem typischen Nachwuchsprogramm, dem young professional program, wo man für zwei Jahre eingestellt wird. Da war ich das erste Jahr in der Forschungsabteilung World economic outlook, das zweite Jahr dann in einer Länderabteilung, also das „Normale“. Und das war natürlich sehr interessant, dann wirklich einmal in ein Land zu reisen. Ich war dann in Malawi – ein Land, in das man normalerweise nicht kommt. Eines der ärmsten Länder, wo man dann wirklich vor Ort sehen konnte: Warum sind diese Länder eigentlich so arm? Was funktioniert nicht und wo kann man was besser machen? Aber dann bin ich im dritten Jahr wieder zurück in die Forschungsabteilung gegangen, obwohl ich das sehr spannend fand. Später, als ich das zweite Mal beim IWF war (von 1985 bis 1991), habe ich dann auch afrikanische Länder mitbearbeitet und auch Anpassungsprogramme verhandelt, zum Beispiel in Marokko, in Mauretanien, in Liberia. Da wurde diese Erfahrung dann erheblich vertieft.

Jörg Beining: *Sie wechselten ins Bundesfinanzministerium zum Referat für europäische Währungsangelegenheiten. Welche Ereignisse und Erfahrungen verbinden Sie besonders mit dieser Aufgabe?*

Klaus Regling: Das war in der Tat der große Wechsel von der internationalen Bühne nach Europa, ich bin aber in meinem Fachgebiet der Währungs- und Wechselkursfragen und Wechselkurssysteme geblieben, was den roten Faden darstellt.

Das war damals am Beginn des europäischen Wechselkursmechanismus, den es seit 1979 gab und der immer wieder für ganz große Aufregung sorgte. Auch damals gab es Krisen in Europa – durch diesen Wechselkursmechanismus gab es feste, aber anpassungsfähige Wechselkurse. Fast alle paar Monate gab es ein Land, das abwerten musste, weil es seine Wettbewerbsfähigkeit verloren hatte. Diese Abwertungen waren damals möglich, heute sind sie ja innerhalb des Euroraums nicht mehr möglich. Solche Abwertungen sind nicht einfach – es hat immer großen politischen Hickhack gegeben. Kein Land wollte abwerten, das galt als etwas Demütigendes und als etwas, was man eigentlich nicht machen soll – und da ist ja auch was dran. Man muss halt Fehler korrigieren, die irgendwo gemacht wurden. Mehrere Länder mussten das ab und zu tun und für Frankreich war das immer besonders heikel.

Besonders spannend wurde es im März 1983. 1981 hatte François Mitterrand⁸¹ zum ersten Mal als linker Präsident die Wahl gewonnen – der erste Sozialist in Frankreich im Präsidentenamt nach dem Krieg, und hat damals Dinge gemacht, die man sich heute gar nicht mehr vorstellen kann. (Vielleicht mit der Ausnahme von Alexis Tsipras⁸² in Griechenland Anfang 2015, aber nur fünf Monate lang). Mitterrand hat Banken verstaatlicht und hat wirklich die Geldschleusen geöffnet und Defizite erhöht, und es kam mehrfach zu Abwertungen innerhalb des Systems. Solche Abwertungen erforderten immer einen einstimmigen Beschluss. Nun bestand die EU damals aus neun Staaten, die waren auch alle beim Wechselkursmechanismus dabei – mit Ausnahme Großbritanniens, das nur manchmal teilnahm. Wir waren also sieben oder acht – viel überschaubarer als heute. Man traf sich dann Freitagabend im sogenannten Monetary Comitee, Währungsausschuss, heute würde man es Euro Working Group nennen. Wenn sich die Staatssekretäre der Finanzministerien nicht einigen konnten, dann mussten am Samstag die Finanzminister und Notenbankchefs aller beteiligten Länder zusammenkommen – es gab ja noch keine Europäische Zentralbank – und dann gab es Nachtsitzungen oft bis morgens um fünf Uhr. Insofern habe ich das früh gelernt.

Im März 1983 wurde es dann politisch besonders heikel. Es war wieder einmal so, dass Frankreich gegen seinen Willen abwerten musste. Frankreich forderte, Deutschland solle aufwerten oder den Wechselkursmechanismus verlassen. Damals war Hans Tietmeyer⁸³

81 François Maurice Adrien Marie Mitterrand (*1916; †1996), französischer Politiker der Sozialistischen Partei und von Mitte 1981 bis Mitte 1995 vierter französischer Staatspräsident der Französischen Republik.

82 Alexis Tsipras (*1974), Vorsitzender der griechischen Partei SYRIZA und griechischer Ministerpräsident. Am 26. Januar 2015 wurde er zum ersten Mal vereidigt, am 21. September 2015 trat er seine zweite Amtszeit an. Bei der Europawahl 2014 war er Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten der Europäischen Linken, unterstützt von mehreren anderen Parteien und Bündnissen in Europa.

83 Hans Tietmeyer (*1931; †2016), deutscher Volkswirt. Er war von 1982 bis 1989 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und von 1993 bis 1999 Präsident der Deutschen Bundesbank.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

mein Staatssekretär. Ich war sein persönlicher Referent, deshalb durfte ich überhaupt mit nach Brüssel und wir haben die Nacht von Freitag auf Samstag ohne Ergebnis durchgemacht. Dann kamen die Finanzminister und Notenbankchefs hinzu, das waren damals für Deutschland Gerhard Stoltenberg⁸⁴ und Karl-Otto Pöhl,⁸⁵ in Frankreich war der Finanzminister Jacques Delors⁸⁶ und der Staatssekretär war Michel Camdessus.⁸⁷ Auch die Nacht brachte kein Ergebnis und Mitterrand hat am Sonntag Delors und Camdessus zu sich nach Paris bestellt. Alle anderen blieben in Brüssel sitzen und keiner wusste, was passieren würde. Wir haben erst einmal alle ausgeschlafen und haben dann später gehört, dass Mitterrand zwei Empfehlungen auf seinem Schreibtisch liegen hatte: Diejenige von Delors und Camdessus empfahl, abzuwerten, Reformen durchzuführen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Konvergenz mit Deutschland zu verbessern. Die andere Empfehlung kam von Jean-Pierre Chevènement,⁸⁸ der lange Jahre den linken Flügel innerhalb der Sozialisten repräsentierte. Der empfahl, aus dem Wechselkursmechanismus auszusteigen, abzuwerten und dann aber auch Zölle innerhalb der EU zu erheben: bei allen, auch gegenüber Deutschland. Das wäre das Ende der EU gewesen, wie wir sie kennen. Wenn er sich durchgesetzt hätte, hätten wir heute keinen Euro. Insofern war das dramatisch und wir saßen dort an diesem sonnigen Sonntag im März – manche sagten, Delors werde entlassen, andere glaubten er werde zum Ministerpräsidenten ernannt. Er kam abends zurück und war immer noch Finanzminister, aber Mitterrand hatte seinen Empfehlungen zugestimmt und alles nahm seinen Lauf. Das waren dramatische Nächte – wenn man so etwas miterlebt hat, ist man heute bei Krisen nicht mehr ganz so aufgeregt.

84 Gerhard Stoltenberg (*1928; †2001), deutscher Historiker und Politiker (CDU). Er war von 1982 bis 1989 Bundesminister der Finanzen und von 1989 bis 1992 Bundesminister der Verteidigung.

85 Karl Otto Pöhl (*1929; †2014), deutscher Bankier und Staatssekretär der von 1980 bis 1991 Präsident der Deutschen Bundesbank war.

86 Jacques Lucien Jean Delors (*1925), französischer Politiker der Sozialistischen Partei Frankreichs (PS). Nachdem er von 1979 bis 1981 als Abgeordneter im Europäischen Parlament tätig war, übernahm er von 1981 bis 1984 das Amt des französischen Wirtschafts- und Finanzministers unter Staatspräsident François Mitterrand. Von 1985 bis 1995 war Delors Präsident der EG-Kommission und stand drei Kommissionen vor.

87 Michel Camdessus (*1933), französischer Ökonom und Ehrenpräsident der Banque de France. Er arbeitete von 1966 bis 1968 in Brüssel als Mitarbeiter der französischen ständigen Vertretung bei der Europäischen Union und begann im Anschluss eine Laufbahn im französischen Finanzministerium. 1984 wurde Camdessus Gouverneur der Banque de France und behielt diesen Posten bis 1987, als er zum Direktor des Internationalen Währungsfonds berufen wurde. Sein erstes, fünfjähriges Mandat wurde zwei Mal erneuert, bevor er am 14. Februar 2000 den Währungsfonds verließ.

88 Jean-Pierre Chevènement (*1939), französischer Politiker der links-souveränistischen Partei Mouvement des citoyens (später: Mouvement républicain et citoyen), zuerst Bildungs- und später Verteidigungsminister unter Präsident François Mitterrand sowie Innenminister unter Präsident Jacques Chirac.

Michael Gehler: *Den Eindruck hat man in der Tat, wenn man Sie so wahrnimmt in den Momenten, in denen Sie öffentlich auftreten. 1985 kehren Sie zum IWF zurück und arbeiten im Referat für Internationale Kapitalmärkte. Sie haben schon Marokko angesprochen, aber auch die Schuldenumstrukturierung auf den Philippinen und Indonesien. Welche Probleme und Aufgaben stellten sich bei diesen Ländern? Könnten Sie das an einem Beispiel konkreter erläutern?*

Klaus Regling: Es handelte sich nicht nur um Schuldenumstrukturierung, sondern um wirklich umfassende Anpassungsprogramme in Marokko und auf den Philippinen. Ein „typisches“ IWF-Programm, wie es heute ja viel besser bekannt ist durch das, was wir beispielsweise in Irland, Portugal oder Griechenland machen.

Es betrifft alle Bereiche der Wirtschaftspolitik – was dort anders ist als heute in Europa, ist, dass der IWF mit diesen Ländern alleine am Tisch sitzt und alles in der Hand hat. Es geht um die Haushaltsdefizitreduzierung, Wettbewerbsfähigkeitsverbesserung, Strukturreformen, Geldpolitik oder Wechselkursfragen, was der IWF heute mit einem Land wie z. B. Irland gar nicht diskutieren kann, denn die Geldpolitik wird für alle von der EZB⁸⁹ gemacht. Das sind Beispiele für so ganz typische Länderprogramme gewesen. Sie waren nie einfach – auch das hilft, ein paar Dinge einzuordnen – sondern es war immer sehr politisch und oft auch dramatisch, weil diese Länder ja immer nur zum IWF kommen, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen und irgendetwas schiefgelaufen ist. Diese Länder verlieren dann den Zugang zum Markt und bekommen nirgends mehr Geld außer beim IWF und deshalb müssen Sie, den IWF-Rezepten folgend, Konditionalität akzeptieren, d. h., die Wirtschaftspolitik umstellen. „Umstellen“ klingt zunächst freundlich – es bedeutet aber immer Ausgabenkürzung, Steuererhöhungen und weitere Maßnahmen, die keiner gerne durchführt. Deshalb ist es immer dramatisch – wie wir das ja aktuell in einigen europäischen Ländern erlebt haben –, aber das ist in diesen Fällen eben auch so gewesen.

An solchen Missionen nehmen in der Regel sechs bis sieben Ökonomen teil. In Marokko oder auf den Philippinen waren wir etwa jeden zweiten Monat für zwei, drei Wochen vor Ort, um das Programm zu verhandeln und zu überwachen. Das Familienleben kommt dabei manchmal etwas zu kurz. Aber als Volkswirt dort so einzugreifen, ist natürlich eine sehr spannende, aber auch sehr verantwortungsvolle Aufgabe, denn letztlich geht es um sehr viele Menschen – im Falle der Philippinen beispielsweise um 60 Millionen Menschen. Da ist man dann auch bereit, sieben Tage die Woche Tag und Nacht zu arbeiten.

Jörg Beining: *Ab 1989 wurden Sie Leiter des IWF-Büros Jakarta. Welche Besonderheiten sind mit Indonesien verbunden und wieso entschieden Sie sich, diese Stelle anzunehmen?*

89 Die Europäische Zentralbank (EZB) ist die 1998 gegründete gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie bildet mit den nationalen Zentralbanken (NZB) der EU-Staaten das Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Die Arbeit und die Aufgaben der EZB wurden im Vertrag von Maastricht 1992 festgelegt. Seit dem Vertrag von Lissabon 2007 besitzt sie formal den Status eines EU-Organs.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

Klaus Regling: Ich war durch die IWF-Arbeit häufig in Entwicklungsländern – aber dies immer nur punktuell, zwei oder drei Wochen lang. Es ist natürlich etwas ganz anderes, einmal in einem solchen Land permanent zu leben. Das war es auch, was mich bewegt hat. Zudem war es Teil meiner IWF-Karriere – ich blieb ja bei der gleichen Institution und musste mir keinen neuen Job suchen. Es gab ungefähr 30 Länder, in denen der IWF vor Ort ein Büro hatte, und viele Kollegen haben das so gemacht. Da ich zwei schulpflichtige Kinder hatte, die in Washington in die deutsche Schule gingen, habe ich geschaut, wo es ein IWF-Büro in einem interessanten Entwicklungsland gibt, das auch eine deutsche Schule hat. Das war mein logischer Entscheidungsweg und von diesen 30 Möglichkeiten gab es nur zwei – das waren Jakarta und Kairo. Ich habe mir gedacht: Ägypten ist ja doch recht nah an Europa, da versuche ich es doch einmal mit Indonesien. Da ich vorher an den Philippinen gearbeitet hatte, wusste ich auch aus eigener Erfahrung, was sich in Asien tat. Ich habe dann diese Stelle bekommen und es waren zwei hochinteressante Jahre. Es gab dort keine Wirtschaftskrise – die große Indonesienkrise gab es erst im Rahmen der Asienkrise 1997/98. Ich war also vor der Krise da, in der Zeit gab es dort eine ganz gute, gesunde Wirtschaftsentwicklung ohne krisenhafte Zuspitzungen. Es war unheimlich interessant, vor Ort zu sein und sehr eng und direkt mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die Indonesier wollten immer einen IWF-Mitarbeiter dort haben, mein Büro war direkt neben dem Büro des Zentralbankchefs und ich habe praktisch alles gesehen, was zu ihm gelangte. Auch mit dem Finanzministerium gab es eine gute Zusammenarbeit. Fachlich war das alles sehr interessant – man erlebt es einfach anders, wenn man jeden Tag da ist. Aber auch im Privaten war es faszinierend, in einem solchen Land zu leben. Die Kinder waren zwischen neun und elf Jahre alt und wir sind viel herumgereist. Indonesien ist ein unglaublich faszinierendes Land – das viertgrößte Land, was seine Bevölkerung angeht und das größte islamische Land der Welt. Es war sehr wichtig, das einmal kennenzulernen und zu wissen, dass man vor den Moslems keine Angst haben muss, wie das ja in Deutschland leider weit verbreitet ist. Es ist eine ganz andere Richtung des Islam als im Mittleren Osten. Dort in Indonesien war es sehr, sehr angenehm und von daher waren es zwei tolle Jahre und die ganze Familie ist seither von Asien „infiziert“ – meine Kinder haben dort teilweise studiert und sind immer wieder dort auf Reisen. Später war auch ich noch einmal ein Jahr in Singapur, das ja ganz in der Nähe ist. Zwei ganz wichtige Jahre waren das.

Michael Gehler: *Vielleicht ein kleiner Vorgriff: Diese Erfahrungen, die Sie mit den IWF gemacht haben – global, in den verschiedenen Regionen der Welt – wie weit haben sie jetzt auch in jüngeren und aktuellen Krisenszenarien eine Rolle gespielt in Hinblick auf das Verhältnis ESM – EZB – Kommission auf einer Seite und IWF auf der anderen Seite, was die Methodik, die Operationalisierung, das Krisenmanagement für ebensolche „Kinder, die schon in den Brunnen gefallen sind“ angeht? Offensichtlich gibt es – wenn man es über die Jahre verfolgt – partielle und auch graduelle Unterschiede?*

Klaus Regling: Grundsätzlich ist es natürlich ein ähnliches Vorgehen, wobei der ESM nur eine begrenzte Aufgabe hat. Ich sage manchmal: Wir haben in Europa schon einen europäischen Währungsfonds, aber er ist verteilt auf drei Institutionen. Wir machen beim ESM die Finanzierung, die Europäische Kommission und die EZB machen das Moni-

toring der Länder und Verhandeln die Konditionalität. Insofern haben wir eine Aufgabenteilung. Der IWF macht das weltweit in einem Gebäude – wir machen es in drei Institutionen. Aber den Ansatz, d. h., wie und wann der IWF unter welchen Konditionen Kredite vergibt, den haben wir im Grunde übernommen. So etwas hatten wir vorher in Europa nicht – die Gründungsväter des Euro konnten sich nicht vorstellen, dass einmal ein Mitgliedsland der Währungsunion den Marktzugang verliert. Das hat erst die Krise mit sich gebracht. Es war die schwerste Krise seit 80 Jahren – niemand konnte sich eine solche Krise vorstellen und in dieser Krise hatten wir die Situation, dass mehrere Länder den Marktzugang verloren haben. Das war eine typische Situation, wie der IWF sie in Asien, Afrika oder Lateinamerika immer wieder vorgefunden hat, und seine Rezepte haben wir übernommen. Das wird oft in Europa vergessen, manche denken ja, wir hätten etwas Neues geschaffen, das die Welt noch nicht gesehen hat, aber wir nutzen nur die Erfahrung des IWF, dass die Wirtschaftspolitik verbessert werden muss und man nur dann Kredite von öffentlicher Seite geben darf, sonst macht das keinen Sinn. Wir haben den IWF-Ansatz weiterentwickelt und unsere Konditionen sind z. T. besser auf die jeweilige Situation zugeschnitten als die vom IWF, damit die Länder wieder zur Schuldentragfähigkeit kommen können. Den Grundansatz haben wir vom IWF gelernt, auch ich persönlich habe ihn gelernt, und hinzukommt, dass ich natürlich genau weiß, wie der IWF operiert und arbeitet, so dass die Zusammenarbeit auch gut funktioniert. Es ist keineswegs so, dass wir in einer Konkurrenzsituation sind.

So stellen die Journalisten es gerne dar, um ein bisschen Spannungsbögen aufzubauen, aber es geht natürlich eher darum, dass man vernünftig zusammenarbeitet, und deshalb bin ich letztlich auch für diese Stelle ausgesucht worden: Ich kenne den IWF, ich kenne die Kommission und bei der EZB kenne ich auch die meisten Leute, die dort agieren, denn diese Zusammenarbeit mit allen beteiligten Institutionen ist einfach wichtig.

Jörg Beining: *Schließlich wechselten Sie 1991 zur Ausarbeitung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wieder zum Finanzministerium. Wie kam es zu diesem Wechsel?*

Klaus Regling: Die Zeit in Jakarta näherte sich nach zwei Jahren ihrem Ende, und ich wollte zurück nach Washington, zum IWF, als Horst Köhler⁹⁰ anrief – damals Staatssekretär im Finanzministerium – und fragte, ob ich nicht zu ihm nach Bonn kommen wolle. Er müsse den Gipfel im nächsten Jahr vorbereiten und es gebe zu wenige Leute – im Grunde niemanden – mit internationaler Erfahrung. Ich habe darüber zwei Wochen nachgedacht, es war eine schwierige Entscheidung, weil die Arbeit beim IWF natürlich Spaß macht und für einen Volkswirt ganz toll ist, das Leben in Washington aber auch schön ist. Die Kinder waren sauer, dass ich dann entschieden habe, nach Deutschland zurückzugehen. Der Hauptgrund war eigentlich, dass wir gesagt haben: wenn wir in unserem Alter – ich war gerade vierzig – wieder nach Washington gehen, dann bleiben wir wahrscheinlich

90 Horst Köhler (*1943), deutscher Ökonom und Politiker (CDU). Von 2000 bis 2004 war er geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF). Vom 1. Juli 2004 bis zu seinem Rücktritt im Mai 2010 war er der neunte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

dort hängen. Das ist ja an sich nicht schlimm, aber das war uns dann doch ein bisschen zu weit weg von Deutschland, von den Eltern und Verwandten. Also eine schwierige Entscheidung und der Auslöser war Herr Köhler, den ich natürlich aus der früheren Zeit im Finanzministerium kannte. Ich wurde natürlich nicht, wie die Frage aussagt, geholt, um den Stabilitätspakt zu entwickeln, sondern ich kam dann in das Referat, das ich vorher als junger Mitarbeiter nicht bekommen hatte. Ich wurde Referatsleiter dieses internationalen Referats, was logisch war mit meiner jüngeren Vergangenheit. Aber dann gab es mehrere Beförderungen, die nicht vorhersehbar waren, und ich wurde schnell Abteilungsleiter für die gesamte Währungspolitik, auch die europäische. Ich kam also auf die europäische Seite zurück, also wieder vom Internationalen nach Europa. Der Maastricht-Vertrag war schon unterschrieben, den habe ich also nicht mitverhandelt, wie immer geschrieben wird. Aber es gab die ganze Vorbereitungsphase auf die Währungsunion und dazu gehörte dann eben auch der Stabilitätspakt.

Der Maastricht-Vertrag legt ja klar fest, welche Kriterien eingehalten werden müssen, damit ein Land in die Währungsunion kommt. Es war gut, dass ich als Neuer dazukam, denn da kam manchmal die Frage auf: Was ist eigentlich, wenn das Land drin ist? Wie starke Handhabungen haben wir dann, dass die Haushaltspolitik wirklich so bleibt, wie vereinbart? Das war nicht so recht geregelt. Nachdem ich dafür zuständig wurde, habe ich vorgeschlagen, man könnte den Vertrag weiterentwickeln und zusätzliche Regeln schaffen. Manche, die in Maastricht dabei waren, haben gesagt, sie hätten das alles schon versucht und andere würden dabei nicht mitmachen, aber mein damaliger Staatssekretär Jürgen Stark⁹¹ hat gesagt, ich solle es versuchen, und so ist der erste Entwurf für den Stabilitätspakt in meinem Büro, auf meinem Schreibtisch entstanden in einer Arbeitsgruppe, in der auch die Bundesbank dabei war. Insofern ist die Frage zum Stabilitätspakt schon gerechtfertigt, weil ich an seiner Entstehung besonders beteiligt war. Wir haben dann versucht, dies dem Rest von Europa zu erklären und so ist der Stabilitätspakt entstanden.

Michael Gehler: *Können Sie dies etwas personell charakterisieren? Die Akteure Theo Waigel,⁹² Jürgen Stark, Hans Tietmeyer und Ihre Person? Wie das Zusammenwirken, das Zusammenspiel, die Zusammenarbeit im Vorfeld der Vorbereitung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ausgesehen hat.*

Klaus Regling: Also in der Phase war ja Herr Tietmeyer Bundesbankpräsident. Ich kannte ihn, wie gesagt, aus der Zeit, als er Staatssekretär im Finanzministerium war und hatte zu ihm eine gute Beziehung. Es gab dann eine denkwürdige Reise von Jürgen Stark und mir nach Frankfurt: Die Bundesbank hatte ja immer etwas den Maastricht-Vertrag und den Weg zur Währungsunion kritisiert. Herr Stark und ich sind dort also hingefahren zu

91 Jürgen Stark (*1948), deutscher Ökonom. Er war im Bundesministerium für Wirtschaft und als Leiter verschiedener Abteilungen im Bundesministerium der Finanzen tätig, von 1995–1998 als Staatssekretär dort maßgeblich an der Einführung des Euro beteiligt. Ab September 1998 war er Vize-Präsident der Deutschen Bundesbank. Von 2006 bis 2012 Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB).

92 Theodor Waigel (*1939), deutscher Politiker der CSU, der von 1989 bis 1998 Bundesminister der Finanzen und von 1988 bis 1999 CSU-Vorsitzender war.

einem Treffen mit Präsident Tietmeyer und Otmar Issing,⁹³ den Chefvolkswirt der Bundesbank. Wir saßen dort zu viert und fragten: „Welche Elemente einer politischen Union sind wirklich unabdingbar für das gute Funktionieren der WWU?“ Letztlich bestand Einigkeit, dass es an klareren haushaltspolitischen Regeln nach Beginn der Währungsunion mangelte. Es gab die Sorge, dass es zwar Kriterien gebe, in die WWU reinzukommen, aber dass bei den Staaten, die „drin“ sind man keine richtige Handhabe mehr hat, die Haushaltspolitik auf Kurs zu halten. Die Bundesbank forderte damals in ihren Reden häufig eine politische Union. Eine solche mag ja aus vielen Gründen sinnvoll sein, aber man kann ja wohl nicht von der Bundesbankseite argumentieren, dass man eine gemeinsame Armee braucht, damit die Währungsunion funktioniert. Darauf haben wir uns dann geeinigt und sind dann immer wieder auf die Haushaltspolitik gekommen. Das war im Grunde der entscheidende Impuls zu den Überlegungen für den Stabilitätspakt.

Michael Gehler: *Wie haben Sie Hans Tietmeyer als Bundesbankpräsidenten und im Zusammenwirken mit Ihnen erlebt? Wie waren die weiteren Schritte zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion? Könnten Sie ihn in etwas näher charakterisieren?*

Klaus Regling: Ich kannte ihn ja bereits aus den Jahren vorher und war zeitweise sein persönlicher Referent. Er war nicht erfreut, dass ich 1985 erneut zum IWF gegangen bin – er hatte mich zu seinem persönlichen Berater machen wollen. Er war einer der großen Persönlichkeiten in der deutschen Wirtschaftspolitik. Er hat ja auch praktisch das „Lambsdorff-Papier“⁹⁴ geschrieben, in der Phase war er Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium. Er ist eine starke Persönlichkeit. Als der Regierungswechsel 1981 kam, war ich schon im Finanzministerium und er machte den Wechsel vom Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium zum Staatssekretär im Finanzministerium und wir wussten – gerade in meinem Referat „Europäische Währungsfragen“ mit dieser starken Frau Willmann als Referatsleiterin, die sich mit ihm schon öfter gestritten hatte – dass er eine andere Richtung verfolgte und weniger von der europäischen Währungsintegration überzeugt war. Wir haben uns gefragt, was auf uns zukommt mit diesem neuen Staatssekretär. Er kam dann ins Finanzministerium und war auch tatsächlich skeptisch, hat dann aber

93 Otmar Issing (*1936), deutscher Ökonom und 1990 als Chefvolkswirt ins Direktorium der Deutschen Bundesbank berufen. Ab Juni 1998 wurde er Chefvolkswirt und Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB). Dort war er maßgeblich am Entwurf der geldpolitischen Strategie der EZB beteiligt. Er gilt als einer der führenden Vertreter der Theorie-richtung des Monetarismus in Deutschland.

94 Das auch „Lambsdorff-Papier“ genannte „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ ist eine wirtschaftspolitische Programmschrift, die während der sozialliberalen Koalition im Jahr 1982 im Bundeswirtschaftsministerium unter Leitung des Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff (FDP) (*1926; †2009) und der Mitarbeit seines Staatssekretärs Otto Schlecht sowie des damaligen Leiters der Abteilung Wirtschaftspolitik Hans Tietmeyer ausgearbeitet wurde. Das Konzept umfasste im Wesentlichen die Ziele: Konsolidierung des Haushalts, Schaffung von Anreizen zu arbeitsplatzfördernden Investitionen, Eindämmung der explodierenden Sozialstaatskosten und Deregulierung im Inneren und nach außen.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

erkannt, dass der Wechselkursmechanismus die Länder zusammenbringen kann. Dass er praktisch die Konvergenz erzwingt: Länder, die nicht mehr abwerten wollen, haben keine andere Wahl – sie müssen konvergenter werden in ihrer Wirtschaftspolitik, damit ihre Wirtschaftsentwicklung auch konvergenter wird. Das hat er sehr schnell verstanden und wurde zunehmend ein Anhänger dieses europäischen Wechselkursmechanismus, und ich denke, das war auch wirklich richtig. Er war dann auch ein richtig starker Bundesbankpräsident – ohne Frage –, der ganz entscheidend mitgewirkt hat an der Vorbereitung der Vorstufen der WWU und der EZB. Da gab es ja das Monetary Institute in Basel, wo er der deutsche Vertreter war, und er hat dort wichtige Weichen mitgestellt. Was ihn ebenfalls ausgezeichnet hat: Er hatte einen soliden Ruf als Stabilitätspolitiker, konnte aber in Detailfragen auch sehr flexibel sein, um einen Kompromiss mit den europäischen Partnern zu finden – das fand ich immer bemerkenswert.

Michael Gehler: *Es ist bei den Historikern manchmal ein bisschen eine Marotte nach dem „Vater“ irgendeines Produkts zu fragen. Und es gibt ja die Debatte, wer eigentlich der „Vater des Euro“ sei. Gemeint ist nicht die Namensgebung, sondern wer eigentlich am meisten Anteil hatte. Wir haben ja viele Akteure: Wir haben Waigel, Stark, Sie, wir haben Tietmeyer. Wo würden Sie sagen, hat sich das stärkste Engagement niedergeschlagen bei der Idee, eine gemeinsame Einheitswährung zu schaffen? Eine Idee, die dann auch Effekte nach sich ziehen wird, die weit über das hinausgehen, was man bisher hatte: Zollunion, gemeinsamer Markt, Währungssystem. Wie würden Sie das vor dem Hintergrund der Frage nach der Charakterisierung der Persönlichkeiten gewichten? Wir haben da lustige Erfahrungen: Auf diese Frage antwortete der französische Ex-Finanzminister: „Der deutsche Vater ist Tietmeyer“. Also nicht Waigel. Würden Sie dem zustimmen?*

Klaus Regling: Bei einem europäischen Projekt können die „Väter“ nicht nur in Deutschland sitzen. Ich würde sagen, auf europäischer Ebene sind es Personen wie Jacques Delors. Es gab ja den „Delors-Bericht“.⁹⁵ Auf deutscher Seite muss man immer auf Helmut Kohl⁹⁶ zurückkommen, da er das immer politisch gestützt hat. Die Bundesbank war skept-

95 Der „Delors-Bericht“ ist ein 1988/89 verfasstes Papier zur Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der zur Grundlage für den Vertrag von Maastricht wurde. Im Juni 1988 beschloss der Europäische Rat, eine Expertengruppe unter dem Vorsitz von Kommissionspräsident Jacques Delors mit einer Studie zur Währungsunion zu beauftragen. Mitglieder waren die 11 Präsidenten der nationalen Zentralbanken, 1 Vertreter des lux. Finanzministeriums sowie 3 Wirtschaftswissenschaftler. 4 Grundsätze wurden verabschiedet: 1. Votum für eine Währungsunion mittels Fixierung der Wechselkurse der Währungen im Europäischen Währungssystem; 2. Währungsunion statt Währungskonkurrenz; 3. Schaffung einer Europäischen Zentralbank (EZB) mit Aufsicht über die nationalen Zentralbanken; 4. Politische Unabhängigkeit der EZB und Geldwertstabilität vor allen anderen Zielen.

96 Helmut Josef Michael Kohl (*1930; †2017), deutscher Politiker der CDU, der von 1969 bis 1976 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und von 1982 bis 1998 der sechste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschlands war. Als „Kanzler der Einheit“ gestaltete Kohl den Prozess der Wiedervereinigung 1989/1990 entscheidend mit. Von 1973 bis 1998 war er Bundesvorsitzender seiner Partei, danach bis 2000 deren Ehrenvorsitzender.

tisch, hat aber mitgemacht und hat in diesem „Delors-Bericht“ auch ganz entscheidende Dinge durchgesetzt, ohne die es nicht zum Euro gekommen wäre, wie zum Beispiel die Unabhängigkeit der EZB. Für Deutsche war dies ganz selbstverständlich, aber in Frankreich war bis 1991 – also bis der Maastricht-Vertrag unterschrieben wurde – die Banque de France nicht unabhängig und das war das gängige Modell in Europa. Das hat bedeutet, alle anderen zu überzeugen, sich zu einer unabhängigen Zentralbank zu verpflichten, das war eine große Leistung. Das haben damals vor allem Herr Tietmeyer und seine Vorgänger Herr Schlesinger⁹⁷ und Herr Pöhl gemacht. Pöhl saß ja mit im Delors-Ausschuss. Tommaso Padoa-Schioppa,⁹⁸ später Finanzminister in Italien, war damals einer meiner Vor-Vorgänger als Generaldirektor in der Kommission für Wirtschaft und Finanzen und er war der Sekretär dieses Ausschusses. Also solche Leute haben das geprägt und der Einfluss von Herrn Pöhl war stark. Als der Maastricht-Vertrag verhandelt wurde, haben Stark und ich so gut wie keine Rolle gespielt: Stark war im Wirtschaftsministerium und ich war in Indonesien – insofern sind wir keine „Väter des Euro“. Waigel wurde 1989 Finanzminister, als der Maastrichter Vertrag fast fertig war, und hat ihn unterschrieben, bei den Verhandlungen dabei war aber Stoltenberg, dessen Staatssekretär Tietmeyer war. Ich denke, ohne Kohl wäre es nicht gegangen, der immer wieder gedrängt hat. Er hat sich aus den wirtschaftlichen Details herausgehalten, aber er hat erst Pöhl und später Waigel die Dinge machen lassen, hat sie mitgetragen und hat den politischen Druck, den „Push“, gegeben. Waigel hat eine entscheidende Rolle gespielt, weil er sehr lange Finanzminister war, bis 1998, viel länger als alle seine Kollegen, und deshalb eine entscheidende Rolle bei den Vorbereitungen in den 1990er Jahren spielte.

Man könnte aber natürlich auch noch weiter zurückgehen und sagen, dass ohne den Wechselkursmechanismus, den Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing 1979 erfunden haben – wobei damals der Staatssekretär im Finanzministerium Schulmann⁹⁹ war, der leider sehr früh verstorben ist, eine entscheidende Rolle gespielt hat, da er mit seinem französischen Kollegen die technischen Vorbereitungen gemacht hat. Das sind auch „Väter

97 Helmut Schlesinger (*1924), deutscher Volkswirt, der 1980 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank wurde und dort verantwortlich für Volkswirtschaft und Statistik war. 1991 wurde er Nachfolger von Karl Otto Pöhl als Bundesbankpräsident. Schlesinger wurde 1993 durch Hans Tietmeyer abgelöst.

98 Tommaso Padoa-Schioppa (*1940; †2010), italienischer Bankier und Volkswirt, der von 1979–1983 Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Gemeinschaft war. Zwischen 1984–1997 amtierte er als stellvertretender Generaldirektor der Banca d'Italia. Von 2006–2008 amtierte er als Wirtschafts- und Finanzminister in der Regierung von Romano Prodi.

99 Horst Schulmann (*1933; †1994), deutscher Diplom-Volkswirt, der nach seiner Tätigkeit bei der Weltbank in Washington und als Direktor in der Generaldirektion „Wirtschaft und Finanzen“ der EG-Kommission von 1977–1978 der Leiter der Abteilung „Grundsatzfragen der Finanzpolitik“ im Bundesministerium der Finanzen in Bonn wurde. Von 1978–1980 leitete er die Abteilung für Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im Bundeskanzleramt und arbeitet an der Formulierung des Europäischen Währungssystems (EWS) mit. 1981–1982 war er Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und als persönlicher Beauftragter von Bundeskanzler Schmidt für die Vorbereitung der Weltwirtschaftsgipfel mit zuständig.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

des Euro“, denn ohne diesen Wechselkursmechanismus würde es heute auch keinen Euro geben. Dieser Wechselkursmechanismus hat in den 80er Jahren zu vielen Krisen geführt. Diese Krisen waren aber notwendig, um die Konvergenz der Politiken und der Wirtschaftsentwicklung zu erzwingen. Ich erinnere mich gut, dass 1982/83 der französische Franc mehrfach abgewertet wurde. Weil die Franzosen nicht mehr abwerten wollten, haben sie letztlich ihre Politik geändert. Mitterrand, der 1981 gewählt worden war, hat eine sehr linke Politik gemacht und Banken verstaatlicht hat, hat dann im März 1983 eingesehen, dass man Europa so nicht zusammenbringt. Er wollte im Wechselkursmechanismus bleiben, obwohl es in Frankreich Politiker wie Chevènement gab, die aussteigen wollten. Mitterrand hat sich dann für Delors, seinen Finanzminister, entschieden, es wurde nur noch ein einziges Mal abgewertet und dann nicht mehr. Der Wechselkursmechanismus hat da einiges erzwungen und das war sehr hilfreich. Ohne ihn gäbe es den Euro nicht. Insofern: Wie so oft bei guten Dingen gibt es viele Väter.

Michael Gehler: *Was motivierte dazu, den Stabilitäts- und Wachstumspakt auszuarbeiten und zu erzwingen? Offensichtlich war man mit Maastricht nicht ganz zufrieden und offensichtlich musste noch etwas her: eine Reparatur, eine Ergänzung, eine Substantivierung. Hat das auch mit Blick auf die deutsche Öffentlichkeit eine Rolle gespielt, die ja im Grunde darauf einzustimmen war, dass die D-Mark in Zukunft nicht mehr D-Mark sein wird, sondern durch eine europäische Einheitswährung ersetzt wird. Der Chefanalyst der UniCredit Austria, Stefan Bruckbauer¹⁰⁰, hat uns einmal erzählt, es sei eigentlich nichts anderes als eine Simulationsveranstaltung gewesen, ein „Placebo“, um der deutschen Öffentlichkeit zu sagen, dass sie wieder eine stabile, feste Währung bekomme, auf die man sich verlassen könne. Ist das zutreffend?*

Klaus Regling: Nein. „Placebo“ ist wirklich der falsche Ausdruck. Wäre auch schlimm, wenn es nur ein Placebo wäre. Diejenigen, die daran gearbeitet haben, haben das so bestimmt nicht gesehen. Ich habe ja bereits von der Sitzung in Frankfurt erzählt, in der wir mit der Bundesbank zu dem Ergebnis kamen, dass – sollte noch etwas fehlen – es eine Frage der Haushaltspolitik sei, nachdem die Länder beigetreten sind. Eine Art Nachbessern des Maastrichter Vertrages. Basierend auf den Bestimmungen des Maastricht-Vertrages, die aber dann konkretisiert und sehr viel präziser gemacht wurden – das gab es vorher nicht. Das war sicherlich sinnvoll – auch, um der deutschen Bevölkerung zu zeigen, dass man auf dem richtigen Weg ist. Ich nehme für mich in Anspruch, dass Stark und ich das aus Überzeugung gemacht haben und wirklich der Meinung waren, es sei ökonomisch notwendig, hier nachzubessern und die Dinge zu konkretisieren.

Michael Gehler: *Zog man immer an einem Strang oder gab es auch divergierende Positionen? Wir haben schon Tietmeyer angesprochen: hart, aber dann doch flexibel in eini-*

100 Stefan Bruckbauer ist Chefvolkswirt UniCredit Bank Austria. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre arbeitete er als Assistent am Institut für Volkswirtschaftstheorie der Universität Linz. Nach der Tätigkeit als Mitarbeiter der Abteilung Volkswirtschaft der Zentralsparkasse wurde er Abteilungsleiter der Abteilung Volkswirtschaft der Bank Austria AG und schließlich Chefvolkswirt für Österreich der Bank Austria bzw. UniCredit.

gen Punkten. Kann man das noch weiter ausführen? Im Rückblick scheint das alles sehr linear zu verlaufen. Es gab ja beispielsweise auch die Frage, welchen Standort die EZB bekommen sollte, wer EZB-Präsident würde. Alle diese Diskussionen, die ich hier nur verkürzt wiedergeben kann – Gründungstheorie, „Lokomotivtheorie“¹⁰¹ – kann man sagen, dass sich praktisch letztlich doch die deutschen Vorstellungen gegenüber den französischen durchgesetzt haben?

Klaus Regling: Weitgehend ja, zum Beispiel in der Frage nach der Unabhängigkeit der Zentralbank. Das wurde in Deutschland ja gar nicht diskutiert, sondern galt als selbstverständlich – in der Mehrheit der anderen Länder war es eine Revolution. Es gab keine unabhängigen Zentralbanken – auch die Bank of England wurde erst unabhängig, als Tony Blair¹⁰² gewählt und Gordon Brown¹⁰³ der Finanzminister von Großbritannien wurde und eine der ersten Aktionen der britischen Regierung 1997 war, sie unabhängig zu machen. Das war auch für Großbritannien eine Revolution, heute kann sich in Deutschland kaum noch jemand daran erinnern. Die Banque de France, die Banca d'Italia – das galt für alle diese Zentralbanken. Und es ist natürlich eine rein deutsche Haltung gewesen. In Österreich gab es das auch – insofern war Deutschland nie wirklich isoliert, aber die Mehrheit hat das anders gesehen. Diese Stabilitätsbetonung, der Stabilitätspakt – das waren deutsche Vorstellungen.

Michael Gehler: *Wie konnte es gelingen, diese Gegenstimmen, diese anderen Währungs- und Bankkulturen praktisch aufzubrechen, aufzuknacken?*

Klaus Regling: Also das war nie einfach und es ist ja auch nie vollständig gelungen. Viele der Probleme, die es heute zwischen Deutschland und Frankreich gibt, gehen immer noch auf den gleichen Ursprung zurück, dass es in Punkto Wirtschaftspolitik einfach andere Philosophien gibt. Das kam immer wieder hoch, sicherlich bei den Maastricht-Verhandlungen, aber auch in den 90er Jahren, als ich dabei war. Ich habe in den Jahren von 1994 bis 1997 mit meinem französischen Kollegen eine deutsch-französische Arbeitsgruppe geleitet, die damals vertraulich war. Wir haben alle Entscheidungen zur Euro-Einführung vorbereitet. Wir machten das, denn wenn das alles immer gleich in den europäischen Kreisen, vor allem im Währungsausschuss gemacht worden wäre, dann hätte man sich wahrscheinlich sehr schnell festgefahren. Wenn sich Deutschland und Frankreich einig waren, dann haben sich die anderen Länder auch dahinter gefunden. Aber es ging immer

101 Die „Lokomotivtheorie“ besagt u.a., dass einige führende Industriestaaten den durch expansive Wirtschaftspolitik eingeleiteten Konjunkturaufschwung (über die mit steigendem Volkseinkommen verbundene Zunahme der Importe) auf Partnerländer übertragen und damit schließlich die gesamte Weltwirtschaft aus der Rezession führen.

102 Anthony „Tony“ Charles Lynton Blair (*1953), britischer Politiker der Labour Partei, der von 1994–2007 deren Parteivorsitzender und von 1997–2007 Premierminister des Vereinigten Königreichs war.

103 James Gordon Brown (*1951), britischer Politiker und von 2007–2010 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und Vorsitzender der Labour Partei. Derzeit ist er Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für Bildung.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

wieder darum, diese unterschiedlichen Philosophien zu durchbrechen und trotzdem eine Lösung zu finden. Diese Philosophien sind bis heute unterschiedlich. Es gibt da ganz klassische Beispiele: Wenn ein Deutscher hört, dass der Euro aufwertet, dann findet das der Deutsche typischerweise gut – ein Franzose findet das ganz furchtbar, da er jede Abwertung gut findet. Das ist bis heute unverändert. Es ist frappierend: Wenn der Euro jetzt schwächer geworden ist und die Franzosen jubeln, finden das die Deutschen überhaupt nicht gut. Der Exporteur vielleicht, aber der sagt nichts. Ein deutscher Tourist klagt, denn seine Auslandsreisen außerhalb Europas werden teurer. Es ist ganz überraschend. Das sitzt so tief, damals wie heute, und viele Franzosen haben bis heute nicht so ganz verstanden, warum eigentlich eine Zentralbank unabhängig sein soll – sie würden immer noch gerne dort hineinregieren. Das sind einfach unterschiedliche Welten. Wenn es heute schwierig wird, sage ich immer: Wir haben es damals geschafft und trotz dieser Unterschiede den Euro geschaffen, dann wird es uns auch jetzt gelingen, immer wieder zur Einigung zu kommen. Zu diesem Thema ist übrigens vor kurzem ein sehr interessantes akademisches Buch von Brunnermeier, Landau und James erschienen: *The Euro and the Battle of Ideas*.¹⁰⁴

Michael Gehler: *Wie weit war für das Einverständnis, das partielle Zugeständnis, spezifische Währungskulturen zu relativieren oder aufzubrechen, der Umstand mitentscheidend, dass es einfach darum ging, die D-Mark einzubinden, die deutsche Wirtschafts- und Währungskraft weiter zu europäisieren? War man im Grunde bereit in Kauf zu nehmen, Abstriche oder Konzessionen zu machen, was währungs- und ordnungspolitische Traditionen und Kulturen anging und sich zurückzunehmen, damit man die deutsche D-Mark, ihre Kraft, Stärke und ihr Potenzial faktisch auch einbindet? Hat das für Sie spürbar in Gesprächen und Verhandlungen eine Rolle gespielt? Klang das durch, am Rande oder zwischen den Zeilen?*

Klaus Regling: Das hat sicher eine Rolle gespielt – bei mehreren anderen Ländern, aber vor allem bei Frankreich. Als Volkswirt würde ich das aber anders formulieren: Wir hatten ein System, das auf die Dauer auch für Deutschland ökonomisch und politisch nicht gut war, denn die Bundesbank als stärkste Zentralbank in Europa hat die Geldpolitik für Europa bestimmt und die anderen mussten folgen. Die Bundesbank konnte aber in Fragen der Geldpolitik schon rein rechtlich nur auf deutsche Gegebenheiten Rücksicht nehmen. Sie konnte nicht gucken, wie das auf andere wirkt. Ein vergleichbares Thema haben wir heute mit den USA: Die Federal Reserve (FED)¹⁰⁵ bestimmt ihre Geldpolitik auf Grund der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung und ignoriert weitgehend, dass auch der Rest

104 Markus Brunnermeier/Harold James/Jean-Pierre Landau, *Euro. Der Kampf der Währungskulturen*. München 2018, [englische Originalausgabe: *The Euro and the Battles of Ideas*, Princeton University Press, 2016].

105 Das Federal Reserve System, auch Federal Reserve oder FED genannt, ist das Zentralbank-System der Vereinigten Staaten, das allgemein auch US-Notenbank genannt wird. Es besteht aus dem Board of Governors, zwölf regionalen Federal Reserve Banks, dem Federal Open Market Committee (FOMC), einer Vielzahl von Mitgliedsbanken (Mitgliedspflicht ab einer bestimmten Größe) und anderen Institutionen.

der Welt davon tangiert oder ganz massiv beeinflusst wird. Sie kennen sicher die Diskussion 2014/15, wie es auf China oder Indonesien wirkt, wenn in den USA die Zinsen erhöht werden, aber per Gesetz kann die FED nur auf amerikanische Zustände reagieren. Genau so war es auch mit der Bundesbank in Deutschland und das wäre auf die Dauer sehr unbecömmlich geworden für Europa. Wir waren dabei, einen Binnenmarkt und immer stärkere Integration zu schaffen, und da passte es einfach nicht mehr dazu, dass europäische Geldpolitik ausschließlich durch deutsche Verhältnisse bestimmt wurde. Auch für Deutschland wäre das auf die Dauer nicht gut gewesen. Von daher gab es auch schon aus deutschem Interesse durchaus vernünftige Gründe, an der Währungsunion zu arbeiten. Wir – Stark, Tietmeyer, und die anderen, die mit uns agiert haben – haben es auch so nie betrachtet, als würden wir „deutsche Vorrechte“ aufgeben, sondern wir haben immer gesagt, die Währungsunion sei ganz eindeutig auch im deutschen Interesse.

Jörg Beining: *Sie waren ab 2001 als Generaldirektor bei der Europäischen Kommission beschäftigt. Wie kam es dazu, dass Gerhard Schröder¹⁰⁶ Sie für diese Position vorschlug?*

Klaus Regling: Ob er das wirklich selbst vorgeschlagen hat, bezweifle ich, aber ich hatte die Unterstützung des Kanzleramts, das ist richtig. Ich bin ja 1998 aus dem Bundesministerium der Finanzen ausgeschieden, weil ich mit Oskar Lafontaine¹⁰⁷ nicht zusammenarbeiten wollte, und war dann an den Märkten in London bei einem Hedgefonds tätig. Das war sehr spannend und ich verdiente auch viel besser, als wenn man deutscher Beamter ist. Aber nach zwei Jahren hatte ich gelernt, was ich lernen konnte, und als dann die Stelle des Generaldirektors für Wirtschaft und Finanzen frei wurde, stand die Annonce im Economist. Natürlich hatte ich das auch schon vorher gehört und es war immer eine Position gewesen, an der ich Interesse hatte – schon als ich im Finanzministerium saß. Es war eine der Positionen, die auch für die Bundesregierung von Interesse war, und ich fand es sehr spannend, dort arbeiten zu können. Ich habe mich auf die Annonce im Economist beworben und habe mich um Unterstützung bemüht, denn ich war ja nicht mehr im Finanzministerium und war ja auch mit der Regierung etwas im Unfrieden geschieden. Ich habe dann mit dem Finanzministerium und dem Kanzleramt in Berlin Kontakt aufgenommen und habe sie über meine Bewerbung informiert und habe mich mit Michael Steiner¹⁰⁸ getroffen, der außenpolitischer Berater und Leiter der außenpolitischen Abtei-

106 Gerhard Fritz Kurt Schröder (*1944), deutscher Rechtsanwalt und ehemaliger Politiker der SPD. Er war von 1990 bis 1998 niedersächsischer Ministerpräsident sowie von Oktober 1998 bis November 2005 der siebte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Von 1999 bis 2004 war er zudem Vorsitzender der SPD.

107 Oskar Lafontaine (*1943), deutscher Politiker und Publizist, von 1985 bis 1998 Ministerpräsident des Saarlandes und Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 (kurz nach der Wiedervereinigung). Von 1995 bis 1999 war Lafontaine SPD-Vorsitzender. Nach der Bundestagswahl im September 1998 – Gerhard Schröder wurde Bundeskanzler – übernahm er das Bundesministerium der Finanzen. Im März 1999 legte er überraschend alle politischen Ämter – auch sein Bundestagsmandat – nieder und trat fortan als Kritiker des rot-grünen Regierungskurses von Gerhard Schröder auf.

108 Michael Steiner (*1949), deutscher Diplomat, der von 1998 bis 2001 das Amt des Außen- und

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

lung im Kanzleramt unter Schröder war und sich auch um die Europapolitik gekümmert hat. Der hat mich sehr unterstützt und hatte sicherlich auch die Rückendeckung des Bundeskanzlers, aber wie direkt sich Schröder eingeschaltet hat, weiß ich nicht. Herr Steiner als maßgeblicher Vertreter des Kanzleramtes hat das jedenfalls getan. Deutsche waren auf der Ebene der Kommission unterrepräsentiert und von daher lag es auch in deutschem Interesse, dass die Stelle von einem Deutschen besetzt wird. Es war im Grunde immer schon eine der Stellen, von der sich Deutschland wünschte, dass sie auch einmal von einem Deutschen besetzt werde.

Michael Gehler: *Noch eine Frage zum Thema Lafontaine: Was hat zu diesem Unfrieden, dieser Divergenz oder Differenz geführt? Ordnungspolitik, Wirtschaftspolitik von Lafontaine? Gab es Persönliches oder Menschliches?*

Klaus Regling: Menschlich war es sogar sehr nett mit ihm, es war rein die Wirtschaftspolitik. Seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen waren ja durch den Wahlkampf bekannt und als er dann Finanzminister wurde, habe ich mir gesagt, dass ich diese nicht vertreten könne. Er hat mich sogar versucht zu überreden, auf meinem Posten zu bleiben. An seinem zweiten Tag als Minister habe ich um einen Termin gebeten und wir haben uns in seinem Büro eine halbe Stunde lang unterhalten. Er war sehr freundlich und menschlich in Ordnung und ich habe ihm meine Beweggründe erklärt. Er fragte, warum mir seine Politik nicht passe, und das habe ich ihm etwa fünf Minuten dargelegt und dann hat er gesehen, dass ich ein „hoffungsloser Fall“ bin und hat mich gehen lassen. Hätte er unfreundlich sein wollen, dann hätte er mich beispielsweise zum Leiter der Zollabteilung machen können – diese Macht hätte er als Minister gehabt – stattdessen hat er mich in den vorzeitigen Ruhestand geschickt, was bei politischen Beamten ja jederzeit möglich ist. Letztlich ist er an seiner völlig anderen Wirtschaftspolitik gescheitert, weil er keine Unterstützer gefunden hat. Er hatte gehofft, die Franzosen würden ihn unterstützen, damals Dominique Strauss-Kahn¹⁰⁹ oder die Sozialisten, aber niemand hat ihn unterstützt. Das war alles ziemlich abstrus und ich habe ihm gesagt, ich könne bei den G7, im IWF und im Währungsausschuss seine Politik nicht vertreten, da mir dort niemand glauben würde.

Jörg Beining: *In diese Zeit fiel auch die Überschreitung der Defizitgrenzen von Deutschland und Frankreich 2002 und 2003. Wie kam es zur Einleitung des Defizitverfahrens?*

Klaus Regling: Ein Defizitverfahren läuft ja fast automatisch ab, weil es durch die Daten ausgelöst wird. Wenn ein Land ein Haushaltsdefizit von über drei Prozent hat, dann laufen bestimmte Verfahren ab, die im Stabilitätspakt genau festgeschrieben sind. Damals gab es

Sicherheitspolitischen Beraters des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder im Range eines Ministerialdirektors im Bundeskanzleramt bekleidete.

109 Dominique Gaston André Strauss-Kahn (*1949) ist ein französischer Politiker der Sozialistischen Partei Frankreichs. Von 1997 bis 1999 war er Wirtschafts- und Finanzminister unter Premierminister Lionel Jospin. Vom 1. November 2007 bis zum 18. Mai 2011 war er der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF). Vorwürfe sexueller Straftaten beendete seine politische Karriere im Jahr 2011.

noch viel weniger Ausnahmen als heute. Eine Ausnahme, die ich auch in den ersten Entwurf des Stabilitätspaktes mit aufgenommen hatte, war die Tatsache, dass, wenn es ein großes Ereignis außerhalb der Kontrolle der Regierung gibt, wie beispielsweise das Erdbeben in Portugal vor zweihundert Jahren, oder eine Überschwemmung von den halben Niederlanden, man dann einer Regierung das Geldausgeben nicht verbieten kann, auch wenn die Drei-Prozent-Grenze überschritten wird. Diese Ausnahme war immer da, vom ersten Entwurf an, aber ansonsten gab es keine Ausnahmen. Die Einleitung des Verfahrens erfolgte im Grunde daher automatisch: das Defizit lag über drei Prozent im zweiten Jahr und dann laufen bestimmte Stufen ab. Das missfiel 2002/03 sowohl der deutschen wie der französischen Regierung und es musste zu einem Konflikt mit der Kommission kommen – das war gar nicht zu vermeiden. Es war kein Ermessensspielraum, den die Kommission da gegen Deutschland ausgeschöpft hätte, sondern es gab eine Automatik.

Michael Gehler: *Das heißt, die Frage, dass man es mit zwei Gründungsnationen und Pionieren der europäischen Integration zu tun hatte und man gewisse Hemmungen hätte haben können, spielte keine Rolle? Man hat praktisch Geschichte, Tradition, Gründungs-länder außen vorgelassen?*

Klaus Regling: Ja. Das geht nicht anders und war eine meiner Leitlinien, die ich auch schon beim IWF gelernt hatte: Gleichbehandlung der Länder – egal ob große oder kleine. Wenn man Länder nicht gleichbehandelt – ob man beim IWF ist oder bei der Kommission für Europa, dann kann man nicht mehr vernünftig arbeiten und das rächt sich bald. Man muss die Länder gleich behandeln, alles andere endet im Desaster.

Michael Gehler: *Und kam es dann zu einem auch öffentlich wahrnehmbaren Konflikt zwischen Bundeskanzler Schröder und Ihrer Person im Hinblick auf dieses Verfahren? Können Sie diesen Konflikt im Rückblick beschreiben und uns erzählen, wie Sie heute den Ausgang sehen?*

Klaus Regling: Es gab natürlich keinen Konflikt zwischen ihm und mir persönlich. Ich war einmal in einer Kabinettsitzung, zu der mein Kommissar Pedro Solbes¹¹⁰ – der spätere spanische Finanzminister – von Herrn Schröder eingeladen war. Ich durfte mitkommen und in der zweiten Reihe sitzen – das war das einzige Mal, dass ich in einer Sitzung des deutschen Bundeskabinetts saß. Natürlich gab es keinen persönlichen Konflikt zwischen ihm und mir, sondern es gab einen Konflikt mit Regierungsvertretern: Staatssekretären, dem Finanzministerium, Abteilungsleitern im Kanzleramt, bei denen ich ja auch häufig

110 Pedro Solbes Mira (*1942), spanischer Politiker, der nach dem Studium der Politikwissenschaften sowie der Rechtswissenschaften Mitglied der spanischen Verhandlungsgruppe zum Beitritt Spaniens zur EU und ab 1985 Staatsminister für Europafragen war. Er wurde 1991 Landwirtschaftsminister und 1993 Wirtschaftsminister (bis 1996). Im September 1999 trat er als spanischer Vertreter der Europäischen Kommission unter Romano Prodi als Kommissar für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten ein. 2004 wurde er von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero zum zweiten stellvertretenden Regierungschef und zum „Superminister“ für Wirtschaft und Finanzen ernannt.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

war, um für die Sicht der Kommission zu werben. Ich bin damals sehr häufig in Berlin und in Paris gewesen und habe auch in Paris versucht zu werben und interessanterweise in Frankreich zum Schluss mehr Verständnis gefunden als in Berlin. Ich war in Berlin ja nicht nur im Finanzministerium, sondern auch im Außenministerium und da hieß es immer, diese Frage habe das Kanzleramt an sich gezogen, dies sei Chefsache. Als ich 2003 in Paris sagte, in zwölf Monaten, also 2004, kämen acht neue Länder aus Osteuropa dazu und Frankreich als führende Nation in Europa solle mit gutem Vorbild vorgehen und die Regeln einhalten, da haben die Leute im Quai d'Orsay gesagt, das stimme schon – und das obwohl sie nicht viel vom Stabilitätspakt gehalten haben. Es gab interessanterweise zum Schluss mehr Verständnis in Frankreich als in Berlin. Bundeskanzler Schröder, der ja Jurist ist, hat das vor allem aus juristischer Warte gesehen. Im Stabilitätspakt stehen beispielsweise Formulierungen, die ich als Volkswirt gar nicht als so gewichtig angesehen habe – ich bin ja kein Jurist. Es ging um die nächste Stufe des Stabilitätspaktes, es gibt ja im übermäßigen Defizitverfahren mehrere Stufen und die Stufe, um die es damals konkret ging, heißt in der deutschen Übersetzung, ein Land werde „in Verzug“ gesetzt. Ich hatte das immer nur auf Englisch gelesen und fand das gar nicht so schlimm, aber für einen deutschen Juristen war das scheinbar etwas ganz Furchtbares. Und es ging noch gar nicht um eine Strafe oder Sanktion, die wäre als Nächstes gekommen, aber die Formulierung des „in Verzug setzen“ hat wohl den Bundeskanzler Schröder aufgeregt: Seiner Meinung nach konnte man das mit Deutschland nicht machen und er ließ auch gar nicht mit sich reden. Deshalb kam es dann zu dieser Sitzung im Rat der EU im November 2003.

Wie das ja immer ist in der EU: Die Kommission macht einen Vorschlag und dieser Vorschlag wird nur europäisches Recht, wenn er im Rat angenommen wird, in diesem Falle mit qualifizierter Mehrheit. Ich saß da also nachts um zwei und habe meine Striche gemacht in der Abstimmung und es fehlte uns eine Stimme, um den Kommissionsvorschlag gegen Deutschland und Frankreich durchzusetzen. Eine knappe Entscheidung und ein spannender Moment. Die Finanzminister haben also den Vorschlag der Kommission, Deutschland und Frankreich in die nächste Stufe dieses übermäßigen Defizitverfahrens einzustufen, nicht angenommen. Die haben das auch mit Verfahrenstricks gemacht und in dem anschließenden Gerichtsverfahren vor dem EuGH, das gegen diesen Ratsbeschluss – also letztlich gegen Deutschland und Frankreich und Italien als Vorsitz – von der Kommission angestrengt wurde, ging es um Verfahrensfragen. Letztlich stand dahinter aber natürlich immer die Frage, wer sich mit seiner Interpretation des Stabilitätspaktes durchsetzt. Diesen Prozess hat die Kommission ein Jahr später vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gewonnen. Das war ein großer Erfolg. Bis dahin hatten wir in Deutschland eine neue Regierung und auch da denkwürdige Ereignisse. Ich hatte mit meinem Kom-

missar Angela Merkel¹¹¹ und Peer Steinbrück¹¹² getroffen – noch zwei Wochen, bevor sie im Bundestag zur Kanzlerin gewählt wurde. Sie hatte um das Gespräch gebeten und wollte mit der Kommission Frieden schließen und wir haben uns im militärischen Teil des Flugplatzes Tegel getroffen. Mein Kommissar und ich waren aus Brüssel eingeflogen, wurden mit dem Auto abgeholt und zum militärischen Teil gefahren und trafen dort auf eine Dolmetscherin, die ich noch von früher aus dem Finanzministerium kannte. Wir hatten Frau Merkel und Herrn Steinbrück noch nie getroffen und wussten gar nicht, ob sie Englisch sprachen. Frau Merkel betrat dann den Raum, sprach nur Englisch und ihr erster Satz war: „Von jetzt an will Deutschland wieder die europäischen Regeln beachten.“ Das war ein Durchbruch, damit war diese Episode abgeschlossen.

Michael Gehler: *Im Rückblick war das also eigentlich mehr als nur ein moralischer Sieg, nämlich ein europapolitischer; integrationspolitischer Sieg der Kommission?*

Klaus Regling: Ja, ganz eindeutig.

Michael Gehler: *Zwei Zusatzfragen noch dazu: Wie haben Sie Gerhard Schröder eigentlich erlebt in Hinblick auf seine Position zur Europäischen Kommission? Würden Sie ihn im Rückblick in seiner Zeit als aktiver Politiker als Europäer sehen? Und wie weit hat dieser „Sündenfall“ bis zum heutigen Tag nachgewirkt?*

Klaus Regling: Meine Bewertung Gerhard Schröders ist natürlich sehr eng mit dieser Episode verbunden. Ich denke, im Vergleich zu Helmut Kohl war er kein so überzeugter Europäer. Er hat europäische Regeln einfach missachtet, wenn sie ihm aus nationalen Überlegungen nicht gefielen. Was mich bei ihm und seinem Außenminister Joschka Fischer¹¹³ immer gestört hat, dass sie die kleinen Länder oft ignoriert haben und nur mit den

111 Angela Dorothea Merkel (*1954), deutsche Politikerin der CDU und vom 22. November 2005 bis zum 8. Dezember 2021 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. 1990 errang die in der DDR aufgewachsene und als Physikerin tätige Merkel erstmals ein Bundestagsmandat. Von 1991 bis 1994 war sie Bundesministerin für Frauen und Jugend und von 1994 bis 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Von 1998 bis 2000 amtierte sie als Generalsekretärin der CDU und war von April 2000 bis 2018 deren Bundesvorsitzende. Nach einem Misstrauensvotum gegen Gerhard Schröder wurden sie 2005 in vorgezogenen Bundestagswahlen zur neuen Bundeskanzlerin gewählt.

112 Peer Steinbrück (*1947), deutscher Politiker und Mitglied der SPD, von 2002 bis 2005 war Steinbrück Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, von 2005 bis 2009 Bundesminister der Finanzen und stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD. Seit 2009 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Bei der Bundestagswahl 2013 unterlag er als SPD-Kanzlerkandidat der Amtsinhaberin Angela Merkel.

113 Joschka Fischer (eigentlich Joseph Martin Fischer) (*1948), ehemaliger deutscher Politiker (Bündnis 90/Die Grünen). Er war von 1998 bis 2005 Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und vom 1. Januar 1999 bis zum 30. Juni 1999 Präsident des Rats der Europäischen Union. Ein knappes Jahr nach der Bundestagswahl 2005 zog sich Fischer aus der aktiven Politik zurück.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

großen Ländern zusammengearbeitet haben. Das ist nie gut in Europa und das war meiner Meinung nach eine der Stärken von Kohl und auch jetzt wieder von Merkel, dass sie sich sehr um die kleinen Länder und deren Interessenlagen kümmern. Natürlich ist es wichtig, dass Deutschland und Frankreich irgendwie einen gemeinsamen Weg finden, aber man darf die kleinen Länder nicht ignorieren. Natürlich war es ein „Sündenfall“, denn wenn die zwei größten Länder in der EU wichtige Regeln auch gegen ausdrücklichen Wunsch und Analyse der Kommission zu ignorieren versuchen, hat das natürlich Rückwirkung auf die anderen Länder. Dagegen hat Schröder meine ganze Anerkennung, dass er die Agenda 2010 durchgesetzt hat und deshalb letztlich die Wahl verloren hat, obwohl er wusste, dass genau dies passieren konnte. Die Agenda 2010 hat Deutschland auf einen guten Wirtschaftsweg gebracht und dafür verdient er viel Anerkennung.

Michael Gehler: *Kann man so weit gehen zu sagen, dass dies in der Folge zu einem Glaubwürdigkeitsverlust geführt hat? Wurde dies eventuell gar als Gegenargument genutzt, wenn es darum ging, bestimmte Maßnahmen in den ESM-Programmen, gekoppelt an Bedingungen, durchzuführen? Etwa von Portugiesen, Spaniern, Iren oder auch den Griechen? Haben Sie das erlebt?*

Klaus Regling: Ja, die Verletzung der Regeln des Stabilitätspaktes durch die beiden größten Länder wirkt bis heute nach. Andererseits sind solche Prozesse nie monokausal. Man darf nicht vergessen, dass wir in der Zwischenzeit, also 2008/2009, eine wirklich große Krise hatten, in der alle Defizite bewusst und richtigerweise hochgegangen sind. Interessanterweise wurde dies dann unter die Ausnahmeklausel gefasst – das wird selten richtig dargestellt. Man hat gesagt: Angesichts einer solchen Krise beschließen wir alle gemeinsam, dass wir fiskalische Stimulierung betreiben und damit auch alle in Kauf nehmen, dass wir alle beim Haushaltsdefizit über 3 Prozent gehen dürfen. Es war nicht so, dass alle Länder plötzlich gegen die Regeln verstoßen haben – so wird es oft dargestellt –, sondern es war ein gemeinsamer Beschluss, das zu tun. Wir saßen dann mit diesen hohen Defiziten da und gerade die Länder, deren Banken unterstützt werden mussten, haben es jetzt besonders schwer, wieder von diesen Defiziten herunterzukommen. Insofern ist dazwischen auch viel passiert und man kann nicht sagen, dass alle Probleme, die es heute bei der Haushaltskonsolidierung gibt, auf 2003 zurückzuführen sind – das wäre falsch. Aber es war einfach ein schlechtes Beispiel, es war ein „Sündenfall“.

Jörg Beining: *Die Frankfurter Allgemeine schrieb, dass Sie 2008 den Posten als Generaldirektor bei der Kommission verließen, da Sie sich der Regelung nicht unterwerfen wollten, nach der Spitzenbeamte spätestens nach sieben Jahren ihre Position innerhalb der Behörde wechseln mussten. Aus welchem Grund wollten Sie das nicht?*

Klaus Regling: Es gibt die Regel, dass man als Kommissionsbeamter nach sieben Jahren wechseln muss. Wenn man in einer Generaldirektion arbeitet, dann kann man einen anderen Posten in der selben Generaldirektion nehmen und bleibt irgendwo am Thema dran. Aber wenn man an der Spitze der Generaldirektion steht, bedeutet es, dass man die Generaldirektion wechseln muss. Ich wollte als Volkswirt nicht für Außenpolitik oder Umwelt zuständig werden, d. h., ich hätte etwas völlig anderes machen müssen. Die Begriffe

„unterwerfen“ etc. habe ich in diesem Zusammenhang auch gelesen, sie klingen aber zu hart. Es waren die sieben Jahre herum und ich wollte keine andere Generaldirektion leiten und ich habe mich deshalb entschieden zu gehen. Im Nachhinein war das sicher die richtige Entscheidung, aber ich wäre auch sehr gerne geblieben, wenn ich die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen länger als sieben Jahre hätte leiten dürfen. Das war ein Traumjob und ich wäre gerne geblieben, aber die Regelung wurde strikt umgesetzt. Es ist sicher auch nicht verkehrt, eine solche Regelung zu haben; bevor es sie gab, waren manche Leute fünfzehn Jahre auf demselben Posten und das ist nicht gut – für die Institution nicht, für die betroffene Person nicht und auch für die Mitarbeiter nicht. Ob das nun sieben oder zehn Jahre sind, ist eine andere Frage. Dass es die Regel gibt, ist in Ordnung, die Regel war so – es war ja keine Regel nur für mich, sondern sie galt in dem Moment für alle. Mir wurden andere Positionen angeboten, aber das wäre eine völlig andere Arbeit gewesen und das wollte ich nicht – ich wollte Volkswirt bleiben.

Jörg Beining: *Von 2001 bis 2008 waren Sie Mitglied im Wirtschafts- und Finanzausschuss der Europäischen Union. Welche Aufgaben erfüllen Sie hier und inwiefern handelt der Wirtschafts- und Finanzausschuss der EU in der aktuellen Staatsverschuldungskrise als Akteur?*

Klaus Regling: Die Frage ist etwas falsch formuliert. Im Wirtschafts- und Finanzausschuss sitzt man nicht ad personam, sondern kraft seines Amtes. Ich saß dort, weil ich als Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen zuständig war. Dort sitzen die Staatssekretäre der Finanzministerien aller EU-Mitgliedsstaaten. Sobald sie ihren Posten verlieren, sitzen sie auch nicht mehr in dem Ausschuss. Der Ausschuss ist der entscheidende Ausschuss für Währungspolitik, für die Vorbereitung der Währungsunion, für das Management jetzt. Für mich ist es der wichtigste Ausschuss, den es in Brüssel gibt. Er bereitet jede Sitzung der Finanzminister vor, während die anderen Räte in der Regel von den Ständigen Vertretern, also Diplomaten, vorbereitet werden. Das macht enorm viel aus, denn das sind die Diplomaten, die von allem ein bisschen verstehen, aber den jeweiligen Ministern nicht so nahestehen wie ein Staatssekretär. Wenn zum Beispiel der Landwirtschaftsminister nach Brüssel kommt, sitzt neben ihm der deutsche Ständige Vertreter, das ist dann ein Diplomat aus dem Auswärtigen Amt. Zwischen den beiden herrscht natürlich eine völlig andere Beziehung, als wenn da jetzt Wolfgang Schäuble¹¹⁴ sitzt und neben ihm sein eigener Staatssekretär, der zudem in dem Ausschuss die Sitzung vorbereitet hat. Das ist ein völlig anderes Arbeiten. Deshalb sind die Finanzminister oft besser vorbereitet als die anderen Räte und deshalb funktioniert das auch relativ gut.

Um ein Beispiel zu nennen, könnte man am Beispiel der Verhandlungen zu Maastricht sagen: Die Währungsunion ist im Gegensatz zur parallel geplanten politischen Union

114 Wolfgang Schäuble (*1942), deutscher Politiker der CDU und seit 1972 Mitglied des Bundestages. Er war von 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, sowie von 1989 bis 1991 und von 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern. Von 1991 bis 2000 war Schäuble Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von 1998 bis 2000 Bundesvorsitzender der CDU. Von 2009 bis 2017 war er Bundesminister der Finanzen und anschließend bis 2021 Präsident des Deutschen Bundestages.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

auch umgesetzt worden, weil die Finanzminister immer so gut durch ihre Staatssekretäre vorbereitet waren. Die Staatssekretäre sind auch die richtige Ebene: Sie sind nahe genug dran an der Politik, am Minister, aber können viel mehr als die Minister auch noch in die Details gehen. Ohne diesen Ausschuss gäbe es keine Währungsunion – da habe ich eine ganz starke Überzeugung.

Michael Gehler: *Mit Ottmar Issing, William White,¹¹⁵ Jens Weidmann¹¹⁶ und Jörg Asmussen¹¹⁷ waren Sie Mitglied der Expertengruppe „Neue Finanzmarktarchitektur“.¹¹⁸ Welche Ziele zur Neugestaltung des Finanzmarktes wurden in diesem Rahmen verfolgt?*

Klaus Regling: Diese Gruppe bestand von 2008–2011 und wurde damals einberufen von der Bundeskanzlerin angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir haben uns mehrfach im Kanzleramt mit der Bundeskanzlerin getroffen und haben vor allem jeweils die G20-Sitzungen vorbereitet, wo ja über diese Themen sehr, sehr intensiv beraten wurde. Daraus sind viele Dinge entstanden: Die Finanzmarktaufsicht ist ja heute viel strikter als vor der Krise. Heute ist allgemein akzeptiert, dass es vor der Krise eine zu lasche Aufsicht gab – selbst Alan Greenspan,¹¹⁹ der vor der Krise der Meinung war, die Märkte würden sich in wohlverstandener Eigeninteresse selbst regulieren, hat später zugegeben, dass

115 William R. White (*1943), kanadischer Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Chef-Volkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Er war Mitglied der Expertengruppe „Neue Finanzmarktarchitektur“, die im Oktober 2008 von Angela Merkel ins Leben gerufen wurde.

116 Jens Weidmann (*1968), deutscher Volkswirt, der 2011 bis 2021 das Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbank innehatte. Seit dem 1. November 2015 ist er Vorsitzender des Verwaltungsrats der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel. Als Präsident der Deutschen Bundesbank ist er Mitglied des EZB-Rates. Zudem war er Mitglied der Expertengruppe „Neue Finanzmarktarchitektur“.

117 Jörg Asmussen (*1966), deutscher Ökonom, der 2008 beamteter Staatssekretär im Bundesfinanzministerium wurde und ebenfalls Mitglied der Expertengruppe „Neue Finanzmarktarchitektur“ war. 2012 trat er die achtjährige Amtszeit eines Mitglieds des Direktoriums der Europäischen Zentralbank an, wechselte aber 2014 ins Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Seit Anfang 2016 befindet sich Asmussen im einstweiligen Ruhestand. 2016 wechselte er zur Investmentbank Lazard und ist seit 2021 Chef-Lobbyist beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

118 Die Expertengruppe „Neue Finanzmarktarchitektur“ wurde im Oktober 2008 im Zuge der Welt-Finanzkrise von Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Leben gerufen. Die Expertengruppe soll Vorschläge zur Bekämpfung der Finanzkrise und zur Vorbeugung weiterer Krisen machen, insbesondere mit Blick auf die internationalen Beratungen zu dem Thema. Neben Klaus Regling, Ottmar Issing, William R. White, Jens Weidmann und Jörg Asmussen war Jan Pieter Krahen weiteres Mitglied der Gruppe. Er war an der Universität Frankfurt und als Bankenberater tätig. Die Expertengruppe hat ihren Auftrag offiziell erfüllt.

119 Alan Greenspan (*1926), US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, von 1987–2006 Vorsitzender der US-Notenbank (Federal Reserve System). Greenspan ist Träger des britischen Verdienstordens „The Most Excellent Order of the British Empire“ (abgekürzt: Order of the British Empire).

das eine falsche Ansicht war: Die Märkte regulieren sich eben nicht selbst und wenn sie es nicht machen, muss es der Staat machen. Davon gab es zu wenig und das ist grundsätzlich heute anders und da hat die Gruppe auf deutscher Seite die Kanzlerin mehrfach sehr gut vorbereitet, denke ich.

Jörg Beining: *Sie forderten im Jahr 2008 im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ein großes Konjunkturprogramm und betonten, sie täten dies hier „das erste Mal in meinem Berufsleben“. Was veranlasste Sie dazu, diesen Schritt erstmals zu fordern?*

Klaus Regling: Ich habe oft gekämpft gegen diejenigen, die bei jeder kleinen Konjunkturdelle sofort ein Konjunkturprogramm auflegen wollen. Das gibt es in Deutschland weniger, in anderen Ländern mehr. Da gibt es oft eine reflexhafte Forderung, wenn die Wirtschaft etwas heruntergeht. Ich habe immer dagegengehalten aus Gründen des Stabilitätspakts, aber in 2008 hatten wir die größte Krise seit 80 Jahren. Sie war wirklich massiv und wenn es überhaupt einmal Sinn macht, mit Haushaltspolitik gegen eine Krise zu steuern, dann war es in diesem Moment. Hinzu kam, dass ich in der Phase in Singapur war. Ich hatte im Juli 2008 die Kommission verlassen und saß in Singapur und dort konnte man den Zusammenbruch des Welthandels praktisch sehen. Der Hafen ist dort omnipräsent, Singapur ist ja eine Halbinsel. Von den zahlreichen Hochhäusern hat man einen sehr guten Blick auf den Hafen. Man konnte praktisch täglich sehen, wie mehr Schiffe vor Anker gingen, und sich nicht mehr bewegten. Das war unglaublich – man konnte wirklich sehen, wie der Welthandel zum Stillstand kam. Das hatte ich noch nie erlebt und dachte auch nicht, dass ich so etwas einmal erleben würde und ich habe meine Kollegen, die in der Kommission weiterarbeiteten, kontaktiert und habe gesagt: „Ihr seht die Statistiken und denkt, es gäbe eine Krise. Seid sicher, es ist noch viel schlimmer als ihr denkt.“ Und so kam es dann ja auch und es war wirklich mal ein eindeutiger Fall, konjunkturpolitisch gegenzusteuern. Ich habe im Handelsblatt dann eine Kolumne geschrieben, in der Hoffnung, dass ich gerade, weil ich normalerweise gegen Konjunkturprogramme war, in dieser Phase überzeugen könnte. Nicht weil ich das empfohlen hatte, sondern weil alle den Handlungsbedarf erkannten, ist dann ja ganz formell eine Ausnahme des Stabilitätspaktes gesehen worden – zu Recht, weil es eine solche Sondersituation war.

Michael Gehler: *In einem Interview mit der „Bild“-Zeitung sprachen Sie im Jahr 2010 von einer „ernsten Lage“, verkündeten jedoch auch, „die Eurozone bricht nicht auseinander“. Würden Sie diese Feststellung auch weiterhin so treffen bzw. präzisierend gefragt: Was hat Ihnen damals die Gewissheit oder Sicherheit gegeben, so ein Statement abzugeben? Wohlgemerkt 2010, nicht 2014?*

Klaus Regling: Ich bin mir nicht sicher, ob das Anfang oder eher Ende 2010 war, denn dazwischen kam ja dann im Juni die Gründung der EFSF. Die gab es vorher nicht und ich bekam plötzlich über Nacht einen neuen Job. Mit der Gründung der EFSF war eine von vielen Entscheidungen getroffen worden, um das Auseinanderbrechen des Euro zu ver-

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

hindern. Im Rückblick – jetzt existieren ja EFSF¹²⁰ und ESM gut fünf Jahre – kann man wirklich sagen, dass ohne diese Institutionen einige Länder den Euroraum hätten verlassen müssen, vermutlich Irland, Portugal oder Griechenland. Europa würde dann heute anders aussehen. Das ist schon ein Erfolg, dass es diese Institution gibt, wichtig war aber natürlich auch, dass diese Länder ihre Hausaufgaben gemacht haben: Irland und Zypern eindeutig, bei Griechenland geht es immer mal hin und her und der Kampf ist noch nicht zu Ende. Ich war immer der Überzeugung, dass der Euro als solches auf keinen Fall verschwindet. Wir hatten nicht nur 2010, sondern auch 2012 die Lage, dass die Mehrheit der Finanzmarktteilnehmer in New York und London prognostizierten, dass der Euro in den nächsten Jahren verschwinden würde. Dagegen habe ich mich immer ausgesprochen. Man konnte nie ausschließen, dass eventuell ein oder zwei Länder gehen – was schlimm genug wäre für Europa – aber dass der Euro als Ganzes verschwindet, das habe ich immer ausgeschlossen. In dem Sinne würde ich dem Zitat immer noch so zustimmen.

Michael Gehler: *Es gibt ja unter Historikern unterschiedliche Auffassungen. Der Kollege und Wirtschaftshistoriker Guido Thiemeyer,¹²¹ der in Düsseldorf an der Heinrich-Heine-Universität lehrt, ist der Ansicht, der Euro seit von Anfang an eine politische Entscheidung gewesen. Dies manifestiere sich in der sogenannten „Eurokrise“, die ja tatsächlich eine Wettbewerbskrise bzw. Staatsverschuldungskrise ist. Der Umstand, dass man solche Pakete schnürt zeigt, dass es nach wie vor ein zutiefst politisches Anliegen ist und eigentlich ökonomische Dinge in den Hintergrund treten. Wie sehen Sie als Volkswirt eine solche These?*

Klaus Regling: Diese Kritik gab es von Anfang an und ist immer wieder zu hören. Ich sehe das anders, wie aus dem, was ich bereits gesagt habe, hervorgeht. In den 90er Jahren haben Leute wie Jürgen Stark und ich versucht, die Währungsunion so zu gestalten, dass sie ökonomisch gut funktioniert. Hans Tietmeyer hat einmal etwas formuliert, was ich als einen guten Leitsatz ansehe: Die Währungsunion kann ganz fantastisch sein für Europa, aber nur, wenn sie ökonomisch gut funktioniert. So sehe ich als Volkswirt das bis heute. Man kann politisch Dinge pushen wollen, wie das auch Bundeskanzler Kohl gemacht hat, aber wenn es nicht ökonomisch sauber gemacht wird, dann gibt es irgendwann einen

120 Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ist eine Aktiengesellschaft mit Sitz in der Stadt Luxemburg und dient als provisorischer vorläufiger Stabilisierungsmechanismus. Sie wurde am 7. Juni 2010 gegründet und am 4. August 2010 voll handlungsfähig. Die EFSF ist eines der Mittel der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten der Euro-Zone, das die finanzielle Stabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet sichern soll. Damit ist die EFSF Teil des Maßnahmenpakets, das als „Rettungsschirm“ bezeichnet wird. Seit dem 1. Juli 2013 ist der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) die einzige Institution für die finanzielle Unterstützung von Mitgliedstaaten des Euroraums. Seit diesem Tag ist die EFSF nicht mehr für die Finanzierung von Programmen oder neuen Kreditfazilitäten zuständig.

121 Guido Thiemeyer (*1967), deutscher Historiker und seit 2013 Professor für Neuere Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Hauptforschungsgebiet ist die internationale Geschichte, insbesondere die Geschichte europäischen Währungsgemeinschaft, der Währungspolitik und die Geschichte der europäischen Integration.

Kurzschluss und dann ist das Ganze kontraproduktiv. Deshalb musste es immer beides sein: ein politisches Projekt, das ökonomisch funktioniert, denn ansonsten geht das auf die Dauer nicht gut. Das kann zehn, zwanzig Jahre gut gehen, aber eben nicht dauerhaft. Wir haben mit dem Stabilitätspakt versucht, entscheidende Fragen zu regeln, und das gilt bis heute. Es ist einfach im deutschen Interesse, den Euro zu haben. Man vergisst ja, wie unruhig die Zeiten vor dem Euro waren: Immer wieder gab es Währungskrisen, die Deutschland Wachstum gekostet haben, wie zum Beispiel 1995 die Mexikokrise: Die D-Mark hat damals innerhalb weniger Wochen um 20 Prozent aufgewertet gegenüber Italien. Damit konnte Volkswagen keine Autos mehr in Italien verkaufen – dort wurden nur noch Fiat gekauft, die bayerischen Milchbauern konnten nicht mehr mit den Südtiroler Milchbauern konkurrieren. Es gab am Ende des Jahres Berechnungen, dass diese Episode Deutschland 1% Wachstum gekostet habe. Heute ist das in Vergessenheit geraten, weil es ja seit zwei Jahrzehnten keine innereuropäischen Wechselkursschwankungen mehr gibt. Man kann sich deshalb auf die Probleme konzentrieren, die der Euro vielleicht bereitet. Dass wir ohne Euro sicherlich andere Probleme hätten und zwar oft, da habe ich wenig Zweifel, man denke an die Asienkrise, die Zahlungsunfähigkeit Russlands oder Argentiniens oder geplatze Blasen am Aktien- und Immobilienmarkt. Das hätte jeweils zu großen Währungsproblemen innerhalb Europas führen können und der Binnenmarkt hätte das eventuell nicht überlebt. Deshalb ist der Euro weiterhin ökonomisch sinnvoll.

Jörg Beining: *Wie erlebten Sie die Öffnung der Mauer im Jahr 1989? Welche Erinnerungen verbinden Sie damit?*

Klaus Regling: Da ich zu der Zeit in Indonesien lebte, sind die Erinnerungen an die Öffnung direkt sehr dünn, da es damals noch kein Internet und in meiner Wohnung kein CNN gab. Ich habe erst 36 Stunden später überhaupt mitbekommen, dass es passiert ist, weil die englischsprachige „Jakarta Post“, die ich jeden Morgen zum Frühstück bekam, erst eineinhalb Tage später berichten konnte. Indonesien ist ja aufgrund der Zeitverschiebung sieben Stunden voraus, d. h., wenn in Europa abends etwas passierte, war die Morgenausgabe in Jakarta bereits gedruckt und ich habe nichts mitbekommen. Am übernächsten Morgen war dann auf dem Titelblatt das Foto der Menschen auf der Mauer. So waren die Zeiten damals – es gab diese permanente Informationsflut zeitgleich mit dem Geschehen noch nicht. Obgleich das Arbeiten in Indonesien toll war, habe ich in dem Moment bedauert, dass ich so weit weg war. Wir hatten zu dem Zeitpunkt eigentlich eine Reise über Weihnachten und Sylvester nach Australien geplant und bereits gebucht, haben uns aber umentschieden und sind nach Deutschland geflogen.

Michael Gehler: *Das heißt, Sie haben es positiv aufgenommen? Auch mit Blick auf die Erfahrungen in Lübeck und die Grenzsituation?*

Klaus Regling: Ja. Zugleich aber auch ungläubig. Ich kann vielleicht noch ergänzen: Im August 1989 hatte ich den neuen Posten in Jakarta angefangen. Vorher war ich in Washington gewesen, aber ich habe zwischen diesen beiden Stationen den Juli 1989 in Deutschland zugebracht und in Nord- und Süddeutschland Freunde besucht. Ich bin ja ein politisch denkender Mensch, aber ich habe nicht geahnt, was da drei Monate später

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

passieren würde. Ich erzähle diese Geschichte häufig, weil sie noch einmal ein Hinweis darauf gibt, wie unvorstellbar es war, was dann im November passierte.

Michael Gehler: *Hat die Europäische Union Ihrer Ansicht nach mit Blick auf die Ge-schehnisse der letzten fünf Jahre – EFSF, ESM, Fiskalpakt, Bankenunion – ausreichend genug auf diese größte Krise seit achtzig Jahren reagiert? Hätten Sie sich noch etwas gewünscht oder ist es ausreichend?*

Klaus Regling: Das kann man so und so sehen. Einerseits ist unglaublich viel passiert – mehr, als man zu Beginn der Krise erwarten konnte. Andererseits kann man aber auch argumentieren, dass die Krise lange gedauert hat, viel Wachstum und Arbeitsplätze gekostet hat. Als Fazit würde ich ziehen, dass unglaublich viel passiert ist und es nie einfach war. Manchmal haben Entscheidungen zu lange gedauert. Wir sind jetzt 19 Länder in der Währungsunion – 19 Demokratien, die bei großen Themen immer Einstimmigkeit herstellen müssen. Das ist schwierig mit so vielen Ländern – am Anfang waren es ja nur 16 oder 17 – und trotzdem haben wir alle diese Dinge auf den Weg gebracht. Aber das dauert manchmal. Wir wissen, dass die europäische Integration durch Krisen immer besonders vorangekommen ist. Ich denke, das werden wir in ein paar Jahren auch sagen, dass diese Krise die Integration zusätzlich befördert hat.

Michael Gehler: *Seit Januar 2015 haben wir eine neue Regierung in Griechenland erlebt mit unglaublichen Entwicklungen, Purzelbäumen und salto mortale, Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis.¹²² Wie haben Sie im Rückblick diesen Wahlsieg von SYRIZA¹²³ erlebt und das Agieren von Tsipras und Varoufakis?*

Klaus Regling: Der Finanzminister ist ja gottseidank schon seit Juni 2015 nicht mehr im Amt. Der Wahlsieg im Januar 2015 war natürlich in Ordnung – wir sind ja alle Demokraten und müssen akzeptieren, wenn neue Regierungen ins Amt kommen. Die versprechen vor der Wahl oft Dinge, die dann nicht eingehalten werden können – in Griechenland wie auch in anderen Ländern. Dort aber wurde nun etwas so grundsätzlich Anderes verfolgt, dass ich es erst nicht glauben konnte. Im Laufe der Monate wurde klar, dass diese Regie-

122 Yanis Varoufakis (*1961), griechischer Wirtschaftswissenschaftler, der seit der Parlamentswahl im Januar 2015 über die Liste von SYRIZA ins griechische Parlament gewählt wurde. Von Januar bis Juli 2015 war er Finanzminister im unter Alexis Tsipras. Zusammen mit weiteren Mitstreitern gründete er am 8. Februar 2016 die Bewegung DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025).

123 Synaspismos Rizospastikis Aristeras (Syriza; übersetzt „Koalition der Radikalen Linken“) ist eine griechische Partei mit sozialistischer Ausrichtung. Syriza war ab 2004 zunächst ein Wahlbündnis, das aus der postkommunistischen und neulinken Partei Synaspismos sowie zehn kleineren, kommunistischen, ökosozialistischen, maoistischen und trotzkistischen Gruppen bestand. 2015 gewann sie die Wahl und stellt seitdem – mit kurzer Unterbrechung durch Neuwahlen im September 2015 – mit Parteichef Alexis Tsipras erstmals den Ministerpräsidenten Griechenlands. Sie bildet eine Koalitionsregierung mit der rechtspopulistischen Partei Anexartiti Ellines.

rung wirklich einen Systemwandel in Europa anstrebte. Ich habe das auch von Varoufakis selbst gehört, wir saßen ja oft zusammen und als er einmal wieder einen Vorschlag machte, der völlig aus dem Rahmen fiel, habe ich ihm gesagt, dass das so nicht passieren werde und in Europa nicht möglich sei. Er hat geantwortet, er sei gewählt worden, um das zu ändern. Ich sagte, er sei gewählt worden, um Griechenland zu ändern und nicht Europa und er entgegnete: „Doch“.

Der Anspruch, im Grunde eine Revolution vorzubereiten, konnte nicht gut gehen, der Rest von Europa lässt so etwas nicht mit sich machen. Aber die Kosten für die griechischen Bürgen waren natürlich enorm. Um eine Zahl zu nennen: Die Prognosen von IWF und Weltbank vom Dezember 2014 für Griechenland lauteten rund 2 ½ Prozent Wachstum für die Folgejahre – das war vor der Wahl. Heute wissen wir, dass es 2015 und 2016 wieder Minuswachstum gab. Rund 3 Prozent Unterschied in der Wirtschaftsentwicklung – so hohe Kosten hat wohl noch nie eine neue Regierung in fünf Monaten verursacht.

Michael Gehler: *Das ist der Preis dieser Zickzack-Politik?*

Klaus Regling: Das war kein Zickzack, sondern eine Politik in die falsche Richtung. Gut, dass Tsipras im Juli 2015 auf dem Gipfel unter Druck eine Kehrtwende vollzogen hat, weil er gesehen hat, was es bedeutet, wenn die Banken geschlossen sind, und es wirklich kurz davorstand, dass Griechenland aus der Währungsunion ausscheiden muss. Aber bis dahin war es eine relativ gerade Linie. Er hat sich dann zum Glück einen neuen Finanzminister gesucht, einem neuen Programm zugestimmt und sich vom Wähler im September 2015 ein Mandat geben lassen, das vollkommen anders aussah als sein erstes Mandat im Januar 2015.

Michael Gehler: *Ist das dritte Rettungspaket für Sie die Ideallösung gewesen?*

Klaus Regling: Ideallösungen gibt es in der Krise selten. Krisen bedeuten, dass man auch Fehler macht: Es ist nie einfach und man muss schnell agieren und Entscheidungen treffen ohne all die Informationen, die man gerne hätte. Das ist das Charakteristikum einer Krise. Das dritte Programm ist ein vernünftiges Paket. Es ist nicht einfach für die griechische Bevölkerung, aber im ersten Halbjahr 2015 ist viel schiefgelaufen und wir können ja Griechenland nicht unbegrenzt Kredite geben – wir geben ja so schon viel. Wenn man – wie einige sagen – die Anpassungen mehr strecken und weniger Haushaltskonsolidierung betreiben würde, würde das auch bedeuten, dass die Freunde Griechenlands noch mehr Kredite geben müssten. Wenn die Haushaltskonsolidierung langsam erfolgt, heißt das, dass die Defizite länger höher sind und jemand für das Defizit aufkommen muss und da gibt es natürlich Grenzen. Es ist in jedem Fall schon viel Geld hingeflossen, aber insgesamt ist es ein vernünftiger Kompromiss.

Michael Gehler: *Hat es eigentlich Szenarien gegeben, die durchspielen, was passiert, wenn Griechenland wirklich aus der Eurozone ausscheidet? Einige namhafte deutsche*

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

Wissenschaftler haben ja auch dafür plädiert, Hans-Werner Sinn¹²⁴ ist hier vielleicht der meistzitierte. Was hätte das wirklich bedeutet?

Klaus Regling: Für Griechenland eine Katastrophe – das habe ich auch oft öffentlich gesagt. Es wäre die teuerste von allen denkbaren Lösungen gewesen und hätte noch einmal einen massiven Einbruch des Lebensstandards der Griechen bedeutet. Manche haben gar befürchtet, es könne so schlimm werden, dass ein Eingreifen des Militärs erforderlich werden könnte. Es hätte sicherlich soziale Verwerfungen gegeben und auch für die Kreditgeber wäre es teuer geworden: Wir hätten unsere Forderungen natürlich nicht mehr eintreiben können, die Griechen hätten die Schulden gar nicht zurückzahlen können, wenn sie eine eigene schwache Währung geschaffen hätten. Das hätte zu großen Verwerfungen geführt. Die Ratschläge, die einige Volkswirtschaftsprofessoren geben, sind sehr leicht dahingesagt und ich bin dann doch froh, dass jemand wie Professor Sinn nicht Finanzminister ist.

Jörg Beining: *Im „Spiegel“ haben Sie eine Vorschau auf die kommenden Jahrzehnte gemacht und Europa als stark genug dargestellt, kommende Krisen alleine zu bewältigen. Wie kommen Sie zu dieser Meinung?*

Klaus Regling: Ich gehe davon aus, dass wir enger zusammenwachsen. Wir werden nicht die „Vereinigten Staaten von Europa“ werden, aber die Integration in der Währungsunion wird stärker sein als in der EU insgesamt. Es wird mehr Zusammenhalt geben, mehr gemeinsame Wirtschaftspolitik und damit wird es auch immer vernünftiger, dass man – wenn es mal wieder eine solche Krise gibt – versucht, die auch selbst zu lösen. Finanziell gibt der IWF ja sowieso nicht mehr so viel. Er ist ja vor fünf Jahren helfend dazugekommen, weil wir in Europa zu wenig Erfahrung hatten. Als es mit Griechenland losging, waren viele optimistisch, die Krise schnell lösen zu können. Darauf, dass es um fünf Länder gehen könnte, war niemand vorbereitet. Aber heute haben wir alle viel gelernt.

Michael Gehler: *Wenn Sie auf diese Erfahrungen zurückblicken: Haben Sie es bedauert, dass es im Rahmen der Europäischen Union noch keinen Währungsfonds gibt? Es gab ja von Willy Brandt und Georges Pompidou¹²⁵ dazu schon Pläne und Projekte, ein europäischer Reservefonds war schon 1969 ein Thema und auch Schäuble hat das vor einigen Jahren einmal vorgeschlagen. Wie würden Sie das im Rückblick sehen? Eher ein Nachteil?*

124 Hans-Werner Sinn (*1948), deutscher Ökonom, Hochschullehrer und ab 1999 Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, das im Jahr 2010 unter seiner Leitung von einer Serviceeinrichtung zurück in eine Forschungseinrichtung umgewandelt wurde. Er war von 2000–2010 Aufsichtsratsmitglied der Hypo Vereinsbank und hat mehrere Bücher zu wirtschaftspolitischen Themen verfasst. Seit 2016 ist Sinn im Ruhestand.

125 Georges Jean Raymond Pompidou (*1911; †1974), französischer Politiker der gaullistischen Strömung. Vom 1962–1968 war Georges Pompidou Premierminister unter Charles de Gaulle. Nach dessen Rücktritt setzte sich Pompidou 1969 bei den Präsidentschaftswahlen durch und wurde der zweite Präsident der Fünften Republik.

Klaus Regling: Im Rahmen der Krise wurden gerade Dinge geschaffen, die vorher undenkbar waren, und wenn Sie nach dem Europäischen Währungsfonds fragen, dann ist meine Antwort: Wir haben ihn. Wir haben heute einen Währungsfonds in Europa, er ist allerdings anders organisiert als der IWF. In guter europäischer Tradition haben wir das in Europa dezentral organisiert. Drei Institutionen machen das, was der IWF für die Welt in einem Haus macht. Das sind die Europäische Kommission, die EZB und der ESM. Zusammen machen sie die Arbeit des IWF. Wir konnten glücklicherweise auf die Erfahrungen der Kommission zurückgreifen, die seit Jahrzehnten bei der Analyse der Wirtschaft, bei der Länderbeobachtung, bei den Prognosen das machen, was auch der IWF macht – die Kommission macht es für Europa. Die EZB bringt ihren Sachverstand vor allen in Finanzfragen ein – der IWF hat dafür eine eigene Abteilung. Die Finanzierung macht jetzt meine Institution EFSF und ESM, das ist das Neue, das gab es bis für fünf Jahren noch nicht. Insofern haben wir die Funktionen, die der IWF in sich bündelt auf diese drei Institutionen verteilt. Eines Tages kann das institutionell natürlich anders organisiert werden. Aber das erfordert vermutlich eine Änderung des EU-Vertrages.

Michael Gehler: *Keiner spricht davon und keiner sagt es. Ist das ist vielleicht das Geheimnis der europäischen Integrationsgeschichte?*

Klaus Regling: Es ist oft besser, als es von der Öffentlichkeit in Europa und vor allem vor der Öffentlichkeit außerhalb Europas wahrgenommen wird. Wir sind besser als unser Ruf.

Michael Gehler: *Die EU-Konvergenzkriterien waren ja sehr wichtig im Kontext von Maastricht und der Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion. Diese EU-Konvergenzkriterien sahen vor allem das Kriterium der Haushaltsstabilität als Beitrittsbedingung vor. Wie kam es eigentlich zu diesen Konvergenzkriterien?*

Klaus Regling: Die Konvergenzkriterien sind schon in den späten 1980er Jahren entstanden, als der Maastricht-Vertrag verhandelt wurde, und natürlich ist das Bekannteste das Defizitkriterium, das besagt, dass das Defizit beim Eintritt in die Währungsunion und auch ein Stück davor die 3%-Grenze nicht übersteigen darf. Aber auch die anderen Kriterien sind wichtig: Es gibt das Inflationskriterium, das eindeutig besagt, dass ein Land, das sich um die Mitgliedschaft in der Währungsunion bewirbt nur eine Inflationsrate haben darf, die ein kleines Stückchen über dem Durchschnitt der „best performers“, also den niedrigsten Inflationsraten liegt. Daran ist zum Beispiel Litauen im Jahre 2006/2007 gescheitert, weil sie über diesem Kriterium lagen. Das Fiskalkriterium haben sie eingehalten, aber die Inflationsseite nicht, und es war richtig, deshalb den Zugang zur WWU zu verschieben. Denn die Prognosen zeigten, dass Litauen in eine Inflationsentwicklung hineinkam, die dann weit über den Euroraum hinausging. Es wäre ihnen nicht gut bekommen, da beizutreten. Sie haben es dann ja 2015 getan und viele Beteiligten haben sich noch erinnert, dass es im ersten Versuch schiefgegangen war. Aber das ist eigentlich ein gutes Beispiel, dass ein Kriterium – in diesem Fall das Inflationskriterium – durchaus seinen Sinn hatte, denn sonst hätten sie sehr rasch ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

und hätten interne Abwertungen machen müssen. Das geht – das haben wir ja auch gelernt – kann aber sehr schmerzhaft sein.

Michael Gehler: *Wir haben gerade davon gesprochen, dass es eigentlich einen europäischen Währungsfonds gibt. Als Historiker die Frage: Es gab ja Rezessionen oder Depressionen zuhauf in der Geschichte, beispielsweise die Große Depression, die Rezession der 70er Jahre. Wenn Sie diese Finanz- und Wirtschaftskrisen vergleichen müssten mit jenen, die Sie erlebt und zu einem guten Stück schon bewältigt haben: Wo, würden Sie sagen, sind die großen Unterschiede in den vergleichbaren historischen Kontexten, auch in den Fragen der Bewältigung, in der Frage des Managements der Krise?*

Klaus Regling: Die Krise, die wir in den letzten 6 bis 7 Jahren in Europa erlebt haben, ist die schwerste seit achtzig Jahren. Für alle, die wir hier im Raum sind, also die schwerste ihrer Lebenszeit – das allein ist schon einmal kennzeichnend und zeigt das Problem. Für Europa ist es eine besondere Krise, denn es war eine Kombination von zwei Krisen: Die erste war die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die in den USA ausgelöst wurde und über die ganze Welt schwappte, also alle berührte – auch Europa. Zusätzlich hatten wir zweitens unsere hausgemachten Probleme nach einem Jahrzehnt Währungsunion, für die die anderen nichts können. Die Probleme hatten wir selbst akkumuliert. Das Dumme war, dass es kurz hintereinander passierte. Natürlich hatte die erste Krise die zweite ausgelöst – die hätte sonst auch vielleicht ein Jahr später kommen können. Aber die Probleme akkumulierten sich in verschiedenen Formen: in Griechenland durch die hohe Verschuldung und die hohen Defizite, in Spanien und Irland waren es eher die Immobilienblasen. Aber all das war auch durch die Währungsunion verstärkt worden und kam zum Ausbruch kurz nach der globalen Finanzkrise. Deshalb hatten wir diese zwei Krisen und das erklärt auch, warum es so schwerfiel, wieder dort herauszukommen und warum die USA schneller die Krise überwunden haben, denn sie hatten nur eine Krise zu meistern. In der Währungsunion mit 18 souveränen Staaten ist es natürlich immer schwierig, einen Konsens herzustellen, und in solchen fundamentalen Fragen – wenn ein neues Phänomen auftaucht, wo eine neue Institution gegründet werden muss wie der ESM – dann geht das nur einstimmig. Das ist natürlich schwierig bei jetzt 19 – damals 17 – Mitgliedern. Umso erstaunlicher ist es, dass es ja immer geklappt hat. Aber es dauert halt immer länger, als man es sich als Ökonom wünschen würde. Auch wenn beispielsweise die amerikanische Regierung auf die Bereinigung der europäischen Probleme drängt, haben sie häufig unterschätzt, dass in jedem der 17–18 Länder, die ein neues Problem lösen sollen, das ganz klar Haushaltsinteressen beinhaltet, auch Diskussionen stattfinden müssen: in der Regierung, im Parlament, in der Öffentlichkeit, in den Medien. Und eine solche Diskussion geht nicht von Anfang an in allen Ländern in dieselbe Richtung, das geht häufig kreuz und quer. Wenn dann die nationalen Diskussionen stattgefunden und sich Meinungen gebildet haben, dann muss man sich in Brüssel zusammensetzen, um das dann auf einen Nenner zu bringen. Dass das etwas Zeit dauert, ist nicht weiter verwunderlich. Dass es oft auch Nachsitzungen vor Entscheidungen gibt, ist eigentlich auch nicht verwunderlich. Im Grunde ist es erstaunlich, dass es so oft geklappt hat. Wir haben zu jedem der Themen, die hochkamen, Lösungen gefunden. Im Rückblick ist erstaunlich viel in den letzten sechs Jahren erreicht worden.

Jörg Beining: *Das kommt in der Öffentlichkeit nur selten so in der Form rüber. Was ebenfalls wenig beachtet wird, dass jeder dieser 18 Staaten ganz unterschiedliche Interessenlagen hat. Es gibt ja keine einheitliche Interessenlage – jeder ist nach seinem Gusto unterwegs.*

Klaus Regling: Wir sind eben nicht die Vereinigten Staaten von Europa, wir sind aber auch nicht 18 einzelne Nationalstaaten, sondern irgendetwas dazwischen und aus dieser Situation ergeben sich besondere Probleme. Im Vergleich zu anderen Krisen macht dies die Bewältigung einer Krise so besonders kompliziert und aufwendig.

Michael Gehler: *Sie haben die USA angesprochen: Die sitzen auf einem riesigen Schuldenberg und China ist der große Gläubiger. Es hat ja zwischen Wolfgang Schäuble und Timothy Geithner¹²⁶ schon einige Verstimmungen in der Frage gegeben, wie man mit der Krisenbewältigung umgeht. Würden Sie sagen, auch die unterschiedlichen Formen des Umgangs mit der Krise das Verhältnis der EU-Staaten, der EU und den USA verkompliziert hat durch diese Finanz- und Wirtschaftskrise? Und wie schätzen Sie überhaupt diesen Schuldenberg ein? Ist das ein Problem, mit dem wir uns weiterbeschäftigen müssen? Ist der Zustand besorgniserregend oder kann man damit umgehen?*

Klaus Regling: Der Schuldenberg der USA ist etwas größer als der Schuldenberg des Euroraums insgesamt: Wir liegen bei etwa 90% in Europa und die USA liegen jetzt bei 100%. Die Differenz ist also nicht so groß – die Japaner haben 250% an Schulden. Insofern gibt es keine absolute Grenze bei der man sagen könnte, es würde dann alles zusammenbrechen. Argentinien ist bei einer Schuldenrelation von unter 60% in die Insolvenz gegangen – das ist also sehr unterschiedlich. Grundsätzlich gilt natürlich schon – darüber gibt es umfangreiche Forschungen –, dass hohe Schulden das Wachstum verlangsamen. Da gibt es keine klare Grenze, aber es wird zunehmend schwieriger, eine gesunde Entwicklung zu haben. Wir Europäer haben natürlich das Problem der Demografie, das die Amerikaner nicht haben. Wir wissen, dass gerade in Deutschland in absehbarer Zeit die Bevölkerung schrumpfen wird. Damit kann auch das Potenzialwachstum nicht mehr so hoch sein und damit wird die Bedienung einer Schuldenlast schwieriger. Deshalb haben wir in Europa gute Gründe, niedrigere Schuldenstände anzustreben als die Amerikaner. Die Amerikaner haben sich natürlich zur Eurokrise und auch zur Situation in Griechenland immer wieder geäußert, aber ich würde daraus überhaupt nicht ableiten wollen, dass es eine grundsätzliche Verstimmung gibt. Das gehört dazu: Was in Europa passiert und ob wir – schneller oder langsamer – unsere Europrobleme in den Griff bekommen, hat natürlich Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Und dass das die Amerikaner interessiert, ist völlig klar. Das interessiert auch die Chinesen und die Japaner. Ich rede seit Jahrzehnten

126 Timothy Franz Geithner (*1961), Politik- und Asienwissenschaftler, arbeitete nach seinem Studienabschluss als Unternehmensberater, bevor er ab 1988 für das US-Finanzministerium arbeitete. 2003 wurde er Präsident der Federal Reserve Bank in New York und 2009 vom US-Präsidenten Barack Obama als 75. Finanzminister in seinem Kabinett bestätigt. Geithner nahm dieses Amt bis 2013 wahr, sein Nachfolger im United States Secretary of the Treasury ist Jacob Lew.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

mit der amerikanischen Regierung und mit den Finanzministerien und sehe überhaupt nicht, dass es da eine grundlegende Verstimmung gäbe. Sie haben großes Interesse, aber das ist auch völlig nachvollziehbar.

Das Expertengespräch wurde am 9. September 2015 in Luxemburg im Gebäudekomplex des Europäischen Stabilitätsmechanismus geführt.

Zusatzfragen nach dem Expertengespräch (2019)

Sanne Ziethen: *Am 9. Mai 2018 zitiert Sie das Handelsblatt mit den Worten bei einer Veranstaltung der Irischen Zentralbank in Dublin: „Es ist sicher, dass es eine nächste Krise geben wird, unklar ist lediglich der genaue Zeitpunkt, deswegen müssen jetzt dringend Reformen umgesetzt werden.“ Dazu haben wir insgesamt drei Fragen. Erstens: Was hat Sie zu diesem Urteil mit Blick auf die zu erwartende Finanzkrise veranlasst?*

Klaus Regling: Ich habe den Text, den Sie mir geschickt haben, auch vor mir auf dem iPad, insofern kann ich ganz gut folgen. Als meine Einleitung zur Beantwortung dieser Frage kann ich nochmal sagen, dass ich natürlich grundsätzlich froh bin, dass die Prognosen, die ich vor vier Jahren bei meinem Vortrag in Hildesheim gemacht habe und die ja sehr kurz zusammengefasst sind im ersten Teil des Textes, weitgehend eingetroffen sind. Deshalb ist meine Anschlussforderung klar: Die Krisenstrategie, die damals ja durchaus und auch in Deutschland umstritten war und dort auch zu Unmut und zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht geführt hat, war ökonomisch richtig und die Ergebnisse sind positiv. Wir haben die Anpassungen tatsächlich gemacht und zumindest in vier der fünf Ländern erfolgreich abgeschlossen. Wir werden dafür heute, wie auch von mir erwartet, mit einer besonders guten wirtschaftlichen Lage belohnt. Vier der fünf Länder sind eindeutige Erfolgsgeschichten: Portugal, Spanien, Irland und Zypern. Griechenland ist nach wie vor ein Sonderfall. Auch die haben ihr Programm im August letzten Jahres abgeschlossen. Sie sind auf dem Weg, eine Erfolgsgeschichte zu werden, weil die Anpassung auch dort durchaus substanziell ist. Das Land hat seit drei Jahren Haushaltsüberschüsse – Schwarze Null, wie man in Deutschland neuerdings sagt. Sie sind aber noch nicht so eine Erfolgsgeschichte wie die anderen Länder, weil sie noch mehrere Reformen machen müssen.

Die Strategie hat funktioniert und das ist gut. Trotzdem, und da komme ich auf ihre konkrete Frage: Unser Wirtschaftssystem hat Krisen von Zeit zu Zeit. Natürlich müssen Regierungen, Zentralbanken und Kriseninstitutionen alles versuchen, Krisen zu vermeiden im Vorfeld, aber die Erfahrung lehrt uns, dass in einer Marktwirtschaft nun mal Krisen vorkommen. Das war letztlich auch der entscheidende Grund, weshalb die Regierungen unserer Mitgliedsländer gesagt haben, dass man nach dem temporären EFSF eine permanente Kriseninstitution haben wolle – das wurde dann der ESM. Permanent, weil man eben davon ausgehen muss, dass Krisen kommen, auch wenn wir alles tun wollen, um das zu vermeiden.

Michael Gehler: *Haben Sie einen konkreten Anlass gehabt, diese Aussage im Mai 2018 so öffentlich zu machen, oder war das allgemein im Sinne einer zyklischen Krisenerwartungshaltung?*

Klaus Regling: Das war wirklich so allgemein aus der Erfahrung der Zeit heraus, dass solche Dinge passieren. Das war aber auch eine Begründung dafür, warum der ESM denn jetzt überhaupt da ist, ohne dass wir aktuell eine konkrete Krisenlage haben.

Sanne Ziethen: *An welche dringenden Reformen haben Sie im Mai 2018 gedacht?*

Klaus Regling: Das sind im Grunde die Reformen, die danach auch weiterhin diskutiert worden sind, und einige Entscheidungen hat es ja inzwischen auch gegeben in der Eurogruppe auf dem Gipfel im Dezember 2018. Es geht allgemein um die Vertiefung der Währungsunion.

Viel ist passiert, das habe ich 2015 ja auch schon in Hildesheim dargelegt – institutionell mit der Bankenunion und der Schaffung der Krisenfonds und der Euro-Rettungsschirme. Die Banken selbst sind heute stärker als vor zehn Jahren. Vor allem aber haben die Länder, die Hilfskredite gebraucht haben, ihre Hausaufgaben gemacht und ihre makroökonomischen Probleme zu einem Großteil beseitigt.

Es ist viel passiert, aber bei einer Vertiefung der Währungsunion geht es dann um das Thema, wie eine Währungsunion noch robuster und weniger krisenanfällig gemacht werden kann. Die Themen dabei sind klar. Einmal ist das die Vollendung der Bankenunion. Da fehlen zwei Dinge und ich kann das gerne ausführen: Der Backstop für den Abwicklungsfonds und die Einlagensicherung und das zweite Thema ist die Stärkung des ESM. Mit diesen Themen beschäftigen sich auch die Gipfel, denn das sind eben die Themen, die auf der Tagesordnung sind. Dazu gehört außerdem noch das Thema, das auch weiterhin sehr kontrovers ist, wo es auch keine Ergebnisse gibt, nämlich die makroökonomische Stabilisierung durch Fiskalkapazitäten. Das sind letztlich die Themen, um die gerungen wird.

Michael Gehler: *Vielen Dank, Herr Regling. Ich würde gerne mit einer weiteren Frage fortfahren: Nach dem Gipfel im Dezember 2018 haben wir ganz unterschiedliche Reaktionen vernommen. Olaf Scholz hat zu verstehen gegeben, dass die Euro-Reform entscheidende Schritte vorangekommen sein muss, Pierre Moscovici hingegen hat keine großen Schritte nach vorne gesehen. Wie erklären Sie sich diese unterschiedlichen deutsch-französischen Einschätzungen am Beispiel Scholz-Moscovici und was wurde da eigentlich wirklich konkret vereinbart? Manche sagten, der Berg habe gekreist und ein Mäuslein geboren, andererseits aber, war es wohl doch ein gewisser Fortschritt. Wie ist das aus ihrer Sicht neben der Einschätzung von Scholz und Moscovici zu beurteilen?*

Klaus Regling: Ich denke, die große Mehrheit der beteiligten Regierungen hat das durchaus als einen wichtigen Schritt nach vorne gesehen. Ich erinnere mich auch gar nicht an diesen negativen Kommentar von Herrn Moscovici, aber es hängt halt auch immer von den eigenen Erwartungen ab. Was hofft man und was passiert dann? Mit dieser breiten Überschrift „Vertiefung der Währungsunion“ hat es deutliche Fortschritte gegeben,

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

ohne, dass man jetzt alle Themen abgearbeitet hätte. Daran gibt es keinen Zweifel und dazu gehört einmal der Backstop für den Bankenabwicklungsfonds. Das ist etwas sehr Technisches, aber eine Bankenunion, wo man einen gemeinsamen Aufseher hat und die gemeinsame Abwicklungsbehörde, braucht eben so einen Backstop. Das sehen wir auch in den USA, wo es ja ein ganz ähnliches System gibt. Da wird Geld eingesammelt und dieser Topf wächst ja im Moment und soll bis Ende 2023 ungefähr 1% aller Einlagen der europäischen Banken umfassen. Das wären dann 60 Milliarden Euro. Das reicht für die normale Arbeit des Abwicklungsfonds – so auch die Erfahrungen in den USA. Es kann aber in einer großen Krise auch mal nicht reichen. Deshalb hat auch der amerikanische Abwicklungsfonds eine Kreditlinie beim amerikanischen Finanzministerium. In der Eurozone gibt es kein Finanzministerium, deshalb wird der ESM diese Kreditlinie zur Verfügung stellen. Das war eine der wichtigen Entscheidungen des Gipfels und das ist wichtig für Bankenunion – auch, wenn das technisch sehr komplex ist. Das war einfach eines der Elemente, das noch fehlte für die Bankenunion.

Das zweite, was für den ESM natürlich wichtig ist, ist, dass wir jetzt Klarheit darüber haben, dass in der Zukunft der ESM zusammen mit der Europäischen Kommission zuständig sein wird, um Anpassungsprogramme zu konzipieren, zu verhandeln und dann auch zu beaufsichtigen. Wir erinnern uns ja, dass es zu Beginn der Krise die Troika aus Kommission, EZB und IWF gab. Das wurde dann um den ESM erweitert zu einem Quartett. In der Zukunft wird es ein Tandem sein aus Kommission und ESM. Das heißt aber nicht, dass der IWF völlig aus Europa rausgehalten wird. Alle Mitgliedsstaaten der Währungsunion sind auch Mitgliedsstaaten im IWF und haben dadurch eine Beziehung. Der Rat kann auch durchaus sinnvoll sein. Auch die EZB, vor allem mit ihrem Wissen über Finanzmärkte, wird sicherlich immer beteiligt sein, aber es ist dennoch ein anderes Modell als zu Beginn der Krise. In der Zukunft werden Kommission und ESM die Hauptakteure sein. Das hat natürlich Auswirkungen auf meine Institution. Wir müssen dafür gerüstet und ständig dazu in der Lage sein, unsere Mitgliedsstaaten zu bewerten. Wir müssen immer auf dem Laufenden sein, was da passiert.

Das sind also schon mal zwei sehr wichtige Entscheidungen des Gipfels. Die Dritte betrifft auch den ESM, da nämlich unsere Instrumente überprüft werden sollen – vor allem die Vorsichtfazilitäten. Die hat auch der IWF. Wir haben die zwar auch seit Jahren, aber bisher sind sie noch nie benutzt worden. Es geht um die Frage, wie man die so anpassen kann, dass sie eher genutzt werden können, um zur Stabilität beizutragen. Das sind doch beachtliche Entscheidungen des Gipfels – vor allem, was den ESM betrifft.

Sanne Ziethen: *Ich komme auf die Einführung eines europäischen Sicherungssystems für Sparguthaben zu sprechen. Vor allem in Deutschland gibt es große Vorbehalte für dieses Sicherungssystem. Banken und Sparkassen fürchten insbesondere, für Geldinstitute in Krisenländern künftig mithaften zu müssen. Man findet im Internet, wenn man ein bisschen sucht, auch die Bezeichnung, das sei der Alptraum für deutsche Sparer. Sind oder waren diese Vorbehalte Ihrer Meinung nach berechtigt und was erwidern Sie auf solche Ängste?*

Klaus Regling: Der Gipfel hat wichtige Dinge beschlossen, wo weitergearbeitet wird und wo im Moment die Meinungsbildung noch so kontrovers ist, dass man im Dezember

keine Ergebnisse hatte. Das eine ist die Einlagensicherung und das Zweite sind die fiskalischen Instrumente. Über beides können wir natürlich reden.

Einlagensicherung: Wenn Sie nochmal nachlesen wollen, was ich im Detail dazu denke, dann habe ich dazu eine Dinner-Speech gegeben bei der Jahresversammlung des Deutschen Sparkassenverbandes in Brüssel – also in der Höhle des Löwen. Nach meiner Meinung ist die gemeinsame europäische Einlagensicherung ein wichtiger Bestandteil der Bankenunion, die einfach auch die logische Ergänzung ist, wenn man die Banken gemeinsam beaufsichtigt. Wenn etwas schief geht, dann muss man auch gemeinsam dafür geradestehen, und der Vorteil ist, wenn es diese Einlagensicherung gibt, dann entfällt der Grund für einen Bankansturm in den ganzen Ländern. Wir waren während der Eurokrise nahe an so einem Bankansturm in mehreren Ländern. In Griechenland zum Beispiel sind über 100 Milliarden Euro an Einlagen von den Banken abgezogen worden. In anderen Ländern war der Betrag nicht ganz so groß, aber es ist logisch, dass, wenn die Sorge besteht, dass ein Land die Währungsunion verlässt und man sein Geld zwar wieder bekommt, allerdings in einer nationalen Währung, die sehr viel schwächer wäre als der Euro, dann ist der Anreiz im Vorfeld sehr groß, dieses Geld in andere Länder zu verlagern. Sowas würde man vermeiden, wenn man diese gemeinsame Einlagensicherung hätte.

Es ist aber auch ganz wichtig, über die Voraussetzungen zu streiten. Was muss also gegeben sein, damit man diesen Schritt gehen kann? Das kann nicht in diesem oder im nächsten Jahr sein, weil es einfach noch zu viele Altlasten gibt in den Bilanzen der Banken. Ein Beispiel dafür wären notleidende Kredite. Die sind sehr unterschiedlich in ihren Größenordnungen. Die müssen erstmal abgebaut werden, aber da gibt es Fortschritte. Die sind im letzten Jahr im Euroraum um ein Fünftel gesunken. Das muss weitergehen. Auch das Volumen in den Bilanzen der nationalen Staatsanleihen ist sehr wichtig. Das sind so Dinge, die erst beseitigt werden müssen. Dann sollte man das Ziel einer gemeinsamen Einlagensicherung, was eben wichtig ist für die Robustheit der Währungsunion, aber auch wirklich angehen. Das sieht aber auch die Mehrheit der Regierungen so.

Vielleicht noch ein letztes Argument: Alle ESM- und ESF-Programme der letzten sieben Jahre wären erheblich geringer gewesen, wenn wir diese Einlagensicherung gehabt hätten, weil eben ein großer Teil unseres Geldes gebraucht wurde, um den Abzug von Depositen bei den betroffenen Banken zu refinanzieren. Ein großer Teil unserer Gelder wurde für die Banken gebraucht und das hätte geringer sein können und das ist ja eigentlich auch positiv.

Michael Gehler: *Vielen herzlichen Dank für diese Ausführung. Ich würde gerne übergehen zum Thema WWU. Das ist ja ein Akronym, das wir alle verwenden, aber ist es eigentlich korrekt von einer WWU zu sprechen, solange wir noch keine wirklich funktionierende Wirtschaftsunion haben? Gleich die Zusatzfrage: Worin bestehen denn Ihrer Ansicht nach die größten Vorbehalte oder auch Widersacher gegen eine stärkere Flankierung der Währungsunion durch eine Wirtschaftsunion, gleichwohl ja schon einiges im Gange ist – Schuldenbremse, europäisches Semester, Budgetüberwachung bzw. Einsichtnahme durch die Kommission. Was fehlt da noch und wo sehen Sie die größten Widerstände in diesem Bereich?*

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

Klaus Regling: Das hängt ein bisschen davon ab, wie man eine Wirtschaftsunion wirklich definiert. Wir haben ja schon Dinge angesprochen, die wir bereits geschaffen haben. Wenn man das jetzt weiterentwickelt und sagt: Würden wir eine hundertprozentige Wirtschaftsunion haben – im Währungsbereich haben wir sie ja – dann wären wir im Grunde die vereinigten Staaten von Europa. Das kann ich mir als Europäer zwar persönlich wünschen, aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass die Mehrheit der Bevölkerung das nicht möchte. Das war vielleicht mal ein Traum vor 30 oder 40 Jahren, aber heute ist das anders. Es wird also in den nächsten Jahren keine vollständige Wirtschaftsunion geben. Wie gesagt: Dann hätten wir die Vereinigten Staaten von Europa. Mein Job wäre dann viel einfacher, als er es heute ist.

Die Probleme entstehen natürlich aus diesem Spannungsfeld. Die Währungspolitik ist total zentralisiert, andere Bereiche hingegen werden total dezentral auf der nationalen Ebene abgewickelt. Manche Akademiker im angelsächsischen Raum haben gesagt, das würde niemals funktionieren. Ich denke, dass es funktionieren kann, aber gut koordiniert werden muss. Das versuchen wir ja auch. Das versuchen wir mit dem Stabilitätspakt. Der hat nicht hundertprozentig funktioniert, aber er hat doch ein bisschen funktioniert, sonst hätten wir heute nämlich kein Haushaltsdefizit von knapp einem halben Prozent des Bruttoinlandsproduktes, sondern Defizite wie die Amerikaner von annähernd 6% oder wie die Japaner von 4%. Das funktioniert also schon ein bisschen, aber natürlich nicht hundertprozentig.

Wirtschaftsunion würde auch bedeuten, dass man Mehrheitsentscheidungen einführen müsste – zum Beispiel in der Steuerpolitik. Das wollen einige Staaten aber nicht, weil sie dadurch ein Steuerungsinstrument hergeben würden. Da wird drum gerungen, was einen aber auch nicht wundern sollte. Ich denke, wir sind auf dem Weg zu mehr Wirtschaftsunion, ohne, dass ich erwarte, dass wir die vollständige Wirtschaftsunion noch erleben werden. Nicht, weil ich sie mir nicht wünschen würde, sondern weil der Großteil des Volkes sie nicht will. Darum muss dann eben auch gerungen werden, wie auch um Dinge, über die wir schon gesprochen haben: Bankenabwicklungsfonds, Einlagensicherung. Das sind alles auch Elemente, die uns näher an diese Wirtschaftsunion heranführen. Ich denke aber auch, dass diese Währungsunion funktionieren kann, ohne, dass wir die Vereinigten Staaten von Europa werden.

Michael Gehler: *Das wäre ja auch ein Novum, wie es Historiker immer sagen: Eine Währungsunion ohne Staat kann nicht auf Dauer existieren. Andererseits kann man als Historiker aber auch immer fragen: Was wird schon auf Dauer überhaupt existiert haben in der Geschichte?*

Klaus Regling: So etwas wie die Europäische Integration hat es in dieser Intensität ja auch noch nie gegeben. Insofern fehlen auch mögliche Vergleichsmaßstäbe. Die Fälle, die wir aus der Wirtschaftsgeschichte kennen, wo es Währungsunionen gegeben hat, hatten eben nicht diese enge Verknüpfung und Koordinierung. Da gab es keinen Stabilitätspakt. Wir haben ja auch viel Solidarität. Wir haben auch Transfers innerhalb Europas. Transfers über den EU-Haushalt haben wir schon seit 60 Jahren zwecks Angleichung der Lebensverhältnisse – genau wie der deutsche Finanzausgleich. Auch angelsächsische Akademiker sagen, dass ohne Transfers die Währungsunion nicht funktionieren kann, sie

vergessen aber, dass wir diese Transfers haben und diese nicht wegen der Währungsunion geschaffen wurden, sondern schon davor existiert haben. Sie helfen auch der ökonomischen Konvergenz innerhalb der Währungsunion. Wenn es den EU-Haushalt nicht gäbe, dann müssten wir in dem Bereich wahrscheinlich etwas Neues erfinden, aber wir haben das bereits. Das gab es so in der Wirtschaftsgeschichte noch nie, dass man so eine enge wirtschaftliche Kooperation hat mit Transfers, mit Koordinierung der Wirtschaftspolitik und daher bin ich sehr zuversichtlich, dass es dem sehr gut gehen wird.

Ich weiß nicht, wo Sie es einbauen wollen, aber man muss darauf hinweisen, dass wir heute einen Zuspruch zum Euro haben in der Bevölkerung der 19 Länder, der höher ist als jemals seit Beginn der Währungsunion. Die liegt heute bei 74% und war noch nie zuvor so hoch. Nur eine ganz kleine Minderheit wünscht sich nationale Währungen zurück.

Ich denke, dass das letztlich für die Regierungen etwas ganz Wichtiges ist, weshalb sie auch weitermachen bei der Integration. Das war auch entscheidend in Griechenland, weshalb die Regierung eine Kehrtwende vollzogen hat, denn man hat gesehen, dass die Mehrheit den Euro will. Dann musste getan werden, was notwendig war, um Griechenland im Euroraum zu halten. Insofern sollte man aus der Geschichte – in diesem Fall – nicht die falschen Lehren ziehen.

Michael Gehler: *Vielen herzlichen Dank, das war fantastisch.*

Sanne Ziethen: *Warum wird der ESM nicht zum EWF – also dem Europäischen Währungsfonds – umgetauft, obwohl er eigentlich die Aufgaben eines Währungsfonds übernehmen soll, bzw. diese mit der ECB und der EZB und der EU-Kommission praktisch bereits übernimmt?*

Klaus Regling: In der Tat: Wir haben bereits sowas wie den Europäischen Währungsfonds, aber halt mit verteilten Rollen. Jetzt wird die Rolle des ESM noch wichtiger. Der andere Grund, warum wir das so lassen, ist: Währungsfonds als Begriff beinhaltet, dass wir auch monetäre Währungsaufgaben hätten, und die haben wir eigentlich nicht. Monetäre Dinge macht bei uns die EZB und wenn man das mit dem IWF vergleicht, der ja auch Internationaler Währungsfonds heißt, so hat der mehr mit Währung und monetären Dingen zu tun, weil dessen Refinanzierung durch die Zentralbank erfolgt. Das wäre der große Unterschied zwischen IWF und ESM. Auf der Kreditvergabeseite mit Konditionalität verfolgen wir den gleichen Ansatz, aber die Refinanzierung erfolgt beim ESM über die Märkte, beim IWF halt über die Zentralbank. Das ist der monetäre Teil des IWF und den haben wir nicht. Von daher sollte man hier auch niemanden in die Irre führen. Wir haben diese Währungsseite nicht beim ESM.

Der zweite Grund ist, dass wir bei unserer Arbeit Anleihekredite geben, was ja der Ursprung unserer Arbeit war, aber heute weitergeht. Es ist sehr nützlich, Namen einfach nicht zu ändern. Wir wissen, dass internationale Investoren, wenn sich ein Name ändert, oft wieder bei null anfangen und sagen, ein neuer Name bedeutet etwas Neues, was sich erstmal genauer angeschaut werden und geprüft werden muss, bevor gekauft wird. Mein Team, dass für die Anleihegebung zuständig ist, hat gesagt, man solle auf keinen Fall den Namen verändern. Das macht Dinge einfach komplizierter.

„Ideallösungen gibt es in der Krise selten.“

Die Summe der Argumente hat dann einfach dazu geführt, dass ich immer sage: Der Name ist zweitrangig. Wichtig ist, dass die Arbeit gut gemacht wird und wenn sich das Mandat erweitert, wir dazu in der Lage sind, das zu erfüllen.

Michael Gehler: *Vielleicht dürfen wir zwei, drei Aspekte nochmal nachfragen: Einmal haben Sie gesagt, es gäbe einen Wandel vom Troika-Quartett hin zum Tandem. Hieße das dann nicht, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass Kommission und ESM für das weitere Business zuständig sind und der IWF praktisch nicht vollständig verschwindet, aber erstmal außen vor ist. Was ist dabei aber mit der EZB?*

Klaus Regling: Wir sind froh, dass wir die EZB haben. Sie ist ja auch der gemeinsame europäische Aufseher. Die wird immer beteiligt sein in dem Sinne, dass sie ihre Expertise zu den Banken und den Finanzmärkten im Krisenfall zur Verfügung stellt, aber die EZB wird heute nicht mehr die Rolle aus Troika spielen wie zu Beginn der Krise. Das war ja eine Art Notkonstruktion, dass sie für alles, was in diesem Programm verhandelt wird, mitverantwortlich ist. Das sind Dinge für die sie eigentlich gar nicht zuständig ist. Das will sie auch gar nicht sein, aber beteiligt wird sie natürlich immer sein. Die Hauptakteure sind aber die Kommission und der ESM und das können Sie auch an der Vereinbarung sehen, die ich mit der Kommission geschlossen habe. Die findet man auf unserer Website. Wir haben mit der Kommission ein Memorandum of Understanding schon im letzten April vereinbart, dass unserer Zusammenarbeit darstellt. Im November haben wir dann eine neue Übereinkunft getroffen, wie dann, angesichts der Mandatserweiterung des ESM, die Zusammenarbeit in der Zukunft aussehen sollte. Das ist auch die Grundlage und wurde beim Gipfel positiv zur Kenntnis genommen. Da steht zum Beispiel drin, wenn ein Länderprogramm in einem „Memorandum of Understanding“ festgelegt wird, dass dieses in Zukunft von der Kommission und dem Management des ESM unterschrieben wird. Bisher war es nur die Kommission. Das zeigt die Aufwertung des ESM, dass wir in diesem Punkt künftig gleichberechtigt mit der Kommission agieren werden.

Wenn Sie sich dieses Dokument anschauen, das für Sie als Akademiker sicherlich ganz interessant sein könnte, werden Sie feststellen, dass das gar nicht so einfach war. Einerseits wollten viele unserer Mitgliedsstaaten, dass der ESM wichtiger wird, aber andererseits wissen wir auch, dass, wenn der EU-Vertrag der Kommission bestimmte Aufgaben überträgt, dann kann man diese nicht einfach wieder wegnehmen. Der EU-Vertrag gibt der Kommission das Mandat der wirtschaftspolitischen Koordinierung und der haushaltspolitischen Überwachung und das muss auch so bleiben – es sei denn, man ändert den EU-Vertrag. Der frühere deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble hat einmal so dahingesagt, der ESM solle einfach den Stabilitätspakt überwachen, die Kommission würde das nicht gut genug machen und da musste ich ihm praktisch sagen, dass das mit dem EU-Recht nicht vereinbar ist. Die Kommission hat die Aufgabe und da kann der Europäische Rat oder die Eurogruppe nicht einfach kommen und sagen, das solle jetzt anders gemacht werden. Das habe ich klargemacht. Diese Grenze musste beachtet werden, sonst hätte es eines Tages Ärger vom Europäischen Gerichtshof gegeben.

Andererseits wollten aber die Mitgliedsstaaten, dass der ESM wichtiger wird, weil wir halt eine andere Perspektive in die Verhandlungen und die Überwachung einbringen. Wir sind halt Gläubiger. Die Kommission ist kein Gläubiger. Die Kommission ist sehr

wichtig. Ich habe da lange und gerne gearbeitet. Sie ist so eine Art Think Tank auf sehr hohem Niveau, der sich um das Wohl Europas kümmert. Wir bringen die Perspektive des Gläubigers. Es ist unser Geld, dass wir dort auszahlen, und wir wollen auch, dass das zurückgezahlt wird. Wir sind auch die Institution, die jeden Tag am Markt aktiv ist durch unsere Anleihen oder durch das Investieren unseres Eigenkapitals. Ich denke, dass sich diese zwei Rollen sehr gut komplementieren können. Das haben wir in dieser Übereinkunft vom November versucht einzufangen. Für Sie ist es vielleicht ganz interessant, da einmal hineinzuschauen.

Michael Gehler: *Unbedingt! Vielen Dank, Herr Regling. Eine letzte Frage: Sie sind ja jetzt in London und wir alle warten gespannt auf eine Entscheidung beim Brexit. Was für Folgen hätte das Szenario Brexit für den ESM, für den Euro, obwohl die Briten den gar nicht haben. Könnte man sagen, dass uns das gar nicht tangiert oder ist das doch nicht so einfach?*

Klaus Regling: Da kann man durchaus sagen, dass es den ESM nicht tangiert. Bei unserer Nachbarinstitution in Luxemburg, der Europäischen Investitionsbank, ist das ganz anders. Die ist massiv tangiert, weil Großbritannien dort ein Mitglied ist und 15% des Eigenkapitals hat und von da viele Projekte in Großbritannien finanziert wurden. Die Investitionsbank wird das Problem sicherlich lösen, aber die müssen viel Zeit dafür investieren. So ein Problem haben wir nicht. Der Euroraum ist nicht tangiert. Wir wären beim ESM höchstens indirekt tangiert, wenn es jetzt am Kapital- und Finanzmarkt große Erschütterungen geben würde, weil wir ja jeden Tag am Markt sind. Wir würden das spüren, so wie alle anderen Marktteilnehmer auch. Das hatten wir ein bisschen, als das Ergebnis des Referendums kam. Das war ja eine Überraschung. Da haben wir, genau wie alle anderen, zehn Tage lang keine Anleihen gegeben. Das musste sich erstmal setzen. Das ist aber auch das Einzige. Die Realwirtschaft im Euroraum wird natürlich negativ tangiert sein, aber sehr viel weniger als die Realwirtschaft in Großbritannien selbst.

Michael Gehler: *Lieber Herr Regling, haben Sie herzlichen Dank!*

Sanne Ziethen: *Herzlichen Dank auch von meiner Seite.*

Michael Gehler: *Es war wirklich großartig, dass wir noch einmal mit Ihnen sprechen konnten. Herzlichen Dank.*

Werner Hoyer



Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die EU

Zum Referenten:

Dr. Werner Hoyer ist Präsident der Europäischen Investitionsbank. Er wurde 1951 in Wuppertal geboren und besuchte das Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Hannover, wo er sein Abitur 1970 ablegte. Es folgte das Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln, das er 1974 als Diplom-Volkswirt abschloss. Bis 1984 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter dort tätig. Im Jahre 1977 promovierte er zum Dr. rer. pol. mit der Arbeit „Vermögenseffekte des Geldes – Theoretische Ansätze zur Rolle des Geldes als Vermögensobjekt im Wirtschaftsprozess“. Bis 1994 hatte er auch an der Universität zu Köln einen Lehrauftrag für Außenwirtschaft. Von 1985 bis 1987 war Dr. Hoyer Leiter des Bereichs Wirtschaft und Information bei der Carl-Duisberg-Gesellschaft e. V. in Köln. Seit 1972 ist er Mitglied der FDP; von 1984 bis 1992 war er Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Köln. Seit 1984 gehörte er dem FDP-Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen an und seit 1994 auch dem Bundesvorstand. Von 1993 bis 1994 amtierte Dr. Hoyer als Generalsekretär der FDP-Bundespartei und von 1987 bis 2012 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1989 bis 1993 Parlamentarischer Geschäftsführer und von 1990 bis 1994 sicherheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Von Oktober 2002 bis Oktober 2009 war Dr. Hoyer stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises für Internationale Politik sowie außenpolitischer Sprecher der

Fraktion, von 1994 bis 1998 Staatsminister im Auswärtigen Amt und dies nochmals von Oktober 2009 bis Dezember 2011. Nachdem der Europäische Rat im Herbst 2011 grünes Licht für seine Kandidatur gegeben hatte, hat der Gouverneursrat Dr. Hoyer zum 1. Januar 2012 zum EIB-Präsidenten berufen.

Zum Vortrag:

Der Referent widmet sich in seinem Vortrag den Aufgaben der Europäischen Investitionsbank (EIB) unter Berücksichtigung der aktuellen politischen und ökonomischen Situation. Die EIB entstand mit den Römischen Verträgen und wird daher ebenfalls am 25. März 2017 sechzig Jahre alt; doch kaum jemand kennt diese Bank, obgleich sie im Konzert der europäischen Einrichtungen die „Good News Institution“ ist. Dem gegenüber muss Mario Draghi von der Europäischen Zentralbank (EZB) schwierige Entscheidungen und ein monetary easing vertreten, einen leichten Zugang zum Geld. Ein Kurs, so Hoyer, der nicht mehr lange zu halten sein werde.

Als Hoyer vor fünf Jahren aus der Bundesregierung nach Luxemburg wechselte, sagte ihm sein Vorgänger, jeder Tag, an dem die Bank nicht in der Zeitung stehe, sei ein guter Tag. Das sei grundsätzlich für eine Bank keine schlechte Haltung, so Hoyer, aber wenn man eine Institution mit zu verantworten hat, die ein solches Marktpotential darstellt, dann müsse man die guten Nachrichten auch nutzen. Deshalb bemühe er sich, die EIB in den letzten Jahren ins Bewusstsein vor allem der politisch Handelnden zu tragen.

Im Jubiläumsjahr 2017 steht es schlecht um die EU, das heißt, es steht schlecht um den Ast, auf dem wir sitzen, ökonomisch, weil Deutschland und die EU ohne einen starken gemeinsamen Markt nicht die Rolle in der Welt spielen könnten, die sie spielen, und ebenso politisch und sicherheitspolitisch. Es ist an der Zeit, dass wir deutlich machen, wo wir beim Thema Europa stehen. Die Briten haben uns gezeigt, wie eine völlig aus dem Ruder gelaufene politische Führung zu einer verheerenden Entscheidung führen kann, unter der wir alle leiden, aber die Briten am meisten. Wer glaubt, er könnte die internationale Arbeitsteilung zurückdrehen, der verzichtet nicht nur auf ihre Vorteile, die seit den Erkenntnissen von David Ricardo und Adam Smith bekannt sind, sondern er fährt Nachteile ein. Das wird Großbritannien zu spüren bekommen, auch auf dem Finanzmarkt, denn es ist das Finanzzentrum Nr. 1 und es ist zu bezweifeln, dass das so bleiben wird. Beim Wirtschaftsforum in Davos, berichtet Hoyer, traf er viele Chefs von internationalen Banken, die sagten, sie wollten nicht die letzten sein, die dort weggehen. Denn es ist eine ungemütliche Situation, wenn das Tätigwerden der Banker auf den europäischen Kontinentalmärkten nicht mehr möglich ist, wenn möglicherweise Emissionen sehr viel schwieriger werden, fast alle Verträge nach englischem Recht geschlossen und im Zweifel vor englischen Gerichten durchgezogen werden. Das sind alles Schwächen für Großbritannien und das haben die Bürgerinnen und Bürger vorher nicht gewusst, als sie sie so abstimmten, wie sie es getan haben – was zu respektieren ist.

Wir müssen bei den Bürgerinnen und Bürgern Glaubwürdigkeit für Europa zurückgewinnen und das passiert nicht, wenn man den Weckruf nicht hört, der vom Brexit und von der Wahl Trumps ausgegangen ist und der bedeutet: Sorgt dafür, dass wir das in Europa gemeinsam machen, was wir nur gemeinsam bewerkstelligen können – aber was

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die EU

man besser in Berlin, Hildesheim oder Sarstedt regeln kann, sollte dort geregelt werden. Diesen allgemeinpolitischen Rahmen muss man sehen, wenn es um die EIB geht.

Die EIB ist der finanzielle Arm der Mitgliedstaaten der EU; sie ist Eigentum der Mitgliedstaaten, nicht der Kommission. Es gibt also 28, demnächst 27, Anteilseigner. Jeweils gut 16% beträgt der Anteil von Frankreich, Italien, Deutschland und Großbritannien, der Rest verteilt sich auf die übrigen 24 Staaten. Die Bank wird geführt vom Gouverneursrat, das sind die 28 Finanzminister, und sie hat einen *Board of Directors*, der nicht vor Ort präsidiert, wie es bei der Weltbank der Fall ist, sondern einmal im Monat zusammenkommt, um Projekte zu genehmigen. Ansonsten wird sie geführt von einem Vorstand, der aus dem Präsidenten und acht Vizepräsidenten besteht.

Die Bank ist in Brüssel entstanden, nach zehn Jahren ist man umgezogen nach Luxemburg. Die Luxemburger haben es geschafft alles zu bekommen, was mit Justiz und Geld zu tun hat: den Europäischen Gerichtshof, den Europäischen Rechnungshof, das europäische statistische Amt, seit 2012 den Europäischen Stabilitätsmechanismus und eben auch die EU-Bank.

Die Bank ist heute der bei weitem größte Emittent von Wertpapieren und lebt von dem Geld, das sie auf den Kapitalmärkten aufnimmt. Sie verkauft im Jahr zwischen 60 und 90 Milliarden Euro EIB-Bonds, die Gesamtsumme liegt bei knapp 600 Milliarden, das jährliche Ausleihvolumen bei 84 Milliarden. Damit ist sie doppelt so groß wie die Weltbank.

Als Hoyer zur EIB kam, war gerade die erste Welle der Finanzkrise vorbei. In der Krise brauchte man plötzlich die regionalen Förderbanken, heute N-Banken, die KfW und eben auch die europäische Bank, die im Gegensatz zur N-Bank und zur KfW keine Staatsbank in dem Sinne ist, dass sie auch gleich noch die Staatsgarantie mitbringt. Die EIB muss alles am Markt regeln, aber sie hat einen großen Handlungsspielraum. Was in der Krise aus der europäischen und auch deutschen Industrie geworden wäre, wenn die öffentlichen Förderbanken nicht eingestiegen wären, insbesondere die europäische, ist fraglich. Hoyer vertritt die Auffassung, dass die Intervention einer öffentlichen Bank nur gerechtfertigt ist, wenn ein Marktversagen vorliegt und die Finanzierung einer notwendigen und sinnvollen Investition nicht allein vom Markt geregelt werden kann. Praktisch lief das über die Partnerbanken der EIB. Die DZ-Bank, die Dachgesellschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken, ist eine davon. Die EIB ist dort schätzungsweise mit 1,7 Milliarden Euro exponiert, mehr nicht. Sie refinanzieren sich auf den Märkten so günstig, dass sie den Zugriff auf die EIB-Finanzierung nicht in dem Maße brauchen wie andere. Die gibt es nicht nur in schwachen Ländern. Es heißt immer, der Zugang großer und kleiner Unternehmen zu Bankkrediten sei besonders schwierig in Ländern wie Griechenland, Portugal oder Zypern. Aber der Zugang von Kleinunternehmen zu Bankkrediten ist am schwierigsten in den Niederlanden.

Nach der Krise musste die gewachsene Bank zurückgeführt werden auf das Vorkrisenniveau – und dann schlug die Eurokrise zu. Die Staats- und Regierungschefs fragten, ob das Zurückfahren notwendig sei. Das war es, weil die Finanzkennziffern so aus dem Lot geraten waren, dass die EIB beim nächsten Ranking schlecht abgeschnitten hätte. Es sei denn, so Hoyers Argument damals, die Eigentümer sorgten für eine Kapitalerhöhung. So ist damals eine Kapitalerhöhung von 10 Milliarden Euro zustande gekommen, die längst überfällig war. In der Bilanz der Bank stehen als Eigenkapital 232 Milliarden Euro. Da-

von sind 11 Milliarden eingezahlt, der Rest ist calling capital, das die EIB im Bedarfsfall ziehen kann.

Glaubwürdigkeit ist das Entscheidende in der gesamten Bankenwelt und für die EIB ganz besonders, weil sie jedes Jahr rund 80 Milliarden Euro vom Kapitalmarkt holen muss. Investoren sind zum Beispiel Pensionsfonds aus Kanada und große Unternehmen aus Deutschland oder anderen Staaten. Die EU-Bank ist eine Non-Profit-Organisation, die sich aber gleichwohl am Markt behaupten muss. Sie hat Überschüsse erzielt, die dazu führten, dass sie mittlerweile noch ein Restpolster von 50 Milliarden Euro hat, so dass die Finanzierung der Bank jetzt ganz stabil ist.

Als sie die 10 Milliarden Kapitalerhöhung bekam, wurde den Staats- und Regierungschefs versprochen, innerhalb von drei Jahren ein zusätzliches Investitionsvolumen von 180 Milliarden Euro in der Wirtschaft loszutreten. Den Faktor 18 als Multiplikator hatte die Bank nach 23 Monaten erreicht.

Das war der Ansatzpunkt für den sogenannten Juncker-Plan. Als Jean-Claude Juncker noch nicht Kommissionspräsident war, fragte er bei der EIB an, was geschehen müsse, um in Europa die Investitionsmaschinerie wieder in Gang zu bringen? Die EIB-Mitarbeiter begannen mit einer soliden Analyse und untersuchten das Investitionsverhalten von Staat und Wirtschaft in der EU im Hinblick auf die Differenz zwischen der politischen Zielsetzung des Europäischen Rates und dem, was tatsächlich in öffentlichen Unternehmensbudgets vorgesehen ist für die Zeit bis 2020. Ziel des Rates ist es zum Beispiel, bis dahin 3% des Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben. Wenn man dann schaut, was Unternehmen und Staat auf dem Gebiet der Forschungsförderung vorhaben, kommt man auf eine Finanzierungslücke von 130 Milliarden Euro pro Jahr. Auf dem Gebiet Infrastruktur sind es annähernd 100 Milliarden pro Jahr. Digitalisierung ist der größte Schwachpunkt der deutschen Volkswirtschaft und das gilt für Europa insgesamt, wenn es auch Gebiete gibt, in denen die Digitalisierung ganz vorzüglich vorangeschritten ist, wie in den baltischen Staaten und teilweise auch in Regionen Frankreichs. Die Förderung ist viel zu gering, um in Deutschland den Einstieg in die vierte Industrielle Revolution zu schaffen. Es klafft eine Lücke von fast 100 Milliarden. Europa kann beim jetzigen Stand der Datentechnik nur ungefähr ein Drittel seiner Daten selbst verarbeiten und ist ansonsten angewiesen auf Datenzentren und Clouds außerhalb Europas. Was wir hier an Defiziten beobachten, ist in Kanada, Vietnam oder Südkorea längst beseitigt.

Der Vergleich zwischen Zielen und Zielerreichungsmitteln ergab insgesamt eine Lücke von 700 Milliarden Euro. Die von Juncker vorgeschlagene erneute Kapitalerhöhung hat Hoyer abgelehnt. 2013 war Liquidität nicht mehr das Problem. Vielmehr wussten die Kapitalsammelstellen, die Versicherungsgesellschaften, gar nicht mehr, wo sie vernünftige Anlagemöglichkeiten finden konnten, um ihren Versicherten noch eine geringe Verzinsung garantieren zu können. Geld ist da und Geld kostet nichts. Warum aber fließt diese Liquidität nicht in die Projekte?

Gibt es überhaupt Projekte? Die EIB startete eine Umfrage bei den Mitgliedstaaten der EU. Es kam eine Liste zusammen von knapp 3000 Milliarden Euro Investitionen, die unbedingt getätigt werden müssten. Mindestens die Hälfte davon nach dem Motto: alles, was ich immer schon finanziert haben wollte, was mir aber aus gutem Grund keiner finanziert hat. Aber ein großer Teil der Projekte war belastbar und dann fragt man sich, warum ist niemand bereit das Risiko der Finanzierung auf sich zu nehmen? Mit Risiko ist die

entscheidende Dimension angesprochen. In Zeiten der Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunftserwartungen, der Stabilität der eigenen Politik, des wirtschaftlichen Umfelds, vielleicht sogar der Sicherheit, geht man nicht so leicht langfristige Risiken ein.

So ist der Grundgedanke des Juncker-Plans einfach: Lass uns die Investoren ermutigen, risikoreicher zu sein, indem wir ihnen einen kleinen Teil des Risikos abnehmen. Dafür hat die EU 16 Milliarden Euro aus ihrem siebenjährigen Finanzplan zur Verfügung gestellt – das ist nicht so viel, aber eine relevante Summe. Die Bank hat 5 Milliarden dazugelegt. Die 21 Milliarden Euro dienen zur Absicherung von teilweise minimalen Risiken von Projekten, die sonst nicht auf den Weg gebracht würden. Diesen Plan hat Juncker als Kommissionspräsident im Rat und im EU-Parlament durchgesetzt.

Er hat dann bei der EIB angefragt, ob sie wieder einen Multiplikator von 18 erzielen könnte. Hoyer hielt den Faktor 15 für möglich, was bei 21 Milliarden Garantiebasis 315 Milliarden Euro macht. Seit eineinhalb Jahren ist die EIB dabei, das umzusetzen. Die Projektprüfungen laufen bei ihr. Nach der Hälfte der Laufzeit ist sie heute bei weit über der Hälfte der 315 Milliarden angekommen. Aber was ist insgesamt erzielt worden? Roundabout 100 Milliarden Euro im letzten Jahr bei einer Lücke von 700 Milliarden, von der die Berechnungen ausgingen. Es ist der Anfang des Weges, der nicht erfolgreich sein wird indem man Geld multipliziert, sondern indem man die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert.

Die EIB führte eine Umfrage unter 12000 Unternehmen in Europa durch, um zu erfahren, wie sie die Lage sehen. Drei Antworten fallen auf: große Unsicherheit über die weitere geschäftliche Entwicklung, hohe Investitionshemmnisse und Schwierigkeiten beim Zugang zur Finanzierung, insbesondere zu Risikokapital. Dazu muss man wissen, dass 75% aller Unternehmensfinanzierungen über Banken laufen; in den USA laufen 80% aller Unternehmensfinanzierungen über den Kapitalmarkt. Europa fängt im Bereich Venture-Capital erst an und besitzt die größte Unternehmung in der EIB-Tochtergesellschaft, dem Europäischen Investitionsfond.

Viel zu tun gibt es auch im Bereich der alternativen Energien. Es klafft eine Riesenslücke zwischen den Energiezielen der EU und dem, was an Investitionen auf den Weg gebracht wurde. Ein großer Schwachpunkt ist der Bereich Forschung, Entwicklung und Technologie. Die Deutschen erreichen knapp das EU-Ziel von 3%, aber wenn die EU insgesamt 3% schaffen will, dann muss Deutschland deutlich darüber liegen. Polen hat 1% des Bruttosozialprodukts in den Bereich Innovation, Forschung und Entwicklung gesteckt; es sind nicht nur die schwachen die hinterherhinken, sondern diejenigen, die ihre strukturpolitischen Aufgaben in den letzten Jahren nicht gemacht haben.

In der Infrastruktur haben die Mitgliedstaaten einen Riesenbedarf. Ein Problem sind die zum Teil großen Vorbehalte gegenüber ÖPP (öffentlich-private Partnerschaft)-Projekten, weil sich die Erkenntnis tief eigenistet hat, dass ÖPP-Finanzierungen immer teurer werden als andere, was auf Erfahrungen mit schlecht strukturierten ÖPP zurückgeht, die auf unrealistischen Annahmen beruhten. Deshalb kommt es auf die Qualität der Projekte an und auf eine Bank, die in der Lage ist, die Qualität eines Projekts zu beurteilen. Die EU-Bank ist von ihrer Ingenieurskapazität her die bei Weitem stärkste Bank der Welt und sehr gut in der Lage die Qualität zum Beispiel einer Verkehrsprognose oder eines technologischen Werts zu beurteilen. Wenn ihr TÜV-Stempel auf einem Projekt steht, dann

wollen die anderen Kapitalsammelstellen und häufig auch andere Banken mitfinanzieren – das heißt der Sinn ihrer Aktivitäten ist „crowding in“ (Verstärkungseffekt).

Teil des Juncker-Plans sind schließlich auch Beratungsleistungen, die die Projektpromotoren in die Lage versetzen, ihre Projekte besser zu strukturieren und krisensicher zu machen. So ist ein großer Baustein des Juncker-Plans der sogenannte European Investment Advisory Hub (EIAH), eine zentrale Beratungsangebotsstelle für Projektentwicklung quer durch die EU.

Seitdem die Bank Juncker damals ihre Analysen vorgelegt hat, ist allerdings das Investitionsloch noch größer geworden. Die Vereinten Nationen haben beschlossen, dass sie die „sustainable development goals“ forcieren wollen, die großen Entwicklungsziele bis 2030. Das ist sehr gut, erfordert aber enorme Investitionen. Dazu kam dann Ende 2015 die Beschlussfassung von Paris im Hinblick auf die großen Klimaziele – ein weiterer großer Investitionsposten.

Viele Probleme, die wir bei uns haben, bekommen wir nur in den Griff, wenn wir sie an der Quelle lösen. Die Welt hat zurzeit ein gigantisches Migrationsproblem. Auf Europa ist die erste große Flüchtlingswelle vor eineinhalb Jahren zugekommen und es war nicht die letzte. Wir haben Investitionsnotwendigkeiten im Zusammenhang mit Migranten mindestens an drei Stellen: da wo sie eintreffen, in den Durchgangsländern und schließlich bei uns. Land und Bund lassen unsere Kommunen im Stich. Es geht um gigantische Summen, aber die werden sich durch Bautätigkeit und ähnliches wirtschaftlich auch positiv auswirken. Die Bereitschaft der Finanzminister, zuzuhören, war relativ begrenzt. Hoyer berichtet, er habe ihnen gesagt: Eines Tages werden euch die Menschen fragen, habt ihr eigentlich nur Symptome kuriert oder seid ihr auch an die Wurzeln gegangen. Hat mal einer die Frage gestellt, warum die Menschen kommen? Warum ist die Perspektivlosigkeit in den Ländern Nordafrikas so ist wie sie ist? Haben wir nicht vielleicht auch einen großen Fehler gemacht, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht? Haben wir nicht zu lange Entwicklungspolitik als globale Sozialpolitik verstanden, mit viel gutem Willen, aber wenig ökonomischer Strategie? Auch Afrika hat das Zeitalter der Digitalisierung erreicht. Es gibt Regionen in Kamerun oder im Kongo, in denen die Elektrizität noch nicht da ist, aber die Solarpanels, mit denen Funksignale übertragen werden können, die sind schon da und ebenso Generatoren, mit denen man ein Handy aufladen kann. In Gebieten, in denen die Entwicklungspolitik noch nicht angekommen ist, findet mit modernsten Technologien der Zugang zum Gesundheitswesen, zur Bildung, zu Banken statt. Es werden hunderte von Jahren industrieller Entwicklung übersprungen. Das ist eine riesige Chance, das heißt aber auch, man muss bereit sein, dort zu helfen – und das treibt die Bundesregierung massiv voran in der EU.

Die EU-Bank investiert ungefähr 10% ihres Volumens, also knapp 10 Milliarden Euro pro Jahr, außerhalb der EU. Dazu gehören insbesondere die Länder, die in unserer Nachbarschaft unmittelbare Unterstützung brauchen. Die Ukraine ist ein wichtiger Mandatsnehmer, weil wir sicherstellen müssen, dass die Ukrainer nicht völlig von den Russen beiseite gedrückt werden. Für Länder wie Moldawien gilt Ähnliches. Hinzu kommen die Regionen dieser Welt, in denen plötzlich wieder ein kleines Pflänzchen Hoffnung aufkeimt, wie in Argentinien oder Kolumbien. Die europäische Wirtschaft erwartet, dass wir sie auf ihrem Weg auf diese Märkte begleiten und helfen, wirtschaftliche Beziehungen herzustellen, soweit sie von Vorteil sind. Hoyer ist der Meinung, dass die EU in den

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die EU

nächsten Jahren das Verhältnis 90% innerhalb der EU und 10% außerhalb zugunsten der außereuropäischen Staaten verändern muss.

Die EIB wird auf den Märkten sehr geschätzt und bekommt beim Rating ein AAA. Sie muss, um das zu erreichen, hochprofessionell und kommerziell denken, ohne ein kommerzielles Gewinnziel zu haben. Aber wenn man sich die Bilanzfiguren der großen deutschen Banken in diesem Jahr anschaut und sieht, dass die EIB gerade 3 Milliarden Euro Gewinn für 2016 anmeldet, dann sieht die Bank so schlecht nicht aus. Hoyer schließt: Sie sollten das wissen, denn das ist Ihre Bank, die Bank für den Mittelstand in der EU.

Diskussion (Auszüge)

Frage: *Sie haben gesagt, dass die vier Hauptbeteiligten mit je 16% dabei sind, auch Großbritannien. Wer übernimmt nach dem Ausscheiden der Briten aus der EU die Anteile?*

Antwort: Das weiß noch niemand. Es beginnt zurzeit ein fürchterlicher Poker, bei dem es um viel Geld geht. Wie will Großbritannien das zukünftige Verhältnis zur EU organisieren? Was macht ein Land das 16,1% dieser Bank besitzt? Wie bewertet man den Marktwert? Dafür gibt es bisher kein Beispiel. Man könnte sagen, die Briten besitzen 16% des eingezahlten Kapitals, also 16% von 21 Milliarden Euro, aber sie könnten auch argumentieren, wir haben Anspruch auf 16% über die Jahrzehnte, dann reden wir von 16% von 70 Milliarden oder noch mehr. Man kann sich vorstellen, dass das eines Tages vor dem EuGH landen wird.

Es gäbe genügend Interessenten, nur sind die Anteile der Bank nicht handelbar. Man müsste den Weg der Kapitalerhöhung gehen und diese Erhöhung müsste, nach Auszahlung Großbritanniens, dann von den anderen 27 gemeinsam getragen werden. Die Drohung, wir zwingen euch die EU-Bank zu verkleinern, geht jedenfalls ins Leere – und das ist die wichtige Information für die Märkte.

Daher bin ich einigermassen entspannt und trotzdem tut es weh. Wir haben über 300 britische Mitarbeiter, Großbritannien ist wichtig in der Außenpolitik, einer der wichtigsten Geber für die Entwicklungszusammenarbeit, es ist einer unserer wichtigsten Partner und wird uns richtig fehlen.

Es ist mir, selbst wenn ich nur den ganz kleinen Ausschnitt dieser EU-Bank sehe, völlig rätselhaft, wie der Austritt innerhalb von zwei Jahren verhandelt werden soll, denn Großbritannien selbst fehlen die Verhandlungskapazitäten. Es hat zum Beispiel gar keine „trade negotiations“ mehr, und die müssen Handelsabkommen schließen mit allen Ländern der Welt, auch mit uns. Das wird uns in den nächsten zwei Jahren beschäftigen und Ressourcen binden – und dann kommt es hinterher zum Referendum und das britische Volk sagt, diesen Vertrag wollen wir nicht.

Frage: *Nach welchen Konditionen refinanziert sich Ihre Bank?*

Antwort: Das ändert sich von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag. Das Trading ist ein spannender Teil der Arbeit für Spezialisten und sehr unbeständig. Das Volumen, die Kraft der EU, die dahintersteht, das klare Commitment der Mitgliedstaaten zur EU-Bank und die Qualität des Portfolios führen dazu, dass wir immer günstiger finanzieren können als die Partner und Konkurrenten. Die Konditionen, die wir rein marktbasierend zum Beispiel dem griechischen Kunden anbieten können, liegen um mindestens 2% unter dem, was der Markt bietet. Das liegt daran, dass wir so günstig refinanzieren. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns auf die Gebiete konzentrieren, wo wir wirklich einen europäischen Mehrwert erzielen und nicht dahingehen, wo es am leichtesten wäre, und die Geschäftsbanken verdrängen.

Frage: *Es wird immer gesagt, die Banken haben Schwierigkeiten Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu geben. Auf der anderen Seite gab es aber in den letzten Jahren immer mehr Regulierungen für die Banken. Den Banken werden ihre Möglichkeiten genommen – das hemmt doch sicher die Investitionstätigkeit.*

Antwort: Das ist zweifellos der Fall. Nach dem, was hier vor zehn Jahren passiert ist mit Lehman Brothers, ist klar geworden, da muss was passieren, und das ist auch zum großen Teil geschehen. Aber ich habe auch den Eindruck, dass bisweilen über das Ziel hinausgeschossen wurde. Wir können teilweise einem Kreditinstitut kaum mehr zumuten, einen billigen Handwerkerkredit auf den Weg zu bringen, weil allein der Dokumentationsaufwand so groß geworden ist, dass sich das nicht mehr lohnt. Deswegen sind die Nachfragen nach unseren Papieren oder unseren Kooperationen so groß, weil diese Banken dann Freiraum haben, um neue Kredite vergeben zu können und froh sind, wenn es eine Risikoteilung gibt. Es ist ein Punkt erreicht, an dem wir nochmal kritisch überprüfen müssen, was gut ist und wo der bürokratische Aufwand in eine Richtung geht, der die Kreditvergabe völlig kaputt macht.

Als die EIB gegründet wurde, lag Europa in Trümmern und es ging darum den Wiederaufbau zu finanzieren, den Weg in einen Binnenmarkt finanzwirtschaftlich zu begleiten und große regionale Unterschiede auszugleichen. In Italien hinkt der Mezzogiorno immer noch hinter dem Rest des Landes hinterher; da ist noch viel zu tun. Kein Mensch hätte damals daran gedacht, dass wir KU (kleine Unternehmens-)Kredite vergeben und heute sind es schon schätzungsweise 30 Milliarden pro Jahr. Wenn sie das multiplizieren mit dem, was wir gemeinsam mit vielen anderen Partnern machen, dann sind das gewaltige Summen ohne die der Mittelstand, der gerade auch für die deutsche Volkswirtschaft entscheidend ist, Probleme hätte. Die meisten Mittelständler wissen gar nicht, wo das Geld herkommt. Sie bekommen es von ihrer Bank und erfahren nicht, dass die Hälfte von der EU kommt. Das kritisiere ich. Wir müssen die Banken zwingen, dass sie auf ihre Verträge ganz dick ein EU-Logo setzen, damit die Bürger merken, hier wird etwas finanziert, weil Europa dahintersteht.

Frage: *Sie erwähnten zu Anfang die Politik von Herrn Draghi und sagten dann in einem Nebensatz, der Kurs ist nicht mehr länger zu halten. Können Sie das näher erläutern?*

Antwort: Es gehört zum volkswirtschaftlichen Grundverständnis, dass ein System nicht lange aufrechtzuerhalten ist, wenn Geld keinen Preis hat. Das hat lange sehr gut funktio-

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die EU

niert, wahrscheinlich war es auch erforderlich, und Draghi hat vor sieben oder acht Jahren einen großen Beitrag geleistet, um der Politik Zeit zu kaufen. Die ist in manchen Ländern hervorragend genutzt worden und in anderen so gut wie gar nicht, und dadurch driften die Länder auseinander. In Italien z. B., wo weiteres „quantitative easing“ (Ausweitung der Geldbasis durch die Zentralbank) unbedingt erforderlich ist, haben wir eine andere Situation als in Deutschland, wo die Inflationsrate bei 2% liegt. Wenn man den Euro als einheitlichen Wirtschaftsraum bewahren will, muss man für Ausgleich sorgen – und ich glaube, dass die Grundgedanken auch in Berlin verstanden werden.

Man muss auch sehen, dass Deutschland nicht der Gefahr erliegen darf, jetzt um des lieben Friedens willen große Ausgabenprogramme zu starten. Man würde nur Stroheffekte erzielen. Alle guten sozialpolitischen Wohltaten, die vielleicht noch kommen sollten, würden uns im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer gewaltig schaden.

Wenn wir ein bisschen mehr tun würden, um unsere Infrastruktur voranzubringen, würden wir einen Produktivitäts- und Wettbewerbseffekt erzielen und für die nächsten Jahrzehnte besser vorbereitet sein.

Frage: *Gibt es aus ihrer Sicht durch den Euro die Chance, dass die europäischen Staaten zu einer gemeinsamen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik kommen? Ohne die ist meiner Ansicht nach das ganze Problem nicht zu lösen.*

Antwort: Ja und nein. Die Frage ist, was das konkret bedeutet. Als Ökonom würde ich sagen, es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Fragen der Lasten, der Verantwortlichkeiten und der Rechte einigermaßen ausgeglichen sind. Wenn aber der reine Umverteilungsgedanke dahintersteht, die Vergemeinschaftung der Schulden, dann wird die Zustimmung zum europäischen Projekt leiden. Wenn ein Premierminister in einem Land Wahlkampf betreibt, indem er trotz völliger Überschuldung 800 Millionen Euro über den Staatshaushalt in eine sonst nicht finanzierbare Rentenverbesserung steckt und die Rechnung anschließend in Den Haag, Bratislava, Wien und Berlin abgibt, dann werden die Leute bye-bye zu Europa sagen.

Das Horrorjahr 2016 ist abgeschlossen, 2017 darf kein weiteres Horrorjahr werden, und deswegen sind große Hoffnungen verbunden mit den Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland. Ich bin optimistisch, dass Wilders keine Chance hat, ich glaube auch nicht, dass Frau Le Pen eine Chance hat und ich glaube nicht, dass Deutschland instabil wird. Wenn wir alle drei Hoffnungen zusammenfügen, dann kann 2017 ein Jahr der Stabilisierung werden. Aber wenn wir jetzt noch einen Fehler machen und eins dieser Länder preisgeben, dann ist Europa im Kern gefährdet und dann werde ich ihnen lieber keinen Vortrag über die zu erwartenden Wirtschaftszahlen in den nächsten zwei Jahrzehnten halten.

Frage: *Sehen die Politiker, mit denen sie sprechen, das auch so?*

Antwort: Ja, aber jetzt muss gehandelt werden und das ist etwas, wo wir alle noch ein bisschen schwach sind. Die Erkenntnis ist ja manchmal schon da aber die Mühen der Ebenen müssen eben auch durchschritten werden.

Der Vortrag wurde im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim am 06. Februar 2017 gehalten.

II. Experten der Steuer- und Wirtschaftspolitik

Sebastian Huhnholz



Europa steuern. Fiskalische Einflüsse auf europäische Formen

Zum Referenten:

Sebastian Huhnholz studierte von 2002-2008 Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2009 wurde seine Masterarbeit mit dem Humboldt-Preis der HU Berlin ausgezeichnet. Von 2009-10 war Huhnholz Lehrbeauftragter am Lehrbereich „Theorie der Politik“ der HU Berlin (Prof. Dr. Herfried Münkler) sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter im Teilprojekt „Imperiale Deutungsmuster“ am Sonderforschungsbereich 644 „Transformationen der Antike“. Zwischen 2010 und 2017 war er wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politische Theorie der LMU München (Prof. Dr. Karsten Fischer) und wurde 2014 an der LMU mit „summa cum laude“ promoviert; die Bayerische Amerika-Akademie prämierte die Dissertation. 2015 wurde Huhnholz zum akademischen Rat a. Z. für den Freistaat Bayern ernannt, ebenso 2017 im Bundesland Niedersachsen. Seither forscht und lehrt Sebastian Huhnholz an der Leibniz-Universität Hannover, wo er seit 2020 am Institut für Politikwissenschaft den Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte leitet. Seit 2021 ist er Mitglied der Geisteswissenschaftlichen Klasse der Jungen Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft.

Forschungsschwerpunkte liegen in der Politischen Theorie und Ideengeschichte, der Sozialökonomik und insb. auf der politischen Ideengeschichte und Theorie(n) der Staatsfinanzierung. Ferner beschäftigt sich Huhnholz mit der Ideengeschichte internationaler

Beziehungen, insbesondere politischen Imperiumstheorien, sowie mit politischer Begriffsgeschichte, Erinnerungspolitik und politischer Ikonographie. Seit 2013 ist Huhnholz Mitglied des Redaktionsteams von www.theorieblog.de.

Zum Vortrag:

Das System allenfalls geteilter Hoheitsrechte bedingt, dass die Europäische Union keine Souveränität im nationalstaatlichen Sinne besitzt. Insbesondere verfügt sie nicht über eine der ursouveränsten und zumal für den demokratischen Verfassungsstaat konstitutiven Möglichkeiten: das Recht, tendenziell unbegrenzte Zwangsabgaben von ihren Einwohnern und gewinnorientierten Unternehmen zu erheben. Im Gegensatz zu den auf der Wirtschaftskraft eines Landes basierenden Staatsbudgets ist das Finanz- und Haushaltssystem der EU regelmäßig ein komplexes Verhandlungsergebnis politischer Interessengeflechte. Nicht Zwang, Gleichbehandlung und Volkswirtschaft wie im Staat, sondern politische Kompromisse und das Kalkül auf positiven Nettosaldo (zwischen Einzahlung und Rückflüssen) formen den europäischen (Pseudo-)Fiskus. Spätestens im Rahmen der europäischen Finanz-, Währungs- und Integrationskrise sind daher immer wieder Vorschläge aufgetaucht, die Legitimitätslogik *No taxation without representation* progressiv auf die EU anzuwenden. Und nicht erst seit der Diskussion um die Corona-Aufbaufonds ist von einem denkbaren „Hamilton-Moment“ die Rede, von einer fiskalpolitischen Verbundesstaatlichung Europas durch Schuldenvergemeinschaftung. Doch was ist unter dem fiskaldemokratischen Ideal kollektiver Finanzen eigentlich zu verstehen und inwiefern eröffnete eine dynamischere Kopplung von Finalität und Fiskalität Europas einige Möglichkeiten, durch die moderate Ergänzung des europäischen Fiskalföderalismus um einen europäischen Fiskalzentrismus sowohl die demokratische Legitimität der EU zu stärken wie auch ihre Handlungsfähigkeit gegen die lähmenden Vetomöglichkeiten renitenter Mitglieder zu erhöhen? Das Ergebnis ist ernüchternd: Wirtschaftliche Stabilität ausgesuchter Staaten, nicht demokratische Integration bleiben das europa- und fiskalpolitische Primärziel zumal der Eurozone. Obwohl sie nicht mehr trägt, bleibt die passive wohlfahrtsökonomische Gründungsdynamik erhalten, eine europäische Identität durch Prosperitätsvernetzung zu generieren. Das eigennützige, durch nationale Souveränität legitimierte Nehmen, nicht das gemeinnützige Teilen und gerechte Verteilen bleibt so das Leitbild europäischer Finanzen.

I. Steuern steuern

Etymologisch speist sich das deutsche Wort „Steuer“ aus zwei begrifflichen Wurzeln. Einmal das *stauende* Steuern, also Steuern im Sinne von Anhäufen, Auftürmen, Aufstauen – erkennbar noch im veraltenden Terminus der „Aussteuer“, also der Bildung zweckgemäßer Rücklagen für einen konkreten Anlass. Die zweite Wortwurzel ist das lenkende Steuern, also das Steuern im Sinne von Richtung geben, von Anleiten. Im englischen *stewart*, mittelalterlich noch *steuert* geschrieben, also: Steuermann, hallt diese lenkende und leitende Bedeutung sprachlich nach.

Mag die neuhochdeutsche Verschmelzung von Lenken und Stauen zu *Steuern* auch ein Zufall gewesen sein: aufschlussreich ist sie allemal. Denn in der Tat dienen „Steuern“ – ich meine damit den Fachbegriff für öffentliche Zwangsabgaben an einen souveränen Hoheitsträger und subsidiäre Gebietskörperschaften bzw. die partikulare Überführung individueller Leistungsergebnisse in kollektive Handlungsfähigkeit – nicht nur dem Fiskalzweck, der *Einnahme*. Sondern Steuern dienen auch allerlei Lenkungszwecken, der *Steuerung*. Mit Steuern wird, so ein beliebtes Wortspiel, gesteuert.

Mit *Steuern steuern* bedeutet dann aber: Es wird nicht einfach eingenommenes Geld (Akkumulation) verteilt (Distribution). Mit *Steuern steuern* bedeutet zugleich: Es ist schon der Akt der Besteuerung selbst, der steuert (Governance). Die Steuer beeinflusst unser Handeln. Steuerpolitik ist heute zu großen Teilen Gesellschaftssteuerpolitik geworden. Sie ist nicht nur etatistische Daseinsvorsorge (im Sinne Ernst Forsthoffs) mit dem Medium des Geldes. Sie koordiniert das Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Gütern, zwischen individueller Kauf- und Vermögensmacht und (supra-)staatlicher Finanzkraft. Sie reguliert Wettbewerbsmärkte, Demographie und Ressourcenasymmetrien, und sie konzertiert so eine große Reihe individueller, sozialmoralischer, biopolitischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Motive, Strukturen und Planungshorizonte in marktwirtschaftlich strukturierten Gesellschaften. Kein Lichtschalter nirgends, den der Steuerstaat nicht kennt; kein noch so flüchtiger Blick auf das Smartphone ohne steuerstaatliche Teilhabe.¹

1 Dem ursprünglichen Vortragsanlass dieses Textes gemäß werden Hinweise auf grundlegende Klassiker und weiterführende Literatur sparsam verwendet, ausgenommen Zitate oder anderweitig übernommene Überlegungen aus ‚fremden Federn‘. Ersatzweise mögen folgende Hinweise auf den fiskalhistorischen und den politökonomischen Forschungsstand helfen: Marc Buggeln et al. (Hrsg.), *The Political Economy of Public Finance: Taxation, State Spending and Debt since the 1970s*, Cambridge u. New York: Cambridge UP 2017; Gisela Huerlimann et al. (Hrsg.), *Worlds of Taxation. The Political Economy of Taxing, Spending, and Redistribution since 1945*, London 2018; ferner das von Lars Döpking hrsg. Schwerpunktheft „Von Steuern und Staaten“ des *Mittelweg* 36, Jg. 27 (2018), Heft 1, sowie Peter Dietsch/Thomas Rixen (Hrsg.), *Global Tax Governance. What is Wrong with It and How to Fix It?*, Colchester 2016, und neuerdings Laura Seelkopf et al., *The Rise of Modern Taxation: A New Comprehensive Dataset of Tax Introductions Worldwide*, in: *The Review of International Organisations*, 2019 (online first). Politikphilosophische, politiktheoretische und ideenhistorische Einstiege ermöglichen mit ebenfalls weiteren Literaturverweisen Martin O’Neill/Shepley Orr (Hrsg.), *Taxation. Philosophical Perspectives*, Cambridge 2018, Sebastian Huhnholz, Was soll das heißen: „Steuerstaat“?, in: *Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft* 2017, Schwerpunkt

Die Steuer reguliert dadurch nicht nur unsere eindeutigsten Motive, die ökonomisch offensichtlichen, die sogenannten rationalen, berechnenden Motive. Sie beeinflusst auch die zweideutigsten: nämlich von Heirat über Fortpflanzung bis zur Vererbung private, ja intimste Bedürfnisse. Nicht zufällig sind etwa die monogame Ökonomie von Partnerschaften oder Erbschaftsordnungen sowohl von liberalistischer wie auch feministischer Seite als steuerlich mitgeformte Resultate des spezifisch modernen Vertragsdenkens interpretiert worden.²

Überdies erzeugt die Steuer bestimmte Bedürfnisse bisweilen erst. Sie legitimiert eine große Anzahl von Einrichtungen – etwa welche Drogen wir konsumieren dürfen oder sollen. Auch bestraft sie bestimmtes Verhalten und prämiiert oder diskriminiert den sozialen Status – in der BRD beispielsweise indirekt durch geschlechtsspezifische Produktbesteuerung, direkt durch die „progressive“ Wegbesteuerung der geringer entlohnten Familieneinkommensanteile („Ehegattensplitting“). Auch gestuftes *nudging*, die fiskalisch anziehende Daumenschraube gewissermaßen, ist gängig – im letztgenannten Fall des Ehegattensplittings beispielsweise durch eine verteilungspolitisch beworbene Sozialstaffelung von Kinderbetreuungskosten: Umgeht eine kinderpflegende Familie das traditionspatriarchalische Steuersparmodell zugunsten einer tendenziellen Vollerwerbstätigkeit des vordem mindestens netto geringer entlohnten Elternteils, erhöht sich der steuerliche Gesamtnachteil durch den zusätzlichen Entzug sozial deklarierter

Steuern und Gesellschaft, hrsg. v. Ute Schmiel/Werner Nienhüser, Marburg 2017, S. 15–48, sowie die Beiträge in ders. (Hrsg.), *Fiskus – Verfassung – Freiheit. Politisches Denken der öffentlichen Finanzen von Hobbes bis heute*, Baden-Baden 2018. Einen diesbezüglichen europapolitischen EU-Budget- und Fiskalthematik grundlegend beschreibenden Forschungsbericht im Rahmen des „FairTax“-Projekts (<https://www.umu.se/en/fairtax/>) (Zugriff 10. Juni 2019) erstellt haben Margit Schratzenstaller et al., *EU Taxes as genuine own resource to finance the EU budget – Pros, cons and sustainability-oriented criteria to evaluate potential tax candidates*, FairTax WP-Series No.3, 2014, entnommen unter <http://ec.europa.eu/budget/mff/Library/hlgor/selected-readings/40-DOC-COMM-EuTaxes-Schratzenstaller.pdf> (Zugriff 1. Juni 2019). Aus juristischer Sicht empfiehlt sich weiterhin Christian Waldhoff, *Eigene EU-Steuern als Problem des Verfassungs- und Europarechts*, in: Kai A. Konrad/Tim Lohse (Hrsg.), *Einnahmen- und Steuerpolitik in Europa: Herausforderungen und Chancen*, Frankfurt am Main u.a.: 2009, S. 47–73, sowie ders., *Steuerhoheit für die Europäische Union?* (= Schriftenreihe des Zentrums für Europäisches Wirtschaftsrecht, Bd. 195), Bonn 2012. Aus politikökonomischer Sicht siehe Steffen Ganghof/Philipp Genschel, *Taxation and democracy in the EU*, in: *Journal of European Public Policy*, 15 (2008), 1, S. 58–77; Philipp Genschel, *Steuerharmonisierung und Steuerwettbewerb in der Europäischen Union*, Frankfurt am Main und New York 2002.

- 2 Vgl. Ludwig Mises, *Die Gemeinwirtschaft*, Jena: Fischer 1922, S. 74 ff., vs. Carole Pateman, *The Sexual Contract*, Stanford: Stanford University Press 1988; kritisch Cornelia Klinger, *Weder eine bürgerliche Ehe noch eine perverse Wahlverwandtschaft. Von Liberalismus und Frauenbewegung zu Neoliberalismus und Postfeminismus*, in: Karsten Fischer/Sebastian Huhnholz (Hrsg.), *Liberalismus. Traditionsbestände und Gegenwartskontroversen*, Baden-Baden 2019, S. 359–385. Zur Varianz zwischen vormodernen und liberalistischen Erbschaftssteuermodellen Jens Beckert, *Unverdientes Vermögen. Soziologie des Erbrechts*, Frankfurt am Main u. New York 2004; ders., *Erben in der Leistungsgesellschaft*, Frankfurt am Main 2013.

Standardvergünstigungen. Das die bürgerliche Ehe des zumal das westdeutsche Wohlfahrtsstaatsmodell trainierende Steuerprivileg gewährleistet mithin seine biopolitischen und symbolischen Voraussetzungen durch bundes- und kommunalfiskalisch koordinierte Steuerveranlagungslenkung. Bis vor kurzem noch wurde dieser Konditionierungseffekt durch die steuerbehördliche Ungleichbehandlung homosexueller Ehepaare unterstützt, für unverheiratete Eltern besteht er fort. Die Ausbreitung emanzipierter Familien-, Geschlechterrollen- und Selbstverwirklichungsbilder werden dadurch entschleunigt, der kostenintensive Ausbau öffentlicher Begleitinstitutionen (Kitas und Horte, Arbeits- und Familiengerichte etc.) zeitlich gestreckt.³

Die Steuer also – diese Eingangsbeispiele sollten es für das Hiesige ausreichend veranschaulichen – *kommuniziert*. Sie kommuniziert politische Präferenzen und normative Werturteile, überbringt Verwaltungsbefehle und informiert uns über allerlei Verhaltenserwartungen, die die wirtschafts- und steuerpolitisch dominanten Gesellschaftskreise an uns stellen. So wird unser Wirtschaftsverhalten und das Marktgeschehen vermittels Besteuerung zu einer Form gestaltet, deren Konturen unter Bedingungen eines – einmal unterstellten – „natürlichen“ Marktgeschehens vermutlich sehr viel anders aussähen.

Alle möglichen Wortspielereien des mit *Steuern steuern* deuten folglich an, dass im Fiskalgeschehen eine permanente Art von ökonomischer Staatssozialisation und -reproduktion zu vermuten ist. Und führen wir die soziologische Metapher der „Sozialisation“ kurz noch fort, wäre zu konstatieren: Die ökonomische Sozialisation durch den fiskalisch handelnden Staat pflegt den Steuerhabitus. „Habitus“ meint jenes *innere*, pseudo-individualistische Verhaltens-, Werte- und Präferenzengefüge, das *typisch* für eine bestimmte Gruppe ist, insbesondere für deren ökonomische Herkunft und soziokulturelle Stellung in der Gesellschaft. Nennen wir diese Gruppe Schicht oder nennen wir sie Klasse – der Habitus jedenfalls ist das subjektive Bewusstsein, das durch unser objektives Sein vielleicht nicht determiniert, wohl aber präformiert ist und folglich zwar intergenerationell angepasst, kaum aber individuell verändert, sondern allenfalls fundamental erschüttert werden kann, etwa durch soziale Abstiegs Erfahrungen (Deprivation) oder steuerpolitisch diskriminierte Aufstiegsaspirationen (Prestige). Bei tendenzieller Deckungsgleichheit von Steuerhabitus und Steuerveranlagung stellt sich eine Steuerehrlichkeit ein,⁴ deren

3 In fiskalpolitologischer und herrschaftssoziologischer Hinsicht steht diese Forschung am Beginn und tendiert unter dem Rubrum „pink tax“ mit geschlechterdiskriminierender Preisgestaltung verwechselt zu werden (marktliche versus staatliche Benachteiligung); einen komparativen Einstieg bieten die Beiträge in Caren Grown/Imraan Valodia (Hrsg.), *Taxation and Gender Equity. A Comparative Analysis of Direct and Indirect Taxes in Developing and Developed Countries*, London u. New York 2010; ferner Edward McCaffery, *Where's the Sex in Fiscal Sociology?: Taxation and Gender in Comparative Perspective*, in: Isaac William Martin et al. (Hrsg.), *The New Fiscal Sociology: Taxation in Comparative and Historical Perspective*, Cambridge 2009, S. 216–236. Initiale Arbeiten stammen von Diane Sainsbury, insb.: *Gendering Welfare State*, London: Sage 1994, sowie dies., *Gender, Equality and Welfare States*, Cambridge 1996.

4 Die empirisch vergleichende Forschung zeigt, dass ‚starke‘ Staaten, also politische Formalverbände mit hoher Effektivität, kultureller Bindungs- und sozialer Integrationskraft, die höchste Steuerehrlichkeit aufweisen, weil sie in nachvollziehbarer Weise erwünschte öffentli-

öffentliche Wertschätzung („Steuer-moral“) man als Legitimitätspflege verstehen kann: Sie bekräftigt das Selbstverständnis gesellschaftlicher Gruppen als „imaginierten Gemeinschaften“ (so ein einschlägiger Terminus von Benedict Anderson), seien es bewusste Schichten, Nationen oder Kulturen. Das fiskalische Motto, alte Steuern seien gute Steuern (denn sie ermöglichen Kalkulierbarkeit, Korrektheit, Erwartbarkeit), findet hier sein soziologisches Pendant: Große Steuerreformen gefährden Gesellschaften oder gehen aus Umbrüchen hervor.

Die Verantwortlichkeit für und mit öffentlichen Abgaben steht also in einer gewissen Beziehung zum Konstrukt *Identität*, und zwar sowohl der subjektiv-individuellen Identität wie auch der kollektiven Identität – oder besser: zu kollektiven Identitäten bis hin zum pathetischen Verfassungspatriotismus der modernen Demokratie. In *Wilhelm Meisters Lehrjahre* entspinnt Goethe einen Streit zwischen Werner und Lothario über Rechtmäßigkeit und soziale Angemessenheit verschiedener Abgabenarten. „Nun“, sagt Lothario“ in Reaktion auf Werners Bekenntnis, er zahle Steuern nur aus traditioneller Sitte und habe „in meinem Leben nie an den Staat gedacht“ – „Nun“, so Lothario, „hoffe „ich [...] Sie noch zum guten Patrioten zu machen“.“⁵

Mithilfe der soziologischen Metaphern *Habitus* und *Sozialisation* ist bereits ein wesentlicher Punkt gemacht, die These nämlich einer fiskalpolitischen Formung und steuerwirtschaftlichen Stützung des individuellen Rollenverständnisses zumal in einer fiskalisch souveränen und selbstverantwortlichen, d. h. fiskaldemokratischen Verantwortungsgemeinschaft.⁶ Wir können zum eigentlichen Thema übergehen.

Denn nehmen wir diese ideell schraffierte Perspektive und übertragen das Bild der fiskalischen Formgebung auf größere Kollektive – sei es auf den Staat, sei es auf Europa, sei es auf die ‚westliche‘ Kultur – gibt sich eine in der sogenannten „Fiskal-soziologie“ sattsam ausgearbeitete Hypothese zu erkennen: dass sich in den „Art[en] der Beschaffung der Nutzleistungen für das [politische] Verbandshandeln“ (Max Weber),⁷ kurz: in der Einnah-

che Leistungen zur Verfügung stellen. Sie besitzen insoweit hohe fiskalische Legitimität, wie ihre Einnahmestruktur ökonomisch adäquat und ihre Ausgabenentscheidungen demokratisch responsiv erscheinen. Zusätzlich bleiben die Umverteilungsziele und -wirkungen nahbar; man kann darauf vertrauen, dass das Geld nicht willkürlich oder automatisch kollektivfernen Fremden geradezu anonym zufließt (dazu umfassend Sven Steinmo (Hrsg.), *The Leap of Faith. The Fiscal Foundations of Successful Government in Europe and America*, Oxford 2018. All das vermag gepflegte Hoffnungen etwas zu ernüchtern, die sich einen gesteigerten Zuspruch zur Europäischen Union etwa durch den Ausbau europäischer Sozialstaatlichkeit erwarten – nach dem Prinzip: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

5 Hier nach Johann Wolfgang von Goethe, *Werke*. Hamburger Ausgabe in 14 Bdn. hrsg. v. Erich Trunz, Bd. 7: *Romane und Novellen II*, München 1988, S. 505 (Buch VIII/2); Erstveröffentlichung 1796.

6 In diesem Sinne ausführlicher mein Entwurf „Refeudalisierung“ des Steuerstaates? Vorüberlegungen zu einer politischen Theorie der Steuerdemokratie, in: Sigrid Boysen et al. (Hrsg.), *Verfassung und Verteilung. Beiträge zu einer Grundfrage des Verfassungsverständnisses*, Tübingen: 2015, S. 175–216.

7 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie*. Unvollendet. 1919–1920, hrsg. von Knut Borchardt et al. (= *Max-Weber-Studienausgabe Bd. I/23*), 2013, S. 437.

men- und vorgedachten Verteilungsarchitektur der öffentlichen Anstalten, die politische und soziale Verfasstheit der diese Verbände aktiv und passiv tragenden Bevölkerung in Gänze widerspiegelt, weil die Art und Weise, wie das Gemeinwohl fiskalisch produziert wird, ein „Staatsspiegel“ ist,⁸ ein Spiegel, der die den Identitätsverband tragende Gesellschaft *reflektiert*.⁹

Albert Schäffle – zum Ende des 19. Jahrhunderts der Begründer der Rede vom sogenannten „Steuerstaat“ – sprach daher von der „allgemeinen ‚Finanz-Persönlichkeit‘“ des Staates.¹⁰ Zuvor hatte schon Gustav Schmoller die „Organe“ der Finanzverwaltung als „Knochengestüt“ bezeichnet, zu welchem „die Steuern, die Regal- und Domänen Einkünfte sich verhalten wie Fleisch und Blut des Körpers; ein kräftiges, gesundes Leben derselben ist nicht denkbar ohne die zusammenhaltenden Gerüste“.¹¹ Der österreichische Finanzsoziologe Rudolf Goldscheid setzte 1917 dann das schnell geflügelte Wort in die Welt vom Budget als dem „aller täuschenden Ideologien rücksichtslos entkleidete[n] Gerippe des Staates“.¹² Und auf Goldscheids Skelettmeterapher wiederum verfasste Joseph Alois Schumpeter eine legendär gewordene Replik unter dem Titel *Die Krise des Steuerstaates*. Darin sprach Schumpeter vom Fiskus als „nackter Tatsache“¹³ – ich werde darauf zurückkommen –, und selbstredend verwenden auch spätere Kritikerinnen und Kritiker immer wieder Sprachbilder eines zur „Nacktheit“ ‚entschleierten‘ Staates, sei es eines sinnbildlich „blanken“, gleichsam hüllenlosen Staates, dem „Pleite-Staat“ also, dem vielreklamierten ‚nackten Mann‘, dem man nicht in die ‚Tasche‘ greifen könne, oder sei es die Nacktheit im Sinne von Transparenz, Klarheit, wesentlich ‚natürlicher‘, gewissermaßen republikanisch-organischer Angemessenheit, von maskenloser Echtheit ohne zweite Haut.¹⁴

8 Ekkehart Reimer, Die sieben Stufen der Steuerrechtferigung, in: Boris Gehlen/Frank Schorckopf (Hrsg.), Demokratie und Wirtschaft. Eine interdisziplinäre Herausforderung, Tübingen 2013, S. 113–141, 125.

9 Die dieser Jahre wieder etwas problematische Kategorie „Identität“ erfordert vielleicht eine Erläuterung: Offensichtlich – das Verb „reflektieren“ zeigt es an – verwende ich einen konstruktivistischen, keinen naturalistischen Identitätsbegriff, bei dem das Bewusstsein von Zugehörigkeit zwar bekenntnishaft (gewissermaßen wertebunden bzw. sich durch Überzeugungen artikulierend) bleibt, aber weder durch vorpolitische Eigenschaften noch durch bloße formelle Mitgliedschaft definiert wird, sondern vielmehr kommunikativ-diskursiv erzeugt wird.

10 Albert Schäffle, Die Steuern, Bd. 1, Leipzig 1895, S. 78f.

11 Gustav Schmoller, Die Epochen der preußischen Finanzpolitik, in: Franz von Holtzendorff/Lujo Brentano (Hrsg.), Jahrbuch für die Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, N.F., 1877, S. 33–114, S. 109.

12 Rudolf Goldscheid, Staatssozialismus oder Staatskapitalismus (1917), in: Rudolf Goldscheid/Joseph A. Schumpeter, Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen. Hrsg. v. Rudolf Hickel, Frankfurt am Main 1976, S. 40–252, 188.

13 1918; abgedruckt in ebd., S. 329–379, 331 und 346.

14 Dazu Sebastian Huhnholz, Zur Ideengeschichte finanzverfassungspolitischen Freiheitsdenkens. Versäumnisse und Potentiale einer fiskalpolitologischen Demokratietheorie, in: ders. (Hrsg.), Fiskus – Verfassung – Freiheit. Politisches Denken der öffentlichen Finanzen von

Ich nenne die Einheit dieser Metaphern im Folgenden die „Figur des Fiskus“, denn die Frage, welche in *dreifacher* Hinsicht „Konstitution“ der Staat hat, also welche fiskalische Form, welche politische Verfassung und welche volkswirtschaftliche Fitness, hat die Staatskörpermetaphoriken der politischen Finanz- bzw. Fiskalsoziologie seit jeher umgetrieben. In der äußerlichen Finanzverfassung eines politischen Verbandes sei, so die Klassiker, ablesbar, ob die Verbandspersönlichkeit mit dem Kopf arbeitet, mit den Lenden, mit den Armen, mit den Beinen oder mit dem Herzen, sprich: ob der Staat sich durch Autorität reproduziert (Kopf), durch die schiere demographische (mithin Abkömmlinge, *proles*, produzierende) Masse (daher auch: Proletariat), durch eigene Arbeit (Arme, Muskeln usw.) oder durch Schulden (künstliche Gliedmaßen) oder aber durch einen organischen Wirtschaftskreislauf (also das Herz im Sinne einer alles zirkulär belebenden Blutpumpe).

Die politische Idee einer verfassungsspezifischen „Figur des Fiskus“ verweist also auf eine offenkundig faszinierend reichhaltige ideen- und metapherngeschichtliche Tradition, und wenn der Titel meiner Ausführungen nun *Europa steuern. Fiskalische Einflüsse auf europäische Formen* lautet, stellen sich aus Sicht eines Suchenden nach der „Figur des Fiskus“ hinsichtlich EU-Europas folgende vier, in den kommenden Schritten sukzessive abzuhandelnde Probleme.

II. Zum Vorgehen

Wenn zum einen vom Fiskus als „Staatspiegel“ gesprochen worden ist, dann sollte damit nicht einfach der staatsorganisationsrechtliche Aufbau, nicht nur das formale, legalrationale Herrschafts- und Verwaltungsgebäude des Staatsverbandes gemeint gewesen sein, sondern auch die Vorstellung eines ungleich politischeren Legitimitätsspiegels. Wir finden diese Legitimitätsbeziehung in der berühmten Formel *No taxation without representation!* verdichtet, die Gegenstand des nächstfolgenden, stärker ideenhistorischen Abschnitts wird (3.). Dass es mit dem bloß geschichtlichen Rekurs auf fiskalische Masseneinsicht indes nicht getan ist, sondern auch die *Arten* der öffentlichen Abgaben die politische Figur des Fiskus trimmen, ist im anschließenden Schritt kenntlich zu machen (4.), dessen Titel *No taxation without interpretation* andeutet, dass und warum der sogenannte „Steuerstaat“, auf den sich fiskalische Visionen und öffentliche Debatten konstruktiv oder intuitiv gewöhnlich beziehen, eine recht besondere Fiskalvariante darstellt. Von dort aus soll endlich das mir angetragene Thema Europa genauer in den Blick genommen werden, denn dann erst wird hinreichend deutlich geworden sein, dass die suggestive Frage nach der „Figur“ des europäischen Fiskus irritieren muss, *denn Europa hat keinen Fiskus* (5.).

Umso gebotener aber scheint an dieser Stelle schon ein kleiner Vorgriff, der zugleich Pole der öffentlichen Diskussion über europäische Finanzen markiert. Denn mag Europa auch keinen Fiskus haben, so hat es doch fiskalische Formen – und zwar nicht wenige

Hobbes bis heute, Baden-Baden 2018, S. 9–59, hier 15–17.

und auch nicht sonderlich ‚schlanke‘ und bald womöglich sogar einige neue. Herkömmlicherweise zu denken ist dabei zunächst an den Landwirtschaftssektor, dessen agrarpolitischer Gestaltung bzw. Umgestaltung aus keineswegs nur noch historischen Gründen knapp vierzig Prozent, ab 2021 voraussichtlich die Hälfte aller ordentlichen EU-Haushaltsmittel zufließen, die sich wiederum allerdings (wie noch zu zeigen ist) aus maßgeblich nationalstaatlichen Zuflüssen speisen. Wir müssen uns also einerseits vorhalten, dass aus Perspektive einer europäischen Haushaltspolitikerin die EU vor allem ein riesiges Landwirtschaftsimperium mit einem konventionellen, traditionalistischen und alt-industrialistischen Antlitz ist, andererseits die Frage stellen, ob wirklich *diese* Struktur gemeint ist und gemeint sein soll, wenn die Rede auf einen europäischen Fiskus und europäische Fiskalpolitik kommt.

Letzteres scheint – soweit hier zu sehen ist – gerade nicht der Fall zu sein. Die öffentlichen politischen Diskussionen über das EU-Budget sind vielmehr deutlich getrennt von Debatten über Figuren eines europäischen Fiskus. Denn so viel sich über Wünsche und Visionen sicher denken lässt und so hehre Ziele und praktische Nutzen uns auch einfielen: etwaige Hoffnungen auf eine fiskaldemokratische Selbstertüchtigung und womöglich emphatische Erneuerung Europas durch die bereits etablierte EU-Budgetpolitik spielen nicht nur in den euphorischeren Diskussionen eine allenfalls randständige Rolle.¹⁵ Selbst jenen, die einen Ausbau europäischer Besteuerungskompetenzen schon seit Längerem für sinnvoll erachtet hatten, gilt es als unwahrscheinlich, dass hier ein Reformprojekt ansetzen könnte.¹⁶

Stattdessen fokussieren fiskalische Zentralisierungs- und fiskalpolitische Reformdebatten jenseits von EU-Budgetfragen auf Souveränitätsaspekte und Regulierungen ganz anderer Art. Denn als ein – soll man sagen: perverser? – Effekt der vorletzten Staatsfinanz- und Wirtschaftskrise sichtbar wurde, dass man angesichts einer tiefen Euro-Reformblockade statt auf fiskalische und politische Solidarität in der Eurozone zu setzen nunmehr verstärkte Zuflucht beim marktbasieren Reformprojekt einer „Europäischen Kapitalmarktunion“ gesucht hatte. Schon dies sei „im Kern [...] ein Projekt zur Stabilisierung der Europäischen Währungsunion [gewesen], das [...] schwerlich an den europäischen Solidaritätsgedanken anzuschließen vermag.“¹⁷

Dabei haben die letzten europäischen Wirtschafts-, Banken- und Staatsfinanzkrisen nicht nur zu betont nationalstaatlicher Selbsthilfe und fiskalstrategischer Flexibilisierung durch intermediäre Finanzmarktakteure geführt, just dem Gegenteil europäischer Koordinierung also. Unterstützt wurde diese Entwicklung von einer durch unkonventionelle Staatsanleihen- und finanzmarktfreundliche Geldpolitik in die Fiskalpolitik der europäi-

15 Siehe bspw. Ulrike Guérot, Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie, Bonn 2016.

16 Als jüngere Beispiele seien hier nur Laura Seelkopf und Hongyan Yang genannt: European Fiscal Solidarity: An EU-wide Optimal Income Tax Approach, in: *International Journal of Public Policy* 14 (2018), 1/2, S. 145–163; Claus Offe: Europa in der Falle, Berlin 2016, z. B. S. 37–38.

17 Marina Hübner, Wenn der Markt regiert. Die Politische Ökonomie der Europäischen Kapitalmarktunion, Frankfurt am Main u. New York 2019, S. 11.

schen Staaten massiv *eingreifenden* Ermächtigung der metasouveränen EZB – ebenfalls einer Institution also, deren demokratische Legitimation und Kontrolle politikwissenschaftlich nicht so einfach nachweisbar ist.¹⁸

Demgegenüber erst stehen europäische Fiskalreform-, Kompetenzausdehnungs- und progressive Integrationsdebatten wie etwa um den neuerdings etwa von Jürgen Habermas als finanzpolitische Zäsur rezipierten Corona-Wiederaufbaufonds und den *Green New Deal*.¹⁹ Warum von Zäsur die Rede ist, versteht sich dabei leicht, denn weiterhin bestehen (Stand Frühjahr 2021) beträchtliche verfassungsrechtliche Bedenken von Mitgliedstaaten dahingehend, hier würde „mal so nebenbei“ ein „Seuchennotstand“ gebraucht, um den „Schritt in Richtung Staatswerdung der EU“ zu forcieren. Der deutsche „Bundesfinanzminister Scholz“ war „einer der wenigen, der die Tragweite verstand, er sprach von einem ‚Hamilton-Moment‘ für die EU: Aus gemeinsamen Schulden wird ein gemeinsamer Staat“.²⁰

Gerade diese (derzeit vielleicht etwas zu beliebte) Anspielung auf das historische Staatsgründungsprojekt der USA, deren verfassungsväterliches Begleitdokument der *Federalist Papers* und dessen finanzpolitischen Hauptautoren Alexander Hamilton gibt zu erkennen, dass die freimütigen Ausgabenpläne der Corona- und Klimanotstands-EU gar nicht von einer hoheitlichen Einnahmenseite flankiert werden. Nicht zuletzt darum wohl wählte Scholz auch die junge USA als historische Folie und nicht etwa das – für beispielsweise Habermas’ Utopie – wesentlich erfolgreichere und naheliegendere Modell: die Unitarisierung und Zentralisierung des kaiserzeitlichen Finanzföderalismus des Deutschen Reiches im Übergang zur Weimarer Republik.²¹

Die arg heikle Rede vom „Hamilton-Moment“ nämlich kann nicht auf einen etwaig symbolpolitisch hilfreichen Vorzeigecharakter der USA für die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ vertrauen. Sie reflektiert – ob absichtlich oder nicht sei dahingestellt –, dass den USA unter dem als autoritäre Kapitalismusmarionette etikettierten Finanzpolitiker Hamilton etwas Wesentliches *fehlte*, um den Übergang von einer Schulden- und Kreditunion

18 Aus der jüngeren politikökonomischen (statt normativen und politischen) Literatur dazu Charlotte Rommerskirchen: *Free Riders on the Storm. EU Fiscal Policy Coordination in Hard Times*, Oxford: Oxford UP 2019; Andrei Guter-Sandu/Steffen Murau, *The Eurozone’s Evolving Fiscal Ecosystem: Mitigating Fiscal Discipline by Governing Through Off-Balance-Sheet Fiscal Agencies*, in: *New Political Economy* 2021 (online first); Sebastian Diessner/Giulio Lisi, *Masters of the „Masters of the Universe“? Monetary, Fiscal and Financial Dominance in the Eurozone*, sowie Benjamin Braun: *Central banking and the Infrastructural Power of Finance: the Case of ECB Support for Repo and Securitization Market*, je in: *Socio-Economic Review* 18 (2020), 2, S. 315-335 bzw. S. 395-418. Später mehr zu diesen Themen.

19 Jürgen Habermas, 30 Jahre danach: Die zweite Chance. Merkels europapolitische Kehrtwende und der innerdeutsche Vereinigungsprozess, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 65(9), 2020, S. 41–56 bestellt, und erste Diskussionen dazu z. B. durch Ute Daniel, Andreas Rödder und Andreas Wirsching in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.9.2020, Nr. 228, S. N3.

20 So die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.3.2021, Nr. 73, S. 8.

21 Vgl. Sebastian Huhnholz, *Der andere Ökonom. Max Webers Spätwerk und die Frage der fiskalischen Verfassung einer neuen deutschen Demokratie*, Berlin (i.E.).

zu einer fiskalisch geschlossenen, souveränen Bundesrepublik zu meistern: *effektive* Fiskalsouveränität. Die extremen wirtschaftlichen Differenzen zwischen den Gliedstaaten, die ökonomische Praxis der Sklaverei eingeschlossen, hatten schließlich auch zum Amerikanischen Bürgerkrieg geführt, weil es keine ausreichende Einnahmenpolitik gab, die verteilungspolitisch vom souveränen Zentrum her hätte ausgleichend wirken können. Als historische Vergleichsfolie zieht das angebliche „Hamilton-Moment“ der EU also eine zwar nicht unpassende, aber außerordentlich heikle Vorlage heran. Womöglich wider Willen informiert sie einerseits über die Alternativlosigkeit einer stärker europäisch integrierten und koordinierten Finanzierungspolitik. Andererseits gibt sie unmissverständlich zu erkennen, dass ein solcher Integrationsschritt einer durch Not motivierten Schulden- und Verschuldungsgemeinschaft noch ein Projekt, das allenfalls ahnt, aber keineswegs sicher sein kann oder darf, dass die damit sozialisierten Risiken dereinst durch kollektiv gewonnene Ressourcen gedeckt, sprich in supranationale Fiskalsouveränität überführt werden.

Denn finanziert freilich bleibt auch jede noch so ambitionierte Schulden- und gar Verschuldungsunion des derzeitigen Europas nicht zentralistisch, sondern fiskalföderalistisch. Und daran wollen – jenseits von *ad hoc*-Vorstößen akuter Krisenpolitik – selbst ambitioniertere Reformvorschläge derzeit offenbar kaum etwas ändern.²² So bestätigt die seit Ausbruch der Corona-Pandemie neuerliche Fiskalhektik zwar das altbekannte Muster einer durch Krisen auch finanzpolitisch betriebenen Integration Institutioneneuropas und vor allem einer makroökonomisch intendierten Governance des europäischen Wirtschaftsraums. Warum aber das neuerliche Gelegenheitsfenster zum Aufbau eines europäischen Fiskus führen sollte statt nur zu einer bedenklichen Vielzahl fiskalpolitischer Anpassungseffekte, ist alles andere als klar. Die politisch ja nur vage andeutete *Möglichkeit*, dass die fonds- und kreditgetragene europäischen Vorkassenleistungen dereinst tatsächlich aus Steuern und dann womöglich sogar aus europäisch erhobenen Steuern zu kompensieren seien – und dass sie überhaupt direkt zurückgezahlt werden müssten statt, wie üblicher, durch Inflation, Schuldenverlängerung usw. – steht in den Sternen.²³ Und dies umso mehr, wie sich im Fall einer solchen „Quasi-Verstaatlichung der EU durch die Finanz- und steuerpolitische Hintertür die Frage ihrer multiplen Demokratiedefizite noch einmal in einer neuen, wuchtigen Dringlichkeit stellen würde.“²⁴

22 Siehe zu einem „sui generis fiscal federalism approach“ etwa den Report der namhaften, von Henrik Enderlein geleitet Arbeitsgruppe: *Completing the Euro: A road map towards fiscal union in Europe*. Report of the ‚Tommaso Padoa-Schioppa Group‘, entnommen unter: https://europe-solidarity.eu/documents/ES_CompletingTheEuro_Report_June2012_01.pdf (Zugriff 16.9.2020).

23 Die im Juli 2020 vom Rat der Europäischen Union der Europäischen Kommission erteilte Auftrag, Konzepte für einige EU-eigene Steuern zu entwerfen, ist schon angesichts der geringen Aufkommenshöhe weniger als Einstieg in einen europäischen Steuerstaat zu verstehen denn als Experiment, als ein Test, wie es um die Widerstände und Zustimmungsverhältnisse bestellt ist.

24 So beschließt Thomas Biebricher seine „Politische Theorie des Neoliberalismus“, Berlin 2021, S. 342.

Ich komme darauf genauer zurück. Zunächst soll uns das skeptische Vorfazit genügen, dass keine einzige der jüngeren fiskal- und finanzpolitikstrukturellen Entscheidungen EU-Europas einen Supranationalisierungs- und sodann notwendig wenigstens diskursiv mitlaufenden Demokratisierungsschub bewirkte. Und diese einnahmepolitische – wenigstens hinsichtlich der formalen politischen Institutionen offenkundige – Innovationsslosigkeit wurde auch ausgaben- und verteilungspolitisch nicht durch finanzpolitische Revolutionen konterkariert. So akut von Corona bis Klima also die aktuellen Krisen wahrgenommen werden mögen, derer sich *auch* die EU finanzpolitisch meint annehmen zu müssen: Für eine fortwährend strukturelle Trägheit der institutionellen Evolution einer etwaigen EU-Fiskalität, spricht aller Aufgeregtheit in den Debatten und Lageempfindungen nicht wenig.

Umso interessanter nur bleibt dann aber, dass sich immerhin Teile der fiskaleuphorischen EU-Visionen als wirtschaftspolitische Stabilitätsinstrumente zu begründen scheinen – als Fragen danach, wie ein gerechterer europäischer Wirtschaftsraum sich gegen demokratiezersetzende Finanz- und öffentliche Finanzialisierungsimperative besser imprägnieren könnte. Ist also wirklich davon auszugehen, dass eine fiskaldemokratische Entwicklung der EU im Sinne eines *No taxation without representation!* aussichtslos wäre? Heißt es vielleicht, dass eine Verlagerung von Fiskalsouveränität gen Brüssel im Sinne einer Demokratisierung Europas nicht wenigstens von Einzelnen gewünscht würde oder gar generell wünschenswert wäre? Damit seien wohlgermerkt keine lediglich aufkommens- oder beitragsneutralen Verschiebungen im EU-Etat gemeint, innerbudgetäre Verteilungsreformen, die einem Bestandsschutz des Status quo und einer Kontinuität nationalen Interessenringens entspräche. Zu denken wäre stattdessen mindestens an einen selbstbestimmten EU-Haushalt auf (wenigstens anteiliger) Basis eigenständiger Abgabenerhebungen, supranational deliberierten Verwendungszielen und entsprechenden Repräsentationsansprüchen. Diesen Fragen wird sich der vorletzte Abschnitt dieses Beitrags widmen (6.), nach dem einige Zusammenfassungen und Schlussfolgerungen angeboten werden (7.).

III. No taxation without representation!

Hier ist nicht der Ort und nicht der Platz, die gewaltige politische Ideengeschichte der Demokratisierung des Fiskus vorzustellen. Eine entsprechend hilfreiche Verdichtung ist daher die berühmte Revolutionslosung vom *No taxation without representation!* Das ist nicht schon identisch mit der normativen Vorstellung, dass nur ein Staat, der demokratische Repräsentation ermögliche, ein legitimer Staat sei; wohl aber entspricht die Formel der rationalistischen Einsicht, dass nur ein Staat, der die Mitgestaltungs- und Kontrollbedürfnisse jener gewährleistet, um derentwillen geherrscht wird und die ihn unterhalten, Abgaben erfolgreich *verlangen*, sie mithin verstetigen, formalisieren und plausiblermaßen verallgemeinern, d. h. in Form generalisierter Zwangsaufgaben erheben kann.

Zunächst vereinfacht: Die hier zur Diskussion stehende politische Idee ist die, dass *de facto* souverän ist, wer die Integrität des politisch organisierten und integrierten Verbandes gewährleistet. Die fiskalische Souveränität gehört hier mitgedacht: als Fähigkeit,

politisch erforderliche und zusätzlich gewünschte öffentliche Güter bereitzustellen oder für ihre effektive Bereitstellung Sorge und Verantwortung zu tragen. Diese spezielle Ausprägung der Souveränität muss keinesfalls steuerlich finanziert werden. Sie ist vielmehr davon abhängig, was für Aufgaben das Staatswesen je konkret ausmachen, über was für materielle Ressourcen es verfügt und was über Minimalstaatlichkeit hinaus bereitzuhalten ist. Ist die einzige Staatsaufgabe die innere und äußere Sicherheit, kann ein gleichwie geführter, sei es monarchisch oder demokratisch organisierter Wehrpflichtverband den Staat tragen. In der älteren, zumal der antiken und republikanischen Literatur, aber auch noch in den Finanzverfassungswirklichkeiten der großen Kriege des 20. Jahrhunderts, findet sich demzufolge häufig eine Rechtfertigung von selbst höchsten Abgaben als Ersatzleistungen der ‚Heimatfront‘ für Kriegsdienst oder Wehrtauglichkeit: Wer nicht blutet, soll wenigstens schwitzen, also arbeiten; wer nicht kämpft, kämpfen kann oder kämpfen soll, soll zahlen.

Mit ausgreifender Differenzierung der Staatsaufgaben, zunächst freilich mit der Überführung des Verteidigungs- in einen Angriffsverband differenzieren sich die Leistungen an den Staat. Sie konnten nun imperialistisch eingetrieben werden, über Ausplünderung, Versklavung oder Tribute besiegter Gegner etwa. Sie konnten staatswirtschaftlich organisiert werden, etwa indem sich fähige Kriegergruppen söldnerartig für ihre Kriegsdienste anmieten und entlohnen ließen oder indem die Nutzung und Bergung von Boden- und Naturschätzen konzessioniert oder als Domäne in staatlicher Eigenregie verwirtschaftet wurden – ein bis heute z. B. in der Forst-, Wald- und Fischereiwirtschaft nicht unüblicher und in Gestalt souveräner Staatsfonds, die Bodenschatzgewinne verwalten, finanzmarktkonform modernisierter Modus. Mit der Verrechtlichung und Rationalisierung der Staatsorganisation entwickelten sich ferner Gebührensysteme fort, mittels denen Stückpreise oder Leistungsentgelte für öffentliche Monopole oder ausgeübte Hoheitsrechte umgelegt wurden. Mit der Ausweitung öffentlich organisierter Sozialleistungen und Kollektivversicherungen schließlich ist den Etats moderner Staatshaushalte noch ein neuer und nun mit Abstand größter Einzelposten zugewachsen, den viele Staaten nicht über Steuern bewirtschaften, sondern „parafiskalisch“: durch eine Mischung aus Lohn- und Gehaltsanteilen, privatversicherungswirtschaftlichen Begleitmodellen und öffentlichen Spekulations- und Anlagefonds.

All dies soll und muss hier nicht noch weiter ausdifferenziert und vertieft werden. Wichtig sei an dieser Stelle nur, dass politische Souveränität mit wachsenden Staatsauf- und also -ausgaben eng an fiskalischer Souveränität hängt, sodass an der Souveränität partizipiert, wer über Macht zur Stabilisierung – oder Destabilisierung – der fiskalischen Integrität verfügt. Ist dieser Gedanke bis hierhin stichhaltig, ist schnell erklärt, warum eine beispielsweise feudalistische Organisation von Herrschaft keinesfalls zwingend im Widerspruch zur *No taxation without representation*-Logik stehen müsste. Denn wenn gewissermaßen nur gelten sollte: „Wer zahlt, sagt an“, müssten diejenigen, die nicht zahlen, nicht mitsprechen.

Die Sache hat aber einen Haken, und, wenn ich recht sehe, ist dieser Haken eindrücklich erstmals von Samuel Pufendorf am Ausgang des 17. Jahrhunderts formuliert worden. Denn es war Pufendorf, der in seiner Schrift *Über die Pflicht des Menschen und des*

Bürgers nach dem Gesetz der Natur argumentierte,²⁵ selbst ein Monarch müsse die Bevölkerung um Zustimmung für die Veräußerung seines Landeigentums ersuchen. Das Argument ist ebenso schlicht wie juristisch folgenschwer: Wenn ein feudaler Souverän kraft seines Landbesitzes souverän ist, unterstelle er mit der Entäußerung seines Grundbesitzes auch die darauf befindliche Bevölkerung der Fremdherrschaft und verliere damit Anspruch auf Gehorsam, Gefolgschaft, Rechtstreue, müsse folglich um Zustimmung ersuchen.

Das mag erst einmal trivial und womöglich gar nach einer Reihe sehr viel älterer Ideen klingen,²⁶ hat bei Pufendorf aber fiskaltheoretische Sprengkraft: Denn es steht hier zur Frage, ob ein sich seit der Frühen Neuzeit zunehmend über Kredite finanzierender Fürst seinen Grundbesitz verpfänden dürfe, ohne die Einwohner zu befragen.²⁷ Das Argument ist vermutlich konfessionellen Ursprungs. Denn mit der Zerfaserung der fiskalischen Quellen seines Souveräns ist der Untertan nicht mehr in der Lage, die ihm seit dem Augsburger Religionsfrieden gewährte Konfessionseinheit mit dem Landesherrn zu prüfen. Mit Pufendorfs Argumentation hätte der einfachste Bauer folglich zumindest rechtstheoretisch Anspruch auf Akteneinsicht in die damals noch als wesentlichstes Staatsarkanum behandelten Budgetbücher verlangen und im Misstrauens- oder Missfallensfall den Gehorsam versagen oder vom Auswanderungsrecht Gebrauch machen können. Spätestens an diesem Zeitpunkt der (europäischen) Ideengeschichte hört der dynastisch-traditional legitimierte Herr des Landes auf, noch als Herr des Fiskus konzipiert werden zu können: sobald er auf Einnahmen angewiesen war, die nicht aus seinem Eigentum stammen.²⁸

25 Samuel von Pufendorf, *Über die Pflicht des Menschen und des Bürgers nach dem Gesetz der Natur*. Hrsg. u. übersetzt von Klaus Luig, Frankfurt am Main 1994 (Orig. 1673).

26 Tatsächlich lässt sich eine Variante davon kurz zuvor bei Hobbes finden, der freilich keinem Zustimmungsvorbehalt der Untertanen das Wort redete. Es sei „illusorisch“, argumentiert er gegen Domänen- und für Steuerfinanzierung, dem Staat für dessen Unterhalt „einen Teil des Landes zuzuweisen, das er verkaufen oder verschenken kann“, insbesondere wenn die Einkünfte aus dem Land nicht ausreichen und durch womöglich allzu willkürliche, an die natürliche Person des Herrschers entrichtete Steuern ergänzt werden müssten. Dann besser doch, so ließe sich das im Einklang mit Hobbes' Staatstheorie lesen, gleich ein eigentumsloser und unpersönlicher Souverän, den die Bürger über Steuern finanzieren (Thomas Hobbes, *Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, hrsg. u. eingel. v. Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1984 (Orig. 1651), S. 193).

27 Freilich finden sich angesichts der Bedeutung von Bodenbesitz für die Vermögensverteilung und folglich Herrschaftsverfassung Äquivalente. So erwähnt Aristoteles in der *Politik* (übers. u. hrsg. v. Olof Gigon. München: dtv 2003, S. 207 (= Buch VI, 1319 a)) „das sogenannte Gesetz des Oxylos, wonach man auf einen bestimmten Teil des jedem zugehörigen Landes keine Hypotheken aufnehmen dürfe.“ Als strukturhobbesianisches Argument lässt sich nach Pufendorf eine verallgemeinerte Variante bei John Locke finden, der ein Widerstandsrecht für den Fall postuliert, dass sich „ein König in die Abhängigkeit eines anderen begibt“ und damit sein „Volk, dessen Freiheit er sorgfältig hätte bewahren müssen, an eine fremde Nation veraten und unter ihre Gewalt und Herrschaft gezwungen“ hätte, wofür Locke auf Winzerus und schottische *Annalen* verweist (John Locke, *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. Hrsg. u. eingel. v. Walter Euchner, Frankfurt am Main 1967 (Orig. 1690), S. 362f. (§ 237f.)).

28 Eine faszinierende rechtstheoretische Evolution hatte dieses Ergebnis schon in den voran-

Letzteres war der Fall, wenn der Landesherr sich verschuldete. Letzteres war aber genauso der Fall, wenn der Landesherr Steuern nahm, um sich nicht verschulden zu müssen. Die ökonomische Verschuldung wird mithin zu politischer Verschuldung verlängert.

Gleichwohl waren Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt hierbei nicht etwa in Auflösung begriffen. Über den Hebel der öffentlichen Finanzen waren sie vielmehr zu jener dreipoligen Differenzierung erst fortentwickelt worden, die den institutionellen Flächenstaat der Neuzeit rückblickend ausmachte und spätestens seit Thomas Hobbes unter dem Begriff der „Souveränität“ zusammengefasst wird. Pufendorf, dessen Arbeit den hobbeschen Absolutismus weiterdachte und für gut ein Jahrhundert die europäische Rechtswissenschaft anführen sollte, hatte erfasst, dass der verschuldende Fürstensouverän die ihm zugewiesene oder von ihm behauptete Souveränität mit seinen Kreditgebern einerseits und seinen Untertanen andererseits teilte und folglich nicht souverän sein konnte, denn souveräne Macht bedeutete per Definition ungeteilte und unteilbare Macht. Aus dieser Einsicht entwickelte Pufendorf mit beachtlicher systematischer Konsequenz eine kleine Fiskaltheorie, aus der sich ein Prüfungs- und Verweigerungsrecht der Untertanen ebenso herleiten ließ wie die Lösung des Problems: eine allgemeine Abgabepflicht. Fiskalisch ließ sich nun für den Bürger verallgemeinern, was für die Regentschaft und politische Kollektive schon längst galt: Wer nicht politisch fremdbestimmt sein, sprich: wer nicht beherrscht werden wollte, musste auch auf wirtschaftliche Selbstständigkeit und fiskalische Transparenz pochen. Nicht zwar der Realgeschichte, wohl aber der Idee nach ist es kaum übertrieben, in dieser fiskalischen Argumentation Pufendorfs eine Wurzel der Idee der Volkssouveränität zu erkennen: Obliegt die fiskalische Ausstattung einer andernfalls zerfallenden Souveränität dem abgabepflichtigen Volk und ist Souveränität als unteilbare höchste bzw. fundamentale Macht definiert, ist der Volksfiskus Quelle der Souveränität.

Die Seite der Kreditgeber vertrat demgegenüber wenig später John Locke.²⁹ Lockes berüchtigte Eigentumstheorie deklinierte den Abgabebewilligungsvorbehalt eines Eigentümerausschusses und gilt somit zu Recht als Höhepunkt der von der Magna Charta bis zur Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung reichenden Tradition *ausnahmsweise erbetener Hilfen* für den Souverän. Die zunehmend parlamentarisch formalisierten „Geschenke“ bzw. Kredite, die das im 17. Jahrhundert neuartige, aber eindeutig revolutionäre Besitzbürgertum der Krone überantwortet, stehen noch ganz in der mittelalterlich verwurzelten *bede*-Tradition (also: Bitte, Hilfsbitte), der individuellen Beziehung zwischen Herrn und Vasall. Es geht bei Locke also noch nicht um steuerliche Zwangsabgaben, sondern um eine parlamentarische Formalisierung des sehr viel älteren Rechts, dass die Krone nicht über das Eigentum der Stände verfügen dürfe, ohne die eher lehnsrechtlich verbrieftete Treuebeziehung zu zerstören. In der berühmten Formulierung „For imposing Taxes on us without our Consent“, mit der die *Declaration of Inde-*

gegangenen Jahrhunderten vorbereitet: durch die souveränitätstheoretische Abspaltung einer Denkfigur namens *fiscus* (quasi unsterblich) vom eher prekären Privatvermögen des sterblichen Herrschers – dazu Ernst Kantorowicz, *Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters*, München 1994 (Orig. 1957), S. 178–204 (Kapitel „Cristus – Fiscus“).

29 Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung.

pendence 1776 die britische Krone der Vertrauensschädigung anklagt, ist samt des von Beginn des Dokuments an expliziten Rekursen auf Locke die Semantik des Mittelalters noch greifbar.

Lockes Begründungsmodell eines für den Souverän unantastbaren Eigentums seiner Vasallen kennt den Steuerstaat also noch *nicht*. Entsprechend hatte Locke seine vermeintlich schon moderne Souveränitätstheorie auch mit einem aus der mittelalterlichen Abgabenverweigerungslogik destillierten generellen Widerstandsrecht ausgestattet, einem Widerstandsrecht, das seinen ökonomischen Ursprung im Zuge der individualrechtlichen Verfassungsevolution nicht nur hinter sich ließ, sondern geradezu ins Gegenteil verkehrte. Denn: Eine steuerlich ausgeprägte subjektive Verweigerungshaltung, wie sie im libertären Denken vor allem durch Henry David Thoreaus *Civil Disobedience* (1846/49) popularisiert werden konnte,³⁰ ist für den modernen Rechtsstaat undenkbar. Sie käme der Legalisierung von aktiver Steuerhinterziehung (statt nur passiver Steuervermeidung) gleich. In einer zumal repräsentativen Demokratie aber genießt niemand das Recht, auf eigene politische Rechnung zu wirtschaften.

Locke also ist niemand, der den Steuerzwang argumentiert oder gar legitimiert. Locke ist ‚nur‘ derjenige, der argumentiert, dass ein Staat, der finanziell unterstützt werden will, im Gegenzug das Eigentum jener, die ihn finanziell unterstützen – und zwar *freiwillig* unterstützen – zu garantieren habe. Der Staat hat, ich kürze das ab, seit Locke *kein Recht*, allgemeine Abgaben zu fordern, die in die Eigentumssubstanz seiner Vollbürger eingreifen. Der Staat muss diese Eigentümer fragen. Stimmen sie nicht zu, und zwar tendenziell *einstimmig* (was perspektivisch die Möglichkeit eröffnete, tendenziell einstimmig eine trumpfende Regelung zu setzen, die vom Einstimmigkeitsprinzip zugunsten eines Mehrheits- oder eines Repräsentationsprinzips abzusehen erlauben würde), dann gibt es keine allgemeine Einnahme. Der Staat muss dann entweder auf freiwillige Schenkungen vertrauen, muss Kredite aufnehmen, wieder selbst wirtschaften – oder aber er muss auf Abgaben ausweichen, die das Eigentum nicht antasten. Wie das? Nun, damit wären wir beim Steuerstaat.

IV. No taxation without interpretation

Vor dem Hintergrund der bislang Genannten zwei Probleme – Zustimmungsvorbehalt für fiskalisches Staatshandeln einerseits, Eigentumsgarantie andererseits – können wir uns veranschaulichen, was das Besondere am sogenannten „Steuerstaat“ ist: Die Steuer des Steuerstaates ist das fiskalische Primärmedium für die auf freiem Privateigentum basierende Variante kapitalistischer Gesellschaftsformen. Deren Begriff von „Steuer“ meint idealtypisch eine von konkreten Gegenleistungsansprüchen befreite, auf privatwirtschaft-

30 Henry David Thoreau, Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat/*Civil Disobedience*. Zweisprachige Ausgabe. Dt. v. Walter E. Richartz. M. e. Nachw. v. Manfred Allié, Zürich 2004 (Orig. 1846/49).

lich erfolgreichen *Zugewinn* erhobene und von (natürlichen oder juristischen Personen) direkt oder indirekt zu entrichtende *Zwangsabgabe* zugunsten einer öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft. Gleichgültig ist dabei, ob sich der „Zugewinn“ aus einer individuellen Erwerbsbetätigung, aus einer systematisch unternehmerischen Mehrwertproduktion oder aber in aus solchen Quellen abgeleitetem Verbrauch anzeigt. Vereinfacht gesagt: Besteuert wird gleichwie erfolgreiches Markthandeln, also: Erwerbs- und Produktions- und Kapitaleinkommen sowie Einkommensverwendung.

Das der Steuererhebung im Steuerstaat normativ eigene bzw. durch seine Abschöpfungsordnung reklamierte Gerechtigkeitskriterium ist folglich das der *Leistungsgerechtigkeit*. Das kompensatorische oder korrigierende Kriterium der Verteilungsgerechtigkeit gehört demgegenüber erst einer nachgeordneten Sphäre an. Diese zeigt sich in vielen Besonderheiten der Steuerpolitik, nicht zuletzt aber in außer- und nebensteuerlichen Strukturen, in Abgaben also, die *gegen* eine marktgetragene Zuteilungslogik wie die Steuer errichtet worden sind, beispielsweise beitrags- oder mitgliedschaftsbasierten Sozial-, Solidaritäts- und Alterssicherungssystemen.

Der Steuerstaat wirtschaftet nicht selbst, er *lässt* wirtschaften. Als ein – wie Schumpeter den Steuerstaat wohlwollend nannte: „Parasit“, erstrebt der Steuerstaat eine regelrechte Symbiose mit seinem „Wirt“, der Privatwirtschaft.³¹ Die Steuer nämlich gewährleistet eine funktionelle Harmonie mit der privatwirtschaftlichen Wohlstandsmehrung. Mit der Besteuerung wird die Herausforderung bewältigt, die für private Profitabilitätsplanung zentrale Kategorie des Privateigentums rechtsverbindlich unverfügbar zu machen und doch Zwangsabgaben erheben zu können, weil, nochmal, in der Regel eben nicht Eigentum bzw. die Vermögenssubstanz, sondern Wirtschaftsgewinne besteuert werden. Der vom Fiskus nachsteuerlich gelassene Rest erst ist dann konsolidiertes, neues Eigentum. Nicht zwar dessen (Markt-)Wert, wohl aber dessen rechtliche Form zählt zu den einschlägigsten, unantastbaren Grund- und Menschenrechten moderner Rechtsstaatlichkeit und den Fundamenten westlicher Gegenwartsdemokratien.

Diese Besonderheiten helfen erklären, warum ihnen widersprechende und „Steuern“ womöglich bloß alltagssprachlich genannte Abgaben stets umstritten sind. Einmal auf den kapitalistischen Steuermodus festgelegt, ist der juristische Spielraum, andere Einnahmen als Steuern zu erheben, streng limitiert. Ja dem Steuergesetzgeber stehe, so ein jüngst denkwürdig formuliertes Karlsruher Spezialdiktum, kein Recht der „Erfindung neuer“ Steuern im Sinne einer begrifflichen Umdefinition zu.³² Als berühmteres Beispiel lässt sich auch an Margaret Thatchers gescheiterte, als mittelalterliche „Kopfsteuer“ (*poll tax*)

31 Schumpeter, Die Krise des Steuerstaats, S. 346.

32 So der Karlsruher Beschluss 2 BvL 6/13 vom 13. April 2017, die aus steuertechnischer und -juristischer Sicht nicht die Formal- und Verfassungskriterien einer Kernbrennelementesteuer erfüllende Abgabe der deutschen Atomstromproduzenten für verfassungswidrig zu erklären. Die wenigen heutigen Steuerarten, die dem Kriterium der Leistungsfähigkeit und der Eigentumsschonung nicht direkt genügen (in der BRD etwa Grundsteuer (sollertragsorientiert), KFZ-Steuer (als Gebrauchs- bzw. Nutzungs- oder Luxussteuer interpretierbar), Hundesteuer (kommunal, teils gebührentechnisch modernisiert) oder GEZ-Beiträge (höchststrichterlicher Standardstreitfall über Definitionsschwelle zwischen Steuer und Gebühr), sind denn auch wegen teils abenteuerlicher juristischer Begründungen berichtigt.

gebrandmarkte „*community charge*“ denken, eine Abgabe also, die nicht auf wirtschaftliche Leistung gründen sollte, sondern auf bloßem Dasein – ein im demokratischen Steuerstaat der kapitalistischen Moderne unerhörtes und folgerichtig gescheitertes Unterfangen.

Was der Steuerstaat demokratisch ist, wird spätestens begrifflich, wenn behelfsweise die Idee des sogenannten „Rentierstaates“ hinzugezogen wird, also eines beispielsweise bodenschatz-, sagen wir erdölreichen Staates, der nicht das Leistungspotential seiner wirtschaftlich eigentätigen Bevölkerung zur fiskalischen Reproduktion in Anspruch nimmt, sondern seine Untertanen vielmehr alimentiert und ihnen so den Willen zur Macht, zur Teilhabe an der politischen Herrschaft, abkauft. Wir können ergänzend noch die sogenannten Domänenstaatlichkeit erwähnen, jene Variante also, in der, marxianisch gesprochen, das Eigentum an dinglichen Produktionsmitteln feudalarrechtlich organisiert ist. Die einfache Mehrheitsbevölkerung leiht bzw. *entlehnt* die Voraussetzungen für ihre Lebensmittel jenen, die über die Todes- bzw. Verteidigungsmittel verfügen, sprich: den Feudal- und Lehnsherren.

Über die Zeitspanne seiner Herausbildung wurde der dagegen kapitalistische Modus des historisch noch außerordentlich jungen Steuerstaates stets deutlich gesehen. Bei Wilhelm Roscher heißt es Mitte des 19. Jahrhunderts, dass, „[w]o die Steuern vorherrschen, da ist die Verbindung des Staatshaushaltes mit den Privatwirthschaften und das wechselseitige Interesse beider am höchsten ausgebildet“.³³ Darauf kann dann etwa Max Webers generelle Feststellung bauen, der „Geldabgabenstaat“ eröffne dem „rationalen, markt-orientierten Kapitalismus optimale Chancen“.³⁴ Denn der Steuerstaat, so heute der Berliner Finanzverfassungsrechtler Christian Waldhoff ganz im Sinne von Schumpeters „Parasiten“-Metapher, „erhalte“ seine „Wirtschaftsquellen“,³⁵ sprich: er garantiere das Privateigentum an Produktionsmitteln. Entsprechend hatte zu Beginn dieser Entwicklung am einprägsamsten Lorenz von Stein formuliert, dass „während die Abgaben aller Art so alt sind wie die Weltgeschichte, die Steuer einer der neuesten Begriffe und Ordnungen in der Geschichte der Völker“ sei und durch sie „sich die staatsbürgerliche Gesellschaft [...] von den frühern Gesellschaftsordnungen ablöst“.³⁶

Damit sind wir an einen Punkt gelangt, der uns einerseits verdeutlichen hilft, was der Fiskus der supranationalen Ordnung Europäische Union alles *nicht* ist, der uns andererseits aber verstehen hilft, warum die Europäische Union alles nur Denkbare unternimmt, um die steuerliche Extraktionskraft ihrer Mitglieder zu steigern, dazu antreibt, verbliebenes Staatseigentum zu privatisieren, und insgesamt wenig Anstrengungen unternimmt,

33 Wilhelm Roscher, Grundriß zu Vorlesungen über die Staatswirthschaft. Nach geschichtlicher Methode, Göttingen 1843, S. 146.

34 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet 1919–1920 (= Bd. I/23 der Studienausgabe), Tübingen 2014, S. 146.

35 Christian Waldhoff, „Grundzüge des Finanzrechts des Grundgesetzes“, in: Paul Kirchhof u. Josef Isensee (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. V, 3. Aufl., Heidelberg 2007, S. 813–958, hier 835.

36 Lorenz von Stein, Lehrbuch der Finanzwissenschaft. 5., neubearb. Aufl., Leipzig: Brockhaus 1885, Bd. 2, S. 350 u. Bd. 3, S. 9.

eine genuin europäische Demokratisierung der mitgliedstaatlichen Wirtschaftsordnungen zu forcieren.

V. Merkmale der europäischen Fiskalarchitektur und Finanzpolitik

Hilfreich sein dürften zunächst einige Vergewisserungen über die Finanzarchitektur der Europäischen Union.³⁷

Wichtig ist fraglos der Hinweis, dass das Haushaltssystem der EU ein Verhandlungssystem darstellt. Das bedeutet, dass nicht gesamtwirtschaftliche Realitäten und Leistungsfähigkeiten das Budget der EU bestimmen, sondern ihr Etat durch politische Entscheidungen festgelegt wird – genauer: vorfestgelegt wird. Der Haushalt der EU basiert maßgeblich auf eindeutigen oder aber kaschierten Mitgliedschaftsbeiträgen der Mitgliedsstaaten. Die nationalen Anteile orientieren sich dabei an der jeweiligen volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Verhältnis zur Einwohnerzahl und eine Verschuldung ist unzulässig; die EU muss über einen ausgeglichenen Haushalt verfügen. So bleiben ihr viele der herkömmlichen nationalstaatlichen Wirtschafts- und Konjunktursteuerungsmaßnahmen verwehrt.

Auch dass der Finanzrahmen der EU in einem sogenannten „Eigenmittelbeschluss“ kulminiert, sollte uns semantisch nicht täuschen: Die „Eigenmittel“ sind weniger „eigens“ erhobene Mittel und auch keine aus „eigener“ Produktion erwirtschafteten Einnahmen. Wo Brüssel über tatsächlich autonomisierte Haushaltsmittel verfügt, sind das betriebswirtschaftliche Sonderposten (z. B. das Eigentum an Brüsseler Verwaltungsgebäuden), zweckorientierte Spezial- bzw. Selbstverwaltungsetats und aufgestaute Rückstellungen (z. B. für die Besoldung und Pensionen EU-Beamter) sowie eine Reihe marginaler Posten in „unbedeutenden Randbereichen“.³⁸ Herausgehoben werden könnte allenfalls das Zollrechtssetzungsrecht der EU, das mit einer Zollertragshoheit einhergeht. Zwar behalten die Mitglieder ein Viertel der Einnahmen zur Deckung ihrer Verwaltungskosten und ohnehin sind die Zollanteile am Gesamtbudget mit gut zehn Prozent nicht sonderlich hoch, der jüngeren Weltmarktliberalisierungen wegen tendenziell gar fallend. Wichtiger freilich ist, dass die Zolleinnahmen einerseits nicht die binnendemokratische Organisation der EU betreffen und andererseits ihr Umfang nicht in steuerähnlicher Weise zwingend bestimmt werden kann, da sie wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Kalkulationen unterliegen statt im engeren Sinne fiskalischen.³⁹ So sei der Zollaspekt hier zurückgestellt und

37 Eine Reihe interessanter Überblicke und Positionen versammeln Hans-Jürgen Bieling/Martin Große Hüttmann (Hrsg.), *Europäische Staatlichkeit. Zwischen Krise und Integration*, Wiesbaden 2015; ferner Thies Büttner/Michael Thöne (Hrsg.), *The Future of EU-Finances*, Tübingen 2016.

38 Zitat Waldhoff, *Steuerhoheit für die Europäische Union?*, S. 4.

39 Das entspricht strukturell dem in den §§ 90-93 EG verankerten Verbot diskriminierender Besteuerung auf im Binnenmarkt gehandelter Waren (vgl. Ulrich Haltern, *Europarecht. Dogmatik im Kontext*, Tübingen 2005, S. 579 ff.): auch hier kann von einer Steuer- und Fiskalpolitik der EU allenfalls insofern die Rede sein, wie die Regulierung nationaler Steuerpolitik inner-

genereller festgestellt: Es gibt keinen „echten“ europäischen Fiskus. Der EU-Haushalt funktioniert nicht nur *anders* als ein nationales Fiskalsystem, er ist geradezu das Gegenteil davon.

In Arbeiten des schon erwähnten Christian Waldhoff finden wir eine juristische Erklärung für die weitgehende Abwesenheit eines europäischen Fiskus. Das „Eigenmittelsystem“ soll zwar „in Abkehr von der Beitragsfinanzierung die supranationale Integration von Mitgliedsbeiträgen unabhängig machen [...]. Agrarabschöpfungen, die Zolleinnahmen [...], Anteile am Umsatzsteueraufkommen sowie ein an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit [genauer: das Bruttosozialprodukt] der Mitgliedstaaten anknüpfendes Eigenmittel [...] sind die wichtigsten Finanzquellen. Im Ergebnis ist [jedoch] der Grad der Finanzautonomie der Union trotz des Übergangs zum Eigenmittelsystem nach wie vor gering. Das Letztentscheidungsrecht bei der Beschlussfassung über Eigenmittel steht nicht den Organen der Gemeinschaft, auch nicht deren Rat, sondern den Mitgliedsstaaten im Rahmen ihrer Verfassungsordnungen zu.“

All dies resultiert aus dem engen Zusammenhang zwischen hoheitlichem Besteuerungsrecht und Demokratieprinzip. Es gibt darum keine primärrechtliche Verankerung von Fiskalbefugnissen. Denn, so wieder Waldhoff, „[d]urch das gesamte Verfahren [der Mittelbewilligung] werden die Souveränitätsvorbehalte der Mitgliedsstaaten im Finanzbereich augenfällig. Die BSP-Eigenmittel erweisen sich letztlich als kaschierte Mitgliedsbeiträge.“⁴⁰ Ökonomisch gewendet: In der assistierten Erhöhung des je einzelmitgliedstaatlichen Bruttosozialprodukts liegt die aussichtsreichste Möglichkeit der EU, ihre Eigenmittel zu erhöhen.

In Peter Beckers Arbeit *Das Finanz- und Haushaltssystem der Europäischen Union* wird ferner gezeigt, dass und warum der Haushaltsplan der EU nicht durch strikte Annullität, sondern durch einen Siebenjahresrahmenplan strukturiert ist.⁴¹ Das mag einerseits Planungssicherheit schaffen, ist aber für die Perspektive demokratischer Responsivität fatal. Wenig spricht für die Hoffnung, dass sich zumal symbolisch wichtige demokratische Interessen, Bedürfnisse und emotional anregende Diskussionen in solchermaßen langen Planungszeiträumen wiedererkennen und organisieren ließen.

Hinzu treten Konsequenzen des Umstands, dass wir es im Fall der EU mit einem geschichtlich gewachsenen Finanzierungssystem zu tun, nicht mit einem systematischen. Was ist der Unterschied zwischen systematischen und historischen Fiskalstrukturen? Die Bezeichnungen deuten es an: Systematische Einnahmesysteme haben eine innere, idealtypisch sachgemäße Ordnung. Sie lassen sich entsprechend reformieren, nämlich durch Fachleute, die die Fiskalmechanik begreifen. Überdies ist das Einfügen zusätzlicher Fiskalbausteine in die Haushaltsarchitektur friktionsarm möglich, ebenso deren Ersetzung,

europäischen Marktwettbewerb gewährleisten und einen steuerwettbewerblichen Preiskampf unterbinden soll.

40 Christian Waldhoff, *Eigene EU-Steuern als Problem des Verfassungs- und Europarechts*, in: Kai A. Konrad/Tim Lohse (Hrsg.), *Einnahmen- und Steuerpolitik in Europa: Herausforderungen und Chancen*, Frankfurt am Main u.a. 2009, S. 47–73, 49.

41 Peter Becker, *Das Finanz- und Haushaltssystem der Europäischen Union. Grundlagen und Reformen aus deutscher Perspektive*, Wiesbaden 2014.

entsprechende Anbauten oder Aussparungen. Demgegenüber sind historische Fiskalsysteme im schlimmeren Fall undurchsichtiger Wildwuchs – durch die gewaltige Vielfalt der mitgliedstaatlichen Steuer- und Abgabenstrukturen des fiskalföderalistischen EU-Finanzsystems ist eine reformerische Unitarisierung oder wenigstens teilsteueraliche Vereinheitlichung zugunsten einer Brüsseler Fiskalsouveränitätsteilhabe allen Steuerharmonisierungswünschen zum Trotz wohl auch ganz praktisch nicht leistbar. (Die fiskalföderalistischen Finanzkonflikte EU-Europas und seiner Mitgliedstaaten zeichnen sich insofern nicht zufällig durch deutliche strukturelle Ähnlichkeiten mit dem Matrikularsystem des Deutschen Reiches von der Bismarck-Zeit bis zur Weimarer Republik aus).⁴² Vor allem aber sind historisch gewachsene Fiskalsysteme gewöhnlich pluralistische Einnahmensysteme. Unzählige *politische* Einzelinteressen bilden sich darin ab – mit der Konsequenz, dass der nichtsdestotrotz stete Ruf nach expertisch eingreifenden Reformen schon an politischen Kleinstwiderständen scheitert. Historisch gewachsene Einnahmesysteme werden nicht durch Vereinheitlichung und Abbau alter, sondern durch den *Anbau* neuer Abgaben „reformiert“ – eine Erfahrung, die sich erst recht in älteren, einst reformerisch demokratisierten Staatswesen machen lässt, wo sich Erhebungsrecht und komplexe Zuteilungstraditionen mit verschiedenen prozeduralen Mitbestimmungs- und Einspruchsstrukturen parallelisiert finden.

Zu den bis hierhin ausgeführten rechtlichen, partikularistischen, historischen und verwaltungspraktischen Bedingungen der EU-Finzen tritt die für europapolitische Abstimmungen übliche performative Dimension. Besagtem Buch Beckers beispielsweise ist der Hinweis zu entnehmen, dass die eingeschliffenen Routinen der Verabschiedung von EU-Haushaltsplänen einem Theaterspiel gleichen, in dem klar verteilte Rollen und durchsichtige Dramaturgien bedient werden und um des Funktionierens willen bedient werden müssen – einschließlich der üblichen Repertoires wie Nachtsitzungen, Eilmeldungen, Entrüstung, schrillen Selbstprofilierungsinterviews usw.

Der aus fiskaldemokratischer Sicht vielleicht gravierendste Mangel der europäischen Fiskalform aber wurde noch gar nicht genannt: Die EU vermengt Ein- und Ausgaben bereits in den Fiskalverhandlungen selbst! „Das langsam gewachsene europäische Haushalts- und Finanzsystem hat [...] dazu geführt, dass in den Mitgliedsstaaten die Kosten und der Nutzen der Mitgliedschaft [...] mithilfe des EU-Budgets deutlich gegeneinander aufgerechnet werden. Die Verrechnung von Abführungen der Mitgliedsstaaten an den EU-Haushalt mit den Rückflüssen aus Brüssel über die diversen Strukturfonds, europäischen Förderprogramme und Direktzahlungen an die europäischen Landwirte wird als Nettosaldo bezeichnet. Dieser Saldo wurde im Verlauf der bisherigen Entwicklungsgeschichte der europäischen Haushalts- und Finanzverhandlungen zur eigentlichen Messlatte der Mitgliedsstaaten, mit deren Hilfe sie [...] den Erfolg oder Misserfolg ihrer Verhandlungen berechnen und ausweisen konnten.“⁴³

42 Diese Parallele zieht mit starken Meinungen Ulrich Hufeld, *Europäisierung der Finanzverfassung*, in: ders. et al. (Hrsg.), *Entwicklungslinien der Finanzverfassung*, Berlin 2016, S. 75–94, der auch weitere nützliche Literaturverweise bietet.

43 Becker, *Das Finanz- und Haushaltssystem der Europäischen Union*, S. 4.

Diese Nettosaldoorientierung ist aus Sicht herkömmlichen Fiskaldenkens völlig atypisch. Wer die eigene Zahlungsbereitschaft nutzenkalkulierend und nutzenmaximierend an die Vorstellung bindet, die Zahlung müsse sich rentieren bzw. wenigstens selbst tragen, auf dass eigentlich andere für das zahlen, was man selbst will – wer so verhandelt, denkt im eigentlichen Sinne nicht schon fiskalisch, sondern verlängert vielmehr eine Art Wahlkampflogik, nämlich den politischen Wettbewerb um die Programmanschläge von (in diesem Fall) Nettozahlern und Nettoempfängern in die Haushaltsverhandlung. „Der kleinste gemeinsame Nenner aller Verhandlungsteilnehmer ist deshalb die fristgerechte Vereinbarung eines [zwischenstaatlichen] Kompromisses“⁴⁴ und nicht die demokratisch responsive Verabschiedung eines suprastaatlichen Haushalts, dessen Volumen die Realisierung elektoral artikulierter Präferenzen einpreist.

Dies alles bedingt – es sei hier aber nur nebenbei erwähnt –, dass die umfangreichste Literatur zur europäischen Fiskalpolitik nicht von Fragen der demokratischen und demokratisierenden Finanzierung *der* EU handelt, sondern von Fragen der Finanzierung *durch* und *mit* der EU. Vereinfacht gesagt: Subventionen auf der einen, Steuerharmonisierung auf der anderen Seite. Die Finanzierung der EU spiegelt sich in der Fachliteratur als just die technokratische Angelegenheit wider, die von links wie rechts kritisiert wird: als Thematisierung von volkswirtschaftlichen Stabilitätskriterien, innereuropäischen Sanktionen und Risiken für die Eurozone im Fall nationalen Zuwiderhandelns.⁴⁵ Wirtschaftliche, nicht demokratische Integration also ist das fiskalpolitische Primärziel, verbunden allenfalls mit der nunmehr dreihundert Jahre alten Ideenwelt vom *doux commerce* und dem Freihandel, also der sicher nicht ganz falschen Annahme, dass transnationale und internationale Wirtschaftsbeziehungen politische Großakteure maßigen.

Ein Öffentlichkeitshemmnis dieser Ideale bevorzugt wirtschaftlicher Integration ist, dass beschriebener Zustand in den letzten 20 Jahren ausschließlich Kritiker auf den Plan gerufen hat. Für die Zeit nach und seit der Finanzkrise stehen uns vermutlich genügend eigene Beispiele vor Augen. Für die Zeit vor der Finanzkrise sei an einen Beitrag Ernst-Wolfgang Böckenfördes erinnert. Der attestierte bereits 1997 unter dem Titel *Welchen Weg geht Europa?*, dass die EU über zwei verschiedene Marktkonzepte verfüge, die gemeinsam in eine „Sackgasse“ führten. Das eine Marktkonzept sei der herkömmlich gedachte, tendenziell weltumspannende ‚Markt‘, also die mehr oder minder freie Gesellschaftssphäre privater Produktion und Konsumtion. Das zweite Marktkonzept sei das, was wir europäischen Binnenmarkt nennen, also die „stufenweise Realisierung“ einer „regulierten Binnenordnung“ der auf „Bestandssicherung und Planifikation abstellenden Einzelmärkte, wie der“, ursprünglich, Montanmarkt, „und vor allem der Agrarmarkt“, mittlerweile bekanntlich aber auch der sogenannte Arbeitsmarkt. Die finale Orientierung der darüber angedachten ökonomisch-funktionalen Integration sei das Ideal einer „umfassenden Wirtschaftsgemeinschaft – nüchterner gesagt: der Ermöglichung und Inangasetzung eines national nicht mehr behinderten oder gedämpften Wettbewerbskapitalis-

44 Ebd.

45 Siehe dazu die eindrückliche Dokumentation durch Michael Gehler, *Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung, Zusammenhalt*, 3., kompl. überarb. u. erw. Aufl., Reinbek 2018, S. 673–701.

mus“: „Da die meisten Lebensvorgänge und Sachbereiche eine wirtschaftliche Seite und damit einen wirtschaftlichen Aspekt aufweisen, hat das ein weites Feld eröffnet – ich [Böckenförde] nenne nur Ausbildung, Berufszulassung und Berufsordnungen, Forschung und Technologie, Besteuerung und Fernsehen. Die zunehmende Angleichung und wirtschaftsbezogene Unitarisierung hat die Bedeutung nicht nur der nationalen Eigentümlichkeiten und Lebensformen, sondern auch und gerade der nationalen Volkswirtschaften zurücktreten lassen“ und in verschiedensten Bereichen einen, in Anlehnung an Schumpeter gesprochen, Prozess der „produktive[n] Zerstörung“ vorangetrieben, etwa der Zerstörung von „Tradition, bäuerlicher Lebensform, entsprechender Demographie“ usw. Damit sei, so ein düsteres Fazit Böckenfördes, „die einstmals mühsam erkämpfte Einheit von Staatsraum, geregeltm Wirtschaftsraum und Sozialraum, eine Geschäftsgrundlage des modernen Wohlfahrtsstaates und sozialer Marktwirtschaft, aufgegeben.“ Woher also – und hierin kulminiert die vielleicht typischste Sorge des jüngst verstorbenen Theoretikers einer sozialen Demokratie, Böckenförde – in einer dergestalt auf umfassende *Marktkonkurrenz* technokratisch dressierten europäischen Wettbewerbsgesellschaft die für ein demokratisch hoffnungsvolles Fiskalsystem erforderliche sozialmoralische Binnensolidarität zu beziehen wäre, sei keinesfalls gewiss.⁴⁶

Freilich ließe sich Böckenfördes im besten Sinne konservatives Argument geschichtsbezogen auch umkehren: denn wir wissen, dass viele moderne Nationen als passive Steuerzahlerkollektive entstanden und über die Steuer zu Demokratien aktiviert wurden. Der integrierte Wirtschaftsverband ginge dann der Möglichkeit, aus ihm eine Steuergemeinschaft und darüber eine – im vorliegenden Fall: europäische – Solidar- und Demokratienation zu schmieden, nur voran. Dass so aber von vielen führenden Intellektuellen gerade nicht bzw. heute nicht mehr argumentiert wird, sollte das Beispiel Böckenfördes zeigen, zumal mit ihm zu fragen bliebe, warum wir überhaupt eine ausgerechnet kapitalistische Konkurrenz der EU-Bevölkerung künstlich anheizen sollten, um uns dann für die Kompensation der vielen *negativen* Effekte eines solchen Europakapitalismus ein eben diesen Kapitalismus demokratisch einhegendes Solidarsystem zu erträumen. Warum also die Leute wirtschaftlich gegeneinander aufhetzen und hoffen, dass sie sich erst als Aufgehetzte untereinander demokratisch solidarisieren?

Viele Details der Griechenlandkrise haben die Perversion dieses Denkens verdeutlicht.⁴⁷ Die eingangs schon angedeutete Defensive der mitgliedschaftlichen EU-Finanzkalküle im vergangenen Jahrzehnt ist vielleicht bedauerlich, allemal aber nachvollziehbar. Denn die neuerliche Entpolitisierung europäischer Finanzvisionen lässt sich begründen mit einigen der angesichts der Finanz- und „Euro“-Krise zuletzt massiv re-nationali-

46 Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Welchen Weg geht Europa?*, in: ders.: *Staat, Nation, Europa. Studien zur Staatslehre, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1999, S. 68–102, passim (zuerst 1997 für die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung (= Vorträge, Band 65).

47 Allerdings wurde im selben Beispiel eine zugleich demokratiebedingte Malaise gesehen: insofern nationale Zustimmungen für eine europäische Griechenlandkrise ohne robuste Bedingungen nicht zu haben gewesen wären; siehe z. B. Andreas Nölke, *Abschied vom Euro? Europas Linke nach der Griechenlandkrise*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 60 (2015), 9, S. 68–76.

sierten Wirtschaftsegoisten⁴⁸ sowie mit fiskaldemokratisch bis legitimationspolitisch äußerst schwerwiegenden Bedenken gegenüber einer Europäisierung der bisweilen wieder für „unübertragbar“ erachteten nationalen Staatsressourcenpolitik.⁴⁹ Schon das deutsche ESM-Finanzierungsgesetz von 2012, das Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus, war „[i]n Wahrheit“ nur insofern „materielles Europaverfassungsrecht, ein Budgetgesetz für die Euro-Zone“, wie es mittels eines deutschen Parlamentsvorbehalts zugleich als „ein Ermächtigungsrücknahme- und [nationales – S.H.] Reparlamentarisierungsgesetz“ daherkam und so „den Anspruch des ESM dementiert[e], Staatsressourcenpolitik einer Governance“ Brüssels „zu unterwerfen, die man von vordemokratischer Kabinettspolitik“ andernfalls „nicht [hätte] unterscheiden“ können.⁵⁰ Diese Renationalisierung setzt sich bis heute fort, beispielsweise in Reaktion auf die im Zuge jüngster EZB-Anleiheankaufspolitik erneuerte und gewichtige Kritik an „veralteten EU-Verträgen“, denn „fehlende Finanz- und Wirtschaftsverfassung der EU“⁵¹ einerseits und neoliberale Marktertüchtigung andererseits bedingen einander.

Die Aggressivität der gegenwärtigen innereuropäischen Finanzkrise aber färbt heute mehr denn je auf sozialrechtliche und sozialpolitische Dimensionen europäischer Bürger_innensolidarität ab. Die Vision eines einst hoffnungsvollen „Europäischen Sozialmodells“ lässt sich nicht mehr als arbeits- und binnenmarktbasierter Kompromiss zwischen Kapital- und Sozialinteressen plausibilisieren. Etwas zugespitzt vereinfacht: Binnenmarkt, kooperationsstimulierender Wettbewerb, Fiskalnationalismus und sozialstaatliche Schließung widersprechen sich kaum mehr. Um „die Zukunft einer inklusiv-solidarischen Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung in der EU“ also ist es spätestens seit der durch die Finanzkrise eröffneten Konstellation „eher schlecht bestellt.“⁵²

Das lässt sich beispielsweise auch daran ablesen, dass einst so vielversprechende parafiskalische Visionen wie der Aufbau einer europäischen Arbeitslosenversicherung von den Finanzkrisendebatten mittlerweile erfasst und diskursiv vereinnahmt worden sind: Denn zwar würde eine europäische Arbeitslosenversicherung, je nach Ausgestaltung, erhebliche marktgesellschaftliche (Um-)Verteilungswirkungen entfalten und könnte womöglich eine zumindest erwerbsarbeitsmarktliche Solidarität stimulieren, die sich, durch die individualistische Rückbindung an ein Leistungsfähigkeits- bzw. Einzahlungsprin-

48 Vgl. z. B. John Kannankulam, Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Zur Aktualität des Autoritären Etatismus im Kontext der Finanz- und „Eurokrise“, in: Daniel Keil/Jens Wissel (Hrsg.), Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Baden-Baden 2019, S. 81–96.

49 Ulrich Hufeld, ESM und Fiskalpakt: Staatsressourcenpolitik und die Europäische Union, in: Dirk Meyer (Hrsg.), Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros, Berlin 2012, S. 135–156.

50 Ebd., S. 144 f.

51 Andreas Fisahn, Karlsruhe vs. EZB: Warum wir neue EU-Verträge brauchen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 65, 2020, 6, S. 87–92.

52 So neuerdings etwa Hans-Jürgen Bieling, Europäische Integration und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung, in: Daniel Keil/Jens Wissel (Hrsg.), Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Baden-Baden 2019, S. 117–136, S. 131.

zip, auch mit liberalistischen Gerechtigkeitsvorstellungen verträglich. Doch dagegen lassen sich nun immer mehr ordnungspolitisch autoritäre Stimmen vernehmen, die eine zwischenstaatliche Überwälzung von vermeintlich oder tatsächlich selbstverschuldeten Arbeitslosigkeitskosten ‚reformscheuer‘ Länder fürchten und mahnen, man dürfe „die Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten“ nicht schwächen.⁵³ An solchen und ähnlichen Argumentationen zeigt sich schnell, wie sehr die einstige Europa-Utopie, die handels- und wirtschaftseuphorische Leitvision einer binnenmarktlich-wohlfahrtsökonomisch angeregten Annäherung und europäischen Integration, wenn nicht gar Aufhebung subjektiver Nationalstaatsidentitäten mittlerweile durch prosperitätseifernde und fiskal-nationalistische wieder massiv untergraben worden ist. Die allerjüngste europafinanzwirtschaftliche Entwicklung – der Aufbau eines Corona-Krisen-bedingten gigantischen „Wiederaufbaufonds“ – spiegelt den vorläufigen Höhepunkt und Status Fiskaleuropas auch symbolisch vortrefflich wieder: Die Krisenmaßnahme ist schulden- statt steuerbasiert (und eine Kopplung der kollektiven Defizitpolitik an eine koordinierte Steuerpolitik ist und bleibt schlichtweg unwahrscheinlich),⁵⁴ doch dient die Kooperation nicht der Solidarität, sondern der effizienteren Mittelbeschaffung der beteiligten Nationalstaaten: So ist kein Mitglied voll für alle Kredite haftbar zu machen (das Schreckgespenst einer „Schuldenunion“), sondern jedes „Land haftet nur für seinen Anteil am Fonds, der sich an der Wirtschaftsleistung bemisst.“⁵⁵

Genug damit der Informationen zu einigen der institutionalisierten und neueren Strukturen europäischer Fiskalität und Fiskalpolitik. Zu sehen ist, dass die Fiskalität der Europäischen Union eine eigene Figur besitzt, indes eine, die, um im Körperbild zu bleiben, *figuriert* ist: Sie ist das Abbild nicht *einer* Ordnung oder *eines* Kollektivs, beispielsweise eben Abbild von europäischer Wirtschaftskraft, von europäischer Demokratie oder gar europaweit bereitgestellten öffentlichen Gütern. Insofern sind weder Budget- noch Haushaltsstruktur der EU eine „nackte Tatsache“ im Sinne von Schumpeters Fiskusmetapher, ein Sachzwang höherer Gewalt also, dem und der man sich servil, gedankenlos oder ohnmächtig zu beugen hätte. Die Figur des europäischen Fiskus ist vielmehr eine Figuration nationaler Vorentscheidungen und sektoraler, etwa agrarpolitischer Sonderinteressen und ein Ende ist schon angesichts der etablierten Ritualisierung der finanzpolitischen Interessenkämpfe nicht in Sicht. Noch der jüngste Vorschlag für den Haushalt 2021-2027, von der EU-Kommission als „modernes Budget“ beworben, ist umgehend als „Haushalt von gestern“ identifiziert worden: Der Schwerpunkt liegt mehr denn je auf agrarpolitischer

53 *Pars pro toto* Otmar Issing, Europa stärken – nicht schwächen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. 5. 2019, Nr. 114, S. 16.

54 Siehe dazu ausführlich Marc Buggeln/Korinna Schönhärl, Die Kosten der Rettung Europas: Schulden- und Steuerkulturen in historischer Perspektive, entnommen unter: <https://www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-5048>, 2020 [Zugriff 26.8.2020]; knapp, wie oben, Habermas, 30 Jahre danach.

55 So und dazu mehr das Interview Leopold Stefans mit Margit Schratzenstaller, Das ist keine Schuldenunion, in: *Der Standard* vom 20. August 2020, hier entnommen unter: <https://www.derstandard.at/story/2000119093653/oekonomin-schratzenstallermargit-schratzenstaller-oekonomin-ueber-den-billionenhaushaltsdeal-und-was-er?ref=article> (Zugriff 16. September 2020).

Zuteilungspolitik, Zukunftsausgaben haben das Nachsehen und sind – insbesondere mit Blick auf den angekündigten Klimaschutzmaßnahmen von einer Billion Euro bis 2030 – ohnehin nicht annähernd realistisch in diesen Haushalt einkalkuliert.⁵⁶

Unter anderem all diese Punkte führen dazu, dass Beobachter dem europäischen Finanzierungssystem keine sonderlich demokratisierenden Reformhoffnungen zuschreiben, ja immer wieder, wie Peter Becker etwa, von „Anpassungsstillstand“ sprechen und meinen, dass das Fiskalsystem der EU ihren tatsächlichen Regelungs- und Finanzbedürfnissen schlichtweg hinterherhinkt. Deshalb machten – ich zitiere stellvertretend einen Beitrag Daniel Mertens – gerade die „Fragmentierung und Konstitutionalisierung [sowohl] der fiskalischen Integration als auch die in ihr vortretenden Macht- und Interessenkonflikte einen demokratisierenden Effekt weiterer Vertiefungsschritte zwar nicht unmöglich, aber doch unwahrscheinlich.“⁵⁷

VI. Die Rolle der europäischen Geld- und Finanzmarktpolitik

Im letzten Abschnitt wurde die europapolitische Seite des Fiskalischen betrachtet, vor allem also nach den vorhandenen Akkumulationsstrukturen für die Finanzierung der bestehenden EU und ihrer Infrastrukturen sowie deren intentionaler und prozeduraler Genese gefragt. Nicht thematisiert wurde die für die zukünftige – um nicht zu sagen: visionäre Entwicklung der EU entscheidendere Frage, welchen Zwecken eine europäisch denkbare Eigenfinanzierung eigentlich dienen können sollte, genauer: welchen zusätzlichen oder spezifisch supranationalen Zwecken, die nicht lediglich der Alimentierung der existierenden und etablierten EU-Selbstverwaltungs-, Regional- und Infrastruktur dienen und Zwecken auch, die nicht schon durch die einzelnen Mitgliedsstaaten selbst oder besser bedient und erfüllt würden.

Sehen wir darum im Folgenden von Diskussionen über all solche denkbaren EU-Aufgaben ab, die bestehende mitgliedstaatliche Leistungen lediglich ersetzt oder übernommen sehen wollen. Denn ob, wem und wozu solche Bündelungen und Zentralisierungen nützen könnten und ob etwa die Wiederaufnahme eines supranationalen Konstitutionalisierungsprozessversuchs erstrebenswert wäre, sind politische Diskussionen über Wünschbarkeiten und Risiken einer Vertiefung respektive über den Rückbau der mitgliedstaatlichen Souveränitätsverlagerung Richtung Brüssel. Solche Diskussionen sind hier nicht weiter nachzuzeichnen. Ganz anders steht es mit der funktionalen Perspektive: Welchen Zwecken könnte eine Stärkung fiskalouveräner Erhebungs- und Entscheidungskompetenzen EU-Europas dienen, die die Mitgliedsstaaten *nicht* ähnlich oder besser erfüllen? Neben der vieldiskutierten Grenzsicherheits- und Verteidigungspolitik ist hier in den letz-

56 Siehe Hendrik Kafsack, Haushalt von gestern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. 12. 2019, Nr. 288, S. 15.

57 Daniel Mertens, Demokratie oder Fiskalunion? Herausforderungen und Strukturprobleme der fiskalischen Integration in Europa, in: *Politische Vierteljahresschrift* 59 (2018), 1, S. 81–102.

ten zehn Jahren vor allem die Dimension der Wirtschaftsstabilisierung ins Blickfeld geraten.

Diese jüngere Perspektivenverschiebung seit Beginn der Finanzkrise ist keineswegs zufällig oder bloß der Gunst bzw. dem Ernst der Stunde verdankt oder verschuldet. Denn deutlich erschwert wird eine realitätsnahe Betrachtung der europaweiten und der einzelstaatlichen Fiskalpolitik ja tatsächlich durch die jüngeren geld- und finanzökonomischen Entwicklungen. Schon seit Längerem nämlich zeigt sich, dass die Schöpfung von Geld und „Quasi-Geld“ von einem Kaufkraft-bezogenen zu einem Kreditnachfrage-bezogenen Vorgang geworden ist. Die Ablösung von einem realwirtschaftlich rückgebundenen Geldmengenregime bzw. monetärer Stabilität durch die eher spekulationsfreudigen Buchungswerte des Finanzmarktkapitalismus hat sicher eine in der Finanzkrise 2008 exemplarisch gewordene, hier nicht annähernd diskutierbare Vielfalt gesellschaftlicher Konsequenzen, aus denen hinsichtlich des hiesigen Fiskal- und Besteuerungsthemas allerdings drei Faktoren hervortreten.

Erstens sind Staaten und Zentralbanken nicht mehr souveräne Akteure der Geldproduktion. Dennoch müssen sie die zusätzlich nun auch privatwirtschaftliche Herstellung virtueller, ärgstenfalls fiktiver bis phantastischer nomineller Vermögenswerte und die entsprechenden finanzkapitalistischen Versprechens- und Vertrauensmärkte öffentlich absichern.⁵⁸

Zweitens ist die in Europa staatlich bis staatenbündnerisch unterfangene ‚Einlagensicherheit‘ privater Sparvermögen (und teils auch der nicht anderswohin verschobenen oder investiv materialisierten Spekulationsvermögen) kaum dazu angetan, die nominelle Geldmenge zu reduzieren, solange des Inflationsrisiko so gering bleibt wie bislang. Zu unübersichtlich und komplex wohl wären die damit verbundenen Risiken der privaten Vermögensverschiebungen und Investitionsanpassungen. Dabei zeigt sich erneut das problematische Dogma der europäischen Finanzstabilität, das als ‚Stiefkind des Vertrags von Maastricht‘ gilt: irgendwie passiert, schwer zu händeln, trotzdem da und anscheinend für Autorität empfänglich. Die konventionellen wirtschafts- und sozialpolitischen Gestaltungsspielräume einzelner (schwerlich noch so zu nennender) ‚Volkswirtschaften‘ werden dadurch begrenzt; allemal jedenfalls sind die lehrbuchartigen Eckpfeiler einer nationalen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Währungs- und Konjunktursteuerung brüchig geworden. Da eine durch die Europäische Zentralbank gewährte Freisetzung von (in der Währung kaum realistisch abgebildeter) Kaufkraft in Binnennachfrage-schwachen Staaten beispielsweise nicht zwingend auch die dortige Produktion und den ‚Beschäftigungsmotor ankurbelt‘ und auch die Alternative einer durch öffentlich beauftragte Infrastrukturprojekte durch europäische Austeritätsprogramme sowie durch den Umstand, dass die Europäische Union selbst kein den Nationalstaaten entsprechender potenter öffentlicher Auftraggeber ist, limitiert wird, werden währungs- und geldmengenpolitisch mitverursachte Verwerfungen

58 Aaron Sahr, *Keystroke-Kapitalismus. Ungleichheit auf Knopfdruck*, Hamburg 2017; Joscha Wullweber: Geld, Staat und Liquiditätsketten. Die Politik der Geldschöpfung und Zentralbankpolitik in Postkrisenzeiten, in: *Politische Vierteljahresschrift* 60 (2018), 1, 45–70, hierin öfters der Terminus vom „Quasi-Geld“; ferner neuerdings Jan Sparsam/Malte Flachmeyer, Voll normal: Die unkonventionelle Geldpolitik der EZB seit der Euro-Krise, in: *Leviathan* 48 (2020), 2, S. 176–194.

in Europa zwar allgegenwärtig und auch politisch sichtbar.⁵⁹ Ihre Milderung durch zentralbankerische Geldverknappung ist indes schon machtpolitisch unwahrscheinlich⁶⁰ und wird durch oben genannte, zunehmend privat- bzw. kreditwirtschaftliche Fähigkeit zur „Quasi-Geld“-Vermehrung nochmals aussichtsärmer.

Angesichts dieser Lage bleibt, *drittens*, noch der herkömmliche Weg einer geldpolitischen Finanzmarktregulierung und Wirtschaftssteuerung: Besteuerung. Es ist vermutlich kein Zufall, dass im Feld der öffentlich stärker wahrgenommenen und diskutierten Forschungsarbeiten sowohl jüngere wirtschaftshistorische wie auch wirtschaftstheoretische Ansätze steuerliche Maßnahmen als geeignete Balancierungsinstrumente angesichts einer (andernfalls fortlaufend) eigendynamischen Vermögens(über)produktion interpretieren. Dafür seien nur zwei Diskussionen herausgegriffen. Für die empirische Seite mag Thomas Pikettys für breite Debatten initiale Erfolgsstudie *Das Kapital im 21. Jahrhun-*

59 Dazu stark diskutiert Philip Manow, *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018; ferner Klaus Armingeon et al., *How the Euro divides the Union: the effect of economic adjustment on support for democracy in Europe*, in: *Socio-Economic Review* 14 (2016), 1, S. 1–26; ders. et al., *Position-taking in the Euro crisis*, in: *Journal of European Public Policy* 25 (2018), 4, S. 546–566; Markus Brunnermeier et al., *EURO. Der Kampf der Wirtschaftskulturen*, München 2018, dort ab S. 199 auch die „Stiefkind“-Metapher.

60 Sehr vereinfacht formuliert: Wir haben es dieser Jahrzehnte mit einer globalen Konzentration der staatlichen und privaten Schulden bei solchen staatlichen und privaten Akteuren zu tun, deren interne Legitimität bzw. ökonomische Integrität entweder an der fortbestehenden Kreditnachfrage und der Stabilität entsprechender Rückzahlungsversprechen hängt oder an der Überführung der Kreditsummen in eine für die kreditgebende Seite politisch und/oder wirtschaftlich profitierliche Realproduktnachfrage. Dass Deutschland derzeit als Musterfall dieses Dilemmas gilt, ist kein Zufall: Der volkswirtschaftlich extreme deutsche Exportüberschuss ernährt sich einerseits von einer Auslandsnachfrage, die innereuropäisch durch kollektiv stabilisierte Staatsschulden finanziert wird, während andererseits die von der rot-grünen Finanzialisierungspolitik der Nuller Jahre ermunterten deutschen Klein- und Altersvorsorgeparläne auf ausreichend sichere Finanzmarktprodukte angewiesen bleiben und somit von entsprechender Staatskreditnachfrage, um nicht zu sagen: von einer in Teilen Europas verfestigten Schuldenstaatlichkeit leben, wobei deren Institutionalisierung (also die vorsätzliche Aufrechterhaltung von ausreichend stabiler statt labiler Schuldenstaatlichkeit als Gegenteil eines geordneten Staatsbankrotts) nicht zuletzt durch entsprechende Staatsanleihenkäufe der europäischen Zentralbank in Verbindung mit niedrigem Leitzins gewährleistet wird, wobei diese Zinspolitik zu allem Überfluss auf die privaten Eigentümer von Sparguthaben und Vorsorgevermögen wie eine „Enteignung“ wirkt (so explizit z. B. Otto Depenheuer, *Das Vermögen des Bürgers und die Schulden des Staates – Einführung*, in: ders. (Hrsg.), *Staatsanierung durch Enteignung? Legitimation und Grenzen staatlichen Zugriffs auf das Vermögen seiner Bürger*, Berlin u. Heidelberg 2014, S. 1–7, hier S. 2). Mit anderen Worten: Was von diversen Stimmen seit Jahren von Deutschland gefordert wird, um der europäischen „Falle“ (Claus Offe) zu entkommen, nämlich eine Reduzierung des deutschen Exportüberschusses, eine einstiegswise Europäisierung sozialstaatlicher Absicherungen und einen Abschied von der Austeritätsdoktrin, verlangt geradezu eine Schubumkehr des deutschen ‚Wirtschafts- und Jobwunders‘ der letzten zwei Dekaden. Aus der für die interessierte Öffentlichkeit aufbereiteten Literatur siehe dazu nur Offe, *Europa in der Falle*, und Lukas Haffert, *Die schwarze Null. Über die Schattenseiten ausgeglichener Haushalte*, Berlin 2017.

dert stehen, für die theoretische ein erstaunlich breit diskutiertes jüngeres Interpretationsmodell, die sogenannte *Modern Monetary Theory*.

Beide sollen hier nicht umfassend dargestellt werden. Benannt (oder erinnert) sei für Pikettys Fall nur, dass er strukturell auseinander entwickelnde Wachstumsraten auf der realwirtschaftlichen Seite zum einen und auf der Vermögensseite zum anderen maß. Die dadurch im Laufe der Zeit unweigerlich resultierende ökonomische Übermacht von in immer weniger Händen (Unternehmen, Stiftungen usw.) konzentrierten ‚oligarchisch‘ anmutenden Privatvermögen gegenüber der Masse ‚demokratisch‘ assoziierter Arbeitseinkommen (selbstbewohntem Immobilienkapital, Kleinsparverträgen usw.) müsse durch eine rechtzeitige steuerliche Belastung der Vermögenden aufgehalten werden, um im Zeitverlauf die ökonomisch gefährliche Kluft zwischen Vermögenswachstum und tatsächlicher Produktivität zu verringern und die politischen Machtverhältnisse zugunsten auch demokratischer Zukunftstauglichkeit zu resymmetrieren.⁶¹

Hinsichtlich der *Modern Monetary Theory* (MMT) hingegen sei nur erläutert, dass sie einen innovativen Deutungsrahmen bietet, in dem Steuern nicht oder nicht mehr vorrangig als Mittel der Staatsfinanzierung verstanden werden, sondern als Instrumente zur Inflationskontrolle.⁶² In der Theorie stellt sich das grundlegend so dar, dass staatlicherseits nachfrageorientiert Geld ausgegeben wird, das im Fall von kollabierender Nachfrage oder realwirtschaftlich bald unwirklich hoher Geldmengen durch Steuern verknappt werden kann. „Steuerzahlungen in staatlicher Währung müssen zeitlich gesehen nach der Injektion von staatlichem Geld stehen, denn sonst ist einfach kein Geld vorhanden, um Steuern zahlen zu können. Mit anderen Worten: In einem modernen Geldsystem gibt der Staat erst Geld aus und nimmt dann dieses Geld als Tilgung von Steuerverbindlichkeiten wieder zurück.“⁶³

Sehen wir von den andernorts vieldiskutierten Defiziten dieser Sichtweise ab und nehmen sie nur für Theorie. Dann ließe sich einerseits behaupten, dass es erst die staatliche Ausgabe von Geld ist, die uns in die Lage versetzt, Steuern zu bezahlen. Andererseits stellten private und suprastaatliche Geldschöpfungsakteure ein das Modell evolutionierendes Problem dar: Seien es Schattenbanken, sei es die Europäische Zentralbank – sowohl die Möglichkeit, die Geldmenge dem öffentlichen Bedarf gerecht zu steuern wie auch die Möglichkeit, sie steuerlich zu begrenzen, wären behindert: „Das Alleinstellungsmerkmal des Euro – neben dem Punkt, dass sich mehrere Nationalstaaten eine Währung teilen – ist, dass hier eine Zentralbank die Geschäftsbanken finanziert (insofern die Staaten angehalten sind, Kredite am Markt aufzunehmen, den sie selbst kreieren, sichern und liquide machen bzw. halten), aber nicht die Regierungen. Dieser Punkt wird von der MMT stark betont, denn er hat Konsequenzen. Während ‚notleidende‘ Banken durch stützende Kredite von der EZB gerettet werden, bleiben ‚notleidende‘ Staaten sich selbst

61 Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014.

62 Populär und gerafft aufbereitet durch Warren Mosler, *Die sieben unschuldigen, aber tödlichen Betrügereien der Wirtschaftspolitik*, Berlin 2017.

63 Dirk Ehnts, „Modern Monetary Theory“ und Europäische Makroökonomie, in: *Berliner Debatte Initial* 28 (2017), 3, S. 89–102, hier S. 90.

überlassen und sind damit der Möglichkeit eines (partiellen) Zahlungsausfalls preisgegeben. Damit stehen die Banken in der Hierarchie über den nationalen Regierungen.⁶⁴

Die Forderung nach einer dem Währungsmonopol komplementären Besteuerungskompetenz wäre folglich eine nicht einfach nur MMT-modellgerechte ‚Lösung‘. Die MMT versetzte uns auch gezielter zu fragen in die Lage, was das geldpolitische Regulierungsinstrument der Europäischen Union ist, wenn einerseits die Währung suprastaatlich und stark vom privaten Bankensektor mitbestimmt ist und sie überdies nicht durch eine begleitende europäische Fiskal- und Investitionspolitik gelenkt werden kann, andererseits jedoch die ökonomische und legitimatorische ‚Bewährung‘ des EURO nationalstaatlich erfolgen soll, was in derselben Ermangelung einer europäischen Fiskal- und Investitionspolitik in bereits angeschlagenen Staaten kaum gelingen kann: Zum einen, weil der Eurozone eine fiskalische Institution fehlt, „die Arbeitslosigkeit in schlechten Zeiten durch höhere Ausgaben bekämpft“.⁶⁵ Zum anderen, weil sich der Eindruck verbreitet hat, die Schuldenstabilisierungspolitik der Eurozone sei weder demokratisch legitim, noch entspreche sie dem ursprünglichen, auf kollektive Stabilität ausgerichteten Beitrittsgeist der Eurozonenmitglieder. Und fiskalisch konsolidiere sie schon gar nicht.⁶⁶

64 Ebd., S. 95, und weiter: „Auch dies war eine politische Entscheidung des europäischen Establishments. Es wurde ‚den Märkten‘ mehr Macht eingeräumt und den nationalen Regierungen entsprechend weniger. Das gipfelt schließlich darin, dass ‚dem Markt‘ hinsichtlich der Fiskalpolitik der Euro-Staaten ein faktisches Veto eingeräumt wird. Dadurch, dass sich nationale Regierungen nicht mehr so einfach finanzieren können, bleiben mehr Ressourcen liegen, auf die dann der private Sektor zugreifen kann, ohne die Inflationsrate in die Höhe zu treiben. Diese vermeintliche Einsicht führte zu der Austeritätspolitik, mit der halb Europa regelrecht kaputtgespart wurde. Die Kürzungen der staatlichen Ausgaben führten eben nicht dazu, dass der private Sektor höhere Ausgaben tätigte. Die freigesetzten Ressourcen, u. a. Arbeit, blieben ungenutzt und verfielen. Das BIP sank, die Arbeitslosigkeit stieg und die Leistungsbilanzdefizite verschwanden nur, weil die Bevölkerung weniger konsumierte und dadurch weniger importiert wurde. Diese Art von Wirtschaftspolitik, in der die Politik von Kennzahlen wie Primärdefizit, Staatsverschuldung zum BIP u. a. getrieben wird, lehnt die MMT aus funktionalen Gründen ab.“

65 Ebd., S. 101, und zur Erläuterung knapp ebd. S. 97: „Wirtschaftspolitik kennt zwei Instrumente zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit: Zinssenkung der Zentralbank und Ausweitung der Staatsausgaben. Beides steigert übrigens die Verschuldung – ersteres im privaten, letzteres im öffentlichen Sektor. Eine Ökonomie ohne Schulden ist nicht denkbar, und eine ohne steigende Schulden schon gar nicht“. Für weitere Ausführungen einschließlich weiterführenden Verweisen auf Theoriegenese und Kritik ders., Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive, 2., überarb. Aufl., Marburg: Metropolis 2016; zur jüngeren Diskussion Thomas Palley, What's wrong with Modern Money Theory. A Critical Primer, FMM WORKING PAPER der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 44, 2019.

66 So markierten Clemens Fuest und Florian Misch schon 2014 die nachher realisierte europäische Statuskonsolidierung durch zentralbankerische Staatsanleiheaufkäufe und andere Maßnahmen als zweitschlechteste Möglichkeit des Schuldenabbaus (nach der Insolvenz): „Wenn es nicht zu steigenden Inflationsraten kommt, findet eine Entschuldung durch Monetisierung ja nicht wirklich statt, allenfalls eine Senkung der Zinskosten. [...] Klar ist auch, dass eine Monetisierung der Staatsschuld der Fiskalpolitik den Druck nimmt, die Haushalte zu konsolidieren. Außerdem stellen sich Fragen der demokratischen Legitimierung. Gerade in der

Es sei nochmals der exemplarische Charakter der gewählten Fälle Piketty und MMT betont. Beide Beispiele stehen indes für die verständlicher Weise gewachsene Verunsicherung darüber, was Teile der gegenwärtigen Liquiditäts- und Vermögensproduktion zumal EU-Europas mit den gewohnten und gewünschten Formen freier Marktwirtschaft liberaler Demokratien noch gemein haben und ob Erstere Letztere nicht doch eher existentiell bedrohen. Entsprechend skeptisch wird vor allem der eigentümliche Umstand gesehen, dass erhebliche Teile der europäischen Finanz- und Währungspolitik seit Jahren darauf ausgerichtet sind, „Liquidität“ nicht „direkter und demokratischer – also etwa über öffentliche Etats“ in die Realwirtschaft einzuspeisen, sondern – volkswirtschaftlich oft wirkungslose, die soziale Kluft indes intensivierende – „Umwege über Finanzmärkte und Geschäftsbanken“ strukturell zu bevorzugen.⁶⁷ Denn heute ist nicht nur generell unklar, worin eine (mindestens sozial) gerechte Gestaltung des immer mächtigeren Finanzmarktsystems bestehen könnte. Auch schafft die herkömmliche und trivialste Vorstellung – Umverteilung – mehr Fragen als Antworten, beispielsweise weil diverse der immerhin schon diskutierten Abschöpfungsformen eher zur Legitimation, Stabilisierung, Normalisierung und Intensivierung des eigentlich doch als gefährlich rezipierten Finanzmarktsystems beitragen, aber auch, weil die soziale Logik der Umverteilung unter liberalen Verhältnissen die politische Logik der Abschöpfung voraussetzt. Den diversen Auswüchsen finanzmarktgetriebener Gier gewissermaßen durch politisch flankierende Begierden Herr werden zu wollen, verschärft das Problem durch den Lösungsversuch.

Mit Colin Crouch wäre darum zu erinnern, dass der heute „wichtigste Motor der Ungleichheit [...] die Finanzialisierung der Weltwirtschaft“ bleibt. Das heißt: „Wer finanzielle Ressourcen besitzt und manipulieren kann, generiert Erträge, die mit keiner anderen Form menschlicher Aktivität jemals erzielt werden können“.⁶⁸ Und es ist angesichts der Funktionsweise heutiger Fiskalregimes nicht ersichtlich, inwiefern ausgerechnet eine stärkere Integration der Finanzmarkterträge in unsere Fiskalroutinen dem Einhalt gebieten könnte. Wahrscheinlicher ist doch, dass solch ein nur weiter angeheizter Distributionsmodus einen Typus fiskalischer Begehrlichkeiten generiert, der zu einer Substitution demokratisch etablierter und kontrollierter öffentlicher Haushalte durch finanzmarktsystemische Haushalte führt, die Finanzialisierungsexzesse dann noch ungleich stärker als heute schon institutionell stützen bzw. stützen müssten.

Ein dergestalt drohender *politischer* Finanzmarktkapitalismus (im Sinne von Max Webers Typus eines „politischen“, die herrschaftsdistributiven Voraussetzungen einer

Eurozone ist zu bedenken, dass die Parlamente der Mitgliedstaaten der Währungsunion unter der Maßgabe zugestimmt haben, dass es sich um eine Stabilitätsunion handelt“ (Ökonomische Aspekte der Staatsentschuldung, in: Otto Depenheuer (Hrsg.), Staatsanleihe durch Enteignung? Legitimation und Grenzen staatlichen Zugriffs auf das Vermögen seiner Bürger, Berlin u. Heidelberg 2014, S. 23–37, hier S. 35).

67 Sparsam/Flachmeyer, Die unkonventionelle Geldpolitik der EZB, S. 190; skeptisch zur europäischen Kapitalmarkt- und Bankenfokussierung darum auch nochmal Hübner, Wenn der Markt regiert.

68 Colin Crouch, Die Superreichen gefährden die Demokratie, in: *DIE ZEIT*, 6. 6. 2019, hier nach <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-04/kapitalismus-demokratie-ungleichheit-globalisierung> (Zugriff 7.6.2019).

spezifisch auf Ungleichheit angelegten Wirtschaftsweise staatlicherseits forcierenden „Kapitalismus“) ist heute keine abwegige Entwicklung mehr. Als Wirtschaftsplanung, Investitionslenkung, Innovationssteuerung und Elitenreproduktion ist dergleichen früher schon als Normalfall des westlichen Wirtschaftsmodells beschrieben worden.⁶⁹ Gerade vor diesem Hintergrund aber könnten forcierte Diskussionen über die Wünschbarkeit einer fiskalisch genuin europäisch gespeisten Wirtschaftspolitik auch als Anzeichen eines Gegensteuerns zu interpretieren sein: Die Möglichkeit eines gewissermaßen europäischen Keynesianismus nämlich ermöglichte – so jedenfalls die Hoffnungen – eine wenn gleich bescheidene realwirtschaftliche Konjunkturalancierung durch öffentliche und regional gezielte Investitionslenkung, eine Ressourcensteuerung mithin, von der man sich eine weniger asymmetrische Verteilung der innereuropäischen Produktionsgewinne und Produktivitätszuwächse versprechen mag, ferner eine weniger paternalistische, weniger lobbyistische und bestenfalls auch eine zeitlich weniger zähe Zuteilung von Subventionen. Wir alle aber wissen auch, dass – vielleicht noch nicht: *wie sehr* – die Corona-Konstellation bisherige Diskussionsgrundlagen verändert. „Die Corona-Krise oder die nächste Krise könnten ein Anstoß“ für größere „Reformen sein. Die politischen Chancen dafür erscheinen freilich nicht besonders groß.⁷⁰

VII. Schlussbemerkungen

Das System allenfalls geteilter Hoheitsrechte bedingt, dass die Europäische Union *keine Souveränität* im nationalstaatlichen Sinne besitzt. Insbesondere verfügt sie nicht über eine der ursouveränsten und zumal für den demokratischen Verfassungsstaat konstitutiven Möglichkeiten: das Recht, Zwangsabgaben zu erheben. Im Gegensatz zu den auf der Wirtschaftskraft eines Landes basierenden Staatsbudgets ist das fiskalföderalistische Finanz- und Haushaltssystem der EU regelmäßig ein komplexes Verhandlungsergebnis politischer Interessengeflechte. Nicht Abgabenzwang, Gleichbehandlung und volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit wie im Staat, sondern politische Kompromisse einschließlich allerlei Rabatten und dem unverblühten Kalkül auf positiven Nettosaldo zwischen Einzahlung und Rückflüssen formen den europäischen Haushalt, der größerenteils folglich als Pseudofiskus zu betrachten ist: als ein nationale *fisci* zwar indirekt, aber unselbstständig spiegelnder und überdies betont karger Haushalt.

Die gegenwärtige Realfiskalität Europas lässt sich daher wie folgt charakterisieren. Das EU-Budget ist ein unter den Mitgliedsstaaten ausgehandeltes Zuweisungsbudget, das in kaum einer Hinsicht dem von fiskalisch souveränen Nationalstaaten bekannten Muster entspricht. Weder besteht ein eigenes Steuererhebungsrecht – ja, eine historisch liberal-

69 Genereller z. B. bei Joseph Vogl, *Der Souveränitätseffekt*, Zürich: diaphanes 2015, und Marianna Mazzucato, *Das Kapital des Staates*, München 2014.

70 Niklas Dummer/Christian Neuhäuser, *Die Zukunft des Wirtschaftssystems nach der Pandemie*, für www.theorieblog.de, 2020 (i.E., geplant auch für *ZfWU* (Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik).

demokratischste Institution dafür, das Parlament, existiert in dieser Hinsicht schlichtweg nicht –,⁷¹ noch können europäisch verwaltete Investitionsströme eigenständig und effektiv gesteuert werden. Vielmehr verhindern die Siebenjahresrahmenpläne Haushaltsflexibilität, und zwar sowohl für Notstandslagen, etwa eine koordinierte Flüchtlingshilfe einschließlich mediterraner Seenotrettung und europäischer Grenzsicherung, wie auch für solche Strukturanpassungen der öffentlichen Planwirtschaft, mit denen auf die hitzigen Innovations-, Produktions- und Risikozyklen des privaten Gegenwartskapitalismus und deren Folgen gestaltend oder kompensatorisch Einfluss genommen werden könnte. Auch ein effizientes Sanktionsregime gegen Korruption und haushalterische Misswirtschaft von EU-seitig gewährten Mitteln besteht nicht, zumal etwaige Maßnahmen auf die Mithilfe der Mitgliedsstaaten angewiesen sind.⁷²

Zwar sind im Zuge der jüngsten Finanz- und schließlich Wirtschafts- und Fiskal-
krise(n) eine Reihe von mal mehr und mal minder einschneidenden Veränderungen im kollektiven und mentalen Fiskalgebahren der EU zu beobachten. Hinter ihnen vermuten einige Beobachter einen zunehmenden Willen zu einer europäischen Finanzverfassung. Denn spätestens im Rahmen der europäischen Finanz-, Währungs- und Integrationskrise sind Ideen populärer geworden, die Legitimitätslogik von *Taxation & Representation* auf die EU anzuwenden. Und vielleicht birgt die dynamische Kopplung von Finalität und Fiskalität Europas ja tatsächlich einige faszinierende Möglichkeiten, insbesondere die Möglichkeit, durch die moderate Ergänzung des europäischen Fiskalföderalismus um einen europäischen Fiskalzentralismus die demokratische Legitimität der EU zu stärken, vielleicht sogar die Möglichkeit, die Handlungsfähigkeit Brüssels gegen die lähmenden Vetomöglichkeiten renitenter Mitglieder zu erhöhen.

Dagegen werden Ansichten zu nennen, laut denen jüngere Wünsche, die EU mit mehr fiskalischer Macht auszustatten, doch eher Folgen der grotesken Fiskalfiguration Europas seien als deren Lösung. Insbesondere steht seit der Griechenlandkrise das Problem im Raum, dass die EU durch die Einführung einer europapolitisch offenkundig gleichsam desaströsen wie irreversiblen Währung, also dem Europa *spaltenden* Euro, die soziale

71 So radikal Ralf Dahrendorf vor einem Vierteljahrhundert: „Das Europäische Parlament ist kein Parlament. Man kann einem Parlament keine Rechte geben, das Parlament gibt Rechte. Ein Parlament, das bei der Kommission um seinen eigenen Haushalt betteln muß, das keine Steuern erheben kann, das keine Regierung bestellt oder entläßt, verdient diesen Namen nicht und wird sich nie zu einem Instrument der Demokratie entwickeln“ („Alle Eier in einen Korb“. Lord Ralf Dahrendorf über die Gefahren der Währungsunion und die Krise Europas, in: *DER SPIEGEL* 50/1995, S. 27–33, 32f.).

72 Der Veranschaulichung mag ein gegenwärtiges Beispiel wie das ungarische von Viktor Orbán und seiner Fidesz-Partei dienen: Deren bevorzugt im Vorfeld von Wahlen erfolgende Zuteilung von EU-Agrarsubventionen, Staatsaufträgen und Infrastrukturrechten an eine parteitreue Gefolgschaft oder entsprechende lokale Wahlstimmenvermittler greift nicht auf das Steuerbudget zu, sondern umgeht das Parlament durch parteipolitische Kommunalverwaltung und gutsherrliche Vergabe von Fremdmitteln; das Einstimmigkeitsprinzip des EU-Haushalts (d. h.: Veto-Macht Ungarns) sichert diesen Patrimonialismus strukturell ab. Vgl. Thomas Kruchem, Ungarns neue Elite. Wie EU-Gelder Orbáns Macht sichern, https://www.deutschlandfunkkultur.de/ungarns-neue-elite-wie-eu-gelder-orbans-macht-sichern.979.de.html?dram:article_id=487966, 2020 (Zugriff 29.11.2020).

Ungleichheit in Europa verstärkt hat, und zwar in einer Weise verstärkt hat, dass diejenigen Nationen, die – wie Deutschland – auch fiskalisch am meisten vom Euro profitieren, zugleich diejenigen Nationen sind, die durch einen Teiltransfer fiskalischer Hoheitsrechte an die EU am stärksten zu verlieren meinen.

Zwar werden immer wieder, zuletzt beispielsweise französische Vorschläge eines kerneuropäisch koordinierten Haushalts für die Eurozone öffentlich.⁷³ Dadurch konnten Diskussionen über zukünftige europäische Erhebungsmittel – sprich: eine europäische Steuererhebung – stimuliert werden; als Stichworte mögen hier Digital- und koordinierte Finanztransaktionssteuer genügen. Doch stoßen solche Vorschläge auf Widerstände. Widerstände, zu denen auch das beredete deutsche Schweigen oder der gängige Verweis auf eine gleichwie angemessene Diskretion angeblich laufender Gespräche gehören. Überdies sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass die Forderung nach einem eigenständigen (und ohnehin im Vergleich zu den nationalen Etats geringfügigen) Haushalt für die Eurozone zuvörderst dem wirtschaftspolitischen Erfordernis entspringt, durch eine europäische Investitionssteuerung einige jener Malaisen zu behandeln, die die europäische Wirtschafts-, Kapitalmarkt- und Währungsunion selbst hervorruft. Immerhin sind es nicht zuletzt Hauptmerkmale der europäischen Binnenmarktpolitik – Arbeitnehmerfreizügigkeit, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit, europaweiter Ausschreibungszwang für öffentliche Projekte (d. h. die größten, bürokratisch gewieftesten oder die windigsten, dem Papier nach billigsten Anbieter erschleichen Auftragsprivilegien) etc. –, die eine Fachkräfteabwanderung, Korruption und Verarmung in den europäischen Peripherien und Krisenländern verstärken, während die Geld- und Stabilitätspolitik der EU schuldenintensive nationalstaatliche Abhilfemaßnahmen durch Austeritätsanforderungen limitiert, auf die wiederum die Mitgliedsstaaten nicht durch supranationale Koordination und Quasi-Konstitutionalisierung reagieren, sondern durch kleinteilige Verhaltensanpassungen mit mehr makroökonomischen denn fiskalpolitischen Kalkülen.

Zu letztgenannten Entwicklungen gehört, dass innereuropäische Leistungs- und Vermögensasymmetrien sich heute – jedenfalls derzeit, denn dieses System wird statt zu einer Nivellierung zu führen über kurz oder lang kollabieren – nicht mehr in regionalen Währungsanpassungen, Preisinstabilität und steuerlicher Differenzierung widerspiegeln, sondern in Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Sparquoten, Steuerhinterziehung u. v. a. m. Dies hat seit nunmehr zehn Jahren zur immer wieder von vielen Beobachtern diagnostizierten Konsequenz, dass sich sowohl regionale Wirtschaftskrisen wie auch einzelstaatliche Finanzkrisen innereuropäische Ventile suchen. Der, oder wenigstens: *ein* Preis der politisch gewollten monetären Integration durch Geld-, Währungs- und (impliziten) Steuerharmonisierung ist also ironischerweise, dass wir viele der kulturellen und subpolitischen Vorzüge der wirtschaftlichen Integration der älteren Europäisierungsphase wieder kassieren. Die Lust, europäische Vielfalt zu erleben, droht der Last zu weichen, alles zu vereinheitlichen.

So wird der „erste“ Markt, der ‚freie‘ Markt gewissermaßen vom „zweiten“ und vom „dritten“ Markt, dem politischen Binnenmarkt bzw. dem privaten Solidaritätsmarkt tech-

73 Siehe auch Lucas Guttenberg/Johannes Hemker, A Fiscal Instrument for the Euro Area: No Escape from Politics, Policy Paper, Jacques Delors Institute Berlin, März 2018.

nokratisch bzw. schattenökonomisch allmählich überwölbt. Regionale Arbeitslosigkeit etwa mündet in den Krisenperipherien in saisonale oder strukturelle Binnenmigration von unqualifizierten oder von jungen Menschen, in Arbeitswanderungen also, durch die strukturschwache Regionen selbst dann weiter strukturell und symbolisch geschwächt werden, wenn sie von rückfließenden Privat- und Solidaritätstransfers rechnerisch gewinnen mögen: Die Häuser (also: die typische Altersversorgung) verlieren an Wert, ihr Unterhalt verschlingt familiäre Rücklagen, ans Kinderkriegen ist überhaupt nicht zu denken; die Landflucht bedingt eine neue Städteverdichtung mit dem entsprechenden Immobilienboom zumal von Kleinstwohnungen für ortsfremde Singles. Sie verschärft aber auch unzählige emotionspolitische Effekte der Digitalisierung, weil nun kompensatorisch immer und überall auf eine etwas Trost spendende Bildschirm-„Heimat“ zugegriffen werden muss, die eine unterentwickelte Netzinfrastruktur vieler Regionen wiederum nicht bedient. Die in der Fläche liegenden mittelständischen Unternehmen und die lokalen Handwerksbetriebe tun sich dann immer schwerer, generationsübergreifend zu arbeiten, während eine unternehmerische Konzentration, die Globalisierung und Monokulturalisierung allzu gleichartiger Wirtschafts- und Bewertungsstandards wie auch Dienstleistungsmono- und -oligopole weiter zunehmen. Das wiederum verstärkt die ohnehin gewachsene Synchronisierung makroökonomischer Krisenanfälligkeit und reduziert die Chancen des europäischen Großraums, auf Wirtschafts- und Finanzkrisen mit unternehmerischer Diversität und Flexibilität zu reagieren. Einzelsektorkrisen, Lieferengpässe und spontane Lieferkettenunterbrechungen wirken dann schnell endemisch; inner- und außereuropäische Kleinstakteure erhalten systemische Veto- bzw. Erpressungsmacht.

Eine Reihe von Beobachtern hat auf diese allgegenwärtigen Krisen mit Forderungen nach einer Europäisierung wenigstens der sogenannten „parafiskalischen“ Haushalte reagiert, insbesondere eine koordinierte Arbeitslosenversicherung wird breit diskutiert. Das konnte hier allenfalls am Rande Thema sein, zählt nicht in den genuin steuerpolitischen Bereich der Fiskalität, es sei denn in Gestalt von steuerlichen Auffang- und Kompensationszahlungen sozialversicherungswirtschaftlicher Defizite, die schlimmstenfalls als diskrete Umverteilung denunziert werden. Denn auch generell ist fraglich, inwiefern das tendenziell doch eher aus den prosperierenden Ländern aufkommende Budget eines potentiellen Eurozonenhaushalts – mit oder ohne Parafisci – tatsächlich für eine solidarische und kompensatorische Peripheriestabilisierung fließen würde statt durch die teils schlichtweg gehässigen und chauvinistischen Fiskalklischees der reicheren Bevölkerungsgruppen und -schichten populistisch reklamiert zu werden.

Mithin ist keine Trendwende erkennbar oder gar eine Abkehr von den bisherigen steuer- und fiskalpolitischen Hauptaufgaben der EU – Steuerharmonisierung und klassische Prosperität. Nicht übersehen werden sollte darum, dass das „Corona“-bedingt diskutierte und durch Verfassungsgerichte schnell beanstandete „Hamilton-Moment“ einer gemeinsamen Schuldenaufnahme – die selbst auch nicht dasselbe ist wie eine europäische Vergemeinschaftung von bestehenden Schulden – ebenfalls eine wachstumsstimulierende und innovationslenkende Maßnahme ist. Von entsprechend interessierten Kreisen mag sie rhetorisch geschickt als „Fiskalunion“ apostrophiert werden. Doch entbehrt sie jeder realpolitischen Grundlage dahingehend, dass durch gemeinsame Geldproduktion und -auschüttung auch der Weg in die supranationale Besteuerungshoheit vorgezeichnet wäre.

So gehen Geld-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik in der EU weiterhin getrennte Wege. Nennenswerte europäische Eigenmittel ohne planwirtschaftspolitisch vorstrukturierten Verwendungszweck bleiben weithin tabuisiert. Eine primärrechtliche Verankerung europäischer Steuererhebungs Kompetenzen ist nicht absehbar. Finden sich öffentlich ernstgenommene Vorschläge zum Ausbau europäischer Fiskalhoheit, werden sie bevorzugt diskutiert, wenn sie der wirtschaftlichen Stabilisierung der Eurozone und des europäischen Binnenmarktes zu dienen behaupten, wobei selbst dann – wie jüngst im oben und eben nochmals genannten Fall des gigantischen „Wiederaufbaufonds“ – die Risikoverteilungen der Schuldenhaftung der Matrikularlogik entsprechen, gezielte transnationale und sozialpolitische Umverteilungen und Investitionen also weiter behindert werden sollen. In demokratiestimulierender Absicht diskutiert wird all dies gar nicht oder, nur gelegentlich, und dann doch eher in der Absicht, den gegenwärtigen Freiheits- und Rechtsstaatsrückbau in vor allem osteuropäischen Mitgliedsstaaten durch Gegenmacht und Alternativloyalitäten zu konterkarieren.

Wird dies alles so konstatiert und beschrieben, könnte nun die im hiesigen Beitrag eingeführte systematische und historische Sichtweise überflüssig und sachfremd wirken, womöglich ohnehin zu abstrakt. Umso mehr, wie die aufgezeigten sozialintegrativen, partizipatorischen, potentiell demokratischen und unsere gegenwärtigen Wirtschafts-, Repräsentations- und Solidaritätsformen reproduzierenden Dimensionen des fiskalischen Alltags- und Globalhandelns dabei vollkommen ausgeblendet zu sein scheinen.

Doch auch der Negativbefund ist ein Befund. Die europäisch geformte Wirtschafts-, Währungs- und Haushaltsplanung bleibt weiterhin (und zwar mit weitem Abstand von anderen Maximen) ökonomischen Imperativen und den für sie institutionalisierten technokratischen Routinen verpflichtet. Lassen sich doch einmal innovativere Andeutungen vernehmen, laden sie die Fachwelt allenfalls zu betont bodenständigen Spekulationen ein – so sehr scheint man sich daran gewöhnt zu haben, jenseits von Schulden-, Geld- und Austeritätspolitik fiskalpolitisch vom vereinten Europa nichts erwarten zu dürfen und erstrecht keine jener demokratiestützenden Praktiken verlangen zu wollen, die für viele der Gründungsstaaten konstitutiv sind.⁷⁴

Danebenzustellen bliebe freilich der Umstand, dass auch die andere Seite, das linksliberale Intellektuellenspektrum und dessen eher monographische *policy paper*-Äquivalente, wenn überhaupt durch eher utopisch anmutende oder vernichtend kritische Vorschläge hervortritt.⁷⁵ Hierzu zählt auch die vielleicht wichtigste Frage fiskaldemokratischer Visionäre: die Frage nach dem Fiskalzweck. Soll das durch eine etwaige europäisch erhobene Extrasteuer oder eine delegierte, vordem nationale Europasteuer gewonnene Aufkommen für eine bestimmte Aufgabe reserviert werden oder einem allgemeinen Etat zufließen? In letzterem Fall wäre die Legitimitätspolitische Frage wieder: Wozu? Was wäre damit ge-

74 Siehe z. B. Ole Funke et al., Finding Common Ground. A Pragmatic Budgetary Instrument for the Euro Area, Policy Paper Nr. 8, Jacques Delors Institute Berlin, Februar 2019.

75 Eine gelungene *Jekyll & Hyde*-Polemik gegen ein republikanische Perspektiven seit Jahrzehnten verhinderndes „technokratisches“ „mindset“ eines kapitalistischen EU-Europas und seines Imperativs reibungsloser Wirtschaftskonformität aller Lebensbereiche lieferte etwa Hauke Brunkhorst, Das doppelte Gesicht Europas, Berlin 2016.

wonnen, eine als Sonder- oder ‚Gutes-Europa‘-Geld deklarierte, vielleicht ja sogar populäre Zusatzsteuer – nennen wir sie anspielungshalber doch einmal „Solidaritätszuschlag“ – in einen allgemeinen Topf zu werfen?

Spannender wäre vielleicht dann doch eine Zweckbindung, die Idee einer Zwecksteuer also, einer Abgabe unter der Bedingung einer konkreten Verwendungsbindung. Was könnte solch ein Zweck sein? Wofür wollen wir zahlen? Und wenn: Warum sollte das dann über eine Steuer laufen? Wenn wir zahlen ‚wollen‘, wozu bedürfte es dann der per Steuerbegriffsdefinition gegenleistungsfreien Zwangsabgabe? Wären nicht weniger marktkonformistische Mittel adäquater – gerade, wenn es auch um den symbolpolitischen Identifizierungseffekt gehen sollte statt um Tribute für Brüssel? Wir könnten gebührenfinanzierte europäische Universitäten gründen oder bestehende Hochschulen entsprechend umbauen. Solche Einrichtungen würden dann von jenen finanziert (nicht sofort, versteht sich, sondern über absolventenseitigen Rückfluss), die sie tatsächlich in Anspruch nehmen. Wir könnten europaweite Verkehrswege genossenschaftlich erwerben und bewirtschaften, also europäisches Kollektiveigentum herstellen. Wir könnten europäische Baukredit-, Strom- und Wohnungsgenossenschaften gründen, mit denen die Energieoligopole und der Mietspekulationsmarkt kontestiert oder Grundstücke, vielleicht ganze Landstriche in das Eigentum europaweiter Gesellschafter überführt oder gar in Allmenden rückverwandelt würden.

Doch bräuchte es dafür eines Auf- und Ausbaus Brüsseler Fiskalerhebungsmacht? Die Frage ist hier nicht zu stellen, die im vorliegenden Text erörterten Perspektiven lassen weder einfache noch eindeutige Antworten zu. Kenntlich geworden sein mag immerhin, dass die fiskalische Steuerung Europas weiterhin von den Mitgliedsstaaten ausgeht, direkt insbesondere von den wirtschaftlich potenten, indirekt insbesondere von den insolventen. Obwohl sie nicht mehr trägt, bleibt mithin die passive und originäre Gründungsmentalität spürbar, eine europäische Identität hintergründig durch Prosperitätsvernetzung zu generieren. Das ernüchternde Ideal eines eigennützigem Nehmens, nicht das gemeinnützige Teilen und gerechte Verteilen kennzeichnet das öffentliche und offizielle Leitbild europäischer Fiskalität. Ein fiskalisch vermittelter, suprastaatlicher bis kosmopolitischer Identitätsverband und ein entsprechend europabürgerschaftlicher Steuerhabitus existieren nicht. Insofern immerhin besitzt die europäische „Figur des Fiskus“ freilich Maße, die in genannter dreifacher Hinsicht die „Konstitution“ der vorfindlichen Union widerspiegeln: die Finanzverfassung der EU ist nationalstaatlich präfiguriert, folglich gibt es keine eigenständige Staats- bzw. Demokratieverfasstheit des europäischen Pseudofiskus und doch sind seine gewaltigen technokratischen Herausforderungen von den realen Unwuchten der weithin neoliberalen europäischen Wirtschaftsverfassung definiert. Mit anderen Worten: Die demokratische Bewährung des europäischen Fiskus liegt dieser Jahre, wo sie bislang noch immer lag – bei den Mitgliedstaaten, und zwar bei allen.

Diskussion (Auszüge)

Frage: *Ist das Thema einer europäischen Steuer nicht ein „Luxusthema“? Welche Verteilungsfolgen ergeben sich? Die EU hat die Steuerkonkurrenz zwischen den Staaten zugelassen. Ist daher die Bereitschaft gering, einer europäischen Steuer zuzustimmen?*

Antwort: Bei der Frage nach Steuern müssen in der Tat Verteilungswirkungen berücksichtigt werden. Dies ist in den letzten Jahrzehnten nicht geschehen – nicht zuletzt deshalb ist nach der Finanzkrise die Diskussion über europapolitisch forcierte Steuerpolitik entstanden, beispielsweise bei Thomas Piketty („Das Kapital im 21. Jahrhundert“) und Wolfgang Streeck („Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus“) reagiert.

Die öffentlich geführte Diskussion muss vielmehr zweigeteilt geführt werden: Richten sich die Diskussionen wirklich auf Besteuerung oder versteckt auf etwas anderes? Und: welche Macht bekommt derjenige, der abgibt und welche Form / welcher Typ der Abgabe wäre zu wählen? Über den ökonomischen Aspekt hinaus ist der politische Aspekt der Verteilungswirkung wichtig, daher handelt es sich mitnichten um ein „Luxusthema“.

Frage: *Würde nach der durchlebten Solidaritätskrise eine Steuer ein europäisches Gemeinschaftsgefühl bestärken? Ist nicht die Zwecksteuer die Steuer der Wahl, da hier transparent offengelegt werden, wofür Gelder verwendet werden anstatt dass der Eindruck bestätigt würde, Gelder würden unkontrolliert versandt?*

Antwort: Es ist die Frage, ob Steuern eine Europäisierung nach sich ziehen oder ob eine erfolgreiche Europäisierung Steuern möglich macht. Diese Antithetik ist vieldiskutiert. Diese Prozesse von Identitätsbildung sind bisher nur von Staaten bekannt, für Staatenverbände gibt es keine Erfahrungswerte. Letztlich muss man sich zu der Frage politisch verhalten, was hier vermieden werden soll.

Frage: *Steuern sind eine Frage der Akzeptanz. Sie werden nicht kritisiert, wenn sie als gerecht und verständlich eingeordnet werden. Je größer das Konstrukt wird, desto unübersichtlicher werden Steuerfragen. Kann eine europäische Steuer überhaupt Akzeptanz erwarten?*

Antwort: Es ist eine soziologisch verständliche Beobachtung, dass mit territorialer und demographischer Ausweitung Übersichtlichkeit verloren geht; das gilt auch für Abgabe- und Finanzierungssysteme politischer Großverbände. Bei der schieren Größe der EU hängt die Frage der Steuern mit der Frage nach Akzeptanz zusammen. Dem Gefühl, dass Legitimität durch Zurechenbarkeit erhöht wird, stimmen wahrscheinlich alle zu. Warum soll aber der Transfer von Fiskalaktivitäten gen Brüssel die Legitimität Europas verstärken? Könnten diese Effekte nicht auch mit anderen Mitteln erzeugt werden? Historisch ist zu beobachten, dass die Akzeptanz von Abgaben am höchsten ist, wenn der Raum, in dem sie erhoben werden, klein ist.

Frage: *Ist es überhaupt denkbar, dass das gleiche Produkt in jedem europäischen Staat gleich besteuert wird?*

Antwort: Es gibt ökonomische Gründe für unterschiedliche Steuersätze (etwa Ermäßigung von Steuersätzen für Grundnahrungsmittel). Eine Forderung nach einheitlichen Steuersätzen ist daher nicht anzustreben, wohl aber eine kaufkraftgewichtete Harmonisierung der Steuersätze in Europa, die auch seit Jahrzehnten in Europa erfolgreich durchgeführt wird.

Der Vortrag wurde im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim am 8. Januar 2018 gehalten und für die vorliegende Publikationsfassung erweitert und aktualisiert.

Sebastian Huhnholz

„Europa sollte mehr sein wollen“

„Fassadendemokratie‘, wie Habermas das genannt hat, haben die meisten doch satt. Europa sollte mehr sein wollen. In Einzelabgaben und immer auch in mäzenatischer Benevolenz, Stiftungsvielfalt sowie genossenschaftlicher Selbsthilfe steckt ein sehr hoffnungsvolles Potential für eine europäische Union der Bürgerinnen und Bürger.“

Michael Gehler: *Können Sie uns ein wenig zu Ihrer Herkunft und Ihrem Elternhaus sagen?*

Sebastian Huhnholz: Über das Elternhaus nicht, da hätte ich mich besprechen müssen. Interessant ist vielleicht die Person meines Großvaters mütterlicherseits, der in seinen letzten zwei Jahrzehnten ein wichtiger Mensch für mich wurde. Ende der 1920er im Berliner Arbeiterbezirk Friedrichshain geboren, hat er dieses Areal niemals verlassen – und war ein entsprechend stoisches Lokallexikon in Person.

Sein Vater war Schlosser, die Mutter bis Kriegsende Hausangestellte der Treskows⁷⁶ in Friedrichsfelde (deren im Zuge der Bodenreform sozialisiertes Herrenschloss später dem Ostberliner Tierpark einverleibt wurde). Meinen Uropa habe ich als Kleinkind noch gekannt, hätte das aber vielleicht vergessen, wenn nicht mein Großvater in seinen letzten Jahren sehr zärtlich und dankbar über die eigenen Eltern gesprochen hätte. Obwohl er Kriegskind war, berichtete er von einer beglückten Kindheit, denn der Vater war aus mir widersprüchlich mitgeteilten Gründen ‚unabkömmlich‘ gestellt. Mal hieß es, es lag an einem ‚jüdisch‘ geschimpften Familiennamen, mal, dass es schlicht der Schlosserberuf war. Wer weiß. Jedenfalls wurde mein Urgroßvater nicht eingezogen, sondern blieb wohl fast den ganzen Krieg über mit Frau und Söhnen im Friedrichshain und im Friedrichsfelder Garten. Seine beiden Jungs wurden dann zwar noch gezogen. Der Ältere zur Kriegsmarine, mein Großvater nur zum letzten Aufgebot – aber wenn man weiß, was im April und Mai 1945 im Friedrichshain los war, gerade auf der Achse, die von Friedrichsfelde ins Zentrum führte... meine Güte.

Mein Großvater wuchs in der Mainzer Straße auf – hat also die ganze Geschichte dieser heute ja berüchtigten Straße miterlebt: Von Mietskaserne über Ausbombung und Endkampf, dann den Verfall in der späten DDR, die Straßenschlachten zwischen Hausbesetzerzene, Neonazis und Polizei in der Nachwende-Zeit bis zur heutigen Gentrifizierung. Auch ich selbst bin letztlich dann in dieser Ecke geboren und aufgewachsen. Die heftigste Erinnerung blieb dem Großvater zuletzt, dass und wie in seiner Jugendzeit ein geistig

76 Familie von Treskow, preußisches Adelsgeschlecht, bis 1945 Eigentümer des Schlosses Friedrichsfelde im heutigen Berliner Tierpark.

„Europa sollte mehr sein wollen“

behindertes Nachbarskind gewaltsam „abgeholt“ wurde, eine Sabine, wie er meinte. Sie soll ermordet worden sein. Die Eltern wären dann fortgezogen. Ich habe ihrem Schicksal vergeblich nachzugehen versucht und bin auch etwas skeptisch wegen des erinnerten Namens: Raub der Sabinerinnen und so, das klingt nach einer mythischen Inversion, wie unwillkürlich vom Kindergedächtnis falsch abgelegt. Für den Großvater jedenfalls war das ein Kindheitstrauma, wohingegen der fast vollständige zerbombte Friedrichshain ihm seltsamerweise weniger zusetzte – immerhin hat er ja dessen Kriegszerstörung, Wiederaufbau, sozialistische Quasi-Wiederzerstörung und die jüngere Erneuerung Stück für Stück er- und gelebt.

Seit den 1970er hat der Mann dann in einem der (zunächst als fast utopische Re-nommierbauten gedachten) luxuriösen Plattenbauten der zweiten Generation am Volkspark Friedrichshain gewohnt. Eine Wohnmaschine, durchaus im gutgemeinten Sinne des mittleren Le Corbusier⁷⁷. Der Park ist größtenteils, wie so viele in Berlin, eine Zufalls-erbschaft der Reichskriegshauptstadt, steht auf einem riesigen Schutthaufen gesprengter Flak- und Luftschutzbunker. Davor, genau vor das Haus meines Großvaters, wurde in der mittleren DDR dann diese riesige Lenin-Statue aus rotem Marmor gesetzt. Die wurde nach der Wende abgerissen, und wissen Sie, wie der belanglos grau gestaltete Ex-Leninplatz nun heißt? Platz der Vereinten Nationen. Weltbürgerkrieg wird durch Weltbürger-tum ersetzt, roter Lenin⁷⁸ durch einen vor Ort arg grauen Kant.⁷⁹

Mit den roten Marmorplatten wurde dann unter anderem der Außenhof meines späteren Friedrichshainer Gymnasiums ausgestattet. ‚Spur der Steine‘ quasi; sowas hat meinen Großvater interessiert. Der kannte bis zuletzt alle Friedrichshainer Straßennamen in ihren jeweiligen Regimevarianten: Weimar, vielleicht teils sogar Kaiserzeit, dann NS, DDR, große BRD. Das müssen Hunderte von Namen gewesen sein. Die letzte Welle habe ich ja selbst noch erlebt, meine Schulen und Kindheitsstraßen sind umgehend umbenannt worden. Nicht immer zum Besseren. Und diese aus Sicht des Großvaters eben ständigen politischen Umbenennungen, die, ja, lakonische oder sarkastische Art, wie er mit den Namen jonglierte – das hatte Witz und eine ungemeine Distanz zur ‚großen‘ Politik.

Nun gut, die Entwicklung dieses Bezirks und seiner großen, vom Alexanderplatz durch Friedrichsfelde faktisch bis nach Küstrin führenden Allee ist ein Roman – von den friderizianischen Anklängen über Horst Wessel⁸⁰ im NS und die ersten Bauhaus-Versuche Hans Scharouns⁸¹ in der Karl-Marx-Allee, die prachtvollen Stalin-Bauten bis zum heutigen Zustand. Da könnte ein Fontane⁸² ran... Mit meinem Großvater jedenfalls, so scheint mir,

77 Le Corbusier (*1887; †1965), schweizerisch-französischer Architekt, Architekturtheoretiker, Designer, Stadtplaner u.a.

78 Wladimir Iljitsch Lenin (*1870; †1924), russischer Politiker, Revolutionär und Begründer der Sowjetunion.

79 Immanuel Kant (*1724; †1804), deutscher Philosoph.

80 Horst Ludwig Wessel (*1907; †1930), vom Nationalsozialismus zum politischen Märtyrer stilisiert.

81 Hans Scharoun (*1893; †1972), deutscher Architekt.

82 Theodor Fontane (*1819; †1898), deutscher Schriftsteller.

ist ein Wissensschatz über den Friedrichshain verschwunden, für mich allemal. Unsere ganze Familie ist da geboren worden – mein Großvater wurde zweimal früh Witwer, er hat vier Töchter hier weitgehend allein großgezogen. Und die Familie ist, wenn überhaupt, erst vor wenigen Jahren von dort weg. Ich auch. Rückkehr ausgeschlossen.

Sanne Ziethen: *Haben Sie noch Erinnerungen an prägende Lehrer/innen Ihrer Schulzeit?*

Sebastian Huhnholz: Eingeschult worden bin ich in der späten DDR, war noch Jungpionier mit Uniform, Halstuch usw. In der ersten Klasse war ich vermutlich irgendwie gern. An einzelne Lehrerinnen und Lehrer denke ich auch ganz gern zurück. Wirklich prägend waren aber eher so besondere Typen. In der späten DDR hatten wir beispielsweise zwei Lehrerinnen, die einzelne, besonders die sozial und die lernschwachen Schüler gezielt misshandelten. Fiese Gestalten. Das war zwar nicht normal, das merkte man, aber es wurde, vielleicht hier und da auch schadenfroh, hingenommen und geheim gehalten. Zwei Tage nach dem Mauerfall geht eine der beiden Fieslinge doch prompt durch die gelichteten Reihen der Klasse und wir ‚durften‘ an ihrem Handgelenk schnuppern. „8x4“, so ein Werbefernsehen-Deo. „So riecht der Westen, Kinder.“ Heiner Müller⁸³ hat ein bedeutendes Gedicht über solche, Ende 89 allgegenwärtigen Figuren und Situationen verfasst und mit Joseph Conrads⁸⁴ „Heart of Darkness“, also der Vorlage für Coppolas⁸⁵ antikolonialistischen Film „Apocalypse Now“, verwoben: „The Horror, the Horror, the Horror“! Das würde ich eine wichtige Prägung nennen: Die Welt der DDR geht unter, jetzt herrscht das Gesetz des Dschungels. Und der Dschungel riecht nach Ekelspray, bis in die letzte Schulruine. Houellebecq⁸⁶ avant la lettre sozusagen. Das war ein failed state in jedweder Hinsicht.

Und um da was dageganzusetzen: Nachdem ich umgeschult wurde, hatte ich für ganz kurze Zeit das Glück, auf eine westdeutsche junge Lehrerin zu treffen, die, fast frisch von der Uni, nach Ostberlin versetzt worden sein muss. Für die war das sicher Rocky Horror Picture Show⁸⁷ mit Marschmusikecho. Die wurde auch, glaube ich, im Kollegium gleich gemobbt. Die lud Holocaust-Überlebende in den Unterricht. Die antifaschistische Nummer brachte im Osten ja nach der Wende sonst keiner mehr. Galt wohl als anrühlich oder man hatte das über. Man war aus Prinzip eher rechts. Überhaupt waren viele der Wende-Traumatisierten nicht sonderlich ernst zu nehmen, schon gar nicht als Lehrer. Die waren mit sich beschäftigt. Uns Schülerinnen und Schüler jedenfalls hat diese Frau einmal sogar nach Westberlin gebracht, an die Freie Universität, und da durften wir Zaungäste in einem kleinen Seminar sein, ein theologisches oder geschichtswissenschaftliches, ich

83 Heiner Müller (*1929; †1995), ostdeutscher Dramatiker.

84 Joseph Conrad (*1857; †1924), polnisch-britischer Schriftsteller.

85 Francis Ford Coppola (geb.1939) ist ein US-amerikanischer Regisseur und Produzent. Als Regisseur von Klassikern wie *Der Pate* und *Apocalypse Now* zählt er zu den bedeutendsten Filmschaffenden des US-amerikanischen Kinos.

86 Michel Houellebecq (*1956), französischer Schriftsteller.

87 *The Rocky Horror Picture Show*, Kinofilm (1975) des Regisseurs Jim Sharman, basierend auf dem Musical „*The Rocky Horror Show*“ von Richard O’Brien.

„Europa sollte mehr sein wollen“

muss rückblickend mehr raten. Es ging um Jesus, und wir kauerten alle am Rand des Seminarraums. Stellen Sie sich das vor! Lauter grad pubertierende Pimpfe aus dem Osten gehen mit ihrer Westberliner Geschichtslehrerin an die Freie Universität – und dann gibt’s da: Jesus! Was? Wer? Der mit dem Kreuz, wa? Es ging um eine textkritische, auch irgendwie postkolonial-ethnologische Deutung des Neuen Testaments. Was heißt’s, die andere Wange hinzuhalten? Warum steht das da? Wen will Jesus damit provozieren und warum klappt das eigentlich? Na: die Römer! Die müssen ihn dann mit der Innenseite der rechten Hand schlagen, anatomisch bedingt. Eine versehentliche Anerkennung des imperialen Römers gegenüber einem frechen Juden – aus Affekt. Rumms! Ich kann diesen Seminarraum noch riechen. Ich wollte da nie wieder weg.

Jörg Beining: *Sie entschieden sich für das Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Was bewog Sie zu diesem Studium?*

Sebastian Huhnholz: Der Studienort war zunächst pragmatisch veranlasst, um nicht zu sagen: finanziell. Es gab keine strategischen Erwägungen institutioneller Art. Dafür ging mir damals jede Kompetenz ab. Auch hatte ich zunächst gar keinen Studienplatz bekommen. Von der Möglichkeit, sich ins Studium einzuklagen, wusste ich nichts – das war alles Neuland für mich. Ich möchte nicht undankbar für persönliche Förderungen sein, kann jedoch nicht behaupten, mich „entschlossen“ zu haben im erhabenen, Autonomie unterstellenden Verständnis des Wortes. Was aus der Humboldt-Universität einmal werden würde, konnte ich um die Jahrtausendwende überhaupt nicht wissen. Auch was sie war, wusste ich nicht. Ich wusste eigentlich gar nichts. Meine Jugendzeit steckte noch ganz, ganz fest im Ancien Régime der Rest-DDR. Die 90er waren im Osten einfach keine Jahre des Aufbruchs.

Das Studium habe ich als eine kleine Befreiung erlebt. Aber die kam halt auf mich zu. Das war ein passiver Vorgang. Ich bin nicht einmal sicher, ob ich wirklich studieren wollte, im formalen Sinne. Ich wollte bestimmte Vorgänge verstehen. Mein Interesse lag, liegt eigentlich bis heute: auf dem Verstehen der sozialen Manipulation, der Steuerung von Menschen. Ein erheblicher Teil meines frühen Lebens bestand aus der Beobachtung fremdgesteuerter, aber dadurch irgendwie erst funktionierender Personen. Ich will nicht sagen: entfremdet – aber doch unecht, eher furchtsam. Ich meine das gar nicht kritisch oder erhaben. Wir tragen ja alle unser Korsett. Ich finde das einfach spannend und wollte das verstehen. Warum sprechen die so und nicht wie andere oder warum wollen die wie andere klingen und merken es nicht, dass man das merkt? Und das ging dann wohl nur mittels Studium.

Doch vielleicht noch ein Wort zum Fach. Sozialwissenschaften hieß an der HU: alte Schule, aber nicht ganz alte. Also: Soziologie und Politologie, aber keine Wirtschaftswissenschaften. Mich drängte es, wie gesagt, eigentlich erstmal nur zur Soziologie. Das ging an der HU aber nicht. Und die FU, wo man sich für die Soziologie als Einzelfach in der Tradition Rudi Dutschkes⁸⁸ hätte einschreiben können, konnte ich mir nicht leisten. Also

88 Rudi Dutschke (*1940; †1979), deutscher Soziologe und politischer Aktivist der Studentenbewegung der 1960er Jahre.

doch HU. Hab ich vom ersten Tag an dann nie bereut, auch wenn ich schnell eher auf die politikwissenschaftliche und historisch informierte Seite des Instituts gezogen worden bin. Die Standardsoziologie habe ich letztlich mehr als eine Art nützliches Basiswissen mitgenommen, antrainiert allerdings durch den jungen Roland Verwiebe,⁸⁹ einen großartigen akademischen Lehrer, der heute in Wien lehrt. Jenseits ihrer Grundlagen aber fand ich Teile der angewandten Soziologie damals zu belanglos. Ihr technisches Handwerkszeug, die Grundlagen waren spannender, also Demographie, Sozialstruktur und soziale Vererbungslehre, Massen- und Kulturpsychologie, so Sachen. Rückblickend würde ich zugestehen: Viele der heute für mich wichtigen Klassiker des politischen Denkens sind ganz außerordentliche Soziologen. Aristoteles vielleicht,⁹⁰ allemal Montesquieu,⁹¹ Tocqueville⁹² und Marx,⁹³ Max Weber insbesondere,⁹⁴ Schumpeter,⁹⁵ Foucault,⁹⁶ Luhmann natürlich,⁹⁷ bei Habermas wäre ich mir zu unsicher.⁹⁸ Das dürfte alles in allem eine Ansicht sein, die nicht mir zuzurechnen ist, sondern sich eben dem integrierten Klima des sozialwissenschaftlichen Hauses der HU und Charakteren wie Hartmut Häußermann,⁹⁹ Claus Offe,¹⁰⁰ Klaus Eder,¹⁰¹ Hans-Peter Müller¹⁰² und ganz sicher Herfried Münkler¹⁰³ verdankt. Die und einige andere habe ich alle die ersten Semester über lesen hören und das muss sehr beeindruckend gewesen sein, denn ich könnte aus dem Stehgreif noch einige Vorlesungen rekapitulieren.

89 Roland Verwiebe (*1971), deutscher Soziologe, seit 2009 Universitätsprofessor für Sozialstrukturforschung und quantitative Methoden an der Universität Wien. Seit 2019 ist er Lehrstuhlinhaber der Professur für Sozialstrukturanalyse und soziale Ungleichheit an der Universität Potsdam.

90 Aristoteles (*384 v. Chr.; †322 v. Chr.), griechischer Philosoph und Naturforscher.

91 Charles-Louis de Secondat, Baron de La Brède et de Montesquieu (*1689; †1755), französischer Schriftsteller, Philosoph und Staatstheoretiker.

92 Alexis Charles-Henri-Maurice Clérel de Tocqueville (*1805; †1859), französischer Publizist, Politiker und Sozialwissenschaftler.

93 Karl Marx (*1818; †1883), deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Gesellschaftstheoretiker.

94 Max Weber (*1864; †1920), deutscher Soziologe, Jurist und Nationalökonom.

95 Joseph Alois Schumpeter (*1883; †1950), österreichischer Nationalökonom und Politiker.

96 Michel Foucault (*1926; †1984), französischer Philosoph des Poststrukturalismus, Psychologe, Soziologe.

97 Niklas Luhmann (*1927; †1998), deutscher Verwaltungsjurist, Soziologe und Gesellschaftstheoretiker.

98 Jürgen Habermas (*1929), deutscher Philosoph, Soziologe und Gesellschaftstheoretiker.

99 Hartmut Häußermann (*1943; †2011), deutscher Soziologe.

100 Claus Offe (*1940), deutscher Soziologe und Politikwissenschaftler.

101 Klaus Eder (*1946), deutscher Soziologe.

102 Hans-Peter Müller (*1951), deutscher Soziologe.

103 Herfried Münkler (*1951), deutscher Politikwissenschaftler und Publizist.

„Europa sollte mehr sein wollen“

Severin Cramm: *Inwiefern waren im Laufe Ihres Studiums diese akademischen Lehrer und Professoren denn prägend?*

Sebastian Huhnholz: Alle eben Genannten prägten, in unterschiedlicher Intensität. Die Bedeutung Münklers und seines Lehrstuhls, an dem ich insgesamt fünf Jahre etwas mitwirken, wenngleich natürlich nicht mitmischen durfte, sind sicher hervorzuheben. Breite und Tiefe der dort zelebrierten politischen Ideengeschichte sind unbeschreiblich. Man fühlte sich irgendwie geehrt, auch nur schnuppern zu dürfen. Auch Münklers Colloquium hatte einen gewissen Ruf. Die ‚Schüler‘, teils unter der Hand auch ‚Meisterschüler‘, also die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ersten und zweiten Generation, saßen ja noch nicht auf Professuren oder in sonstigen Positionen, sondern waren immer wieder oder ständig vor Ort; insgesamt um die zehn Leute, und ständig kam Besuch.

Zunehmend wichtiger für mich wurde bei alldem Karsten Fischer,¹⁰⁴ der heute an der LMU München die Politische Theorie und Ideengeschichte vertritt. Dass ich ihn sehr schätze, auch als Freund, und ihm sehr vieles verdanke, ist autobiographisch offensichtlich. Das auszuführen klinge seltsam feierlich und anmaßend, ich lass das mal. Im Studium imponierten mir an Fischer vor allem zwei Dinge. Zum einen gibt er Menschen unterschiedslos das Gefühl voller Anerkennung und Aufmerksamkeit – wirklich: egal wem. Das ist eine unglaubliche Gabe, andere verballern für sowas Jahresgehälter vergeblich für Coaching in Menschlichkeit. Zum anderen war und ist er ein großer Kenner der Frankfurter Schule erster Generation. Meiner Erinnerung nach aber konnte das zu wenig zur Geltung kommen, weil sich legitim über Adorno¹⁰⁵ & Co offenbar nur äußern durfte, wer unmittelbar in Frankfurt-West saß oder von dort genehmigt wurde. Ich meine das nicht anklagend; mittlerweile hat sich dort schon durch die Geldschwemme aus der Exzellenzinitiative manches verändert. In meinen fortgeschrittenen Semestern hingegen war das einfach die Beobachtung: Auch in Academia zählt nicht, was gesagt wird, sondern wer es wo und wann sagt. Und Frankfurt hatte eben das Talent, bestimmte Klassikerwerke von Adorno bis Rawls¹⁰⁶ einfach so aufzusaugen und dann die Pforten der Wahrnehmung zu schließen.

Nützlich war für mich insofern denn übrigens auch die Beobachtung, was den Hochschullehrer vom public intellectual trennt. Zu meiner Studienzeit begann ja Münklers große Öffentlichkeitsphase, ab 2002, spätestens 2005ff. war er schier allpräsent. Und entsprechend umstritten. In einem Zeitgeistroman wurde er später mal als „der ewige Münkler“ charakterisiert. Ich fand das anstrengend, auch, weil der Niveauunterschied zwischen den öffentlich möglichen Auftritten und dem Hochschullehrer natürlich krass ist. In einer Minute ein passendes Statement im Staatsfernsehen zu machen, für das man gewöhnlich neunzig selbstbestimmte Minuten hat oder ein ganzes Buch... Öffentlichkeit hat einen Preis, und der verträgt sich nicht mit Reputation. Die Regeln der Massenmedien verhindern jedes echte Gespräch. Und die Möglichkeiten der Politikwissenschaft, dabei

104 Karsten Fischer (*1967), deutscher Politikwissenschaftler.

105 Theodor W. Adorno (*1903; †1969), deutscher Philosoph, Soziologe, Gesellschaftstheoretiker und Komponist.

106 John Rawls (*1921; †2002), US-amerikanischer Philosoph.

eine aufklärerische Position zu verteidigen, sind bescheiden. Ich bestaune Münkler, dass er diesen in meinen Augen total vergeblichen Kampf trotzdem führt, ein Kampf, der ja wohl nicht nur ein persönliches Ringen ist, sondern auch ein Dauergefecht mit dem Fach und der Häme der Stubenkollegen.

Michael Gehler: *Hatten Sie darüber hinaus andere Vorbilder aus Politik, Wirtschaft oder Geschichte?*

Sebastian Huhnholz: Nein, keine, früher jedenfalls nicht, nicht mal Winnetou. Karl May¹⁰⁷ selbst, hätte ich schon Genaueres von dem gewusst, den hätte ich ganz sicher spannend gefunden, wenngleich nicht vorbildlich. Nein, Idole fand ich wohl immer schon etwas dubios. Typisch „Wende“-Kind halt. Keine Autorität ist authentisch. Man riecht die Absicht der Gehirnwäsche, wenn jemand jemanden oder gar sich selbst empfiehlt. Muss ich nicht ausbreiten.

Allerdings habe ich selbst recht früh Autobiographien gelesen, vor allem zunächst tatsächlich die von „Wende“-Figuren. Leute wie Gregor Gysi,¹⁰⁸ der bei uns um die Ecke wohnte und eine wichtige Instanz für die Transformationsphase war. Aber auch das Gegenteil war dabei, Gauck also,¹⁰⁹ Thierse sowieso –¹¹⁰ Leute, die vor Ort was zu sagen hatten, weil sie wohl als unbeirrbar galten, damals jedenfalls. Eppelmann auch,¹¹¹ den kannte meine Mutter etwas und der verstand zu beeindrucken. Diese bürgerbewegten und bewegenden Pfarrersgestalten halt. Das fand ich alles irgendwie hilfreich für die Frage, was für Charaktere welchen Stil können und pflegen und was das mit den Menschen macht, die dabei wohl oder übel zuschauen müssen oder von den Konsequenzen betroffen werden. Wichtig geblieben aus dieser Zeit ist für mich nur die Autobiographie Heiner Müllers.

Was manche diese Bücher des Bruchs, glaube ich, sehr früh bewirkten war die Ahnung: Keiner kommt hier ungeschoren davon. Kompromisse sind nicht vorgesehen. Da kann man dann nix machen, außer es zu ertragen oder voll einzusteigen. Und einige ertragen das eben nicht und werden dann ganz anders. Man sah das ja an so Leuten wie Biermann,¹¹² Krug¹¹³ oder, kongenial eingefangen auch, in der soziologischen Langzeitfernsehstudie „Die Kinder von Golzow“:¹¹⁴ Alles Typen, echte Menschen. Aber kaum ist deren gewohnter Bezug weg, erlöschen die und geben so Phrasen von sich oder wissen nichts mehr mit sich anzufangen oder schwadronieren über piekende Strandliegen auf

107 Karl May (*1842; †1912), deutscher Schriftsteller, Autor der Winnetou-Romane.

108 Gregor Gysi (*1948), deutscher Rechtsanwalt und Politiker.

109 Joachim Gauck (*1940), deutscher Politiker und Theologe.

110 Wolfgang Thierse (*1943), deutscher Politiker.

111 Rainer Eppelmann (*1943), deutscher Pfarrer, Bürgerrechtler und Politiker.

112 Wolf Biermann (*1936), deutscher Liedermacher und Lyriker.

113 Manfred Krug (*1937; †2016), deutscher Schauspieler, Sänger und Schriftsteller.

114 Die Kinder von Golzow, filmische Langzeitdokumentation (1961–2007) von Barbara und Winfried Junge, Thematisierung der unterschiedlichen Lebensgeschichten von 18 Schülern aus Golzow (Brandenburg) und der Geschichte der DDR.

„Europa sollte mehr sein wollen“

den Kanaren. Müller war in diesem Punkt eigener. Nicht so deutlich angewiesen auf die Umwelt und allgemeine Resonanz. Ist aber ja dann auch schnell gestorben.

Susanne Ziethen: *In den Jahren von 2009 bis 2010 waren Sie dann wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter für den Lehrbereich „Theorie der Politik“ der HU Berlin unter Herfried Münkler sowie im Teilprojekt „Imperiale Deutungsmuster“ am Sonderforschungsbereich 644 „Transformationen der Antike“. Welche Erkenntnisse konnten Sie dabei gewinnen?*

Sebastian Huhnholz: Dafür muss ich ausführen, was die Humboldt-Universität für mich zwischenzeitlich geworden war. Ich hatte ab Mitte der Nuller Jahre im Masterstudien-gang weiterstudiert. Diese Zeit war ein einziger Traum. Da ich das Institut für Sozialwissenschaften mittlerweile gut kannte, interpretierte ich die zunehmend streng und starr zementierten Bologna-Studienpläne eher als Empfehlungen. Neben dem Pflichtprogramm hab ich dann juristische oder theologische Vorlesungen besucht, das breite Tagungsangebot einer so großen Universität überhaupt erst einmal registriert und auch bemerkt, was es für die Geschichtswissenschaft bedeutet, wenn man sich den Mommsen in Marmor vor das Haus setzt. Kurzum, es gab da eine beglückende Auswahl an Hochschullehrerinnen und -lehrern. Ungemein interessante Leute und echte Persönlichkeiten, und davon viele. Und eine Ecke weiter die Museumsinsel mit Schinkels¹¹⁵ Kolonnade – der für mich bis heute magischste Ort von allen.

In dieser Stimmung jedenfalls bekam ich die Möglichkeit, im genannten – übrigens damals von Karsten Fischer und Herfried Münkler gemeinsam organisierten – Teilprojekt am antikereferentiellen SFB 644 zu arbeiten. Ich hatte schon einen anderen Sonderforschungsbereich von innen etwas gekannt und das schon personelle Versprechen echter Interdisziplinarität reizte sehr. Zu den schon Genannten seien nur beispielsweise Hartmut Böhme,¹¹⁶ Horst Bredekamp,¹¹⁷ Iris Därmann¹¹⁸ oder Werner Röcke¹¹⁹ erwähnt: äußerst anregende Kombinationen! Die waren auch neugierig, offen, interessiert, konnten zuhören, dozierten nicht nur und hatten mehr als eine oder nur die eigene Meinung. Gut gelaunt obendrein, gewöhnlich keine Berliner Spezialität.

Der Vorzug wirklicher Interdisziplinarität im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich wird den jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zwar mehr oder minder offen als Karriereschädigung angekündigt. Fachübergreifendes gemeinsames, auch autodidaktisches Arbeiten heißt ja, man konkurriert nicht um Status und Mittel und findet womöglich zu viel interessant. Dann gilt man schnell als „Intellektueller“ im eigenen Stall, und das ist in meinem Fach kein Kompliment, sondern ein absolut vernichtendes Codewort. Und vielleicht nicht ganz zu Unrecht, denn der Baufehler der universitären Forschungszentren ist ja: Das Geld ist schon da. Der damit bestellte „Nachwuchs“ dient

115 Karl Friedrich Schinkel (*1781; †1841), preußischer Baumeister, Architekt, Stadtplaner u. a.

116 Hartmut Böhme (*1944), deutscher Kulturwissenschaftler.

117 Horst Bredekamp (*1947), deutscher Kunsthistoriker und Bildwissenschaftler.

118 Iris Därmann (*1963), deutsche Kulturwissenschaftlerin und Philosophin.

119 Werner Röcke (*1944), deutscher Literaturwissenschaftler und Mediävist.

nur als Verwendungsnachweis. Die Titelinflation ist natürlich nicht eingepreist. Von den dabei kollektiv produzierten Regalmetern besser ganz zu schweigen. Trotzdem: Mir ist gar nicht klar, wie die alte Universität überhaupt überleben bzw. sich aus ihrer Existenzkrise befreien soll, wenn sie sich solche weit verzweigten Gewächshäuser nicht mehr leistet. Das ist vielleicht keine Erkenntnis. Eine Erfahrung aber doch.

Wenn es um mehr als institutionelle Erkenntnisse geht: Ich fand die programmatische, integrierend gedachte Leitthese des SFB „Transformationen der Antike“ sehr fruchtbar und einleuchtend. Dort wurde ein geradezu sozialkonstruktivistisches Antikenverständnis verfochten: dass durch die jeweilige Deutung dessen, was Antike ist, Antike selbst stets erst geschaffen (statt lediglich reproduziert) wird und dass sich daraus die kulturelle Produktivität und ungeheure politische Variabilität des „Antike“ genannten Imaginationsraums erklären lässt. In der Tat ist – historisch besehen – die Antike ja eine Erfindung der Moderne.

Das ganze Antikenpathos, das Hohelied auf die Alten und ihre Weisheit wurde mit diesem Ansatz produktiv abgeräumt. Das fand ich sehr erfrischend, einer geschichtspolitisch desaströsen Stadt wie Berlin mit all ihren Winkelmanns, Albert Speers und Heiner Müllers angemessen frech – und darin wunderbar ermutigend. Das klingt respektlos, ich weiß, und es hat auch nicht allen Beteiligten gepasst. Doch es ermöglicht so ungemein viel. Wenn es keine ‚echte‘ Antike gibt, dann können wir sie uns auch viel unbefangener aneignen und wahlweise kreieren, müssen nicht ständig in ‚Ja, aber‘-Kategorien denken und all die Ideologizitätskritik formelhaft nachplappern. Ideologie ist dann einfach schon eingepreist, absolute Positionen sind undenkbar. Das reduziert die zeitlichen und kulturellen Distanzen zur Antike, macht das vermeintlich oder tatsächlich Klassische nahbar. Das ist dann auch etwas, was für mich – rückblickend – den Kreis zu Münklers Lehrbereich der politischen Ideengeschichte schließt bzw. Münkler und seine Leute wie eben Fischer sehr zu diesem SFB passen ließ: Die undogmatische, antiplatonische, unheroische politische Ideengeschichte ist ja sehr bemüht, die Distanz zwischen den Klassikern und uns einzuebnen, die Geschichte des politischen Denkens nicht als staunenswertes, angestaubtes Artefakt zu lesen, sondern ihr auf Augenhöhe zu begegnen, zu fragen, auf was für ein Problem die Artikulation oder Modifikation einer politischen Idee reagiert und wofür das taugt.

Entsprechendes galt am SFB 644: Von meinethalben Goethes Antikenverständnis ist unsere heutige „Antike“ Welten entfernt – weil wir genau wie Goethe vorgehen, wenn wir „Antike“ denken. ‚Du bist Goethe‘, sozusagen, ‚shinkel yourself‘ usw. Folgerichtig hat jemand über die Eingangstür des Sonderforschungsbereichs ein Werbeplakat des Hollywood-Gemetzels „300“¹²⁰ – einer Verfilmung der spartanischen Abwehrschlacht gegen die Perser bei den Thermopylen – gehängt. Darauf ist der schreiende Leonidas¹²¹ bzw. dessen Darsteller Gerard Butler zu sehen. Und der brüllt nicht „300“, sondern „644!!!“ Das war der Geist des Projekts, vermittelt durch das manipulierte Bild: Uns, auch ganz

120 300, Kinofilm (2006) von Zack Snyder, fikionalisierte Erzählung der Schlacht bei den Thermopylen während der Perserkriege.

121 Leonidas I. (†480 v. Chr.), 490–480 v. Chr. König von Sparta, 480 v. Chr. Feldherr des Hellenenbundes in der Schlacht bei den Thermopylen.

„Europa sollte mehr sein wollen“

konkret, als Forschungszusammenhang, bringt die Antike hervor und wir sie. Wechselseitige Konstitution. Fand ick schick.

Jörg Beining: *Von 2010 bis 2017 waren Sie wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politische Theorie der LMU München bei Karsten Fischer. Welche politischen Theorien präferieren Sie in punkto politische Systeme, Internationale Beziehungen und Europäische Integration bzw. EU?*

Sebastian Huhnholz: Einerseits kann ich nicht beanspruchen, jede Modellbildung der politologischen Teildisziplinen zu überblicken; auch weil beinahe stündlich neue „Theorien“ fabriziert werden. Mit Blick auf das politische Europa, die europäische Gesellschaft und die Integration der EU kann ich überdies nicht erkennen, ob mehr als individueller Werdegang, forschungspolitisch-ideologische Steuerung und ein Quäntchen Zufall bestimmen, zu welchen Theorien wir greifen. Mir scheint, man schlägt als Wissenschaftlerin oft doch den vorgefundenen Weg ein, verbreitert ihn vielleicht etwas oder vertieft eine Spurrille, weicht jedenfalls selten von der eigenen akademischen Sozialisation ab. Wissenschaftliche Paradigmenwechsel sind daher bekanntlich meist bloß Generationenwechsel oder eine Befreiung von immer schon unliebsamen Vorgaben bzw. Vorgesetzten. Okay, die Drittmittelforschung hat die Intervalle verkürzt. Viel spannender fände ich jedenfalls, Ihre Frage aktiven politischen Akteuren zu stellen, mit und ohne Amt. Die sind näher am Geschehen und sehen, welche Ansätze taugen und welche Schund sind oder vorübergehend in die Schublade gehören.

Andererseits kann und will auch ich meine eigene Vorprägung durch die politikwissenschaftliche Subdisziplin der Politischen Theorie und Ideengeschichte natürlich nicht ganz ablegen. Deren Blick halte ich nicht zwingend für wissenschaftlich überlegen, wohl aber für besonders anregend. Denn die historisch kontextualisierende Sicht meines Fachs ermöglicht, unsere Gegenwartsdeutungen und Zukunftsvisionen als entscheidungs- und optionenbestimmt zu begreifen und vor allem zu sehen, dass sich Selbstpositionierungen in einem ideenpolitischen Kontinuum des Europagedankens bewegen, das seit der Antike entwickelt worden ist. Allein die Raumvorstellungen, nicht wahr? Ob Abendland, Mittelmeerunion, Küsteneuropa, Europa der Regionen, der Kampf gegen Rom, ob die griechische bis metropolitane Polistradition oder ein Europa der Vaterländer und das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Diese Bilder sind niemals wirklich neu gewesen und selten überzeugen sie aus sich selbst heraus. Sie sind in politischem Interesse erfunden, intellektuell immer wieder aufbereitet und angereichert worden.

Das wäre übrigens schon so eine Sicht, die mir meine akademischen Eltern mitgegeben haben: dass sich eigene politische Präferenzen als Vektoren anderer Positionen darstellen und daher immer relativ sind. Sie müssen darum ja nicht relativistisch sein, allemal aber mehr als man selbst auf den ersten Blick erkennt. Wer seine eigenen Überzeugungen absolut setzt, kann sie nicht rechtfertigen und handelt in einem fundamentalistischen Sinne anti-politisch. Um das also für Ihre Frage zu verwenden: Wir sollten vielleicht einsehen, dass das öffentliche Ringen um und mit europapolitischen – einschließlich anti-europäischen – Vorstellungen sich eines seit zweieinhalbtausend Jahren bestellten und gepflegten ideenpolitischen Instrumentariums bedient. Dann ließe sich relativieren, dass im Kampf um die konjunkturelle Deutungshoheit über Europa und die in Europa gepflegten Welt-

sichten zumeist jene Kräfte obsiegen, denen es gelingt, ihre Europavorstellung als eine gleichsam normale, quasi naturwüchsige zu vermarkten, sie also gar nicht erst groß offensiv thematisieren zu müssen. Wem es gelingt, die eigenen Anhänger glauben zu lassen, sie hätten gar keine Sonderinteressen, sondern verträten Selbstverständlichkeiten, sozusagen „objektiv“ verallgemeinerbare Neigungen oder gar eine einzig wahre Tradition und mithin womöglich gar das Gemeinwohl – so ein politisches Talent jazzt die eigene Zeit.

Severin Cramm: *„Dschihadistische Raumpraxis. Raumordnungspolitische Herausforderungen des militanten sunnitischen Fundamentalismus“ lautet der Titel einer Ihrer Publikationen.¹²² Wie beurteilen Sie das Vorgehen der EU-Staaten und der EU gegenüber dem Terrorismus?*

Sebastian Huhnholz: Diese Studie und ihr nachgereichte kleinere Arbeiten sind eine offene Wunde. Die keineswegs perfekte Arbeit kam nicht nur etwas vor der Zeit, sondern auch von der ganz falschen Person. Es war eine unscheinbare studentische Abschlussstudie aus dem Kreis eines öffentlich bekannten und meinungsstarken Professors, die durch glückliche Unterstützung zwar eine gewisse Aufmerksamkeit bekommen hat, aber selbstverständlich keine Resonanz. Ein Treffen im Auswärtigen Amt war drin, eine Reihe von letztlich belanglosen Radio-Interviews, ein paar Vorträge, das war’s. Einige Kontakte mit den Nachrichten- und Verfassungsschutzdiensten gab’s noch. Da würde ich aber mal ganz gehässig sein und sagen: Der öffentlichen Sicherheit ist mehr gedient, wenn ich darüber schweige.

Die für meine eigene akademische Entwicklung dennoch ganz beglückende Leistung des Büchleins war – wenn Sie mir die hochtrabenden Formulierung nachsehen –, eine Reihe wissenschaftlicher Studien aus der Post-,9/11“-Periode zusammenzuführen und einige Widersprüche dieser Arbeiten durch die Analyse spezifischer empirischer Eigenschaften des Dschihadismus aufzulösen. Der Dschihadismus ist – schon sehr vereinfacht gesagt – eine radikal individualistische Exilantenausprägung des zentralarabischen sunnitischen Fundamentalismus. In dem, was man für seine Heimatländer hält, ließ der Dschihadismus sich lange Zeit über kaum finden bzw. wurde hemmungslos unterdrückt, ins Exil getrieben, auch und gerade nach Europa, wo er sich dann – mit Hilfe der hier gewohnten Freiheiten – erstrecht radikalisierte, teils generationell versetzt. Die ironischerweise als Reaktion auf „9/11“ geführten westlichen Destabilisierungskriege erst haben besorgt, dass der Dschihadismus auch in islamischen Regionen Fuß fassen konnte. Schwer erträglich eigentlich diese Einsicht: Der Dschihadismus muss dem Westen dankbar sein.

Doch ich fürchte, wir würden uns verlieren, tauchten wir jetzt richtig in das Thema ein. Was ich untersucht hatte, ist mittlerweile eine aus verheerenden Vorgeschichten resultierende Vorgeschichte der heutigen, kaum minder verheerenden Lage. Man kann direkte Linien von der Entstehung al-Qaidas zu 9/11, den Afghanistan- und Irakkriegen über den „Arabischen Frühling“ zum Syrienkrieg, der gegenwärtigen Massenflucht und allgegenwärtigen Identitätspolitik ziehen. Aber ich will nicht. Auch wissenschaftlich hat sich der

122 Dschihadistische Raumpraxis. Raumordnungspolitische Herausforderungen des militanten sunnitischen Fundamentalismus, Münster u. a. 2010.

„Europa sollte mehr sein wollen“

Wind ja gedreht. Da rede ja nur wieder ein Doktor Nichtmuslim über Gruppen, denen er nicht angehört. Das ist heute nicht mehr opportun – „echte“ Forschung soll durch persönliche Betroffenheit irgendwie bekenntnishaft geadelt werden. Ich bin da vielleicht zynisch, jedenfalls etwas resigniert geworden und fürchte, dass echte Terrorismusanalysen bedeutungslos geworden sind, auch weil das Feindbild Islam für so viele Menschen ungemein ansprechend ist. Der „Islam“ ist zu einer Allgemeinformel verkommen, in die wir recht beliebige Ängste projizieren können. Da noch die Pose des Aufklärers zu bedienen, ist wohl aussichtslos, zermüht, macht müde.

Michael Gehler: *Im Jahre 2014 erfolgte Ihre Promotion zum Dr. phil. an der LMU mit dem Prädikat „summa cum laude“. Ihre Dissertation ist letztlich unter dem Titel „Krisenimperialität. Romreferenz im US-amerikanischen Empire-Diskurs“¹²³ veröffentlicht worden beim Campus-Verlag. Was verstehen Sie unter „Krisenimperialität“?*

Sebastian Huhnholz: Vielleicht erst zur Terminologie. Ich hatte im Rahmen einer kleineren Monographie jüngst die Gelegenheit, mich mit Reinhart Kosellecks¹²⁴ Begriff der „Krise“ noch einmal ausführlicher auseinanderzusetzen.¹²⁵ In seiner sagenhaften Dissertation „Kritik und Krise“ bestimmte Koselleck „Krise“ als eine Situation, die einer Entscheidung harret, ohne schon sicher angeben zu können, worin die Entscheidung im Sinne von ‚Lösung einer Herausforderung‘ besteht. Die Krise ist also zugleich ein soziopolitischer Situationsbegriff wie auch ein psychopolitischer Handlungsbegriff. Das ist ungewöhnlich. Wir kennen dergleichen von speziellen Krisen, von Terrorismus etwa. Etwas wird so empfunden, aber auch so gemacht, und so entzieht es sich dem gänzlichen Zugriff und entwickelt sich doch durch Eigendynamik. Mit der begrifflichen Zuschreibung wird lediglich eine kognitive Einordnung vollzogen, die selbst aber nicht auf echte Ordnung hinwirken, sondern nur Unordnung konstatieren kann. Vielleicht zieht die Krise ja vorüber, ganz von allein. Vielleicht ruft jemand eine Krise herbei, um sich als Erlöser zu inszenieren oder Lösungen zu verkaufen.

Das bedeutet freilich auch – und Koselleck hat das scharf artikuliert – dass die „Krise“ politisch progressiv ist. Sie zieht die Geschwindigkeit an, konzentriert Kräfte und sie „ist“ nicht einfach, sondern sie kann produziert und transformiert werden. Ich kann in der allgemeinen Unsicherheit einer krisenhaften Situation durch eine eigentlich abwegige Deutung der Lage eine ganz eigentümliche Dynamik provozieren, an deren Ende eine Krise verschärft oder aufgelöst ist mit Mitteln und Ausgängen, die mit dem Ursprung eigentlich gar nichts zu tun hatten. Wenn es einen Beitrag gibt, den der in vielerlei Hinsicht widerwärtige Mensch Carl Schmitt¹²⁶ für die politische Theorie geleistet hat, dann ist es just dieser: Souverän sein heißt nicht, eine Krise zu lösen, sondern zu entscheiden,

123 Krisenimperialität. Romreferenz im US-amerikanischen Empire-Diskurs, Frankfurt/M. 2014.

124 Reinhart Koselleck (*1923; †2006), deutscher Historiker und Geschichtstheoretiker.

125 Von Carl Schmitt zu Hannah Arendt? Heidelberger Entstehungsspuren und bundesrepublikanische Liberalisierungsschichten von Reinhart Kosellecks „Kritik und Krise“, Berlin 2019.

126 Carl Schmitt (*1888; †1985), deutscher Jurist und Politiktheoretiker; gilt als „Kronjurist des Dritten Reichs“.

wann Krise ist. Die Krise ist also eine Methode. Ein – nicht notwendig politischer – Akteur kann sie anwenden im Erstarrungsfall. Er kann sie zugunsten einer Krise nutzen: um sie auszulösen. Er kann aber auch durch abweichende Krisendeutung Krise mit Krise bekämpfen usw. Er kann entscheiden, dass es gar keine Krise gibt, also Normalität heucheln. Gleichwie daher: Entscheidend ist nur, dass entschieden werden muss, aber unklar ist, wer und wie bzw. wer über wen, und immer mit ungewissem Ausgang. Koselleck ist hier ganz Schmittianer. Und Schmitt ist dabei eigentlich Machiavellist. Und Machiavelli¹²⁷ war wohl – wie Karsten Fischer in seinem Beitrag für die Festschrift Herfried Münklers argumentiert hat – auf Augustus fixiert.¹²⁸ Allesamt also Figuren des Exzesses, der Ausnahme, der Entscheidung.

Der Terminus „Imperialität“ hat sich demgegenüber gänzlich aus dem um Herfried Münkler gruppierten Arbeitskreis im Zuge speziellerer Imperiumsstudien entwickelt und ist bislang – soweit jedenfalls ich sehe – zwar auf Interesse gestoßen, nur selten aber breiter oder spezieller fortentwickelt worden. Das mag einerseits mit dem vergleichsweise diffusen Klang der Bezeichnung zu tun haben. Denn anders als „Imperium“, „Reich“, „empire“ usw., harten Begriffen jedenfalls, die sich politisch verwenden lassen gerade, weil sie politologisch selten begriffen worden sind, mutet „Imperialität“ sprachtechnisch an, verkopft, bemüht seriös und – zugestanden – kaum international verhandelbar in den derzeitigen Forschungsmarktpreisen. Andererseits bietet manches davon, jedenfalls meinem Eindruck nach, einen gewissen Vorzug. Die Formulierung „Imperialität“ war konzeptionell zunächst erdacht worden als Verlegenheitslösung für solche Großmachtgebilde, die sich selbst nicht oder nicht allzu offensiv als Imperium oder aufsteigendes Reich begreifen und gleichwohl einige oder gar viele typische Merkmale imperialer Politik aufweisen. Der Terminus dient folglich als Analogie zum abstrakten Begriff „Staatlichkeit“. Es gibt staatliche Gebilde, die keine Staaten sind, und es gibt imperiale Gebilde, die keine Reiche sind.

Im Fall mittlerweile pejorativer Begriffe wie „Imperium“ und „Reich“, meinethalben auch bei der Begriffsfamilie des irregulären Krieges vom „Partisanen“ bis zum „Terroristen“ u. v. a. m. zeigt sich dieses Phänomen wie in einem Brennglas: Imperiale Akteure wollen nicht mehr so genannt werden. Die, die es doch wollen, diskreditieren sich von selbst, pflegen gewissermaßen Gaunersprache oder zeigen ihre psychologische Achillesferse. Wer, wie vor einigen Jahren Obama, Russland eine Regionalmacht nennt, hat wundervoll begriffen, wie man den Schulhofgangster vorführt, aber nicht, dass der Gangster sich das nicht bieten lassen kann. Jedes Kind versteht eben die doppelbödige Sprache der Ironie und lacht über Kaisers neue Kleider. Und der wird dann sauer. Doch umso mehr: Für die Politikwissenschaft kann das kein Vorbild sein.

Der Begriff der „Imperialität“ soll ermöglichen, diesen Hiatus (im Sinne von Arnold Gehlens Verständnis)¹²⁹ wenigstens analytisch zu überbrücken. Er ist selbstverständlich kein Vorschlag für eine politische Semantik, die ja derzeit ohnehin den Dornröschen-

127 Niccolò Machiavelli (*1469; †1527), italienischer Philosoph, Politiker, Macht- und frühmoderner Staatstheoretiker und Schriftsteller.

128 Augustus (*63 v. Chr.; †14 n. Chr.), erster römischer Kaiser.

129 Arnold Gehlen (*1904; †1976), deutscher Philosoph, Anthropologe und Soziologe.

„Europa sollte mehr sein wollen“

schlaf pflegt. Doch gibt es nun einmal zahlreiche Mächte, die sich in der Zwischenzone von Staatlichkeit und Großmacht strukturell eingerichtet haben. Und nach wie vor werden gerade zur Verwaltung von Extremfällen gezielt Sonderzonen für die Ausnahme eingerichtet, Zonen, in denen die Regeln für den Normalfall absichtlich außer Kraft gesetzt werden dürfen. Viele Staaten halten sich staatsferne bzw. staatlichkeitsferne für die schmutzige Seite der Politik, Europa etwa in seiner Zufluchtsabwehr.

Es gibt einige politische Theorien dazu, die – leider oft an der Schwelle zur Politischen Theologie – etwas überziehen, wenn sie meinen, dieses Gebaren sei konstitutiv für Staatlichkeit per se. Der regelhafte Staat sei sozusagen darauf angewiesen, menschenrechtsfreie Zonen zu schaffen, in denen diejenigen verbracht werden, die das Staatlichkeitsmuster stören oder überfordern, und sei es temporär. Solche Theorien sind vielleicht überzogen, weil sie übergeneralisieren. Und doch: Sie wachsen ja nicht im Empirie-freien Raum. Von westlichen Foltergefängnissen bis zu diversen Sammellagern oder dem Mittelmeer der Gegenwart kennen wir derlei. Doch ich würde hier Max Weber folgen, der Staatlichkeit als Monopolisierung legitimer physischer Gewalt charakterisiert – Imperialität wäre dann nicht die Abwesenheit von Gewalt und nicht ihre Illegitimität, wäre nicht einfach Nicht-Staatlichkeit, sondern die Verweigerung der Legitimitätsprüfung durch Leugnung solcher ausgelagerten Gewalträume. Und gewöhnlich sehen wir solches Gebaren bei schwachen Staaten und bei Imperien, die so tun müssen, als seien sie gewöhnliche Staaten.

Führen wir nun beide Bestandteile zusammen – die „Krise“ und die „Imperialität“ – ergibt sich eine letztlich vielleicht unspektakuläre Pointe: Imperiale Selbst- und Fremddeutungsmuster werden in internationalen oder ‚nationalen‘ Krisensituationen unterlaufen, indem äußerlich imperiale oder gar imperialistische Überlegenheitspolitik, also aggressiv betonte Asymmetrie, als kriseninduzierte Notwendigkeit kommuniziert wird, die letztlich nur der Resymmetrierung und Befriedung und Normalisierung der Verhältnisse diene, mithin dem Status quo ante verpflichtet sei. Tatsächlich freilich – erinnern wir uns an Kossellecks „Krisen“-Begriff – bleibt völlig unentschieden, was hier entschieden wird, denn die Politik der Krise besteht darin, die Krise permanent nur zu registrieren und zu plausibilisieren, sie aber nicht zugunsten der einen und damit zu Ungunsten der anderen Seite zu entscheiden. Eine Reihe von Mächten – und zeitlebens schon die USA bis zu Obama – positionieren sich in diesem Modus der dynamischen Ordnungstiftung, ein Modus, in dem die „Krise“ die Regel geworden ist, weil sie die größte Optionenvielfalt bietet.

So zeigen sich aus Innenperspektive der Imperialität zwei Seiten: Die internen Kritiker des vermeintlich imperialen Gebarens könnten die Kritik übertreiben und dadurch just jene externen Kräfte stärken, die eine vorübergehend gedachte und gemeinte Imperialität eigendynamisch zu härteren Maßnahmen animieren, woraus imperiale Überdehnung und/oder verfassungspolitisches Kollabieren zu resultieren drohen. Oder aber die interne Kritik ist erfolgreich im isolationistischen Sinne: Den imperialen Versuchungen der Imperialität wird dann widerstanden.

Es versteht sich vermutlich von selbst, warum das antike Rom ein Menetekel dieses Musters ist: Die Re-Inszenierung des republikanischen Verfalls einerseits und des spiegelbildlichen Aufstiegs des Kaiserreichs andererseits sind seither das imperiale Deutungsmuster politischer Selbstverständigung und Denunziation schlechthin geworden. Das Besondere an den Vereinigten Staaten von Amerika ist, dass sie sich von Anbeginn ihrer Staatsgeschichte an ziemlich genau auf der Schneide dieser Imperialitätsschwelle

definieren und artikulieren. Das antike republikanische Rom und die Endzeit der römischen Republik haben darum nicht zufällig eine gewaltige Bedeutung für das Selbstverständnis der USA erlangt. Die diskursiven Eliten der USA sehen sich von Anbeginn an auf der berüchtigten „augusteischen Schwelle“ zur kaiserzeitlich-imperial assoziierten römischen Imperatoren-Diktatur argumentieren. Sie inszenieren „Krise“.

Sanne Ziethen: *Würden Sie auch im Kontext der Krisen der EU von Krisenimperialität sprechen?*

Sebastian Huhnholz: Ja, die EU vollführt ebenfalls eine Art von „Krisenimperialität“. Nur führt sie den krisenentscheidenden Kontrast nicht an der Frage ‚Republik versus Imperium‘ eng, sondern, hamletianischer¹³⁰, an der Frage „Sein oder nicht sein?“: Ist sie Europa, oder ist sie es nicht? Die Frage der föderal organisierten Republiken ist ja längst entschieden. Der europäische Einheitsstaat bleibt eine Utopie mit einem symbolischen Parlament und mit politisch und wirtschaftlich verschiedenen Zentren. Ob aber EU-Europa sich als gemeinsamer Raum „sine fine“, als immer nur zunächst europäischer Raum im tendenziell unendlichen Raume und weltweiten Raum gewissermaßen bestimmt, das ist die „final frontier“, das ist die Dauerfrage Europas geblieben. Und es ist vielleicht ganz bedrückend zu sehen, dass es tatsächlich im Sinne Kosellecks intellektuelle Eliten sind, die sich Europa dabei als Krisengegenstand halten, ihm nämlich unter dem Schlagwort „Finalisierung“ notorisch mehr abverlangen, als es leistet und leisten will. Ist Europa nicht ‚demokratisch‘ genug, muss es wahlweise „vertieft“ oder aber „erweitert“ werden. Wird es aber „vertieft“, droht die innere Imperialisierung, die Diktatur Brüssels. Wird es erweitert, droht die Barbarisierung und der „imperial overstretch“.

Das so Gesagte ist fraglos nicht neu. Es wurde schon häufig artikuliert, vielfach besser. Das im Verständnis von „Krisenimperialität“ Besondere mag einzig sein, dass sich EU-Europas Finalisierungskrise aufgrund ihrer vorsätzlich hin- und hergerissenen Gestalt bislang nie entscheiden musste, wo seine Grenzen verlaufen, ob innen oder außen, ob in der demokratischen Qualität oder der räumlichen Quantität. Das hat Vorteile. Mir scheint allerdings auch, als ob diese Doppelooption sich als Ausrede andient: Wann immer es eine europäische Außengrenze bräuchte, vor allem eine militärische und eine normative – ob gegen Russland oder mit Blick auf die Ukraine – besinnt man sich auf interne Querelen. Wann immer es hingegen interner Entschlossenheit bedürfte, wird die Grenzfrage – ob Brexit, ob Ungarn, ob Türkei oder Fluchtmigration – ins Spiel gebracht. Äußere Grenzenlosigkeit und innere Beliebigkeit drohen sich so wechselseitig zu kannibalisieren. Das würde ich schon Krisenimperialität nennen. Denn hier scheint eine Dynamik ihrer Überwindung entgegenzueilen, tatsächlich aber ist dieser Aufschub in Permanenz, den wir als Krise empfinden mögen, ein kollektiver und pluralistischer politischer Ordnungsstil – ein Ordnungsstil, der beide Extrempositionen, Klein- versus Großräumigkeit, integriert.

Jörg Beining: *Wann beginnt eigentlich Europa als Idee?*

130 Hamlet, Name der Hauptfigur aus William Shakespeares gleichnamiger Tragödie (1609 ur-aufgeführt), im 3. Akt, 1. Szene beginnt Hamlet mit „Sein oder nicht sein“ einen Monolog.

„Europa sollte mehr sein wollen“

Sebastian Huhnholz: Ich sollte sagen: Na mit den Perserkriegen, Punkt.¹³¹ Aber das ist langweilig. Zwei programmatische Titel gibt es, die ich für exemplarisch hilfreich halte. Einerseits Jürgen Osterhammels¹³² auch darüber hinaus brillanten Text „Europamodelle und imperiale Kontexte“. Andererseits Herfried Münklers frühe und vielleicht darum wenig bekannte Sammlung „Reich, Nation, Europa“.

Osterhammel lehrt uns, dass sich das, was je als Europa verstanden und verhandelt wird, durch die geopolitische Mitbetrachtung angrenzender Großräume begreiflicher wird. Das ist ja evident. Zählt Russland zu Europa oder nicht? Wie halten wir's mit dem Christentum? Blicken wir kulturell auf Griechenland oder auf Israel oder auf Nordamerika? Der Charme dieser Perspektive ist, dass mit ihr Europaideen offensiv und defensiv erfasst werden können und sich der „europäische“ Raum jeweils konturiert durch das, was Europa nicht ist, nicht leistet, was es nicht vermag, was es nicht sein will. Wie von selbst geraten dann auch die Ressourcenkonkurrenzen in den Fokus: Was ist Europa aus Sicht derjenigen, die wir seit Jahrhunderten ausplündern? Begonnen bei ihrer Arbeitskraft oder dem außereuropäischen Baumbestand über Kaffee und Coltan bis zu den atlantischen Fischfleischbeständen Westafrikas u.v.a.m. Das alles abzuwehren, ist eine Europaidee. Das theoretische Denken des Internationalen in Europabildern gefällt mir also sehr, auch, weil es die größeren Linien in den Blick nehmen kann, beispielsweise offen ist für postkoloniale Echos. Postkolonialismus bedeutet ja nicht, dass die Sache vorbei ist, sondern nur, dass die kolonialistische Blickführung karikiert wird. Das westdeutsche Europabild beginnt ja – leider auch in der akademischen Disziplin „Internationale Beziehungen“ bzw. „Internationale Politik“ – mit dem letzten Drittel des Zweiten Weltkriegs. Die so unendlich spannende russisch-deutsche Allianz gegen Napoleon, die verdrängte afrikadeutsche Kolonialgeschichte, die ethnische Neustrukturierung Osteuropas durch die beiden Weltkriege und natürlich die ostdeutsche Erfahrung, Westfront eines totalitären Imperiums zu sein – all dies war durch das altbundesrepublikanische Bonner Mindset und die gefühlsduselige Geschichtspolitik der jungen Berliner Republik begreiflicherweise abgeschnitten worden. Selbst Angela Merkel hat sich diesen Erfahrungsraum abtrainieren lassen, hat gewissermaßen die adenauersche Westbindung aus vielleicht bloß parteistrategischen Gründen auch persönlich nachvollzogen. Wenn wir in zwei Jahrzehnten auf das EU-Europa-Projekt der postsowjetischen Phase – und allem Anschein nach: sein Scheitern – zurückblicken, wird sich dieses Defizit der langen Kanzlerinnenschaft klarer zeigen als heute. Eine politikwissenschaftliche Perspektive also, die annimmt, all die Vorprägungen seien nur Vorgeschichte und spielten in unserem Europabild keine Rolle mehr, eine solche Politologie diskreditiert sich selbst und würde (und wird!) zu Recht belächelt. Ich finde die jüngeren Entwicklungen rechtspopulistischer, chauvinistischer und identitärer Positionen übrigens auch darum gar nicht überraschend, gleichwohl sie fraglos gefährlich sind und häufig ganz widerwärtig auftreten.

131 Perserkriege (5. Jahrhundert v. Chr.), Versuche des Persischen Großreiches unter Dareios I. und Xerxes, Griechenland gewaltsam zu unterwerfen, 480 v. Chr. entscheidende Schlacht bei Salamis, Sieg der griechischen Flotte.

132 Jürgen Osterhammel (*1952), deutscher Historiker.

Wenn wir damit nun die Identitätsperspektive betrachten, kommt die genannte Textsammlung Münklers ins Spiel. Mit „Reich, Nation und Europa“ nämlich waren darin geoidentitäre Orientierungsräume benannt – nicht vollständig, versteht sich, denn es fehlen ja lokal-regionale, föderale und globale Angebote, postkoloniale wahrscheinlich auch. Aber die Tendenz war schon stimmig, denn Münkler vollzog mit dieser Trias den Werdengang des deutschen Blicks der jüngeren Jahrhunderte nach. Daran finde ich vor allem beachtlich, dass nur der letzte von den drei genannten identitätspolitischen Orientierungsräumen, der europäische, kompromisslos demokratischer Gestalt war. Ganz anders als das erste, zweite und sogenannte „Dritte Reich“ und anders als die im deutschen Fall ja irgendwie immer reichlich stümperhaft und durchsichtig tageslaunig konstruierte Nation war das Europa, das Münkler in dieser Aufzählung aufrief, nur als demokratisches denkbar.

Damit war ein – heute offensichtlich überkommener – Europagedanke adressiert, der politisch und politologisch zugleich meinte: ohne Demokratie kein Europa, kein Europa ohne Demokratie. Das ist eine im heutigen Europa nach meinem Eindruck fast verlorene, aber im Spektrum des politischen Wettbewerbs eigentlich wichtige, im verantwortlichen Sinne konservativ-republikanische Haltung, die sich gleichermaßen gegen plumpe Brüssel-Kritik und Schönwetter-Europäismus richtete: Wenn Europa einer – gleich welcher! – heimischen Demokratie wirklich schadet, dann muss man gegen Europa, jedenfalls gegen ein Fassaden-Europa sein, um Europa zu verteidigen.

Severin Cramm: *„Europa entsteht über das Geld, oder es entsteht gar nicht“, hat der französische Politiker, Wirtschafts- und Finanzexperte Jacques Rueff¹³³ im Jahr 1949 sinngemäß gesagt. Schafft eine gemeinsame Wirtschaft und gemeinsames Geld nur einen gemeinsamen Wirtschaftsraum oder auch eine „europäische Identität“? Und gäbe es letzte ohne einen gemeinsamen Wirtschaftsraum?*

Sebastian Huhnholz: Das sind außerordentlich schwierige Fragen. Die historische Antwort fällt heute anders aus als die politische und die wirtschaftstheoretische. Historisch besehen müssten alle Ihre Punkte außer dem letzten ja wohl bejaht werden. Also: Keine europapolitische europäische Identität ohne die erfolgte wirtschaftliche Integration, sicher. Geldpsychologie inklusive. Aber das ist eben Geschichte. Und Rueffs Zitat zeigt vielleicht auch die ganze Problematik dieser Geschichte. Sie ist eben vorbei, sobald sich Europa nicht fortwährend wirtschaftlich integriert und auch wohlstandsökonomisch verbunden fühlt. Diese einstige Dynamik, sich Europalegitimität über einen politisch ständig befeuerten Wirtschaftsmotor zu beschaffen, ist wohl erloschen. Auch die Währung spaltet.

Spätestens der griechische Fall hat die Kapitalseite der Europainnenpolitik zum Vorschein gebracht, vorgetragen in diesem „Fiskalisch wird hier jätzt Deutsch schwätzt, Freunde!“-Ton. Diese Erfahrung, dass einem zynische ‚Solidarität‘ oktroyiert wird, ist nicht ökonomisch therapierbar. Europa als Idee hat hier noch eine politische Rechnung mit Berlin offen. Die gemeinsame Währung ist eben kein „gemeinsames Geld“, sondern

133 Jacques Rueff (*1896; †1978), französischer Politiker und Wirtschafts- und Finanzexperte.

„Europa sollte mehr sein wollen“

es gibt klare Gewinner und sich so fühlende Verlierer. Und das unheilbar Obszöne der jüngeren europäischen Wirtschafts- und Staatsfinanzenkrisen war, dass die Gewinner sich so schamlos an den Schwachen bereicherten, beispielsweise auf die Privatisierung von griechischem Staats- und Volkseigentum zu politischen Preisen pochten, wohl wissend, wohin die Eigentumstitel der dadurch verhökerten Werte wandern würden. Es ist beschämend zu sehen, dass sich ein alter liberaler Klassikertext von John Hobson¹³⁴ – dem neben den Deutschen Hilferding¹³⁵ und Luxemburg¹³⁶ und dem Russen Lenin berühmtesten Theoretiker des vermeintlich historischen Finanzimperialismus – wie eine Blaupause der Troika-Politik liest. Berlin hat sich als gefräßige Made im europäischen Speck zu erkennen gegeben und mir ist nicht klar, was für eine mindestens symbolische Niederlage erfolgen muss, um die europäischen Geschwister wieder auf Augenhöhe zu bringen. Das Geld kann es nicht sein, denn das spricht eben Deutsch, wenn auch nicht mit Berliner Dialekt, sondern eher mit frankfurterischem und schwäbischem. Und wenn der Euro dermaßen deutsch geworden ist, werden wohl auch viele der für ihn sprechenden Stimmen mehr als Dolmetscherei deutscher Interessen interpretiert.

Michael Gehler: *Welche Faktoren haben Einfluss auf eine solche Identifikation mit der eigenen Währung und beeinflussen sie nach wie vor politisches Handeln auf europäischer Ebene?*

Sebastian Huhnholz: Ich kann es spontan nicht belegen, aber meiner Wahrnehmung nach haben sich eben geschilderte Eindrücke auch im britischen Brexit-Wahlverhalten abgebildet. Ich meine diesen Impuls: Berlin ist zu stark, Paris ein Chaos, Moskau wird stärker, die USA sind schwach, neue Akteure steigen auf, aber es gibt noch keine großen neuen Allianzen, weder nützliche noch schädliche. Ergo gilt's, Berlin zu schwächen, um eine Resymmetrierung der Kräfte zu befördern – steigen wir, die Briten, also erstmal aus und warten ab.

Das wäre, wenn es so ungefähr zutreffen sollte, zwar vielleicht zu waghalsig etwa mit Blick auf die das europäische Projekt bedrohende Türkei, mit Blick auf die Rolle Chinas und ganz sicher auch hinsichtlich der derzeit erst anschwellenden, bald aber gewaltiger werdenden Migrationsströme aus dem demographisch explodierenden Afrika. Aber es wäre eben typisch europäisch. Vor die Wahl gestellt, ob es ein starkes europäisches Zentrum oder ein schwaches Europa geben sollte, wird außerhalb Deutschlands nachvollziehbarerweise letzteres bevorzugt. Und insofern ist mein Eindruck: Wenn die D-Mark der politische Preis war, den Bonn und Berlin zahlen mussten, um der Wirtschaft den vielversprechenderen Euro zu schenken, dann wird der Euro vielleicht der wirtschaftlich zu entrichtende Preis sein, wenn man Europa demokratisch retten will. Wenn der Euro Europa also weiterhin spaltet, jedenfalls das Projekt eines demokratischen Europas, und wenn Kompensationsmechaniken der Sorte Länderfinanzausgleich, Sozialtransfers u.ä.

134 John A. Hobson (*1858; †1940), englischer Publizist und Ökonom.

135 Rudolf Hilferding (*1877; †1941), österreichisch-deutscher Politiker, Ökonom und Publizist.

136 Rosa Luxemburg (*1871; ermordet 1919), polnisch-deutsche Politikerin und Revolutionärin (Spartakus-Bund).

nicht in Sicht sind, dann ist die ohnehin politisch zu launenanfällige Identifikation mit einer Währung aus Unionsräsion schon mal besser zurückzubauen.

Sanne Ziethen: *Zentrale Annahme der Wirtschaftswissenschaft war lange der „homo oeconomicus“, der rationale Agent oder Nutzenmaximierer. Kann es einen „homo oeconomicus“ in Reinform geben? Sind Menschen nicht immer auch irrational bzw. emotional bestimmt?*

Sebastian Huhnholz: Vielleicht etwas Triviales vorweg, das ich für wichtig halte: Die krypto-marxianische Vorstellung, der sogenannte Markt müsse etwas regeln und wir seien Sklaven unserer Billigtriebe (und so ungefähr wird in der Alltagstheorie der „homo oeconomicus“¹³⁷ häufig übersetzt), ist eine ökonomistische Hypothese, keine politische Mission. Politisch zwingt uns niemand, Mensch und Umwelt auszubeuten und zu zerstören.

Umso mehr nun aber wäre zu vertiefen: Das mit Abstand spannendste am Theoriekrimi des „rational choice“-Paradigmas¹³⁸ und seines Menschenbildes vom „homo oeconomicus“ ist der Umstand, dass eine modelltheoretisch ursprünglich von Thomas Hobbes¹³⁹ eigentlich ganz produktiv gemeinte wissenschaftliche Antithese wie die vom egoistischen Nutzenmaximierer eine gesellschaftsweite Klischeeideologie werden konnte. Dass Hobbes nicht gelesen wird, ist freilich das eine. Aber auch, dass die utilitaristische Weiterentwicklung dessen eine politische Ethik war und nicht etwa empirische Beschreibung, wird vergessen. Und selbst moderne Standardwerke zum Thema wie Gebhard Kirchgässner¹⁴⁰ oder Reinhard Zintl¹⁴¹ oder, kritischer, Michel Foucaults Gouvernementalitätsvorlesungen stehen gegen alle Klischees. Das lässt vermuten: Die Modelle sind jenen, die mit ihnen argumentieren, häufig unbekannt. Sind sie bekannt, werden mit den Modellen unvereinbare Prämissen unterstellt. Das sind Indizien für Ideologie, nicht wahr? Wenn Modellbegriffe verwendet werden, um modellferne Behauptungen zu adeln, stimmt etwas nicht.

Selbstverständlich ist der Mensch kein asoziales, allein und unnachgiebig auf den größtmöglichen eigenen Vorteil bedachtes Lebewesen. Der Mensch ist nicht des Menschen Wolf – „homo homini lupus“. Das hat Hobbes so niemals über den Menschen gesagt, sondern man schiebt ihm das erst seit Adam Smith¹⁴² und Charles Darwin¹⁴³ zu, weil sich das so schön mit dem kapitalistischen „invisible hand“-Klischee und dem „survival

137 Homo oeconomicus, theoretisches Modell der Sozialwissenschaften für ein Menschenbild, das die individuelle Nutzenmehrung als handlungsleitendes Motiv unterstellt.

138 „Rational choice“-Paradigma, sozialwissenschaftliche Erkenntnismethode, die soziales Handeln über die Annahme subjektiv nutzenmaximierenden Verhaltens der Teilnehmenden deutet.

139 Thomas Hobbes (*1588; †1679), englischer Mathematiker, Staatstheoretiker und Philosoph.

140 Gebhard Kirchgässner (*1948; †2017), deutsch-schweizerischer Ökonom.

141 Reinhard Zintl (*1945), deutscher Politologe und Volkswirt.

142 Adam Smith (*1723; †1790), schottischer Philosoph und Aufklärer, Begründer der klassischen Nationalökonomie.

143 Charles Darwin (*1809; †1882), britischer Naturforscher und Evolutionstheoretiker.

„Europa sollte mehr sein wollen“

of the fittest“-Rassismus der Stammtisch-Theoristen verbinden lässt und dann irgendwie typisch englisch klingt, seit der Industriellen Revolution wie Manchesterkapitalismus reinsten Wassers erscheint. Die schräge Herkunft dieses Denkens ist die Annahme, der sogenannte Markt wäre der von Hobbes modelltheoretisch eingeführte Naturzustand. Das ist er aber nicht, sondern – Stichwort Polanyi¹⁴⁴ oder Mariana Mazzucato¹⁴⁵ – staatlich garantiert und gesellschaftlich eingebunden. Auch die biologische Evolutionslehre beschreibt keinen sozialen Prozess; man darf das Theorem des Gattungs-„Survival“ nicht mit sexueller Selektion verpanzen. Der Markt von Smith ist keine Gruppe von Menschen und die Gattung bei Darwin ist kein Einzelmensch und der gesellschaftliche Mensch ist bei Hobbes des Menschen Gott („homo homini Deus“) statt Wolf.

Anderes geben die Theorien nicht her und für entsprechende Annahmen gibt es unter Normalbedingungen auch gar keine starke empirische Evidenz. Nicht einmal in Extremsituationen wie beispielsweise einer Massenpanik verliert der Mensch seine Sozialität und ist sich selbst der Nächste. Die meisten Todesfälle in solchen Situationen entstehen durch Rücksichtnahme: Da stürzt wer, ich bücke mich, ein Hintermann wähnt eine Lücke und stolpert über mich, der ich kurzzeitig unsichtbar geworden bin – alles kommt ins Trudeln. Mit Jean-Claude Michéa¹⁴⁶ könnten wir hier einfach fragen, warum wir, wenn wir doch „homines oeconomici“ sind, nicht einmal durch Panik dazu getrieben werden, uns auch so zu benehmen. Sie sehen: Die modelltheoretische Annahme des „homo oeconomicus“ wirkt hier als soziale Antithese oder auch antisoziale These. Sie fragt, was geschieht, wenn erfolgreiches natürliches Sozialhandeln sabotiert wird oder außergewöhnliche Umstände den Standardablauf behindern. Nochmal mit Michéa daher: Unsere angebliche „Natur“ zeigt sich nur unter Zwang? Da stimmt doch was nicht!

Jörg Beining: *Erinnern Sie sich an einen bestimmten Moment, in dem sozusagen ökonomische Ratio und Ihre eigene emotionale Meinung als Privatmensch differierten?*

Sebastian Huhnholz: Passiert mir ständig, beispielsweise gibt’s so sündhaft schöne Schuhe... Aber im Ernst. Ich glaube beispielsweise nicht, dass Geiz eine Tugend ist. Eine aufgeklärte Kultur auf undifferenzierte Sparsamkeit zu bauen, halte ich für eine abwegige Vorstellung. Dieses blöde Klischee von der schwäbischen Hausfrau, die Herz und Geldbörse geschlossen hält. So schöne Literatur es dazu von Adam Smith über Max Weber bis David Graeber¹⁴⁷ auch gibt: Mir bleibt unklar, wie sich diese radikalprotestantische Metapher in die Politik überführen ließ. Kryptopietistische Austerität bringt uns Gott nicht näher. Durch die Verstaatlichung des konfessionellen Arguments privater Sparsamkeit und der schamanischen Vorstellung, schuldig sei, wer Schulden habe, wird paternalistische Haushaltsdisziplin vielmehr gegen Souveränität gestellt. Schon wenige Blicke auf die jüngsten Immobilienkrisen in den USA und die daraus resultierende Finanz- und

144 Karl Polanyi (*1886; †1964), ungarisch-österreichischer Wirtschaftshistoriker und Sozialwissenschaftler.

145 Mariana Mazzucato (*1968), italienisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin.

146 Jean-Claude Michéa (*1950), französischer politischer Philosoph.

147 David Graeber (*1961; †2020), US-amerikanischer Ethnologe und Publizist.

europäische Integrationskrise genügten völlig: Wer Geld ausgibt, hat oftmals einfach keines. Wer es zusammenhält, kann es sich leisten. Volkswirtschaftlich gesehen profitieren diejenigen, die sich Sparsamkeit erlauben können, vom Zwang der Armen, sich bei den Vermögenden zu verschulden. Erinnern wir besser, warum seit der griechischen Antike die Überführung privater Wirtschaftskalküle in die öffentlichen Angelegenheiten als Vorzeichen der Despotie galt. Großzügigkeit und auch eine gewisse Irrationalität würde ich insofern prinzipiell verteidigen, wenn mir jemand zu ökonomistisch kommt.

Und da Sie ja auch nach der Emotion gefragt haben: Im Beispiel der rationalistischen Erwägungen wegen staatlich geförderten Kinderarmut laufen einige eben genannte Aspekte zusammen. Mich macht es schon wütend, wie gezielt in der BRD sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche drangsaliert und auf politische Unmündigkeit dressiert werden. Unsere gesellschaftliche Produktion vererbbarer Armut und Chancenlosigkeit finde ich obszön, genauso obszön wie die bei diesem Thema parteipolitische gepflegten Floskeln vom sozialen Aufstieg. Und die Ambivalenz erst, die damit gezüchtet wird! Abhängigkeit auf der einen, diffuser Hass auf Staat und Gesellschaft auf der anderen Seite. Das wäre also ein Bereich, bei dem Herz und Hirn streiten sollten, weil hier Getriebene-ökonomie für gute, angeblich „alternativlose“ Politik ausgegeben wird.

Vermutlich waren darum die Ostdeutschen so besonders empört über die schröder-schen¹⁴⁸ Maßnahmenpakete. Die kannten deren Reformersound schon aus der Treuhänder-Ära und vermuteten hinter der Modernisierungsmelodie die nächste Enteignung von Staats wegen. Ostdeutschland gehörte ja schon den Westdeutschen, dann wurde auch noch die Lebensarbeitsleistung enteignet. Dass sich heute im Rechtspopulismus der ultrakonservative Verwaltungsstaatsadel der alten Bundesrepublik mit enttäuschten Sozialdemokraten und deklassierten Ostdeutschen zusammenfindet und dass es wie nach der „Wende“ für diese Klientel wieder Zuwanderer sind, auf die der Frust projiziert wird, überrascht mich überhaupt nicht. Die Angst derjenigen, die nicht wollen, dass sich noch mehr ändert, paart sich mit einer Angst, dass das jetzt alles so bleibt. Solch eine Gemengelage hat Marx im „18. Brumaire“ beschrieben und Arendt¹⁴⁹ in ihren „Origins of Totalitarianism“. Die Frage muss umso mehr sein, wie wir die Politik ins Spiel zurückholen, wenn der Staat in Reaktion auf diese diffusen Massenemotionen dermaßen erstarrt, dass von der Arbeitsagentur bis zur Universität die Banalität technokratischer Durchhalteimperative regiert. Diese ganze angstdämmliche Politikverweigerung durch Zahlenspielei ist eine Signatur unserer gegenwärtigen Lebensform. Dieser Talkshowzynismus à la „Wenn wir alle auf einen Inlandsflug pro Jahr verzichten, werden bis 2040 nur achtzig statt hundert Großstädte überflutet...“ Na hurra. Gegen diese Rationalität braucht man Emotionen, Aggression also auch.

Severin Cramm: *Es gibt Stimmen, die propagieren, der Finanzmarkt sei „hochgradig irrational“, „manisch-depressiv“, völlig von Stimmungen und „eben nicht vom Hirn“ be-*

148 Gerhard Schröder (*1944), deutscher Politiker (SPD und Bundeskanzler (1998-2005)).

149 Hannah Arendt (*1906; †1975), deutsch-amerikanische Publizistin und politische Theoretikerin jüdischer Glaubensherkunft.

„Europa sollte mehr sein wollen“

einflusst. Dies zu durchschauen lerne man nicht im Studium moderner Volkswirtschaftslehre, sondern durch das Studium der Menschen (Max Otte¹⁵⁰). Stimmen Sie dem zu?

Sebastian Huhnholz: Die Krise der Wirtschaftswissenschaft hat nicht mit dem Finanzmarktimperalismus begonnen, sondern mit ihrer Distanzierung von den Sozialwissenschaften und der Simulation naturwissenschaftlicher Prägnanz. Damit war die Forschungsmitteldichte am einfachsten zu maximieren: nur „lösbare“ Probleme registrieren, kleinteilig publizieren, Zahlen als selbsterklärende Argumente ausweisen, die Maschine machen lassen. Die Mehrheitsentscheidung der übrig gebliebenen Sozialwissenschaften, dieser technizistischen Expansionslogik hinterherzuhecheln, war absehbar. Zwangsexilanten wie Adorno und Arendt haben das schon nach dem Zweiten Weltkrieg in wüsten Beschimpfungen gegen importierten „Methodenschwindel“ prognostiziert – und die meckerten damals noch auf hohem Niveau, wenn sie gegen einen Dolf Sternberger¹⁵¹ oder gegen einen Ralf Dahrendorf¹⁵² oder später noch die Sozialgeschichte wetterten. Im Positivismusstreit immerhin ist mit dem ehrlichen Popper¹⁵³ dann jemand ganz selbstbewusst aufgetreten, der Probleme, die uns überfordern, lieber aus der Sphäre der Wissenschaftlichkeit exorzieren wollte, weil sie nicht „produktiv“ zu erforschen sind.

Die erstarrte Bereitschaft jedenfalls, auf individuelle Urteilsfähigkeit und Erfahrung zu verzichten, hat einem Grundprinzip des Finanzmarktkapitalismus vorgearbeitet, nämlich den Menschen außen vor zu lassen, ihn, anders als Otte meint, zu ignorieren. Das würde ich „hochgradige Irrationalität“ nennen.

Heute liest sich Adornos „Negative Dialektik“ wieder wie eine Gegenwartsbeschreibung – diese Passage über die „totale Herrschaft der Methode“ etwa, mit der nicht Methodologie gemeint war, sondern die damals methodisch werdende Wissenschaftstechnik, den Methodenpluralismus professionell zu sabotieren und Betrachtungsweisen zu ignorieren, die sich nicht möglichst gedankenlos in Zahlen übersetzen lassen, um sich dann erst den vermeintlich maschinengenerierten „objektiven“ Ergebnissen zu widmen. Nun bin ich kein Maschinenstürmer. Doch die Verbindung zwischen einseitigem Technikglauben und kollektivem Exzess bleibt augenfällig. Die Vorstellung künstlich gesicherter Beherrschbarkeit scheint rauschhafte Enthemmungen zu provozieren – ob Geschwindigkeitsterror, Klimawandel, social media-Effekte, Big Data, Immobilienkredite oder eben Börsenalgorithmen. Das ist zwar ein konservativer Gemeinplatz, typisch auch für die frühe Massenpsychologie und natürlich eben die düstere Kritische Theorie der „Frankfurter Schule“.¹⁵⁴ Dennoch bleibt die Vermutung interessant, dass die Konzentration auf das nur

150 Max Otte (*1964 als Matthias Otte), deutsch-US-amerikanischer Ökonom.

151 Dolf Sternberger (*1907; †1989), deutscher Politikwissenschaftler und Journalist.

152 Ralf Dahrendorf, Baron/Lord Dahrendorf (*1929; †2009), deutsch-britischer Soziologe, Politiker und Publizist.

153 Karl R. Popper (*1902; †1994), österreichisch-britischer politischer Philosoph und Sozialwissenschaftler.

154 Frankfurter Schule, Gruppe von Philosophen und Wissenschaftlern, Vertreter der Theorien von Hegel, Marx, Freud und der auf diesen basierenden sog. „Kritischen Theorie“ der Gesellschaft; Zentrum der Gruppe vor und nach dem Nationalsozialismus in Frankfurt am Main.

Offensichtliche genau die Katastrophen erzeugt, deren Möglichkeit zu denken sich unser Mainstream versagt.

Warum also erzähle ich das so? Um zu deuten, worin die Gemeinsamkeit zwischen unserer Wissenschaftstechnik und unserer Wirtschaftsweise besteht, wenn es um die höhere Irrationalität des Finanzmarktkapitalismus geht. Die ideologische Naturalisierung der Finanzmärkte ist meinem Eindruck nach wirtschaftliche Umsetzung vernaturwissenschaftlicher Methodenideologie. Selbst nach der Finanzkrise von 2008 gab es ja noch einige, die mit unbeirrt positivistischer Litanei insistierten, eine Katastrophe sei nun einmal mit einem Standardmodell weder zu prognostizieren noch zu erklären, weil sich der Standard des Standardmodells dadurch definiert, dass alles immer ungefähr so bleibt wie man es bis auf Weiteres als normal unterstellt hatte. Dafür, dass einige besonders Gewiefte beginnen würden, aus der Naivität von ‚Durchschnitt & Standard‘ ein Zockergeschäft zu machen, sei nicht das nun ja verbesserte Modell verantwortlich zu machen. Dabei zählen wir seit fünf Jahrzehnten durchschnittlich alle vier Jahre eine systemische Finanzkrise. Tja... Vielleicht meinte Otte ja das: Menschliche Einfalt studieren, um sie missbrauchen zu können.

Doch während die Wirtschaftswissenschaften mittlerweile etwas zurückrudern – auch, weil „heterodox“ interessierte Studierende gegen einen von einer freilich beschämenden Wirklichkeit dementierten Lehrbuchstumpfsinn rebellierten –, bleibt die Zeitversetzung der übrigen Sozialwissenschaften erhalten. Und ein Wandel ist nicht absehbar. Die Lehrstühle werden ja generationsweise vergeben und produzieren sich ihre entsprechende Klientel. Einmal Preisgegebenes kommt nicht zurück, das disziplinäre Artensterben wirkt eigendynamisch. In den deutschen Berufsverbänden der Soziologie und der Politologie etwa wurden und werden dieser Jahre einige Kämpfe ausgetragen mit dem Ziel, methodologisch irgendwann da anzukommen, wo die Wirtschaftswissenschaften längst nicht mehr sein wollen. So sind wir heute an nicht wenigen sozialwissenschaftlichen Instituten mit der Überzeugung konfrontiert, dass die ohnehin kümmerlichen Restverbindungen zu den Geisteswissenschaften auszumerzen sind: Philosophie, Ethik, geschichtliche Entwicklung und historische Reflexion werden als im doppelten Wortsinn ‚unberechenbar‘ angesehen. Als würde man Krankenhäuser zerstören, um Krankheiten zu verdrängen.

Michael Gehler: *Sie haben sich eingehend mit Steuerfragen befasst. Zum Ursprung des Begriffs „Steuer“ gibt es verschiedene Theorien: Welcher hängen Sie an und woher leiten Sie das Wort ab?*

Sebastian Huhnholz: Vernünftig erscheint mir, den Begriff vorsichtig zu handhaben. In der Alltagssprache wird er als Generalbegriff verwendet, obwohl er fachlich eigentlich ein Spezialbegriff ist und eine ganz bestimmte Technik öffentlicher Teilhabe an prinzipiell als privatnützig respektierten Einnahmen meint. Die Steuer unterfängt Grundrechte wie Berufsfreiheit und Freizügigkeit, Gewerbefreiheit natürlich auch. Der Fokus auf die Steuer schließt also bereits eine Reihe anderer Optionen des öffentlichen Wirtschaftens aus.

„Europa sollte mehr sein wollen“

Carl Schmitt hat im Zuge einer frühen Bonner Steuerstaatsdebatte Ernst Forsthoffs¹⁵⁵ mal einen außerordentlichen Text über „Nehmen, Teilen, Weiden“ geschrieben und pointiert, das seien die drei Grundkategorien materieller Kollektivressourcen. Ich übersetze das vielleicht mal mit Imperialismus, Sozialismus, Kapitalismus oder mit Beute, Allmende, Steuer, denn die Steuer entspricht der öffentlichen Abschöpfung von partikular anfallenden Weidegewinnen. Die ‚Weiden‘ im weitesten Sinne werden privat bewirtschaftet, sind also in eigennützige Produktionsmittel verwandelte Kollektivgüter, von deren Ertrag im Gegenzug etwas wie auch immer Gemeinnütziges abgeschöpft wird. Auch hier also wieder: Die Steuer ist ein ganz bestimmter Typus und keinesfalls ein irgendwie nur praktischer oder zufälliger. Nein: Die Steuer ist gesellschafts- und wirtschafts- und herrschaftsformspezifisch.

Politikwissenschaftlich besehen begründet so ein Begriff wie Steuer daher immer einen Anfangsverdacht: Was sich als Allgemeines ausgibt, obwohl es etwas Besonderes ist, bedarf der Ideologiekritik, um zu sehen, was der Begriff ausschließt. Mit dem Begriff „Steuer“ wird so beispielsweise die Gemeinwirtschaft ausgeklammert, wirtschaftlich aktive Staatsbetriebe bzw. Volkseigentum, natürliche Ressourcen, aber auch Gebühren, Monopollizenzen etc. Aber eben auch der Raub wird versteckt. Das alles bleibt unerfasst und unthematisiert, wird mithin aus dem diskursiven Denk- und Möglichkeits- und auch Kritikraum gedrängt. Stattdessen sagen wir „Steuer“ und denken, damit hat sich’s doch. Das Unsagbare ist dann irgendwann undenkbar.

Hinzu kommt eine Etymologie, auf die Ihre Frage wohl auch etwas anspielt; im Vortrag hatte ich das erwähnt. Das deutsche Wort „Steuer“ hat zwei verschiedene Wurzeln und beide sind gleichermaßen interessant wie zutreffend: Das „Steuern“ zum einen, also das Lenken, Führen, Leiten. Das „Stauen“ zum anderen, also das Anhäufen und Einsammeln. Dass beides in einem Wort liegt, finde ich in diesem Fall hilfreich, denn tatsächlich ist Steuerpolitik zugleich Steuerungspolitik: Ressourcengewinnung, Wirtschaftslenkung, Umverteilung, Verhaltenssteuerung, soziale Disziplinierung, Lebensstilprivilegierung, Gesellschaftssteuerung u. v. a. m. Politisch gewollte Steuersparmodelle lenken Investitionen, via Schenkungs- und Erbschaftsrecht gestalten sie Großvermögen und damit auch die Chancen und Grenzen demokratischer Einflussnahme.

Umso mehr müssen wir allerdings reflektieren, dass auch in anderen Sprachen die eigene Kultur- und Politikgeschichte inbegriffen bleibt. Im Französischen „impôt“ wird eine Belastung angedeutet, im Englischen „tax“ eine Zählung, in der „contribution“ schwingt noch Fremdherrschaft mit, im hebräisch entlehnten „levy“ deutet sich vielleicht noch die Priesterkaste der Leviten an, die die sakrale Staatskasse verwalten. Die Reihe ließe sich jetzt lange fortsetzen. Um einen fiskalischen Satz von Rousseau¹⁵⁶ annähernd sinngemäß ins Deutsche zu übersetzen, braucht’s drei verschiedene Fassungen. Von Aristoteles mal ganz zu schweigen. Ich will nur sagen: Der Steuerbegriff ist nicht neutral übertragbar; er transportiert unterschwellige Botschaften, politische Erfahrungen und Kulturgeschichten. Die Steuer ist ein intellektuelles Fremdwort. Ich habe mittlerweile eine kleine Sammlung

155 Ernst Forsthoff (*1902; †1974), deutscher Staatsrechtler.

156 Jean-Jacques Rousseau (*1712; †1778), französisch-schweizerischer Schriftsteller, Philosoph, Gesellschafts- und Staatstheoretiker, Pädagoge u. a.

von entrüsteten Äußerungen großer Philosophen darüber, wie unverstanden das Prinzip Steuer doch sei. Die meisten davon haben es bei dieser nach wie vor zutreffenden Feststellung belassen.

Sanne Ziethen: *Immer wieder gibt es Kritik am „Einkommensteuerstaat“. Halten Sie diese für berechtigt?*

Sebastian Huhnholz: Vermutlich spielen Sie auf Vorschläge an, die sich innerhalb des steuerpolitischen Spektrums und Instrumentariums bewegen, sich also an der faktischen Dominanz des Einkommensbesteuerungsmodells stören. Je nachdem, wozu solche Kritik jeweils dient, würde ich sie für berechtigt halten können, sicher. Die neuerdings so geläufige Formel „alter weißer Mann“ beispielsweise hat einen soziologisch sehr treffenden Kern. Ich möchte die Aggressivität der Sprache nicht verteidigen, aber dass die Denk- und Konsumstile zumindest älterer westeuropäischer Männer das Eichmaß der westlichen Welt bilden, obwohl es sich um eine ziemliche Minderheit handelt, ist für die Mehrheit unübersehbar. Dennoch orientiert sich der Einkommenssteuerstaat stark auf diesen Sozialtypus und dessen normative, ökonomische und emotionale Stabilität. Sinnbildlich dafür bleibt das in Südwestdeutschland so beliebte Fiskalcredo, der „schaffende“ Familienernährer sei der wahre und innovative Leistungsträger. Alle anderen seien von ihm Versorgte oder potentielle Trittbrettfahrer, die es entweder zur Unterordnung oder zur Eigenverantwortung zu erziehen gälte. Das ist die autoritäre Kehrseite der eisernen Überzeugung des werkbankaffinen Häuslebauers von der bedrohten Sakralität seines ja nur angeblich asketischen Sparbuchlebens. Wer den Einkommenssteuerstaat kritisiert und differenziert, steht unweigerlich gegen die Hegemonie dieses Lebens- bzw. Fiskalbildes.

Andererseits hat nach dem Zweiten Weltkrieg Fritz Neumark¹⁵⁷ die Einkommensbesteuerung als die demokratische Steuerart schlechthin charakterisiert (auch wenn er dabei sicher nur liberaldemokratische Marktwirtschaften gemeint wissen wollte). Wenn wir also nicht über die wirklich mögliche und nicht über die tatsächliche Vielfalt von Staatsfinanzierungswegen sprechen, sondern weiterhin ausschließlich über die besondere fiskalische Spielart des marktwirtschaftlich fundierten Steuerstaates, dann würde ich sagen: Neumark liegt immer noch richtig. Die Einkommenssteuer respektiert das Privateigentum, sie setzt am Zugewinn bzw. Verdienst an, den jemand unter dem öffentlichen Schutzschirm realisiert; sie lässt ferner Existenzminima zu, zieht also eine soziale Untergrenze, und vor allem kann sie sehr schnell, differenziert und effektiv progressiv gestaltet werden. Dass daraus unter den heutigen Verhältnissen eine enorme Komplexität der Steuerverwaltungspraxis resultiert, ist das eigentlich Tragische. Denn aus der Ordnungswut im Detail resultiert ja die Komplexität moderner Besteuerungsordnungen: aus den unvermeidlich in Konflikt stehenden Ansprüchen zwischen Einzelfallgerechtigkeit, Prinzipienkonformität und Rechtstreue. Die persönliche Einkommenssteuerleistung mag ein Ringen mit sich selbst, mit der Gesellschaft und mit dem Staat sein. Aber das Anliegen, es richtig zu machen, das Individuum als Einzel- und Gesellschaftswesen fair zu behandeln, dieses Streben kann man der Idee der Einkommensbesteuerung nicht absprechen.

157 Fritz Neumark (*1900; †1991), deutscher Finanzwissenschaftler.

„Europa sollte mehr sein wollen“

Das Problem liegt denn auch nicht in beispielsweise Neumarks vernünftigem Plädoyer für den demokratischen Einkommenssteuerstaat. Das Problem liegt darin, dass wir in unseren öffentlichen Diskursen und den zugehörigen Selbstbildern „Einkommen“ meist voreilig mit Erwerbsarbeitseinkommen gleichsetzen und mithilfe dieser Verkürzung behaupten, alle „Einkommen“ seien moralisch und steuertariflich gleich zu behandeln statt typologisch gestaffelt und je nach Herkunft progressiv im Anstieg. Damit versagen wir es uns, die der Besteuerung angeblich so eigene Lenkungswirkung auch auf die Einkommenssteuer auszudehnen: Die Steuerung durch Steuern ist bekanntlich eine ökonomische Verhaltensregulation. Sie setzt beim Individuum an. Ihr politisches Gegenbild ist das Verbot. Das setzt beim Kollektiv an, sowohl in der demokratischen Entscheidungs- wie auch in der Bindungs- und Wirkungsdimension.

Ein Beispiel: Verbieten wir zivile Inlandsflüge oder machen wir sie nur etwas teurer? Solche Grundsatzfragen werden en détail nur für die Konsum- und Verbrauchsbesteuerung diskutiert, nicht für die Einkommensbesteuerung. Vor die schiebt man Grundrechte wie Berufsfreiheit und Freizügigkeit und tut dann so, als sei jede legale Erwerbstätigkeit prinzipiell gleichwertig und nur der Höhe, nicht aber der Tätigkeit nach steuerlich zu differenzieren. Leistungsethik wird so monetarisiert. Das ist der liberalistische Wesenskern der Einkommenssteuer: dass jede Einnahme durch gleich welche Arbeit zu rechtfertigen und deshalb jede Erwerbsarbeit moralisch und politisch akzeptabel sei. Aber das ist sie nicht. Für Belege kann man in Hannah Arendts Buch „Vita activa“ stöbern oder beobachten, welche Arbeit gesellschaftlich notwendig und/oder wertvoll ist und welche Arbeit eher menschenfeindlich und zerstörerisch.

Dennoch würde ich das derzeit hegemoniale Modell nicht blindlings durch ein ganz anderes ersetzt sehen wollen. Das erschiene mir zu ausweglos, weil besonders begründungsbedürftig und radikal. Mir gefallen radikale Vorschläge aus methodisch-wissenschaftlichen Gründen und für die politische Diskussion; praktisch brauchbar sind sie selten. Und wahrscheinlich stellt sich diese Option ohnehin nicht in dieser Schärfe, weder theoretisch noch empirisch-deskriptiv oder gar politisch. Denn die vorfindlichen Besteuerungssysteme sind in der westlichen Welt gemeinhin Mischsysteme. Die öffentlichen Einnahmen, die durch Besteuerung anfallen, entstammen sowohl Erwerb und Gewinn wie Gebrauch und Verbrauch zu überdies teils komplex verschlungenen, selten aber arg ungleichen oder intuitiv unverständlichen Anteilen. Diese tatsächliche Vielfalt der politischen Ökonomien würde ich in den Vordergrund rücken wollen.

Jörg Beining: *Ist die Forderung nach einer Gerechtigkeit der Besteuerung berechtigt?*

Sebastian Huhnholz: Kommt drauf an. Gerechtigkeit ist ein politischer Begriff, er taugt als Bewertungskategorie nicht ohne Weiteres. Rein formal würde ich selbstverständlich sagen: Gerechtigkeit der Besteuerung meint im demokratischen Fall Gleichheit, Gleichheit meint Gleichbehandlung, und zwar gleiche Behandlung einem Prinzip nach, keineswegs der absoluten Summe nach oder gar einem einheitlichen Steuertarif gemäß. Und Gleichbehandlung auch insofern, wie sich der funktionierende demokratische Wohlfahrtsstaat nicht erlaubt, eine potentielle Besteuerungsquelle prinzipiell unberücksichtigt zu lassen. In einigen Staaten, auch der Bundesrepublik, gebietet das schon die Verfassung, etwa der Gleichbehandlungsgrundsatz. Besteuerungslücken sind dann entweder gezielte

Verschonungen, etwa Subventionen für staatsersetzende Aufgabenträger oder Gemeinnützigkeit, oder eher verteilungspolitische Gerechtigkeitsfragen der Besteuerungshöhe, Schlupflöcher oder bedauerlich defizitäre Praktikabilitätsanforderungen: etwa wenn zumal neue und mobil produzierende bzw. kapitalbewegliche Wirtschaftszweige wie Google & Co noch nicht mit den eingeschliffenen Steuerverwaltungsmethoden erfasst werden können. Generell aber ist mein Eindruck: Die Forderung nach Gerechtigkeit rennt, wenigstens in ihrer pauschalen Form, offene Türen ein, selbst wenn sich manch ein Leistungsstolzer immer geschöpft vorkommen wird.

Wie immer wir aber zu Gerechtigkeitsfragen der Besteuerung stehen: Wir sollten doch auch nach dem Gerechtigkeitspotential der Steuer selbst fragen. Nehmen wir das Instrument in den Blick, lässt sich fragen, welche Art Gerechtigkeit das steuerliche Werkzeug herzustellen zulässt und welche nicht und welche zusätzlichen Ungerechtigkeiten dabei je erzeugt werden. Meines Erachtens sehen wir dann deutlicher, dass Steuerpolitik nur Verteilungsversprechen geben kann. Der Steuerstaat geht von einer ökonomisch ungerechten Gesellschaft aus und will deren Verwerfungen, wenn überhaupt, durch sekundäre Korrekturen moderieren, um Wachstumsdynamik und Loyalität zu erhalten. Dieses Basisdilemma unserer Gesellschaftsordnung ist altbekannt: Unter Anbetung von Wohlstandsformeln unterwerfen wir uns einem unbedingten Produktivitätswachstum, beziehen die Bedingungen der Möglichkeit blindwütigen Wachstums strukturell aber aus sozialer Ungleichheit, ökologischer Vernichtung und „marktkonformer Demokratie“, wie Merkel das nannte. Die Legitimation dieses Dilemmas erfolgt zirkulär: Unliebsame Wachstumsbedingungen und -folgen sollen durch Wachstumswachstum therapiert werden. Die Bedingung der steuerlichen Lastenverteilung ist also, dass die Verteilungsvoraussetzungen unberührt bleiben. Wer sich eine politische Zuteilung erhofft – sei es durch hohe Umverteilung, sei es durch hohen Selbstbehalt –, arrangiert sich mindestens implizit damit, an den Exzessen unserer Lebensweise „gerecht“ zu partizipieren. Wohlstandsexzesse sind dann ein politischer Wert; ständige Steigerung wird Voraussetzung und Maßstab „gerechter“ Politik. Je obszöner desto „gerechter“. Das ist doch nicht nur philosophisch sehr verstörend.

Die andere Seite einer mit dem Kampfbegriff Gerechtigkeit geführten Diskussion ist die Steuermoral des Staates. Steuerverschwendung, Steuerverwendung, steuerpolitisch gesteuerte Subventionierungen fragwürdiger Erwerbsprivilegien, verdeckte Monopole, Kartelle und Marktverzerrungen beispielsweise bei diversen landwirtschaftlichen Praktiken, bestimmten Automobiltypen und politisch für nützlich befundene Suchtkrankheiten. Hier gibt es unzählige ungerechte und Ungerechtigkeit verschärfende Regelungen. Was nützt mir beispielsweise individuelle Einkommensteuergerechtigkeit, wenn durch legalisierte öffentliche Misswirtschaft – beispielsweise den Zwang zur europaweiten Ausschreibung öffentlicher Bauvorhaben – betriebswirtschaftlich, ästhetisch, ökologisch, legitimatorisch und moralisch katastrophale Strukturen zementieren werden, die mich am Ende das Zehnfache kosten, Nerven und Gesundheit schädigen und obendrein vielleicht noch in gebaute Hässlichkeit münden? Nicht zuletzt auch das riesige Feld des Gender Budgeting bzw. der vermeintlich geschlechterneutralen Finanzpolitik wäre zu befragen: Die gezielte oder kulturalisierte Diskriminierung bzw. Privilegierung ideologischer Geschlechterrollen, Familienbilder und sexueller Orientierungen mittels steuerverwaltungstechnischer Bräuche, finanzbehördlicher Ermessensspielräume und natürlich immer wieder auch dem sogenannten Ehegattensplitting. Bei all diesen und weiteren Themen

„Europa sollte mehr sein wollen“

würde ich sagen: Die vorsätzliche und bestens eingespielte Verengung der öffentlichen Diskussionen auf Einkommensbesteuerung, Steuersenkung und allgemeine Steuerungerechtigkeit verhindert viele eigentlich gründlich gerechtfertigte Forderungen nach mehr Gerechtigkeit der Besteuerung und mehr Gerechtigkeit durch Besteuerung. Sie behindert Reflexionen darüber, welche Ungerechtigkeiten steuerlich erst erzeugt, bestärkt oder normalisiert werden.

Severin Cramm: *Würden Sie diese Überlegungen auch auf die Sozialversicherungen ausdehnen?*

Sebastian Huhnholz: Mir ist natürlich klar, dass es massive, zumal volksparteiliche Interessen gibt, den Steuerstaat als fundamental soziale und demokratische Institution darzustellen. Schon darum wird er vielfach vorsätzlich mit den Sozialversicherungssystemen verwechselt: deren solidarischer Glanz soll auf ihn abfärben. Doch die Steuerstaatlichkeit hat meinem Eindruck nach Anteil an der um sich greifenden Resignation und Verzweiflung, der starken Ahnung eines Scheiterns liberaldemokratischer Politik an den ökologischen, sozialen und demographischen Herausforderungen.

Der Punkt bleibt daher auch jenseits ökologischer, ökonomischer und moralischer Globalfragen ein demokratischer: Steuerstaatlichkeit fokussiert den Wert des Eintretens für die politische Ordnung einer Gesellschaft auf Kriterien wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und individueller Konsumstile. Jedenfalls wird der Leistungsträger- und der Privateigentumsdiskurs so geführt und dagegen ist schwer anzugehen. Öffentliche Transferleistungseinkommen werden dagegen abgewertet. Wer bescheiden lebt oder reklamiert, jenseits des ersten, des Erwerbsarbeitsmarktes gesellschaftsförderlich tätig zu sein, gehört nicht dazu.

Der öffentliche Fiskaldiskurs ist also ein auf Geldgewinnertypen fokussierter. Die sollen was in die Kasse spülen und sich mit den absonderlichsten Luxusinsignien darstellen dürfen. Völlig schräg, auch gemessen an der tatsächlichen gesellschaftlichen Verteilung der Steuerlasten und den gesellschaftlich wertvollen, ja, unerlässlichen Arbeitsleistungen, die, kaum außerhalb des offiziellen Erwerbsarbeitssystems, versteckt werden. Unzählige inoffizielle Care-Kräfte oder die medizinische Versorgung für „illegal“ befundene Menschen wären zu nennen, aber auch der vielfach unbezahlte akademische Mittelbau, von dem die Massenuniversitäten zehren; Hunderte Millionen Nutztiere nicht zu vergessen und alldiejenigen „Externalisierten“, die Stephan Lessenich¹⁵⁸ beschrieben hat, also unzählige Menschen, die weit von uns entfernt die vor uns versteckten Kosten unserer Lebensweise zu tragen haben. Solange all dies verdrängt oder versteckt bleibt, färbt der demonstrative Elitenkonsum stilistisch auf die Masse ab. Es gilt dann als anrühlich, auf Solidarität angewiesen zu sein, und als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit, dass auch die sogenannten „einfachen Menschen“ ständig neue Fernseher, Smartphones, Elektrogrills etc. haben und sich SUVs erträumen. Dass diese stimulierten Konsumtriebe der Unterbau

158 Stephan Lessenich (*1965), deutscher Soziologe und Publizist. Seit 2021 ist er Professur für Gesellschaftstheorie und Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt a. M. und Direktor des Instituts für Sozialforschung.

der früher mal so genannten Produktionsverhältnisse sind, bleibt meines Erachtens die interessanteste Perspektive: dass wir also beim Konsumverhalten ansetzen sollten, nicht bei den Eigentumsverhältnissen und Arbeitsbeziehungen. Eine Kritische Theorie der Steuer- und Sozialstaatsordnung müsste mithin darin bestehen aufzuzeigen, inwieweit die Forderung nach Steuergerechtigkeit die Legitimität und Reproduktion einer wesentlich durch ökonomische Ungerechtigkeit bestimmten und soziale Ungleichheitsvorteile gezielt privatisierenden politischen Ordnung besten Gewissens verstärkt. Dann ließe sich auch deutlicher sehen, ob, wie und welche Sozialversicherungen dem Erwerbs- und Konsummotor befeuern und Schäden abfedern, die vor allem durch ihn entstehen.

Michael Gehler: *Worin sehen Sie also den Zweck der Steuererhebung?*

Sebastian Huhnholz: Die Lehrbuchantwort lautet gewöhnlich: Steuern dienen der Finanzierung mehrheitlich gewünschter oder für die Daseinsvorsorge unerlässlicher öffentlicher Güter. Das stimmt zwar irgendwie, wirft aber doch eine Reihe von Fragen auf. Gar nicht so sehr die Frage, was ein kollektiver Wunsch ist und wie er sich ausdrückt und messen lässt. Auch nicht die Frage, was öffentliche Güter sind. Dafür gibt es praktikable Modellantworten, Entscheidungs- und Demokratietheorien u.ä. Schwieriger finde ich weiterhin den Umkehrschluss, nämlich die Bereitstellung und Pflege öffentlicher Güter auf Steuern einzuengen. Ich mag mich nicht mit Rousseaus Positionen in Gänze gemein machen, aber der fundamentale Punkt, den er mit der Aussage traf, ‚Gebt Silber, und bald werdet ihr in Eisen liegen‘, ist empirisch nachweisbar und gesellschaftstheoretisch erhellend: Die Neigung, alles über Geldabgaben zu regeln, monetarisiert soziale Beziehungen. Das tendiert zu einer gleichgültigen, anonymen, zu einer der gelebten Demokratie entrückten Stellvertretung. Man lässt machen.

Damit können Achtsamkeit, komunitäres Verhalten, soziale Wertschätzung der vielfältigen Tätigkeiten um einen herum einerseits nicht entwickelt werden, ja vielmehr ist – wie beschrieben – Entwertung die Regel. Jeder Totalschaden freut den Fiskus, denn die volkswirtschaftliche Glücksformel lautet Verschwendung plus Zerstörung gleich Wachstum. Andererseits wird einer prinzipiellen Verwaltungsstaatlichkeit zugearbeitet, wird den Behörden und ‚denen da oben‘ alle mögliche Verantwortung zugewiesen, an der die zwar nur scheitern können, aber dennoch Macht gewinnen. Das hat uns in eine Gesellschaft geführt, in der es eine Ungeheuerlichkeit ist, wenn Eltern die Klassenräume ihrer Kinder renovieren wollen. Die Bereitschaft der Menschen, sich unbezahlt einzusetzen, wird meines Erachtens strukturell boykottiert. Dieser Modus des ‚Das verstehen Sie nicht. Mischen Sie sich nicht ein. Dafür gibt es Spezialisten.‘ korrumpiert alle drei Sphären der modernen liberalen Gesellschaft gleichermaßen: Familie, bürgerliche Gesellschaft, Staat bzw. Moral, Wirtschaft, Rechtsstaat. Die werden gegeneinander in Stellung gebracht. Und interessanterweise haben das gerade die Klassiker des Liberalismus immer betont, sobald es um Steuern ging – also eben nicht nur Rousseau, sondern auch ein Smith, ein

„Europa sollte mehr sein wollen“

Kant, ein Hegel,¹⁵⁹ ein Tocqueville, ein Mill,¹⁶⁰ ein Weber, teils gar ein Schumpeter. Kein klassischer Liberaler hätte den Steuerstaat, wie er sich bei uns darstellt, begrüßt, denn sie hätten diese motzende Haltung gefürchtet, die gerade bei den besonders Aufmerksamen gern auch in Vandalismus, Populismus und Denunziantentum umschlägt. Die „Falschparkeraufschreiber“ hat Jürgen Kaube¹⁶¹ das treffend genannt. Die Polizei interessiert das aber gar nicht, also legt der saubere Herr Nachbar dann selber Hand an und zersticht die Reifen oder zerkratzt den Lack. Fehlgeleitete soziale Energien, die auf überforderte oder nur halbzuständige Behörden treffen und dann gleich doppelt Frustration erzeugen: weil die Mitmenschen nicht so sorgsam sind, wie man das gerne hätte, zum einen; wegen des diffusen ‚Staatsversagens‘ zum anderen.

Die Beispiele ließen sich beliebig erweitern bis hin zur jüngeren Flüchtlingskrise, in der die kurze und offenkundig notwendige Phase bürgerschaftlichen Engagements durch die schleppend nachsetzende Verwaltungsorganisation bald erstickt wurde: die Bahnhöfe sollten gefälligst wieder begehbar sein, die Asylsuchenden wurden kaserniert, private Großküchen, Versorgungsbetriebe, Volkshochschulpersonal und Wachdienste etc. beauftragt, und jetzt haben wir an unseren toten Stadtrandzonen so versteckte Lager mit lauter ‚Fremden‘. Sogar manche der in den letzten Jahren viele so erschreckenden Ausbrüche und Entgleisungen politischer oder pseudo-politischer Emotionen begründen sich durch die Wahrnehmung, es würde notorisch über die Köpfe hinweg entschieden. Es liegt mir fern, dem pauschal zuzustimmen, doch der Eindruck, dass hier der steuerstaatlich ermöglichte Verwaltungsmodus eines professionalisierten Engagementabkaufs an Legimitätsgrenzen kommt, diesen Eindruck finde ich bedenkenswert.

Sanne Zietzen: *Die EU ist bei der Steuererhebung oder Festsetzung von Steuersätzen nicht direkt beteiligt. Über die Höhe der Steuern, die wir zahlen, entscheidet der EU-Mitgliedstaat und nicht Brüssel. Sollte das so bleiben oder geändert werden und warum?*

Sebastian Huhnholz: Auch hierzulande hat sich in den vergangenen Jahren eine wissenschaftlich renommierte Gruppe von Politischen Ökonominen und Ökonomen gefunden, die diese Aussage relativieren würde. Die steuerpolitische Koordination auf europäischer Ebene ist vielfältig. Sie ist mittlerweile meinem Eindruck nach auch so umfassend, dass Steuerharmonisierung vielleicht doch eher droht, den unter der Bedingung von Wirtschaftsvielfalt notwendigen Steuerwettbewerb zu unterbinden und dadurch die strukturellen Besonderheiten regionaler Wirtschaftsschwerpunkte zugunsten der ökonomisch Starken, Flexiblen und Schnellen zu vernichten. Der Fiskus Dänemarks beispielsweise ist grundlegend anders strukturiert als der der Bundesrepublik. Vermutlich wäre der dänische Wohlfahrtsstaat schnell Vergangenheit, würde man das dänische Steuersystem dem

159 Georg Wilhelm Friedrich Hegel (*1770; †1831), deutscher Philosoph des Deutschen Idealismus.

160 John Stuart Mill (*1806; †1873), britischer Philosoph, Politiker, Ökonom und Anhänger des Utilitarismus, 1866–1868 Mitglied des Parlaments für die Whigs.

161 Jürgen Kaube (*1962), deutscher Herausgeber und Autor; seit 2009 Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

dualen System Deutschlands annähern oder es gleich europäisieren. Philip Manows¹⁶² Buch über die „Politische Ökonomie des Populismus“ ist diesbezüglich erhellend, also die Frage, warum insbesondere die klassischeren Wohlfahrtsstaaten lieber abgeschottet bleiben. Doch überhaupt wäre auch die Funktionsfrage einer europäischen Fiskalzentralisierung zu stellen: Warum etwas ändern, wenn durch national recht verlässlich legitimierte europaweite Koordination gelingt, was eine ungleich weniger demokratische Zentralisierung bewirken zu wollen nur verspricht.

Schauen wir uns überdies an, was die Troika mit Griechenland gemacht hat. Müssen wir uns dann nicht eingestehen, dass nationale Krisen innerhalb und von der EU genutzt werden, um abweichende Fiskalkulturen gleichzuschalten? Die wirtschaftspolitische Durchsetzung einer fiskalischen Monokultur, die budgetär und existentiell auf Steuerdominanz fußt, halte ich in demokratischer Hinsicht nicht nur für prozedural fragwürdig, sondern auch für unnötig krisenanfällig. Warum sollten wir also durch fiskalische Zentralisierung und Diversitätsrückbau riskieren, dass jede Wirtschaftskrise sich gleich in eine europaweite Demokratiekrise übersetzt?

Mir ist natürlich klar, dass gegenwärtige ökonomische Herrschaftsstruktur für unsere Generationen zementiert ist und einige Vorzüge sind für besondere Klassen auch nicht von der Hand zu weisen. Aber auch ich frage mich, worin der demokratische Wert einer Ordnung besteht, deren Wohl und Wehe am immerzu maximal möglichen Wirtschaftswachstum hängt. Schon insofern würde ich mit föderaler Vielfalt ein kreativeres, demokratischeres und auch widerständigeres Moment aus Vorsichtsgründen bewahren wollen. Wenn wir die öffentliche Fiskalvielfalt erst einmal europäisch „harmonisieren“, gäbe es kein Zurück mehr: dann zentralisieren wir auch die Instanzen und Normen, die im Krisenfall doch eigentlich greifen sollten, um die ihrer Funktion gemäß undemokratische Marktwirtschaft demokratisch zu regulieren. Auch hier also wieder: lieber nicht.

Im Übrigen ist die Präferenz für einen demokratischen Föderalfiskalismus vor über 100 Jahren auch ganz ähnlich vorsichtig gedacht modelliert worden – durch den Europäer Knut Wicksell¹⁶³, den sein autoritärer Schüler James Buchanan¹⁶⁴ dann ins Steuerstaatliche umgefälscht hat. Wicksell aber hatte den autoritären Steuerzwang für demokratisch besonders strittige Probleme reserviert sehen wollen. Für alles andere empfahl er regionālere Lösungen und kommunale Traditionen. Die Besteuerung diene Wicksell gewissermaßen als pro-demokratische Drohgebärde: „Einigt euch, oder das Problem wird mittels einer zentralen Zwangssteuer behoben!“

Jörg Beining: *Eine letzte Frage. Halten Sie es für möglich, dass eines Tages auch EU-Steuern erhoben werden können?*

Sebastian Huhnholz: Ich möchte das nicht ausschließen. Gegenwärtig allerdings ist die Demokratie auf dem Rückzug. EU-Europas Freiheits- und Demokratisierungsversprechen verfängt nicht mehr, Osteuropas Rechtsstaatlichkeit erodiert, zudem wird die-

162 Philip Manow (*1963), deutscher Politikwissenschaftler.

163 Knut Wicksell (*1851; †1926), schwedischer Ökonom.

164 James M. Buchanan (*1919; †2013), US-amerikanischer Ökonom.

„Europa sollte mehr sein wollen“

se Region russisch beäugt. Militärisch verteidigungsfähig sind wir ohnehin nicht und faschistische Parolen sind alltäglicher geworden, kulturell einende Gesellschaftsideen sind Vergangenheit. Unter solchen Zeitzeichen wäre es angebracht, unsere Energien in den Ausbau politisch wehrhafter Demokratien zu lenken. Das muss in erster Linie lokal und regional geschehen, ohne Heuchelei, ohne Polittalkshow-Phrasen oder social media-kompetente Scheinpräsenz. Laufende Diskussionen beispielsweise über europäische Digital- und Finanztransaktionssteuern setzen am anderen Ende an, wollen sich Zeit lassen, die wir nicht haben – ich sehe hier noch lange keine Einigung und fürchte daher, wir streuen uns damit nur Sand in die Augen. Das Verfassungsvertrauen mancher westeuropäisch sozialisierten Kolleginnen und Kollegen teile ich nicht. Wenn die Verhältnisse im Kleinen nicht überzeugen, sollten wir uns nicht durch Flucht ins Große retten wollen. Das Warten auf die Superlösung ist sinnlos.

Vom Machbareren des Wichtigen lenkte eine utopische Fiskaldiskussion also vielleicht dann doch zu sehr ab. Eine EU-weite Steuer, die nur allgemein und darum nicht explizit demokratieförderlich ist, ist zu riskant. Fiskalische Erhebungsmacht ist große Macht und große Macht will institutionell durch Gegenmacht balanciert werden. Bloße Kontrollmöglichkeiten oder naives Vertrauen genügen hier nicht. Es bedarf regelkonformer Blockadepower. Die US-Amerikaner haben das Glück, dass sie für solche Fragen auf einen nationalsakralen Gründungstext, auf die „Federalist Papers“¹⁶⁵ zurückgreifen können. Das ist nicht nur ein Argumentationskunstwerk, sondern ein Konvolut, das den USA zielgerichtete, weil vorgerahmte Diskussionen des Steuerthemas erlaubt und im Ernstfall zum Shutdown des Bundesetats führt. Uns ist das nicht gegeben. Einen kanonischen Klassikertext beispielsweise über die deutschen Föderalfinanzen im deutschen Kaiserreich gibt es meines Wissens nicht, obwohl das einerseits ja die historische Vorlage für die EU-Finanzen ist und andererseits ein Beispiel dafür, wie Matrikularbeiträge der fiskalisch souveränen Gliedstaaten das Zentrum in Schach halten und tendenziell demokratisieren können.

Sie erkennen schon: Ich wäre auch ungeachtet des Zeitgeistes gegen allzu allgemeine EU-Steuern und insbesondere gegen europäische Steuerstaatlichkeit. Zum Ersten wäre das schon fiskalisch unnötig, da es einfachere und etabliertere Wege der Einnahme und Verteilung gibt. Zweitens wäre es demokratisch fragwürdig. Nicht zuletzt deshalb – hier möchte ich, das Dritte abkürzend, auf meinen eigentlichen kleinen Beitragsversuch zu Ihren „Europagesprächen“ verweisen – ist die Einführung einer mehr als marginalen Allgemeinsteuer auch ganz unwahrscheinlich.

Um aber abschließend nicht nur kritisch oder gar nörgelnd zu bleiben: Was ich verhindern sehen wollte, wäre eigentlich nur eine rein fiskalisch oder lenkungspolitisch motivierte EU-Steuer. Die EU als bloße Wirtschaftswachstums- und Verteilungsmaschine ist moralisch bankrott. Ihre historisch bedeutende Nachkriegsrolle mag sie erfüllt haben; dabei ging es um die wachstumsbasierte Befriedung des westeuropäischen Nachkriegsraums durch Handel sowie industrie- bzw. allgemein produktionswirtschaftliche

165 Federalist Papers, Serie von 85 Artikeln, 1787/88 in verschiedenen Zeitungen New Yorks erschienen, Zweck, die Bevölkerung aller Mitgliedsstaaten der USA von der 1787 entworfenen Verfassung zu überzeugen.

Verflechtung. Später wurde das zur Einbindung des postsowjetischen Osteuropas wiederholt, mit nochmals massierten landwirtschaftlichen Anteilen, die allerdings verheerende wirtschaftliche und ästhetische Monokulturen hervorgebracht haben – vom direkt auf die europäische Finanzpolitik zurechenbaren Artensterben ganz zu schweigen. Es ist ja kein Zufall, dass eine gerade in Sachen Tierwohl und Umweltvernichtung strukturell perverse Agrarpolitik weiterhin als Straßenmeinung über EU-Finzen gilt. Notorisch werden hier öffentliche Mittel lobbyistisch privatisiert. Das fortzusetzen hielt ich für wenig hilfreich.

Es gälte also, sich ehrlich zu machen und nicht die Probleme von gestern zu lösen. Die Gebärde des „Höher-Schneller-Weiter-Mehr“ ist eine Sackgasse. Geld besorgen ließe sich ohne Zentralismus, womöglich sogar mehr, effizienter und effektiver als durch Brüssel. Jeder abstrakte Fiskus neigt dazu, Steuern zu verstecken. Sie sollen unmerklich sein. Obendrein verschwinden die Einnahmen in einer obskuren Zentralkasse. Ob damit – um mal Rosa Luxemburg oder auch Henry David Thoreau¹⁶⁶ zu bemühen – Lebens- oder Todesmittel finanziert werden, ist nicht gewiss. Das Geld wird anonym, untergräbt die Verwendungskontrolle und lähmt Mitbestimmungsbedürfnisse. Alle können sich einreden, dass ausgerechnet ihre Euros nicht an Frontex gehen oder in die Protektion europäischer Fischfangflotten, sondern für heitere Europafestspiele verpulvert werden. So ist's aber nicht. Wenn Europa einfach bestehende Unsitten in größerem Maßstab reproduziert, verliert es jeden Restglanz und mutiert zu einem Bundesreich mit fiskalischem Zentrum.

Wenn es um eine Europa integrierende Steuer gehen soll, plädiere ich darum für stärker symbolisch wirksame Zwecksteuern, also anlass- oder projektbezogene Abgaben mit vernünftig geregelter Ausgabenbindung. Nehmen wir beispielsweise die Institution der europäischen Kulturhauptstadt. Was spräche dagegen, tourismusspezifisch lokale Sonderabgaben zu erheben, die nicht der jeweiligen Stadt selbst, sondern der nächsten oder übernächsten Kulturhauptstadt zukommen? Das könnte zugleich als Wertschätzungsabgabe fungieren, also behindern, dass sich alkoholisierte Horden aus Billigfliegern und diesen Kreuzfahrtdreckschleudern in historische Altstädte ergießen.

Es existieren jedenfalls unzählige steuertechnische Möglichkeiten demokratisch und kulturell nachhaltiger Finanzwirtschaft. In Deutschland haben wir uns nur abgewöhnt, die zu vermuten, zu suchen, zu diskutieren. Das Land ist einfach zu groß, um allein zu lernen. In diesem Sinne halte ich beispielsweise die fröhlich-lauten Vorschläge Ulrike Guérots¹⁶⁷ für europäische Allmenden und Commons für zwar manchmal unrealistisch, aber umso diskussionswürdiger. Überhaupt wäre die EU geschickter, könnte sie mitgliedstaatliche Defizite gezielt sichtbar machen und symbolpolitisch beginnen, national-egoistische Lücken zu füllen und transnationales Fiskalempfinden anzuregen.

Das Ideal wäre also: Die Leute sollen gerne zahlen können. Das setzt voraus, dass sie wissen, dass sie zahlen, was sie zahlen, warum sie mehr oder weniger als andere zahlen und wofür sie zahlen. Eine allgemeine Zentralkasse ist dafür schon angesichts des europäischen Maßstabs ungeeignet. Außerdem soll sich niemand rausreden können, man ‚leiste‘ doch schon so viel, zahle etwa diese oder jene Steuer. Den republikanischen Großmut der Menschen eines in jeder Hinsicht reichen Kontinents steuerstaatlich auszuschal-

166 Henry David Thoreau (*1817; †1862), amerikanischer Schriftsteller und Philosoph.

167 Ulrike Guérot (*1964), deutsche Politikwissenschaftlerin und Publizistin.

„Europa sollte mehr sein wollen“

ten, assistiert dem technokratisch entfremdeten Politikbegriff des gegenwärtigen Formats repräsentativer Massendemokratie. „Fasadendemokratie“, wie Habermas das genannt hat, haben die meisten doch satt. Europa sollte mehr sein wollen. In Einzelabgaben und immer auch in mäzenatischer Benevolenz, Stiftungsvielfalt sowie genossenschaftlicher Selbsthilfe steckt ein sehr hoffnungsvolles Potential für eine europäische Union der Bürgerinnen und Bürger.

Lars P. Feld



Die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion

Zum Referenten:

Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld, geboren am 9. August 1966, absolvierte sein Abitur im Jahr 1985 am Illtalgymnasium in Illingen und besuchte anschließend die Universität des Saarlandes. Dort schloss er 1993 seine Diplomprüfung für Volkswirte ab und wechselte im Jahr 1995 an die Universität St. Gallen in der Schweiz, an der er 1999 zum Dr. oec. promovierte und schließlich 2002 im Fach Volkswirtschaftslehre habilitierte. Von 2002 bis 2006 war er als Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Finanzwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg tätig. Im Anschluss von 2006 bis 2010 war er Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und ist seit 2010 Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie Direktor des Walter Eucken-Instituts. Im Jahr 2007 wurde Prof. Feld als Sachverständiger für die Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund- Länder-Finanzbeziehungen benannt und wirkte konsultativ an der deutschen Schuldenbremse mit. Zudem war er von 2005 bis 2012 als federführender Herausgeber der Perspektiven der Wirtschaftspolitik und in den Jahren von 2007 bis 2009 als Präsident der European Public Choice Society tätig. Lars Feld war von 2011 bis 2021 Mitglied des Sachverständigenrates zur

Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, im abschließenden Jahr seines zweiten Mandats Vorsitzender, und vertrat den Sachverständigenrat von 2013 bis 2021 im unabhängigen Beirat des Stabilitätsrats. Weiterhin ist er Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium, wissenschaftliches Mitglied der Mindestlohnkommission (mit beratender Stimme) sowie Sprecher des Kronberger Kreises. Durch seine Arbeit in zahlreichen Gremien und Räten wirkt Herr Feld nicht nur als Professor für Wirtschaftspolitik, sondern auch an der Schnittstelle zur Politik

Zum Vortrag:

I. Kräftiger Aufschwung, geldpolitische Wende

II. Stabilität für den Euroraum

III. Globalisierung

IV. Schlussbemerkung

Der Referent beginnt mit der deutschen Situation im Jahr 2018 und erwähnt die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, die sich mit Prognosen beschäftigen. Dazu zählen das ifo-Institut in München und das Rheinisch-Westfälische-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, die in ihren Prognosen für 2018 von einem Wirtschaftswachstum von deutlich über zwei Prozent ausgingen, dies nun aber nach unten korrigierten. Das Wirtschaftswachstum betrage noch 1,8%. Anschließend geht Herr Feld auf die Lohnentwicklung in Deutschland ein und erläutert deren Zusammenhang mit der Inflationsrate, von der die EZB auszugehen hat. Die deutsche Wirtschaft befände sich derzeit noch immer in einer Überauslastung der Kapazitäten, die durch die expansive Geldpolitik der EZB weiter befeuert werde.

Im Anschluss erklärt er die Konzepte einer restriktiven und expansiven Geldpolitik. Die Situation im Euroraum im Jahr 2018 sei durch eine stark expansive Geldpolitik und eine schwach expansive Fiskalpolitik bei sich gleichzeitig erholenden gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet. Insbesondere die Entwicklung in Portugal, Spanien und Irland sei in den vergangenen Jahren sehr positiv.

Herr Feld ist der Meinung, dass international zu viel Geld ausgegeben werde und diese Tatsache in der internationalen Diskussion zu wenig Niederschlag finde. In diesem Zusammenhang geht er auf die Schuldenstandsquoten einiger wichtiger wirtschaftsstarker Länder ein. Herr Feld diskutiert besonders ausführlich die Situation Italiens, da es mit 132% und damit in absoluter Höhe das am dritthöchsten verschuldete Land der Welt ist (nach den USA und Japan). Zudem habe Italien seit Eintritt in die Währungsunion ein negatives Produktivitätswachstum, wodurch die Voraussetzungen für ein nachhaltiges

Die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion

und langfristiges Wirtschaftswachstum nicht gegeben seien. Als Grund für diese negative Entwicklung nennt Herr Feld insbesondere die zu starke Regulierung der Produkt- und Arbeitsmärkte in Italien, was dazu führe, dass viele Unternehmen Größenvorteile nicht realisierten, um den schärferen Regulierungen für größere Unternehmen nicht zu unterliegen. Zudem verlegten italienische Firmen sowohl ihren Hauptsitz als auch ihre Produktion in andere Länder. Das Problem der italienischen Wirtschaft liege auf der Angebotsseite, nicht auf der Nachfrageseite. Weitere Folgen seien rückgängige Weltmarktanteile und eine rückläufige Industrieproduktion. Diese Situation stelle ein hohes Risiko für die Währungsunion insgesamt dar.

Anschließend erläutert der Referent, auf welche Weise der Euroraum versucht, sich vor solchen Risiken zu schützen. Dabei sei zu beachten, dass die EU auf der einen Seite eine vergemeinschaftete Geldpolitik hat, die von der EZB betrieben wird, und auf der anderen Seite die nationale Souveränität in der Wirtschafts- und Finanzpolitik fortbesteht. Um dies sicherzustellen, gelten zum einen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung und zum anderen das Nicht-Beistandsgebot, die dafür sorgen sollen, dass weder die EZB noch die EU oder ein Mitgliedstaat einem anderen Mitgliedstaat in finanzieller Not hilft. Die Staatsanleihekäufe der EZB verstoßen nicht, so Feld, gegen eines der genannten Verbote. Um dies zu verdeutlichen, erläutert er am Beispiel Griechenlands das Prinzip der Umschuldung sowie die Funktionsweise des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

Eine weitreichende Veränderung stellt die Bankenunion dar, die eine europäische Bankenaufsicht und einen europäischen Abwicklungsmechanismus für Banken bringt. Herr Feld kritisiert hier das Nichtvorhandensein einiger seiner Meinung nach notwendigen Regelungen, wie z. B. die sogenannten Großkreditvorschriften. Des Weiteren nennt er verschiedene Vorschläge, um die Bankenunion „wetterfester“ zu machen, und geht dabei auf die Vorschläge des Sachverständigenrates ein. Dahingehend nennt Prof. Feld einige wichtige Maßnahmen zur „Vervollständigung der Banken- und Kapitalmarktunion“, wie z. B. einen raschen Abbau der notleidenden Kredite oder eine Abmilderung des Staaten-Banken-Nexus. Zudem betont er die Diskussion um eine Ablösung der Ex-Post Konditionalität durch Ex-Ante Konditionalität im Zuge einer Reform des ESM.

Zum Schluss geht er auf die Wohlfahrtssteigerung durch die Globalisierung ein und erläutert ihre Bedeutung für die Reduktion weltweiter Armut, weshalb man, seiner Auffassung nach, versuchen sollte „möglichst mit allen Mechanismen, die zur Verfügung stehen, dem Protektionismus entgegenzutreten und zwar in jeder Hinsicht“. Als letzten Punkt erklärt Prof. Feld die Folgen der trumpfchen Steuerreform in den USA, insbesondere für Schwellenländer wie die Türkei und Argentinien und die Turbulenzen in diesen Ländern. Darauf muss man sich mit nationalen Steuerreformen einstellen.

Diskussion (Auszüge)

Frage: *Was stimmt an der These, dass Europa grundsätzlich weniger Zölle bezahlt als die Amerikaner? (Die Frage bezieht sich aber lediglich auf die Zölle zwischen den USA und Europa und nicht auf alle Zölle, die entrichtet werden.)*

Antwort: Europäer erheben insgesamt etwas höhere Zölle als die Vereinigten Staaten. Es ist aber nicht möglich, diese Zölle einfach gegenüber den USA zu senken, da sich dies nach dem Prinzip der Meistbegünstigung der WTO auf Drittstaaten auswirken müsste. Dahingehende Ausnahmeregelungen der WTO könnten nur in umfassenden Freihandelsabkommen in Anspruch genommen werden. Wir sind keineswegs Musterknaben im Hinblick auf Zölle.

Frage: *Was ist „Vollgeld“ und was hätte es in der Schweiz bedeutet, wenn die Abstimmung angenommen worden wäre, und wäre es Vorbild für Europa oder sogar weltweit? (Hintergrund zu dieser Frage ist die Volksabstimmung am 10. Juni 2018 in der Schweiz zur Einführung von „Vollgeld“.)*

Antwort: Nein, die entstehenden Probleme wären riesig. Am besten lässt man die Finger davon. Vollgeld heißt, dass die Banken, die Kredite ausleihen, diese vollständig mit Eigenkapital unterlegen müssen. Die Geldschöpfung durch das Bankensystem wird damit massiv reduziert. Ein erstes Problem besteht bei Einführung von Vollgeld im Übergang vom heutigen System der Geldschöpfung durch das Bankensystem. Das zweite Problem liegt darin, dass die massiv reduzierte Geldschöpfung einen massiven Wirtschaftseinbruch nach sich zöge.

Frage: *Kann man ein Eurozonen-Parlament schaffen, in dem Währungs- und Finanzexperten sitzen, die von nationalen Körperschaften entsendet werden? (Eine Frage von Prof. Gehler, bei der er sich auf Monika Wulf-Mathies bezieht, die ein solches Eurozonen-Parlament mal anregte)*

Antwort: Die Hoffnung, dass Experten bessere Entscheidungen treffen, trügt. Erstens haben sie eigene Interessen. Zweitens werden sie rasch zum Spielball politischer Kräfte. Drittens macht jeder Fehler, sogar Experten. Viertens müssen Verteilungsfragen gelöst werden. Das lässt sich nicht auf Basis wissenschaftlicher Expertise leisten, sondern muss von gewählten politischen Entscheidungsträgern austariert werden. Schließlich: Ein Eurozonen-Parlament stellt die Legitimität des Europäischen Parlamentes in Frage. Finanzpolitische Entscheidungen können in der EU aber letztlich erst dann auf der europäischen Ebene getroffen werden, wenn die EU zum Bundesstaat geworden ist – mit demokratischer und rechtsstaatlicher Legitimität.

Frage: *Wer wird oder wen wünschen Sie sich als Nachfolger von Draghi? (Die Frage bezieht sich auf den Präsidenten der EZB, welcher momentan, 2018, Mario Draghi ist.)*

Antwort: Wenn ich wünschen darf: Bundesbankpräsident Jens Weidmann. Es wird jedoch schwierig, weil er von Frankreich und Italien abgelehnt wird. Deutschland muss allerdings irgendwann den EZB-Präsidenten stellen. Wenn es nicht Weidmann werden soll, wer könnte es sonst aus Deutschland sein? Diese Frage sollte beantwortet werden, wenn Jens Weidmann tatsächlich nicht durchsetzbar ist.

Die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion

Frage: *Wie weit bestimmt eigentlich Währungspolitik – in hohem Maße – Stabilität von nationalen Regierungen? (Eine Frage von Prof. Gehler, bei der er die Währungspolitik der Türkei und den Wertverfall der türkischen Lira aufgreift.)*

Antwort: Es ist schon seit langem so, dass Bewegungen an den Kapitalmärkten Auswirkungen auf die Länder weltweit haben. Es ist ärgerlich für das betroffene Land, wenn die Finanzmärkte so reagieren, aber häufig genug treten diese Kapitalbewegungen auf, weil man im eigenen Land zu viele Fehler macht und daher die Turbulenzen zu stark werden. So sind etwa die Probleme der Türkei hausgemacht.

Frage: *Hat der Brexit in irgendeiner Weise Folgen auf das, was sie heute vorgetragen haben? (Eine Frage von Prof. Gehler, da die Frage des Brexits noch keine Erwähnung fand, „vielleicht, weil schon konsumiert?“.)*

Antwort: Großbritannien hat eine der besten Verwaltungen weltweit, aber die Regierung handelt nicht nach deren Empfehlungen. Auf das Land kommen nach einem Brexit enorm hohe Kosten zu, insbesondere wenn es zu einem harten Brexit kommt. Wir werden sehen, was die Regierung dann macht.

Der Vortrag wurde im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim am 19. Juni 2018 gehalten.

Lars P. Feld

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, was man aushalten können und hart dagegenhalten muss.“

Michael Gehler: *Wir heißen herzlich willkommen: Professor Lars Feld von der Universität Freiburg im Breisgau.*

Sanne Ziethen: *Wir beginnen unsere Interviews immer mit ein paar Fragen zum persönlichen Werdegang, weil unsere Universität aus einem pädagogischen Kontext kommt. Sie sind im Jahr 1966 in Saarbrücken geboren. Können Sie uns ein wenig zu Ihrer Herkunft und ihrem Elternhaus sagen?*

Lars Feld: Ich bin in Saarbrücken geboren, allerdings nicht direkt dort, sondern in dem kleinen idyllischen Dorf Wahlschied, seit 1974 Ortsteil der Gemeinde Heusweiler, aufgewachsen. Wenn man zurückblickt und ein bisschen was erlebt hat, kann man die Idylle erst richtig wertschätzen. Ich bin während meiner Grundschulzeit aus dem Nachbarort Holz dorthin umgezogen und nach der 4. Klasse auf das Illtal-Gymnasium¹ in Illingen gegangen. Auch das kann man erst retrospektiv so richtig wertschätzen. Das war ein Gymnasium, das erst Ende der 1960er Jahren gegründet wurde. Im Jahr 1966 bin ich geboren, 1972 wurde ich eingeschult und 1976 kam ich auf das Gymnasium. Dort war also alles noch relativ frisch, es gab wenige höhere Klassen, und die Schule hatte erstens ein sehr junges Lehrerkollegium und bot zweitens mit einer Schulbibliothek und ihrem kulturellen Engagement Möglichkeiten, die manche Schulen in Deutschland erst wesentlich später anbieten konnten. Als in Freiburg die Gründung einer Schulbibliothek an manchen Gymnasien gefeiert worden ist, haben meine Frau und ich uns wissend angeschaut. In meinem Elternhaus hatte mein Vater, Günter Feld², die Mittlere Reife und war Kredit-sachbearbeiter in einem Kreditinstitut. Dort hat er sich mit der Zeit fortentwickelt, ist aber leider bereits sehr früh mit 57 Jahren verstorben. Er war in der Bank schließlich zuständig für Insolvenzen. Meine Mutter, Elfi Feld³, hatte ebenfalls die Mittlere Reife und, als mein Bruder Christoph⁴ zur Welt kam, blieb sie erstmal zu Hause. Das war ohnehin typisch für diese Zeit. Kinderbetreuung war nicht im heutigen Maße verfügbar. Sie hatte davor als Sekretärin im saarländischen Innenministerium gearbeitet. Später, als sie wieder anfang

1 Das Illtal-Gymnasium in Illingen wurde 1966 als allgemeinbildendes Gymnasium gegründet, war als erste Schule UNESCO-Schule und erwarb sich durch vielfältige Aktivitäten den Ruf einer weltoffenen Bildungseinrichtung.

2 Günter Feld (*1943; †2000), Bankkaufmann.

3 Elfi Feld, geborene Schiffler (*1947), Sekretärin.

4 Christoph Feld (*1971), Koch und kommunaler Verwaltungsangestellter.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

zu arbeiten, hat sie erneut Sekretariatsarbeit gemacht, dann aber in einer Arztpraxis. Man kann also sagen, dass ich aus einem Angestelltenhaushalt stamme.

Da es bei solchen Tätigkeiten wie meiner ja immer auch um politische Dinge geht, können Sie noch weiter zurückgehen: Ich selbst bin in keiner Partei, allerdings gibt es mütterlicherseits eine tiefe sozialdemokratische Verwurzelung. Mein Urgroßvater, Adolf Schiffler,⁵ war Gründungsmitglied der SPD im Saarland. Ich habe ihn noch sehr gut gekannt, denn er starb erst mit 91 Jahren. Er war vor der Volksabstimmung von 1935 bereits Bürgermeister einer kleinen Gemeinde, wurde im Jahr 1935 aber von den Nationalsozialisten seines Amtes enthoben. Er war angesichts seiner eingeschränkten Möglichkeiten danach nicht im Widerstand aktiv, musste sich jedoch aus der Öffentlichkeit zurückziehen und sich bedeckt halten. Aus diesem Ursprung hat sich eine parteipolitische Tradition in meiner Familie entwickelt. Einen Anteil daran hatte nicht zuletzt Alwin Brück⁶, ehemals parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter Helmut Schmidt⁷ in den Kabinetten Schmidt I und II. Väterlicherseits ist die politische Prägung deutlich schwächer. Traditionell war dies von Seiten meiner Großmutter väterlicherseits eher eine liberale Prägung. Bei uns war das Thema Politik in den Gesprächen im Elternhaus jedenfalls immer präsent.

Michael Gehler: *Sie haben die Schulzeit angesprochen. Haben Sie noch Erinnerungen an für Sie prägende Lehrer, die Sie auch so beeinflusst haben, dass Sie heute noch etwas von ihnen erinnern und mitgenommen haben für Ihren späteren Lebensweg?*

Lars Feld: Ich habe ja bereits gesagt, dass mein Gymnasium eine sehr junge und sehr liberale Schule war – und das in vielerlei Hinsicht. Vor allem dieses liberale Umfeld hat mich geprägt: Wir haben viele Schulfeste gefeiert, Musik stand hoch im Kurs. Es gab jedes Jahr ein großes Konzertwochenende über mehrere Tage, das gefeiert wurde, mit unterschiedlichen Stilen von Klassik bis zur Neuen Musik. Das fing in den 1970er Jahren schon an. Es gab eine Aktionsgruppe, die in der Entwicklungshilfe tätig war und diese Veranstaltungen organisiert hat, um den Erlös einzusetzen. Das war die sogenannte „Aktion Palca“.⁸ Natürlich gab es da Lehrer, die einen geprägt haben, aber weniger mit den Lehrinhalten als mit dem Engagement, das sie dort gezeigt haben.

5 Adolf Schiffler (*1899; †1991), Bergmann und Lokalpolitiker, 1932 bis 1935 und 1946 bis 1973 Bürgermeister der saarländischen Gemeinde Holz, 1974 beauftragter Ortsvorsteher des Ortsteils Holz, http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis_detail.php?id=4648.

6 Alwin Brück (*1931; †2020), deutscher Politiker, 1974 bis 1982 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

7 Helmut Heinrich Waldemar Schmidt (*1918; †2015), deutscher Politiker, 1967 bis 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen sowie 1974 bis 1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

8 Die „Aktion Palca“ ist eine nach wie vor bestehende „Dritte-Welt-AG“ des Illtal-Gymnasiums Illingen. Neben der AG, die allen Schüler*innen ab Klasse 9 offensteht, existiert zusätzlich ein Förderverein (Aktion Palca e.V.) zur finanziellen Absicherung. Die Aktion setzt sich dafür ein, Menschen in Entwicklungsländern eine Chance auf eine bessere Zukunft zu bieten.

Die einzige Person, von der ich heute sagen würde, dass sie eine gewisse inhaltliche Prägung vorgenommen hat, war der Direktor der damaligen Schule, Herr Kirsch,⁹ der den Leistungskurs Geschichte unterrichtete und der mir Geschichte sehr nah gebracht hat. Im Grunde ist es so gewesen, dass in dieser Zeit mein Onkel, Peter Feld,¹⁰ viel prägender war als meine Eltern und die Schule. Er war Oberstudienrat in Arnsberg im Sauerland und unterrichtete selbst Englisch und Geschichte. Das waren auch die Fächer, die mir in der Schule sehr viel Spaß gemacht haben.

Jörg Beining: *Sie studierten Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken. Was hat Sie zu diesem Studiengang bewegt?*

Lars Feld: Es sind lauter Zufälle in meinem Leben, die mich zu irgendetwas bewegen haben. Ich habe in meiner Schulzeit in den letzten Jahren gerne und viel gefeiert und habe das sehr genossen. Das Feiern hat mein eigenes politisches Engagement in dieser Zeit zugeschüttet. Ich war viel zu viel mit Freunden unterwegs, um mich in irgendeiner Form politisch zu engagieren. Das hat dann dazu geführt, dass ich frühere Überlegungen, den Wehrdienst zu verweigern, nicht weiterverfolgte, sondern zur Bundeswehr ging, das aber völlig unorganisiert auf mich zukommen ließ. So wurde ich nicht zum 1. Juli gezogen, sondern musste erst zum 1. Oktober des Jahres 1985 zur Bundeswehr. Dadurch war ich vor die Situation gestellt, was ich in den drei Monaten dazwischen mache. Ich konnte ja nicht die ganze Zeit zuhause bleiben und meinen Eltern auf die Nerven gehen.

Von diesen drei mir zur Verfügung stehenden Sommermonaten habe ich zwei genutzt, um in einer Klinik als Pflegehelfer zu arbeiten. Ich habe mich einfach beworben und bin dann dorthin gekommen. Das ist eine Spezialklinik der Saarland Heilstätten GmbH in Saarbrücken, die auf Geriatrie und Psychiatrie spezialisiert ist. Ich habe in der Geriatrie angefangen und habe dort zwei Monate gearbeitet.

Dann bin ich zur Bundeswehr und war Fernmelder in Daun, in der Eifel. Wir haben damals den Ostblock abgehört. Das bedeutete zugleich, dass wir keine Manöver machen mussten, ich also kaum eine Waffe in der Hand hatte – vom Grundwehrdienst mal abgesehen. Man war gezwungen, Schichtdienst zu fahren. Schichtdienst dauerte immer viereinhalb Tage, in einer Abfolge von drei Sequenzen von diesen viereinhalb Tagen mit kurzen Unterbrechungen dazwischen und dann viereinhalb Tagen frei. Dieser Rhythmus hat wahnsinnig geschlaucht. Man hatte den täglichen Wechsel von Spät- zu Mittag- zu Früh- zu Nachtdienst. Das hieß, dass man sich in viereinhalb Tagen kaum auf einen Schlafrythmus einstellen konnte. Das bedeutete auch, dass ich meinen Urlaub ganz normal genommen habe, nichts aufsparte und deshalb nicht frühzeitig ins Studium ging. Ich habe die 15 Monate vollendet und bin im Dezember 1986 ausgeschieden.

Siehe auch: <https://aktionpalca.de/> [letzter Zugriff 4.9.2020].

9 Robert Kirsch war von 1975-1999 Rektor des Illtal-Gymnasiums und Lehrer für Deutsch, Religion und Geschichte. Unter seine Leitung wuchs das Gymnasium zum zeitweise schülerstärksten Gymnasium im Saarland.

10 Peter Feld (*1948; †2011), Oberstudienrat.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Bis zum Semesterbeginn hatte ich wieder dreieinhalb Monate zu überbrücken, habe wieder in der gleichen Klinik als Pflegehelfer gearbeitet. Man hat damals im öffentlichen Dienst von der 40-Stunden-Woche auf die 38,5-Stunden-Woche umgestellt. Das hat zu organisatorischen Veränderungen geführt. Die Klinik suchte dringend Studierende, die am Wochenende in der Pflege arbeiteten. Das habe ich wahrgenommen. Ab dem Zeitpunkt habe ich fast ohne Ausnahme und fast bis zum Ende des Studiums dort zunächst in der Geriatrie, dann aber fast ausschließlich in der geschlossenen Psychiatrie als Pflegehelfer gearbeitet, fast immer mit einer knappen halben Stelle – der damaligen geringfügigen Beschäftigung. Das bedeutete neben den Semesterferien drei jeweils zwölfstündige Wochenenddienste monatlich in der Klinik.

Zum Sommersemester 1987 habe ich mich in Politikwissenschaft an der Universität des Saarlandes eingeschrieben. Das Interesse, das mein Onkel bei mir geweckt hatte, war erhalten geblieben. Ich strebte ein Magisterstudium mit Politik im Hauptfach sowie Deutsch und Englisch in den Nebenfächern an. Zum Politikstudium gehörte ein Schein in Volkswirtschaftslehre, der schon im Vorgespräch, das ich dort in der Studienberatung mit einem der Professoren hatte, als die schwerste Hürde im gesamten politikwissenschaftlichen Studium bezeichnet wurde. So bin ich in die Veranstaltung „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ gegangen und war so angetan und begeistert, dass ich mich das Folgesemester in VWL eingeschrieben habe.

Sanne Ziethen: *Hatten Sie während Ihres Studiums prägende akademische Lehrer oder Professoren?*

Lars Feld: Oh ja, sehr. Einerseits derjenige, der mich zur Wissenschaft brachte, nämlich Werner Pommerehne,¹¹ ein Finanzwissenschaftler, der mit 51 Jahren an einem Herzinfarkt starb – gerade als ich ein Jahr bei ihm Assistent war. Er ist heute noch immer kaum zu beschreiben. Er war ein unglaublich kreativer Kopf und Teil der Frey-Gruppe – also ein Schüler von Bruno Frey.¹² Zu dem Kreis gehört eine ganze Reihe unterschiedlicher Professoren. Bruno hat viele Kollegen ausgebildet, bis in die jüngere Generation hinein. Ich habe ebenfalls mehrfach mit Bruno zusammengearbeitet. Werner Pommerehne gehörte zur ersten Generation dieser Schüler. Er war nur wenig jünger als Bruno Frey. Diese Kreativität, die Werner gegenüber vielen anderen in dieser Gruppe auszeichnete, gepaart mit einem methodisch stark gefestigten Forschungsinteresse, hat mich wahnsinnig fasziniert. Das ging los mit skeptischen Fragen zur damaligen Drogenpolitik und weiter mit anderen Themen – zum Beispiel zur Steuerhinterziehung. Er war enorm prägend, nicht zuletzt, weil er ein sehr offener Mensch war, jemand, der

11 Werner W. Pommerehne (*1943; †1994) war ein deutscher Finanzwissenschaftler. Er studierte an den Universitäten in Freiburg im Breisgau, Bochum, Basel und Konstanz. Ab 1989 hatte er den Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität des Saarlandes inne.

12 Bruno S. Frey (*1941), Schweizer Wirtschaftswissenschaftler, Forschungsdirektor bei CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts und permanenter Gastprofessor für Politische Ökonomie an der Universität Basel.

unglaublich intensiv gelebt hat, sodass sein früher Tod rückblickend nicht überraschend war. So ist er dann bereits mit 51 Jahren gestorben.

Die zweite Person, die mich auf eine ganz andere Art geprägt hat, war Olaf Sievert.¹³ Er war schon einer der älteren Professoren. Als ich mit dem Studium in Saarbrücken anfang, war er gerade erst wenige Jahre aus dem Sachverständigenrat ausgeschieden, sodass er dann erst wieder sein volles Lehrdeputat ausfüllte. Er war das erste und lange Zeit einzige Mitglied des Sachverständigenrats, das drei Amtszeiten bekam, davon war er zwei Amtszeiten lang sogar Vorsitzender. Davor, in den 1960ern, war er zudem noch der erste Generalsekretär des Rates gewesen.

Olaf Sievert hat mich in vielerlei Hinsicht beeinflusst und vor allen Dingen dieses Interesse an der Wirtschaftspolitik geweckt. Zugleich hieß das aber, dass man für seine Lehrveranstaltungen extrem viel lesen musste, um überhaupt durchzukommen. Die Anforderungen waren enorm hoch. Zudem mussten wir für die wirtschaftspolitischen Teile seiner Vorlesung Konjunktur und Wachstum (Politik) die vom Sachverständigenrat entwickelten Konzepte kennen. Als mich viel später der Anruf erreicht hat, ob ich für den Sachverständigenrat zur Verfügung stünde, war das für mich eine Selbstverständlichkeit. Das waren die zwei Professoren, die mich sehr stark geprägt haben. Es gab mit Rudolf Richter¹⁴ noch einen dritten Professor, der mich im Studium beeinflusst hat, ein Theoretiker, der eine ganze Bandbreite an Theorien behandelte, sehr offen war, nicht in eine bestimmte Richtung drängend und somit ein breites Wissen vermittelte. Und natürlich kamen in der Promotionsphase Gebhard Kirchgässner¹⁵ und Bruno Frey mit ihren Prägnanzen hinzu.

Michael Gehler: *Hatten Sie auch Vorbilder aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in der Zeit als Sie studierten oder auch in der Schulzeit oder überhaupt im weiteren Leben? Oder sagen wir mal Referenzpersönlichkeiten, wenn es nicht Vorbilder sein sollen.*

Lars Feld: Wie bereits gesagt, komme ich familiär aus einem politischen Umfeld. Einerseits gab es dort politische Figuren, die zunächst Vorbildcharakter hatten, Urgroßvater und Großvater, die ja politisch aktiv waren. Dann eben Alwin Brück, der Staatssekretär war. Im Grunde fragen Sie aber nach der weiteren Perspektive. Sie wollen eigentlich wissen, ob es extern Persönlichkeiten gab.

13 Olaf Sievert (*1933), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1965 bis 1966 Generalsekretär und 1970 bis 1985 Mitglied sowie 1976 bis 1985 Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

14 Rudolf Richter (*1926), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1964 bis 1994 Professor für Nationalökonomie an der Universität des Saarlandes.

15 Gebhard Kirchgässner (*1948; †2017), deutsch-schweizerischer Wirtschaftswissenschaftler, 1992 bis 2013 Professor für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie an der Universität St. Gallen und Direktor des Schweizerischen Instituts für Außenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Michael Gehler: *Exakt, genau. Und interessiert vor allem der große Kontext.*

Lars Feld: Aufgrund meiner familiären Situation stellte sich diese Frage zunächst nicht. Ich bin eigenständig zur Politik gekommen, jenseits der Themen, die in der Familie diskutiert wurden. Als der NATO-Doppelbeschluss anstand, habe ich mich ein wenig in der Friedensbewegung engagiert. Da war ich 14 bis 16 Jahre alt. Man meint in diesem Alter natürlich, man wisse alles, aber man wusste natürlich nichts. Zu diesem Zeitpunkt gab es für mich eigentlich keine Vorbilder in der Politik. Es war Helmut Schmidt, der den NATO-Doppelbeschluss durchsetzen wollte und einen Impuls in diese Richtung gesetzt hatte. Es gab Ronald Reagan¹⁶ und Margaret Thatcher,¹⁷ die für uns junge Menschen damals ein gewisses Feindbild darstellten.

Aus der Perspektive meiner SPD-Familie stand auf der anderen Seite des politischen Spektrums mit Helmut Kohl¹⁸ nicht wirklich eine Alternative für mich, sodass die sozialdemokratische Linke diejenige war, an die ich mich hätte anlehnen wollen. Da kam wieder die familiäre Prägung zum Tragen: Es waren nicht die Grünen, sondern die Sozialdemokraten. Das hat aber nicht lange angedauert. Über lange Zeit gibt es niemanden in der Politik, den ich irgendwie als Vorbild bezeichnen würde oder als für mich prägende Figur.

Michael Gehler: *Haben Sie historische Beispiele?*

Lars Feld: Wenn ich zurückblicke, muss ich sagen, dass das damals eine völlige Fehleinschätzung eines jungen Menschen war, zu meinen, dass der NATO-Doppelbeschluss falsch wäre. Reagan hat genau das Richtige getan, und dafür streue ich heute noch gerne Asche auf mein Haupt. Ob er diese Entscheidung bewusst traf oder seine Berater ihn dazu brachten, ist eine andere Frage. Jedenfalls war diese Entscheidung richtig.

Bei Helmut Schmidt sehe ich das deutlich differenzierter, weil ich einerseits durch mein Studium feststellte, welche Fehler Schmidt ökonomisch und wirtschaftspolitisch machte, was richtigerweise zur Wende 1982 geführt hat. Ich sage das nicht zuletzt aufgrund der Auseinandersetzung mit anderen Größen wie beispielsweise Otto Graf Lambsdorff.¹⁹ Ein Vorbild ist er nicht, aber ich schätze seine Leistung heute höher ein, als ich das früher getan habe.

16 Ronald Wilson Reagan (*1911; †2004), US-amerikanischer Politiker und Schauspieler, 1967 bis 1975 Gouverneur von Kalifornien und 1981 bis 1989 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

17 Margaret Hilda Thatcher, Baroness Thatcher (*1925; †2013), britische Politikerin, 1975 bis 1990 Vorsitzende der Conservative and Unionist Party und 1979 bis 1990 Premierministerin des Vereinigten Königreichs.

18 Helmut Josef Michael Kohl (*1930; †2017), deutscher Politiker, 1969 bis 1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1973 bis 1998 Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und 1982 bis 1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

19 Otto Friedrich Wilhelm Freiherr von der Wenge Graf Lambsdorff (*1926; †2009), deutscher Politiker, 1977 bis 1984 Bundesminister für Wirtschaft und 1988 bis 1993 Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei.

Aus der heutigen Zeit schätze ich Wolfgang Schäuble²⁰ besonders – aus unterschiedlichen Gründen. Es gibt meines Erachtens kaum jemanden, der es vermag, auf diese besondere Art und Weise seinem Land zu dienen. Das finde ich bewundernswert. Einerseits diesen Stress durchzuhalten, trotz der schweren Behinderung, auch den Rückschlägen, die er unterwegs zu verkraften hatte, und andererseits einer Kanzlerin zu dienen, die ihn ausgebootet hat. Normalerweise ist es keine besondere Eigenschaft der Politik, sich dann noch so loyal zu verhalten – bis heute. Wenn man sich anschaut, welche Vermittlungsaufgaben zwischen CDU und CSU er in jüngerer Zeit hatte, ist das eine ungeheuerliche Leistung.

Jörg Beining: *Von 1995 bis 1997 waren Sie als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Außenwirtschaft, Struktur- und Regionalforschung an der Universität St. Gallen tätig. Wie kam es zu diesem Wechsel in die Schweiz?*

Lars Feld: Auch das war ein Zufall. Am 6. Oktober 1994 heirateten meine Frau Susanne²¹ und ich. Werner Pommerehne war Gast auf der Hochzeit, verstarb aber am 7. Oktober 1994 durch einen plötzlichen Herztod bei der Gartenarbeit. Seine Frau fand ihn, als keine Chance mehr bestand, ihn wiederzubeleben. Wir hatten damals, weil meine Frau hochschwanger war, keine Flitterwochen geplant, sondern nur ein kleines Wochenende, zu dem wir weggefahren waren, und bekamen am Sonntagmorgen des 8. Oktober den Anruf, dass Werner Pommerehne verstorben sei. Wenig mehr als eine Woche später war seine Beisetzung und dort hat mich Gebhard Kirchgässner, der ebenfalls zur Frey-Schule gehörte, gefragt, ob ich nicht Lust hätte, nach St. Gallen zu kommen. Ich habe zugesagt. Das ist also schnell erzählt.

Sanne Ziethen: *Welche neuen und anderen Erfahrungen konnten Sie an einer Schweizer Universität machen?*

Lars Feld: Ich hatte zuvor schon in Saarbrücken als Assistent von Werner Pommerehne an einer Studie zum Thema Steuerwettbewerb in der Schweiz gearbeitet; das sollte mein Dissertationsthema werden. Aus meiner Kenntnis des deutschen Föderalismus heraus war es erstaunlich, dass es solche Steuerbelastungsunterschiede zwischen den Gebietskörperschaften eines Bundesstaates geben kann. Ich fand das Thema faszinierend. Es entstand ein erstes Papier, dass Pommerehne und ich im September 1994 gemeinsam auf einer

20 Wolfgang Schäuble (*1942), deutscher Politiker, 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1989 bis 1991 und 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern, 1991 bis 2000 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1998 bis 2000 Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, 2009 bis 2017 Bundesfinanzminister sowie von 2017 bis 2021 Präsident des Deutschen Bundestages.

21 Susanne Feld (*1966), Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Konferenz in Ferrara vorstellten. Der dritte (Ko-)Autor war Gebhard Kirchgässner, so dass es eigentlich naheliegend war, in die Schweiz zu gehen und bei ihm zu promovieren. Wenig später, angeregt durch ein Korreferat zu Bernard Dafflon,²² das ich auf derselben Konferenz in Ferrara halten durfte, gesellte sich das Thema direkte Demokratie und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen dazu. Beide Themen haben mich ungeheuer fasziniert – durchgehend bis heute in vielerlei Hinsicht.

Es galt für uns allerdings zunächst, einen Lernprozess durchzustehen, nämlich festzustellen, dass die Schweiz trotz der sprachlichen Ähnlichkeit ein völlig anderes Land ist. Wir kamen im Jahr 1995 vor Abschluss der bilateralen Verträge in die Schweiz. Es gab für Zuwanderung von Ausländern Kontingente und ganz spezielle Regelungen für bestimmte Ausnahmen. Als Doktorand war man Student und bekam dafür die Möglichkeit des Aufenthaltes in der Schweiz, aber hatte nur eingeschränkte Möglichkeiten zu arbeiten – insbesondere im Kontext der Hochschule. Zudem war der Familiennachzug für Studierende eingeschränkt. Meine Frau, die damals schon eine gewisse Zeit als Ärztin an der Uniklinik in Homburg/Saar gearbeitet hatte und mit mir und unserem vier Monate alten Sohn Immanuel²³ nach St. Gallen ging, bekam keine Arbeitserlaubnis. Das war in der Art und Weise, wie die Schweizer es kommunizierten, erstaunlich: Es sei schon ein Zeichen der Kulanz, dass die Familie überhaupt mit einreisen dürfe. Es war sozusagen eine Härtefallregelung, weil unser Sohn noch so jung war. Arbeiten durfte meine Frau aber zunächst nicht. Erst als eine Stelle in der Radiologie des St. Galler Kantonsspitals frei wurde, bekam sie eine Arbeitserlaubnis.

Meine Frau ist Gynäkologin, mittlerweile Fachärztin und Teilhaberin einer Gemeinschaftspraxis, und wollte sich damals schon klar auf die Gynäkologie spezialisieren, sah aber keine Chance, eine Arbeitserlaubnis in ihrem Fach zu bekommen. Also bewarb sie sich auf die Radiologie-Stelle. Nun war erstaunlich, welche unglaubliche Flexibilität die Schweizer an den Tag legen konnten. Es wurde eine bestimmte Art der Arbeitserlaubnis eingerichtet, weil man für diese Stelle einfach keine Schweizer Bewerber finden konnte. Strahlentherapie ließ sich in der Praxis nicht versilbern. Man musste ja in der Klinik bleiben und verdiente daher deutlich weniger als niedergelassene Ärzte und Ärztinnen in der Schweiz. So ist meine Frau da reingekommen. Erstens war die Erfahrung erstaunlich, dass die Schweiz normales Ausland ist, und zweitens die Erfahrung dieser Flexibilität, die wir in Deutschland so nicht kennen.

Es sind aber vor allem institutionelle Dinge, die mich an der Schweiz bis heute faszinieren. Was die Schweiz ausmacht, das ist diese besondere Verbindung zwischen Tradition und Modernität. Man konnte an einem vermeintlichen Bauerngehöft im Appenzeller Land vorbeifahren, dort anhalten und feststellen, dass sich im Inneren eine Computergesellschaft verbarg. Die Vielfalt, die man in der Schweiz bekommt, ist schon unglaublich und

22 Bernard Dafflon (*1946), Schweizer Finanzwissenschaftler, von 1990 bis 2013 Professeur ordinaire de finances publiques et de gestion des finances publiques, Université de Fribourg i. Ue.

23 Immanuel Jonas Feld (*1994), MA in Economics, Ph.D.-Kandidat in Economics an der University of Warwick.

sie verteilt sich dann über die Kantone und die Wirtschaftsstrukturen. Die Schweiz ist ein sehr faszinierendes Land.

Jörg Beining: *Im Jahr 1999 erfolgte an der Universität in St. Gallen Ihre Promotion, 2002 Ihre Habilitation. Welche Themen verfolgten Sie?*

Lars Feld: Das Thema der Dissertation war der Steuerwettbewerb in der Schweiz. Dabei ging es um Einkommensteuerwettbewerb. Meine Dissertation habe ich übrigens unter recht abenteuerlichen Bedingungen in einer Mansardenwohnung in Rennes in der Bretagne während eines Auslandsaufenthalts an der dortigen Universität kurz nach der Geburt unserer Zwillinge Leon und Bennet²⁴ fertiggestellt. Ich habe mir für die Dissertation länger Zeit genommen, nicht nur wegen des Wechsels nach St. Gallen, sondern weil ich die Zeit dafür nutzte, andere Publikationen fertigzustellen. Ich hatte bereits zum Thema direkte Demokratie zu arbeiten begonnen, bevor ich promoviert war, und war später einer der Ersten, wenn nicht sogar der Erste, der in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Universität St. Gallen kumulativ habilitierte – wie es heute in den Wirtschaftswissenschaften gang und gäbe ist. Ich habe mir ein weiteres Thema in der Steuerwettbewerbsanalyse genauer angeschaut, nämlich den Wettbewerb im Bereich der Unternehmenssteuern, was dann in die Habilitation einfließen konnte. Ansonsten verfasste ich eine ganze Reihe anderer Papiere, hauptsächlich aus dem Bereich direkter Demokratie oder – noch allgemeiner gesprochen – der Politischen Ökonomik. Ich habe mich zudem mit der Unabhängigkeit von Gerichten beschäftigt. Auch dieses Papier ist in die kumulative Habilitation eingeflossen.

Michael Gehler: *Nach Ihrer Habilitation haben Sie an mehreren Universitäten gelehrt. Sie waren ständiger Gastprofessor am ZEW in Mannheim.²⁵ Was sind im Wesentlichen die Schwerpunkte in der Lehre, die Sie verkörpern bzw. was haben Sie auch bemerkt, was die Studierenden am meisten interessiert in Ihrem Fachbereich?*

Lars Feld: Ich bezeichne mich als Finanzwissenschaftler an der Schnittstelle zur Neuen Politischen Ökonomie und damit zur allgemeinen Wirtschaftspolitik. Ich bin also ein Finanzwissenschaftler im Sinne von James Buchanan.²⁶ Das ist, wenn man so will, meine wissenschaftliche Heimat. Sie haben eben nach Vorbildern aus Politik, Wirtschaft und Geschichte gefragt. Außerhalb meiner Prägung durch akademische Lehrer an Universitäten, an denen ich studiert habe, ist Buchanan mit seinem Werk eine prägende Figur. Ich habe auf diese Weise Finanzwissenschaft in Marburg und Heidelberg unterrichtet,

24 Leon Gabriel Feld (*1998), MSc in Chemistry und Bennet Lucca Feld (*1998), BA in Business Administration.

25 Das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim ist ein Wirtschaftsforschungsinstitut innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Es gilt als eines der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute Europas.

26 James McGill Buchanan Jr. (*1919; †2013), US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, 1986 Preisträger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

was im Bereich der Steuerlehre ganz viel Mainstream mit wenig Politischer Ökonomie war, weil es in der Steuerlehre eben doch um viele weitere Fragen geht, die man mit den Studierenden diskutieren muss. Was die Staatsausgaben betrifft sowie in vertiefenden Lehrveranstaltungen, habe ich aber sehr viel Politische Ökonomie unterrichtet.

Ich habe zudem von Anfang an den Anspruch gehabt, in der damals noch eher theoretisch geprägten Finanzwissenschaft einen Kontrapunkt im Sinne einer empirisch-ökonomischen Ausrichtung zu setzen. Gebhard Kirchgässner hatte zwar den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik in St. Gallen, war aber zugleich Ökonometriker und sogar in beiden Fächern separat habilitiert. Von ihm habe ich Ökonometrie von der Pike auf gelernt – alles, was man wissen musste. Ich habe das entsprechend angewendet und Lehrveranstaltungen angeboten, z. B. eine zur Empirischen Finanzwissenschaft. Das ging aber nur bis Heidelberg.

Als ich nach Freiburg wechselte, wechselte ich erstens auf einen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, zweitens erhielt ich wegen des Walter Eucken Instituts²⁷ eine Lehrdeputatsreduktion um die Hälfte und drittens kam schon kurz danach, nämlich noch im ersten Semester dort, der Ruf in den Sachverständigenrat, und der hat mir weitere Lehrerleichterungen verschafft, sodass ich in dieser Zeit nur eine Vorlesung unterrichtet habe, die Ordnungspolitik heißt. Darin geht es um historische Hintergründe, um zu sehen, wo die Freiburger Schule eigentlich herkommt, wie sich die Ordnungspolitik fortentwickelt hat, aber auf der anderen Seite versuche ich die modernen Entsprechungen dieses Denkens in Ordnungen und Regelgebundenheit der Politik herauszuarbeiten. Dazu gehört etwa die Verfassungsökonomik von Buchanan, sodass die Verbindungen von der Verfassungsökonomik hin zur Politischen Ökonomie den Kern dieser Lehrveranstaltung ausmachen.

Jörg Beining: *Eines Ihrer weiteren Ämter ist dasjenige des Direktors des Walter Eucken Instituts. Das mit der Universität Freiburg verbundene Institut beschreibt sich selber als Kompetenzzentrum in ordnungspolitischer und ordnungsökonomischer Grundlagenforschung. Können Sie uns etwas zur Geschichte dieses Instituts und seiner wirtschaftlichen Ausrichtung sagen?*

Michael Gehler: *Was bedeutet Ihnen Walter Eucken²⁸ und was können wir von ihm heute noch lernen?*

Lars Feld: Bevor ich nach Freiburg ging, wusste ich wenig über Eucken. Es war zwar so, dass Eucken im Studium in Saarbrücken eine gewisse Rolle gespielt hatte, insbesondere da die deutsche Ordnungspolitik im Jahr 1987 in der wirtschaftspolitischen Diskussion noch einen ganz anderen Stellenwert hatte als heute. Aber dass ich mich dann systematisch darum gekümmert habe, hat gedauert bis Marburg und zwar deshalb, weil ein Schü-

27 Das Walter Eucken Institut versteht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung. Es steht im Zeichen der Freiburger ordoliberalen Schule.

28 Walter Eucken (*1891; †1950), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft und Begründer der Freiburger Schule des Ordoliberalismus.

ler Euckens, nämlich Karl Paul Hensel²⁹, der vor meiner Zeit in Marburg gelehrt hatte, und sein Nachfolger auf dem Lehrstuhl, Alfred Schüller³⁰ in der deutschen Ordnungsökonomik eine wichtige Rolle spielten. So ist mir Ordnungsökonomik nahegebracht worden. Ich habe systematischer begonnen, mir die Schriften der bedeutendsten Ordnungsökonomien zu besorgen, sie durchzulesen, zu erfassen, was das Denken dieser Leute ausmacht und was dem in der Moderne entspricht. So kam ich dann nach Freiburg. In meiner Heidelberger Zeit war die Beschäftigung mit der Ordnungsökonomik zwischenzeitlich wieder etwas abgeflaut. Aber ich beschäftigte mich intensiv mit Friedrich August von Hayek,³¹ einem der Vorgänger auf meinem heutigen Lehrstuhl, und natürlich mit Alexander Rüstow.³²

Das Walter Eucken Institut wurde im Jahr 1954, vier Jahre nach dem Tod Euckens von Freunden, Schülern und Euckens Witwe als Verein gegründet und war nicht mit der Universität Freiburg verbunden. Mittlerweile besteht ein Kooperationsvertrag mit der Universität Freiburg, sodass das Walter Eucken Institut ein An-Institut ist. Das war das Institut zuvor nicht, da war es vollständig selbstständig. Das Institut hat von der Satzung her zum Ziel, ordnungsökonomisches Denken zu modernisieren und in die jeweilige Zeit zu überführen, in der wir leben. Das bedeutet in gewisser Weise, dass damit ein dogmenhistorischer Auftrag verbunden ist. Es geht darum, das Denken Walter Euckens weiter zu verbreiten. Das hat das Institut zu Beginn auch gemacht – so lange bis Friedrich August von Hayek kam. Er übernahm die Leitung des Instituts im Jahr 1964, das sich danach auf Hayek ausrichtete. Die Mitarbeiter des Instituts haben sich stärker um Hayek gekümmert, der viel publiziert, viel geschrieben und in Freiburg viele Veröffentlichungen verfasst hat. Nach ein paar Jahren in Salzburg kehrte Hayek im Jahr 1977 enttäuscht nach Freiburg zurück und verbrachte seinen Lebensabend dort – auch als Ehrenpräsident des Institutes. In dieser Zeit war Erich Hoppmann³³ Direktor des Instituts und zugleich Hayeks Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik. Hoppmann ist heute kaum noch bekannt, war aber in den 1970er Jahren ein bekannter Wettbewerbstheoretiker und ein wichtiger Gegenspieler von Erhard Kantzenbach³⁴ in der wettbewerbspolitischen Diskussion in der

29 Karl Paul Hensel (*1907; †1975), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1954 Gründer der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme.

30 Alfred Schüller (*1937), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1972 bis 1976 Professor an der Universität zu Köln und 1976 bis 2008 an der Philipps-Universität Marburg.

31 Friedrich August von Hayek (*1899; †1992), österreichischer Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph, 1964 bis 1970 Vorstand und bis 1992 Ehrenpräsident des Walter Eucken Instituts, 1974 Preisträger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften.

32 Alexander Rüstow (*1885; †1963), deutscher Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler, 1924 bis 1933 Syndikus und Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung beim Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten (VdMA), 1933 Emigration ins türkische Exil, 1933 bis 1949 Professor für Wirtschaftsgeographie und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Istanbul, 1950 bis 1956 Professor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Heidelberg, 1954 bis 1962 Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM).

33 Erich Hoppmann (*1923; †2007), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1968 bis 1989 Professor für Wirtschaftspolitik an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau.

34 Erhard Kantzenbach (*1931), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1975 bis 1996 Leiter des

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Anfangszeit der Monopolkommission. Hoppmann hat die Wettbewerbstheorie von Hayek vertreten. Sein Nachfolger auf dem Lehrstuhl war Manfred Streit,³⁵ der dann allerdings nicht ans Walter Eucken Institut kam. Er war Schüler von Herbert Giersch.³⁶ In dieser Zeit wurde das Institut von außen geführt, bis Viktor Vanberg³⁷ das Institut im Jahr 2001 übernahm.

So ist die Geschichte des Instituts in groben Zügen skizziert. Ich könnte jetzt noch viel über das, was wir machen, erzählen, auch gerade zur Erfüllung des dogmenhistorischen Auftrages, denn der wissenschaftliche Nachlass Euckens ist erst vor wenigen Jahren von der Familie freigegeben worden und wird derzeit von uns in Zusammenarbeit mit der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek aufgearbeitet, erfasst und veröffentlicht.

Lars Feld: Die Gesammelten Schriften Walter Euckens werden bei Mohr Siebeck veröffentlicht und von Uwe Dathe, einem Historiker mit weit reichender bibliographischer Erfahrung, der an der Thüringer Landesbibliothek arbeitet, Andreas Freytag,³⁸ Nils Goldschmidt³⁹, Walter Oswald,⁴⁰ einem mittlerweile verstorbenen Enkel Walter Euckens, und mir herausgegeben. Uwe Dathe hat besondere Expertise in der Aufarbeitung wissenschaftlicher Nachlässe und vor allem den Nachlass Rudolf Euckens⁴¹ aufgearbeitet. Die Gesammelten Schriften Walter Euckens, deren Veröffentlichung im Jahr 2022 mit den ersten beiden Bänden beginnen wird, enthalten neben seinen schon veröffentlichten Werken eine Vielzahl noch unveröffentlichter Manuskripte, darunter eine vollständige, unveröffentlichte Monografie zur theoretischen Volkswirtschaftslehre, seine Briefe in mehreren

Instituts für Industrie- und Gewerbepolitik an der Universität Hamburg, 1979 bis 1986 Vorsitzender der Monopolkommission und 1989 bis 1996 Präsident des Hamburgischen Weltwirtschafts-Archivs (HWWA).

35 Manfred Streit (*1939; †2017), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1990 bis 1993 Professor an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. 1993 Gründungsdirektor des Max-Planck-Instituts für Ökonomik in Jena.

36 Herbert Giersch (*1921; †2010), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1955 bis 1969 Professor an der Universität des Saarlandes, 1969-1989 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Giersch war 1964 Gründungsmitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Im Jahr 1991 wurde er Mitglied im Orden Pour le Mérite für Wissenschaft und Künste.

37 Viktor Vanberg (*1943), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1995 bis 2009 Professor an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau und 2001 bis 2010 Direktor des Walter Eucken Instituts.

38 Andreas Freytag (*1962), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, seit 2003 Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

39 Nils Goldschmidt (*1970), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, seit 2013 Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen.

40 Walter Oswald (*1959; †2018), ein Enkel Walter Euckens, war ein deutscher Sozialphilosoph und Publizist.

41 Rudolf Eucken (*1846; †1926), der Vater Walter Euckens, war von 1874 bis 1920 Professor für Philosophie an der Universität Jena. Im Jahr 1908 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

Bänden und seine Tagebücher. Insgesamt dürften diese Schriften ein besseres Verständnis für die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ermöglichen.

Damit ist noch nichts zur Bedeutung Euckens gesagt. Je länger ich mich mit Eucken befasse, umso klarer wird mir, welche Rolle Eucken bei der Gründung der neuen Bundesrepublik und der Fundierung der Sozialen Marktwirtschaft gespielt hat – im Grunde schon zur Zeit des Nationalsozialismus im Widerstand und insbesondere in der kurzen Zeit danach bis zu seinem Tod im Jahr 1950. Die wissenschaftlichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft wurden vor allem von Walter Eucken und der Freiburger Schule erarbeitet. Ludwig Erhard⁴² setzte dieses Konzept dann um.

Lars Feld: Historisch besonders interessant dürfte wohl die Rolle sein, die Eucken im Widerstand gegen den Nationalsozialismus hatte. Eucken gehörte nicht zu denen, die mit den Nazis kooperierten, und nicht zu denen, die sich in die Privatheit zurückzogen. Als das Rektorat Martin Heideggers⁴³ im Jahr 1933 versuchte, die Universität Freiburg gleichzuschalten, war Eucken der wichtigste Gegenspieler Heideggers im Senat der Universität Freiburg. Das hat allerdings nicht viel genutzt. Heidegger trat früh zurück und wurde durch einen vormaligen GAU-Leiter ersetzt, der bestens wusste, wie eine Universitätsverwaltung gleichgeschaltet werden konnte.

Nach der Reichspogromnacht traf sich Eucken mit Freunden in den sogenannten Freiburger Kreisen und verfasste dabei Texte für eine Wirtschaftsordnung nach dem verlorenen Krieg. Das ist ein wichtiger Zusatz, denn sich für irgendeine Wirtschaftsordnung nach dem Krieg einzusetzen, haben auch andere getan. Eucken trat nach 1938 zunehmend dafür ein, zu einer liberalen marktwirtschaftlichen Ordnung zurückzukehren, jedoch in einer Form, wie man sie zu Zeiten des Kaiserreiches oder in der Weimarer Republik noch nicht kannte: nämlich als Wettbewerbsordnung. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die deutsche Wirtschaft durch Kartelle und Monopole schon stark vermachtet. Dies verschärfte sich in der Weimarer Republik noch und erleichterte den Nationalsozialisten die Gleichschaltung der Wirtschaft. Dies sollte in der neuen Bundesrepublik durch die Beseitigung von Machtkonzentrationen in der Wirtschaft mithilfe des Wettbewerbsrechts verhindert werden.

Sanne Ziethen: *Sie haben bereits erwähnt, dass Sie von 2011 bis 2021 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung waren, im letzten Jahr Ihrer Amtszeit als Vorsitzender. Der Öffentlichkeit ist das Gremium ja mehr oder weniger dadurch bekannt, dass es jährlich im November ein Gutachten veröffentlicht, auf das dann die Bundesregierung eine Reaktion zeigt. Können Sie uns schildern, wie es dazu kam, einer der fünf Wirtschaftsweisen Deutschlands zu werden?*

42 Ludwig Wilhelm Erhard (*1897; †1977), deutscher Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, 1948 bis 1949 Direktor für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1957 bis 1963 Vizekanzler, 1963 bis 1966 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1966 bis 1967 Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

43 Martin Heidegger (*1889; †1976), deutscher Philosoph, 1933 bis 1934 Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Lars Feld: Zunächst stellte sich das für mich als Zufall dar. Ich bin seit 2003, also ein bisschen mehr als ein Jahr, nachdem ich meine erste Universitätsprofessur in Marburg antrat, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium. Dieser Beirat ist sehr unabhängig, weil er ein volles Kooptationsrecht hat, die Berufung auf Lebenszeit erfolgt und völlige Freiheit bei der Themenauswahl herrscht. Es ist ein großes Gremium von etwa 25 Professoren, die dort im Wesentlichen mit Bordmitteln aus ihren Institutionen zusammenarbeiten. Es gibt zwar ein Sekretariat im Ministerium, das den Beirat betreut, aber keine weitere personelle Unterstützung. Das heißt: Die Professoren sitzen zusammen, diskutieren finanzpolitische Themen und schreiben dazu Gutachten und Stellungnahmen. Mir war bis zum Zeitpunkt meiner Berufung in den Sachverständigenrat nicht bewusst, dass dort seit 1974 immer ein Vertreter der Finanzwissenschaft zu finden ist – also jemand, der öffentliche Finanzen im Sachverständigenrat aufgrund seiner Expertise glaubwürdig vertreten kann. Dazu gehören nicht nur die makroökonomische Finanzpolitik, sondern in deren Mikrofundierung auch die Steuer- und Ausgabenpolitik einschließlich der Themen Föderalismus, Finanzausgleich, Sozialpolitik oder Klimaschutz, sofern sie finanzpolitisch gedeutet werden. Das Thema Finanzpolitik ist also relativ breit angelegt.

Genealogisch betrachtet war bis zum Jahr 1974 Wilhelm Bauer⁴⁴ noch als Nicht-Finanzwissenschaftler auf dieser Position im Sachverständigenrat. Ihm folgten im Jahr 1974 Kurt Schmidt⁴⁵ als erster Finanzwissenschaftler, danach kamen Dieter Pohmer,⁴⁶ Rolf Peffekoven⁴⁷ und Wolfgang Wiegard.⁴⁸ Alle vier waren Mitglieder im Beirat des Bundesfinanzministeriums. So spielt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium eine gewisse Rolle für den Sachverständigenrat.

Formal liegt die Federführung für den Sachverständigenrat im Grundsatz aber im Bundeswirtschaftsministerium, das sich mit dem Bundesfinanzministerium und der Abteilung Wirtschaft im Bundeskanzleramt ins Benehmen setzt. Als Wolfgang Wiegard ausschied, musste die Nachfolge geregelt werden. Nach einem Blick der Verantwortlichen in den Beirat beim Bundesfinanzministerium, fiel die Wahl auf zwei Personen, und ich habe dann als einer von diesen beiden das Rennen gemacht.

44 Wilhelm Bauer (*1904; †1974), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1964 bis 1974 Mitglied im und 1964 bis 1970 Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

45 Kurt Schmidt (*1924; †2008), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1974 bis 1984 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

46 Dieter Pohmer (*1925; †2013), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1984 bis 1991 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

47 Rolf Peffekoven (*1938; †2019), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1991 bis 2001 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

48 Wolfgang Wiegard (*1946), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 2001 bis 2011 Mitglied im und 2002 bis 2005 Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Michael Gehler: *Wie kann man sich die Arbeit in diesem Sachverständigenrat als Außenstehender vorstellen?*

Lars Feld: Sie müssen sich das als eine unglaublich intensive Tätigkeit vorstellen. Ich bin es gewohnt, relativ viel zu arbeiten. Ich hoffe zwar, dass es nicht ganz so schlimm ist wie bei Hans-Werner Sinn,⁴⁹ von dem gesagt wird, er habe eigentlich immer gearbeitet und nie Pausen gemacht. Ich glaube schon, dass ich noch Pausen mache (*Lächeln*), aber ich arbeite doch mehr als 40 Stunden pro Woche und nutze nicht meinen vollen Urlaubsanspruch.

Der Sachverständigenrat kostete mich etwa 40 Prozent meiner Jahresarbeitszeit. Neben den Sitzungstagen gehörten dazu Vorbereitungszeiten, Hintergrundgespräche mit Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, Öffentlichkeitsarbeit usw. Die Sitzungen und die Texte müssen intensiv vorbereitet werden. Die fünf Räte haben dabei viel Unterstützung von den Mitarbeitern des wissenschaftlichen Stabes, dem Generalsekretär und der Geschäftsstelle. Ich habe im Sachverständigenrat immer mit hervorragenden Teams zusammenarbeiten dürfen. Gleichwohl stecken dahinter weitere Analysen, die teilweise auch im Walter Eucken Institut, teilweise in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des Sachverständigenrates durchgeführt wurden. Das ist eine sehr fruchtbare Interaktion, zugleich mit dem Anspruch, dass diese Analysen als Arbeitspapiere erscheinen und in referierten Fachzeitschriften veröffentlicht werden können. Von daher ist es eine sehr umfangreiche Tätigkeit.

Formal finden von Dezember bis Juli einmal im Monat in der Regel zweitägige Sitzungen statt – fast immer in Wiesbaden im Statistischen Bundesamt, dem Sitz des Sachverständigenrates. Einmal, typischerweise in der Junisitzung, trifft sich der Rat in Berlin zu Anhörungen. In diesem ersten Halbjahr von Dezember bis Juli kommen immer mal wieder außergewöhnliche Termine hinzu. So fand jedes Jahr, meistens im März, ein Treffen mit der Bundeskanzlerin und Teilen des Kabinetts statt, um Gespräche über die aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme auf Basis des Jahresgutachtens zu führen.

Laut Sachverständigenratgesetz hat dieser das Recht, die Minister, die großen Verbände und bestimmte Institutionen wie die Bundesagentur für Arbeit oder die Deutsche Bundesbank anzuhören. Ein Recht darauf heißt, dass der Rat anhört und die entsprechenden Personen und Institutionen mit ihren Spitzen zur Verfügung stehen müssen. Natürlich kann sich der Minister oder die Ministerin vertreten lassen, aber in der Regel halten sie diese Termine ein. Das gilt genauso für die Spitzenverbände und ihre Vertreter. Aufgrund der Bedeutung des Rates in Deutschland wurde er häufig vom Direktorium der Europäischen Zentralbank zu Gesprächen eingeladen.

Nach einer Sommerpause im August beginnt in der ersten Septemberwoche die heiße Phase der Fertigstellung des Jahresgutachtens, die sogenannte Kampagne. Dann finden wöchentlich Sitzungen statt, die dann nicht mehr nur zweitägig, sondern drei, vier oder fünf Tage dauern. Das läuft dann so bis Mitte November, bis zur Übergabe des Gutachtens.

49 Hans-Werner Sinn (*1948), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1999 bis 2016 Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Die Sitzungstage sind so gestaltet, dass die Kapitel vorab verschickt werden, man also Texte zur Vorbereitung hat. Dann werden diese Texte im Plenum diskutiert. Das Plenum reduziert sich im Laufe der Zeit, da Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verlauf immer mal wieder an diesen Kapiteln arbeiten müssen und eben nicht mehr im Plenum dabei sein können. Es gibt eigentlich fünf Durchgänge – wenn es normal läuft. Das Ganze beginnt mit einer lockeren Themenfindung, schon im Dezember bzw. im Januar – nach jedem Gutachten. Es geht dann weiter im April und Mai mit erweiterten Gliederungen, sowie den Erstfassungen der Kapitel, die noch deutliche Lücken haben dürfen, in der Juli-Sitzung. Eine zweite Fassung, die inhaltlich vollständig sein sollte, wird nach der Sommerpause zu Ende diskutiert. Dann gibt es noch eine finale dritte Fassung. In der ringt der Sachverständigenrat um Formulierungen bis hin zu den Kommata. Zum Abschluss wird alles nochmal Korrektur gelesen, dann aber nicht mehr mit allen fünf Räten, sondern in Arbeitsteilung zu zweit oder zu dritt, zusammen mit dem betreuenden Stab. Dann lesen sich die Räte das ganze Kapitel vor und korrigieren es parallel dazu.

Michael Gehler: *Gibt es eigentlich irgendwo sonst auf der Welt ein vergleichbar systematisch-analytisch so perfektioniertes System von Experten, die praktisch Politik entsprechend beraten oder auch erst konsultieren, prüfen und dann Expertisen entsprechend an die Regierungsspitze weiterleiten?*

Lars Feld: Ich würde sagen: Nein. Aber das ist natürlich subjektiv. Wenn man sowas für sich selbst behauptet, dann sollte man das immer einschränkend betonen. Wir kennen andere Gremien aufgrund der regelmäßigen gemeinsamen Workshops. Zuallererst muss man den amerikanischen Council of Economic Advisers (CEA)⁵⁰ nennen, der bereits im Jahr 1946, also deutlich vor dem Sachverständigenrat, gegründet wurde. Der CEA war ursprünglich unabhängig, ist aber schon früh zu einem Teil der Administration geworden und hat deswegen im Zeitverlauf an Reputation eingebüßt. Er ist bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen unmittelbar eingebunden, hat aber keine Möglichkeiten, Fehlentwicklungen, die ihm auffallen, die aber der Präsident nicht hören will, nach außen zu tragen. Hier zeigt sich das Problem fehlender Unabhängigkeit. Deswegen hat dort eine andere Institution inzwischen eine deutlich höhere Reputation, nämlich das Congressional Budget Office.⁵¹ Es ist unabhängig und berät den Kongress in finanzpolitischen Fragen, aber mit einem sehr engen Mandat, weil es wirklich nur darum geht, wie sich die Politik der Administration auf die Finanzpolitik auswirkt. So kann der Kongress beispielsweise auf die Projektion für die Schuldenentwicklung aufgrund der Steuerreform von Donald Trump⁵² zurückgreifen. Trump hat in seiner Amtszeit übrigens den damaligen

50 Der Council of Economic Advisers ist ein Beratungsorgan zu wirtschaftspolitischen Fragen, das an das Executive Office des Präsidenten der Vereinigten Staaten angegliedert ist.

51 Das Congressional Budget Office ist eine Behörde des Kongresses der Vereinigten Staaten von Amerika.

52 Donald John Trump (*1946), US-amerikanischer Entertainer, Unternehmer und Politiker, 1971 CEO der Trump Organization, 2004 bis 2015 Moderator der Reality-Show The Apprentice und von 2017 bis 2020 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Vorsitzenden des CEA, Kevin Hassett,⁵³ für seinen Wahlkampf in den Midterm Elections instrumentalisiert – undenkbar für den Sachverständigenrat.

Der Sachverständigenrat ist entstanden durch Impulse aus dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Hier lohnt es sich, die Biografie Erich Preisers⁵⁴ zu lesen. Dort wird dokumentiert, wie Preiser als eine treibende Kraft zur Gründung des Sachverständigenrates mit Kollegen interagiert hat. Aus der damals kurzen Tradition der Wissenschaftlichen Beiräte beim Wirtschafts- und Finanzministerium wurde die Idee der Unabhängigkeit übernommen. Allerdings sollte der Sachverständigenrat mehr Ressourcen zur Verfügung haben, um weitergehende Analysen als die Beiräte in ihren Gutachten durchführen zu können.

Der dänische Rat der Wirtschaftsweisen wurde im Jahr 1962, also zur gleichen Zeit wie der Sachverständigenrat gegründet. Er ist etwas anders organisiert, aber ebenfalls weitgehend unabhängig. Es gibt zudem in den Niederlanden mit dem Centraal Planbureau (CPB) eine weitere Institution, die sich daran anlehnt. Der französische Conseil d'analyse économique (CAE) ist hingegen eher wie die deutschen Beiräte beim Bundeswirtschafts- oder Bundesfinanzministerium als große Gruppe von Professoren ohne nennenswerte personelle Unterstützung organisiert. Er ist zudem nicht unabhängig, sondern wird nach Regierungswechseln neu besetzt.

Dann haben wir noch die gesamte Diskussion um unabhängige Fiskalräte, die in den vergangenen Jahren aufgekommen ist und ihren Niederschlag in der Sixpack-Regelung⁵⁵ der Europäischen Union (EU) aus dem Jahr 2011 gefunden hat. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten der EU, solche Fiskalräte einzuführen. Dazu gibt es Vorläufer in Schweden (seit 2007) und in Österreich (mit jetzigem Mandat seit 1997). In Spanien nutzte man diese Gelegenheit, um ein Pendant zum Sachverständigenrat zu schaffen. Der spanische Fiskalrat ist eine Institution, die über die fiskalpolitischen Anforderungen, die die europäische Gesetzgebung verlangt, ein breiteres Mandat zur Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung erhalten hat. Was die Arbeitsweisen jeweils anbetrifft, so habe ich keine Einsicht in die jeweiligen Institutionen. Mir sagen die dänischen Kollegen, die ich kenne, dass das, was man für das kleine Dänemark tun müsse, bei Weitem nicht dieses zeitliche Engagement erfordert wie das, was wir in Deutschland machen. Diejenigen, die in Schweden oder in Österreich in den Fiskalräten tätig waren, sagen auch, dass sie sich nicht so häufig treffen und die Arbeit weniger umfangreich ist.

53 Kevin Allen Hassett (*1962), US-amerikanischer Ökonom, von 2017 bis 2019 Chairman des Council of Economic Advisers in der Trump Administration.

54 Erich Preiser (*1900; †1967), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1946 bis 1953 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und 1956 bis 1967 Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Zu Preiser siehe die Biografie von Detlef J. Blesgen (2000), Erich Preiser. Wirken und wirtschaftspolitische Wirkungen eines deutschen Nationalökonomens (1900–1967), Springer, Berlin et al.

55 „Sixpack“ ist die Bezeichnung für sechs europäische Gesetzgebungsmaßnahmen, die die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes befördern sollen. Das „Sixpack“ trat nach Verhandlungen zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament am 13.12.2011 in Kraft.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

[Das Interview mit Lars Feld pausiert für den Festakt zur Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Hildesheim. Im Anschluss daran haben Studierende die Möglichkeit, Lars Feld für einen Radiobeitrag zu interviewen.]

Studierenden-Interview im Rahmen eines Radio-Interviews

Collin Mock: *Mein Name ist Collin Mock. Ich würde direkt einsteigen und fragen, was man sich als Laie eigentlich unter diesem Begriff „Sachverständigenrat“ vorstellen kann?*

Lars Feld: Einerseits muss man als Laie wissen, dass dieses Gremium im typisch juristischen Sprachgebrauch „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ heißt. Das ist so sperrig, dass die Presse schon gleich zu Beginn des Gremiums im Jahr 1964, als das erste Gutachten rauskam, diese Gruppe als die fünf Wirtschaftsweisen bezeichnet hat, um etwas Kürzeres und Knackigeres als diese komische juristische Bezeichnung zu haben. Was man sich darunter vorstellen kann: Da treffen sich fünf Leute im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden mit einem Mitarbeiterstab von 15 Volkswirtinnen und Volkswirten, ab und an verirrt sich mal ein Betriebswirtschaftler zu uns, einem Generalsekretär, einer Geschäftsstelle und ein paar Statistikern. Alles in allem sind es rund 25 Personen ohne die Räte. Wir schreiben jährlich ein umfangreiches Gutachten. Im Grunde ist das ein Buch von etwa 400 bis 500 Seiten, in dem man eine Zusammenfassung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland bekommt, und andererseits sieht, wie sich diese Volkswirtschaft voraussichtlich entwickeln wird und in welchen Politikbereichen Handlungsbedarf besteht, möglicherweise Fehlentwicklungen auftreten, und welche unterschiedlichen Möglichkeiten man hätte, um in der Wirtschaftspolitik zu reagieren. Das ist insofern eine jährliche Bestandsaufnahme, in der man die Bundesregierung darüber informiert, was ansteht.

Collin Mock: *Wie lautet Ihre Prognose zur Zukunft der Wirtschaftsunion?*

Lars Feld: Weiterhin verhalten positiv, so wie man ja als Ökonom immer zweiarmig ist. Wenn Sie einen Ökonomen um Rat fragen, wird er immer „einerseits und andererseits“ sagen. Das gilt hier natürlich auch, aber im Grunde sehe ich aktuell keine Alternative zur Währungsunion in Europa. Die Diskussion, die wir im Jahr 2018 mit Italien hatten, führte am Ende dazu, dass die Italiener einsahen, dass es sich lohnt, in der Währungsunion zu bleiben, oder umgekehrt, dass es viel zu teuer wäre auszutreten. Man ist ein Stück weit zusammengebunden und es müsste schon ein starker politischer Wille vorhanden sein, die hohen wirtschaftlichen Kosten bei einem Austritt tragen zu wollen. Das bedeutet zudem, dass die Währungsunion alleine deswegen schon die Aussicht hat, relativ lange zu bestehen, und dass es unterwegs darauf ankommt, die richtigen Weichenstellungen zu

treffen, die Rahmenbedingungen richtig zu setzen, damit die Währungsunion auch gut läuft.

Collin Mock: *Wie stehen Sie zu einer Spaltung der Eurozone in einen Nord- und einen Südeuro?*

Lars Feld: Ich halte davon überhaupt nichts. Meines Erachtens ist das ausgesprochen kostenträchtig und zwar für alle Beteiligten – im Norden wie im Süden. Man muss sich das so vorstellen: Der Übergang vom heutigen Zustand in eine Situation mit Nord- und Südeuro verursacht enorm hohe Kosten. Leider wird das häufig von denjenigen, die so unterschiedliche Regimes gegeneinander abwägen, völlig vernachlässigt. Das ist aber sehr wichtig, denn in diesem Übergang entstehen wegen der hohen Kosten und den deswegen getroffenen Entscheidungen, nochmal neue Ergebnisse und dadurch Pfadabhängigkeiten in der Entwicklung. Um das noch ein bisschen zu veranschaulichen: Wir haben heute im Euroraum eine Vielzahl von bereits abgeschlossenen Verträgen in der Wirtschaft. Meistens sind es keine Spot-Verträge, das heißt, man erhält nicht unmittelbar dann, wenn man an der Kasse bezahlt, im Gegenzug die Ware oder die Leistung. Der Großteil der abgeschlossenen Verträge ist innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu erfüllen, sowohl die Zahlungs- als auch die Leistungsverpflichtung. Wenn man zu einem bestimmten Tag umstellen wollte, würde eine Vielzahl dieser Verträge auf die neuen Währungskonditionen umgestellt werden müssen. Das ist äußerst schwierig, weil dann neue Währungen bestehen und die Währungsrelationen zueinander nicht bekannt sind. Das bedeutet für diejenigen, die von diesen Verträgen abhängig sind, dass ihre gesamte wirtschaftliche Situation in die Schwebelagerung gerät. Das heißt: Die europäische Wirtschaft kommt zu einem Stillstand, wie wir ihn zuletzt im Herbst 2008 erlebten. Ich möchte das nicht nochmal miterleben müssen.

Collin Mock: *Sie hatten bereits einen möglichen Euro-Ausstieg Italiens angesprochen. Vor kurzem sagten Sie bei einem Vortrag beim diesjährigen Swiss Economic Forum, Italiens Problem sei Italien. Was genau meinten Sie damit?*

Lars Feld: Einerseits ist das eine Andeutung der italienischen Diskussion. Die beiden populistischen Parteien, die dort im Jahr 2018 an der Regierung waren, die Lega und die Fünf Sterne, hatten im Wahlkampf und danach immer wieder betont, dass die Probleme Italiens außerhalb liegen, also in Deutschland, in Frankreich in der Europäischen Union. Italien müsse eigentlich nichts machen, als weiter Geld auszugeben. Das ist die Position dieser beiden Parteien bis heute – so scheint es zumindest.

Dahingehend ist meine Bemerkung zu deuten. Sie soll heißen: Die eigentlichen Probleme liegen im Inland selber. Italien hat eine viel zu hohe Staatsverschuldung. Italien hat wegen einer hohen Regulierungsdichte und einem relativ stark ausgedehnten öffentlichen Sektor verkrustete Arbeits- und Produktmärkte. Italien muss in stärkerem Maße liberalisieren, als das bisher getan wurde. Dann besteht für die italienischen Unternehmen die Möglichkeit, so zu florieren, wie sie es früher einmal taten. Das Problem ist nicht, dass man in der alten Perzeption, die man so gerne anwendet, ein Italien hätte, das funktioniert, und ein Italien, das nicht funktioniert – so nach dem Motto, im Süden sei alles

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

schlecht und im Norden alles prima. Vielmehr frisst sich die gesamte Problematik, die wir seit Jahrzehnten im Süden Italiens sehen, zunehmend in den Norden Italiens hinein. Die Lombardei hat eine wesentlich schlechtere Wirtschaftsentwicklung, als sie es jemals gehabt hat. Das zeigt doch sehr schön, dass grundlegende Weichenstellungen notwendig sind, damit Italien nach vorne kommt.

Collin Mock: *Seit mehreren Jahren wird immer wieder von einer europäischen Solidaritätskrise gesprochen. Wie schätzen Sie die aktuelle europäische Solidarität ein?*

Lars Feld: Tja. Das ist eine schwierige Frage. Für mich stellt sich zunächst die Frage, was Solidarität zwischen Staaten überhaupt bedeutet. Es sind souveräne Staaten, die ihre eigene Politik betreiben. Solidarität heißt in diesem Fall, dass man sich in besonders schwierigen Situationen beisteht. Das bedeutet aber nicht, dass wir, so wie wir das in der Bundesrepublik kennen, wo wir mit den Ländern regionale Gebietskörperschaften haben, untereinander zu weitreichenden Transfersystemen bereit wären. Dazu muss schon einen deutlich größeren Zusammenhalt her. Zur Veranschaulichung: Unter den klassischen Bundesstaaten wie den USA, Kanada und der Schweiz besteht schon eine wesentlich geringer ausgeprägte Bereitschaft zum Ausgleich in weitreichenden Transfersystemen als in Deutschland. Solche Transfersysteme sind zwischen souveränen Staaten noch viel schwieriger. In der Europäischen Union sind wir nicht einfach nur völkerrechtlich verbunden, weil das europäische Recht inhaltlich deutlich über das Völkerrecht hinausgeht. Dementsprechend gibt es ein Transfersystem über den EU-Haushalt. Hauptsächlich sind es Transfers, die in der Landwirtschaft und mit den Strukturfonds gezahlt werden. Ich würde sagen: 80% des EU-Haushalts besteht aus Transferzahlungen.

Dann ist die Frage, was man zusätzlich zu tun bereit ist, oder besser: für was zusätzliche Solidarität benötigt wird. Da stehen andere Fragen an. Vielleicht müsste man sich darum kümmern, was denn eigentlich die öffentlichen Güter sind, die wir in Europa besser bereitstellen können als auf der nationalen Ebene. Wenn man das europäisch macht, dann treten ja automatisch bestimmte Verteilungseffekte auf. Wenn wir jetzt beispielsweise sagen, was ich unterstützen würde, dass wir im Bereich Landesverteidigung, öffentliche Sicherheit, Schutz der Außengrenzen bis hin zu Fragen eines europäischen Asylrechts mehr Europäische Union benötigen, dann kann das sehr wohl heißen, dass man zum Schutz der Außengrenzen eben Mittel in die Länder gibt, die diesen Schutz der Außengrenzen gewährleisten sollen. Das soll nicht heißen, dass wir der griechischen Regierung mehr Geld geben, damit sie ihre Grenzpolizei besser ausstattet, sondern dass mit dem Ausbau von Frontex Einrichtungen in diesen Ländern geschaffen werden, die zum Schutz der Außengrenze aufgerufen sind. Das hat wirtschaftliche Ausstrahlungseffekte vor Ort. Wenn Sie den Vergleich haben wollen zu Deutschland oder der Schweiz: In Deutschland wird oft darauf hingewiesen, dass manche Bundesländer eine größere Ausstattung mit Einrichtungen des Bundes haben, von denen positive Effekte ausgehen. Denken Sie beispielsweise an die Bundesgerichte in Karlsruhe oder an die Kasernen, die irgendwo vor Ort existieren. Auch in der Schweiz kann man sagen, dass sich die militärischen Einrichtungen im Sinne eines Finanzausgleichs zwischen den Kantonen eher in den dünner besiedelten Bergregionen befinden und nicht in Zürich-Stadt. Das ist naheliegend, aber letztlich ist darin auch ein Verteilungseffekt inkludiert.

Die Frage nach der Solidarität in Europa rückt die Verteilungsfragen in den Vordergrund, wo meines Erachtens eher die Frage nach europäischen öffentlichen Gütern im Vordergrund stehen müsste. Wenn man diese Frage beantwortet, hat man in der zweiten Runde günstigere Verteilungseffekte.

Collin Mock: *Immer wieder wird von einer Schuldenbremse gesprochen, aber was genau versteht man eigentlich darunter?*

Lars Feld: Wir haben in Deutschland eine Schuldenbremse, die in Artikel 109 und Artikel 115 des Grundgesetzes festgelegt ist. Ich war damals bei den Beratungen zur Schuldenbremse dabei und kenne die Schuldenbremse sehr gut. Sie ist an die Schweizer Schuldenbremse angelehnt. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass Verschuldung eingeschränkt wird, sodass in der konjunkturellen Normalsituation der Haushalt ausgeglichen ist und sich dadurch die Schuldenquote nach unten korrigieren lässt. Wir stellen im Zeitablauf fest, dass sich die öffentlichen Schulden in allen OECD-Ländern im Trend massiv nach oben entwickelt haben und gerade erst in der jüngeren Zeit in manchen dieser OECD-Länder konsolidiert wurde, aber bei Weitem nicht in allen.

Die Krise der Währungsunion, manche sagen Eurokrise, manche sagen Schuldenkrise im Euro-Raum, ist zum Teil auf die Finanz- und Bankenkrise zurückzuführen, sie ist aber zum Teil auch wegen der Überschuldung der öffentlichen Hand in manchen Ländern entstanden. Es gibt also sozusagen eine Janusköpfigkeit dieser Krise, die man herausstellen sollte. Ausgangspunkt war zwar der Finanzmarkt in den USA, sodass zunächst die Banken überall getroffen wurden, interessanterweise sogar in den Ländern stärker, die danach in der Schuldenkrise im Euro-Raum weniger Probleme hatten. Die deutschen und die französischen Banken waren stärker von den Problemen in Amerika betroffen als die italienischen oder spanischen Banken. Allerdings hat sich in Irland und in Spanien herausgestellt, dass die Probleme ähnlich lagen wie in den USA, nämlich in einer übermäßigen privaten Verschuldung im Immobiliensektor, die nicht gedeckt war durch entsprechende Vermögensbestände. Dann gab es Korrekturen, die im Inland notwendig waren. Damit das Bankensystem nicht vollständig zusammenbricht und man sozusagen die zweite Bankenkrise nach der großen vorherigen aus den USA bekommt, haben diese Staaten dann zu einem gewissen Teil die Schulden der Banken übernommen.

In Portugal, Griechenland und Italien ist es vor allen Dingen die Verschuldung der öffentlichen Hand, welche die Probleme verursachte. Weil die Banken Staatsanleihen halten und plötzlich klar wurde, dass diese Staatsanleihen weniger wert sind und deswegen viel zu wenig Eigenkapital vorhanden ist, wurden die Banken dort negativ von einer Staatsschuldenkrise getroffen. Das Problem ging jedoch von der Staatsverschuldung aus.

Collin Mock: *Muss sich Deutschland in naher Zukunft auf eine Wirtschaftskrise einstellen?*

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Lars Feld: Zweifellos. Es gibt einen Song von Blood, Sweat & Tears, in dem es heißt „What goes up must come down“.⁵⁶ So ist es. Dass eine Rezession wiederum stattfinden wird, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Es gibt Volkswirtschaften wie Australien, die sehr lange Aufschwungsphasen haben. Dies ist aber die Ausnahme. Typischerweise dauern Aufschwungsphasen nicht so lange, wie wir sie gerade in Australien beobachten. Meistens tritt die nächste Rezession schneller ein. Das heißt aber nicht, dass die nächste Rezession wiederum den Schweregrad der Jahre 2007 bis 2009 erreichen muss. Diese Wirtschaftskrise war die schwerste seit 1929. Man kann also sagen, dass es im Grunde eine Jahrhundertkrise gewesen ist.

Collin Mock: *Dann zur letzten Frage: Sie sprechen sich offen gegen einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Würden Sie für weniger als 8,84€ pro Stunde arbeiten gehen?*

Lars Feld: Nein. Deswegen bin ich ja zur Schule gegangen, habe anständig gelernt und viel Zeit für meine Ausbildung in Anspruch genommen. Ich habe durchaus schon während meiner Studienzeit in geringfügigen Beschäftigungen für weniger gearbeitet – als Schüler am Bau, dann in der Klinik als Pflegehelfer in einer schwierigen Tätigkeit, und zwischendurch, als ich der Situation in der Klinik überdrüssig war, habe ich gedacht, ich gehe auch mal in ein Stahlwerk und arbeite dort ein bisschen. Es ist also nicht so, dass ich das alles nicht kennen würde.

Das Problem ist aber ein anderes, das man mit dem Mindestlohn anspricht, und das hat nichts mit mir persönlich zu tun. Durch Tarifabschlüsse in den 1970er und 1980er Jahren mit der damals hohen Tarifbindung, die später auf Ostdeutschland übertragen wurde, entstanden implizite Mindestlöhne, durch die geringqualifizierte Arbeit aus dem Arbeitsprozess zunehmend hinausgedrängt wurde. Das hat von Abschwung zu Abschwung zu einer immer höheren Arbeitslosigkeit geführt. Es war vor allen Dingen eine falsche Lohnpolitik, die dazu geführt hat. Das ist der Hintergrund, vor dem der Mindestlohn einzuschätzen ist. Wenn der Mindestlohn im Zuge der jetzigen strukturellen Wandlungen – und dazu gehört auch die Demografie – nicht zu einer höheren Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter führt, dann ist das wunderbar. Dazu müssen die Geringqualifizierten die Produktivität erwirtschaften können, die der Mindestlohn erfordert. Wenn das nicht der Fall ist und die Digitalisierung gerade bei den Geringqualifizierten wieder zuschlägt, dann werden wir wieder neue strukturelle Arbeitslosigkeit bekommen. Das sollten wir vermeiden.

Collin Mock: *Dann bedanke ich mich, dass Sie sich die Zeit für das Radiointerview genommen haben.*

56 Die Textzeile „What goes up must come down“ findet sich im Song „Spinning wheel“ der Band Blood, Sweat & Tears auf dem gleichnamigen Album. Es wurde 1968 aufgenommen. Die Single-Auskopplung führte mehrere Wochen die „Billboard Hot 100“ und US R&B Chart-Liste an.

[Fortsetzung des Interviews in der Expertenrunde]

Michael Gehler: *Wir setzen das Expertengespräch mit Lars Feld fort. Er wollte uns noch, ergänzend zu dieser sehr umfassenden Arbeit im Sachverständigenrat, die Nachbereitung darstellen, die auch sehr intensiv ist.*

Lars Feld: Der Sachverständigenrat hat die Aufgabe, die Bundesregierung zu beraten, zudem aber in die Öffentlichkeit zu wirken. Das bedeutet einerseits eine umfangreiche Pressearbeit – über das ganze Jahr verteilt – dann besonders intensiv, wenn irgendetwas Schwieriges oder Besonderes ansteht. Das bedeutet außerdem, dass die Inhalte des Jahresgutachtens unmittelbar nach der Übergabe im November durch eine intensive Vortragstätigkeit verbreitet werden – und zwar in der ganzen Bandbreite, von Vorträgen in Schulen, Fachhochschulen und Universitäten über kommerzielle Vorträge, Auftritte bei Verbänden, bei politischen Stiftungen, bei Parteien sowie in einer Anhörung im Deutschen Bundestag. Der Sachverständigenrat stellt das Jahresgutachten auch international vor. Dazu gehört eine Reise in die USA mit Vorträgen beim Internationalen Währungsfonds (IWF), Gesprächen im Treasury und beim *Council of Economic Advisers* sowie an ausgewählten Universitäten in Princeton oder in Harvard. Das Gutachten wird bei der OECD in Paris, bei der Kommission in Brüssel und am Londoner Finanzmarkt vorgestellt. Manchmal ist diese intensive Vortragsphase noch von Sitzungen unterbrochen, weil es ja noch andere Aktivitäten des Sachverständigenrates gibt. Ich vertrat den Rat beispielsweise in der deutschen Konstruktion eines Fiskalrats.

Michael Gehler: *Muss man auch mit Kritik rechnen, mit Einwänden oder Vorwürfen? Was sind Ihre prägendsten Erinnerungen oder Erlebnisse hinsichtlich der Reaktionen auf verschiedene Inhalte dieses umfassenden Berichtes?*

Lars Feld: Ich bin im Jahr 2011 in den Sachverständigenrat gekommen und war als erstes an einer Expertise zur demografischen Entwicklung beteiligt. Da hielt sich die Reaktion noch im Rahmen. Im darauffolgenden Herbst – die Schuldenkrise im Euroraum wurde immer bedrohlicher – haben wir im Jahresgutachten verdeutlicht, dass im Grunde nur zwei realistische Lösungen für die Währungsunion auf dem Tisch liegen: Entweder stabilisiert die Europäische Zentralbank die Währungsunion – mit allen damit verbundenen schwierigen Fragen – oder aber eine fiskalpolitische Lösung kommt zustande. Eine solche Lösung haben wir mit dem sogenannten Schulden Tilgungspakt skizziert, der in einem gewissen Ausmaß die Vergemeinschaftung von Schulden bedeutet und im Gegenzug relativ scharfe Auflagen für Strukturreformen und fiskalpolitische Konsolidierung in den Mitgliedstaaten verlangt hätte.

In Südeuropa sind wir für den Teil der Vergemeinschaftung gefeiert worden. Ich habe bei einem Vortrag in der Deutschen Botschaft in Rom verdeutlicht, dass dazu auch der Pakt-Teil gehört, dass Italien seine Gold- und Währungsreserven als Sicherheiten hinterlegen müsste, wegen der hohen Verschuldung diese Reserven nicht einmal ausreichen würden, sodass zusätzlich noch mit Immobilienvermögen besicherte Anleihen hinterlegt werden müssten. Zugleich hätte Italien ein Anpassungsprogramm unterschreiben müssen, so wie wir es in Griechenland in schärferer Form gesehen hatten. Da war der Aufschrei

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

in Rom groß – gleichzeitig war in Deutschland der Aufschrei wegen der teilweisen Vergemeinschaftung der Schulden groß. Die Kritik aus den Reihen der Profession war ebenfalls erstaunlich hart. Die weiteren Reaktionen der Politik auf unseren Vorschlag lösten eine Erkenntnis aus: Man sollte nicht einfach mit einem Vorschlag rauskommen, der so viel an politischem Kapital erfordert, der so asymmetrisch günstig für die Opposition ist, dass eine Regierung kaum eine Chance hat, einen solchen Vorschlag umzusetzen, ohne diesen Vorschlag in Gesprächen mit der Arbeitsebene in Ministerien vorbereitet zu haben.

Das war ein erstes prägendes Erlebnis. Das nächste war das Jahresgutachten nach der Wahl 2013, das den bezeichnenden Titel „Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik“ hatte. Wir warnten davor, auf dem Pfad der Reformen wieder zurückzukehren – also die Reformen der Regierung von Gerhard Schröder⁵⁷ allmählich abzuwickeln. Dazu gehörten und gehören einerseits der Mindestlohn, dazu gehören einige rentenpolitische Maßnahmen und manches mehr, mit dem die Bundesregierung aus dem Arsenal einmal fehlgeschlagener wirtschaftspolitischer Maßnahmen schöpft. Das setzt sich im Koalitionsvertrag von 2018 und im aktuellen Koalitionsvertrag fort. Mit Dingen wie der Grundsteuer C griff man sogar in die Mottenkiste der sechziger Jahre hinein. Das hatte damals schon nicht funktioniert und funktioniert fünfzig Jahre später immer noch nicht – als wenn man nichts dazu gelernt hätte hierzulande.

Diese Entwicklung haben wir im Jahr 2013 bereits relativ scharf kritisiert und sind im Gegenzug auch scharf von den Gewerkschaften und von der Bundesregierung angegangen worden. Ich kann jetzt nicht genau sagen, wie scharf, weil das unter die Vertraulichkeit fällt, aber es war sehr scharf. Ich kann mich gut erinnern, dass eine damalige Generalsekretärin der SPD gefordert hat, den Sachverständigenrat einfach abzuschaffen, weil die Gutachten nicht mehr auf dem aktuellen Stand der Wissenschaft seien. Das freute mich besonders, weil diese Dame einen Tag nach der Übergabe des Jahresgutachtens die 400 Seiten des Gutachtens sicherlich noch nicht gelesen, geschweige denn verstanden hatte. Dass sie als Chemikerin den aktuellen Stand der ökonomischen Wissenschaft gekannt haben könnte, bezweifele ich sehr. Ich sage das in dieser Schärfe, weil das meines Erachtens eine unangebrachte Kritik ist.

Neben diesen beiden Episoden gibt es natürlich Kritik, die unabhängig von der politischen Ausrichtung ist. Wenn Sie Kritik an einem Vorschlag üben, an dem eine Partei besonderen Gefallen hat, der sozusagen für sie wichtig ist – aus welchen Gründen auch immer – werden Sie dafür scharf kritisiert. Der Sachverständigenrat hat im Gegensatz zu einer parteipolitischen Organisation als unabhängige Institution eben nicht die Unterstützung, die er zuweilen bräuchte. Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen. Das ist genau richtig so und das muss man aushalten können. Man darf dann aber auch in aller Unabhängigkeit hart dagegenhalten.

Michael Gehler: *Sie haben gerade erwähnt, dass Sie diese Ergebnisse auch außerhalb Deutschlands vorstellen und zur Diskussion stellen. Wir haben gerade ein Seminar über*

57 Gerhard Fritz Kurt Schröder (*1944), deutscher Jurist und Politiker, 1990 bis 1998 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1998 bis 2005 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1999 bis 2004 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Großreiche und Imperien der Weltgeschichte. Da wird diskutiert, dass nach der Deutschen Einigung, Deutschland ein ganz anderer Faktor geworden ist in der Europäischen Union – keine Frage. Man spricht von einer halben hegemonialen Stellung. Manche fordern, Deutschland müsse noch mehr Führung übernehmen, gemessen an seinem Potenzial. Manche sagen hingegen, es ginge schon in Richtung Bevormundung. Wie haben Sie das erlebt? Wie gehen Sie um mit Blick auf deutsche Schulmeisteri? Das ist ja keine einfache Situation mit Regierungen umzugehen, die mit einer scharfen Opposition konfrontiert sind – Stichwort Populismus, Stichwort Nationalismus. Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendein deutscher Regierungschef so brutal und kritisch empfangen worden ist wie Angela Merkel⁵⁸ in Griechenland oder Wolfgang Schäuble mit Hakenkreuzflaggen. Das ist eine neue Dimension, die wir erlebt haben im Zuge dieser sogenannten Euro-, Banken- bzw. Staatsverschuldungskrise. Wie erleben Sie das mit Blick auch auf Experten und Wirtschaftsfachleute aus diesen Ländern, mit denen Sie dann ja wahrscheinlich mehr zu tun haben? Wird das so wahrgenommen, dass Deutschland einfach schon zu stark geworden ist in dieser Europäischen Union oder ist es am Ende zu schwach und tut zu wenig, dieses Dilemma aufzulösen?

Lars Feld: Das ist eine vielschichtige Frage. Einerseits ist da die Sache mit dem „zurückhaltenden Hegemon“, wie es der *Economist* vor ein paar Jahren geschrieben hat. Das hat in der Diskussion Spuren hinterlassen. Ich finde es richtig, dass Deutschland nicht von sich aus eine solche Stellung anstrebt, sondern froh sein sollte, wieder etwas in den Hintergrund treten zu können. Das hat verschiedene Gründe und nicht nur mit unserer Geschichte zu tun.

Man muss sich nämlich überlegen, wie sich die Europäische Union weiterentwickeln soll, wie lange dieser Zustand zwischen Staatenbund und Bundesstaat, der Staatenverbund, wie ihn das Bundesverfassungsgericht bezeichnet, anhält. Wenn sich die Europäische Union irgendwann in Richtung eines Bundesstaates entwickeln sollte, dann ist es innerhalb eines solchen Bundesstaates sehr wichtig, dass keiner der Gliedstaaten eine Hegemonialstellung übernimmt. Das gilt selbst für die USA trotz aller Asymmetrien. Vergleicht man Rhode Island mit Kalifornien, so erkennt man eine große Asymmetrie, trotzdem ist Kalifornien nicht der eine dominierende Bundesstaat. Das gilt genauso in der Schweiz: Es sind nicht Zürich oder Bern, die dominieren, sondern es gibt sehr unterschiedliche Einflussmöglichkeiten für die kleineren und wirtschaftlich schwächeren Kantone. Es besteht ein besonderes Gleichgewicht der Kräfte in einem Bundesstaat und dieses ist wichtig, um die Bundesstaatenstruktur durchzuhalten. Wenn wir uns in der Europäischen Union also in diese Richtung entwickeln, wäre es falsch, wenn unterwegs ein Staat eine Hegemonialstellung erwirkt. Das sollten wir unbedingt vermeiden. Das ist der erste Teil der Antwort.

58 Angela Dorothea Merkel (*1954), deutsche Politikerin, 1991 bis 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994 bis 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998 bis 2000 Generalsekretärin und 2000 bis 2018 Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sowie von 2005 bis 2021 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Zum zweiten Teil der Antwort: Ich habe sehr unterschiedliche Dinge in diesen Zusammenhängen erlebt. Ich bin auf Titelblättern griechischer Tageszeitungen selbst abgebildet gewesen, wo Frau Merkel mit dem Hakenkreuz zu sehen war und ich als Berater im Hintergrund stand. Das stimmte ja so gar nicht. Der unmittelbare Wirtschaftsberater von Frau Merkel war Lars-Hendrik Röller.⁵⁹ Er leitete die Abteilung Wirtschaft. Ich bin unabhängiger Berater, was eine völlig andere Sache ist, aber das ist so überhaupt nicht wahrgenommen worden. Umgekehrt habe ich dann aber in Griechenland erlebt, dass ich im Zusammenhang mit Vorträgen in der Diskussion von der offiziellen Politik angesprochen wurde. Da ging es um ganz sachliche Fragen, welche Notwendigkeiten ich zum Beispiel sehen würde. Ich bin von Kollegen immer wieder ermuntert worden, sowohl im italienischen als auch im griechischen Fall Stellung zu beziehen.

Das ist also sehr vielschichtig. Man muss es ertragen können, dass man auf eine teils unverschämte Weise durch den Dreck gezogen wird. Das passiert einfach. Da kommt man nicht dran vorbei. Das bleibt je nach Persönlichkeitsstruktur auch nicht in den Kleidern hängen. Ein bisschen was kommt an einen ran. Aber in der Regel funktioniert es ganz gut, wenn man mit Humor und Sarkasmus damit umgeht. Ich sehe keinen Grund zurückzuweichen, wenn die Argumente richtig sind. Das hatten wir zuletzt in der italienischen Diskussion. Da war die erste Beleidigung noch Krautfresser, am Schluss war ich ein Nazi. Das ging ganz schnell. Auf Twitter geht eine solche Entwicklung in Sekundenschnelle.

Sanne Ziethen: *Diese Frage zielt auf die Ursprünge des Sachverständigenrats ab. Das Gremium wurde 1963 per Gesetz geschlossen und geht vor allen Dingen auf das Betreiben von Ludwig Erhard zurück. Sie hatten vorhin angedeutet, dass es noch weitere Ursprungsväter gibt. Ziel ist eine Versachlichung der wirtschaftlichen Debatten und der Wirtschaftspolitik. Hat sich an dieser Konzeption etwas verändert?*

Lars Feld: Nein, das ist im Grundsatz so geblieben. Zur Historie: Erhard war es wichtig, ein solches Gremium zu haben. Ich habe ja eingangs, als Sie mich nach Walter Eucken gefragt haben, gesagt, dass aus dem Widerstand herauskommend eine Gruppe von Ökonomen bedauerte, in der Weimarer Republik nicht rechtzeitig und klar zu den wirtschaftspolitischen Themen Stellung zu beziehen, um die Situation zum Besseren zu wenden. Das wollte man nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg anders handhaben. Die Gründung des Wissenschaftlichen Beirates zunächst bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und später beim Bundeswirtschaftsministerium war ein Schritt in diese Richtung, von Ludwig Erhard getroffen in Abstimmung mit Professoren, die zuvor schon in der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath zusammentrafen. Das war der Vorläufer des Wissenschaftlichen Beirates. Erhard war es sehr wichtig, dabei Unabhängigkeit sicherzustellen. Er hat später in dem Statut, das den Beirat bis heute trägt, dafür gesorgt, dass die Unabhängigkeit des Beirates vollständig bleibt. In der weiteren Diskussion, die Erhard mit den Kollegen hatte, entstand dann die Idee, einen Sachver-

59 Lars-Hendrik Röller (*1958), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 2011 bis 2021 Leiter der Wirtschafts- und Finanzabteilung im Bundeskanzleramt.

ständigerrat zu gründen. Insofern war Ludwig Erhard eine Person, welche die Gründung des Sachverständigenrates intensiv betrieben hat, aber eben in Interaktion mit anderen. Es gab immer wieder Vorschläge für einen Sachverständigenrat aus dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft. Erich Preiser, Wilhelm Kromphardt⁶⁰ Heinz Sauermann⁶¹ und Karl Schiller⁶² waren dabei wichtige Personen. Unterschiedliche Entwürfe, wie ein solcher Sachverständigenrat aussehen könnte, wurden an Erhard herangetragen. Erhard wiederum hat mehrmals versucht, ein entsprechendes Gesetz im Kabinett oder in der Fraktion zu diskutieren, bis irgendwann tatsächlich das Sachverständigenratsgesetz zustande kam. Dabei hat auch Hans Tietmeyer⁶³ eine gewisse Rolle gespielt, wenn auch nicht so prominent wie bei späteren Gesetzgebungen. Die Gründung des Sachverständigenrates mit zu betreuen, war eine seiner ersten Aufgaben im Bundeswirtschaftsministerium.

Die Grundkonzeption ist jedenfalls gleichgeblieben und die Janusköpfigkeit, die man dabei hat, nämlich einerseits die Bundesregierung zu beraten und andererseits in die Öffentlichkeit zu wirken, ist zugleich schwierig. Es ist eine Gratwanderung. Meine Bemerkungen zum Schuldentilgungspakt lassen sich dahingehend reflektieren, wie schwierig diese Vorgaben des Gesetzes sind. Wenn der Sachverständigenrat eine Lösung für ein wirtschaftspolitisches Problem entwickelt, zwei Wochen bevor das Jahresgutachten erscheinen muss, und es schon enorm schwierig ist, den Vorschlag so auszuformulieren, dass er inhaltlich Bestand hat, konsistent und durchkalkuliert ist, dann ist die Zeit sehr knapp, um diese Lösung der Bundesregierung vorzustellen. Zudem muss der Vorschlag von Gesetzes wegen am Tag der Veröffentlichung des Jahresgutachtens veröffentlicht werden. Das macht es zusätzlich schwierig.

Dinh Chien Do: *Der Sachverständigenrat darf sein Gutachten ja zur Diskussion stellen, aber eben keinen Lösungsweg empfehlen und es gibt eben diese Kritik, dass das Gremium diese Vorgabe missachten würde. Der ehemalige Wirtschaftsweise Hans-Jürgen Krupp⁶⁴*

60 Wilhelm Kromphardt (*1897; †1977), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1949 bis 1956 Professor an der Georg-August-Universität Göttingen und von 1956 bis 1965 Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

61 Heinz Sauermann (*1905; †1981), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1946 bis 1972 Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, Mitbegründer der experimentellen Wirtschaftsforschung in Deutschland.

62 Karl Schiller (*1911; †1994), deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Politiker (SPD). Er war von 1966-1972 Bundesminister für Wirtschaft und ab 1971 zusätzlich Bundesminister der Finanzen.

63 Hans Tietmeyer (*1931; †2016), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1982 bis 1989 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, 1990 Verhandlungsleiter der westdeutschen Delegation für die Deutsch-Deutsche Währungsunion bei den Verhandlungen zur Wiedervereinigung und 1993 bis 1999 Präsident der Deutschen Bundesbank.

64 Hans-Jürgen Krupp (*1933), deutscher Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, 1969 bis 1979 Professor für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 1975 bis 1979 Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 1979 bis 1988 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 1982 bis 1984 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

hat im Handelsblatt davon gesprochen, dass diese unabhängige Wirtschaftswissenschaft eine Fiktion sei und der Rat vom Deckmantel der Neutralität befreit werden sollte, um so in ein unmittelbares Beratungsgremium umgewandelt zu werden. Wie positionieren Sie sich bei dieser Forderung?

Lars Feld: Immer sehr kritisch. Diese Vorwürfe existieren schon lange. Im Grunde ist der Punkt schon früh aufgekommen. Ich kann nur empfehlen, einen Beitrag von Olaf Sievert dazu zu lesen, den er – als gerade aus dem Sachverständigenrat ausgeschiedener Generalsekretär auf seiner ersten Professur angekommen – für einen Vortrag im theoretischen Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik verfasste. Wir werden im kommenden Jahr eine Auswahl der Schriften Sieverts veröffentlichen. Darin ist der Beitrag enthalten. Er macht klar, dass dieses Empfehlungsverbot zwar formal eingehalten werden kann, dass es aber, wenn der Sachverständigenrat unterschiedliche Alternativen für bestimmte wirtschaftspolitische Probleme aufzeigt, immer deutlich werden wird, was aus seiner Sicht die bevorzugte Alternative ist. Genau so hat der Sachverständigenrat das auch immer gehandhabt.

Ich will nicht wetten und lobe auch keinen Preis aus, aber die Jahresgutachten stehen alle im Netz und können daraufhin untersucht werden, ob das Wort „Empfehlung“ irgendwo auftaucht. Die Empfehlung vermeidet der Rat, aber natürlich unterbreitet er Vorschläge.

Die Konsequenz, die Herr Krupp daraus zieht, ist aber der völlig falsche Weg. Dann landen wir am Ende bei dem Ansatz, den die USA mit ihrem Council of Economic Advisers verfolgen. Dort ist die Politikberatung dazu verdammt, zu den wirklich kritischen Fragen für eine Regierung keine Stellung beziehen zu dürfen. Das Sachverständigenratsgesetz ist hingegen darauf ausgelegt, eher in Opposition zu einer Regierung zu kommen, denn es sollen ja Fehlentwicklungen aufgezeigt werden. Das steht so im Gesetz. Dort steht nicht, der Sachverständigenrat solle Beifall klatschen, wenn die Bundesregierung richtige Entscheidungen trifft. Fehlentwicklungen beginnen mit falschen Entscheidungen. Eine Fehlentwicklung liegt nicht erst vor, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und eine Wirtschaftskrise droht, sondern wesentlich früher. Der Sachverständigenrat muss das Pro und Contra wirtschafts- und finanzpolitischer Entscheidungen abwägen und dann kritisieren, wenn er etwas für falsch hält.

Hans-Jürgen Krupp hat seine Bemerkung ja im Zusammenhang mit der Kritik des Rates am Mindestlohn gemacht, als seine Partei unglücklich über unsere Stellungnahme zum Mindestlohn war. Ähnliche Vorschläge wie Krupp macht übrigens Bert Rürup.⁶⁵ Er hat aber erst damit begonnen, die Unabhängigkeit des Sachverständigenrates offen in Frage zu stellen als er ausgeschieden war. Das ist dann eine besondere Nuance.

der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und 1987 bis 1993 Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin, von 1993 bis 2001 Präsident der Landeszentralbank Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

65 Hans-Adalbert „Bert“ Rürup (*1943), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1976 bis 2009 Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Darmstadt und 2000 bis 2005 Mitglied sowie 2005 bis 2009 Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Collin Mock: *Sie sind neben dem Sachverständigenrat auch Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat im Bundesministerium der Finanzen. Erfolgt hier das, was Hans-Jürgen Krupp im Falle des Sachverständigenrats kritisiert?*

Lars Feld: Ich bin nicht so sicher, wie Sie die Frage meinen. Wir haben im Wissenschaftlichen Beirat im Bundesfinanzministerium eine wesentlich größere Gruppe von Professoren – rund 25 Personen – dabei nicht nur Ökonomen*innen, sondern auch Jurist*innen und betriebswirtschaftliche Steuerlehrer*innen. Dadurch hat man eine breit abgestützte Meinungsvielfalt aus der Ökonomenzunft. Wenn Sie sich die Gutachten anschauen, dann sind diese zwar abgewogen und ausgewogen formuliert. Man schleift Vorschläge in der Regel etwas ab, wenn man in der Diskussion feststellt, dass es schwierig wäre, eine scharfe Formulierung durch den Beirat zu bringen. Die Anzahl der Minderheitsvoten ist aber sehr gering. Die Kritik an bestimmten Vorschlägen, die in der Finanzpolitik auf den Tisch kommen, ist gleichwohl deutlich. Da kann man dann wie Herr Krupp sagen, das sei alles gefärbt und die 25 Professoren würden alle in die falsche Richtung gehen. Wenn man aber der Einzige ist, der in die falsche Richtung fährt, dann ist man vielleicht selbst der Geisterfahrer.

Anil Özgün: *Von 2013 bis 2021 waren Sie ebenfalls Mitglied des unabhängigen Beirats des Deutschen Stabilitätsrats. Können Sie die Aufgaben und die Herausforderungen dieser Arbeit kurz beschreiben?*

Lars Feld: Das Gremium besteht erst seit dem Jahr 2013. Ich vertrat qua Amt den Sachverständigenrat. Man schuf damit ein Gremium als besonderes Konstrukt zur Erfüllung der Sixpack-Gesetzgebung auf europäischer Ebene. Der Sixpack verlangt, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion unabhängige Fiskalräte gründen. Diese Fiskalräte sollen prüfen, ob das Land die Vorgaben des Fiskalpaktes einhält, also ob das strukturelle Haushaltsdefizit unter 0,5% des Bruttoinlandsprodukts liegt. Das ist der eigentliche Prüfauftrag. Nun hat man in Deutschland diesen Auftrag, diese Vorgabe aus Europa, folgendermaßen umgesetzt: Man hatte schon aus der Föderalismusreform II den Stabilitätsrat als Weiterentwicklung des Finanzplanungsrates. Darin sitzen die Finanzminister der Länder, des Bundes und der Bundeswirtschaftsminister. Der Stabilitätsrat prüft die Finanzen der Länder und des Bundes stärker als der Finanzplanungsrat. Er hat zudem erweiterte Kompetenzen, beispielsweise für Haushaltsnotlagenländer wie Bremen und das Saarland, die Konsolidierungshilfen bekommen. Dort wird halbjährlich geprüft, ob die Auflagen eingehalten wurden, danach werden die nächsten Tranchen der Konsolidierungshilfen freigegeben.

Nun ist dieser Stabilitätsrat mit Blick auf die europäische Gesetzgebung nicht unabhängig, denn es handelt sich dabei ja um Vertreter der Exekutive. Da man in Deutschland den Stabilitätsrat nicht abschaffen wollte, wurde ein Gremium unabhängiger Wissenschaftler hinzugefügt. Deutschland hat diesem Stabilitätsrat also einen unabhängigen Beirat hinzugesellt. In Deutschland gibt es, im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, zudem keine Knappheit an unabhängiger wirtschaftspolitischer Beratung. Wir haben den Sachverständigenrat für Wirtschaft, zwei unabhängige wissenschaftliche Beiräte beim Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium, Sachverstän-

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

digenräte für Gesundheit und Umwelt, einen (weniger unabhängigen) Sozialbeirat beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Die Gemeinschaftsdiagnose macht unabhängige Prognosen.

Daher hat der Bund die europäischen Vorgaben pragmatisch umgesetzt: Der Bund und die Länder bestimmen jeweils zwei Leute für Amtszeiten von fünf Jahren. Hinzu kommt ein Vertreter des Sachverständigenrates, ein Vertreter der Deutschen Bundesbank, ein Vertreter der Gemeinschaftsdiagnose, ein Vertreter der Sozialversicherungen und ein Vertreter der Kommunen. Diese neun Leute arbeiten ehrenamtlich und haben keinen wissenschaftlichen Stab. Dem Gremium steht lediglich eine halbe Mitarbeiterstelle zur Vorbereitung der halbjährlichen Stellungnahmen zur Verfügung. Es gilt die Maßgabe, dass die fünf Institutionen, die hinter ihm stehen, diesem unabhängigen Beirat zuarbeiten sollen. Im Grunde setzt die Bundesregierung die Vorgaben des Sixpacks in Europa somit am schwächsten um. Alle anderen Fiskalräte in Europa sind besser ausgestattet und können ihre Aufgabe daher besser erfüllen.

Der unabhängige Beirat des Stabilitätsrats prüft, ob die Grenze des strukturellen Defizits von 0,5% des Bruttoinlandsprodukts für den deutschen Gesamtstaat eingehalten wird. Es wird allerdings schon von Seiten der Länder als Übertretung seines Mandats angesehen, wenn gemäß seiner Interpretation die Prüfung von 0,5% Defizitquote für den Gesamtstaat Deutschland implizieren, dass die Gefahr von finanzpolitischen Schieflagen in einzelnen Bundesländern beurteilt werden muss, weil dies für die Gesamtheit Probleme bereiten könnte. Der unabhängige Beirat schaut sich also nicht nur das gesamtstaatliche Defizit an, sondern analysiert die Finanzpolitik jedes einzelnen Landes. Das gefällt dem einen oder anderen Bundesland nicht und wird deswegen als Mandatsüberschreitung von den entsprechenden Ländern diskreditiert.

In der Haushaltslage vor 2020 war diese Prüfung mehr oder weniger Routine. Die Diskussion drehte sich darum, was die Konjunkturbereinigung mit unterschiedlichen Verfahren bedeutet, denn es soll ja das strukturelle Defizit sein, das man betrachtet. Dies wurde erst schwieriger, als Deutschland die Grenzen überschritt, die vom Fiskalpakt gesetzt werden.

Michael Gehler: *Wir kommen jetzt allmählich zu Fragen, die in die Richtung Interdisziplinarität gehen, also die Bedeutung von Psychologie, Philosophie und Geschichtswissenschaften für die Ökonomie berühren. Wir hatten im Dezember letzten Jahres Max Otte⁶⁶ hier, der sinngemäß argumentierte, dass sich die akademische Ökonomie zu stark auf mathematische Modelle fokussiere. Diese, so Otte, würden der Realität nicht gerecht und seien „blind für historische Zusammenhänge“. Welche Rolle spielt für Sie die Geschichtswissenschaft und kann sie und wenn, dann wie, der Ökonomie nützlich sein? Oder hat Friedrich Nietzsche⁶⁷ Recht, der sagt, zu viel Geschichte tue nicht gut?*

66 Max Otte (*1964 als Matthias Otte), deutsch-US-amerikanischer Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, 2003 Gründer und seitdem Leiter des Instituts für Vermögensentwicklung und seit 2018 Kurator der Desiderius-Erasmus-Stiftung. Beiträger in diesem Band.

67 Friedrich Wilhelm Nietzsche (*1844; †1900), deutscher Philosoph, 1869 bis 1879 Professor für klassische Philologie an der Universität Basel.

Lars Feld: Ich bin immer skeptisch, wenn jemand sagt, dass Nietzsche Recht hatte. Im Ernst: Ich habe oben darauf hingewiesen, dass das Interesse an diesen Fragestellungen bei mir schon in der Schule durch das Fach Geschichte und durch meinen Onkel geweckt wurde, der Geschichtslehrer an einem Gymnasium war. Alleine schon, was meine eigene Prägung angeht, sind Geschichte und Geschichtswissenschaft für mich sehr wichtig.

Ich habe trotzdem den Eindruck, dass Kommentare wie derjenige von Otte zur Mathematisierung der Wirtschaftswissenschaften und zur fehlenden historischen Fundierung die Entwicklung in unserem Fach verzerrend darstellen. Die erfolgreichsten Arbeiten der letzten Jahrzehnte in unserem Fach sind Arbeiten, die in großen Stil auf historische Datensätze zurückgegriffen und damit neue Erkenntnisse hervorgebracht haben. Ich kann eine Vielzahl nennen, etwa das Autorenkollektiv um Daron Acemoğlu⁶⁸ zu den institutionellen Voraussetzungen für Wohlstand oder Hans-Joachim Voth⁶⁹, der sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigt, oder bildungsökonomische Arbeiten von Ludger Wößmann⁷⁰ zur weberschen Hypothese der protestantischen Ethik und der Bedeutung von Bildungseinrichtungen wie der Volksschule im 19. Jahrhundert. Mit großem Datenaufwand werden ökonomische Effekte identifiziert. Diese Aufzählung könnte ich fortführen. Es gibt vielfältige Analysen in dieser Hinsicht, durch die klar wird, dass die Anlehnung an die Geschichtswissenschaft und die historischen Prozesse für das ökonomische Wissen enorm wichtig sind.

Was wir bisher über den Sachverständigenrat diskutiert haben, zeigt doch, dass in der Interaktion zwischen ökonomischer Analyse und Politik Ergebnisse in den Gutachten resultieren, die keineswegs geschichtsvergessen sind. Ich will Max Otte nichts unterstellen, aber ich merke recht häufig, dass diejenigen, die über die Mathematisierung der Ökonomik klagen, diejenigen sind, die nicht gerne rechnen wollen. Das Dumme ist aber, dass man als Ökonom nicht nur lesen und schreiben, sondern eben auch rechnen können muss. Die Anforderungen gehen typischerweise über die Grundrechenarten hinaus. Wenn man ein guter Ökonom sein will, dann gilt ein Stück weit Hayeks Aussage, dass es nicht ausreicht, nur Ökonom zu sein. Das heißt zugleich, dass man dennoch in erster Linie Ökonom sein muss. Häufig wird der Ausspruch Hayeks so gedeutet, dass man doch bitte Philosoph zu sein habe. Man kann versuchen, philosophisches Wissen zu erlangen oder zumindest in die Philosophie hinein zu schnuppern. Man kann versuchen, dasselbe in Richtung der Sozialpsychologie zu tun, wie es verhaltensökonomische Ansätze machen, oder in Richtung der Soziologie oder der Politikwissenschaft. Ökonomen wird häufig wissenschaftlicher Imperialismus vorgeworfen, wenn sie in Themen der anderen Wissenschaften hineingreifen. Jetzt plötzlich wird gesagt, wir seien zu wenig imperialistisch.

68 Daron Acemoğlu (*1967), türkisch-US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, seit 2006 Mitglied der American Academy of Arts and Sciences und seit 2014 ebenfalls in der National Academy of Sciences, 2011 bis 2015 Herausgeber der Fachzeitschrift *Econometrica*, seit 2021 Mitglied in der American Philosophical Society und der British Academy.

69 Hans-Joachim Voth (*1968), deutscher Historiker und Wirtschaftswissenschaftler, seit 2014 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich.

70 Ludger Wößmann (*1973), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, seit 2006 Professor für Bildungsökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und seit 2013 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Also, was immer wir machen, wir machen es irgendwie falsch. Wichtig ist, gerade wenn man interdisziplinär sein möchte, dass man sich in seinem eigenen Fach wirklich gut auskennt.

Michael Gehler: *Sie haben 2008 und 2009 als die größte Wirtschaftskrise nach 1929 bezeichnet. Was konnte man aus 1929 lernen und anders machen? Was hat man tatsächlich anders gemacht? Wir hatten Jürgen W. Stark dazu befragt und der meinte, die Rahmenbedingungen wären so unterschiedlich gewesen, dass der Vergleich, die Expertise und der Lerneffekt sich in Grenzen gehalten haben. War das für Sie ähnlich?*

Lars Feld: Das war für mich nicht so, wenngleich Geschichte sich nicht einfach wiederholt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 war natürlich anders als die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932. Dennoch gibt es Parallelen, insbesondere die Schärfe des Wirtschaftseinbruches, der von einer Bankenkrise ausging. Heute haben wir gefestigtere und komplexere Volkswirtschaften als damals. Vor allen Dingen aber wurden aus der falschen Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise 1929 die richtigen Lehren gezogen. Insbesondere die Geldpolitik ist in den Jahren 2008 und 2009 deutlich anders vorgegangen. Man hat sehr schnell erkannt, wo das Problem lag. Es war klar, dass es ein sehr großer Einbruch sein würde, dass die Banken massive Unterstützung in Form hoher Liquidität benötigen würden. Während man in der Weltwirtschaftskrise 1929 von Seiten der Geldpolitik restriktiv agierte, also Liquidität aus dem Markt herausgenommen hat und somit die Krise verschärfte, hat man in der Krise 2008 und 2009 ein hohes Maß an Liquidität bereitgestellt – im Grunde bis heute. Wir haben enorm viel Liquidität im Markt. Das hat geholfen, besser über diese Krise hinweg zu kommen, als es 1929 der Fall gewesen ist. Die Arbeitslosigkeit, trotz der Rekorde in Griechenland oder Spanien, war im Durchschnitt immer noch deutlich niedriger als 1929 bis 1932.

Allerdings wird jetzt nicht einfach die Medizin angewendet, die manche als Lösung für die Weltwirtschaftskrise 1929 gesehen haben, nämlich vor allen Dingen mit massiven fiskalpolitischen Maßnahmen dagegen vorzugehen. Das war Teil der Politik in den Jahren 2008 und 2009, aber danach eben nicht mehr. Danach war schon klar, dass, wenn die Verschuldung der Mitgliedstaaten in der Währungsunion zu hoch wird, ein zusätzliches Problem entsteht und es keinen Sinn macht, den Mitgliedstaaten anzuraten, noch mehr Geld auszugeben und noch mehr Schulden zu machen. Irgendwann ist das nicht mehr glaubwürdig für die Finanzmärkte und droht in eine Schuldenkrise abzugleiten. Es gibt also gewisse Parallelen, aber es ist keine einfache Wiederholung der damaligen Zeit und wir haben dennoch sehr viel daraus gelernt.

Jörg Beining: *Wir wissen, dass bei den Menschen historische Erfahrungen besonders im Bereich von Währungsreformen und -krisen eine besondere Rolle spielen. Aus deutscher Sicht besonders einschneidend war die Erfahrung der Hyperinflation der 1920er Jahre, die Weltwirtschaftskrise 1929 oder auch die Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg. Welche Rolle spielt die historische Erfahrung ihrer Meinung nach heute noch?*

Lars Feld: Das spielt eine große Rolle und war wichtig für die Reaktionen auf die Krisenphänomene, die wir im Herbst 2008 gesehen haben.

Sanne Ziethen: *War die Weltwirtschaftskrise 1929 nach den Erfahrungen der Hyperinflation der Sargnagel für die Weimarer Republik und die Demokratie?*

Lars Feld: Ein P.S. zur vorherigen Frage: Im Übrigen war im Herbst 2008 für manche, die in der wirtschaftspolitischen Beratung tätig sind oder waren, relativ klar, dass man anders reagieren musste als 1929 und auch anders als in den Vorjahren. Mir wird ja immer nachgesagt, dass ich im Hinblick auf die Fiskalpolitik ein Falke bin. Ich halte in der Tat wenig von diskretionärer expansiver Fiskalpolitik in normalen Rezessionen. Die wirken meistens viel zu spät. Da reichen die automatischen Stabilisatoren über die Einkommensteuer und die Arbeitslosenversicherung aus.

Im Herbst 2008 haben wir im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium jedoch in einem Brief an den Bundesfinanzminister vorgeschlagen, letztlich genauso, aber im Ausmaß stärker als der Sachverständigenrat, eine deutliche Reaktion der Fiskalpolitik in Form von diskretionären Maßnahmen zu zeigen. Der Bundestag hatte zuvor bereits ein Konjunkturpaket I verabschiedet, das aber vom Volumen her zu klein war. Es brauchte ein großes Konjunkturpaket II und die Politik musste massiv in die Märkte gehen. Im Hinblick auf die Sorge, die damals in der Politik existierte, verbanden wir dies mit dem Vorschlag, zugleich die Schuldenbremse zu verabschieden, als Signal an die Finanzmärkte, dass Deutschland baldmöglichst zu einer soliden Finanzpolitik zurückkehren würde. Dadurch würden günstigere Refinanzierungsbedingungen erreicht, um die dann erforderlichen Konsolidierungen in Bund und Ländern leichter zu schaffen. Das ist bisher so eingetreten. Manchmal sind Ökonomen bei Wenn-Dann-Aussagen gar nicht so schlecht.

Zur letzten Frage: Natürlich haben die Weltwirtschaftskrise und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle für den Zusammenbruch der Weimarer Republik gespielt. Ich glaube aber nicht, dass dies das singulär entscheidende Ereignis war. Erstens war die Demokratie damals in Deutschland noch nicht gefestigt. Zweitens hatten wir andere Institutionen. Deutschland vertraute staatsrechtlich auf den Reichspräsidenten als Hüter der Verfassung. Das war die Ideologie von Carl Schmitt⁷¹. Daraus haben wir sehr viel gelernt – auch in der Bundesrepublik nach dem Krieg. Vermutlich wäre in einem System mit stärkeren *Checks and Balances* der Zusammenbruch der Weimarer Republik noch zu verhindern gewesen. Der Reichspräsident war sozusagen das letzte Bollwerk, das nicht mehr standgehalten hat. Man schreibt eine Verfassung aber, damit sie ein Bollwerk gegen solche Situationen ist. Das muss sie aushalten. Dafür ist sie da. Sie ist nicht für Schönwetterzeiten da. Genau so ist das mit dem Rechtssystem. Wenn die Menschen alle Engel wären, bräuchten wir kein Rechtssystem. Das sind sie aber nicht und deswegen haben wir rechtliche Regelungen und deswegen brauchen wir auch in einer Verfassung

71 Carl Schmitt (*1888; †1985), deutscher Philosoph und Staatsrechtler, 1933 bis 1945 Mitglied und juristischer Wortführer der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

entsprechende Regularien. Das System, das wir mit der Bundesrepublik und dem Grundgesetz danach geschaffen haben, ist deutlich robuster.

Ich darf aber auch hinzufügen, weil ich vorhin von direkter Demokratie gesprochen habe: Es gab in den dreißiger Jahren eine Volksinitiative in der Schweiz, mit der rechte Kreise versuchten, eine Totalrevision der Schweizer Bundesverfassung zu erreichen und die Bundesverfassung in Richtung der völkischen Ideen, wie sie in Deutschland gängig waren, zu verformen. Das ist an einer Volksinitiative gescheitert, bei der zwei Drittel der Bürger in der Schweiz dieses System abgelehnt haben. *Checks and Balances* gibt es auch in einem System der direkten Demokratie, aber eben andere.

Michael Gehler: *Lieber Herr Feld das sind viele, interessante, aufschlussreiche, ja lehrstundenhafte Aussagen, Äußerungen, Einschätzungen, Beurteilungen von ihnen. Herzlichen Dank für dieses Seminar, praktisch, das wir dies im Rahmen eines Radioseminars auch noch einbetten konnten. Wir setzen das Interview morgen fort.*

[Gesprächsfortsetzung 20. Juni 2019]

Jörg Beining: *Guten Morgen Herr Professor Feld, wir setzen das Gespräch fort. Dem Inflationsstrauma und dem Sparen wird in der Presse ein großer Platz eingeräumt. Wird hier mit Ängsten Politik gemacht?*

Lars Feld: So weit würde ich nicht gehen. Ich glaube schon, dass die wirtschaftlichen Ereignisse des 20. Jahrhunderts für Deutschland bis heute eine Rolle spielen. Warum die Inflationsbefürchtungen größer sind als andere, ist etwas schwerer zu sagen. Wir hatten nicht nur die Hyperinflation der 1920er Jahre, sondern auch die zurückgestaute Inflation im NS-Regime, sodass 1948 eine weitere Währungsreform notwendig wurde und viele Leute ihr letztes Geldvermögen auch noch verloren haben. Von daher ist vielleicht die Häufigkeit dieser schweren Hyperinflationen mit 2:1 gegenüber der Weltwirtschaftskrise mit ihrer Deflation und hohen Arbeitslosigkeit dominanter.

Aber es ist alles ein bisschen schwerer zu sagen, warum sich das im Zeitablauf so entwickelt hat. Im Grunde waren Teile Deutschlands, die vor dem Kaiserreich, also vor 1870/71, Eigenständigkeit besaßen, immer wieder durch Staatsinsolvenzen gekennzeichnet. Immer wieder konnten damals deutsche Ländereien und Fürstentümer ihre Kredite nicht zurückzahlen. Die beiden Hyperinflationen Deutschlands im 20. Jahrhundert waren durch monetäre Staatsfinanzierung bei übermäßiger Staatsverschuldung verursacht und reihen sich somit hier ein. Vielleicht hat diese lange Tradition unsolider Finanzpolitik dann irgendwann mal zurückgeschlagen und äußert sich heute so, dass man eben nicht mehr in eine Schuldenfalle geraten möchte und vor allen Dingen auf finanzpolitische Solidität aus ist.

Sanne Ziethen: *Inwieweit haben sich ganz generell historisch unterschiedliche national-ökonomische Mentalitäten in Völkern herausgebildet und prägen die heute noch Verhaltensweisen, gerade vielleicht in der Frage Europa, und welchen Einfluss haben dabei Währungskrisen oder Währungsumstellungen?*

Lars Feld: Ich nehme gerne das Lob entgegen, dass der Ordoliberalismus die deutsche Wirtschaftspolitik bis heute beeinflusst habe. Markus Brunnermeier, Harold James und Jean-Pierre Landau⁷² arbeiten im Vergleich von Deutschland und Frankreich heraus, dass die unterschiedlichen Denktraditionen seit dem Zweiten Weltkrieg die Wirtschaftspolitik beider Länder in der Tat prägen. Wenn die Autoren in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ausgreifen, an den Beginn des 20. und ans Ende des 19. Jahrhunderts gehen, stellen sie fest, dass Frankreich eher wirtschaftsliberal ausgerichtet war, während Deutschland dirigistisch und industriepolitisch lenkend operierte, dabei mehr Kartelle und Monopole zuließ – also im Grunde das päppelte, was wir heute als nationale Champions in der Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik skeptisch diskutieren. Insofern verhielten sich beide Länder jeweils entgegengesetzt zu ihren heutigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Außerdem stellen die drei Autoren heraus, dass Deutschland immer irgendwie föderalistisch war – schon das Heilige Römische Reich deutscher Nation wird als föderalistischer Vorläufer verstanden. Im Kaiserreich hatten die Länder massiven Einfluss. Der dann neu gegründete Bund hatte nur geringe finanzpolitische Kompetenzen. Aufgrund ihrer föderalistischen Tradition, so die Autoren, betonen die Deutschen die Bedeutung von Verträgen viel stärker und wollen sich an getroffenen Vereinbarungen ausrichten.

Bei dieser Analyse fragt man sich, warum es trotzdem diese Veränderung durch den Zweiten Weltkrieg gibt, die einen liberaler und die anderen dirigistischer werden? Daher wäre ich vorsichtiger mit der Bedeutung langer Denktraditionen für die heutige Wirtschaftspolitik, nicht zuletzt, weil es vielfältige philosophische Einflüsse gibt. Der deutsche Idealismus spielt in verschiedenen Dimensionen bis heute hierzulande eine wichtige Rolle und gleichwohl hat sich die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg stärker wirtschaftsliberal ausgerichtet. Ich habe den Eindruck, dass die Beschränkung auf ökonomische Denktraditionen viel zu kurz greift.

Vielleicht war es schlicht Glück, dass in der Stunde Null ein paar Leute, die schon im deutschen Widerstand vorgearbeitet hatten, die Chance bekamen, dieses Konstrukt „Soziale Marktwirtschaft“ zu schaffen. Weil es so schnell so erfolgreich war, hat sich dieses Wirtschaftssystem im kollektiven Gedächtnis der Deutschen eingepreßt und bleibt als Leitstern bestehen. Erstens muss dies aber nicht immer so bleiben und kann leicht umgeworfen werden. Zweitens dürfte die Krisenlage transformierend gewirkt haben.

Ich denke schon, dass bestimmte Zufälle der Geschichte und bestimmte Ereignisse auf bestimmte Strukturen treffen und sich dann daraus etwas entwickelt. Lehman Brothers konnte im Herbst 2008 nicht mehr gerettet werden, weil einerseits das Treasury die Situation falsch einschätzte und nicht davon ausging, dass eine relativ kleine Bank solch enorme Auswirkungen haben könnte. Andererseits waren die Verhandlungen mit Barclays kurz zuvor zu keinem guten Ende gekommen. Das hätte auch gut ausgehen können. Dann hätte der Zusammenbruch vielleicht so nicht stattgefunden, der große Knall wäre womöglich ausgeblieben. Von daher spielen bestimmte zufällige Ereignisse doch eine ganz große Rolle.

72 Markus Brunnermeier, Harold James, Jean-Pierre Landau, Euro. Der Kampf der Wirtschaftskulturen. München 2018, [englische Originalausgabe: The Euro and the Battles of Ideas, Princeton University Press, 2016].

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Sanne Ziethen: *Ich würde gerne nochmal auf das angesprochene Buch zurückkommen. Das trägt im Deutschen den Untertitel „Der Kampf der Wirtschaftskulturen“. Halten Sie das für eine Übersetzung aus Verkaufsgründen? Gibt es ein Kampf der deutsch-französischen Wirtschaftskulturen oder ist da der neue deutsch-französische Gegensatz, der neu stilisiert wird?*

Lars Feld: Natürlich ist das Marketing. Das Buch ist gleichwohl hilfreich, weil es im Hinblick auf die Eurokrise und die Entstehung der Währungsunion die unterschiedlichen Positionen Deutschlands und Frankreichs herausarbeitet und zudem zeigt, in welchem Ausmaß die USA und das Vereinigte Königreich Einfluss nahmen. Die Angelsachsen agieren in solchen Fällen immer pragmatisch. Im Grunde wird gefragt: Was ist denn das Problem und wie kann ich es am besten lösen? Während die Deutschen bei den Entscheidungen stärker auf Grundprinzipien rekurrieren und fragen: Kann man das ordnungspolitisch noch einigermaßen vertreten? Insofern ist das Buch sehr hilfreich. Eine Art „Clash of Civilizations“ heraufzubeschwören, ist allerdings übertrieben.

Jörg Beining: *Ich habe auch noch eine Zusatzfrage und zwar: Nach 1945 war der Einfluss der Alliierten nicht ganz unwesentlich in der Entwicklung der wirtschaftlichen Dinge in Deutschland. Die Amerikaner haben einen großen Anteil mit dazu beigetragen, und wenn ich mir das VW-Werk angucke, waren es die Engländer die das angeschoben haben und beobachtet und kontrolliert haben bevor es dann in „unsere Hände“ kam. Wie groß war der Einfluss?*

Lars Feld: Ich finde dies in der Wirtschaftspolitik schwer einzuschätzen. Was die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen anbetrifft, haben die Alliierten massiven Einfluss genommen. Wir hätten den deutschen Föderalismus in seiner heutigen Form nicht ohne die Amerikaner bekommen. Das war sicher nicht der britische Einfluss und erst recht nicht der französische. Frankreich und Großbritannien sind sehr zentralistische Länder. Die Amerikaner wollten als Versicherung gegen ein erneutes militärisches Erstarken Deutschlands eine starke vertikale Gewaltenteilung. Wenn man sich die Machtverhältnisse in Deutschland anschaut, muss man anerkennen, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten bis heute enorm einflussreich sind. Insofern würde ich den Einfluss der USA sehr hoch einschätzen.

Wirtschaftspolitisch ist es deutlich schwieriger. Der Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft hat zwei wesentliche Elemente, die zuweilen nicht als zwei parallele Entscheidungen erkannt werden, die sich aber gegenseitig bedingen. Dazu gehört einerseits die Einführung der D-Mark, die Währungsreform, aber andererseits zeitgleich die Preisfreigabe eines wesentlichen Teils der Preise durch das Leitsatzgesetz. Hätte man nur die neue D-Mark gehabt, dann wären die Schaufenster trotzdem nicht voll mit Waren gewesen. Hätte man nur die Preisfreigabe ohne Währungsreform gehabt, hätte es einen Inflationsschub gegeben. Es musste beides zusammenkommen.

Die Währungsreform geht nicht zuletzt in ihrer logistischen Vorbereitung vor allem auf die Alliierten zurück. Es gibt von dieser Seite eine ganze Reihe von Personen, die

daran beteiligt waren. Beispielsweise hatte sich Tenenbaum⁷³ genau überlegt, wie man die Währungsreform durchführen sollte, welche Konversionsraten dann am Ende eingesetzt werden sollten und ähnliches. Da hat die Verwaltung für Wirtschaft unter Ludwig Erhard Einfluss genommen, aber die Alliierten waren in der Führungsrolle. Beim Leitsätzege-
setz war das anders. Es ist als Referentenentwurf von Leonard Miksch⁷⁴, einem Schüler Walter Euckens, verfasst worden. Wir haben aus seinen Tagebüchern Informationen über die Verhandlungen. Die Wirtschaft wollte diese Preisfreigabe nämlich nicht. Der BDI hat in den 40er/50er/60er Jahren alles andere als eine glorreiche Rolle gespielt und wandte sich etwa massiv gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.⁷⁵ Es ist schon bemerkenswert, dass Ludwig Erhard sowohl gegen den Rat vieler seiner Berater wie gegen den Rat der amerikanischen Militärregierung agiert hat. Es gibt dieses berühmte Telefonat zwischen Lucius Clay und Ludwig Erhard, worin Clay gesagt haben soll, seine Berater hielten das für Wahnsinn, Erhard solle davon ablassen. Erhard hat die Preisfrei-
gabe trotzdem durchgezogen. Das ist sozusagen der unwahrscheinliche deutsche Beitrag: die Stärkung des marktwirtschaftlichen Elements.

Der Marshall-Plan der immer gerne hervorgehoben wird, war – wenn man sich anschaut, wie viele Gelder tatsächlich geflossen sind – nicht entscheidend. Allerdings war der Marshall-Plan ein wesentliches Signal der amerikanischen Regierung, dass alle anderen Gedankenspiele der Abwicklung des Industriestandorts Deutschland – denn die gab es ja – dass all diese Gedankenspiele vom Tisch waren und es darum ging, Deutschland wieder aufzubauen. Von daher darf man den Marshall-Plan nicht im Hinblick auf die finanziellen Zuwendungen überbetonen.

Jörg Beining: *Werner Abelshausen argumentiert, es sei nicht ein einziger Dollar geflossen, es waren alles nur Waren, die wir bekommen haben. Ist das richtig? Können Sie das unterschreiben?*

73 Edward A. Tenenbaum war ein amerikanischer Offizier und Ökonom. Als Mitglied des Stabes unter Lucius D. Clay, dem Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, war er maßgeblich für die Planung der Währungsreform 1948 in Westdeutschland verantwortlich. Unter seiner Leitung formulierten elf deutsche Sachverständige für Finanzen im Rahmen des sogenannten Währungskonklaves auf dem Fliegerhorst in Rothwesten die nötigen Gesetze, Verordnungen und Merkblätter für die Einführung der neuen Währung.

74 Leonhardt Miksch (*1901; †1950), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1929 bis 1943 Wirtschaftsredakteur bei der Frankfurter Zeitung, ab 1946 im Zentralamt für Wirtschaft der britischen Zone, später in der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes tätig, 1949 bis 1950 Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau.

75 Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Potsdamer Abkommen eine Dezentralisierung der stark verflochtenen Wirtschaft beschlossen. Nachdem die britische, amerikanische und französische Militärregierung jeweils verschiedene Gesetze zur Dekartellisierung erlassen hatten, wurde in mehreren Schritten ein übergreifendes Kartellgesetz entwickelt. Das „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ wurde am 3. Juli 1957 verabschiedet und trat am 1. Januar 1958 in Kraft.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Lars Feld: Ich schätze Werner Abelshauser sehr, auch wenn ich manche seiner Interpretationen überzogen finde. Er war ja Mitglied der Historikerkommission des Bundeswirtschaftsministeriums. In der neuen Geschichte der Wirtschaftspolitik, die er mit Kollegen geschrieben hat, findet sich eine solche überzogene Interpretation, wenn er sagt, Ordnungspolitik spiele in der Bundesrepublik überhaupt keine Rolle. Es sei alles durchgehend Industriepolitik. Das greift zu kurz, finde ich. Aber es stimmt meines Erachtens wohl und er belegt dies auch, dass es zunächst die Warenzuwendungen waren, die über den Marshall-Plan⁷⁶ kamen. Dann hatten wir natürlich einen Import von Waren, für die wir später bezahlt haben. Die Gelder sind in das ERP-Sondervermögen geflossen, das heute weiterhin aktiv ist. Die Gelder sind somit als Kapitalstock erhalten geblieben, um bis heute Kredite zu vergeben oder Programme aus dem ERP-Sondervermögen zu starten, das von der KfW verwaltet wird.

Sanne Ziethen: *Die nächsten Fragen kreisen um den Themenkomplex Rationalität und Emotionalität. Die Wirtschaftswissenschaften stellen häufig – zumindest, wenn man das als Nicht-Wirtschaftswissenschaftler liest – den Homo Oeconomicus, sozusagen den rationalen Nutzenmaximierer in den Vordergrund. Als Geisteswissenschaftlerin fragt man sich natürlich: Kann es so einen Homo Oeconomicus überhaupt in Reinform geben? Sind Menschen nicht immer auch irrational bestimmt?*

Lars Feld: Sie haben Recht, das Menschen zuweilen irrational und emotional sind, aber darum geht es bei dem Konzept nicht. Der Homo Oeconomicus ist ein Konstrukt, mit dem man versucht abzuleiten, was passiert, wenn die handelnden Individuen tatsächlich rational und eigennützig wären. Mit diesem Erklärungsansatz kommt man relativ weit, bei aller Kritik an verschiedenen Hypothesen, die daraus abgeleitet werden und die sehr stark im Sinne einer Hyperrationalität auf diesen Grundprinzipien bauen, etwa die Effizienzmarkthypothese in der Finanzmarkttheorie.⁷⁷ Man hat damit ein relativ starkes Konstrukt, mit dem man – wie man es so schön in der Wissenschaftstheorie sagen kann

76 Das „European Recovery Program“ (ERP) wird nach seinem Initiator – dem US-Außenminister George C. Marshall – häufig auch Marshall-Plan genannt. Am 5. Juni 1947 ins Leben gerufen, startete das zivile Aufbauprogramm mit dem Ziel, die Länder Westeuropas wirtschaftlich wiederaufzubauen. Der US-Kongress stellte hierfür 1948 ein Fördervolumen in Höhe von 12 Mrd. US-Dollar bereit. Deutschland erhielt davon 1,89 Mrd. EUR (3,7 Mrd. DM) zur Erstausleihung an die deutsche Wirtschaft. Im Rahmen dieses Programms versorgten die USA die teilnehmenden Länder mit verschiedenen Gütern, wie beispielsweise Rohstoffen, Lebensmitteln und Sachgütern. Den Gegenwert dieser Importe mussten die Länder in Counterpartfonds einzahlen. Diese Rückzahlungen flossen jedoch nicht an die USA zurück, sondern standen in Deutschland als revolving Kredite zur Förderung der Wirtschaft zur Verfügung und bildeten die Basis des ERP-Sondervermögens. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurde 1948 die KfW gegründet.

77 Die Effizienzmarkthypothese ist eine mathematisch-statistische Theorie der Finanzwirtschaft (Finance). Sie besagt, dass an den Finanzmärkten gehandelte Vermögenspreise alle verfügbaren Informationen widerspiegeln. Eine direkte Konsequenz besteht darin, dass kein Marktteilnehmer den Markt langfristig schlagen kann.

– gehaltvolle Hypothesen ableiten kann. Gehaltvoll sind Hypothesen nicht, wenn sie die gesamte Wirklichkeit besonders gut erklären können, sondern weil sie ein hohes Risiko eingehen, verworfen zu werden. Dadurch lässt sich ein Teil der Realität besser erklären, weil sich sagen lässt: Diesen Zusammenhang können wir ausschließen. Das macht den Gehalt von Hypothesen aus und so hilft das ökonomische Verhaltensmodell ungeheuer weiter. Im Rückgriff auf diese wissenschaftstheoretischen Überlegungen ist überzogener Realismus nicht notwendig. Darüber hinaus muss man anerkennen, dass Menschen in erstaunlichem Maße egoistisch handeln und eigennützig sind. Zudem sollte man die Eigennutzannahme normativ-strategisch begreifen. Es wäre verfehlt, davon auszugehen, dass alle Wesen auf zwei Beinen ohne Flügel Engel wären. Wir würden einen großen Fehler machen, wenn wir unsere Gesellschaftsordnung auf dieser Annahme basierten. Insofern sind Ökonominen und Ökonomen oft genug an der Seite der Juristen und Juristinnen, die das ähnlich unromantisch sehen wie Ökonomen.

Zur Frage der Rationalität: Ich würde nicht sagen, dass Menschen überwiegend irrational sind. Es genügt ihre beschränkte Rationalität, um ökonomisch gehaltvolle Analysen zu erlauben. Hinzu kommt ein wissenschaftsstrategisches Argument. Irrationales Handeln lässt sich – i. d. R. ex post – beschreiben, aber nicht erklären in dem Sinne, dass sich daraus die Möglichkeit der Prognose ergibt, also die Möglichkeit, eine Wenn-Dann-Aussage zu machen. Irrationalität tritt auf und ist hinzunehmen, aber das hilft uns für die Erklärung der Welt nicht weiter.

Besonders spannend und in vielerlei Hinsicht mit dem Bild des Homo Oeconomicus kompatibel ist der Übergang von der starken zur schwachen Rationalitätsannahme. Schwache Rationalität bedeutet, dass die Menschen, wenn sie die Wahl haben zwischen zwei Alternativen, diejenige Alternative wählen, die ihren Präferenzen und Vorstellungen am ehesten entspricht. Mehr braucht man dafür nicht, das reicht aus für schwache Rationalität. Es sind weder vollständige Information noch perfekte Voraussicht, also die Annahmen aus den mikroökonomischen Einführungslehrbüchern, erforderlich. Damit gelangt man in den Bereich beschränkter Rationalität. Informationsprobleme sind zentral in der modernen Ökonomik. Von daher verteidige ich einerseits den Homo Oeconomicus, sehe andererseits die Grenzen des Ansatzes, sehe aber auch, was das wissenschaftstheoretisch und strategisch bedeutet.

Jörg Beining: *Gibt es Momente, in dem sozusagen die ökonomische Ratio und Ihre eigene emotionale Meinung als Privatmensch differieren?*

Lars Feld: So ticke ich nicht. Ich lebe meine emotionalen Momente gerne aus, bin dann aber nicht in Entscheidungssituationen. In Entscheidungssituationen wäge ich das Für und Wider mit den eingeschränkten, mir zur Verfügung stehenden Information ab und entscheide dann. Ich schaue nicht zurück und hadere, nach dem Motto: Hätte ich doch nur; wäre es nicht besser gewesen, anders zu entscheiden? Als ich im Studium verstanden hatte, was das Prinzip der Opportunitätskosten bedeutet und was versunkene Kosten sind, hat mich das persönlich enorm weitergebracht. Ich bedauere Entscheidungen nicht. Ich schaue immer nach vorn.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Sanne Ziethen: *Tania Singer, Professorin für Neuroökonomie und Leiterin des Max-Planck-Instituts für Kognitions- und Neurowissenschaften in Leipzig, stellt die These auf, dass unser Wirtschaftssystem auf einem grundsätzlich falschen Menschenbild basiere. Stattdessen seien ein realistischeres Menschenbild und prosoziales Verhalten in Wirtschaft und Politik vonnöten, um globale Probleme wie Klimawandel, Verteilungsgerechtigkeit oder die Flüchtlingsproblematik zu meistern. Wie stehen Sie dazu?*

Lars Feld: Im Grunde habe ich schon etwas dazu gesagt. Ich kenne viele Verhaltensökonominnen und habe selbst verhaltensökonomisch geforscht. Wenn es um wirtschaftspolitische Entscheidungen geht, fühle ich mich mit dem Homo Oeconomicus aber wohler. Nehmen Sie die Klimapolitik. Mit einer moralin-getränkten Klimapolitik national vorzupreschen, konterkariert im Grunde die Anstrengungen in der Europäischen Union, mit der Bepreisung von CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die Annahme prosozialen Verhaltens ändert in der Klimapolitik nichts. Vor allem im internationalen Kontext ist das Eigeninteresse der Staaten massiv im Vordergrund. Bei staatlichem Handeln in großen Aggregaten muss man am ehesten von Eigeninteresse ausgehen, stärker als bei individuellem Handeln in kleinen Gruppen. Und das ist vielleicht das Problem dieser Forschung: Verhaltensökonomische Forschung basiert vornehmlich auf Laborexperimenten in kleinen Gruppen. Dabei lassen sich Mechanismen finden, bei denen Reziprozitätsnormen, die langfristig zu günstigeren Ergebnissen führen, von den Gruppenmitgliedern durchgehalten werden, selbst wenn sie kurzfristige Kosten auf sich nehmen müssen. Die Dominanz von Reziprozitätsnormen in den Experimenten ist ein gutes Zeichen. Sie zeigt, dass Menschen in kleinen Gruppen in der Lage sind, über die ihnen gesetzten kurzfristigen Anreize hinwegzusehen. Zwischen Staaten funktioniert das leider nicht so leicht. Bei aller Diskussion um die Vorzüge der Diplomatie bin ich da sehr skeptisch.

Konkret bedeutet dies für die Klimapolitik: Deutschland gibt hohe Milliardenbeträge für erneuerbare Energien aus. Mit dieser Politik unterlaufen wir das EU-Emissionshandelssystem, machen es ineffektiver und sorgen letztlich dafür, dass zusätzliche CO₂-Emissionen aus anderen EU-Mitgliedstaaten ermöglicht werden, weil diese weniger teuer sind. In der Klimapolitik macht es wenig Sinn, nationale Alleingänge zu machen. Die großen Emittenten auf der Welt neben der EU sind China und die USA. Eine Lösung für den Klimawandel gibt es daher nur mit bindenden internationalen Vereinbarungen. Ein Klimaklub zwischen diesen drei großen Emittenten wäre ein großer Fortschritt.

Sanne Ziethen: *Wenn ich Sie richtig verstanden habe, könnte man zusammenfassen: Während der Homo Oeconomicus sozusagen auf der Annahme der Eigennützigkeit im staatlichen oder privaten Kontext basiert, hat die Verhaltensökonomie ein optimistischeres Menschenbild? Sie sagen auch, es beruht nicht alles auf wirtschaftlicher Effizienz, Nützlichkeit oder Eigennutz der Nation oder des Individuums, sondern auch auf Änderungen in Punkto idealistischer Klimagerechtigkeit. Wäre diese möglich?*

Lars Feld: Bei einzelnen, individuellen Entscheidungen in den sozialen Zusammenhängen, in denen wir tätig sind, wird das eigennützig rationale Verhalten nicht immer dominant sein. Gleichwohl ist die Bezeichnung „optimistischeres Menschenbild“ irreführend, denn das hat mit Optimismus nicht viel zu tun. Ich finde es nicht optimistisch

zu sagen: wir gehen in internationale Verhandlungen mit der Vorstellung, dass uns ein Altruist gegenübersteht. Ich finde das einfach dumm. Ich würde davon ausgehen, wenn solche schwierige Fragen anstehen, lieber mit dem ökonomischen Verhaltensmodell als Annahme zu operieren. Blauäugigkeit birgt gewisse Gefahren.

Rückt man das Menschenbild in den Vordergrund, dann liegt es nahe, die Leute zu besseren Menschen erziehen zu wollen. Hier sollten alle Alarmglocken schrillen. Damit öffnet man dem Totalitarismus Tür und Tor.

Jörg Beining: *Eine These von Max Otte geht in die gleiche Richtung. Und zwar: der Finanzmarkt sei hochgradig irrational, manisch-depressiv, völlig von Stimmungen und eben nicht von Ratio beeinflusst. Dies zu durchschauen, werde man nicht im Studium oder in der Volkswirtschaftslehre, sondern durch das Studium der Menschen lernen. Was sagen Sie dazu?*

Lars Feld: Es ist sicherlich nicht so, dass der Finanzmarkt entsprechend der Effizienzmarkthypothese der Finanzmarkttheorie vollständig alle verfügbaren Informationen in Echtzeit verarbeitet. Aber das entgegen gesetzte Extrem, das Max Otte beschreibt, ist genauso ein Zerrbild der Realität auf den Finanzmärkten. Was auf den Finanzmärkten immer wieder auftritt, sind Fehleinschätzungen, die von wichtigen Investoren getroffen werden. Und weil an den Finanzmärkten Herdenverhalten auftreten kann, erwecken sie den Eindruck, „manisch-depressiv“ zu sein. Dennoch würde ich nicht sagen, dass das mit „Stimmungsschwankungen“ in irgendeiner Form zu tun hat, sondern es ist eine Fehleinschätzung derjenigen, die als – in der Spieltheorie würde man sagen Stackelberg-Führer – an den Finanzmärkten agieren.⁷⁸ An denjenigen, die über längere Zeit hohe Gewinne, hohe Renditen bei Investments erzielt haben, richten sich andere Investoren gerne aus. Und sie richten sich aus dem simplen individuell-rationalen Grund danach aus, weil sie keine vollständige Information haben. Jemand, der eine vermeintlich abwegige Investitionsstrategie fährt, kann besonders erfolgreich sein, aber auch besonders große Fehlschläge erleiden. Dies zeigt sich auch an den Anleihemärkten. So haben die Finanzmärkte mit dem Antritt der populistischen italienischen Regierung von Cinque Stelle und Lega aufgrund eines befürchteten Euro-Austritts sehr schnell mit Risikoauflägen auf das Zinsniveau reagiert, mit der Gefahr eines sich selbst verstärkenden Prozesses steigender Zinsen. Als sich das Austrittsrisiko legte, beruhigte sich die Lage wieder rasch. Seither schauen Finanzmarktteilnehmer aber mit Argusaugen darauf, was passiert. Dies wirkt wie eine Sanktion der Finanzmärkte und eine Kontrolle von Regierungshandeln, die manche als undemokratisch verunglimpfen. Andere kritisieren dies, weil die Finanzmärkte nicht vollständig in der Lage sind, diese Kontrolle auszuüben. Das können sie in der Tat nicht, deswegen gibt es politische und verfassungsrechtliche Kontrollmechanismen, um Fehl-

78 Das Stackelberg-Modell ist nach dem deutschen Ökonomen Heinrich Freiherr von Stackelberg benannt, der in seinem Werk *Marktform und Gleichgewicht* (1934) ein Modell definiert, nach dem der sogenannte Stackelberg-Führer (Marktführer) mit dem Stackelberg-Folger um Mengeneinheiten konkurriert. Nach einer Entscheidung des marktführenden Unternehmens sind die marktfolgenden Unternehmen zu einer Entscheidung gezwungen.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

verhalten zu verhindern. Gleichwohl sind die Reaktionen der Märkte als Korrektiv fehlgeleiteter Politik wichtig.

Insofern habe ich keine übermäßig optimistische Sicht der Finanzmärkte, wie die früheren Chicago-Boys, aber auch nicht die pessimistische Sicht der Finanzmärkte, die in dem Zitat von Max Otte zum Ausdruck kommt.

Sanne Ziethen: *Bestimmen Angstneurosen das kollektive Verhalten, vor allem auch in Krisensituationen?*

Lars Feld: Dass man in einer Krise Angst hat, ist selbstverständlich. Auf Deutschland bezogen ist manchmal die Rede von der „German Angst“. Ich wäre vorsichtig mit solchen Zuschreibungen, wonach ganze Gesellschaften von Angstneurosen bestimmt seien. Ich halte auch in der Wirtschaftspolitik oder überhaupt in der Politik große systemische Lösungen für äußerst suspekt. Ich würde mir wünschen, dass man in solchen Beschreibungen der Realität etwas bescheidener daherkommt. Bescheidenheit tut allen Wissenschaftlern gut. Aber es gibt natürlich immer wieder Sorgen, die in bestimmten Zusammenhängen existieren. Ich fühle mich dabei wohler, diese als individuelle Sorgen zu verstehen.

Sanne Ziethen: *Ist die „German Angst“ ein Phänomen der Presse und wird mit Ängsten Stimmung gemacht, nicht aber Politik?*

Lars Feld: In den Medien geht es um Auflagen und Klicks. In der schnelllebigen Zeit, in der wir heute leben, sind Klicks wichtiger geworden als die Auflagen. Daher wird versucht, mit monströsen Schlagzeilen möglichst viel Aufmerksamkeit zu erzielen. Es gibt also technologisch bedingte Strukturwandlungen, die in der heutigen Zeit dafür sorgen, dass solche Diskussionen stattfinden. Die Ängste und Sorgen der Bevölkerung sind häufig diffus, gefüttert von Schlagzeilen in den Medien. Je differenzierter Menschen darauf zugehen, umso geringer fallen die Sorgen aus.

Sanne Ziethen: *Das Allensbacher Institut fragt regelmäßig die Ängste der Bevölkerung ab, und man kann dort nach Altersgruppen gestaffelt relativ gut erkennen, dass in den letzten Jahren die Ängste vor einer Flüchtlingskrise deutlich stärker geworden sind. Bis vor einigen Jahren waren es aber tatsächlich noch Ängste vor Finanzmarktkrisen, auch bei Menschen jüngerer Generation, die bis 2008 noch nie konkret mit solchen Sorgen konfrontiert gewesen waren. Wie erklären Sie sich, dass Menschen Angst vor etwas haben, was sie noch gar nicht erlebt haben?*

Lars Feld: Die Finanzkrise vor 2008 war ein schwerer Einbruch, der die Menschen lange Zeit beschäftigt hat. Wir haben damit etwas erlebt, was zuvor nur in der Weltwirtschaftskrise und damit in der Geschichte vorkam. Ich sagte es schon: im Grunde wurde in der Finanzkrise von 2008 wirtschaftspolitisch vieles richtig gemacht, sodass ihre Auswirkungen weniger gravierend als 1929-32 waren. Ich habe keine Angst, dass von heute auf morgen eine erneute Finanzkrise auftritt, aber habe dieses Erlebnis bei der Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklungen im Hinterkopf. Allerdings ist Angst ein schlechter Berater.

Bei der Flüchtlingsproblematik, ob das jetzt Allensbach oder andere Umfragen sind: Mir ist bewusst, dass die Menschen Sorge haben. Ereignisse wie die Kölner Silvesternacht oder das Attentat auf dem Breitscheidplatz sind dramatische Erlebnisse für die Betroffenen. Sie schlagen sich dann zudem in der öffentlichen Wahrnehmung nieder. Allerdings sieht man sehr deutlich, dass Ängste vor Flüchtlingszuwanderung dort besonders stark ausgeprägt sind, wo es wenige Flüchtlinge gibt. Es ist ein klassisches Phänomen, dass Ausländerfeindlichkeit besonders stark dort ausgeprägt ist, wo es weniger Ausländer gibt.

Jörg Beining: *Zwei Anmerkungen dazu: Zum einen sind die deutschen Flüchtlinge 1945 ebenfalls nicht mit Kussband aufgenommen worden, es gab da auch große Widerstände. Zum anderen: Forschungen betonen heute, dass traumatische Ereignisse durchaus bis in die 4. Generation vererbbar sind. Das kann natürlich auch eine Erklärung sein.*

Lars Feld: Wobei das traumatische Ereignis, das vererbt wird, typischerweise ein individuell-traumatisches ist, das natürlich mit äußeren Ereignissen wie Kriegen oder schweren wirtschaftlichen Krisen, etwa der Finanzkrise, der Weltwirtschaftskrise oder der Hyperinflation zusammenhängen kann. Aber das Trauma, das entsteht, ist ein individuell erlebtes, schlechtes Ereignis. Wenn man selbst kaum davon betroffen war, vererben sich diese Angstzustände nicht.

Jörg Beining: *Es wird nur immer wieder neu gefüttert durch mediale Einflüsse, das ist dann sozusagen die Verstärkung.*

Sanne Ziethen: *Sie haben gestern Schilderungen in der Presse gezeigt: Wie gehen Sie damit um, wenn Sie auf eine Weise dargestellt werden, die so gar nicht ihrem Selbstbild entspricht?*

Lars Feld: Das lässt sich nur schwer korrigieren. Ich kann mich beispielsweise nicht gegen das Image wehren, die Ausgeburt des kalten Neoliberalismus zu sein. Das wird mir immer angedichtet, nur weil ich für flexible Strukturen auf Arbeitsmärkten eintrete. Das lässt sich nicht ändern.

Jörg Beining: *Ein bisschen Zeit haben wir noch, wir gehen jetzt nochmal auf die D-Mark ein. Am 20. Juli 2018 wäre die Deutsche Mark 70 Jahre alt geworden. Zeitgleich zur Einführung der Währung am 20. Juli 1948 fand mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft eine wichtige wirtschaftspolitische Weichenstellung statt. Häufig wird der Zusammenhang von wirtschaftlicher und politischer Stabilität hervorgehoben. Wie würden Sie diesen Zusammenhang beschreiben?*

Lars Feld: Mit der Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft trat das marktwirtschaftliche Prinzip in Deutschland in den Vordergrund, indem die Vorzüge der Marktwirtschaft über die Wettbewerbsordnung zum Tragen gebracht wurden. Das war die Idee des „Wohlstands für alle“. Erhard betonte vor allem das marktwirtschaftliche Prinzip: Sozial sei die Marktwirtschaft schon ohne das Adjektiv, nämlich dann, wenn sie als Wettbewerbswirtschaft organisiert sei und vermachtete Strukturen verhindert würden. Denn

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

dann stehe die Konsumentensouveränität im Vordergrund. Die Umverteilung im Sozialsystem ist eigentlich ein Element, das traditional aus der christlichen Soziallehre kommt und von der Kölner Schule Alfred Müller-Armacks⁷⁹ betont wurde. Es knüpft an die Bismarck'schen Sozialwerke an und wurde dann weiterentwickelt. Es war unter anderem Müller-Armack, der für die dynamische Rente eingetreten ist. Erhard hat sich dagegen gewehrt.

Wir können uns heute einerseits fragen: Was bringt uns denn die Marktwirtschaft? Was sind die Korrekturnotwendigkeiten? Was müssen wir tun, um einen vernünftigen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen zu erreichen? Und andererseits müssen wir fragen: Wie weit können wir mit der sozialen Absicherung gehen? Welche ungünstigen Nebeneffekte hat sie für die Marktwirtschaft? Welche günstigen Effekte hat sie, weil sie Sicherheit schafft für diejenigen, die investieren wollen, nicht zuletzt in ihr Humanvermögen? Das ist ja ein wesentlicher Bestandteil unseres Wohlstandes. Wir haben kaum natürliche Ressourcen, wir haben vor allen Dingen Köpfe, Menschen, die mit ihren Ideen und Vorstellungen, mit ihrer Intelligenz oder, wie wir eben sagen, mit ihrem Humanvermögen sich selbst und damit auch diese Volkswirtschaft nach vorne bringen.

Damit bin ich bei der Frage, wie viel Stabilität man durch wohlfahrtsstaatliche Systeme, Systeme der Umverteilung erhält. Einerseits lassen sich Stabilisierungseffekte des Sozialsystems erkennen – gerade im Vergleich der nordeuropäischen mit den südeuropäischen Staaten oder der entwickelten mit den weniger entwickelten Ländern. Andererseits ist Sozialpolitik immer eine Gratwanderung, weil man den sozialen Ausgleich überziehen kann: er muss durch Steuern finanziert werden, und Steuern sind leistungsfeindlich. Von daher bin ich immer skeptisch, wenn mir empirische Ergebnisse präsentiert werden, die günstige Effekte der Einkommensumverteilung auf das Wirtschaftswachstum zeigen. Typischerweise sind solche Ergebnisse nicht robust. Es lässt sich nicht belegen, dass, gerade wenn wir die OECD-Länder anschauen, eine höhere Einkommensungleichheit zu niedrigerem Wirtschaftswachstum führt. Von allen Problemen der Kausalität und ähnlichem abgesehen sind weder die Signifikanz der Ergebnisse noch die Vorzeichen robust, je nachdem welche Länder berücksichtigt sind, je nachdem, welche Perioden betrachtet und welche Methoden angewendet werden.

Wir sehen, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland sehr wohl eine Stabilisierungswirkung hat – auch eine politische – aber man muss aufpassen, dass man es nicht überzieht.

Sanne Ziethen: *Vielleicht könnte man es noch ein bisschen auf die Spitze treiben. Es wird ja vielfach gesagt, die junge Demokratie der Bundesrepublik sei dadurch grundlegend manifestiert und gestärkt worden. Inwieweit sind stabile wirtschaftliche Verhältnisse eine Grundbedingung für Demokratien? Das ist auch heute eine Frage, die einen beschäftigt.*

79 Alfred Müller-Armack (*1901; †1978), deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Kultursoziologe, Urheber des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft, 1950 bis 1970 Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität zu Köln, 1952 bis 1958 Leiter der Grundsatzabteilung und 1958 bis 1963 Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten im Bundeswirtschaftsministerium.

Lars Feld: In der Literatur wird sehr viel darüber gestritten, inwiefern sich wirtschaftliche und politische Freiheit gegenseitig bedingen. Die Literatur ist bislang zu keinem klaren Schluss gekommen, auch weil das empirisch schwer zu belegen ist. Wir haben eben über den Einfluss singulärer Ereignisse oder historischer Zufälle geredet: Wenn wir uns die Bundesrepublik anschauen, darf man natürlich nicht verkennen, dass Deutschland aufgrund des verlorenen Krieges mit massiven gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen konfrontiert war. Viele Familien haben ihr Vermögen im Osten verloren. Die neu gegründete Bundesrepublik war nach dem Zweiten Weltkrieg eine deutlich egalitäre Gesellschaft als die Weimarer Republik, weil viele vermögende Menschen sehr viel verloren haben. Zwar konnten sich manche schnell wieder auf Basis des noch bestehenden Vermögens etablieren und weiterentwickeln, sodass sie rasch wieder zu den reichsten Familien Deutschlands gehörten. Vielen anderen war dies aber nicht vergönnt. Dadurch ist die gesellschaftliche Verfestigung elitärer Strukturen geringer ausgeprägt als in Großbritannien oder in Frankreich.

Michael Gehler: *Wie haben Sie persönlich den Abschied von der D-Mark empfunden? Das ist ja eine Ikone gewesen, ein identitätsstiftendes Merkmal, wie es die Fußball-WM 1954 oder der Mercedes als Statussymbol gewesen sind.*

Lars Feld: Das hat mich wenig berührt. Ich war damals in der Schweiz und hatte vor allen Dingen in Schweizer Franken zu zahlen. Ich habe das Ganze wohlwollend von außen betrachtet und war zudem an den technischen Fragen als Ökonom interessiert. Es gab die Diskussionen um den Maastricht-Vertrag lange genug schon im Vorfeld. Ich fand, dass die Argumente ausgetauscht waren, und bin davon ausgegangen, dass die Rahmenbedingungen so gut gesetzt sind, dass der Übergang technisch nahtlos machbar ist. Außerdem war ich damals mehr an meiner eigenen Forschung als an anderen Themen interessiert. Bei aller Diskussion um die Geldpolitik muss man anerkennen, dass die Europäische Zentralbank bislang ihr Mandat der Preisstabilität erfüllt hat.

Die Deutschen haben sich sehr stark mit ihrer D-Mark identifiziert. Das ist vor allem der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft, deren Symbol die D-Mark war. Ohne die Preisfreigabe hätte man sich mit der neuen D-Mark allerdings nichts kaufen können. Die D-Mark ist das Symbol, aber die Anerkennung gebührt der Sozialen Marktwirtschaft, und diese steht in der politischen Debatte in Deutschland nicht zur Disposition. Keine politische Partei, nicht einmal diejenigen am extremen rechten oder linken Rand des Spektrums greifen dieses Wirtschaftssystem offen an.

Sanne Ziethen: *Hat es, abgesehen von den wirtschaftlichen Faktoren, nicht noch mehr Dimensionen? Was ist mit dem kollektiven Gefühl von „wir sind wieder wer“, das sich über wirtschaftliche Stärke definiert?*

Lars Feld: Die D-Mark kann Symbol für so vieles sein, aber es ist der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, die mit ihrer wirtschaftlichen Stärke dieses „wir sind wieder wer“ ermöglichte. Genauso basiert die Diskussion um Deutschland als der zurückhaltende Hegemon in Europa auf seiner wirtschaftlichen Stärke. Wir haben keine militärischen Ambitionen und auch keine militärische Stärke, wir sind zwar in diploma-

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

tischen Fragen nicht unbedeutend, aber eben nicht in allererster Linie gefragt. Man kann es hin und her wenden, wie man will, es ist vor allem die wirtschaftliche Stärke, auf die sich der Einfluss Deutschlands in der Welt stützt. Bei aller Freude um Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft darf man allerdings anderes nicht aus dem Blick verlieren, etwa das Londoner Schuldenabkommen⁸⁰, das uns sehr viel Erleichterung gebracht hat.

Michael Gehler: *Kann man aus Ihren Aussagen ableiten, dass die D-Mark nur ein Mittel zum Zweck war? Oder doch, worauf Frau Ziethens Frage abzielte, auch ein Stück weit Selbstzweck?*

Lars Feld: Ich glaube weder noch. Die D-Mark war ein notwendiger Bestandteil der Wirtschaftsreformen 1948. Jeder einzelne dieser Schritte hätte für sich genommen nicht die günstige Entwicklung ausgelöst, die wir dann gehabt haben. Aber beide zusammen genommen haben dafür gesorgt, dass schon am nächsten Tag wie durch ein Wunder Waren in den Schaufenstern auslagen, die vorher nicht da waren. In der Verklärung der Vergangenheit hat man dann weniger berücksichtigt, dass die Arbeitslosigkeit zunächst noch ziemlich hoch war, und es einige Jahre gedauert hat, bis Deutschland in die Vollbeschäftigung hineinkam. Es waren dann doch ein paar Jährchen – bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre – die man überstehen musste.

Jörg Beining: *In Deutschland hört man oft, die Aufgabe der D-Mark sei der Preis für die Deutsche Einheit gewesen. Auf dem „Altar der Einheit“ habe Helmut Kohl die deutsche Währung, die harte D-Mark, geopfert. Was halten Sie von diesem im kollektiven Bewusstsein tief sitzenden Urteil?*

Lars Feld: Ich überlasse dieses Urteil gerne den Historikern, die irgendwann über diese Frage entscheiden müssen, wenn die Archive geöffnet sind. Ich tendiere trotzdem mit dem Ziel der Differenzierung dazu, die Gegenposition einzunehmen. Schon in den 1980er Jahren vor der Wiedervereinigung gab es im Außenministerium Pläne für eine europäische Währungsunion. Der Werner-Plan⁸¹ war noch in der Schublade und spielte als Vorläufer eine Rolle. Von daher wäre ich vorsichtig, den Euro als Preis für die Wiedervereinigung zu sehen. Die Wiedervereinigung war ein exogener Schock, wie wir Ökonomen das sagen. Man hat nicht wirklich damit gerechnet, dass das passiert und schon gar nicht zu dem Zeitpunkt. Das bot die Chance, mit den Partnern über weitere europäische Integrations-

80 Das Londoner Schuldenabkommen wurde am 27. Februar 1953 unterzeichnet. Es regelt die deutschen Auslandsschulden. Unter der Verhandlungsführung von Herrmann Josef Abs konnte die deutsche Delegation einen hohen Schuldenerlass aushandeln: Die anfänglich auf 29,3 Milliarden D-Mark berechnete Summe wurde auf 14,8 Milliarden D-Mark reduziert.

81 Der unter dem luxemburgischen Premierminister Pierre Werner ausgearbeitete gleichnamige Plan war 1969 auf dem Gipfel von Den Haag ausgearbeitet und 1970 vorgelegt worden. Er sah vor, in der Europäischen Gemeinschaft bis 1980 eine gemeinsame Währung einzurichten. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems trug maßgeblich dazu bei, dass der Plan scheiterte.

schritte zu verhandeln. Insofern kann ich mir vorstellen, dass es Dokumente gibt, die einen Zusammenhang von Europäischer Währungsunion und Wiedervereinigung belegen.

Michael Gehler: *Das Urteil ist relativ klar: Es hat vor 1989 schon praktisch die Anlage für den Euro gegeben.*

Lars Feld: Ja. Aber Vieles ist oft in der Anlage da und trotzdem muss es den Auslöser, den Anstoß zur Umsetzung geben. Wenn aus den Archiven ein Dokument auftaucht, irgendein Geheimprotokoll, das besagt: „Ich stelle mich nicht gegen die Wiedervereinigung, aber dafür machen wir jetzt die Währungsunion. Wir haben alles schon diskutiert und sind schon relativ weit, jetzt brauchen wir nur noch den kleinen Schritt, das können wir doch jetzt noch hinkriegen.“ – dann würde ich schon sagen, dass die Wiedervereinigung eine Rolle gespielt hat.

Michael Gehler: *Ja, sicher.*

Lars Feld: Aber dann kommen wir trotzdem zu einem differenzierteren Urteil. Von Abkaufen würde ich jedenfalls nicht reden. Das ist schon eine harte Aussage.

Michael Gehler: *Die war provokant. Es sollte provozieren.*

Lars Feld: Aber so ist es im kollektiven Gedächtnis verankert, das man sich die Wiedervereinigung hat abkaufen lassen.

Michael Gehler: *Die deutsche Einigung hat einen katalysatorischen Effekt gehabt. Der Euro wäre wahrscheinlich so oder so gekommen, aber so ist er früher gekommen. Ohne deutsche Einigung kein Maastricht-Vertrag. Das ist an sich Grundkonsens in der Geschichtswissenschaft.*

Sanne Ziethen: *Man findet häufiger auch die Aussage im Rahmen dieser Verhandlungen, die D-Mark sei quasi die deutsche Atombombe gewesen. Hat sie Ihrer Meinung nach so einen Stellenwert gehabt?*

Lars Feld: Ich würde weiter zurückgehen als in die 1980er Jahre. Das erste Gutachten des Sachverständigenrates 1964 schlug vor, zu einem System flexibler Wechselkurse überzugehen. Ausgangspunkt für diese Analyse war die Vorstellung von Ludwig Erhard, dass man doch überlegen müsse, welche Politik die Inflationstendenzen erfolgreich bekämpfen könne. Er erhoffte sich, dass der Sachverständigenrat Leitlinien für die Lohnpolitik entwickeln würde. Stattdessen zeigte der Sachverständigenrat auf, dass es sich damals um eine importierte Inflation handelte, die stark mit dem System von Bretton Woods zusammenhing, sodass man deshalb das System ändern sollte. Es hat ein bisschen gedauert, bis das System zusammengebrochen ist, aber im Grunde war schon damals Deutschland aufgrund seiner Entwicklung, seiner wirtschaftlichen Stärke der Sprengsatz an der internationalen Währungsordnung, dem System von Bretton Woods. Natürlich hät-

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

ten die USA nicht unbedingt eine so inflationäre Politik betreiben müssen, um ihre Kriege zu finanzieren.

Mit der Politik der Deutschen Bundesbank, die 1974 zu einem monetaristischen Konzept überging, Geldmengensteuerung und eine restriktivere Geldpolitik als andere Notenbanken betrieb, zeichnete sich schon in den 1970er Jahren ab, was in den 1980ern blühte. Der Schwarze Mittwoch 1992⁸² war die Kumulation der makroökonomischen Ungleichgewichte in Europa. Ohne flexible Wechselkurse bleibt Deutschland noch heute in der Europäischen Währungsunion mit seiner wirtschaftlichen Stärke und der klar marktwirtschaftlichen Ausrichtung für andere Staaten in Europa problematisch. Es haben sich viele Volkswirtschaften auf dieses Modell ausgerichtet. Die wirtschaftliche Erholung Belgiens hat nicht zuletzt damit zu tun, dass seine Unternehmen stark in die deutschen Wertschöpfungsketten eingebunden sind und einen intensiven Austausch mit der deutschen Wirtschaft pflegen. Ähnliches gilt für Österreich, die Niederlande, die nordischen und die osteuropäischen Staaten. Die D-Mark hat symbolischen Charakter – aber es ist die wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Das wird natürlich in Italien und Frankreich nicht gerne gehört. Beide Staaten könnten mit mehr Marktwirtschaft besser dastehen.

Michael Gehler: *Wann ist für Sie Europa mehr geworden als nur ein geographischer Raum oder lediglich ein Wirtschaftsprojekt? Wann wurde für Sie erkennbar: Es ist eine politische Dimension dahinter; es ist eigentlich ein zutiefst fundamental politisches Projekt.*

Lars Feld: Ich bin im Saarland aufgewachsen, in einer Grenzregion, die zwischen den beiden Staaten immer wieder hin und her gerissen war. Der Prozess der europäischen Einigung war dort präsenter als anderswo in der Bundesrepublik. Ich habe gestern darauf hingewiesen, dass ich mütterlicherseits einige in der Politik engagierte Personen in der Familie hatte. Natürlich wurde häufig über europäische Fragen diskutiert. Es war ganz klar, dass die europäische Einigung, die Verankerung Deutschlands in Europa von größter Bedeutung ist.

Insofern müsste die Antwort lauten: Fast von Geburt an. Mein Großvater und sein Cousin Alwin Brück haben in den 1960er Jahren gemeinsam von französischen Bauern Eigentum an einem französischen Stausee erworben, der schon im 14. Jahrhundert angelegt worden war, als Frankreich diese weit verzweigten Kanäle als Transportwege geschaffen hatte. Wir waren dort als Kinder immer mit den Großeltern und Freunden in den Ferien. Meine Mutter besitzt diese Immobilie immer noch. Insofern war die deutsch-französische Aussöhnung von Kind an präsent.

Auf einer abstrakteren Ebene habe ich mich mit dieser Frage zum ersten Mal im Studium auseinandergesetzt. Als ich 1987 mit dem VWL-Studium anfang, war die Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes in der Diskussion. Das Zusammenwachsen habe ich so

82 Als „Schwarzer Mittwoch“ wird der 16. September 1992 bezeichnet. Ausgelöst durch Spekulationen gegen das britische Pfund kam es zu einer Krise des Europäischen Währungssystems.

richtig mit dem Schengen-Abkommen⁸³ gespürt. Die Aufhebung der Grenzkontrollen war gerade aus der Erfahrung der Urlaube in Frankreich ein Meilenstein.

Michael Gehler: *Beziehen Sie sich auf die 1980er oder die 1990er Jahre – also Amsterdam?*⁸⁴

Lars Feld: Stärker auf die 1990er Jahre.

Michael Gehler: *Der Befund der 1990er Jahre ist interessant, weil er sich mit den meisten Historikern deckt, die wir fragen, nämlich wann das eigentlich begonnen hat: Europa als historischen Forschungsgegenstand zu begreifen – die Integrationsfragen insbesondere.*

Jörg Beining: *Ich habe noch eine Zwischenfrage zur Struktur des Wirtschaftssystems. Wir haben einen starken Mittelstand, das gibt es nicht unbedingt in jedem europäischen Land. Inwieweit hat das Einfluss auf unsere Stärke, sowohl die D-Mark damals schon, als auch heute im europäischen Bereich und welche Chancen gibt es für andere Länder sich quasi anzuschließen?*

Michael Gehler: *Dazu eine Zusatzfrage: Entscheidet sich das Schicksal Europas auch über den Erfolg des Mittelstandes und seiner Behauptung und seiner Stärke?*

Lars Feld: Das geht mir zu weit – den Mittelstand so zu überhöhen. Ich weiß, dass der Mittelstand in Deutschland sehr wichtig ist. Aber man darf nicht verkennen, dass wir eine Wirtschaftsstruktur haben, bei der große, mittlere und kleine Unternehmen auf eine erstaunlich erfolgreiche Weise ineinandergreifen. Die Weltmarktführer im Autozuliefererbereich, die in bestimmten Regionen regelrechte Cluster bilden, sind mittelständische Firmen, die aber am Erfolg der großen Automobilkonzerne hängen. Gleichwohl gibt es viele Mittelständler, die unabhängig von großen Konzernen von sich aus Weltmarktführer wurden.

Die Diskussion um den Mittelstand wird zudem dadurch relativiert, dass es Mittelstand nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen deutschsprachigen Ländern, in der Schweiz und in Österreich gibt. Insbesondere die Schweiz hat neben dem Mittelstand mit Nestlé, Novartis, Roche u. a. erfolgreiche weltweit operierende Konzerne. Es gibt erfolgreichen Mittelstand in Flandern, in den Niederlanden, in Norditalien. Offenbar sind die Mechanismen in Italien mittlerweile aber so ungünstig, dass der Mittelstand dort die Nachteile nicht mehr kompensieren kann, die durch eine schlechte Wirtschaftspolitik

83 Das nach dem Unterzeichnungsort in Luxemburg benannte Schengener Abkommen vom 14. Juni 1985 ist ein internationales Abkommen vor allem zur Abschaffung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der teilnehmenden Staaten.

84 Der Vertrag vom Amsterdam wurde nach langen Verhandlungen der Regierungsvertreter der Mitgliedstaaten am 17. Juli 1997 in Amsterdam angenommen, am 2. Oktober 1997 unterzeichnet und trat am 1. Mai 1999 in Kraft. Der Vertrag nimmt Änderungen des Vertrags über die Europäische Union und die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften vor.

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

verursacht sind. Es gibt noch immer Mittelstand in Frankreich, der im Zeitablauf aber zusammengeschrumpft ist, weil der Staat dort ebenfalls eine falsche Politik gemacht hat.

Europa bietet viele Möglichkeiten für den Mittelstand. Wenn man nur auf die großen Unternehmen setzt, macht man einen Fehler. In der Wettbewerbspolitik ist der Marktzugang für kleine und mittlere Unternehmen für dynamische, gut funktionierende Wirtschaftsstrukturen enorm wichtig. Dafür braucht man die richtigen Rahmenbedingungen. Und man muss dafür sorgen, dass Unternehmen wachsen können. Deswegen würde ich nicht sagen, der Mittelstand ist allein selig machend; es geht um mehr Wettbewerb. Trotz Beihilfenkontrolle und Wettbewerbspolitik ist der europäische Binnenmarkt aufgrund von Regulierungen noch immer nicht vollendet. Die Diskussion um Strukturreformen im Euro-Raum zielt darauf ab, die Marktzugangsbeschränkungen zu beseitigen, damit durch mehr Wettbewerb höhere Produktivität erzielt werden kann. Diese Produktivitätssteigerungen sind Voraussetzung für Wirtschaftswachstum.

Jörg Beining: *Ich denke nur, dass nicht alle Menschen in großen Betrieben arbeiten können. Arbeitslosigkeit steht und fällt auch mit den ganz kleinen Firmen.*

Lars Feld: Sicher. Aber wir hatten in den 1970er Jahren einen florierenden Mittelstand und haben trotzdem Sockelarbeitslosigkeit bis ins Jahr 2005 aufgebaut. Insbesondere mit den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder ist dieser Gordische Knoten zerschlagen worden und die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen. Es kommt also auch auf die Arbeitsmarktpolitik an.

Sanne Ziethen: *„Europa entsteht über das Geld, oder es entsteht gar nicht“, hat der französische Politiker, Wirtschafts- und Finanzexperte Jacques Rueff im Jahr 1949 sinngemäß gesagt. Schafft gemeinsames Geld nur einen gemeinsamen Wirtschaftsraum oder auch eine „europäische Identität“? Und gäbe es letzte ohne einen gemeinsamen Wirtschaftsraum?*

Lars Feld: Ich halte dem entgegen: Europa im Sinne eines europäischen Bundesstaates entsteht nur über die Verteidigung oder gar nicht. Öffentliche Sicherheit, Landesverteidigung sind typischerweise zentral für die Entstehung von Bundesstaaten. Das gemeinsame Geld reicht nicht aus. Natürlich kann man versuchen, über die gemeinsame Währung eine gewisse identitätsstiftende Wirkung zu erzielen. Die Mitgliedstaaten schauen seit der Schuldenkrise im Euro-Raum stärker auf die Politik ihrer Partnerstaaten als früher. Dadurch nähert sich die EU allmählich einem gewissen Maß an europäischer Identität an. Die deutsche Politik interessiert sich heute viel mehr für die Politik, die in Italien, in Griechenland, in Frankreich, in Spanien betrieben wird als früher. Aber der Schritt hin zum Bundesstaat geht meines Erachtens nur über die Sicherheitsfragen.

Michael Gehler: *Warum?*

Lars Feld: Eine Bedrohung von außen stabilisiert ein bundesstaatliches Gebilde mit unterschiedlichen Sprachen und Kulturen. Fliehkräfte werden so reduziert.

Michael Gehler: *Wäre nicht ein europäischer Zivil- und Sozialdienst etwas, was zusammenführen könnte? Dass die jüngere mit der älteren Generation zusammenkommt, ein Deutscher in Portugal in einem Altenheim arbeitet und die soziale Dimension der Europäischen Union ein bisschen unterfüttern würde.*

Lars Feld: Vermutlich. Meine Erfahrungen im Sozialbereich sind eher die, dass dort die Intimität i. d. R. so groß wird, dass man auch davor zurückschreckt, völlig fremde Personen an sich heranzulassen. Selbst meine Frau als Gynäkologin in der Schweiz hat solche Erfahrungen dort im Krankenhaus gemacht.

Michael Gehler: *Sind sich deutsche Eliten bewusst, dass sie in der Europäischen Union diese hegemoniale Stellung nicht haben können, weil es Gegengewichte gibt wie Frankreich? Ist das den Wirtschafts- und Finanzeliten Deutschlands aus Ihrer Erfahrung so weit klar?*

Lars Feld: Ich habe manchmal den Eindruck, dass sich die Wirtschaftseliten wenig darum scheren und keinen Gedanken daran verschwenden. In der Politik ist das natürlich anders. Als der Economist mit dem Titel „The reluctant hegemon“ kam, war die Abwehrhaltung enorm. Das wollen die Verantwortlichen auf keinen Fall!

Jörg Beining: *Über die Identifikation der Deutschen mit der D-Mark haben wir bereits gesprochen. Gab oder gibt es in Europa andere Beispiele für derart starke emotionale Bindungen an die eigene Währung?*

Lars Feld: Wir reden ja von Europa. Die Identifikation der Schweizer mit dem Schweizer Franken ist genauso stark wie diejenige der Deutschen mit der D-Mark.

Michael Gehler: *Die Identifikation für den Schilling war interessanterweise nicht so stark. Es gab ein Schillingsvolksbegehren, bei dem nicht die nötige Stimmzahl erreicht werden konnte, um den Nationalrat damit zu befassen. Der Schilling hat nicht diese Bedeutung für die Österreicher.*

Lars Feld: Wenn ich etwas länger drüber nachdenke, wird es beim Pfund genauso sein. Ich glaube schon, dass das Pfund für die Briten ähnlich identitätsstiftend ist. Die Italiener waren mit ihrer Lira am Ende vielleicht deswegen ein bisschen wehmütig, weil sie diese komischen krummen Zahlen mit Euro und Cent bekamen. In Lira gab es immer schöne runde Summen....

Sanne Ziethen: *Welche Rolle spielen Ihrer Ansicht nach Historiker, Politikwissenschaftler und Ökonomen für den Europagedanken?*

Lars Feld: Wir sehen in der Entwicklung der Konzepte der europäischen Einigung gerade aus diesen drei Disziplinen sehr viel Einfluss. Manchmal ist dieser rein technisch, oft genug ist es ein bisschen mehr. Die Zielsetzung für den Einigungsprozess der „ever closer union“ ist bei vielen der Bundesstaat. Wenn ich aber herausfinden wollte, wer wirklich

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Einfluss genommen hat, dann wird es viel schwieriger. Wir haben bedeutsame Ereignisse, auch Reden die zur europäischen Einigung gehalten wurden. Ich denke hier zum Beispiel an die Churchill-Rede in Zürich⁸⁵. Wie würden wir Winston Churchill denn überhaupt begreifen wollen: nur als Politiker? War er nicht viel mehr als ein Politiker und hat er nicht zu Recht im Jahr 1953 den Nobelpreis für Literatur bekommen? Wenn man sich seine historischen Arbeiten anschaut, dann darf man sagen: Er ist Historiker gewesen.

Michael Gehler: *Churchill hat auch den Karlspreis bekommen, das ist beachtlich. Die vorige Frage noch etwas zugespitzter formuliert: Leidet die Europäische Union möglicherweise darunter, dass es nicht einen Thinktank gibt, der sich aus einer interdisziplinären Gruppe speist? Zweitens haben Sie die Zweckbestimmtheit, das ewige Thema „Finalität“ angesprochen. Leidet die Europäische Union – was Akzeptanz, Integration und Kommunikation angeht – nicht auch daran, dass die Bürgerinnen und Bürger bis heute nicht wissen, wohin die Reise gehen soll, wo die Europäische Union endet, was sie eigentlich irgendwann mal sein soll, also die vielzitierte Endzweckbestimmung? Beide Fragen hängen miteinander zusammen. Kommt es nicht dazu, weil sich Historiker, Politikwissenschaftlicher, Ökonomen zu wenig aus dem Fenster lehnen oder auch sagen, was die EU wirklich sein kann und was sie wirklich nicht sein kann?*

Lars Feld: Das European University Institut in Florenz⁸⁶ hat diese Absicht, Juristen, Politologen, Historiker und Ökonomen zusammenzubringen, die zu diesen Themen arbeiten, forschen und Konzepte entwickeln, wie sich die Europäische Union weiterentwickeln sollte. Dahinter steht die Idee eines Bundesstaates, ohne diese Finalität immer zu benennen. Wir haben regelmäßig wichtige Persönlichkeiten, die aus dem Akademischen in entscheidende politische Positionen kommen. Es gibt auch Thinktanks, die aus anderen Impulsen entstanden sind, etwa das CEPS⁸⁷ oder Bruegel,⁸⁸ beide in Brüssel.

Michael Gehler: *Das ZEI⁸⁹ in Bonn auch?*

85 Nach der Wahlniederlage der Konservativen im Jahr 1945 wird der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill zum Beförderer der deutsch-französischen Aussöhnung und setzt das geeinte Europa auf seine außenpolitische Agenda. Am 19. September 1946 hält er in Zürich eine vielbeachtete Rede zur europäischen Einheit.

86 Das Europäische Hochschulinstitut in Florenz und Fiesole ist eine Forschungseinrichtung, die in den Bereichen Wirtschafts-, Geschichts-, Rechts-, Politik und Sozialwissenschaften forscht. Sie wurde von den Mitgliedstaaten der EG 1971 als Hochschulinstitut, nicht als Volluniversität, beschlossen, 1976 wurde der Lehr- und Forschungsbetrieb aufgenommen.

87 Das Centre for European Policy Studies (CEPS) ist eine europäische Denkfabrik mit Sitz in Brüssel. Es wurde 1983 gegründet.

88 Das Bruegel ist eine europäische Denkfabrik mit Sitz in Brüssel, die auf ökonomische Fragen spezialisiert ist. Es wurde 2005 gegründet.

89 Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) wurde 1995 gegründet und ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut, das an die Philosophische und Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angegliedert ist.

Lars Feld: Das ist leider nicht mehr so stark. Jetzt gibt aus einem deutschen Impuls heraus ein Institut, das als Ableger des ifo Instituts mit Finanzierung durch das Bundesfinanzministerium in Brüssel angesiedelt worden ist. Es greift die Netzwerkidee auf, arbeitet mit vielen Institutionen europaweit zusammen. Ich finde nicht, dass wir derzeit mehr Institutionen brauchen. Es ist doch genügend Wettbewerb vorhanden.

Jörg Beining: *Wie sehen sie die zukünftige Rolle Deutschlands in Europa?*

Lars Feld: Deutschland ist eine der wichtigen Mächte in der EU, darf aber nicht zu bedeutsam werden. Die merkelsche Herangehensweise ist vermutlich der richtige Ansatz – dieses zurückhaltende Element. Vor allen Dingen die Sachfragen in den Vordergrund zu rücken, das zeichnete die Regierungen Merkel aus. Ich habe das immer sehr wohlthuend empfunden.

Michael Gehler: *Der Satz von Merkel: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“. Haben sie den als klug empfunden?*

Lars Feld: Es kommt immer drauf an, was man in bestimmten Diskussionen zu bewegen versucht. Vielleicht war es klug oder unklug. Denn es hat sehr starke Reaktanz hervorgeufen. Aber sachlich gesehen hatte sie natürlich einen Punkt. Wenn wir den Euro scheitern lassen und er bricht auseinander, hat das enorme Kosten für die beteiligten Staaten. Ich wünsche uns diese Wirtschaftskrise, die dann ausbricht nicht. Solche Wirtschaftskrisen können sehr ungünstige politische Auswirkungen haben. Das blaming und shaming wird dann noch deutlich stärker, als wir es in der Eurokrise gesehen haben, das kann zu einem größeren Zwist führen. Von daher sehe ich sehr wohl die Risiken und insofern hatte Frau Merkel Recht.

Sanne Ziethen: *Was waren Ihrer Erinnerung nach die treibenden Kräfte für die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone und was ist dabei falsch gelaufen?*

Lars Feld: Die Verklärtheit der europäischen Geschichte war ein wesentlicher Grund dafür. Die Risiken hat man hingegen klein geredet nach dem Motto: „Ach, das kleine Krisenland werden wir schon irgendwie schultern können“. Das war eine Fehleinschätzung sondergleichen.

Michael Gehler: *Es waren damals der Bundeskanzler Gerhard Schröder und in Frankreich Jacques Chirac am Ruder. Würden Sie den beiden die Hauptverantwortung dafür geben?*

Lars Feld: Ja. Ich gebe sie nicht dem BMF, denn das BMF und der damalige Finanzminister haben durchaus davor gewarnt.

Jörg Beining: *Es gab einen Schuldenschnitt 1953/54 für die Bundesrepublik, als sie die Reparationszahlungen an die USA/England nicht mehr zahlen musste. Ist das mit dem heutigen Szenario Griechenlands vergleichbar?*

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

Lars Feld: Umschuldungen und Staatsinsolvenzen werden in empirischen Analysen miteinander verglichen, indem unterschiedliche und gemeinsame Charakteristika herausgearbeitet werden. Der Schuldenschnitt 1953/54 gehört zu den größten der Historie, aber die Umschuldung, die Griechenland bekommen hat, eben auch. Die größten Umschuldungen waren 1917 Russland, besser die Sowjetunion, das China Maos, eine Umschuldung Mexikos im 19. Jahrhundert, Deutschland im Londoner Schuldenabkommen und Griechenland. Im Grunde haben im Londoner Abkommen die betroffenen europäischen Staaten mit ihrer Unterschrift auf Reparationszahlungen in der Zukunft verzichtet; ich weiß aber nicht, ob man das irgendwann noch juristisch mit Griechenland klären muss, das immer wieder dieses Thema aufbringt. Das Londoner Schuldenabkommen war wesentlich für die Erholung Deutschland. Der Unterschied zu Griechenland ist folgender: wir haben uns relativ schnell erholt und Griechenland nicht. Griechenland hat 2012 diesen massiven Schuldenschnitt im Frühjahr und im Spätherbst gehabt und hat dann bis 2018 gebraucht, bis es wieder Licht am Ende des Tunnels gesehen hat.

Michael Gehler: *In der Griechenlandkrise hat die griechische Seite das Londoner Schuldenabkommen ins Spiel gebracht. Es war eine Funktionalisierung der Geschichte zur eigenen Vorteilsverschaffung, um aus einer Schuldenklemme herauszukommen. War das gerechtfertigt oder ist das abwegig gewesen?*

Lars Feld: Ich empfand das als abwegig und empfinde es bis heute abwegig, so vorzugehen.

Michael Gehler: *Weil? Warum?*

Lars Feld: Deutschland hat die griechische Wirtschaft nicht zugrunde gerichtet. Die Probleme Griechenlands liegen nicht darin begründet, dass das Land ein paar Millionen D-Mark an Reparationszahlungen nicht bekommen hat. Das Problem ist ein Problem der griechischen Strukturen, in der Ausrichtung der griechischen Wirtschaft. Natürlich ist es immer schwierig zu sagen: „Wir sind selber schuld“.

Michael Gehler: *Einige Historiker haben das für durchaus gerechtfertigt gehalten und der Bochumer Wirtschaftshistoriker Constantin Goshler hat die Beschlagnahme des griechischen Nationalschatzes betont, der auch noch zu erinnern sei.⁹⁰ Man könnte aber weitergehen und sagen: solche Instrumentalisierungen der Geschichte fördern nicht den europäischen Solidaritätsgedanken.*

Lars Feld: Darauf will ich nicht hinaus. Die europäischen Partner haben mit Griechenland Solidarität in der Schuldenkrise geübt, indem sie dem Land Kredite gewährt haben,

90 Constantin Goshler (*1960) ist ein deutscher Historiker und hat derzeit den Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum inne. Er forscht vor allem zum Umgang mit den Folgen von Krieg und Gewalt. Sein Vortrag zur „historischen Schuld“ Deutschlands gegenüber Griechenland im Kontext der Reparationsforderungen Griechenlands hat große Beachtung gefunden und Diskussionen ausgelöst.

als niemand sonst das mehr tun wollte, und dann noch eine Umschuldung zu günstigeren Konditionen akzeptiert haben. Die griechische Regierung erkennt das mittlerweile an, wo es wieder ein bisschen besser läuft. Es gibt diese Anerkennung für die geübte Solidarität.

Sanne Ziethen: *Wäre rückblickend der Austritt Griechenlands aus der Eurozone besser gewesen, was z. B. von Wolfgang Schäuble gefordert wurde?*

Lars Feld: Man würde die Währungsunion durch einen solchen Austritt in ein Festkursystem transformieren und zum Spekulationsobjekt machen. Die Hoffnung, dass ein Mitgliedstaat austritt, dann abwertet und gleich Wettbewerbsfähigkeit erlangt, ist naiv. Wir haben über Jahrzehnte gesehen, wie Spanien, Griechenland aber vor allem Italien versucht haben, über eine Abwertungspolitik die Wettbewerbsnachteile zu kaschieren, die man sich aufgrund einer falschen Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik eingehandelt hat. Italien hat damals darum gebettelt, in die Währungsunion aufgenommen zu werden, weil es Refinanzierungsprobleme aufgrund seiner hohen Zinsen fürchten musste. Ciampi wollte unbedingt in die Währungsunion und hat die Vor- und Nachteile genau gesehen. Das Argument Schäubles ist ein anderes und ähnlich demjenigen, das der Sachverständigenrat in einem Sondergutachten 2015 gemacht hat: Wenn ein Mitgliedstaat überhaupt nicht mehr bereit ist, die Grundregeln einzuhalten, dann muss er eben austreten, gegebenenfalls sogar aus der EU.

Jörg Beining: *Wie haben Sie Merkel in den Krisenjahren, den Jahren der Komplexitätskrise 2007/8-2012 (Banken- und Finanzmarktkrise, Griechenlandkrise) erlebt?*

Lars Feld: Besonnen und engagiert.

Michael Gehler: *Kann es auch zu viel Besonnenheit und Gelassenheit geben? Oder anders gefragt: Frau Merkel ist so vieles: Bundeskanzlerin, Parteipolitikerin, Mitglied einer Fraktionsgemeinschaft, Europäerin. Ist sie eine Vernunfteuropäerin oder eine Herzenseuropäerin? Wie würden Sie das aus Ihrer Erfahrung und Beobachtung das sehen? Sie ist eine historische Figur ersten Ranges, Sie ist jetzt auf dem besten Wege, noch länger als Kohl zu regieren. Sie hat eine Ära geprägt. Wie würde das Urteil in Geschichtsbüchern laufen?*

Lars Feld: Sie wird als Krisenkanzlerin in die Geschichte eingehen, der es durch eine erfolgreiche Krisenpolitik gelang, den Zusammenhalt der Währungsunion zu sichern. Natürlich standen schon im Jahr 2011 ambitioniertere Lösungen zur Verfügung als diejenigen, die im Kanzleramt gewählt wurden. Im Sachverständigenrat war uns im Herbst 2011 und im Frühsommer 2012 klar, dass man die Währungsunion nur mit der klaren Aussicht für die Finanzmärkte auf ihren Fortbestand zusammenhalten könnte. Das Hauptrisiko in der Zinsentwicklung bestand weniger im Ausfallrisiko der Staatsanleihen als vielmehr in der Gefahr eines Austritts aus der Währungsunion. Dadurch entstand ein Denominationsrisiko. Für die Sicherung des Fortbestands der Währungsunion gab es im Grundsatz zwei Möglichkeiten, entweder die Geldpolitik oder die Finanzpolitik reagiert. Der Sachverständigenrat hat damals einen Schuldentilgungspakt als fiskalpolitische Lösung

„Als unabhängiger Politikberater sitzt man zwischen allen Stühlen, ...“

vorgeschlagen. Dieser hätte einerseits eine gewisse gesamtschuldnerische Haftung für Schulden im Euro-Raum bedeutet und andererseits die Mitgliedstaaten zu Strukturreformen und zur Konsolidierung ihrer Staatshaushalte verpflichtet. Das war der Kanzlerin zu risikoreich und sie hatte Recht angesichts der Probleme, die sich danach, etwa mit der populistischen Regierung in Italien ergaben.

Sanne Ziethen: *Welche Gefahren sehen Sie in weiterer Zukunft für den europäischen Wirtschaftsraum?*

Lars Feld: Die Probleme sind enorm. Weiterhin ist die Staatsverschuldung in den Mitgliedstaaten viel zu hoch. Ohne die Refinanzierung durch die Europäische Zentralbank auf den Sekundärmärkten müssten Griechenland und Italien erhebliche Risikoaufschläge zahlen. Hinzu kommen geostrategische Herausforderungen aufgrund der Rivalität zwischen dem Westen und China oder der Bedrohung an den Außengrenzen der Europäischen Union durch Russland.

Michael Gehler: *Wo liegen für Sie die Grenzen Europas? Vor allem mit Blick auf die Erweiterungen? Ist der Westbalkan, was Stabilitäts- und Assoziationsabkommen angeht, eine Perspektive? Wo sehen Sie diese Grenzen eigentlich persönlich? Sind Sie eher ein karolingisch, westeuropäisch oder mitteleuropäisch Denker? Oder denken Sie an eine „dosierte Erweiterung“, wie Kohl sie dachte?*

Lars Feld: Ich sehe das nicht von meiner Herkunft aus, ich frage einfach: Welche Probleme entstehen bei Erweiterungen, welche Probleme handeln wir uns ein und wie lassen sie sich lösen? Ich kann mir vorstellen, dass die EU eine Aufnahme der Westbalkan-Staaten noch einigermaßen verkraften könnte, nicht zwingend in der Währungsunion aber in der EU. Die Ukraine und die Türkei sind beide politisch ausgesprochen problematisch.

Michael Gehler: *Die Ukraine hat ein Assoziationsabkommen mit der EU. Wie sieht es damit aus?*

Lars Feld: Meines Erachtens war dieses Assoziationsabkommen verfrüht. Es hat mit dazu beigetragen, dass die Konflikte mit Russland und in der Ukraine verschärft worden sind. Die EU sollte nicht darauf drängen, sich weiter auszudehnen, wenn sie einen bewaffneten Konflikt mit Russland vermeiden will.

Michael Gehler: *Frankreichs Präsident Emmanuel Macron spricht sich seit seiner Wahl immer wieder für eine vertiefte Zusammenarbeit innerhalb der EU aus und fordert einen EU-Finanzminister. Nur so könne Europa Zitat: eine „starke weltweite Wirtschaftsmacht“ sein. Was haben Sie da an Substanz eigentlich erkennen können, wo glauben Sie will Macron eigentlich hin und wo sind die Grenzen der deutschen Kompromissfähigkeit, um zu einem Ausgleich mit Frankreich mit Macron zu kommen?*

Lars Feld: Ich bin sehr skeptisch hinsichtlich einer fiskalpolitischen Ausrichtung in der Währungsunion. Unser ordnungspolitisches Konstrukt ist ein anderes und wir sollten

nicht versuchen, es grundsätzlich zu ändern, bevor wir den Schritt zum Bundesstaat getan haben.

Michael Gehler: *Lieber Herr Feld, ganz, ganz, ganz, dreimal ganz, herzlichen Dank.*

Lars Feld: Ich bedanke mich für das Gespräch.

III. Analysten von Wirtschafts-, Währungs- und Identitätskrisen

Athanassios Pitsoulis



Der Fall Griechenland – eine Euro-Krise ohne Ende?

Zum Referenten:

Athanassios Pitsoulis studierte von 1992 bis 1997 Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Wirtschaftsgeschichte und -politik an der Universität Siegen und beendete sein Studium mit einer Diplomarbeit über griechische Wirtschaftsgeschichte. Anschließend war er bis 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik an der Universität Siegen und promovierte hier zum Thema „Entwicklungslinien ökonomischen Denkens über Systemwettbewerb“. Zwischen 2007 und 2013 hatte er eine Juniorprofessur für Mikroökonomie an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus inne. Seit 2013 ist Athanassios Pitsoulis Professor für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik an der Stiftungsuniversität Hildesheim. Für seine Arbeiten, die sich mit Makro- und Mikroökonomie, Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsphilosophie, politischer Ökonomie und Migration sowie Wirtschaftsdidaktik beschäftigen, hat er verschiedene Preise erhalten.

Zum Vortrag:

Der Referent stellt in seinem Vortrag schwerpunktmäßig den status quo der ökonomischen Verhältnisse Griechenlands vor und fragt, welcher Nachholbedarf aus wirtschaftlicher Sicht festzustellen ist, welche Herausforderungen Griechenland zu bewältigen hat und warum die Umsetzung von Reformen so schwerfällt. Im Hinblick auf den status quo orientiert sich Pitsoulis im Wesentlichen an der Problemanalyse des Internationalen Währungsfonds (IWF), ergänzt um eigene Erfahrungen.

Das Problem ist, dass es Griechenland gelingen muss, den Staatshaushalt zu sanieren und gleichzeitig tiefreichende Strukturreformen durchzuführen, vor allem Arbeitsmarktreformen. Die Tatsache, dass beides gleichzeitig geschehen muss, ist ein Grund dafür, dass bisher nur ein begrenzter Erfolg festzustellen ist. Das Land braucht ein neues Wachstumsmodell und muss dafür zunächst ermitteln, welche Branchen konkurrenzfähig sind und weiterentwickelt werden sollten und welche für Griechenland ungeeignet sind. All diese Prozesse bedingen sich gegenseitig.

Die Griechen kommen aus einem Dilemma nicht heraus: Sparen heißt, weniger Geld in die Wirtschaft zu investieren, was die Wachstumsaussichten trübt. Gleichzeitig gibt es Massenentlassungen in Betrieben im öffentlichen Sektor, was zu einer hohen Arbeitslosigkeit führt, die sozial nur schwer zu vertreten ist. Arbeitslosigkeit und ein Rückgang der Löhne sind aber notwendig, um nachhaltig wachsen zu können. Diese makroökonomische Stressphase muss das Land durchlaufen, um Licht am Ende des Tunnels zu sehen. In Europa wird die Reform als etwas gesehen, das im Paket gelöst werden muss, was bedeutet, dass Griechenland in den nächsten Jahren nicht ohne Hilfszahlungen auskommen wird.

Man kann von einem gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozess für Griechenland sprechen, der aber bislang keinen wirtschaftlichen Erfolg zeigt, wie verschiedene Zahlen deutlich machen. Das BIP war Mitte der 1990er auf dem Wachstumspfad. 2004 gab es eine leichte Eintrübung, dann wieder Wachstum. Seit dem Krisenjahr 2008 aber schrumpft die griechische Wirtschaft. Anfang 2017 lag die Wirtschaftsleistung auf dem Niveau von 1999/2000, das heißt, Griechenland hat 18 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung eingebüßt und befindet sich auf dem gleichen Niveau wie vor der Euro-Einführung, weshalb viele Griechen inzwischen fragen, warum man eigentlich in der Euro-Zone bleiben soll. Würde sich diese Haltung politisch durchsetzen, wären die Rettungsprogramme ad absurdum geführt. Das Projekt muss also gelingen. 2012/13 war die Talsohle der Wirtschaft erreicht; seitdem stagniert die wirtschaftliche Entwicklung und der Schuldenberg wächst mit jedem Euro an Hilfskrediten.

Wirtschaftswachstum mit der Folge, dass kurzfristig die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Beschäftigung anziehen, wäre wichtig. Ohne Wirtschaftswachstum reduziert sich die Arbeitslosigkeit nicht – sie lag zuletzt bei 23,6%, aber auch schon bei 25%.

Der wirtschaftliche Abschwung wirkt sich auf unterschiedliche Einkommenschichten verschieden aus. Seit 1974 hat sich eine Kluft zwischen Arm und Reich aufgetan. Solange es ein Wirtschaftswachstum gab, stieg die Ungleichheit nur schwach an, in der Krise hat sie sich leicht erhöht und stagniert nun. Alle Einkommenschichten sind finanziell abgestürzt, der Wirtschaftsrückgang traf alle. Nur befinden sich in den Schichten mit hohem Einkommen viel weniger Personen, d. h. es gibt viele, die wenig haben und die an das

Existenzminimum rutschen oder darunter. Wenn der Rückgang der Einkommen einen Großteil der Bevölkerung trifft, dann damit auch einen Großteil der Wähler. Denen muss man aber die Strukturreformen vermitteln, was politisch schwierig ist. Viele Reformen sind auf Grund politischer Selbstblockaden nicht durchführbar.

Die Große Depression in den USA in den 1920ern/30ern wurde bisher immer als die Mutter aller Wirtschaftskrisen gesehen. Der Einbruch war ähnlich gravierend wie in Griechenland, aber die USA waren nach vier Jahren wieder auf dem Wachstumspfad. Die Wirtschaftskrise Griechenlands ist weitaus schwerwiegender.

Wie sieht es mit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aus? Es mangelt Griechenland an Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, was zu weniger Export führt und zu einem Handelsbilanzdefizit. Wenn Griechenland es schaffen würde, auf den Weltmärkten präsenter zu sein, dann würden sich Handels- und Leistungsbilanz verbessern. Nun steigert sich tatsächlich die Leistungsbilanz, Griechenland scheint also mehr Wettbewerbsfähigkeit erworben zu haben. Die Exportleistung ist aber kaum gestiegen und gleichzeitig können sich auf Grund verringerter Einkommen viele Menschen teure importierte Produkte nicht mehr leisten. Daher wird der Import verringert, was sich in der Leistungsbilanz positiv niederschlägt. Das sieht nach Stabilisierung aus, sagt aber nichts über die Wettbewerbsfähigkeit.

In dieser Situation ist es schwer, in der Bevölkerung eine Mehrheit für Sparmaßnahmen zu finden. Das wirkt sich auf den politischen Prozess nicht stabilisierend aus; das Land hatte in sechs Jahren sieben Regierungen aus dem ganzen Parteienspektrum. Daher gab es kaum Konstanz bei der Durchführung der Rettungsprogramme. Hinzu kommt, dass das Parteienspektrum im Parlament immer stärker zersplittert ist, von extrem rechts bis extrem links. Parteiübergreifende Kooperation wäre angeraten, Griechenland hat indes wenig Erfahrung mit Koalitionsregierungen, was am Wahlgesetz liegt: Die Partei, die bei Wahlen die absolute Mehrheit erlangt, bekommt im Parlament seit 2012 50 von 300 Sitzen zusätzlich (vorher waren es 40), um klare Mehrheiten zu schaffen. Lange war dieses System stabil, doch hatte das Verfahren Auswirkungen auf den Wahlkampf, denn jede kleine Interessengruppe kann das Zünglein an der Waage sein, also wird sie von jeder Partei hofiert. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik war nie stark; jetzt ist es, nicht zuletzt durch Korruptionsskandale, komplett abhandengekommen.

Auf einem guten Pfad scheint Griechenland bei der Konsolidierung des Haushalts zu sein; seit 2015 nimmt der Staat mehr Geld ein, als er ausgibt, aber das ist kritisch zu sehen, denn nur auf dem Papier ist es geschafft, den Staatshaushalt zu sanieren. Wie saniert sich ein Staat? Er fährt die Ausgaben zurück und steigert die Einnahmen, vor allem durch die Erhöhung der Steuern. In dem aber die Regierung in ihrer Budgetrechnung wahrscheinlich kaum begleichbare Steuerforderungen an öffentliche Betriebe, private Betriebe, Haushalte usw. einkalkuliert, verlagert sie eigentlich nur die prekäre Lage des Staatshaushalts auf die Bilanzen des Privatsektors. Die Steuerschulden des privaten Sektors betragen 90% des BIP. Hinzu kommen „notleidende Kredite“, die Anleihen bei großen Banken, für die im schlimmsten Fall der Steuerzahler aufkommen müsste, denn diese Banken sind nicht voll kapitalisiert. Zusätzlich wandert viel Kapital ab, da viele Menschen ihr Geld von der Bank geholt haben aus Angst vor einer Bankpleite. Ein- und Ausgaben sind also nur auf dem Papier gut.

Ein weiteres großes Problem ist, dass Investitionen fehlen, was auch damit zu tun hat, dass man die prekäre Haushaltsslage in den privaten Sektor verschob. Ein Trick der Regierung, um Ein- und Ausgaben zu verbessern ist, Rechnungen privater Firmen eine Zeitlang nicht zu bezahlen, mit der Folge, dass diese Firmen unter Umständen pleitegehen, zumindest nicht investieren. Investitionen müssen aber irgendwo herkommen, entweder vom Staat oder aus der Privatwirtschaft, aber derzeit fehlen dafür die Rahmenbedingungen – ein Teufelskreis.

Die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft ist ein einem Jahrzehntlang dauernden Prozess erodiert. Gründe dafür gibt es viele: die Qualität der Institutionen, die Infrastruktur, die makroökonomischen Rahmenbedingungen, die Gesundheitsvorsorge, das Bildungssystem, die Güter- und Arbeitmarkteffizienz – das alles ist auf keinem guten Niveau. Die Wettbewerbsfähigkeit hängt vor allem an der Produktivität des Faktors Arbeit. Die Lohnstückkosten gehen in Deutschland seit 2001 zurück, in Griechenland steigen sie. Das führt zu einer Stagnation bei den Exportgütern und Dienstleistungen, z. B. im Tourismus. Hierbei muss man berücksichtigen, dass die Erhöhung der Arbeitsproduktivität Investitionen erfordert, doch für die gibt es keine Anreize.

Was wäre zu tun? Zunächst wäre Nachhaltigkeit in der Fiskalpolitik zu schaffen. Die Steuerverwaltung müsste verbessert werden, ebenso der private Sektor entlastet werden. Man hat es bisher nicht geschafft, die Steuerbasis zu verbreitern und die Bevölkerung effektiv zu besteuern. In Griechenland konzentriert sich die Besteuerung auf Unternehmen, Reiche und Immobilienbesitz. Das ist eine zu schmale Basis. Aber viele Haushalte liegen unter der Steuerfreibetragsgrenze, deren Senkung viele Menschen treffen würde. Reiche, vor allem die wenigen konkurrenzfähigen Unternehmen, stärker zu besteuern ist indes kein Rezept für Erfolg, denn wer investiert dann? Steuererhöhungen beeinträchtigen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und verringern die Attraktivität des Standorts Griechenland für Investoren. Ein großes Problem ist auch die Schattenwirtschaft, deren Höhe unterschiedlich eingeschätzt wird, zwischen 25% bis 50 % der Wirtschaftsleistung. Sie wird vom Staat und der Besteuerung nicht erfasst. Auch hier gibt es großen Nachholbedarf.

Eine Schwierigkeit ist zudem das Rentensystem. 11% des BIP werden für das öffentliche Rentensystem ausgegeben, in Deutschland sind es 4%. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit hängen viele Familien am Tropf von Rentenbeziehern, unter Umständen drei Generationen. Eine Rentensenkung trifft daher alle und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt. Und welche Regierung, die gewählt werden will, senkt die Renten?

Bisher gibt es keinen überzeugenden Erfolg bei der Sanierung des Staatshaushalts, der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit, dem Aufbrechen von strukturellen Hemmnissen. Wir haben ein Konglomerat an sich gegenseitig beeinflussenden negativen Effekten und Reformen, politischen Problemen und Selbstblockaden.

Am Ende seines Vortrags skizziert der Referent drei Szenarien mit Fragezeichen. Was wird in Zukunft passieren? Das erfreulichste Szenario wäre, es gäbe einen Reformkonsens unter den politischen Parteien, ein Programm, das mit europäischer Unterstützung umgesetzt wird. Man müsste die Reformen etwas umstrukturieren, damit sie eine Regierung nicht allzu viele Stimmen kosten. Der IWF empfiehlt mehr Reformen, die das Wachstum fördern, statt der krampfhaften Schaffung von Primärüberschüssen durch Finanztricks. Der IWF ist zum Entgegenkommen bei den Schulden bereit. Möglich ist dennoch eine Rückkehr zum Grexit-Risiko – als Druckmittel sowohl von Seiten der EU wie

Der Fall Griechenland – eine Euro-Krise ohne Ende?

Griechenlands. Am wahrscheinlichsten ist aber, dass sich das Land mit Zustimmung der EU weiterhin durchwurschtelt, was eigentlich ausgeschlossen sein sollte, denn es muss sich etwas tun.

Diskussion (Auszüge)

Frage: *In den vergangenen zwei Jahren gab es widersprüchliche Informationen darüber, ob der IWF an den Hilfsmaßnahmen beteiligt ist.*

Antwort: Der IWF ist beteiligt. Die Bundesregierung hat versprochen, dass es keine Rettung ohne den IWF gibt; das ist ebenso Verhandlungstaktik wie die Rückzugsandrohung des IWF. Intern ist dort die Eurorettungspolitik umstritten. Europäer spielen aber im IWF eine starke Rolle und könnten die Richtung, in die es geht, beeinflussen.

Frage: *Welche Industrien hat Griechenland?*

Antwort: Dienstleistungen (vor allem Tourismus), Küstenschifffahrt, internationale Gütertransport-Schifffahrt. Letztere ist kapitalintensiv, steht unter extremen Wettbewerbsdruck, konzentriert sich auf wenige Familien und ist schnell ins Ausland zu verlegen, womit die Kapitalbesitzer die Regierung unter Druck setzen und die Regierung mit weniger Steuern antwortet. Die Reeder sind weitgehend von den Steuern ausgenommen, denn sonst sind sie weg.

Die Lebensmittelindustrie ist zurückgegangen, denn griechische Produkte sind zu teuer und werden nicht gekauft, obwohl sie qualitativ sehr hochwertig sind. Es gibt zu viele kleine, nicht wettbewerbsfähige Betriebe. Hier ist eine Konzentration nötig; das Potential ist da, man muss der freien Wirtschaft nur ihren Lauf lassen.

Frage: *Länder, die in die Eurozone eintreten wollen, müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Stimmt es, dass die amerikanische Investmentbank Goldman-Sachs auf Wunsch der griechischen Regierung die Wirtschaftszahlen so lange manipuliert hat, bis es für Brüssel passte?*

Antwort: Griechenland hat nicht versucht, sich in den Euro zu schummeln. Die Regeln für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung waren transparent; Eurostat kannte sie, hatte immer Vorbehalt gegen die griechischen Zahlen und hat regelmäßig gesagt, die Griechen rechnen anders als wir. Das eigentliche Problem begann, als es in Griechenland 2004 den Regierungswechsel von der sozialdemokratischen PASOK hin zur konservativen Nea Dimokratia gab. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war, rückwirkend die Berechnungsarten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu ändern. So konnten sie der Vorgängerregierung die Verantwortung für ein größeres Defizit vorhalten. Den Super-gau gab es dann, als beim erneuten Regierungswechsel 2009 die PASOK-Regierung eröffnete, dass die konservativen Vorgänger ein wesentlich höheres Staatsdefizit angehäuft

hatten, als erwartet. Diese Nachricht kam in der einsetzenden Globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zur Unzeit.

Am Ende ist die Diskussion darüber, ob die Griechen sich mit dem 3%-Kriterium der Nettoneuverschuldung im Stichtag in den Euroraum hineingemogelt haben, aber eh eine Scheindiskussion. Es wurden in Europa auch bei anderen viele Augen zugeedrückt. Es ist Usus, ein bis drei Jahre nach dem Stichtag die Defizitzahlen zu korrigieren und erst dann zu sagen, ob die Kriterien eingehalten wurden. Wenn der Vorbehalt gegenüber Griechenland so groß gewesen wäre, hätten die anderen Länder sagen müssen, wir warten noch ein paar Jahre. Aber es gab politische Präferenzen, deshalb hat man ein Auge zugeedrückt. Man wusste, dass die Daten nicht passen.

Frage: *Spielt die Europäische Investitionsbank in Griechenland eine Rolle?*

Antwort: Das ist ein wichtiger Punkt; ihre Beteiligung ist ein Vorschlag von Varoufakis. In Griechenland hat sich aber die Kapazität, Projekte durchzuführen in den letzten Jahren verschlechtert, aber es wäre möglich die Investitionstätigkeit anzuregen. Die EIB kann Infrastrukturprojekte finanzieren, die etwas bringen.

Frage: *Haben die 50% der Steuerzahler, die unter der Bemessungsgrenze liegen, ihr Einkommen nicht komplett deklariert?*

Antwort: Es ist möglich, dass sich darin ein Teil der Schattenwirtschaft verbirgt und tatsächlich ein Teil der Haushalte über der Bemessungsgrenze liegt, aber das ist schwer zu ermitteln. Die Schattenwirtschaft ist unsichtbar.

Der Vortrag wurde im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim am 15. Mai 2017 gehalten.

Athanassios Pitsoulis

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

„Die Vorstellung, dass Griechenland sich sehr schnell wieder berappeln würde und diese Krise mit sehr begrenzten Mitteln in den Griff zu kriegen wäre, beruhte auf einer sehr blauäugigen Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes.“

Michael Gehler: *Ganz herzlich willkommen, Professor Athanassios Pitsoulis von unserer Universität in Hildesheim. Wir führen mit all unseren Gästen im Rahmen der Europagespräche diese lebensgeschichtlichen, wissenschaftsgeschichtlichen Expertengespräche durch. Wir beginnen immer mit der Frage, ob Sie uns ein bisschen was sagen können über Ihr Elternhaus und Ihre Herkunft. Wir sind ja an einer ehemaligen pädagogischen Hochschule – inzwischen Universität. Uns interessiert also die Erziehung, die Sozialisation, der Werdegang von Menschen. Wie wird man eigentlich Wirtschaftswissenschaftler? Wie wird man auch historisch interessiert? Woran liegt das?*

Athanassios Pitsoulis: Die Herkunft erklärt nicht unbedingt, wie man das wird, sondern viel mehr die Schuljahre. Ich bin, wie der Name vermuten lässt, griechischer Herkunft. Meine Eltern waren griechische Gastarbeiter, die Ende der sechziger Jahre nach Deutschland gekommen sind – zur Hälfte geplant und zur Hälfte ungeplant. Mein Vater ist bei seinem Onkel aufgewachsen, der in Griechenland während des Zweiten Weltkrieges Partisanenführer war. Dementsprechend stand er der kommunistischen Partei nah. Das war zu der Zeit der griechischen Militärdiktatur. Ab dem Zeitpunkt, an dem klar war, dass sie wahrscheinlich den Pass meines Vaters einziehen würde, stand fest, dass er wegmusste. Noch in Griechenland – damals gab es noch diese Gastarbeitervertreter – hat er sich dann bei deutschen Firmen beworben. Es kamen seinerzeit deutsche Ärzte nach Griechenland und haben den Kandidaten untersucht und dann gab es direkt Arbeitsverträge, die man unterschreiben konnte. Die ganze Migration in Europa war damals noch gut organisiert. Meine Eltern haben die sich dadurch bietende Gelegenheit genutzt und sind abgehauen. Meine Eltern sind dann 30 Jahre in Deutschland geblieben, dementsprechend bin ich hier geboren und aufgewachsen. Pünktlich zur Rente sind sie dann aber zurück nach Griechenland gegangen. Im Moment überlegen sie gerade, wieder zurückzukommen.

Jörg Beining: *Sie studierten von 1992 bis 1997 an der Universität Siegen Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsgeschichte. Was bewog Sie zu diesem Studium?*

Athanasios Pitsoulis: Es ist tatsächlich so, dass der Schulunterricht dazu beigetragen hat. Wirtschaftliche Fragen haben mich ziemlich früh interessiert. Mein allererster Zugang zu Wirtschaftsfragen war Karl Marx¹. Das hatte vielleicht auch was mit dem Elternhaus zu tun. Ich konnte mit Marx allerdings nicht viel anfangen und habe nicht viel davon verstanden. Ich war in der 9. Klasse, als ich versucht habe, Karl Marx zu lesen und zu verstehen. Lesen konnte ich, verstanden habe ich aber nicht. Dann hatte ich das Glück, in Sozialwissenschaft einen Lehrer zu haben, der den Unterricht ziemlich volkswirtschaftsnah gestaltet hat. Ich fand die Herangehensweise, von der Volkswirtschaft aus auf soziale Probleme zu blicken und diese auf Grundlage von bestimmten Verhaltensannahmen konsistent erklären zu können, sehr interessant. Schlagartig wurden mir soziale Vorgänge und Phänomene klarer. Das hat mich inspiriert, dann tatsächlich Volkswirtschaftslehre zu studieren. An der Universität in Siegen ging das damals gut. Da gab es noch keinen Numerus Clausus. Ich konnte direkt nach dem Abitur dort studieren und habe auch meinen Wehrdienst aufgeschoben. Da mich dann aber auch historische Fragen interessiert haben, weil mich auch Geschichte in der Schule schon interessiert hat, stellte sich die Frage, wie man das zusammen unter einen Hut kriegt. Gott sei Dank hatten wir im Vertiefungsfach Wirtschaftsgeschichte und da bot sich das an. Dementsprechend habe ich da meine beiden großen Interessen miteinander verbinden können. Ich habe dann auch konsequenterweise zum Thema Griechische Wirtschaftsgeschichte meine Diplomarbeit geschrieben. Ich habe damit versucht, das alles zusammenzubringen. Wenn ich aber heute darauf blicke, wie ich meine Diplomarbeit geschrieben habe, muss ich mich immer selber schelten. Ich erwarte heute von meinen Studierenden etwas höher Angesetztes. Ich bin unzufrieden mit meiner Diplomarbeit, aber da fing ich schon an, mich mit diesen Themen Wirtschaft und Griechenland zu befassen. Dass das alles einmal durch diese griechische Wirtschaftskrise wiederkommen sollte, habe ich seinerzeit nicht erwartet. Es sah ja alles ganz gut aus.

Andrea Germer: *Sie waren von 1998 bis 2007 an der Universität Siegen wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaft und Didaktik der Wirtschaftslehre. Wer waren dort, aber auch anderswo, prägende akademische Lehrer und Professoren?*

Athanasios Pitsoulis: Ich würde sagen, dass es eine ganze Reihe von Professoren gab, an die ich mich zurückerinnere und ich erinnere mich auch an spezielle Aha-Effekte während des Studiums – Zusammenhänge, die einem irgendwie klar werden. Man sitzt im Audimax und irgendwas wird auf die Folie geschrieben und dann wird einem plötzlich etwas klar. Es schließen sich Synapsen und der Groschen ist gefallen. Das gab es im Studium regelmäßig. Ich erinnere mich daran, dass mich die Vorlesungen Wirtschaftspolitik und Wettbewerbspolitik sehr interessiert haben – bei meinem späteren Doktorvater Professor Ronald Clapham. Bei ihm hatte ich dann das Glück, nach dem Studium und Militärdienst in Griechenland eine Stelle als Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter zu bekommen. Das war ein Zufall. Ich hatte die Möglichkeit, direkt nach dem Studium auch

1 Karl Marx (*1818; †1883), deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Gesellschaftstheoretiker, Begründer der theoretischen Grundlagen des Marxismus.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

in ein Führungsnachwuchstraining bei einem großen Energie- und Automatisierungstechnikkonzern einzusteigen. Die Zusage hatte ich praktisch in der Tasche und am letzten Tag, dem Freitag an dem die Frist ablief, besann ich mich, mich bei diesem Dozenten zu melden, um zu schauen, ob es nicht vielleicht noch eine andere Option gibt. Ich wäre ja gerne an der Uni geblieben. Vor dem Sekretariat war ein Aushang am schwarzen Brett, man sei auf der Suche nach einem wissenschaftlichen Mitarbeiter. Ich habe direkt bei der Sekretärin angeklopft und nachgefragt, ob die Stelle noch verfügbar ist. Sie hat mich dann gefragt, ob ich mich nicht direkt beim Professor vorstellen möchte, ich wurde dann ganz spontan hereingebeten, habe kurzfristig meine Unterlagen eingereicht und am selben Tag noch die Zusage bekommen. Ich habe auch tatsächlich noch am Nachmittag desselben Tages vom Büro dieser Sekretärin aus bei dem Energiekonzern angerufen und gesagt, dass ich dankbar für das Angebot bin, aber an der Universität bleiben werde. So ist es gekommen, dass ich dort gelandet bin. Ich habe in dieser Zeit viel von Professor Clapham gelernt, aber auch von vielen anderen Professoren. Im Forschungskolloquium saß ich bei Professor Pethig. In dieser „Kaderschmiede“ saßen formal arbeitende mathematische Volkswirte und ich als Wirtschaftspolitiker oder Wirtschaftshistoriker war da ein gern gesehener Gast. Das hat mich an diese Wissenschaft herangeführt.

Jörg Beining: *Hatten Sie Vorbilder aus Politik und Geschichte?*

Athanassios Pitsoulis: Marx war es nicht. Ich würde sagen: Eigentlich nicht. Bekannte Persönlichkeiten haben mich während der Schulzeit und dem Studium nicht in der Art inspiriert, dass ich ihnen nacheifern wollte. Das war nicht der Fall. Ich hatte viel mehr ein Interesse daran, mich selber in diese Thematik einzuarbeiten. Wirkliche Vorbilder aus Politik und Geschichte würden mir wahrscheinlich erst bei näherem Nachdenken einfallen.

Michael Gehler: *Und Ökonomie?*

Athanassios Pitsoulis: Nein, würde ich nicht sagen. Ich war nie an herausragenden Persönlichkeiten orientiert. Ich habe die wahrgenommen. Aber ich muss das relativieren. Es ist nicht ausschlaggebend gewesen, als ich mich entschieden habe, Volkswirtschaftslehre zu studieren. Das ist im Verlauf des Studiums gekommen. Da kam dann das Interesse. Wir haben natürlich viel gelernt über Ludwig Erhard² und die Soziale Marktwirtschaft. Ich würde die zwar nicht direkt als Vorbilder bezeichnen, aber das hat dann diese abstrakte Volkswirtschaftslehre mit Leben gefüllt. Da gab es dann Persönlichkeiten, die an dieses Skelett aus Theorien das Fleisch gepackt haben: Wie ein Wirtschaftssystem funktioniert, wie die praktische Wirtschaftspolitik aussieht. Die sind im Studium dann gekommen. Ich würde die tatsächlich auch in diesem Bereich verorten.

2 Ludwig Wilhelm Erhard (*1897; †1977), deutscher Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft und 1963 bis 1966 2. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Michael Gehler: *Was ist am Marx heute noch interessant und wichtig für einen Ökonomen und vielleicht auch für einen Historiker?*

Athanassios Pitsoulis: Marx ist ein gelehrter Ökonom gewesen – gar keine Frage. Man kann ihm nicht nachsagen, dass er sich nicht auskannte. Es gab seinerzeit die historische Schule, die dem Versuch entsprang, durch Zurückblicken in die Vergangenheit, allgemeine sozioökonomische Gesetzmäßigkeiten zu entdecken. Das war halt das, was damals das Forschungsprogramm war. Marx hat sehr viele Zusammenhänge entdeckt, von denen ich heute noch sagen würde, dass die relevant sind. Die Schlussfolgerungen, die er gezogen hat, weil er das Thema der sozialen Ungleichheit beispielsweise als ein ähnlich wiederkehrendes Phänomen mit einer bestimmten Finalität gesehen hat, würde ich sagen, ist ein wichtiger Beitrag. Ich würde heute sagen, dass Marx bei dem Thema ökonomische und soziale Ungleichheit nach wie vor hochgradig relevant ist. Seine Schlussfolgerung würde ich ablehnen. Ich würde nicht sagen, dass die Konsequenzen von Ungleichheit irgendwann der totale Crash und der Übergang zum Sozialismus sein müssen. Das würde ich nicht sehen, aber ich glaube, die Problematik, die Marx entdeckt hat, war, dass er sehr früh angefangen hat, darüber nachzudenken. Marx hat das Problem der Ungleichheit zwar nicht als erster entdeckt, aber versucht, die Ursachen und Wirkungen herauszuarbeiten. Das beschäftigt uns ja nach wie vor. In der Volkswirtschaftslehre ist das heute wieder ein großes Thema, das lange Zeit vernachlässigt wurde. Durch die Wirtschaftskrise ist es aber wieder aktuell.

Jörg Beining: *Wann ist für Sie zum ersten Mal klar geworden, dass Europa ein politisches Projekt ist?*

Athanassios Pitsoulis: Das ist mir Anfang der achtziger Jahre deutlich geworden, als wir im griechischen Radio gehört haben, dass Griechenland nun der Europäischen Gemeinschaft beitreten will. Ich weiß, dass meine Eltern ganz aufgeregt deswegen waren. Das war ein großes Ereignis. Das war wichtig. Darüber haben wir auch geredet. Ich muss damals acht oder zehn Jahre alt gewesen sein. Ich habe heute noch in Erinnerung, dass das für meine Eltern sehr wichtig war und sie das als etwas sehr Positives angesehen haben. Damit war auch ein bisschen die Hoffnung verbunden, dass Griechenland nun endlich angekommen war in der europäischen Familie nach der Militärdiktatur und diesen ganzen Entwicklungen. Sie hofften, dass dadurch wieder Stabilität einkehren würde. Das ist mir ziemlich gut in Erinnerung geblieben. Ich würde sagen, da ist mir zum ersten Mal klar geworden, dass Europa ein Projekt ist, das die Menschen bewegt.

Michael Gehler: *Zusatzfrage: War damals, für einen gerademal achtjährigen Jungen, schon klar, aus welchem Grund das Land diesen Schritt tut und Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden will?*

Athanassios Pitsoulis: Die politischen Motive, glaube ich, haben sich ja förmlich aufgedrängt. Heutzutage würde ich vermutlich eher die ökonomischen Aspekte als ausschlaggebend ansehen für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, aber seinerzeit war das eine wichtige politische Frage, denn Griechenland war ja erst ein paar Jahre aus der Mi-

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

litärdiktatur raus und die Tatsache, dass man nun in die Europäischen Gemeinschaft kam, steigerte natürlich die Erwartung, dass man von da an wahrscheinlich politisch stabil bleiben würde. Das war für alle Beteiligten wichtig.

Andrea Germer: *Im Jahr 2003 erfolgte Ihre Promotion mit dem Thema „Entwicklungslinien ökonomischen Denkens über Systemwettbewerb“. Reflektieren Sie bitte kurz die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit.*

Athanassios Pitsoulis: Diese Art der Arbeitsweise ist irgendwann aus der Mode gekommen. Das war eine ideengeschichtliche Arbeit. Es ging darum, nachzuvollziehen, wie sich der Literaturkanon entwickelt hat und wie man, das Denken über ein bestimmtes Thema, in dem Fall der Systemwettbewerb, also der Wettbewerb zwischen Wirtschaftssystemen, knappe Produktionsfaktoren wie Kapital nachvollziehen kann. Wie haben sich die Theorien verändert? Welche Theorien beleuchten welche Aspekte? Das waren die Leitfragen. Das zentrale Ergebnis war, dass man die verschiedenen Herangehensweisen und Denkweisen sehr gut identifizieren konnte und man konnte auch an der Literatur sehr gut nachvollziehen, wie sich diese Ideen entwickelt haben und wie aus der Untersuchung der Phänomene, die man zum Systemwettbewerb zählte, sich immer unterschiedliche wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten abgeleitet haben. Das Kernergebnis war also, einen ganz guten Überblick darüber zu bekommen, was es alles an Spannungspunkten, Meinungen, Theorien, Hypothesen, Modellen u. s. w. gab. Ich glaube, dass würde ich heute als das Kernergebnis ansehen. Ein Überblick in Form einer umfassenden Systematisierung der Literatur. Ich glaube, heute würde man im Bereich der Volkswirtschaftslehre nicht mehr so promovieren können, denn es hat sich ja die Halbwertszeit von wissenschaftlichen Ergebnissen verkürzt. Alles geht schneller und Theoriegeschichte ist aus der Mode gekommen.

Jan Torben Breßgott: *Ist Freiheit als negative Freiheit ausreichend bestimmt? So lautet ein Beitrag von 2009. Schildern Sie bitte die Kernthesen dieses Beitrages und Ihr Ergebnis.*

Athanassios Pitsoulis: In dem Papier ging es um diese Frage, was Freiheit überhaupt ist. Das ist eine von diesen perfiden Fragen, die so einfach klingen, aber auf die man nur sehr schwer eine Antwort kriegen kann. Wenn man sich verschiedene Positionen anschaut von Autoren und Autorinnen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte zu der Frage kamen, wie man Freiheit definieren kann, dann fällt auf, dass ein Teil der Autoren und Autorinnen dem Lager angehören, die Freiheit ausschließlich negativ auslegen. Das heißt in dem Sinn: Freiheit ist die Abwesenheit von irgendwas. Zum Beispiel ist Freiheit die Abwesenheit von Zwang. Demnach ist der Mensch frei, wenn er nicht zu irgendwas gezwungen wird. Das ist eine sehr weitreichende und breite Definition. Interessanterweise gibt es vom bekannten Oxforder Philosophen Isaiah Berlin das Konzept, dass Freiheit einen negativen und einen positiven Aspekt hat. Freiheit ist demnach die Abwesenheit von irgendwas, zum Beispiel von äußeren Zwängen. Freiheit ist aber auch dann gegeben, wenn etwa die Kapazität, die kognitive Fähigkeit, der Wille oder das Verständnis dafür, sich frei entscheiden zu können, anwesend ist. In dem Moment, da man Freiheit

nicht mehr länger nur negativ definiert, verändert sich die Bewertung von beispielsweise bestimmten sozialpolitischen Maßnahmen in der Form, dass man bei ihnen jeweils andere Vor- oder Nachteile sieht, wenn es darum geht, Menschen freier zu machen. Die negative Seite ist, wie gesagt, die Abwesenheit von Zwang. Ergo: Wenn ich jetzt jemanden besteuere, indem ich ihn zwingen, einen Teil seines Einkommens abzugeben durch Zwang, dann ist das etwas, von dem man direkt sagen würde, dass es mit Freiheit nicht kompatibel ist – es sei denn, es gäbe eine allgemeine Regel nach der alle gleich besteuert werden. So viel dazu. Wenn ich jetzt einen Teil dieser Einkommen umverteile an jemand anderen, dann kann man hinterfragen, ob das der Freiheit zuträglich oder nicht zuträglich ist. Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich August von Hayek hätte vermutlich gesagt, jemanden zu besteuern, also ihn zu zwingen, einen Teil seines Einkommens abzugeben und es jemandem abzugeben, macht den, der das Einkommen erhält, nicht freier. Isaiah Berlin würde wahrscheinlich sagen, je nachdem, wofür man diese Steuereinnahmen einsetzt, kann es durchaus sein, dass jemand dadurch freier wird – wenn ich zum Beispiel diese Umverteilung einsetze, um Entscheidungskapazitäten überhaupt erstmal nutzen zu können. Vielleicht wird das Geld ja in Bildung gesteckt. Das ist praktisch das, was Steffen Groß und ich versucht haben herauszuarbeiten. Wie folgen aus ganz unterschiedlichen fundamentalen Positionen zu der Frage, was überhaupt Freiheit ist, ganz unterschiedliche Handlungsempfehlungen oder normative Implikationen für wirtschafts- oder sozialgesellschaftliches politisches Handeln. Dieses Thema interessiert uns auch nach wie vor und wir werden sicher auch weiterhin daran arbeiten, die Frage ist, wann wir dazu kommen.

Severin Cramm: *Zum Thema: „Die Diplomatie der Vertreibung – Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch von Lausanne und seine Auswirkungen auf die internationale Minderheitenpolitik“ publizierten Sie in der Zeitschrift für internationale Politik 2011. Wie weit diene diese Abmachung als Modell für weitere Minderheitenfragen des 20. Jahrhunderts?*

Athanasios Pitsoulis: Das ist wieder ein ganz anderes Thema. Man sieht, glaube ich, dass meine Forschungsinteressen ziemlich weit gestreut sind. Der Minderheitenaustausch von Lausanne war ein Abkommen, das Teil des Lausanner Friedensvertrages zwischen der neu entstandenen Türkei und den Alliierten – ihrer ehemaligen Gegner – sein würde. In Lausanne wurde die großangelegte Vertreibung von orthodoxen Christen, also nicht speziell von Griechen, aus der Türkei und den daran angeschlossenen zwangsweisen Ausweisungen von Muslimen aus Griechenland festgeschrieben hat.

Wenn man sich das Zustandekommen dieses Abkommens anschaut, dann wird klar, dass seinerzeit Vertreibungen, die schon stattgefunden hatten, nachträglich legitimiert hat. Das war die Idee dahinter. Es war also nicht so, dass sich die Regierungen von zwei Staaten getroffen haben und darüber übereingekommen sind, dass man wechselseitig einen Bevölkerungsaustausch von Minderheiten vornehmen möchte, sondern es gab zuerst groß angelegten Vertreibungen und auf die musste dann irgendwie reagiert werden. Letztendlich führte der Versuch, die Vertreibung von Christen aus der Türkei zu legitimieren zur Zwangsausweisung einer Bevölkerungsgruppe von Muslimen aus Griechenland. Ich würde auch sagen, dass das durchaus als Vorlage gedient hat für die Regelung von Min-

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

derheitenfragen in Europa. Erinnern Sie sich an noch das Daytoner Abkommen von 1994 oder 1995, wo ja auch ethnische Säuberungen, die es in den jugoslawischen Erbfolgekriegen gegeben hat, rückwirkend festgeschrieben wurden. Die hat es ja auch wechselseitig gegeben. Dafür war Lausanne tatsächlich ein sehr schlechter Präzedenzfall, denn er hat dazu geführt, dass der Schutz der Menschenrechte von Minderheiten in Konfliktsituationen ein Stück weit verhindert wird. In dem Moment, wo dieser Präzedenzfall gilt, können Regierungen in Zukunft darauf spekulieren, dass man Vertreibungen durchführen kann und nachträglich völkerrechtlich abgesichert bekommt.

Michael Gehler: *Wie sind Sie denn zu diesem Thema gekommen? Das ist ja an sich kein wirtschaftsgeschichtliches Thema, sondern eher ein ethnopolitisches oder migrationsgeschichtliches Thema.*

Athanassios Pitsoulis: Teils persönlich. Meine Familie väterlicherseits stammt aus Kleinasien und ist eben Teil dieses Austausches oder dieser Vertreibung geworden und so nach Griechenland gekommen. Das war eine Sache, die mich persönlich interessiert hat. Mich interessierten aber auch die politisch-ökonomischen Fragen dahinter. Welche Vor- und Nachteile haben Regierungen eigentlich davon, dass sie sich auf so eine Art von Bevölkerungsaustausch einlassen? Warum kann es dafür eine politische Präferenz geben? Wie kann sich ein politischer Wille für so etwas entwickeln? Irgendwas müssen die beteiligten Regierungen ja davon gehabt haben, sonst hätten sie es ja nicht getan. Ich würde sagen, wenn man sich das anschaut, dann sieht man, dass hinter diesem Bevölkerungsaustausch ein politisch-ökonomisches Kalkül steckt. Man kann durch Vertreibung und Umsiedlung seine eigene Machtbasis stärken, strategische Gebiete von Minderheiten, die einem nicht geheuer sind, befreien und dann gezielt Angehörige der eigenen Volksgruppe dort ansiedeln. Man hat also eine ganze Palette von staatlichen Interessen, die sowas nahezu opportun erscheinen lassen können und die praktisch diese Anreize dazu, dass Regierungen sich dazu veranlasst sehen, rabiät mit Minderheiten umzugehen und auf internationaler Ebene auch groß angelegte Vertreibungen legitimieren zu wollen, aufzeigen. Das hat mich interessiert. Das wollte ich nachvollziehen können. Wie kann es sein, dass man Menschenrechte mit Füßen tritt? Da muss es einfach Interessen geben, die darauf hingedeutet haben.

Michael Gehler: *Hat es eigentlich jemals nach 1945 – auch im Zuge der Annäherung der Türkei an die EWG – einen Versuch gegeben, etwas in moralisch-rehabilitierender Sicht auszugleichen? Ich selbst war in der Türkei und habe mir eines dieser griechischen Dörfer angeguckt, wo nur noch Ruinen stehen, wo mir aber gesagt worden ist, dort habe es Griechen gegeben – Nachfahren und Angehörige –, die dann in diesen Ort zurückgekehrt sind und dort nachgeschaut haben, weil sie Dinge vergraben haben, die sie dann zu finden gehofft haben. Eine echte Rückkehr ist aber nicht erfolgt.*

Athanassios Pitsoulis: Der Bevölkerungsaustausch von Lausanne wird von einer ganzen Reihe an Wissenschaftlern auch als Vorlage angesehen für die Legitimierung der Vertreibung von Deutschen aus Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch da galt, dass

man groß angelegte Vertreibungen nachher durch einen Quasi-Bevölkerungsaustausch legitimiert.

Ich glaube, sowas wie systematische Aussöhnung im Rahmen der Europäischen Integration, hat es nicht gegeben. Zumindest habe ich es nicht so wahrgenommen. Das wäre ein wichtiges Unterfangen. 1922 war dieser Bevölkerungsaustausch. Er jährt sich also bald zum 100. Mal und das wäre eine Gelegenheit, daraus mal etwas zu machen und Bezug darauf zu nehmen. Dieses Thema ist natürlich in beiden Ländern immer extrem sensibel gewesen. Ich weiß aus meinen eigenen Nachforschungen und Gesprächen, dass es auch heute noch sehr heikel ist. Dementsprechend war das etwas, wo sich eine Art stillschweigender Konsens zwischen der Türkei und Griechenland ergeben hatte, dass man nach diesem Bevölkerungsaustausch nicht mehr so richtig darüber reden würde. Damit waren dann alle Beteiligten zufrieden. Ich bin mir auch gar nicht sicher, ob bei den aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei, die Rahmenbedingungen für so eine Art der Aufarbeitung der eigenen Geschichte gutstehen. Ich sehe das eher nicht so. Ich habe schon den Eindruck, dass die Politik in der Türkei momentan alte Irredentismen wiederbelebt. Man denkt dort wieder über Territorien nach, die früher einmal zum Osmanischen Reich gehörten und wie man dort Einfluss nehmen könnte. Für mich sieht das so aus, als ob da die Rahmenbedingungen nicht gegeben wären und man dort auch keine Bereitschaft dazu hat – so wünschenswert es auch wäre. Das ist sehr traurig, weil 100 Jahre nach dem Bevölkerungsaustausch wahrscheinlich auch die letzten Zeitzeugen gestorben sein werden. So gibt es dann auch niemanden mehr, der das miterlebt hat und der die Erfahrung hätte weitergeben können. Die Aussöhnung hätte stattfinden müssen, als noch jemand etwas dazu hätte sagen können. Das ist sehr schade, denn es bedeutet, dass man noch eine weitere Leiche im Keller hat, die man durch die Geschichte mit sich herumschleppt. Das kann in Zukunft halt auch wieder zu Ressentiments führen, wie man bei den Armeniern sieht.

Jörg Beining: *Ich würde ganz gerne noch etwas dazu fragen. Mir wurde erzählt, dass bei diesem Bevölkerungsaustausch auch ganz schlimme Dinge passiert sind. Ein Austausch hört sich ja erstmal relativ harmlos an, aber es gibt auch sehr viele Menschen, die mit Gewalt dort hinausgetrieben wurden und dabei auch umgekommen sind. Gibt es da Zahlen, wie viele Menschen das in etwas gewesen sind?*

Athanasios Pitsoulis: Es gibt nur Schätzungen. Man muss dazu sagen, dass, in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und dem griechisch-türkischen Krieg, sich beide Seiten nichts geschenkt haben. Da ging es um strategische Interessen und Territorien und darum, die Kontrolle über Bevölkerungsgruppen zu kriegen und ethnisch zu säubern. Ethnische Säuberungen hat es auf beiden Seiten gegeben, aber am Ende des Tages ist die griechische Minderheit in der Türkei fast komplett verschwunden – man schätzt, dass ungefähr 2 Millionen griechisch-orthodoxe Christen in der heutigen Türkei gelebt haben und von denen sind schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen nach Griechenland umgesiedelt und der Rest ist verschwunden. Was mit denen passiert ist, kann man sich denken. Es ist wirklich gruselig, darüber nachzudenken. „Nation building“ ist nun einmal ein Prozess, der durchaus rabiat ablaufen kann. Da gibt es mehr als genug Forschung drüber und ich würde mich freuen, wenn es möglich wäre, dass auch türkische Wissenschaftler in der

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Türkei selber ernsthaft an dieses Thema herangehen. Die Rahmenbedingungen dafür sind momentan aber nicht gegeben. Man kann über bestimmte Themen nicht reden. Wenn ich in die Türkei fahre und sage, dass es einen armenischen Völkermord gab, muss ich damit rechnen, verhaftet zu werden. Da wissen wir halt, dass solche Forschungen im Moment nicht funktionieren.

Michael Gehler: *Weiß man ungefähr, wie viele Muslime aus Griechenland in die Türkei transferiert wurden?*

Athanassios Pitsoulis: Ich müsste nachschauen. Aus dem Kopf würde ich sagen 350.000 bis 500.000. Ich bin mir aber nicht sicher. Für Griechenland seinerzeit war dieser Bevölkerungsaustausch oder genauer die Vertreibung der griechisch-orthodoxen Christen aus dem ehemaligen Osmanischen Reich ein absolut kataklysmisches Ereignis. Griechenland hatte damals 4 Millionen Einwohner und musste 1,5 Millionen Flüchtlinge aufnehmen. Das ging nur mit internationaler Hilfe. Das ist auch ein Grund dafür, dass Athen keine schöne Stadt ist, die historisch gewachsen ist. Da wurden dann auf dem Reisbrett ganze Stadtteile aus dem Boden gestampft. Da gab es eine Einheitsarchitektur, die extra entwickelt worden ist von internationalen Organisationen. Man hat die Häuser immer nach demselben Schema gebaut, damit es halt schnell und möglichst effizient ging. Da wurden Ressourcen eingesetzt, damit man diesen Flüchtlingen irgendwie ein Dach über dem Kopf geben konnte. Das hat natürlich gravierende wirtschaftliche Folgen gehabt und auch kulturelle Folgen in der Form, dass viele orthodoxe Christen aus dem ehemaligen Osmanischen Reich nach Griechenland kamen, weil die in der Türkei halt unerwünscht waren, aber viele von denen sprachen natürlich kein Wort Griechisch. Das waren türkischsprachige orthodoxe Christen. Ein Bevölkerungsaustausch, der einer ethnischen Homogenisierung der Türkei dienen sollte, dessen Kriterium aber die Religion gewesen ist, am Ende des Tages nur eine religiöse Homogenisierung verursacht und keine ethnische. Religion ist die eine Sache, aber Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe?

Michael Gehler: *Wir kommen zum nächsten Thema, nämlich dem allseits geliebten Euro.*

Jörg Beining: *Wie beurteilen Sie die stufenweise Einführung des Euro?*

Athanassios Pitsoulis: Kurz gesagt: Gut gedacht – nicht optimal gemacht. Ich würde sagen, dass die Einführung des Euro seinerzeit aus politischem Druck heraus erfolgt ist, und es wäre wahrscheinlich sinnvoller gewesen, vorher sowohl die politische Integration Europas weiter zu vertiefen als auch für die fiskalische Integration bessere Mechanismen zu schaffen, um sicherstellen zu können, dass es innerhalb der gemeinsamen Währung keine allzu großen wirtschaftlichen Asymmetrien geben würde. Das hat man vernachlässigt – vielleicht auch im Vertrauen darauf, dass ein Regelsystem wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt ausreichen sollte, um die Länder in irgendeiner Art und Weise zu disziplinieren. Es hat sich ja aber herausgestellt, dass das nicht funktioniert hat. Im Nachhinein ist man natürlich immer schlauer, aber man hätte auch seinerzeit schon antizipieren können, dass Regierungen sich keinen Regeln unterstellen, die ihnen Schwierigkeiten bereiten würden. Da hätte es mehr institutionelle Entwicklung geben müssen. Heute zahlen

wir den Preis dafür. Vielleicht funktioniert das ja noch. Vielleicht entwickelt Europa ja jetzt Institutionen, die es seinerzeit gebraucht hätte.

Andrea Germer: *In Deutschland kann man oft das Urteil hören, die Aufgabe der DM sei der Preis für die Einheit gewesen. Auf dem Altar der Einheit habe Helmut Kohl³ die deutsche Währung – die harte DM – geopfert. Was halten Sie von diesem, im kollektiven Bewusstsein tief sitzenden, Urteil?*

Athanassios Pitsoulis: Da bin ich hin und her gerissen. Das Ganze macht schon Sinn. Deutschland musste sich irgendwie glaubhaft die Hände binden – sich gegenüber anderen Staaten glaubhaft verpflichten können, dass man die neugewonnene Macht durch die Wiedervereinigung, die größere Bevölkerung und die größere Wirtschaftsleistung in Europa künftig nicht in der Form einbringt, dass man durch nationale Irredentismen wiedererweckt und versucht, die anderen Staaten zu dominieren und das Kräfteverhältnis aus dem Gleichgewicht zu bringen. Da macht so etwas, wie die Einführung des Euro schon Sinn. Andererseits ist es so, dass für mich der Euro durchaus zu reflektieren ist als so etwas wie eine europäische DM. Die EZB wurde nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank konzipiert. Die Geldpolitik war immer an einer harten Währung orientiert. Ich würde dementsprechend sagen, dass man diese Frage auf verschiedene Weise beantworten kann. Man kann die Einführung des Euro auch durchaus interpretieren als eine Möglichkeit, die sich für Deutschland geboten hat, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Man hat eben einen Teil der Souveränität abgegeben, um die europäischen Partner abzusichern und gleichzeitig den deutschen Stabilitätsgedanken auf eine höhere europäische Ebene zu bringen.

Jan Torben Breßgott: *Als dann die Zeit von Bundeskanzler Helmut Kohl und Karl Otto Pöhl⁴ und Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer⁵ in den Jahren 1993 bis 1999 kam, war Theo Waigel⁶ Finanzminister. Wie haben Sie diese Debatten um Deutschland, die DM als ein identitätsstiftendes Element in der deutschen Nachkriegsgeschichte, die Preisgabe dieser nationalen Währung und den Weg Deutschlands in den Euro erlebt?*

3 Helmut Josef Michael Kohl (*1930; †2017), deutscher Politiker, 1969 bis 1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und 1973 bis 1998 Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sowie 1982 bis 1998 6. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

4 Karl Otto Pöhl (*1929; †2014), deutscher Bankier und Staatssekretär, 1980 bis 1991 Präsident der Deutschen Bundesbank.

5 Hans Tietmeyer (*1931; †2016), deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Staatssekretär, 1982 bis 1989 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Chefunterhändler von Helmut Kohl bei Weltwirtschaftsgipfeln.

6 Theodor Waigel (*1939), deutscher Politiker, 1989 bis 1998 Bundesminister der Finanzen und 1988 bis 1999 Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Athanassios Pitsoulis: Ich erinnere mich daran, dass diese Diskussionen in der Zeit durchaus kräftig geführt worden sind. Das Thema, die DM preiszugeben für den Euro, war nicht unumstritten. Ich erinnere mich sehr gut an eine Exkursion, die wir als angehende Volkswirte zur Europäischen Kommission nach Brüssel gemacht haben. Wie uns die Mitarbeiter der Kommission dann vorgestellt hatten, worum es dort geht und was die Vorteile dieser Gemeinschaftswährung seien, ist mir aufgefallen, dass für die Europäische Kommission ganz klar bestimmte Punkte im Vordergrund standen. Das war alles ökonomisch sehr gut begründet, die Bedenken in Deutschland, die die Stabilität betrafen, und die Befürchtungen, ein Symbol der nationalen Souveränität zu verlieren, wurden dort zwar wahrgenommen, hatten aber keine große Rolle gespielt. Das war halt einfach so. Europa ist bedeutsam und man muss dann halt Souveränität abgeben. Die Vorteile überwiegen die Nachteile bei Weitem. Da ging es um das Wechselkursrisiko, die verringerten Transaktionskosten, was für die Exportwirtschaft toll ist und so weiter und sofort. Das war alles sehr technokratisch gedacht. Wenn jemand die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung abbauen konnte, dann lag das nicht daran, dass die Europäische Kommission dieselben Vorstellungen hatte wie wir. Ich habe das erlebt als eine Diskussion in Deutschland, in der die Bevölkerung mit einem technokratischen Experiment konfrontiert worden ist, bei dem man vielleicht noch ein bisschen besser auf die Ängste der Bevölkerung hätte eingehen können.

Severin Cramm: *Wir wissen, dass bei den Menschen historische Erfahrungen, gerade was Geld, Währungsreformen und Inflation angeht, immer eine große Rolle gespielt haben und auch immer noch spielen. Aus deutscher Sicht besonders einschneidende Erlebnisse waren sicherlich die Inflation der Zwanziger Jahre oder auch die Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg. Welche Rolle spielt historische Erfahrung eigentlich für Sie als Wirtschaftswissenschaftler?*

Athanassios Pitsoulis: Die Frage kann man verschiedenartig beantworten und interpretieren. Historische Erfahrung spielt für mich als Wirtschaftswissenschaftler in der Forschung eine Rolle, und ich bin der Meinung, die volkswirtschaftliche Forschung kann von ihr profitieren. Im Endeffekt geht es immer darum, logisch konsistente Modelle – sprich mathematisch modellierte Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung in Hypothesen zu übersetzen und diese mit Daten zu testen. Was dabei oft vernachlässigt wird, sind etwa Mentalitätsunterschiede, die durchaus durch historische Erfahrung bedingt sein können. Dazu braucht es mehr qualitativer Tests. Das ist aber auch das, was Ökonomen nicht gerne regelmäßig machen: Menschen zu irgendwas befragen. Man hat Daten und Datenbanken von der OECD, den Eurostaaten und so weiter und wertet die aus, aber das, was mich interessiert – und deshalb habe ich auch eine gewisse Affinität zur Sozialpsychologie – ist es, zur Abwechslung mal die Wirtschaftssubjekte zu bestimmten Dingen zu befragen, um herauszufinden, wie die das eigentlich sehen. Da glaube ich, dass man schon sehr viel daraus gewinnen kann, wenn man versteht, wie unterschiedliche historische Erfahrungen Mentalitätsunterschiede prägen können.

Michael Gehler: *Stichwort: Maastricht-Vertrag. Wir wissen von den Regierungshandlungen, dass sich Frankreich schon sehr frühzeitig für die Schaffung einer europäi-*

schen Wirtschaftsregierung eingesetzt hat, sich aber nicht durchsetzen konnte. Frage A: Was waren die Gründe dafür, dass sie nicht zustande kam? Frage B: Kann man davon sprechen, dass das ein Konstruktionsfehler der Währungsunion war?

Athanassios Pitsoulis: Schwer zu beantworten. Dass die Wirtschaftsregierung nicht zu Stande kam, lässt sich verhältnismäßig gut erklären, wenn man bedenkt, dass so etwas wie eine gemeinsame Wirtschaftsregierung bedeutet hätte, dass man sehr viel nationale Souveränität an eine übergeordnete Institution abgegeben hätte. Da stellt sich nur die Frage: Wer überwacht diese europäische Wirtschaftsregierung? Das ist eben ein sehr großer und sehr gravierender Integrationsschritt und ich kann mir dementsprechend vorstellen, dass auch von Seiten der deutschen Regierung große Vorbehalte existiert haben, vor allem so etwas wie Souveränität in der Fiskalpolitik an eine höhere Ebene abzutreten. Dafür war die Zeit noch nicht reif.

Kann man jetzt sagen, dass das ein Konstruktionsfehler der Währungsunion war? Es gibt ja die Theorie des optimalen Währungsraums – berühmt bei Wirtschaftswissenschaftlern. Schaut man sich den Euro einmal an, dann fällt sehr schnell auf, dass die Eurozone kein optimaler Währungsraum ist. Eine gemeinsame Wirtschaftsregierung hätte die Eurozone auch nicht unbedingt zu einem besseren Währungsraum gemacht. Da hätten vorher noch andere Integrationsschritte durchgeführt werden müssen. Dann wäre so etwas wie eine gemeinsame Wirtschaftsregierung der letzte Schritt gewesen. Eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik zum Beispiel oder die Sicherstellung, dass Regeln eingehalten werden. Die Frage des Umgangs mit asymmetrischen Schocks und Ungleichheiten hätte so eine Art fiskalpolitischer Koordination erfordert oder vielleicht so etwas wie eine Fiskalunion. Das sind alles Dinge, die wahrscheinlich – in dem Moment, in dem man sie hat – eine Wirtschaftsregierung legitimiert hätte. Aber es gibt das alles nicht. Es gibt keine Fiskalunion, es gibt keine wirklich koordinierte Wirtschaftspolitik, es gibt keinen Zahlungsausgleich zwischen den europäischen Staaten und es gibt nicht einmal eine durchgesetzte Regel darüber, wie die nationalen Statistiken geführt werden. Wofür brauche ich dann eine Wirtschaftsregierung? Was macht die dann eigentlich? Oder impliziert die Einführung so einer Regierung, dass man das alles im Paket praktisch in Europa implementiert? So schnell funktioniert das nicht.

Michael Gehler: *Wie kam es Ihrer Auffassung nach zur Einführung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Nachgang des Vertrags von Maastricht?*

Athanassios Pitsoulis: Der Vertrag von Maastricht gab ja die Konvergenzkriterien für die Einführung des Euros vor. Zum Beispiel die Grenze von 60% Staatsverschuldung oder zumindest die Tendenz hin zu einer Verringerung der Staatsverschuldung und so weiter und sofort. Die Vorstellung war, dass man versucht sicherzustellen, dass man nicht in eine Situation kommt wie die, die wir aktuell in der europäischen Schuldenkrise erleben, dass sich halt Länder nicht mehr mit eigenen Mitteln über Wasser halten können. Man konzipiert ein Regelwerk, was sicherstellen soll, dass es in der gemeinsamen Währung keine überfordernden ökonomischen Asymmetrien gibt. Aber wenn ich so ein Regelwerk konzipiere und in so einen Vertrag hineinschreibe und dann darauf vertraue, dass alle Staaten das auch so machen, dann ist das schon sehr blauäugig. Als Ökonom würde ich

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

sofort fragen: Wo sind denn die Mechanismen, die absichern, dass das auch so passiert? Wo es keinen Anreizmechanismus gibt, der das Einhalten dieser Regeln opportun werden lässt, muss ich damit rechnen, dass sich nicht jeder daranhält. Das ist ja auch schon sehr früh passiert. Schon vor der Einführung des Euros sind diese Kompetenzkriterien ja reihenweise gebrochen worden. Dann haben halt alle beteiligten Staaten gesagt, dass man sich in Zukunft an diese Regel halten wolle, aber dass das so nicht funktionieren kann, ist eigentlich klar. Man muss keine mathematische Volkswirtschaftslehre studiert haben, um zu verstehen, dass das so nicht klappen kann und wahrscheinlich auch niemals klappen wird.

Andrea Germer: *Was wären denn aus Ihrer Sicht Bestrafungen gewesen – finanzieller Art?*

Athanassios Pitsoulis: Ich weiß gar nicht, ob finanzielle Bestrafungen Sinn gemacht hätten. Man hätte ja auch darüber nachdenken können, ob man solche Spielregeln, anstatt sie in einen multilateralen und völkerrechtlichen Vertrag hineinzuschreiben, noch vor der Unterzeichnung dieses Vertrags in die Verfassungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union übernimmt. Sprich, dass entsprechende Regierungen in dem Moment mit ihrer eigenen Verfassung konfrontiert sind, die besagt, dass Defizit dürfe nicht höher als 32% sein – es sei denn, es gäbe eine gute Begründung dafür. Das hätte den Regierungen dann auch besser die Hände gebunden. Man hätte auch eine unabhängige Kommission ernennen können, um zu entpolitisieren, dass Regierungen Sanktionen erleiden, wenn sie sich nicht an die Regeln halten. Das hätte aber von vorneherein in irgendeiner Weise festgeschrieben werden müssen. Das ist nicht passiert. Ist man einmal im Euro drin, behandelt man die Regeln sehr flexibel. Obwohl es ja die Möglichkeit gegeben hätte, die Regeln per Verfassungszwang abzusichern.

Jörg Beining: *Es gibt ja noch andere Wirtschaftsverbände, Gemeinschaften, Binnenmärkte. Was gibt es denn da für Sanktionsregelungen?*

Athanassios Pitsoulis: Die sind anders strukturiert. Das sind im Wesentlichen Freihandelszonen mit einem sehr geringen Maß an sogenannter positiver Integration. Die betreiben in erster Linie negative Integration. Das heißt, sie schaffen existierende Handelsbarrieren ab – teils sehr selektiv. Sie verringern beispielsweise Zölle oder setzen Mengenbeschränkungen für Importe außer Kraft, aber sehr häufig ist es so, dass die keine institutionalisierten gemeinsamen Elemente haben wie beispielsweise eine gemeinsame Wettbewerbsaufsicht und schonmalschon mal gar nicht so etwas wie eine gemeinsame Geldpolitik – so wie in der Eurozone. Das ist dementsprechend in Europa etwas ganz Besonderes. Europa hat diese große Integrationstiefe. Dementsprechend würde ich sagen, dass Europa mit diesen anderen Gruppen kaum vergleichbar ist.

Jörg Beining: *In diesem Zusammenhang: Die Verletzung des Stabilitätspaktes durch Deutschland.*

Athanasios Pitsoulis: Das hätte nicht passieren dürfen. Deutschland ist ein Land, das mit schlechtem Beispiel vorangegangen ist und das zu einem Zeitpunkt, an dem Deutschland klar von anderen europäischen Staaten in der Führungsrolle gesehen wurde. Wenn sich dieses Land nicht an Spielregeln hält, dann ist klar, dass das ein falsches Signal sendet. Es ist halt sehr schwierig für eine Volkswirtschaft als Ganzes, wenn man solche Regeln konzipiert. Der Schuldenstand soll nicht mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts betragen, das Defizit soll auf 3% pro Jahr begrenzt werden und das sind Regeln, die auf dem Papier erstmal ganz gut klingen. Die lassen sich auch politisch irgendwie verkaufen. Natürlich steckt dahinter irgendwie so eine Art von stabilitätspolitischen Gedanken, aber am Ende des Tages ist es so, dass es durchaus Möglichkeiten und Situationen geben kann, wo Defizite von mehr als 3% auftreten und makroökonomisch unbedenklich sind. Und wenn sich ein Schuldenstand gegenüber den Wachstumsraten einer Volkswirtschaft und deren Dynamik auf einem Niveau von 60% stabil gestaltet, warum muss man dann davon runterkommen, wenn es daraufhin wiederum marktökonomisch bedenklich werden könnte? Insgesamt ist ein straffes Regelsystem nicht unbedingt das, was für eine Volkswirtschaft der richtige Rahmen ist. Dann kommt noch hinzu, dass dieser Stabilitäts- und Wachstumspakt auch in anderer Form hinterfragt werden kann. Ich sagte ja schon, dass dieser Pakt auf dem Papier ganz gut klingt. Jetzt wissen wir aber, dass über das Defizit eines Staates, also die Erhöhung des Schuldenstands am Ende eines Jahres, erst Jahre nach dem Stichjahr bekannt ist, wie groß das Defizit tatsächlich war. Dementsprechend korrigieren das sehr viele Länder – auch in der Eurozone. Manche mehr und manche weniger, Griechenland zwar im Turbomodus, aber andere Staaten machen das ebenfalls. Es steht also erst zwei bis vier Jahre später fest, wie das Defizit des Jahres X ausgesehen hat. Welchen Sinn macht denn aber so eine Regel, wie die des Stabilitäts- und Wachstumspakts, wo man sich auf 3% des Bruttoinlandsprodukts festgelegt hat, obwohl man vielleicht erst vier Jahre später weiß, ob man das überhaupt geschafft hat. Wie kriege ich das hin? Entweder kriegt die Europäische Kommission direkten Zugriff auf die Daten der Länder, um das möglichst gut abschätzen zu können, oder aber, wenn ich diese Daten der Souveränität der einzelnen Staaten überlasse, weiß ich, dass es regelmäßig Verletzungen des Kriteriums geben wird. Also welchen Sinn macht es, ein Kriterium festzulegen, von dem erst Jahre später feststeht, ob ich es eingehalten habe? Oder wurde vom Stabilitäts- und Wachstumspakt erwartet, dass, da ja die Regierungen wissen, dass sie ihr Defizit vielleicht nachträglich nochmal korrigieren müssen, sie erstmal bei unter 3% bleiben, um dieses Kriterium nicht zu verletzen? Meines Wissens hat sich in dieser Form kein Staat daran gehalten. 3% heißt 3% und nicht 2% oder 1,5%. Dementsprechend sehe ich den Stabilitäts- und Wachstumspakt insgesamt nicht unbedingt als das beste Instrument an, um die Mitgliedstaaten zu zähmen. Aber andererseits: Eine bessere Lösung hat die Politik ihrer Zeit nicht konzipiert.

Andrea Germer: *Ändert die Wahl Emmanuel Macrons⁷ etwas im Hinblick auf das Anliegen europäischer Finanzminister um eine europäische Wirtschaftsregierung?*

7 Emmanuel Jean-Michel Frédéric Macron (*1977), französischer Politiker, 2014 bis 2016 Wirtschaftsminister und seit 2017 Staatspräsident der Französischen Republik.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Athanassios Pitsoulis: Es ist durchaus möglich, dass er in dieser Hinsicht Elan entwickelt und einen Vorstoß unternimmt und in diese Richtung geht. Das hängt natürlich von den Parlamentswahlen ab und welchen Rückhalt er mit seiner Bewegung *En Marchè* generieren kann und ob er hinterher gegen das Parlament regieren muss, oder hat er vielleicht sogar eine Mehrheit und eine Koalition, auf die er sich stützen kann. Es ist jedenfalls durchaus möglich, dass er tatsächlich ein bisschen Bewegung ins Spiel bringt in der Form, dass man über eine Verbesserung der Eurozone durch noch mehr Europa – durch mehr Integration – nachdenkt. Ob es konstruktive Vorschläge sein werden oder nicht, lassen wir dahingestellt an dieser Stelle. Das muss man sich erstmal anschauen. Ich kann mir aber schon vorstellen, dass da von ihm etwas kommt. Ich weiß, dass es zumindest in Griechenland schon einige gibt, die diesbezüglich Hoffnungen haben. Ich habe kürzlich einen biografischen Bericht von Yanis Varoufakis⁸ gelesen über die Ereignisse im Jahre 2015. Da stand halt auch, dass er damals im Austausch mit Macron stand, der zu der Zeit noch Minister in Frankreich war, und von ihm fühlte er sich unterstützt. Er konnte zwar nicht viel bewegen, aber moralische Unterstützung hat Macron ihm bieten können. Dementsprechend gibt es bestimmt einige Menschen die denken, mit Macron würde jetzt alles besser werden.

Jan Torben Breßgott: *Wer waren Ihrer Meinung nach die treibenden Kräfte für die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone? Was ist hierbei falsch gelaufen?*

Athanassios Pitsoulis: Ich glaube, für Griechenland war es, aus übergeordneten politischen Gründen immer wichtig, zum Kern der europäischen Integrationsgemeinschaft zu gehören. Dementsprechend war das für die griechische Regierung seinerzeit ganz klar eine politische Priorität: Man musste Teil der Eurozone werden. Ob das ökonomisch hundertprozentig sinnvoll war oder nicht? Da werden wahrscheinlich die politischen Erwägungen die ökonomischen Bedenken überwogen haben. Ich glaube auch, dass, gerade in Deutschland, seinerzeit eine politische Präferenz für die Eurozone da war in der Form, dass man halt die größeren Währungsraum wollte und dementsprechend dann auch eine Verringerung der Wechselkursvolatilität und des Zinsdifferentials mit Staaten mit denen man eben Handel betreibt. Das war in Deutschland und auch bei anderen europäischen Staaten, die sich an dem Projekt beteiligt haben, eine Präferenz. Man musste Kosten und Nutzen abwägen. Ein Land, das vielleicht nicht hundertprozentig reif dafür ist, in den Währungsraum zu kommen, mit hineinzunehmen, schafft natürlich ein gewisses Risiko und potentielle Kosten, die auf die Eurozone als Ganzes zukommen. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass man einen Nutzen aus dem Beitritt ziehen kann. Ich kann mir vorstellen, dass Griechenland mit großem Nachdruck in die Eurozone hineinwollte und dass es auf der anderen Seite keine größeren Bedenken gegeben hat, die das verhindert hätten. Man kannte die Chancen und Risiken, aber in erster Linie überwogen dann die Chancen.

8 Yanis Varoufakis (*1961), griechischer Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, Januar-Juli 2015 Wirtschaftsminister der Hellenischen Republik.

Wenn sich ein Land wie Griechenland hätte disziplinieren können, dann wäre das ein wunderbarer Präzedenzfall gewesen für die Erweiterung der gesamten Eurozone. Das hätte das gesamte Projekt attraktiver gemacht. Wenn so etwas nicht funktioniert, dann geht das natürlich alles nach hinten los.

Michael Gehler: *Es war ja angeblich so, dass sowohl zwischen Berlin und Paris Einvernehmen bestanden hat – zwischen Gerhard Schröder⁹ und Jacques Chirac¹⁰. Die waren dabei ganz entscheidend bei der Fürsprache für die Aufnahme Griechenlands in den Euro. Ich erinnere mich an ein Interview von Martin Schulz¹¹ im Deutschlandfunk, als es in den Jahren 2010 und 2011 hieß, dass die Europäische Kommission gewarnt hätte, allerdings nicht das nötige Datenmaterial gehabt hat und sowohl Schröder als auch Chirac daher weiter den politischen Kurs vertreten hätten, Griechenland aufzunehmen. Das ist der Stand der Dinge. Was ist schief gelaufen bei der Geschichte?*

Athanassios Pitsoulis: Ich würde sagen, dass – ganz grundsätzlich – die Eurozone zu einem Zeitpunkt konzipiert worden ist, an dem in Europa noch mehr Integrationsschritte hätten durchgeführt werden müssen, um die Eurozone langfristig lebensfähig zu machen. Die Einführung des Euros ist, im Nachhinein betrachtet, insgesamt verfrüht gewesen. Das ist das Erste, von dem ich sagen würde, dass es schiefgelaufen ist. Griechenland selber ist Mitglied der Eurozone geworden, aber mit ein bisschen Verspätung. Es wäre vielleicht sinnvoller gewesen, eine längere Phase des Übergangs zu haben, um Griechenland mehr Zeit zu geben, die Kompetenzkriterien einzuhalten. Die griechische Wirtschaft entwickelte sich ja auch nicht unbedingt schlecht. Die Wachstumsraten waren zwischenzeitig sogar recht respektabel, und nach den existierenden Modellen, die man hatte, um die Schuldenfähigkeit eines Landes zu berechnen, bestanden bei Griechenland ja gar keine Bedenken. Im Nachhinein ist man halt immer schlauer. Dann kann man leicht sagen, es wäre klüger gewesen, fünf Jahre Übergangszeit zu machen – so ähnlich wie beim Eintritt in die EWG seinerzeit. Das hat nicht funktioniert. Man hat sich politisch dagegen entschieden.

Michael Gehler: *Es ist eigentlich erstaunlich, dass man in diesen Fällen, also nicht nur bei Griechenland, keine Übergangsfristen eingeführt hat. Es gab immer, bei allen Erweiterungen von der EG bis zur EU, Übergangsphasen. Hop oder Top – hinein, koste es, was es wolle.*

9 Gerhard Fritz Kurt Schröder (*1944), deutscher Politiker, 1978 bis 1980 Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, 1990 bis 1998 Ministerpräsident von Niedersachsen und 1998 bis 2005 7. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

10 Jacques René Chirac (*1932), französischer Politiker, 1974 bis 1976 und 1986 bis 1988 Premierminister sowie 1995 bis 2007 Staatspräsident der Französischen Republik.

11 Martin Schulz (*1955), deutscher Politiker, 2012 bis 2017 Präsident des Europäischen Parlaments, Kanzlerkandidat der SPD bei der Bundestagswahl 2017, seit 2020 Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Athanassios Pitsoulis: Das ist ja bei der Währung auch okay. Es muss ja ein Datum geben, ab dem die neue nationale Währung gilt. Zwei Parallelwährungen haben, die nicht wirklich zueinander passen? Da kann ich schon sagen, dass es gute ökonomische Gründe gibt, die dagegensprechen würden. Aber Zeit für die Einhaltung der Kompetenzkriterien wäre angebracht gewesen. Das ist auch eine politische Entscheidung gewesen, die wirtschaftspolitische Bedenken getoppt hatte. Die Konvergenzkriterien einzuhalten haben sie gerade so geschafft. Dann hat man es eine Zeit lang geschafft, die Inflationsrate in den Zaum zu kriegen. Da hätte man von Griechenland durchaus eine längere Wartezeit zur Aufnahme einfordern können. Aber wie wäre das gegangen? Schröder war an der Macht. In Griechenland war es Konstantinos Simitis¹². Beide sind Sozialdemokraten. Hätte das funktioniert? Ich weiß es nicht genau. Dementsprechend sehe ich schon das Problem, dass es gegeben hätte, wenn man Griechenland ein wenig länger hätte warten lassen. Das gilt auch für andere europäische Länder. Was war der Grund, um zu sagen, man nimmt erstmal ein Land wie Griechenland und nicht andere Länder? Es wäre ungleich einfacher gewesen und hätte sich politisch sicher auch verkaufen lassen. Dann wäre die Euromitgliedschaft aber vielleicht auch ein wenig madig gemacht worden. Dann sind die Griechen manchmal auch durchaus renitent und dann legen die mal im Europäischen Rat ihr Veto gegen irgendwas ein.

Michael Gehler: *Man hätte das, wenn schon, für alle machen müssen. Das ist klar.*

Athanassios Pitsoulis: Im Nachhinein sind wir immer schlauer.

Jan Torben Breßgott: *Lagen der Europäischen Kommission nicht sogar Zahlen aus Griechenland vor, aber sie hatten nicht die Kompetenz oder die Rechte dazu, diese zu überprüfen?*

Athanassios Pitsoulis: Die Griechen haben nach den Regeln, die sie für ihre volkswirtschaftliche Gesamtrechnung hatten, ihre Zahlen nach Brüssel gemeldet. Eurostat hat regelmäßig seine Bedenken gegenüber der griechischen Rechnungsmethode kundgetan. Die Griechen haben als Antwort darauf verwiesen, dass diese Rechnung immer transparent gehalten wird. Man machte halt manche Dinge anders, aber das wusste ja auch jeder und dieses Spielchen lief dann jahrelang.

Ob die Griechen sich am Ende des Tages in die Eurozone reingeschummelt haben? Das ist so eine Sache, an der man ganz gut sieht, wie die Öffentlichkeit funktioniert. Heute heißt es: Griechenland hat sich in die Eurozone reingeschummelt, denn mit „griechischen Statistiken“ ließen sich die Konvergenzkriterien erfüllen. Eines dieser Kriterien ist nun die Neuverschuldung gewesen. Ob Griechenland im Stichjahr des Eintritts nun 3,5% oder 2,9% erreicht hat – am Ende des Tages ändert das gar nichts. Es spielt ökonomisch keine Rolle, aber das ist in der Bevölkerung Europas so hängengeblieben. Nicht einmal, dass sie sich selbst reingeschummelt hätten, sondern dass sie reingeschummelt wurden.

12 Konstantinos Simitis (*1936), griechischer Politiker, von 1996 bis 2004 Ministerpräsident der Hellenischen Republik.

Alle haben die Augen zugeedrückt. Man wusste zwar, wie der Hase läuft, aber solange es gut geht: Wo kein Kläger, da auch kein Richter.

Michael Gehler: *Waren die von Griechenland vorgelegten Daten bewusst gezielt getürkt oder ist das im besten Wissen und Gewissen nach den griechischen Erhebungen erfolgt?*

Athanassios Pitsoulis: Ich würde sagen, dass sich die Politiker in Griechenland da heute noch darüber streiten. Die damals amtierende Regierung hat immer für sich in Anspruch genommen, dass da nicht gezielt manipuliert worden ist. Nach dem Regierungswechsel, als dann die lange Zeit der sozialistischen Regierung zum Ende kam und die Konservativen erneut an die Macht kamen, war das für letztere natürlich ein gefundenes Fressen, die von Europa vorgeschlagenen Regeln für die europäische Gesamtrechnung anzuwenden und dann halt zu entdecken, dass die Vorgängerregierung sich nicht darangehalten hat. Im Nachhinein wurden so die Spielregeln geändert und man sagte, dass man Daten ganz anders hätte verbuchen müssen und natürlich kamen dann auch ganz andere Zahlen dabei raus.

Wer jetzt am Ende des Tages Recht hat, kann man gar nicht einfach sagen. Meiner Meinung nach war das ein eher taktisches Manöver, das wahlpolitische Zielsetzungen hatte. Dass sich das dann so katastrophal auswirken würde, damit konnte seinerzeit keiner rechnen. In der Zeit um 2008 – bedenken Sie die Weltfinanzkrise! – konnte man es sich gar nicht leisten, als Regierung die Reputation zu verlieren, weil man sagt, man würde inkorrekte Zahlen nennen. Das haben die griechischen Politiker, die darin verwickelt waren, gar nicht kommen sehen.

Severin Cramm: *Den IWF in der ersten Phase der Griechenland-Krise nicht voll eingreifen zu lassen – wie beurteilen Sie dieses Vorgehen?*

Michael Gehler: *Ich ergänze die Frage: Meiner Ansicht nach haben sich seinerzeit die Europäische Union oder die zuständigen Institutionen darunter überschätzt. Man hat geglaubt, man würde das ohne den IWF schaffen. Man wollte das zum Teil auch losgelöst von den USA regeln. Man war noch nicht in der Lage, einen wirklich funktionierenden europäischen Währungsfonds zu haben und hat, dadurch, dass man den IWF nicht von vorneherein mit ins Boot genommen hat, Zeit und Kraft verloren, um entsprechend früher wirksamer zu agieren. Das ist die These, die dahintersteckt.*

Athanassios Pitsoulis: Das ist durchaus möglich. Ich würde aber auch sagen, dass das von Seiten der griechischen Regierung seinerzeit gar nicht opportun war, den IWF da einzubinden. Der IWF hat eine ganz klare Linie und vertritt typischerweise den Washingtoner Konsens. In dieser Zeit hatte aber in Europa die kollektive Blauäugigkeit Einzug gehalten, man würde das mit ein paar Hilfsmitteln hier und da schon wieder hinbekommen. Man hat sich das dann schön geredet und dementsprechend gab es in Europa keinen politischen Willen. Auch hier ist man im Nachhinein wieder schlauer: Es hätte vielleicht Sinn gemacht, den IWF voll einzubinden. Das hätten dann die anderen europäischen Länder vorantreiben müssen, denn Griechenland hätte das von sich aus wahrscheinlich nie zugelassen. Man hätte also darauf bestehen müssen. Aber jetzt haben wir halt den Salat.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Am Anfang rechnete man sich alle Zahlen schön, glaubte, mit ein bisschen Optimismus und Glück würde man das schon schaffen und am Ende hat es so halt nicht funktioniert. Jetzt hat der IWF aber auch selber große Probleme, denn diese Griechenland-Rettungspolitik und seine Beteiligung waren ja selber im IWF wiederum höchst umstritten. Die Direktoren, die für die „emerging markets“ zuständig waren, waren alle konsterniert darüber, dass Griechenland ganz anders angefasst wurde als andere Volkswirtschaften, die ein Programm vom IWF vorgelegt bekommen haben. Warum wurde da mit zweierlei Maß gemessen? Und diese Frage muss sich der IWF auch durchaus gefallen lassen. Das ist aber tatsächlich ein eigenes Thema für sich. Man wurde zwar eingebunden, aber irgendwie auch nicht so richtig, sondern auf eine Art und Weise, wo man sagen kann, dass man sich die Reaktionen des IWF genauer anschauen muss und klären, ob die europäischen Staaten vielleicht überproportionalen Einfluss haben auf die Entscheidungen des IWFs. Dementsprechend könnten sie durchaus Dinge durchsetzen, die anderen Mitgliedstaaten überhaupt nicht gefallen. Das ist auch ein Kritikpunkt daran, dass sich der IWF auf dieses Spiel der mächtigen europäischen Staaten überhaupt einlässt.

Andrea Germer: *In den Jahren 1953 und 1954 gab es für die Bundesrepublik Deutschland einen Schuldenschnitt. Somit mussten keine Reparationszahlungen an die USA und England zurückgezahlt werden. War das mit den Szenarien für Griechenland ab 2010 und Folgejahre vergleichbar bzw. umsetzbar?*

Athanassios Pitsoulis: Ich würde sagen: Weder vergleichbar noch umsetzbar. Für mich ist der Schuldenschnitt, das Londoner Abkommen, ein außergewöhnlicher Vorgang gewesen, der sich im Nachhinein für die Bundesrepublik Deutschland gelohnt hat. Das hat sich ja auch in der Griechenland-Krise gezeigt, als man dort ziemlich frustriert darüber war, dass sie dieses Abkommen seinerzeit abgenickt hatten. Griechenland war zwar nicht federführend involviert, hat diese Frage der Reparationen aber auch nie mit Nachdruck gegenüber Deutschland zur Sprache gebracht. Darüber haben sich die Griechen dann schon geärgert. Das ist aber auch einfach eine andere Situation gewesen. Klar: Es wird mit zweierlei Maß gemessen. Aber andererseits: Nach dem Zweiten Weltkrieg zeichnete sich der Kalte Krieg ab. Es galt aus strategischen Gründen in Mittel- und Westeuropa starke Verbündete zu haben. Das war für die USA ein absolut zentrales Interesse. Frankreich und Großbritannien hätten Europa alleine nicht gegen den Warschauer Pakt verteidigen können. Man brauchte einen europäischen Kernstaat mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und der Möglichkeit, die Sowjets in Schach zu halten – platt gesagt. Irgendwas musste man also tun. Deutschland musste wieder wirtschaftlich handlungsfähig gemacht werden. Da bot sich ein Schuldenschnitt natürlich an. Ich würde sagen, aus geostrategischen Interessen hat es sich so zugetragen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Wenn ein Land geostrategisch von absolut fundamentaler Bedeutung ist, dann bekommt es in solchen Situationen vielleicht mehr Privilegien als ein Land, das kaum großes Drohpotential hat – so interpretieren das viele Menschen in Griechenland. Ob das jetzt stimmt oder nicht, vermag ich nicht zu sagen, aber ich sehe schon, dass beim Londoner Abkommen im Vordergrund stand, Deutschland zu einer wirtschaftlichen Genesung zu verhelfen, die für Europa wirtschaftlich und für die USA geostrategisch wichtig gewesen ist. Es haben ja auch andere europäische Staaten von der Gesundung Deutschlands profitiert. Das muss

man auch dazu sagen. Ein Dasein im Schuldendiktat zu fristen, hätte der deutschen Wirtschaft sicherlich einen Abbruch getan.

Michael Gehler: *Was hat Griechenland eigentlich seinerzeit veranlasst, im Konsens dieser Londoner Schuldenvereinbarung auf Ansprüche mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland zu verzichten?*

Athanassios Pitsoulis: Die Details kenne ich nicht. Ich weiß, wenn auch nicht sicher, dass sich in Griechenland immer die Meinung gehalten hat, inwieweit die sich auch immer historisch belegen lässt, dass Griechenland nie auf irgendwas verzichtet hat, sondern Reparationsforderungen an Deutschland zurückgestellt hat bis zum Zeitpunkt nach der Wiedervereinigung. Dann wurden die aber scheinbar nie richtig zur Sprache gebracht. Ob das jetzt völkerrechtlich bedeutet, dass man auf diese Forderung formell verzichtet hat, oder ob das tatsächlich bedeutet, dass Griechenland nur zurückgestellt hat und ob man das belegen kann, weiß ich nicht.

Michael Gehler: *Es ging ja um den Schatz der Griechischen Nationalbank, den die Wehrmacht beschlagnahmt hat. Das waren die Bestände an Devisen und an Gold und das ist einer der Punkte gewesen.*

Athanassios Pitsoulis: Die Zwangsanleihe, die die Reichsbank sich damals von der Griechischen Zentralbank hat geben lassen – 476 Millionen Reichsmark. Wenn man das heute mit Zinsen und Zinseszinsen hochrechnen würde, dann kommt eine Zahl dabei raus, die weit in die Milliarden hinauf geht. Ich kann mir vorstellen, dass man völkerrechtlich argumentieren kann, dass Griechenland aus dieser Zeit bestimmte Ansprüche hat, bei denen es vielleicht tatsächlich mal sinnvoll wäre, wenn man sich das juristisch anschauen und abschätzen würde, ob das vertretbar wäre. Aber diese Forderung nach mehreren Hundertmilliarden? Ohne Jurist zu sein, würde ich sagen, dass es möglich wäre, dass Griechenland gewisse Ansprüche geltend machen kann, die völkerrechtlich nicht sofort von der Hand zu weisen wären, auch wenn das in Deutschland politisch nicht opportun wäre. Es ist ein moralisches Problem, wenn Griechenland nie auf Ansprüche verzichtet hat, diese aber auch nie angesprochen hat und jetzt die Hilfe von Deutschland braucht, von der Bundesrepublik aber hängen gelassen wird.

Michael Gehler: *Deutschland als Krisenmanager – wie haben Sie diese Zeit seit 2010 erlebt? Man kann ja unterscheiden zwischen der Großen Koalition Schwarz-Rot, dann Schwarz-Gelb – gab es da ihrer Ansicht nach signifikante Unterschiede? Wie haben Sie überhaupt die Rolle von Angela Merkel¹³ in dieser Komplexitätskrise aus Banken, Finanzmarkt und Staatsverschuldung empfunden?*

13 Angela Dorothea Merkel (*1954), deutsche Politikerin, 1991 bis 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994 bis 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998 bis 2000 Generalsekretärin und 2000 bis 2018 Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sowie von 2005 bis Oktober 2021 8. Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Athanassios Pitsoulis: Angela Merkel hat durchaus von internationalen Medien einiges abbekommen. Es wurde zu wenig zu spät gemacht. Andererseits ist die Kanzlerin von Natur aus vorsichtig und will nichts überstürzen und schaut lieber erstmal, ob sich das Problem nicht vielleicht von alleine erledigt. Ich würde sagen, dass Angela Merkel immer dann, wenn es darum ankam, in der Lage war, eine Entscheidung zu treffen und diese auch durchzuziehen und vertreten zu können. Sie will jedoch nicht gezwungen sein, Entscheidungen zu treffen. Da ist vielleicht etwas mehr Zeit ins Land gegangen als makroökonomisch ratsam gewesen wäre. Andererseits ist sowas wie die Euro-Rettungspolitik und die Frage, wie man mit Griechenland umgeht, eine multilaterale Politik. Das entscheidet nicht einer im Alleingang, sondern dafür ist viel Koordination nötig, viele Absprachen und Verhandlung usw. Das erfordert halt einfach Vorsicht. Dementsprechend glaube ich schon, dass man sagen kann, dass sie als Krisenmanagerin wichtige Entscheidungen getroffen hat, aber es wäre vielleicht sinnvoller gewesen, schneller grundlegende Entscheidungen zu treffen, um Erwartungen zu verankern und der Spekulation einen Riegel vorzuschieben. Vielleicht ist es auch der modus operandi der aktuellen Politik, dass Probleme praktisch im ganz großen Wurf gelöst werden.

Michael Gehler: *Es wurde ihr ja vorgehalten, zu langsam reagiert zu haben. Es waren Jean-Claude Trichet¹⁴ von der EZB seinerzeit noch, Mario Draghi¹⁵ und sogar Helmut Schmidt,¹⁶ die ihr mangelnde Führungsqualitäten vorgeworfen haben. 2010 waren auch Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Diese Wahlen hat sie abgewartet. Da hat sie innenpolitischen Fragen den Vorrang gegeben. Das sind die Dinge, die mir noch in Erinnerung geblieben sind. Es ist möglicherweise das Ausmaß dieser Krise im ersten Halbjahr 2010 unterschätzt worden.*

Athanassios Pitsoulis: Mit Sicherheit. Die Vorstellung, dass Griechenland sich sehr schnell wieder berappeln würde und diese Krise mit sehr begrenzten Mitteln in den Griff zu kriegen wäre, beruhte auf einer sehr blauäugigen Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes. Da schwang auch viel Optimismus mit auf einigen Seiten, der zum Teil auch instrumentell war. Man dachte, wenn man sich geschlossen optimistisch äußern würde, dann würde daraus so einer Art selbsterfüllende Prophezeiung.

Severin Cramm: *Vielleicht doch nochmal nachgefragt: Es geht nochmal um den Bereich der griechischen Regierung – genauer gesagt der linken Regierung. Insbesondere geht es dabei auch um den Finanzminister Varoufakis und darum, inwiefern der auch schicklich*

14 Jean-Claude Trichet (*1942), französischer Finanzexperte, 2003 bis 2011 Präsident der Europäischen Zentralbank.

15 Mario Draghi (*1947), italienischer Wirtschaftswissenschaftler, 2006 bis 2011 Präsident der Banca d'Italia und von 2011 bis 2019 Präsident der Europäischen Zentralbank, seit 2021 Ministerpräsident von Italien

16 Helmut Heinrich Waldemar Schmidt (*1918; †2015), deutscher Politiker, 1967 bis 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung und 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen sowie 1974 bis 1982 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

war gegenüber den anderen europäischen Finanzministern, aber auch gegenüber seiner eigenen Regierung. Er ist ja sehr dominant aufgetreten. Generelle Frage: Wie ist Griechenlands Agieren einzuschätzen?

Athanasios Pitsoulis: Das ist eine hochinteressante Frage. Darüber habe ich zusammen mit einem ehemaligen Doktoranten Sören Schwuchow aus Cottbus ein Papier publiziert, in dem wir eher eine Minderheitenmeinung einnehmen, und ich glaube, wir sind sogar die ersten, die das systematisch angegangen sind. Wir haben versucht, spieltheoretisch zu modellieren, was sich Varoufakis vielleicht für eine Strategie ausgedacht hat. Bislang hat er das Papier auch noch nicht kommentiert.

Es ist halt schwer zu interpretieren. Wenn ich jetzt in diesen biografischen Bericht von Varoufakis hineingucke – Adults in the Room – über die Ereignisse des Jahres 2015, dann ist es so, dass ich sage, dass es nicht so ganz inkompatibel mit unserer Vermutung ist. Es ist allerdings so, dass er seine Strategie schon ein wenig anders gestaltet hat. Es gibt dazu verschiedene Lehrmeinungen. Es gibt die einen, die sagen Varoufakis und Alexis Tsipras¹⁷ und die ganze neue griechische Regierung, die 2015 an die Macht gekommen ist, hätten nicht verstanden, wie Wirtschaft und wie europäische Politik funktioniert. Das sehen wir ehrlich gesagt ein klein wenig anders. Man kann das Agieren der griechischen Regierung sicher einfach mit dem Label der Unprofessionalität versehen – dann hat man alles sehr leicht erklärt. Man kann aber auch hinter dem scheinbar unprofessionellen Agieren eine gewisse Methode erkennen.

So wie wir das modelliert haben, ist es so, dass es möglich ist, dass die griechische Regierung – und in diesem Szenario hätte Varoufakis eine ganz klar definierte Rolle gespielt – ganz gezielt versucht hat, sich einem Risiko auszusetzen, wonach das Land durch einen Unfall aus der Eurozone geflogen wäre und dass sie gezielt versucht hat, die politischen Kosten für eine Einigung mit den Geldgebern im Inland zu erhöhen. Theoretisch kommt dabei heraus, dass damit tatsächlich auch auf die Geldgeber Druck ausgeübt wird, der griechischen Regierung entgegenzukommen. Dann wäre das so zu interpretieren, dass praktisch Tsipras und Varoufakis ein Spiel gespielt haben und Varoufakis ganz gezielt die Rolle des Unberechenbaren gespielt hat, um die Eurozone zum Entgegenkommen zu bewegen. In dem Moment, an dem das noch nicht so richtig funktioniert, muss man vielleicht noch nachhelfen und da hilft vielleicht ein Referendum, was der griechischen Regierung in die Hände spielt, indem man sagt, dass man bestimmten Teilen der Bevölkerung bestimmte Forderungen einfach nicht verkaufen kann. Wenn die Geldgeber wollen, dass ihre Forderungen umgesetzt werden, müssen sie an diesem Punkt der griechischen Regierung entgegenkommen. Das ist wiederum ein Punkt, der für die griechische Regierung im Nachgang wieder wichtig gewesen wäre, um der eigenen Bevölkerung die Kapitulation schmackhaft zu machen. Man könnte dann nämlich sagen, dass man zwar kapituliert, aber auch etwas ausgehandelt und im Vergleich zur Vorgängerregierung noch viel mehr Zugeständnisse aus den Europäern heraus geleierte habe. Da denke ich zum Bei-

17 Alexis Tsipras (*1974), griechischer Politiker, 2015 bis 2019 Ministerpräsident der Hellenischen Republik.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

spiel an sowas wie das 35 Milliarden Euro Juncker-Investment- Paket, das den Griechen versprochen worden ist.

Varoufakis selber beschreibt diesen Vorgang des gezielten Eingehens eines Unfallrisikos für alle Beteiligten gar nicht. Er hat eine ganz klare Abschreckungsstrategie in der Form, dass er im Sommer 2015 die Schuldenfälligkeiten an die EZB nicht beglichen hätte, und damit wäre die Frage des Verbleibs Griechenlands in der Eurozone sofort aufgeworfen worden. In dem Moment, in dem Griechenland der EZB Staatsanleihen nicht zurückzahlt, hätte das bedeutet, dass ein Land wie Griechenland keine Fiskaltransfers erhalten hat, was wiederum in Deutschland ein riesiges Problem verursacht hätte, denn dann wäre wahrscheinlich die gesamte Eurorettungspolitik vor dem Verfassungsgericht hinfällig gewesen. Nötig von griechischer Seite wäre also gewesen, den Staatsbankrott gegenüber der Europäischen Zentralbank zu erklären. Dann wäre wahrscheinlich die gesamte Eurorettungspolitik den Bach runtergegangen. Das hätte wiederum die Investoren verschreckt und dann wären die Zinsen auf spanische und italienische Staatsanleihen hochgegangen und die Frage wäre dann gewesen, ob die EZB das Anleihe-Aufkauf-Problem hätte beschleunigen können, um dem entgegen zu gehen. Hätte das gereicht? Die Euro-Rettungspolitik hat immer wieder Ansteckungseffekte in Europa geschaffen und das war sein Problem.

Ob das jetzt das war, was wir vermutet haben, oder etwas Anderes, lässt sich schwer sagen. Ich würde sagen, dass das schon in die Richtung geht. Ich würde die Frage so beantworten: Man kann das Agieren der griechischen Politik auf dem Höhepunkt der Griechenlandkrise 2015 einerseits leichtfertig als Unwissenheit abtun, oder man kann es, mit etwas mehr Gehirnschmalz, als ein eiskaltes Vorgehen bei sehr hohen Einsätzen interpretieren – ein taktisches Spiel unter Inkaufnahme sehr hoher Kosten und gravierender Nachteile für die eigene Bevölkerung.

Michael Gehler: *Kann man das als eine Politik des unkalkulierbaren Risikos – bis heute – interpretieren?*

Athanassios Pitsoulis: Des kontrollierten Risikos. Sie setzten sich und alle anderen einem Unfallrisiko aus.

Michael Gehler: *Also des kalkulierten kontrollierten Risikos.*

Jörg Beining: *Nochmal nachgefragt: Die konkreten Vorwürfe gegen die linke griechische Regierung waren, dass die Reformkonzepte verlangt worden, aber nicht stringent durchgeführt oder blauäugig in der Strategie vermittelt worden sind. Ich erinnere mich an Stichworte: Aufgeblähter Bankenapparat, Steuerdamm, Steuerhinterziehung, keine Steuerprüfer, keine Steueraufzeichnung, niedrige Steuersätze, Fehlzeiten, Krankheitsstände usw. Wie glaubwürdig waren denn für Sie diese Reformbestimmungen in der Bewertung?*

Athanassios Pitsoulis: Ich glaube, dass die meisten Ökonomen und die meisten griechischen Ökonomen diese ganzen Probleme auch konstatieren würden. Da sind sich alle einig. Das ist das, woran dieses Land krankt. Die Frage ist eben: Wie kommt man davon

weg? Selbst eine griechische Regierung wie die aktuelle, bestehend aus einer linksradikalen und einer nationalistisch-konservativen Parteienkoalition, wird diese die Probleme zwar vielleicht nicht anders sehen als andere Beobachter. Sie wird aber versuchen, so viel Unterstützung wie möglich aus der Bevölkerung zu erhalten. Dementsprechend kann ich mir vorstellen, dass sie versucht, schmerzhaftere Reformeinschnitte, die bestimmte wichtige gesellschaftliche Gruppen verschrecken könnten, einfach auf die lange Bank zu schieben und stattdessen irgendwas anderes zu machen. Das ist auch nicht unbedingt kontraproduktiv. Das ist für das eigene politische Überleben sinnvoll aber makroökonomisch gesehen, ist es halt irgendwie nachteilig. Das ist genau das, was die Regierung unter Tsipras gemacht hat: Die Hauptlast der Besteuerung zum Beispiel wurde verlagert auf die Haushalte mit den höchsten Einkommen. Gleichzeitig wurde nach Möglichkeiten gesucht, große Strukturreformen und Arbeitsmarktreformen zu umgehen, weil das halt einen großen Teil der eigenen Wählerschaft verschreckt hätte. Das erklärt den Widerstand gegen diese Reformen. Das ist ein politisches Kalkül: Man will an der Macht bleiben. Dann macht unter Umständen halt auch diese Politik des kontrollierten Risikos Sinn, indem man einfach Nein sagt. Das erklärt, warum Tsipras sich einer vorgezogenen Parlamentswahl gestellt hat. Es sei denn, dass er gar nicht wiedergewählt werden wollte. Nach den Verhandlungen wurden im September 2015 das Bailout-Abkommen unterzeichnet und einen Tag später Neuwahlen ausgerufen. Natürlich kann man da fragen: Hat er die Neuwahlen ausgerufen, weil er gar nicht wiedergewählt werden wollte? Möglich ist es. Man kann ihm ja nicht in den Kopf hineingucken. Ich würde aber schon sagen, auch politisch gesehen, ist es für mich viel realistischer, dass er in dem Moment Gelegenheit hatte, der Bevölkerung irgendwas zu verkaufen, damit er sagen konnte, man hätte zumindest an dem einen oder anderen Punkt Entgegenkommen herausgeholt. Man konnte so sagen, dass man kapitulieren musste, dass man gar nicht Schuld ist an der ganzen Misere, dass man zwar 86 Milliarden Euro Schulden mehr habe, aber am Ende des Tages wäre das durch den versprochenen Schuldenschnitt ja eh alles nicht so schlimm. Wenn man dann noch sagt, dass man das Geld zwar aus der einen Tasche der Bevölkerung zieht und dafür an anderer Stelle wieder reinbringt, dann werden die Kreuze halt entsprechend auf dem Wahlzettel gemacht.

Michael Gehler: *Wie haben Sie auch die Rolle von Varoufakis gesehen und dann auch seinen Abgang?*

Athanasios Pitsoulis: Ich persönlich fand Varoufakis erfrischend. Er ist aus meiner Sicht auf jeden Fall jemand, der von diesen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen etwas versteht. Er ist ein guter Ökonom. Er muss sich nicht den Vorwurf gefallen lassen, ein schlechter Ökonom zu sein. Ich persönlich denke sogar, dass er ganz gezielt diese Rolle gespielt hat, um möglichst unkalkulierbar zu wirken. Der ganze Habitus dabei ist entweder nur ein Charaktermerkmal oder es ist so, dass das alles einen ganz klaren Sinn gehabt hat. Er wollte halt möglichst klarmachen, dass man bei ihm nie genau wissen kann, was kommt.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Michael Gehler: *Wie gestaltet sich das Verhältnis von Varoufakis zu Wolfgang Schäuble¹⁸?*

Athanassios Pitsoulis: Schwer zu sagen. Varoufakis äußert sich in seinem Buch durchaus mit Respekt. Er hat angeblich eine hohe Meinung von Schäuble, aber ob das jetzt auch so stimmt, kann man nicht sagen. Er wirft Schäuble halt vor, dass er die ganze Zeit vorgehabt hat, Griechenland aus der Eurozone zu verabschieden, dahingehend wäre er wenigstens konsequent gewesen.

Michael Gehler: *Wäre rückblickend der Austritt aus der Eurozone besser gewesen? Das war ja das, was Schäuble zeitweise wollte.*

Athanassios Pitsoulis: Ob Schäuble tatsächlich wollte, dass Griechenland die Eurozone komplett verlässt oder nur für eine bestimmte Auszeit, kann man nicht genau sagen. Man kann auch diskutieren, ob nicht eine zeitweise Auszeit am Ende permanent geworden wäre. Das ist schwer zu sagen.

Ich habe den Austritt Griechenlands aus der Eurozone immer als etwas gesehen, was sich als hochgradig problematisch herausstellen kann. Griechenland hätte eine eigene Währung einführen müssen. Das ist gar nicht so einfach. Klar, man hätte Euroscheine nehmen und erstmal abstempeln können, aber dann stellt sich irgendwann die Frage: Wie unabhängig wäre die Griechische Zentralbank? Würde die dann Weisungen der Regierung entgegennehmen, um den Staatshaushalt der Druckerpresse zu finanzieren? Das würde die Gefahr einer Hyperinflation aufwerfen. Ganz viele Fragen wären im Fall eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone auch gar nicht geklärt. Die griechischen Staatsschulden wären damit nie wieder rückzahlbar gewesen, denn die neue griechische Drachme müsste ja in so starkem Maße abwerten, dass vollkommen klar geworden wäre, dass man dann bei den griechischen Staatsschulden einen radikalen Schuldenschnitt hätte machen müssen.

Man hört hin und wieder, dass doch der Austritt Griechenlands aus der Eurozone Vorteile für das Land hätte, denn so hätte es die Möglichkeit, die eigene Währung abzuwerten und damit wieder wettbewerbsfähig zu werden. Von diesem Argument bin ich nicht überzeugt, denn so würde jeder Druck für Strukturwandel und Reformen des Staats und der öffentlichen Verwaltung hinfällig. Dann würde sich in Griechenland wieder nichts tun und der Reformdruck weg. Man würde einfach so weitermachen wie bisher und die Währung immer weiter abwerten und künstlich wettbewerbsfähig bleiben. Ich persönlich würde es lieber sehen, wenn Griechenland sich berappeln würde und die Institutionen entwickelt, die es braucht, um in Europa wettbewerbsfähig zu sein und in der globalen Wirtschaft seine Vorteile ausspielen zu können. Es ist aber noch ein langer Weg dahin.

18 Wolfgang Schäuble (*1942), deutscher Politiker, 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, 1989 bis 1991 und 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern und 2009 bis 2017 Bundesminister der Finanzen sowie 2017 bis 2021 Präsident des Deutschen Bundestags.

Severin Cramm: *Es gab ja auch die Diskussion, den Staat letztendlich bankrottgehen zu lassen – Staatsinsolvenz. Ich weiß, dass es da wochenlang Diskussionen gab, wie ein Staat Insolvenz anmelden kann. In dem Moment wurde das Staatsvermögen, eben weil es unsicher war, sofort in die Europäische Union oder in die Schweiz exportiert.*

Athanassios Pitsoulis: Wer es nicht ins Ausland schicken konnte, hat es einfach zuhause in irgendeiner Plastiktüte vergraben.

Michael Gehler: *Es gab verschiedene Krisenszenarien. 2008/2009: Finanzmarkt und Bankenkrise. 2011: Staatsverschuldung. Wie hängen diese Krisen aus Ihrer Sicht als Wirtschaftsökonom eigentlich zusammen? Hängen die überhaupt zusammen? Ist die eine vielleicht aus der anderen erwachsen? Wir haben also eine Banken- und Finanzmarkt-krise, dann diskutieren wir über eine Staatsverschuldungskrise – eine Wettbewerbskrise. Sind die letzteren erst aus den ersten beiden erwachsen? Ist das eindeutig? Ist das evident?*

Athanassios Pitsoulis: Ich persönlich würde ja sagen.

Michael Gehler: *Und losgelöst von Griechenland? Wir reden auch von Irland, von Portugal, von Spanien und auch von Italien. Das heißt, diese Finanzkrise in den USA wirkt sich so verschärfend aus, dass wir vor dem Hintergrund erst von diesen Wachstums- und Leistungsdefizitkrisen reden.*

Athanassios Pitsoulis: Die Leistungsbilanzkrisen haben mit Exportüberschüssen zu tun. Die würde ich davon losgelöst sehen. Sie haben aber immer dieses Wechselspiel zwischen Staaten bzw. Regierungen und Banken. Wenn in den USA große Banken oder Investmentfonds pleitegehen, weil sich zu viele Menschen bei irgendwelchen Immobilienanleihen verspekuliert haben, beeinträchtigt das viele Geschäftspartner, die Anteile an diesen Fonds haben. Da geht es um Wertpapiere, Aktien usw. Die stehen in den Bilanzen der Banken und schlagartig wird das zu einem Problem der Fiskalpolitik, denn wenn so eine Bank oder ein Fonds pleitegeht, muss die in irgendeiner Weise, wenn sie systemrelevant ist, aufgepäppelt werden. Sie bekommt also Kapital. Wenn das jetzt so eine Kettenreaktion gibt, die über den Atlantik nach Europa überschwappt, dann kriegen wir hier genau dasselbe Problem mit dem Wechselspiel zwischen Banken, Regierungen und Bevölkerung. Da werden dann europäische Banken in Mitleidenschaft gezogen, die diese Papiere und Anleihen bei amerikanischen Banken in ihrer Bilanz abschreiben müssen, sonst bekommen die ein riesiges Problem. Wenn man sich die Situation jetzt mal ansieht: Das betrifft deutsche Banken und das betrifft französische Banken. Jetzt haben wir also das Problem, dass die Bilanz stark geschrumpft ist, und jetzt stehen da auch noch Staatsanleihen von Staaten wie Griechenland drin, die dann auf einmal ein Reputationsproblem bekommen, weil man sagt, dass man sich auf die Zahlen der Griechen nicht mehr verlassen kann.

Jörg Beining: *Abwertung durch die Rating-Agenturen.*

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Athanassios Pitsoulis: Da werden diese Staatsanleihen durch diese Agenturen abgewertet. Damit fallen die nicht mehr in die Kategorie „investment grade“. Das heißt, sie dürfen gar nicht mehr gekauft werden. Und schon haben sie das Problem. Seitdem sind große deutsche, italienische und französische Banken unter Druck geraten, weil die griechischen Staatsanleihen herabgestuft worden sind.

Michael Gehler: *Die EU hat ja reagiert mit einer außerunionsvertraglichen Regelung. Stichwort: Fiskalpakt und ESM. Wie haben Sie diese Maßnahmen empfunden – aus Sicht der Lösungslegitimität der Griechenlandkrise?*

Athanassios Pitsoulis: Es wäre sinnvoller gewesen, solche Fonds oder Mechanismen vorher schon gehabt zu haben. Dass man die erst in der Krise erfinden musste, hat Zeit gekostet. Das ist halt eben eine von diesen institutionellen Verfehlungen gewesen. Man hat gewisse Dinge weggelassen. Hätte man diese aber von vorneherein eingeführt, hätte das vielleicht wiederum ein „moralisches Risiko“ auslösen können. Hätte ja sein können, dass Regierungen gezielt darauf spekulieren, dass man es ja nicht so genau ernst nehmen muss mit der eigenen Fiskalpolitik, denn im Zweifel gäbe es ja den Europäischen Rettungsfonds. Dann hätte man sich die gleichen Probleme aber auf anderem Wege reingeholt. Das Ganze ist dementsprechend also sehr ambivalent zu betrachten. Es ist natürlich so, dass diese Institutionen einem Land wie Griechenland jetzt überhaupt erstmal die Möglichkeit gegeben haben, Kapital zu halten, in einem Moment, indem es in den Mitgliedstaaten politisch nicht opportun war, dass man Steuergelder überweist. Das wäre die Alternative gewesen: Griechenland vor die Wand fahren lassen oder aus dem deutschen Haushalt oder dem französischen Haushalt Beträge direkt nach Athen zu überweisen. Stattdessen hat man aber diesen Weg über die Stabilitätsfonds gewählt, die die Möglichkeit geben, sich jetzt über Bürgschaften der europäischen Regierungen zu verschulden, und dies gemäß ganz klarer Konditionen. Aber das ist ja genau das Problem. Man musste noch in der Krise diese Konditionen schaffen.

Michael Gehler: *Wir bedanken uns für das Gespräch.*

Zusatzfragen

Frage: *Wir wissen, dass bei den Menschen historische Erfahrungen – besonders im Bereich von Währungsreformen, Wirtschaftskrisen oder Inflationen – eine große Rolle gespielt haben und immer noch spielen. Aus deutscher Sicht besonders einschneidende Erlebnisse waren die Inflation der 1920er Jahre, die Weltwirtschaftskrise 1929 oder auch die Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg. Welche Rolle spielt diese historische Erfahrung Ihrer Meinung nach heute noch?*

Athanasios Pitsoulis: Ich glaube, man sollte die historischen Erfahrungen nicht vernachlässigen, aber auch nicht pauschalisieren. Die deutsche „Stabilitätsorientierung“ beispielsweise pauschal auf die Erfahrung der Hyperinflation der 1920er Jahre zurückzuführen, ist einfach zu einfach. Wenn es danach geht, müsste ja in einem Land wie Griechenland noch viel mehr Stabilitätsorientierung da sein, da es schließlich in den 1940er Jahren eine schlimmere Hyperinflation als die deutsche durchmachen musste. Ich möchte vielmehr verstehen, welche Transmissionsmechanismen in Gesellschaften wirken, die dazu führen, dass historische Erfahrung sich in empirisch nachweisbare Mentalitätsänderungen auswirken. Meine Vermutung ist, dass historische Erfahrung keine kleine Rolle spielt, aber ich würde gerne diese Vermutung besser empirisch untermauern können.

Frage: *War die Weltwirtschaftskrise 1929 nach den Erfahrungen der Hyperinflation der „Sargnagel“ für die Weimarer Republik und Demokratie?*

Athanasios Pitsoulis: Ich glaube, dass sie einen zentralen Einfluss hatte und über verschiedene politisch-ökonomische Zusammenhänge wirkte. Die Weltwirtschaftskrise, die ihren Ausgang ja in den USA nahm, wirkte sich dahingehend aus, dass amerikanische Wall-Street-Banken die im Dawes Plan von 1924 vereinbarten Kredite an Deutschland einseitig kündigten. Diese Kredite stützten sowohl die deutsche Industrie sowie die deutsche Regierung. Letztere konnte in der Krise fiskalpolitisch nicht viel ausrichten. Die Notenpresse bot die einzige Chance, entgegenzuwirken, was direkt zum Anstieg der Inflation führte; gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit rasant an, es kam also zu einem „Stagflationsszenario“ – hohe Arbeitslosigkeit kombiniert mit hoher Inflation. Die unter diesen extremen Bedingungen selbstblockierte deutsche Regierung und Reichstag wurden durch Hindenburg entmachtet, und diese Machtkonzentration würde später den Nazis in die Hände spielen. Massenarbeitslosigkeit und Verarmung taten ihr Übriges, dass der Ruf nach einem starken Führer immer lauter wurde — ein gefundenes Fressen für Extremisten.

Frage: *Dem „Inflationstrauma“ und dem „Sparen“ wird in der Presse ein großer Platz eingeräumt. Wird hier mit Ängsten Politik gemacht?*

Athanasios Pitsoulis: Ich glaube ja. Das ist nach Ansicht vieler Wirtschaftswissenschaftler makroökonomisch auch durchaus kontraproduktiv, denn in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hätte es durchaus Sinn gemacht, wenn große Akteure in der Eurozone, die den Spielraum hatten, etwas mehr Inflation zugelassen hätten. Ein moderater Anstieg der Löhne und Gehälter in Deutschland hätte Südeuropa in gleich mehreren Hinsichten geholfen. Allerdings gab es starke industrielle Interessengruppen, die keinerlei Beeinträchtigung ihre Wettbewerbsfähigkeit akzeptiert hätten. Auch für Sparer – und Deutschland ist ein Land der Sparer – finden die Idee von Inflation in Kombination mit niedrigen Zinsen nicht gerade lustig. Aus diesen und anderen Gründen war und ist es nur schwer möglich, in Deutschland unverkrampft über das Thema Inflation zu sprechen. Schade.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Frage: *Inwieweit haben sich ganz generell historisch unterschiedliche nationalökonomische Mentalitäten in den Völkern herausgebildet und prägen diese noch heute Verhaltensweisen? Welchen Einfluss haben dabei Währungskrisen und Währungsumstellungen?*

Athanasios Pitsoulis: Ich bin überzeugt davon, dass es unterschiedliche kulturell bedingte Mentalitäten gibt, die sich auch empirisch erfassen lassen. Der Niederländer Geert Hofstede und sein Team entwickelten z. B. ein bekanntes Modell der kulturellen Dimension von Wertvorstellungen auf Grundlage der faktoranalytischen Auswertung einer weltweiten Erhebung der Wertvorstellungen bei ursprünglich 117.000 IBM-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zwischen 1967 und 1973. Die Theorie beinhaltet heute sechs Dimensionen, entlang derer kulturelle Werte analysiert werden können. Die Erkenntnisse sind interessant. Länder wie die Niederlande und Deutschland gehören laut Hofstede zu den sehr individualistischen Ländern. Griechenland hingegen hat eine kollektivistischere Mentalität. In einer solchen Kultur wird von einem Freund erwartet, dass er in einer Notlage hilft und dabei, wenn nötig, auch Regeln bricht. Es liegt auf der Hand, dass aus einem solchen Mentalitätsunterschied unterschiedliche Erwartungen und Verhaltensweisen erwachsen können. Ich vermute auch stark, dass solche Dinge, wie die Wirtschaftskrise, ihre Spuren in der Mentalität hinterlassen, z. B. in einer Zunahme von Unsicherheitsaversion. Solche Einflüsse sind vielfältig; pauschale und einfache Aussagen über sie lassen sich meiner Meinung nach aber nicht machen.

Frage: *Es gibt Stimmen, die propagieren, der Finanzmarkt sei „hochgradig irrational“, „manisch-depressiv“, völlig von Stimmungen und „eben nicht vom Hirn“ beeinflusst. Dies zu durchschauen lerne man nicht im Studium moderner Volkswirtschaftslehre, sondern durch das Studium der Menschen. (Max Otte) Stimmen Sie dem zu?*

Athanasios Pitsoulis: Über das, was Herr Otte in seinem Studium der Volkswirtschaftslehre gelernt hat, kann ich nicht viel sagen. Was muss ich denn studieren, wenn ich den Menschen studieren will? Anthropologie? Was er vielleicht sagen will, ist, dass die Volkswirtschaftslehre sich dringend um ein realitätsnäheres Bild menschlichen Verhaltens, als es das Konstrukt des Homo Oeconomicus ist, bemühen sollte. Das ist nun aber doch keine neue Erkenntnis. Die Volkswirtschaftslehre hat sich schon lange der psychologischen Forschung und ihrer Methoden geöffnet und mit der Verhaltensökonomik ein hochgradig aktives Forschungsfeld begründet. Durch dessen Erkenntnisse verändert sich das Menschenbild der Ökonomie. So gibt es Indizien dafür, dass sich bestimmte Anreizsysteme (man denke an die „Banker-Boni“) sich nachteilig auf die Qualität von Entscheidungen auswirken kann. Dies hilft dabei, spekulatives Verhalten besser verstehen zu können – man denke an die Bitcoin-Blase.

Frage: *Der am Goldsmiths College der University of London lehrende Historiker Jan Plamper und der US-amerikanische Historiker Benjamin Lazier konstatieren „Phobic Regimes of Modernity“. Bestimmen Ihrer Ansicht nach Angstneurosen das kollektive Verhalten in Krisensituationen?*

Athanasios Pitsoulis: Hierzu kann ich nicht viel sagen, weil mir die empirischen wissenschaftlichen Erkenntnisse fehlen. Die wenigsten Kollektive stellen eine homogene Gruppe dar, sondern sind immer mehr oder weniger heterogen. Ihr Verhalten ist weiterhin sehr vielen Einflussfaktoren ausgesetzt, sodass generalisierende Aussagen nur sehr schwer möglich sind. Das Schweizerische Bundesamt für Bevölkerungsschutz hatte die Stiftung Risiko-Dialog im Herbst 2013 beauftragt, eine Literaturstudie zum Verhalten der Bevölkerung in wirklichen Katastrophen und Notlagen durchzuführen. Ziel war es, den internationalen Forschungsstand darzustellen, wobei der Fokus auf dem Verhalten bei Eintritt einer Katastrophe bis maximal einige Tage danach lag. Eines der Ergebnisse dieser Studie war, dass Menschen sich sogar in Katastrophensituationen überwiegend ruhig, rational und erstaunlich hilfsbereit verhielten, zumindest solange sie nicht in akuter Lebensgefahr schwebten. Das klingt für mich nicht nach Angstneurosen als zentralem Bestimmungsfaktor menschlichen Verhaltens in Krisensituationen.

Frage: *Frankreichs Präsident Emmanuel Macron spricht sich seit seiner Wahl immer wieder für eine vertiefte Zusammenarbeit innerhalb der EU aus und fordert einen EU-Finanzminister. Nur so könne Europa eine „starke weltweite Wirtschaftsmacht“ sein. Für wie tragfähig und verhandelbar halten Sie das Konzept?*

Athanasios Pitsoulis: Ich sehe zurzeit keine Chancen auf einen Verhandlungserfolg in der Hinsicht, bin aber wohl der Meinung, dass der EU umfassendere fiskalpolitische Kompetenzen für Krisenfälle zukommen sollten. So halte ich die Idee eines Europäischen Währungsfonds oder von projektbezogenen Eurobonds durchaus für sinnvoll, solange man es nicht mit der Verlagerung von Souveränität auf die Europäische Ebene übertreibt.

Frage: *Die Deflationpolitik Brünnings nach den Erfahrungen der Hyperinflation und der Weltwirtschaftskrise und seine Politik über Notverordnung wird häufig für die Schwächung des Parlamentarismus und letztlich den Aufstieg des Nationalsozialismus mitverantwortlich gemacht. Der Historiker Werner Plumpe relativiert diese Ansicht und macht auch die Politik des großen Gläubigers Amerikas mitverantwortlich. Er zieht die Konsequenz, dass demokratisch gewählte Regierungen „in schweren Krisenzeiten nationale Handlungsfähigkeit über internationale Verpflichtungen stellen müssen, [...], wollen sie nicht ihre Legitimität verlieren.“ Wie beurteilen Sie diesen Ansatz?*

Athanasios Pitsoulis: Ich beurteile ihn im Großen und Ganzen als richtig, aber unvollständig. In schweren Krisenzeiten kann es durchaus sein, dass eine demokratisch gewählte Regierung nationale Handlungsfähigkeit nicht erhalten bzw. erlangen kann, ohne internationale Verpflichtungen einzugehen. Hieraus erwächst ein Legitimitätsdilemma. Das haben die Menschen in Griechenland 2015 durchlebt. Die Gegner eines weiteren Bailouts, der ja gravierende internationale Verpflichtungen mit sich bringen würde, argumentierten, das Land wäre ohne Rettungsprogramm und außerhalb der Eurozone wieder handlungsfähig. Aber wir wissen, wie es gekommen ist: Am Ende haben die Menschen sich für die internationalen Verpflichtungen entschieden.

„Eine blauäugige Vorstellung von der Leistungsfähigkeit dieses Landes“

Frage: *Lässt sich Europa für amerikanische Interessen instrumentalisieren? Und wie kann Europa gegensteuern?*

Athanasios Pitsoulis: Ich glaube, Europa lässt sich nicht so leicht instrumentalisieren, auch nicht von den USA. Ganz im Gegenteil, ich glaube wir machen der US-Regierung regelmäßig Kopfschmerzen, eben, weil wir in manchen Bereichen einen Kurs fahren. Ich würde mir wünschen, dass wir das in mehr Bereichen der internationalen Politik tun und wünsche mir durchaus „mehr Europa“ im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Spätestens seit Donald Trump können wir nun auch die NATO nicht mehr als gegebene geopolitische Größe ansehen. Darauf müssen wir uns einstellen und entsprechend aufstellen.

Frage: *Gute Beziehungen zu den USA gelten als ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Inwieweit verändert sich diese Ansicht seit der Amtsübernahme Donald Trumps?*

Athanasios Pitsoulis: Gar nicht. Unser Verhältnis sollte immer so gut wie möglich sein. Auch, wenn mit seiner neuen Administration nicht alles rund läuft, sollten wir immer die Rahmenbedingungen dafür erhalten, nach kurzen Verstimmungen, die es hier und da geben mag, wieder zurück zu einem guten Verhältnis zu kommen. Unabhängig davon sollten wir aber weiter Europa stärken und Stückchen für Stückchen dafür sorgen, gemeinsam mit unseren Europäischen Partnern in unsere Region auch ohne die USA Stabilität projizieren zu können.

Max Otte



Volks- und Raiffeisenbanken als Stabilitätsfaktor in Wirtschaftskrisen. Eine polit- und institutionenökonomische Perspektive

Zum Referenten:

Prof. Dr. Max Otte studierte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und politische Wissenschaften in Köln und Washington DC. 1996 promovierte er an der Princeton University.

Von 2001-2018 war er Professor für allgemeine und internationale Betriebswirtschaftslehre (C-3) an der FH Worms und schied Ende 2018 auf eigenen Wunsch aus dem Beamtenverhältnis aus. Bis März 2016 lehrte er 5 Jahre lang quantitative und qualitative Unternehmensanalyse und -diagnose am Institut für Unternehmensführung und Entrepreneurship. Otte hat sich als Wirtschafts- und Finanzexperte auf dem Gebiet des werthaltigen Investierens (Value Investing) einen hervorragenden Ruf erworben. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher und Artikel zu Wirtschafts- und Finanzthemen, sein Buch „Der Crash kommt“ wurde ein Bestseller.

Max Otte ist Gründer des Finanzinformations- und Analyseunternehmens Institut für Vermögensentwicklung GmbH (IFVE) und Herausgeber des Kapitalanlagebriefes DER PRIVATINVESTOR sowie Direktor des Zentrums für Value Investing e.V.

Otte wurde drei Jahre in Folge (2009-2011) von Börse Online als „Börsianer des Jahres“ geehrt. Zwei Investmentfonds für Privatanleger, die nach seiner Strategie seit 2008 und 2013 anlegen sowie ein vermögensverwaltender Multi-Asset-Fonds, der ausschließlich qualifizierte Anleger adressiert, werden von Herrn Otte und seinem Team beraten.

Darüber hinaus ist er Hauptgesellschafter der PI Privatinvestor Kapitalanlage GmbH.

Publikationen (Auswahl)

Amerika für Geschäftsleute, Berlin 1994.

A Rising Middle Power? German Foreign Policy in Transformation. 1989–1999, New York 2000.

Sehr geehrte Privatanleger! Die besten Anlageweisheiten der letzten 10 Jahre, München 2003.

Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten, Berlin 2006.

Investieren statt sparen. Wie man mit Aktien ein Vermögen aufbaut. Aktualisiert und überarbeitet, Berlin 2008.

Der Informationscrash. Wie wir systematisch für dumm verkauft werden, Berlin 2009.

Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und was Sie jetzt tun können, Komplett aktualisierte und erw. Auflage, Berlin 2009.

Die Krise hält sich nicht an Regeln. 99 Fragen zur aktuellen Situation – und wie es weitergeht. Max Otte im Gespräch mit Thomas Helfrich, Berlin 2010.

Stoppt das Euro-Desaster, Berlin 2011.

Rettet unser Bargeld!, Berlin 2016.

Herausgeberschaften

John Kenneth Galbraith, Der große Crash 1929 – Ursachen, Verlauf, Folgen, München 2008.

Charles MacKay, Joseph de la Vega, Gier und Wahnsinn. Warum der Crash immer wieder kommt, München 2010.

Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise. 1929–1939, München 2010.

Adam Ferguson, Das Ende des Geldes – Hyperinflation und ihre Folgen am Beispiel der Weimarer Republik, München 2011.

Niall Ferguson, Der Bankier Siegmund Warburg – Sein Leben und seine Zeit, München 2011.

Der lange Schatten Oswald Spenglers – 100 Jahre Untergang des Abendlandes, Waltrop und Berlin 2018.

Nachdenken für Deutschland – wie wir die Zukunft unseres Landes sichern können, Waltrop und Berlin 2018.

Zum Vortrag:

I. Finanzmarktregulierung, Bankensystem und Finanzkrisen

1. Finanzkrisen und Finanzmarktregulierung

Nach dem Juli 2007 und insbesondere im Herbst 2008 wurde deutlich, dass die Schieflage bzw. die Insolvenz einiger weniger großer Banken das gesamte weltweite Finanzsystem in den Abyss ziehen kann. Dabei kam die Krise keinesfalls überraschend. Die latein-amerikanische Schuldenkrise nach 1982, Folgekrisen einiger Staaten in Lateinamerika, die Asienkrise 1997 und der Kollaps des LTCM-Hedgefonds im Jahr 1998 sowie auch die Entstehung und das Platzen der Internetblase von 1997–2002 hätten Warnsignale sein können. Geht man weiter in der Geschichte zurück, gibt es, beginnend mit der Tulpenkrise im Jahr 1636 Dutzende von Finanzkrisen, von denen die Weltwirtschaftskrise nach 1929 sicher die gravierendste ist.¹ Dennoch kommen Finanzkrisen in den Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre nicht oder nur am Rande vor.²

Finanzmärkte bergen systemische Risiken. Banken arbeiten mit wesentlich geringeren Eigenkapitalquoten als andere Unternehmen. Rutscht ein Institut in die Insolvenz, sehen die Kunden dieser Bank mit großer Wahrscheinlichkeit ihre Einlagen nicht wieder. Die Insolvenz kann sich in Form einer Kettenreaktion fortsetzen und andere Institute in die Insolvenz ziehen.³ Finanzinstitutionen gehören daher besonders strengen Regeln unterworfen, Regeln, die insbesondere die Kapitalausstattung, die Transparenz der Rechnungslegung, die Art der Geschäfte und die Produkte betreffen sollten.⁴

In diesem Aufsatz soll unter anderem gezeigt werden, dass die Organisationsform der genossenschaftlich organisierten Bank in besonderer Weise den Anforderungen an ein stabi-

1 Charles MacKay/Joseph de la Vega, Gier und Wahnsinn – Warum der Crash immer wieder kommt. Herausgegeben von Max Otte, München 2010; Charles Kindleberger, Manias, Panics and Crashes, 5. Aufl., Hoboken, 2005; Carmen Reinhart/Kenneth S. Rogoff, This Time is Different – Eight Centuries of Financial Folly, Princeton 2009; Richard Bookstaber, A Demon of Our Own Design – Markets, Hedge Funds, and the Perils of Financial Innovations. Hoboken 2007.

2 „Economics“ von Samuelson/Nordhaus etwa, das bekannteste Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre, behandelt Finanzkrisen überhaupt nicht. Paul A. Samuelson/William Nordhaus, Economics. McGraw-Hill/Irwin 19th Ed., 2009. Ebenso: Robert Frank/Ben Bernanke, Principles of Macroeconomics, 3. Aufl., New York 2006.

3 Charles Calomiris/Gary Gorton, The Origins of Banking Panics: Models, Facts, and Bank Regulation, NBER Chapters, in: Financial Markets and Financial Crises, Cambridge, MA, 1991, S. 109–174.

4 Hans Werner Sinn, „Lemon Banks and Bank Regulation“, aus „The New Systems Competition“, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 5, 2004, S. 23–38, hier S. 33–34, online unter: <http://www.ifo.de/portal/page/portal/ifoHome/B-politik/90spezial/bankenregulierung>.

les, nachhaltiges und wettbewerbsorientiertes Bankensystem entspricht.⁵ Es soll gezeigt werden, dass etliche der Forderungen, die Aufsichtsbehörden umsetzen sollen, bereits in der genossenschaftlichen Organisationsform verwirklicht sind. In vielen Fällen wäre es daher nicht notwendig, „strengere Aufsicht“ walten zu lassen, sondern bessere Organisations- und Governance-Formen und Satzungen einzuführen, für die der genossenschaftlich organisierte Banksektor als Beispiel dienen kann.

2. Prinzipien zur Gestaltung eines Bankensystems

a) Allgemeine Prinzipien

Sony Kapoor, ein ehemaliger Investmentbanker, der Lehman bereits lange vor der Krise verließ, um sich mit der Reform des globalen Finanzwesens zu beschäftigen, fasst die Prinzipien zur Gestaltung eines Bankensystems wie folgt zusammen: Fairness, Stabilität und Nachhaltigkeit, Haftung, Transparenz, Wettbewerb, Diversität sowie Einfachheit.⁶ Hätte man diese Prinzipien konsequent umgesetzt, wäre es nicht zur Finanzkrise in ihrer jetzigen Form und ihrem jetzigen Ausmaß gekommen. Gerechtigkeit und Fairness würden zum Beispiel bedeuten, dass Banken nicht mehr die Gewinne ihrer spekulativen Aktivitäten einstecken und die Verluste der Öffentlichkeit aufbürden können. Kosten und Risiken werden von den Verursachern getragen. Stabilität und Nachhaltigkeit würden unter anderem eine entsprechende Eigenkapitalausstattung und sehr strenge Regeln für Produkte, deren Kosten erst in der Zukunft anfallen, bzw. deren Risiken nicht klar erkennbar sind, beinhalten.

b) Beispiel – Regulierung der Geschäftsmodelle

Aus der Forderung nach Diversität ergibt sich die Forderung nach der Regulierung der Geschäftsmodelle – weg vom Allfinanzgeschäft und hin zu spezielleren Instituten, wie zum Beispiel Investmentbanken, klassische Kreditinstitute, Vermögensmanager und Spezialinstitute. Eine aus Sicht dieses Autors höchst sinnvolle Maßnahme – die aber kaum Chancen auf Erfolg hat – wäre das Verbot des Eigenhandels für Investmentbanken. Der Eigenhandel birgt durch die großen bewegten Summen massive systemische Risiken. Im Erfolgsfall kassieren Bank und Trader, im Misserfolgsfall zahlt die Öffentlichkeit. Dieses Marktsegment könnte in Zukunft komplett durch Hedgefonds abgedeckt werden. Der Vorteil: Rechtlich eigenständige Hedgefonds müssen ihre Mittel erst einwerben und haben damit zunächst nicht das Volumen wie der Eigenhandel großer Banken. Hier wäre

5 Hierbei sind die Sparda-Banken sowie die anderen Genossenschaftsbanken ausdrücklich eingeschlossen. Der Verfasser dankt der Volksbank Breisgau-Nord e.G., insbesondere den Herren Markus Singler und Reinhard Allgeier, der Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold e.G., der VR-Bank Uffenheim-Neustadt e.G. der Sparda-Bank Baden-Württemberg e.G. und Herrn Gerhard Hofmann vom Bundesverband Deutscher Volks- und Raiffeisenbanken (BvR). Der Verfasser dankt Dipl.-BW. Kerstin Franzisi für Hilfe bei der Recherche.

6 <http://www.re-define.org/future-finance>.

zusätzlich über eine maximale Größe nachzudenken und darüber, wie viele Hedgefonds ein Manager betreuen darf.

Auch eine Regulierung der Größe und der Region, in der eine Bank tätig sein darf – wie durch den Glass-Steagall-Act 1934 in den USA erfolgt – ist sinnvoll. Allzu große Banken erhöhen das systemische Risiko massiv, allzu kleine Banken exponieren sich vielleicht zu sehr bei spezifischen Risiken.⁷ Eine Lizenzierung und Kontingentierung von internationalen Tochtergesellschaften wäre sinnvoll, müsste allerdings in einem internationalen Rahmen angegangen werden.

c) Einfachheit

Gelegentlich ist das Argument zu hören, dass es in kaum einem Sektor so viele Regulierungen gebe wie im Bankensektor.⁸ Das Argument geht an der Sache vorbei: Die jetzigen Regeln sind komplex, intransparent und oftmals wachsw weich. Sie begünstigen tendenziell die großen Akteure und die Spekulation. Gute Regeln sind einfach und transparent und setzen „harte“ Grenzen für bestimmte Geschäfte und Aktivitäten. Sie jetzt einzuführen, würde sicher bedeuten, das hypertrophe Finanzsystem wieder auf eine gesunde Größe zusammenzuschumpfen. Dazu würden im Prinzip drei Regelwerke ausreichen: 1. transparente und ausreichende Eigenkapitalausstattung, 2. eine Regulierung der Geschäftsmodelle und der Regionen, in denen eine Bank tätig ist und 3. einige Regeln für Produkte (z. B. eine starke Einschränkung der Verwendung von Derivaten bei Privatanlegern).

II. Das Geschäftsmodell der Volks- und Raiffeisenbanken: historische Perspektive und Aktualität in der Krise

1. Historische Perspektiven

Kapoor fordert unter anderem, die ausreichende Diversität des Bankensystems.⁹ Ein stabiles und ausdifferenziertes Banken-Ökosystem, das aus Banken mit unterschiedlichen und klar abgegrenzten Geschäftsmodellen besteht, ist krisenresistenter als eine Bankenmonokultur. Wenn plötzlich viele Banken Investmentbanking betreiben wollen oder strukturierte Produkte vertreiben, wenn Banken wie Versicherungen agieren und Versicherungen wie Banken, dann ist die Diversität gefährdet.

7 Sony Kapoor, What should the banking system look like?, <http://re-define.org/future-finance>, ohne Datum.

8 So Karl-Peter Schackmann-Fallis, Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes auf dem Hermeskeiler Wirtschaftstag der Geschwister-Scholl-Schule in Hermeskeil am 8.6.2009.

9 http://www.epi.org/analysis_and_opinion/entry/too_complex_to_regulate/, sowie Kapoor, siehe Fußnote 7.

Das Deutsche Bankwesen von ca. 1870 bis 1990 und damit auch der wichtige Sektor der genossenschaftlich organisierten Banken entsprachen in besonderem Ausmaß den Forderungen nach Diversität und Stabilität. Internationale Autoren blickten bereits im frühen 20. Jahrhundert mit Respekt, ja sogar Neid, auf dieses System.¹⁰ Der jüngeren Kritik aus dem angelsächsischen Raum, dass sich im deutschen Bankwesen keine ausreichenden Eigenkapitalrenditen erzielen lassen, entzieht Hannes Rehm in einem bemerkenswerten Artikel den Boden. Das deutsche Bankwesen liegt bei fast allen Produktivitätskennziffern vorne, mit Ausnahme eben der Eigenkapitalrendite. Eine hohe Eigenkapitalrendite ist aber gerade der Beweis für fehlenden Wettbewerb und oligopolistische Strukturen, wie Sie zum Beispiel in den USA, England, Spanien und z. B. Italien dominieren.¹¹ Das deutsche Bankwesen kann im Gegenteil als ein vorbildlich ausdifferenziertes System gesehen werden, welches seine Aufgabe – die Wirtschaft mit Krediten zu versorgen und einen ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten – größtenteils sehr gut erfüllt.

Das auf den drei Säulen der Genossenschaftsbanken, der Sparkassen und der Privatbanken beruhende Finanzsystem entwickelte sich in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts und hat in seinen Grundzügen bis heute Bestand. Ende 2007 zählte die Deutsche Bundesbank 2.277 Institute mit 38.840 Zweigstellen, darunter 446 Sparkassen und 12 Landesbanken, 1.234 Kreditgenossenschaften und 2 genossenschaftliche Zentralinstitute sowie 260 Privatbanken, darunter 5 Großbanken.¹² In diesem System bilden die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken die Basis.

Sparkassen: noch vor den Genossenschaftsbanken und dem Beginn der industriellen Revolution entstanden im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts die ersten Sparkassen. Der Sparkassensektor ist bis heute noch vor den genossenschaftlich organisierten Banken nach Kreditvolumen Marktführer in Deutschland. Im Jahr 1884 wurde der erste Sparkassenverband gegründet. Die erste Girozentrale entstand 1908 in Sachsen. Der bargeldlose Zahlungsverkehr mit Lastschriften und Abbuchungen stellte im Verlauf des gesamten 20. Jahrhunderts einen großen Effizienzvorteil des deutschen Wirtschaftssystems gegenüber dem angelsächsischen System dar.¹³

Genossenschaftsbanken: Die ersten Genossenschaften entstanden Anfang des 19. Jahrhunderts aus der Idee der Selbsthilfe unter freien Bürgern und Bauern. Während Hermann Schulze-Delitzsch sich dabei vor allem auf die Handwerker konzentrierte, lag der Schwerpunkt der Bemühungen von Friedrich Wilhelm Raiffeisen bei den Bauern. Der heute nicht mehr so bekannte Viktor Aimé Huber wollte auch Fabrikarbeiter in die genossenschaftliche Idee einbeziehen. 1850 gründete Hermann Schulze-Delitzsch in Leipzig mit dem „Vor-

10 Henri Hauser, *Germany's Commercial Grip on the World. Her Business Methods Explained.* New York, 1983. Nachdruck von: *Les méthodes allemandes d'expansion économique.* New York 1918.

11 Hannes Rehm, *Das Deutsche Bankensystem – Befund – Probleme – Perspektiven* (Teile I und II), in: *KREDIT und KAPITAL*, 41. Jg. 2008, Teil I: Heft 2, S. 135 – 159. Teil II: Heft 3, S. 305 – 331, insb. 153.

12 http://www.bundesbank.de/download/bildung/geld_sec2/geld2_04.pdf.

13 http://www.dsgv.de/de/sparkassen-finanzgruppe/daten_und_fakten/finanzgruppe_in_zahlen/index.html.

schussverein“ die erste Kreditgenossenschaft. Bis zum preußischen Genossenschaftsgesetz von 1867 hafteten die Mitglieder mit ihrem gesamten Vermögen wie bei einer offenen Handelsgesellschaft, danach in Höhe der angesammelten Mitgliedsbeiträge. 1887 wurde auch ein Reichsgenossenschaftsgesetz beschlossen. Bereits 1864 wurde in Berlin die Deutsche Genossenschaftsbank als Zentralinstitut gegründet. Nach 1870 drifteten die Handwerks-genossenschaften und die landwirtschaftlich orientierten Raiffeisen-Genossenschaften auseinander, näherten sich jedoch ab 1890 wieder aneinander an. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es in Deutschland rund 17.000 Kreditgenossenschaften, fast in jedem Dorf eine.

Diese auf Solidarität und bürgerlicher Selbstorganisation beruhende Finanzierungsstruktur für das Handwerk, Landwirtschaft und industriellen Mittelstand durch Kreditgenossenschaften (und Sparkassen) war eine der großen Stärken des deutschen Finanzsystems und ist es bis heute. Demgegenüber mutet das Bankwesen der Vereinigten Staaten im 19. und teilweise auch im 20. Jahrhundert fast vorsintflutlich an: Vor Beginn der Großen Depression gab es in den USA im Jahr 1929 noch 24.633 Banken, viele davon nicht mehr als ein kleines Gebäude zur Ein- und Auszahlung von Geld.¹⁴ Überschüssiges Kapital wurde in die sogenannten Money Center gesandt, wo es für große Handels- und Investmentbanking-Aktivitäten verwendet wurde. Die regionale Kreditversorgung, wie sie in Deutschland gegeben war, war in den USA unterentwickelt.

Privatbanken und Private Aktienbanken, Versicherungen, „Deutschland AG“: Der hohe Kapitalbedarf der während der industriellen Revolution entstehenden Konzerne wurde nach 1850, und insbesondere nach der Gründerzeit, die 1870 begann, zu einem guten Teil durch langfristige Kredite von mit Kapital gut ausgestatteten Aktienbanken bereitgestellt. Im Jahr 1870 entstanden die Deutsche Bank und die Commerzbank, 1872 die Vorläuferin der Dresdner Bank und bereits 1869 die Bayerische Vereinsbank. Ab Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten sich auch die Versicherungskonzerne zu wichtigen Kapitalsammelstellen für die Wirtschaft. Später übernahmen sie auch direkte Industriebeteiligungen. Im Jahr 1890 wurde die Allianz gegründet, die rasch zusammen mit der Deutschen Bank im Zentrum der „Deutschland AG“ stand.

2. Stabilitätsfördernde Elemente des Geschäftsmodells der Volks- und Raiffeisenbanken

a) Einfaches und klares Geschäftsmodell

Das seit Berle und Means bekannte Principal-Agent-Problem in der institutionellen Ökonomik legt nahe, dass Unternehmen mit klaren und einfachen Geschäftsmodellen aufgrund geringerer Informationsasymmetrien geringere Agency-Probleme zu erwarten haben als komplexe Organisationen.¹⁵ Das Geschäftsmodell der Volks- und Raiffeisen-

14 Historical Statistics of the United States: Colonial Times to 1970, Washington, 1975, S. 912.

15 Adolf Berle/Gardiner Means, *The Modern Corporation and Private Property*. New York 1932; Sanford Grossman/Oliver Hart, *An Analysis of the Principal Agent Problem*. In: *Econometrica*. Band 51, Nr. 1, Januar 1983, S. 7–46.

banken ist – wie das der Sparkassen – denkbar klar und einfach. Die Volks- oder Raiffeisenbank nimmt im Wesentlichen Kundeneinlagen entgegen und vergibt Kredite an private und gewerbliche Kunden, die oft durch Grundpfandrechte besichert sind. Daneben wird Geschäft der Spezialinstitute vermittelt.

Auf der Aktivseite machen Forderungen an Kunden meist über 50 Prozent der Bilanzsumme aus, ein Großteil davon ist wiederum durch Grundpfandrechte gesichert. Die Forderungen an Kreditinstitute betragen bei den untersuchten Instituten weniger als 20 Prozent der Bilanzsumme, die Investitionen in Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ca. 20 Prozent. Auf der Passivseite sind mehr als 60 Prozent originäres Geschäft – nämlich Geschäft mit den Firmen- und Privatkunden der Bank. Eine solche „Erdung“ des Bankgeschäfts trägt wesentlich dazu bei, dass keine komplexen Strukturen derivativer Finanzgeschäfte entstehen und dass die Funktion der Genossenschaftsbanken eine „dienende für die Realwirtschaft“ ist. Dies ist nach Rehm auch insgesamt für den Banksektor zu fordern.¹⁶

b) Ausdifferenzierung im Finanzverbund

Auch die Zentralinstitute im Finanzverbund wie die DZ und WGZ-Bank, Union Invest, die R+V Versicherung, die VR Leasing und die Bausparkasse Schwäbisch Hall entsprechen der Forderung eines ausdifferenzierten Banksystems – hier gibt es Institute mit weitgehend klaren Mandaten, die von ihren Mitgliedern getragen werden.¹⁷ Eine derartige Differenzierung in überregional und internationale Spezialinstitute und regionale Kundeninstitute, die jeweils rechtlich selbständig sind, entspricht in besonderem Maße den Prinzipien nachhaltigen Handelns: Die regionalen Genossenschaftsbanken sind als Hauptansprechpartner des Kunden Generalisten mit einem klaren Mandat, die Spezialinstitute haben ebenfalls klare Mandate. Beides hilft, bei größtmöglicher Transparenz durch ebenfalls klare Mandate der Spezialinstitute eine umfassende Bedienung der Kundenwünsche zu ermöglichen. Nach den mir zur Verfügung stehenden Zahlen trägt das Geschäft mit den Spezialinstituten zwar zur Wertschöpfung bei, bleibt aber volumenmäßig bei unter 20 Prozent der Forderungen der Regionalinstitute an Kunden.¹⁸ Zudem teilt es sich auf verschiedene Zentralinstitute auf. Damit ist das einzelne Institut nicht übermäßig von einem Spezialinstitut abhängig. Allerdings treten Spezialinstitute auch als Initiator von Produkten und Services auf, die sich nicht unbedingt mit der ursprünglichen Idee der Genossenschaftsbanken in Einklang bringen lassen. So ist die DZ Bank einer der großen Akteure im Derivategeschäft in Deutschland.¹⁹ Andere Spezialinstitute, wie zum Beispiel der Bereich Banken und Kreditversicherung der R+V Versicherung, weisen eine ausge-

16 Rehm (Fn. 11), S. 321.

17 Für einen Überblick, siehe: <http://www.bvr.de/public.nsf/index.html!ReadForm&main=3&sub=30>.

18 Übersicht von wichtigen Verkaufskennzahlen der Volksbank Breisgau Nord e.G., 2002 – 2008, internes Dokument.

19 Siehe Abschnitt IV.

sprochen antizyklische und damit auch gesamtwirtschaftlich stabilisierende Geschäftspolitik auf.²⁰

c) Regionalprinzip

Die genossenschaftliche Organisationsform hat dazu beigetragen, die Auswirkungen der Krise in Deutschland zu minimieren. Sie entspricht in besonderem Ausmaß den Anforderungen an ein Bankensystem: durch das Regionalprinzip können Risiken in der Kreditvergabe besser erkannt werden als bei großflächig aktiven Instituten. Neben den „harten“ Faktoren können so auch „weiche“ Faktoren besser eingeschätzt werden. Zudem ist der Faktor „Reputation“ in einem regionalen Kontext als disziplinierender Faktor wesentlich wirksamer als auf anonymen internationalen Kapitalmärkten.²¹

Es ist an der Zeit, dass der von Rudolf Hilferding eingeführte Begriffe des „Internationalen Finanzkapitals“ nüchtern und ohne ideologische Scheuklappen auf seine Nützlichkeit zu untersuchen.²² Letztlich soll der Begriff verdeutlichen, dass es zwischen international mobilen Produktionsfaktoren – und das sind Kapital und ggf. auch Manager – und regional gebundenen Faktoren – mittelständischen Unternehmern, regional ausgerichteten Banken, Kommunen und Arbeitnehmern – Interessenkonflikte geben kann. Natürlich werden international agierende Finanzfonds und Banken anders agieren als regional verankerte Unternehmen, selbst wenn die letztgenannten massiv exportieren sollten.

Die jüngste Vergangenheit hat deutlich gezeigt, dass internationale Kapitalströme weit über den Rahmen des ökonomisch sinnvollen Ausmaßes auftreten und zu gesamtwirtschaftlichen Blasen führen können. Platzen diese Blasen, fließt Kapital panikartig ab. Beispiele sind die lateinamerikanische Schuldenkrise nach 1982, die Asienkrise 1997, die lateinamerikanischen Krisen der 90er, aber auch die Subprime-Krise, die ohne den massiven Zustrom internationalen Kapitals in die USA nicht hätte erfolgen können.²³ Derartige, durch das Finanzsystem selbst erzeugte Instabilitäten verringern die Planungssicherheit. Während Finanzakteure durch die hohe Volatilität an den Weltfinanzmärkten in Summe gut verdienen können, ist diese für produzierende Unternehmen schädlich.

Nach der Weltwirtschaftskrise hatte der marktwirtschaftlich orientierte Teil der Welt sich im System von Bretton Woods Regeln gegeben, die u. a. feste, aber anpassungsfähige Wechselkurse, Regeln für den Kapitalverkehr und staatliche Interventionen bei starken außerwirtschaftlichen Ungleichgewichten beinhalteten. Diese Regeln waren eine direkte Konsequenz aus der Weltwirtschaftskrise nach 1929. Sie wurden nach 1971, als

20 Gespräch mit Rudolf Servatius, Bereichsleiter Banken und Kredit, R+V Versicherungen, Köln, 18.1.2010.

21 Luis Cabral, *The Economics of Reputation – a Primer*. New York 2005 (unveröffentlichtes Manuskript); David Kreps/Robert Wilson, *Economics and Imperfect Information*, *Journal of Economic Theory* 27, S. 253–279.

22 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, Wien 1910.

23 Vgl. Fn. 3.

US-Präsident Nixon die Konvertibilität des U.S.-Dollars in Gold aufhob, im Zuge der Liberalisierung sukzessive abgeschafft.

Angesichts des Fehlens verbindlicher internationaler Regelungen wirkt es sich stabilisierend auf die deutsche und auch die internationale Wirtschaft aus, dass Deutschland als drittgrößte Sparnation der Welt in den Volks- und Raiffeisen, Genossenschafts- und Sparda-Banken – sowie auch in den Sparkassen – eine regional verankerte Bankenlandschaft besitzt. Diese Stärke des deutschen Bankwesens ist immer wieder Angriffen der internationalen Finanzlobby ausgesetzt, die zunächst die Gewährträgerhaftung der Sparkassen und Landesbanken aufhob. Nun sind aber sogar die völlig marktconform aus eigenen Mitteln finanzierten Sicherungseinrichtungen des genossenschaftlich organisierten Banksektors unter Druck seitens der internationalen Finanzlobby. Hier ist höchste Wachsamkeit geboten. Es besteht ein Interessengegensatz zwischen genossenschaftlich, regional und realwirtschaftlich verankerten Finanzinstituten und internationalen Finanzakteuren, und es ist an der Zeit, dass die Genossenschaftsbanken dieser Interessengegensatz erst nehmen und sich deutlicher gegen entsprechende Lobbyversuche wehren.

d) Governance: Genossenschaftliche Organisationsform

Die genossenschaftliche Organisationsform sorgt für eine eingeschränkte Fungibilität der Anteile sowie dafür, dass ein einzelner Anteilseigner nie einen maßgeblichen Stimmanteil erringen kann. Dies wird in der „modernen“ Ökonomischen Literatur oftmals als Nachteil gesehen, da es keinen aktiven Markt für Unternehmensübernahmen gebe, der ansonsten für Effizienz Sorge.²⁴ Allerdings werden die kritischen Stimmen am „Shareholder Value“ und den positiven Wirkungen des Marktes für „Corporate Control“ Lauter. Etliche Studien belegen, dass über zwei Drittel aller Fusionen wertvernichtend wirken.²⁵ Sogar der Ex-CEO von General Electric, Jack Welch, der „Shareholder Value“ populär gemacht hat, sieht die einseitige Shareholder-Value-Orientierung als Fehler an.²⁶ Sie führt oftmals zu Kurzfristdenken und einer übermäßigen Finanzmarktorientierung auf Kosten von Kunden und der Entwicklung neuer Produkte.

Insofern gibt die genossenschaftliche Organisationsform den einzelnen Instituten die Chance, sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren. Sie bietet einen Schutz vor Managementmoden und -moden, die in den letzten Jahrzehnten über die Unternehmenswelt gezogen sind. Dass dabei der Faktor Effizienz nicht zu kurz kommt, zeigen die massiven Effizienzgewinne des genossenschaftlich orientierten Sektors in den letzten beiden Jahrzehnten. Beispielhaft hierfür sind die operativen Kennzahlen der Sparda-Bank Ba-

24 Michael Jensen, Agency Costs of Free Cash Flows, Corporate Finance, and Takeovers, in: *The American Economic Review* 76, 1986, S. 323–329; Michael Jensen/Richard Ruback, The market for corporate control: The scientific evidence, in: *Journal of Financial Economics* (11), 1983, S. 5–50.

25 Thomas Grubb/Robert Lamb, *Capitalize on Merger Chaos*, New York 2002; John Heskett, „Should We Brace Ourselves for Another Era of M&A Value Destruction?“ in: *Harvard Business School Working Knowledge*, 4. April 2004.

26 „Welch denounces corporate obsessions“, in: *Financial Times*, 12. März 2009.

den-Württemberg e.G., die sich auch in der Krise weiter verbessert haben.²⁷ Auch der „Markt für Unternehmensübernahmen“ funktionierte intern: Eine Vielzahl von kleineren Instituten wurde in den letzten Jahrzehnten fusioniert, so dass die Bereinigung der deutschen Banklandschaft viel weiter fortgeschritten ist, als dies von internationaler Seite zugegeben wird.²⁸

e) Haftung: Eigenkapital und Sicherungseinrichtungen

Mit mindestens 4 bis 5 Prozent „echtem“ Eigenkapital sowie weiteren Rückstellungen – der Verfasser zieht hier bewusst die einfachen Eigenkapitalquoten und nicht die Basel-II-Definitionen zu Rate – sind die meisten Genossenschaftsbanken angesichts des klaren Geschäftsmodells angemessen kapitalisiert, solange sie ein gutes Risikocontrolling betreiben. Mit den durch eigene Umlagen finanzierten Sicherungseinrichtungen entsprechen die Genossenschaftsbanken in besonderem Maße dem Prinzip der Haftung (im Verbund) für eigene ökonomische Fehleinschätzungen.

III. Die Volks- und Raiffeisenbanken und die Finanzkrise

Bei den von mir stichprobenartig untersuchten Instituten – der Volksbank Breisgau Nord, der VR-Bank Uffenheim-Neustadt und der Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold und der Sparda-Bank Baden-Württemberg e.G. – halten sich die negativen Auswirkungen der Finanzkrise 2008 – 2009 im Rahmen. Die entsprechenden Institute betreiben ihr Geschäft weitgehend unverändert und üben somit einen stabilisierenden Einfluss auf die Wirtschaft aus. So kann der folgende Abschnitt auch relativ kurz gehalten werden.

In einigen der Institute stieg das Kreditvolumen, in anderen sank es leicht. Es kann davon ausgegangen werden, dass zusätzliche Kredite vergeben wurden, zumal die Investitionsnachfrage 2008 dramatisch einbrach. Bei einem der untersuchten Institute ist im Jahr 2008 bei einem um 0,3 Prozent abnehmenden Kundenvolumen ein Anstieg des Jahresüberschusses von 10 Prozent zu verzeichnen.

Die untersuchten Volks- und Raiffeisenbanken haben durchweg aufgrund der Finanzkrise Mittelzuflüsse aus Kundeneinlagen zu verzeichnen. Einzelne, bilanziell besonders gut dastehende Institute nutzten auch die extrem subventionierten Refinanzierungsmöglichkeiten über die Europäische Zentralbank, um Mittel aufzunehmen und diese im Geldmarkt oder Markt für Schuldverschreibungen zu investieren.

Die entsprechenden staatlichen Subventionen durch die Niedrigzinspolitik der Notenbanken werden vor allem bei den Instituten benötigt, die vor der Finanzkrise unseriös gewirtschaftet haben. Die genossenschaftlich orientierten Banken haben im Rahmen der Finanzkrise sowieso einen hohen Zufluss von Spar- und Sichteinlagen zu verarbeiten und nutzen staatliche Subventionen nach Kenntnis dieses Verfassers vor allem zu Mitnahmeeffekten. Letztlich zeigt sich hier exemplarisch, dass die monetären Rettungsaktionen der

27 <https://www.sparda-bw.de/bilanz.php>.

28 Rehm (Fn. 11), S. 137.

Notenbanken zu Kapitalfehlallokationen führen können: VR-Banken nutzen die zusätzliche Liquidität für Finanzmarktgeschäfte, während sie ihr reguläres Kreditgeschäft bereits mit Eigenmitteln abdecken können.

IV. Herausforderungen und Chancen

1. Basel II – Leverage Ratio

Die Hinterlegung von Bankaktiva durch risikogewichtetes Eigenkapital nach Basel II hat letztlich die Finanzkrise nicht verhindert. Das Regelwerk sowie die Zulassung von Kapitalsurrogaten erhöht die Komplexität der Regulierung sowie die Intransparenz. Das Regelwerk von Basel II hat letztlich eine Verringerung der Eigenkapitaldecke zur Folge. Es belastet kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) mit zusätzlichem Aufwand. Der Baseler Ausschuss entwickelt Konzepte zur Erhöhung der Qualität des Kernkapitals. Sogar eine feste „leverage ratio“ für Banken wird angedacht. Der BVR lehnt die letztere Überlegung ab, da sich eine „leverage ratio“ auch in den USA nicht bewährt habe.²⁹ Auch der Bundesverband deutscher Banken lehnt die Einführung einer „leverage ratio“ strikt ab.³⁰

Dies ist aus Sicht der Regionalinstitute des genossenschaftlichen Sektors und des Sparkassensektors schwer nachzuvollziehen. Das Haupt- und Tagesgeschäft beider Unternehmensgruppen würde von einer solchen Leverage Ratio, die vor allem bei den internationalen kapitalmarktorientierten Instituten greifen würde, nicht tangiert. Die Leverage Ratio würde gerade den spekulativen Sektor beschneiden und das Kreditgeschäft weitgehend unbeeinträchtigt lassen. Lediglich die Zentralinstitute könnten sich hier Beschränkungen ausgesetzt sehen.

Für den genossenschaftlich orientierten Banksektor (wie auch für die Sparkassen) wäre es von Vorteil, wenn einfache und klare Kapitalregeln gelten würden. Ansonsten steht zu befürchten, dass die für die Realwirtschaft oftmals schädlichen Geschäfte der kapitalmarktorientierten internationalen Akteure weitestgehend ungebremst weiter stattfinden werden.

29 Dieterich, Baseler Pläne zu Kernkapitaldefinition und Leverage Ratio ernten Lob und Kritik, 8. September 2009, online unter: Risikomanagement und Finanzmarktregulierung im Medienfokus, <http://rmrg.de/?p=1091>.

30 <http://www.dowjones.de/site/2009/12/bdb-lehnt-einfuehrung-einer-leverage-ratio-weiterhin-strikt-ab.html>.

2. Rating - Kapitalistische Planwirtschaft?

Mit der massiven Verbriefung von Krediten hat sich das weltweite Finanzsystem in Richtung einer möglichst weitgehenden Disintermediation und Anonymisierung des Kreditgeschäfts bewegt. Die Hoffnungen, die dabei in das Rating von Produkten und die „Objektivierung“ der Kreditvergabe gesteckt wurden, haben sich bei den großen internationalen Kapitalmarktakteuren nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Finanzkrise wurde auch ermöglicht durch eine wirklichkeitsfremde „kapitalistische Planwirtschaft“, bei der sich alle Akteure nach den zentral festgelegten Ratingnoten eines privaten angelsächsischen Kartells richten, in welchem zudem massive Interessenkonflikte die Objektivität der Akteure beeinträchtigten. Auch nach der Finanzkrise ist ein weitestgehendes Festhalten am System der zentralen Ratingagenturen zu konstatieren.

Das Regionalprinzip der Genossenschaftsbanken sowie das deutsche Hausbankensystem ist dem ursprünglichen Gedanken des Ratings diametral entgegengesetzt, wenn im Hinblick auf Transparenz, Governance und Kompetenz vor Ort sicher auch Kritik möglich ist. Mit dem bankintern vom BVR entwickelten Ratingsystem ist für die Genossenschaftsbanken und Zentralinstitute ein praktikables Modell entwickelt worden, welches in vielen mittelständischen Unternehmen der deutschen Wirtschaft – auch bei kleineren Mittelständlern – erfolgreich Anwendung findet. So analysiert alleine der Bereich Banken und Kredit der R+V Versicherung jährlich an die 10.000 Bilanzen. Hier könnte auch ein effektives Gegengewicht zu den angelsächsischen Ratingagenturen entstehen.

3. Basel II: Prozyklizität, sowie IFRS

In der Finanzkrise wurde deutlich, dass die Regelungen von Basel II prozyklisch wirken. In der Krise steigen die Risikozuschläge, in guten Zeiten sinken sie. Eine solche Prozyklizität nutzt dem internationalen Finanzkapital und schadet der Realwirtschaft. Volatilität nutzt zunächst einmal spekulativ und flexibel agierenden Finanzmarktakteuren und schafft realwirtschaftliche Kosten in Form von Kalkulationsunsicherheit und Verwerfungen. Hier ist dringend – auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene – eine Reform anzumahnen.

Ähnliches gilt für die IFRS, die oftmals die Transparenz erschweren und ebenfalls prozyklische Elemente enthalten. Bieg hat die schädlichen Auswirkungen der Fair Value Bilanzierung dargelegt und eine Initiative gegen Fair Value gestartet.³¹ Peemöller kommt zu dem Schluss, „dass die Übernahme der IFRS für kleine und mittlere Unternehmen nicht unproblematisch ist.“³² Ebenfalls fordert er, dass die berechtigte Kritik nicht dazu führen dürfe, sich nicht mit IFRS zu beschäftigen und diese Belange alleine in die Hände

31 O.V., Bewertung: Initiative gegen die Fair Value Konzeption, Finanzbetrieb vom 08.12.2008, Heft 12, S. 804–804.

32 Volker Peemöller/Hans Schmalz, IFRS für kleine und mittlere Unternehmen sowie Genossenschaften, in: ZfgG 57, 2007, S. 204–221, hier S. 220.

der Berater und Prüfer zu legen.³³ Noch bilanzieren die Regionalgesellschaften nach dem HGB. Dies ist nach Ansicht des Verfassers mit allen Mitteln zu verteidigen. Auch für die Zentralinstitute wäre eine Rückkehr zum HGB nach Ansicht dieses Verfassers zu fordern.

4. Zentralinstitute und Shared Services

Zwischen Zentral- und Regionalinstituten besteht ein komplexes Verhältnis, das nicht immer ganz frei von produktiven Spannungen ist. Ein Teil der Kontroverse bezieht sich auf die Gestaltung der internen Verrechnungssätze. Zentralinstitute erbringen vielerlei Produkte und Dienstleistungen, welche von den Regionalinstituten vertrieben werden: Lebensversicherungen, Leasingverträge, Bausparverträge, Fondsanlagen.

Allerdings kann sich das zentrale Angebot auch seine eigene Nachfrage schaffen – wie vermutlich im Bereich der deutschen Sonderkonjunktur bei den Zertifikaten, die es so – außer in Österreich – in keinem Land der Welt gibt. Vergleichsweise wenig restriktive Regulierungen bei dem Vertrieb von Zertifikaten an Privatanleger und massive Ersparnisse der deutschen Privathaushalte führten in Deutschland zu einer Zertifikateflut, wobei viele Papiere oftmals missbräuchlich, gegen den Kundenwillen und zum Schaden des Kunden platziert wurden. Hier ist darauf zu achten, dass Zentralinstitute wie die DZ Bank nicht über das Ziel hinausschießen und sich in Marktsegmenten engagieren, die mit dem ursprünglichen Ziel der Förderung der Mitglieder nichts mehr zu tun haben.³⁴

5. Veränderungen im Markt: Asset Management, Honorarberatung

In der alternden Nettosparnation Deutschland sind Asset Management und Vermögensverwaltung für Privatkunden mittlerweile zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor innerhalb der Finanzbranche geworden. So stieg das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland von 3,6 Billionen Euro im Jahr 2000 auf 4,6 Billionen im Jahr 2007.³⁵ Das Fondsvermögen stieg von 2000 bis zum 1. Halbjahr 2008 von 450 auf 700 Millionen Euro.³⁶ Die Zahl der Kunden der Finanzvertriebe stieg von 760.000 im Jahr 2004 auf 930.000 im Jahr 2007.³⁷ Der Anteil der Einkommensgruppe „200% des Median und mehr“ stieg um fast 75%, von 5,3% im Jahr 1986 auf 9,2% im Jahr 2006 an.³⁸ Im Bereich Asset Management wird in Deutschland weiter massives Wachstumspotential vorhanden.

33 Peemöller (Fn. 32), S. 221.

34 Anne T., Die Gier war grenzenlos – eine deutsche Börsenhändlerin packt aus. Berlin 2009. Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger: Schwarzbuch Börse 2007, München 2008.

35 A. Seibert, Erstellung eines strategischen Unternehmensplans im Rahmen des Ersterlaubnis-antrages zur Zulassung als Finanzdienstleister bei der BaFin. Wissenschaftliche projektbezogene Arbeit zur Erlangung des Grades des Diplom Betriebswirts (FH) an der Fachhochschule Worms (unveröffentlicht), Worms 2008.

36 Seibert (Fn. 35), S. 35.

37 Seibert (Fn. 35), S. 37.

38 Seibert (Fn. 35), S. 45.

Deutsche Privatanleger sind allerdings aufgrund ihrer Erfahrungen mit der „New Economy“ und der Zertifikatekonjunktur von 2002–2007 zu Recht skeptisch in Bezug auf die Beratungsleistungen ihrer Banken. Hier gilt es auch für die Genossenschaftsbanken, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Ein Zukunftstrend ist hierbei die Honorarberatung. Neben der kleinen Quirin-Bank, die dieses Thema in Deutschland eingeführt hat, wollen auch die Online-Broker Consors und comdirect Honorarberatung anbieten.³⁹ Aus Sicht dieses Verfassers sind Asset Management und Honorarberatung Themen, die einer Grundsatzdiskussion und Neuorientierung im Finanzverbund bedürfen. Waren zur Zeit der Gründung der Genossenschaftsbanken bis in die neunziger Jahre des letzten Jahrtausends die Kreditvergabe und einfache Vorsorgeprodukte das Basisgeschäft der Regionalbank, muss heute auch die kompetente Vermögensberatung hinzukommen. Dies geht aber nur über die fachliche Höherqualifizierung von Bankberatern, die eben nicht nur Vertriebsarme der Zentralinstitute sein dürfen, sondern anbieterunabhängig beraten sollten. Stehen die Interessen des Mitglieds der Genossenschaftsbank im Zentrum, muss also auch das Verhältnis insbesondere der Zentralinstitute Union Invest und DZ Bank zu den Regionalbanken überdacht werden.

6. Mitgliedschaftsmodell als Zukunftschance

In einer Welt zunehmender Informationsbeschleunigung und oftmals auch gezielter Desinformation werden Authentizität und Glaubwürdigkeit zu entscheidenden Stärken im Markt.⁴⁰ Kundenbindungsprogramme und Kundenclubs sind seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu einem sich rasch entwickelnden Instrument des Marketing und der Produktpolitik geworden.⁴¹ Der genossenschaftliche Sektor verfügt über 30 Millionen Kunden, davon 16,2 Millionen Mitglieder.⁴² Das einzigartige Potential dieser Basis ist bislang nur ansatzweise genutzt.⁴³ Neben der gesellschaftsrechtlichen Mitgliedschaft lassen sich erweiterte Mitgliedschaftsmodelle – zum Beispiel in der Honorarberatung wie bereits von Quirin praktiziert – konzipieren, die den Regionalinstituten massives Wachstumspotential und stabile, abonnementartige Einnahmen erschließen würden. Voraussetzung ist eine Produktpolitik, die den Privatkunden – vor allem im Asset Management – wieder in den Mittelpunkt stellt.

39 „Direktbanken testen Honorarberatung“, Handelsblatt, 24.07.2009, online unter: http://isht.comdirect.de/html/detail/main.html?sSym=COM.ETR&sTab=news&sNewsId=ID-NEWS_113369036:1248440321.

40 Max Otte, *Der Informationscrash – wie wir systematisch für dumm verkauft werden*, Berlin 2009.

41 Stephan Butscher, *Handbuch Kundenbindungsprogramme und Kundenclubs*, Ettligen 1998.

42 DZ Bank Gruppe: „Zusammen geht mehr“, Unternehmenspräsentation, Frankfurt am Main, Dezember 2009.

43 Michael Hammerschmidt, *Kundenbindung durch Mitgliedschaft in Genossenschaftsbanken – Identitätsorientierung als strategischer Erfolgsfaktor*, Aachen 2003, S. 140ff.

V. Schlussbemerkung

Der genossenschaftlich organisierte Banksektor hat sich als krisenresistent erwiesen. Organisation und Governance sowie die Geschäftsmodelle in diesem Sektor könnten auch international Anregungen für die Gestaltung von Banksystemen bieten. Die derzeitigen regulatorischen Bemühungen gehen allerdings auch nach der Krise eher in Richtung zentraler, komplexer und oftmals intransparenter Regelwerke als in Richtung eines selbstorganisierten eigenverantwortlichen Systems mit klaren Geschäftsmodellen. Es ist damit zu rechnen, dass der genossenschaftlich organisierte Sektor weiterhin massiver Kritik und existenzbedrohenden Angriffen durch internationale Großbanken, kapitalmarktorientierte Akteure und ihrer Lobby ausgesetzt sein wird. Es wird massiver Anstrengungen bedürfen, die Existenz dieses deutsche (bzw. österreichische und schweizerische) Erfolgsmodell langfristig gegen das internationale Finanzkapital und die Interessen der großen internationalen Finanzakteure zu sichern.

Max Otte

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Michael Gehler: *Ich darf ganz herzlich begrüßen am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim, Herr Professor Otte. Wir haben üblicherweise einen standardisierten Teil von Fragen in diesem Katalog, gefolgt von einem sehr individualisierten, auf die Biographie hin orientierten Teil, der sich auf die Leistungen der zu würdigenden Person bezieht. Wir interessieren uns für die Biographien von Akteuren, Praktiker oder Wissenschaftler. Eine erste Frage zum persönlichen Werdegang lautet stets: Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft sagen?*

Max Otte: Ich bin in Plettenberg im Sauerland geboren und aufgewachsen, sozusagen trikulturell, weil meine Mutter Pfälzerin und mein Vater Schlesier war. Meine Kindheit und Jugend verbrachte ich in einem Dorf, ländlich behütet. Schon früh bin ich durch die schlesische Kreuzung der elterlichen Linie mit dem Stoff der Geschichte in Verbindung gekommen. Flucht und Vertreibung spielten da eine große Rolle. Das hat das Geschichtsbewusstsein in einem sehr jungen Alter geschärft. Ich kann mich erinnern, dass ich in der Grundschule Aufsätze zu diesem Thema schreiben musste. Studiert habe ich in an der Universität zu Köln. Mein Elternhaus war gläubig, der Vater war Protestant, die Mutter täuferisch gesinnt, also mennonitisch. Die Täufer gibt es noch in Deutschland, wenn es auch nicht mehr viele. Seit der Öffnung Russlands sind es wieder mehr geworden. Es waren einfache Menschen; der Großvater mütterlicherseits war Bauer, ein gut, aber nicht übermäßig situierter Bauer, der andere Großvater Kleinbauer und Gelegenheitsarbeiter. Einfache Verhältnisse eben. Mein Vater war ein kluger Mann, ehrgeizig und am Ende Schuldirektor, er hat alles über den zweiten Bildungsweg gemacht. Je älter man wird, desto mehr merkt man, was man von seinem Vater mitbekommen hat mit all seinen Charaktereigenschaften, den guten wie den schlechten.

Michael Gehler: *Gab es einen spezifischen Hintergrund für Ihren späteren Werdegang?*

Max Otte: Wenn Sie in meinen Lebenslauf schauen, geht das sehr durcheinander. Da ist Wirtschaft drin, und zwar in unterschiedlichen Formen. Es gab verschiedenste Hochschulstationen sowie Unternehmertum. Es gab auch Scheitern. Wenn ich nicht zwischendurch auch mal gescheitert wäre, wäre ich nicht der, der ich heute bin. Stets neu anfangen war das Prinzip. Mein jetziges Unternehmen habe ich um das Jahr 2000 gegründet. Ich habe zäh gekämpft, um es durch alle Krisen zu einem veritablen Unternehmen auszubauen. Seitdem ist das die Basis und Plattform für alles andere. Ich unternehme noch andere Dinge. Von der Hochschule bin ich so gut wie ausgeschieden. Meinen Vertrag in

Graz habe ich nicht verlängert und in Worms bin ich zwar noch, aber ohne Dienstbezüge. Irgendwann werde ich auch dort ausscheiden müssen.

Was war speziell? Ich habe mit 13 Jahren durch Ortega y Gasset die Philosophie entdeckt, so mit 15 oder 16 intensiv Philosophen und Politikwissenschaftler gelesen. Mit 17 Jahren habe ich beschlossen, nach Amerika auszuwandern und dort das große Ding zu reißen. Das war mein Lebensplan. Der hat zwar nicht ganz funktioniert, aber ich habe ihn relativ konsequent verfolgt. Mein Vater ist gestorben, als ich 18 war. Geld hatten wir nicht und zur Bundeswehr musste man ja auch noch. Dann die ersten zwei Jahre an der Universität zu Köln, gefördert von der Konrad-Adenauer-Stiftung, dann die Übersiedlung in die USA, wieder zurück nach Deutschland, dann wieder in die USA – und so ging es hin und her. Der Lebensplan, den ich relativ früh gefasst hatte, hat sich zwar nicht ganz so entwickelt wie ich mir das vorgestellt hatte, aber er war vorhanden und einflussreich.

Michael Gehler: *Gab es für Sie in jungen Jahren prägende schulische Lehrer und gesellschaftliche und politische Vorbilder?*

Max Otte: Ja, ein politisches Vorbild war sicherlich mein Vater. Er engagierte sich stark in der Kirche und in der Kommunalpolitik in der CDU. Er hat lange gehadert und gezögert, ob er nun in die FDP oder in die CDU eintreten soll. Das war eine große Frage für ihn. Er ging dann in die CDU; das „C“ gab den Ausschlag. In der Schule waren es oft die alten Lehrer der Kriegsgeneration, die viel Erfahrung mitbrachten. Es gab noch einige, die kurz vor der Pensionierung standen oder sie schon erreicht hatten. Aber es gab auch einen frischen Jung-68er: meinen Philosophielehrer Ulrich Völkel. Der Kurs bestand aus acht Leuten. Zum Schluss waren es nur noch anderthalb, die ihm gefolgt sind. Ich war der eine. Er hat im Prinzip den Unterricht für mich und einen Mitschüler gehalten. Das war toll. Plato, Carl Schmitt, Kant und Hegel hat er uns nahegebracht. Hegel⁴⁴ hat mich in der Jugendzeit schwer beeindruckt. Als ich an die Universität ging, wusste ich bereits, was ich wollte. Ein Weltbild war vorhanden, wenngleich es noch Lücken auszufüllen galt. Aber das Gerüst, das ich mir autodidaktisch erarbeitet hatte, das war da. Noch während der Schulzeit fasste ich meinen Lebensplan. Es ist dann trotzdem anders gekommen, als ich dachte. Aber gut, im Leben läuft es eben nicht immer gerade. Bei mir ging viel durcheinander.

Sanne Ziethen: *Sie studierten ja Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und politische Wissenschaften zunächst in Köln und dann in Washington, D.C. Was genau brachte Sie von der Philosophie ab?*

Max Otte: Das war eine ganz pragmatische Überlegung, frei nach dem Motto, Philosophie ist wunderschön und das kannst du auch so machen, das musst du nicht unbedingt studieren. Ich habe mit VWL angefangen. Da kannst du dann auch Soziologie und Politikwissenschaften im Nebenfach belegen. So konnte ich meinen Hobbys frönen und hatte

44 Georg Wilhelm Friedrich Hegel (*1770; †1831), deutscher Philosoph und Vertreter des Idealismus.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

daneben gleichzeitig etwas Handfestes und Verwertbares. Die Volkswirtschaftslehre war aber schon etwas, das mich sehr interessiert hat.

Bei den Angelsachsen ist das anders. Die machen z. B. ein Bachelorstudium in Philosophie, wenn sie aus einer Unternehmerfamilie stammen, um dann den Master in BWL zu absolvieren. So haben sie ihr Bachelorstudium vorgeschaltet, was wir in Deutschland nicht haben.

Michael Gehler: *Sie haben das deutsche Universitätssystem und das US-amerikanische Universitätssystem erlebt. Was ist Ihnen hierbei besonders an Unterschieden und Gemeinsamkeiten aufgefallen?*

Max Otte: An der Universität zu Köln, einer traditionellen Universität, musste man sich selber seinen Weg bahnen. Das war für diejenigen, die sich ihren Weg selber suchen konnten und wollten, wunderbar. Für die, die es nicht so gut konnten, war es nicht so gut. Im ersten Jahr in Amerika, also noch nicht in Princeton, sondern in Washington, gab es sehr motivierte Professoren und ständige Zwischenkontrollen durch kleine Tests. Man fühlte sich zwar nicht kontrolliert, aber doch ständig gefordert. Die ständige Ansprechbarkeit der Professoren war ein großes Plus. Das war zwar sehr verschult dort, aber effizient. Es war eine andere Art des Studiums.

Ich denke, wenn das deutsche Abitur seine Qualität behalten hätte oder diese flächendeckend zurückgeholt werden könnte, dann wäre unser System nach wie vor eines der besten der Welt. Wir haben aber leider, was die Schulbildung angeht, stark nachgelassen. Deswegen brauchen wir wahrscheinlich in Europa auch einen verschulten Einstieg ins Universitätsstudium. Bologna halte ich aber für eine Katastrophe. Bologna verschult alles und senkt sogar eher die Mobilität, als es diese fördert, weil man sich im Prinzip in vorgefertigten Bahnen bewegen muss und gar keine mehr Zeit für anderes hat.

Ich habe meine Professur in Graz unter anderem deswegen niedergelegt, weil alles so verschult ist. Die Studis waren zwar gut motiviert – und das hat mir Spaß gemacht – aber es war so controlled und modularisiert. Wolfgang Leidhold,⁴⁵ der an der Universität zu Köln politische Theorie lehrt, hat einmal gesagt: Früher gab es in der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät den Dekan, zwei Assistentinnen und zwei Sekretärinnen. Heute sitzen dort 40 Administratoren, die die Kollegen kontrollieren hinsichtlich Input und Output usw. Das kann es nicht sein. Von daher bin ich ganz froh, dass ich keine Lehrverpflichtungen mehr an einer Hochschule habe und lieber zu Expertengesprächen komme oder zu öffentlichen Vorträgen. Das ist wirklich ein Luxus, den ich auch genieße.

Michael Gehler: *Welche prägenden akademischen Lehrer hatten Sie?*

45 Wolfgang Leidhold (*1950) ist ein Dozent an der Universität zu Köln und Leiter des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte.

Max Otte: Das gedankliche Grundgerüst stand, als ich an die Universität ging. Ich habe Henry Kissinger⁴⁶ gelesen sowie alles Mögliche im politikwissenschaftlichen Bereich. Und, wie gesagt, auch etwas aus der Philosophie. Dann gibt es Menschen, die im Leben angekommen waren und bei denen man sich etwas abschauen konnte. Einer war Gerhard Fels,⁴⁷ der mich sehr gefördert hat. Er war Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft. Ich habe eine Vorlesung bei ihm besucht und vielleicht vier oder fünf Gespräche mit ihm gehabt. Schon nach dem zweiten hat er mir ein Praktikum in Amerika besorgt. Es war unglaublich. Das war toll. Gerhard Fels war sicherlich ein Vorbild wie später auch Karl Kaiser,⁴⁸ bei dem ich die Diplomarbeit geschrieben habe. Wir sind immer noch im Lehrer-Schüler-Verhältnis, einem freundschaftlich-kollegialen Verhältnis, wenn auch im Moment mit einem sehr kontroversen Dialog. Fels und Kaiser waren zwei Persönlichkeiten. Als ich in Princeton studierte, war es sicherlich Robert Gilpin,⁴⁹ der mich den Klassikern zuführte und mich mit den Wurzeln der realistischen Theorie der Außenpolitik vertraut machte. Zu meinem Doktorvater bestand ein eher professionelles Verhältnis. Er war sehr genau und deshalb dauerte die Arbeit länger. Aaron Friedberg⁵⁰ war später unter Vizepräsident Dick Cheney deputy assistant for national-security affairs and director of policy planning im Weißen Haus. Er war sicherlich ein sehr guter Lehrer, der die Basics eingefordert hat, wenn man sich schon zu sicher und woanders wähnte. Das war wichtig.

Michael Gehler: *Welches Thema wählten Sie für Ihre Dissertation und welche Ergebnisse brachte sie hervor?*

Max Otte: Ich habe die Außenpolitik des vereinigten Deutschlands untersucht und zwar an Hand von drei Fallstudien. Viele argumentierten Deutschland sei nun eine moderne Macht, eine „Zivilmacht“. Hanns Maull,⁵¹ der diesen Begriff geprägt hat, war einer der Co-Reader für die Dissertation. Aaron Friedberg war der Hauptgutachter sowie Richard Ullmann,⁵² der leider schon verstorben ist. Maull ist mittlerweile emeritiert. Ich hatte –

46 Heinz (Henry) Alfred Kissinger (*1923), in Deutschland geborener US-amerikanischer Politikwissenschaftlicher und ehemaliger Politiker der Republikanischen Partei.

47 Gerhard Karl Fels (*1939), deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Nationalökonom, einer der Fünf Weisen im Sachverständigenrat zu der Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie von 1983 bis 2004 Leiter des Instituts der deutschen Wirtschaft.

48 Karl Kaiser (*1934), deutscher Politikwissenschaftler mit den Forschungsschwerpunkten deutsche und europäische Außenpolitik sowie die europäische Einigung.

49 Robert Gilpin (*1930; †2018), US-amerikanischer Politikwissenschaftler und Vertreter der internationalen politischen Ökonomie.

50 Aaron Friedberg (*1956), US-amerikanischer Politikwissenschaftler und Doktorvater von Max Otte. Er war deputy assistant for national-security affairs and director of policy planning unter Vizepräsident Cheney.

51 Hanns Walter Maull (*1947), deutscher Politikwissenschaftler. Maull prägte die als Zivilmacht bezeichnete sozialkonstruktivistische Theorie der internationalen Beziehungen.

52 Richard Ullmann (*1934; †2014), David. E. Bruce Professor of International Affairs an der Princeton University.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

das muss man wirklich respektvoll sagen – die Gegenthese vertreten. Demnach kann die deutsche Außenpolitik, zumindest direkt nach der Wiedervereinigung, also von 1989 bis 1999, mithilfe der klassischen Theorie erklärt werden, also mit der realistischen Theorie, bei der es nur um Macht und Interessen von Staaten geht. Meine These war, dass Deutschland als Mittelmacht wie eine Mittelmacht agiert, also vorsichtig, defensiv und vermittelnd. Dazu habe ich drei Fallstudien verwenden können: die EU-Osterweiterung, die Jugoslawien-Krise verbunden mit der Veränderung der außenpolitischen Doktrin und zuletzt die europäische Einigung, also die Aushandlung des Vertrags von Maastricht. Gefragt habe ich danach, wie weit das jetzt aus dem Zivilmächtsbegriff heraus zu erklären war oder wie weit die einfache klassische Erklärung mit Interessen von Staaten und ihren Machtpotentialen ausreicht. Diese ganz einfache Erklärung hat ziemlich weit getragen. Hanns Maull hat mir vor einigen Jahren geschrieben, dass die Dissertation den Test der Zeit ganz gut überstanden hat. Wie weit das allerdings noch trägt, wenn wir unsere Staatlichkeit völlig aufgeben, worauf wir in Deutschland ja zusteuern, wird sich zeigen. Dann wird diese These wahrscheinlich nicht mehr tragen.

Michael Gehler: *Sie haben die Diplomarbeit bei Karl Kaiser angesprochen. Können Sie uns dazu noch etwas sagen? Was war das Thema der Diplomarbeit?*

Max Otte: Das Thema war Währungspolitik. Es ging um die Kontroverse, wonach Deutschland zu wenig konsumiere und zu wenig Schulden mache, die Zinsen also zu hoch seien. Das waren die Kontroversen, die es zwischen Helmut Schmidt⁵³ und Jimmy Carter⁵⁴ gab. Das war in Zusammenhang mit der sogenannten „Lokomotivtheorie“, also die Zeit von 1976 bis 1980 und später die Anstrengungen zur koordinierten Wirtschafts- und Währungspolitik auf transatlantischer Ebene.

In diesem Zusammenhang konnte ich ein halbes Jahr am Institut for International Economics, heute Peterson Institute, praktizieren. Das war auch prägend. Dort habe ich Charles Kindleberger⁵⁵ kennenlernen dürfen. Er war ein begnadeter Redner, sprühte vor Elan und war knapp vor 80. Ich durfte noch ein paar von den anderen alten Haudegen kennenlernen. Das war ganz klasse.

Sanne Ziethen: *Wann ist Europa für Sie als Person und Wissenschaftler mehr als nur ein geographischer Begriff, sondern als ein politisches Projekt erkennbar und wahrnehmbar geworden?*

53 Helmut Heinrich Waldemar Schmidt (*1918; †2015), deutscher Politiker der sozialdemokratischen Partei und 1974 bis 1982 fünfter deutscher Bundeskanzler.

54 Jimmy Carter (*1924), US-amerikanischer Politiker, von 1977 bis 1981 der 39. Präsident der Vereinigten Staaten. Die Vermerke der Amtszeiten habe ich hier verändert, damit es mit den anderen Kapiteln einheitlich ist.

55 Charles P. Kindleberger (*1910; †2003), US-amerikanischer Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker.

Max Otte: Da fehlt doch noch etwas Drittes, nicht nur das politische Projekt, sondern auch die kulturelle Identität. Mein Vater gehörte auch zu der Generation, die das vereinte Europa aufbauen wollte, weil sich so etwas wie der Zweite Weltkrieg niemals wiederholen dürfe. Ich bin in einem konservativen Haushalt aufgewachsen, aber nicht in einem national-konservativen. Es war in dieser Generation immer die Idee vorhanden: Wir bauen ein neues Europa, nie wieder Krieg. Seit ich politisch denken kann und über diese Dinge nachdenke, habe ich das so gehört. Ich habe mich allerdings bereits als Teenager gefragt, ob Europa durch diesen Kalten Krieg und die Politik der Supermächte nicht völlig marginalisiert wird. Werden die Entscheidungen nicht wo ganz anders gefällt, Entscheidungen, die unser Leben fundamental beeinflussen? Wie kann dieses Europa dagegenhalten? Wie schaffen wir es, eine europäische Identität aufzubauen gegen diese übermächtige amerikanisch-sowjetische Dominanz? Jean Jacques Servan-Schreiber⁵⁶ war es ja, der die amerikanische Herausforderung als solche erkannte. Ich habe mich damals gefragt, ob das noch etwas mit Europa wird.

Weil ich sehr skeptisch war, dachte ich: Du gehst nach Amerika, da weißt du, was du hast! Eine gewisse Europa-Skepsis gab es damals auch schon in der breiteren Bevölkerung, weil wir nicht Herr über unsere letzte Entscheidung waren. Es gibt keine europäische Nuklearstreitmacht. Für mich ist militärische Macht konstitutiv für alles, was folgt. Die muss man nicht einsetzen, aber die braucht man letztlich als Drohpotential, um eigene Politik und Vorstellungen umsetzen zu können, um souverän zu sein. Es gibt einen gravierenden Systemkonflikt zwischen anglo-amerikanischem und europäischem Kapitalismus. Ich bin mir nicht sicher, ob vom europäischen, rheinischen, französischen, deutschen und mitteleuropäischen Kapitalismus noch irgendetwas übrigbleibt oder ob dieser nicht vom angelsächsischen Sturm hinweggefegt wird – auch aufgrund der militärischen Macht, die dahinter steht.

Andrea Germer: *Wann beginnt eigentlich Europa Ihrer Meinung nach als Idee?*

Max Otte: Das ist eine gute Frage. Reicht es zu beantworten, wann die Nationalstaaten als Idee begannen?

Andrea Germer: *Sie haben ja gerade von der kulturellen Identität gesprochen, die beginnt wahrscheinlich sehr früh.*

Max Otte: Ja, in den Frühphasen einer Identitätsbildung passiert das unreflektiert. Das christliche Abendland war einfach so da. Europa beginnt für mich um die Zeit Karls den Großen. Nach dem Römischen Reich kamen dunkle Jahrhunderte. Karl der Große ist ein markanter Punkt. In gewisser Weise ähnelt diese Zeit vor den Nationalstaaten, das Mittelalter, auch unserer heutigen Zeit: überlappende Jurisdiktionen, Kaiser-Papst Dualismus, territorialer Flickenteppich von verschiedenen regionalen Institutionen. Man weiß nicht

56 Jean-Jacques Servan-Schreiber (*1924; †2006), französischer Journalist und Politiker. Er ist der Verfasser des Werkes „Die amerikanische Herausforderung“.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

so genau, was wessen Kompetenzen sind. Also, wir sind in gewisser Weise wieder in dieser prä-nationalstaatlichen Phase angekommen.

Michael Gehler: *Man kann heute Grenzen ganz unterschiedlich auffassen und definieren, je nachdem von welchem Begriff wir ausgehen. Wo würden Sie die Grenzen Europas festmachen und festlegen?*

Max Otte: Das Einfachste wäre für mich vom Atlantik bis zum Ural. Russland ist für mich ein integraler Bestandteil Europas, Amerika nicht unbedingt. Amerika ist woanders, hat seine eigenen Interessen, die in vielerlei Hinsicht mit unseren korrespondieren, aber die natürlich auch in den Pazifik ausgerichtet sind. Unsere Interessengemeinschaft ist aus meiner Sicht mit Russland größer als mit Amerika. Europa ist für mich der Raum vom Atlantik bis zum Ural. Das wäre Ost-West, aber Nord-Süd ist doch einfacher.

Michael Gehler: *Das wäre praktisch das Europa von Charles de Gaulle,⁵⁷ der ja genauso argumentiert hat, ja wortwörtlich sogar von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural sprach. Das war eine seiner Losungen in den 1960er Jahren mit guten Kontakten zu Nikita Chruschtschow⁵⁸ und Leonid Breschnew.⁵⁹ Also, da sind Sie in bester Gesellschaft mit dem Gaullismus.*

Max Otte: Ich bin kein wirklicher Frankreichexperte, was auch etwas mit meiner nicht ganz so hervorragenden Beherrschung der Sprache zu tun hat, aber dann bin ich also eher bei de Gaulle als bei Adenauer⁶⁰, der sagte, dass hinter Magdeburg die asiatische Steppe anfangt.

Michael Gehler: *Sie wären auch bei Walter Hallstein.⁶¹ Von Hallstein stammt dieses Wort „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ auch, z. B. als er als EWG-Kommissionspräsident dazu befragt wurde, wo es beginne und ende. Das ist erstaunlich, weil Hallstein im transatlantischen Kontext sozialisiert worden ist und ein treuer Gefolgsmann Adenauers war, bis es zu Verwerfungen im Zuge der Achse Adenauer-de Gaulle kam, als Adenauer de Gaulle mehr bevorzugte als den EWG-Kommissionspräsidenten. In dieser Gesellschaft sind Sie mit Ihrer Einschätzung auch.*

57 Charles André Marie de Gaulle (*1890; †1970), französischer General und Staatsmann sowie von 1959 bis 1969 Präsident der französischen Republik.

58 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (*1894,), sowjetischer Politiker, Parteichef der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates.

59 Leonid Breschnew (*1906; †1982), von 1964 bis 1982 Parteichef der KPdSU, zudem war er Staatschef.

60 Konrad Adenauer (*1876; †1967), Jurist und erster Bundeskanzler der BRD (1949–1963).

61 Walter Peter Hallstein (*1901,; †1982), deutscher Jurist, Hochschullehrer und Politiker. Er wurde 1958 der erste Vorsitzende der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Max Otte: Oder mit Bismarck⁶²?

Michael Gehler: *Es ist fraglich, ob und wie Bismarck als Europäer einzustufen ist. Landkarten-Europäer, würde ich sagen, seine Landkarte war Europa und das Europa des europäischen Staatensystems mit wachsendem Interesse für überstaatliche Dimensionen und Perspektiven. Aber im Grund war Bismarck mehr Preuße als Deutscher und mehr Deutscher als Europäer – jedenfalls beides mehr als Europäer.*

Max Otte: Es passt zur heutigen Zeit, wenn man sagt, dass die Regionen wichtiger als die Nationalstaaten sind.

Michael Gehler: *Sie sind in jedem Fall älter als die Nationen und möglicherweise auch manchmal schlafende Riesen, die es nur zu wecken gilt. Man müsste sich die Nationalstaaten neu überlegen. Vielleicht den Ausschuss der Regionen im Rahmen der EU aufwerten?*

Severin Cramm: *Sie sagen Nord-Süd wäre leichter. Wie ist es denn mit der Türkei und der Interessengemeinschaft gegenüber Israel?*

Max Otte: Nein. Die Türkei ist nicht Europa, die war immer Grenz- oder Zwischenraum, sie ist auch nicht wirklich arabischer Raum. Sie war einmal Europa zugehörig, aber das hat sich schon verschoben. Mit dem Osmanischen Reich war man schon in Budapest und stand zweimal vor Wien, aber im Moment würde ich nein sagen. Zu Israel gibt es ein besonderes Verhältnis. Und es ist – trotz der Stärke der Religion – ein säkularer Staat.

Michael Gehler: *Bei der Türkei „im Moment?“*

Max Otte: Ja, wenn die Türkei säkular wäre, ein Prozess der unter Atatürk⁶³ ja nun wirklich einschneidend begonnen hatte, wäre es vielleicht anders. Atatürk hat ja viele seiner Reformen brutal durchgepeitscht. Eine solche Türkei befände sich auf einem Weg in Richtung Europa. Eine solche Türkei kann ich mir vorstellen, aber nicht so wie jetzt. Man muss klar sagen, dass es die Bevölkerung, zumindest die jetzige türkische Regierung, gar nicht mehr will. Es gibt zwar einen Dialog, aber es wird zu viel Nein gesagt. Es gibt Standards in Europa, die anzuerkennen sind. Ansonsten wird Europa zum Bittsteller – das ist meines Erachtens jetzt schon gelegentlich der Fall. Das kann es nicht sein.

Michael Gehler: *Das heißt, das Recht, der gemeinsame Rechtsbestand, die Grundrechtecharta, die Kopenhagener Kriterien, all das wären für Sie Kriterien, womit Europa sich abgrenzen kann und wo Grenzen zu ziehen wären?*

62 Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen (*1815; †1898), deutscher Politiker und Staatsmann. Er war erster Reichskanzler des Deutschen Reiches (1871–1890).

63 Mustafa Kemal Atatürk (*1881; †1938), Begründer der Republik Türkei und Ministerpräsident dieser (1923–1938).

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Max Otte: Ja, ich würde sogar sagen, wenn man sich das genau ansieht, dann gibt es sogar zwischen Europa und den USA einige Differenzen, z. B. das Verhältnis zur Todesstrafe und das Verhältnis zur Gewalt in der internationalen Politik. Da gibt es klare Unterschiede. Das wird gerne klein geredet, aber diese Unterschiede sind da. Da hat Europa schon etwas Eigenes.

Severin Cramm: *Wie ist für Sie überhaupt die europäische Integration als Prozess, der zunächst ein westeuropäischer Integrationsprozess war, zu erklären?*

Max Otte: Wenn ich wieder als Realist argumentiere, gab es einmal die traumatische Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und überall den Wunsch eines Neuanfangs, aber nach wie vor im Rahmen der Nationalstaaten und ihrer Interessen. Es gab einen arg handlungsbeschränkten westdeutschen Rumpfstaat, ein geschwächtes Frankreich, aber immerhin handlungsfähig, ein geschwächtes England, mehr oder weniger handlungsfähig. England kam dann erst später zur EG. Es musste allen klar sein, dass keiner dieser Staaten alleine in der Welt noch etwas reißen konnte. Das war 1945 vorbei. Churchill hat es auf den Punkt gebracht, hoffte aber noch, dass England seine traditionelle Rolle weiterspielen könne. Man kann das intergouvernemental ganz gut erklären. Bis in die 1960er hinein gab es noch den Wunsch, eine starke europäische Dimension der Sicherheitspolitik eigenständig auch gegenüber den USA zu entwickeln. De Gaulle war da sicher der ausgeprägteste Repräsentant. Die 1970er Jahren bildeten eine Zwischenphase. Die USA waren aufgrund des Vietnamkriegs sehr schwach. Inflation und Rezession setzen den Industriestaaten zu.

Ab den 1980er Jahren bemerkt man, wie der amerikanische Einfluss in Europa immer stärker zunimmt, z. B. wie Themen gesetzt werden. Es gab aber auch Gegenkonzepte auf europäischer Seite, etwas Eigenständiges zu machen, wie den Delors⁶⁴-Plan 1985 für den europäischen Binnenmarkt. Damals fand ich diesen sehr gut, im Nachhinein finde ich ihn falsch, weil er im Prinzip die Idee über Vereinheitlichung von kleinsten Normierungen vorangetrieben hat. Das war ein kolossaler Irrweg und hat uns in ein falsches Europa geführt. Wir haben jetzt das intransparente, oft undemokratische und oft handlungsunfähige Europa, weil wir zu den großen und wichtigsten Fragen keine Antworten gegeben haben. Diese wären zum Beispiel: Wie baue ich mein Parlament, wie baue ich wirklich ein subsidiäres Europa, ein föderal-subsubsidiäres Europa mit den richtungsweisenden Fragen: Sicherheit, Verteidigung, Recht. In einem föderalen Europa kann man auch den Wettbewerb erlauben, wenn die wichtigsten Fragen einheitlich geregelt sind. Wir haben jetzt in Nebensachen ein Einheitseuropa aufgebaut. Bei beiden wirklich wichtigen Fragen sind wir immer noch nicht weiter, was in gewisser Weise mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 begonnen hat. Das ist wirklich bitter.

Michael Gehler: *Welchen Stellenwert würden Sie überhaupt der Ideengeschichte für die Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft zumessen?*

64 Jacques Delors (*1925), französischer Sozialist, Finanzminister und EG-/EU-Kommissionspräsident (1985–1995).

Max Otte: Ich bin ein Anhänger der Ideengeschichte. Ich habe als junger Mensch früh Hegel gelesen und fand, dass Marx⁶⁵ nach ihm auch interessante Sachen gesagt hat. Ideen sind nicht nur Ideen, sondern auch Identitäten. Identitäten sind konstruierte Dinge, die nicht so reflektiert sind wie Ideen, vielleicht aber wichtiger und tiefergehend. Beides spielt sich in unserem Hirn ab. Wie sich Identitäten bilden, wie sich Ideen bilden, ist extrem wichtig, wird aber immer weniger gelehrt. Ich habe einmal auf einer Podiumsdiskussion an der Universität Graz, an der drei heterodoxe Ökonomen und der „orthodoxe“ Dekan beteiligt waren, teilgenommen. Anscheinend zählte ich zu den „heterodoxen“. Es ist ja schon bezeichnend, wenn man in der Ökonomie von orthodox und heterodox spricht. Es ging um die Frage, wie wir die Ökonomie offener machen können. Ich habe gesagt, dass es doch ganz wichtig wäre, wenn wir in den ersten Semestern, Ideen- und Wirtschaftsgeschichte gleichermaßen durchgehen und dabei auch ökonomische Systeme analysieren. Da hat mir der sehr bemühte junge Dekan widersprochen, denn man brauche zuerst Mikro- und Makroökonomie und dann Statistik. Ideengeschichte könne man in der Promotionsphase machen. Diese Tendenz fand ich sehr bedenklich, denn das schafft ein falsches Selbstvertrauen in die eigene Expertise. Gerade im sozialwissenschaftlichen Bereich ist die Reflexivität bzw. die Dialektik der Dinge, die sich gegenseitig bedingen und weiterdrehen, extrem wichtig. Ich kann keine linearen Modelle darauf bauen. Das machen aber eigentlich fast alle Ökonomen. Deswegen bin ich auch skeptisch, ob die Ökonomie – so wie von den Ökonomen beschrieben – funktioniert. In gewisser Weise sind sie für mich die Priesterkaste des Kapitalismus.

Sanne Ziethen: *Welcher Zusammenhang besteht Ihres Erachtens zwischen der europäischen Integration und dem Kaltem Krieg?*

Max Otte: Das ist nicht mein Schwerpunkt. Ich kann darüber nur mutmaßen. Natürlich war der Marshall-Plan eine relativ schnelle Reaktion auf die sich abzeichnenden Spannungen und ein Ergebnis wie auch Katalysator der Spaltungen. Das war eine komplexe Wechselbeziehung. Auf der einen Seite verfolgten die USA ihre eigenen Interessen, Westeuropa zu formieren, was eine Eigendynamik angenommen hat. Doch die Europäer wollten das auch. Von daher tue ich mich schwer mit einer eindeutigen Aussage.

Andrea Germer: *Welche Rolle spielen Ihrer Ansicht nach Historiker, Politikwissenschaftler und Ökonomen für den Europagedanken?*

Max Otte: Sie sind wichtig. Europa hat viele Finanzmittel und kann damit natürlich auch Meinungen prägen. Auch wenn es sehr subtil ist, überlegt man sich ja vielleicht doch, wo das nächste Budget herkommt und wie ich das nächste Projekt bekomme. Vielleicht ein Bild dazu: Ich stand in der Eifel im Sommer auf einem Aussichtsturm und habe ganz weit über das Land geschaut. Ein Holzturm, ein wunderbarer Blick über die Eifel. Dort

65 Karl Marx (*1818; †1883), Philosoph, Nationalökonom und Journalist, der gemeinsam mit Friedrich Engels das „Manifest der kommunistischen Partei“ veröffentlichte.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

stand: „Hier bauen das Land Rheinland-Pfalz und die Europäische Union.“ Es waren eine große EU-Flagge und eine von Rheinland-Pfalz angebracht. Die Bundesrepublik habe ich nirgendwo gefunden. Das ist natürlich unser – deutsches – Geld. So erzeugt man Identität und Symbolik. Das ist Propaganda für Europa. Ähnlich zum Teil auch in den Politikwissenschaften. Fundamental andere Konzepte für Europa fallen etwas herunter.

Michael Gehler: *Deutschland, Sie haben es gerade erwähnt, fehlt auf diesem Plakat in der Eifel. Es war von dem Bundesland die Rede und von der Europäischen Union. Deutschland, Sie haben darüber promoviert, Zivilmacht oder Mittelmacht oder gar Zentralmacht Europas. Der Hintergrund meiner Frage: Welche Rolle würden Sie diesem nun wiedervereinigten Deutschland nach der Konsolidierung zuschreiben? Welche Rolle sollte es und müsste es Ihrer Ansicht nach spielen? Wo liegen seine Chancen und eben die Schwierigkeiten und Hindernisse?*

Max Otte: Jetzt sind wir bei einem ganz heißen Topf. Deutschland wird immer so viel Macht zugeschrieben, wie man es augenblicklich für richtig hält. Ich habe die letzten 20 Jahre oft gehört, Deutschland müsse die Führung übernehmen. Übersetzt hieß das: Deutschland bezahle und halte die Klappe. Das sage ich jetzt ganz plakativ. Deutschland müsse die Führung übernehmen, hieß immer, und Deutschland mache das Portemonnaie auf. Jetzt erleben wir wieder so eine Situation. Ein Präsident, der in Frankreich extrem unbeliebt ist, weil er für die Eliten Politik macht und dabei gegen die Mittelschicht arbeitet, hat sich mit einem Mal „Europa“ auf die Fahnen geschrieben, und ein SPD-Parteivor-sitzender springt auf den Zug.

Dagegen ist ja nichts einzuwenden, aber Deutschland muss wirklich sagen, was möglich ist. Leider haben wir nicht immer unsere besten Leute nach Brüssel geschickt. Das ist in Frankreich anders. Wir müssten klar machen, dass nicht nur Deutschland in der EU aufgeht, sondern alle anderen auch in der EU aufgehen. Europa müsste eine demokratisch-föderal verfasste EU haben, die den Namen verdient, nicht mit einem Parlament mit einigen Rechten, sondern mit vollem Haushaltsrecht und dem Prinzip, „one voter, one vote“. Das wären die realen Verhältnisse und erst dann wäre das Demokratie. Ich kann nicht einfach Stimmrechtsverhältnisse politisch opportun stauchen oder dehnen. So gerät man in eine undemokratische Situation.

Wenn wir ein solches Parlament hätten, dann müsste es allerdings 1.000 Mitglieder haben, damit ein Vertreter von Luxemburg dabei ist. Ob wir das wollen, oder ein überschaubares Parlament, bei dem Luxemburg oder Malta eben nicht immer einen Parlamentarier dabei haben, ist eine weitere Frage. Für ein wirklich demokratisch verfasstes Europa müsste man sehr viel deutlicher eintreten.

Michael Gehler: *Wäre das dann aber nicht genau jenes befürchtete deutsche Europa und weniger ein europäisches Deutschland?*

Max Otte: Das sind die alten deutschen Traumata, die man bis zu einem gewissen Grad verstehen kann. Das wäre das deutsche Europa, bzw. ein leicht deutsch eingefärbtes Euro-

pa, das schon Friedrich Naumann⁶⁶ vorgeschwebt haben dürfte. Es geht aber nicht anders. Jetzt haben wir ein französisches oder ein südeuropäisches Europa, was man in der Geldpolitik genau beobachten kann. Es wird kein wirklich europäisches Europa geben, sondern die Reste der alten nationalen Identitäten und Kulturen werden sich mehr oder weniger wieder neu positionieren. In dieser Phase sind wir. Und: Wenn Deutschland sich selbst aufgibt, haben wir noch lange kein europäisches Europa.

Severin Cramm: *Sie betonen, ein Ökonom der „alten Schule“ zu sein. Was unterscheidet „alte“ und „neue“ Ökonomie?*

Max Otte: Wir sind wieder bei der Ideengeschichte gelandet. Heute geht es darum, Modelle zu bauen. Das ist alles schön und gut, aber es sind Partial-Modelle. Mit einem Partial-Modell kann ich solange meine Ceteris-Paribus-Bedingungen manipulieren, bis irgendwas herauskommt. Bei den Partial-Modellen ist es ungefähr so: Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaft sind verhandelbar wie in Jura. Da gibt es Anwalt A, der argumentiert A und Anwalt B, der argumentiert B. Bei den modernen Ökonomen ist es genauso. Gutachten richten sich oft am Auftraggeber aus. Das muss ja nichts Verkehrtes sein. Nun wird Gutachten A erstellt. Wenn es passt, verwendet man das, wenn es nicht passt, kommt das in die Schublade und man probiert das nächste Modell. Mit diesen Partial-Modellen kann ich im Prinzip ein ganz breites Spektrum von Dingen argumentieren und bewegen.

Die jüngeren Ökonomen sind davon überzeugt, dass das richtig ist, die Fakten belegen das. Dagegen sind die Hermeneutik, die Dialektik und die Wirtschaftsgeschichte als Ideengeschichte, wie auch die unterschiedlichen ökonomischen Systeme, für mich ganz wichtig, d. h. die Ökonomie als Teil der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaft. Systemtheorie ist auch extrem wichtig, um diese Partial-Modelle zu reflektieren. Die jüngeren Kollegen reflektieren das jedoch nicht genügend. Sie machen ihre Partial-Modelle. Das treibt solche Blüten wie jetzt „Nudging“. Gemeint ist mit dem Begriff, dass man Leute unmerklich „anstupst“, um sie dazu zu bringen, dass sie etwas Bestimmtes tun. Für mich ist das ein absolutes Unwort. Das ist ja im Prinzip Theorie und Praxis der Manipulation im totalitären System. In einer Demokratie habe ich Gesetze, nach denen ich entscheide, um etwas durchzusetzen, mit entsprechenden Gesetzen und Strafen. Aber Nudging, Leute irgendwo hinzuschieben, das ist für mich sehr bedenklich.

Michael Gehler: *Thukydides⁶⁷ gilt als einer der ersten Historiker, der methodisch vorgeht. Welchen Einfluss haben philosophische Strömungen auf Ihr Denken und welche Denker sind Ihnen besonders wichtig?*

Max Otte: Thukydides habe ich erst im Promotionsstudium gelesen. Das war für mich der erste in gewisser Weise moderne Denker, der nicht mehr nur gesagt hat: „so ist es ge-

66 Friedrich Naumann (*1860; †1919), evangelischer Theologe, liberaler Politiker sowie Mitbegründer des Deutschen Kaiserreiches und der Deutschen Demokratischen Partei.

67 Thukydides (ca. 460 v. Chr.-395 v.Chr.), griechischer Historiker.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

wesen“, sondern der die Interessen und Motive der Akteure analysierte, also warum sie so und nicht anders geredet haben. Durch seine Analyse dieser Dialoge und der Selbstdarstellung der Akteure, wollte er herausbekommen, was die Leute wirklich wollten. Er hinterfragte das Doppelspiel, um es zu durchschauen. Er wollte offenlegen, was sie kommunizieren und was sie wirklich wollen. Ich würde Thukydides der Realist-School zuordnen, die es damals in dieser Form natürlich noch nicht gab.

Hegel habe ich bereits genannt. Seine Dialektik ist ganz wichtig. Wenn Sie heute bei Ökonomen mit Hegel kommen, dann ist das für die oft ein totalitärer und konfuser Mensch, den man gar nicht verstehen kann. Es ist zugegebenermaßen schwierig, ihn zu lesen und seine Sprache zu verstehen, aber das ist kein Grund, sich ihm zu verweigern. Die idealistische Philosophie, die danach fragt, ob das Bewusstsein das Sein mitbestimmt, fand ich als junger Mensch spannend. Das ist mir bis heute wichtig und da komme ich natürlich mit den Kollegen von der Ökonomie nicht immer klar.

Sanne Ziethen: *Stichwort Thukydides und die Kritik am Staat und das Verhältnis von Macht und Staat: Welcher dieser Philosophen geht am meisten darauf ein und welchen Positionen können Sie am ehesten folgen?*

Max Otte: Das ist keine grundsätzliche Frage. Wer, wo und wie die Macht hat, wurde schon durch das aristotelische Staatsformenschema – Monarchie oder Tyrannis oder Oligarchie oder Adel, Demokratie oder Ochlokratie – dargestellt. Wer die Macht hat, ist nicht so entscheidend wie die gelebte Praxis. Jede Staatsform kann unter den spezifischen Umständen in etwas Schreckliches umschlagen. Herr Gehler und Herr Rollinger haben in ihrer Imperienforschung gezeigt, dass alle Herrschaftsformen sich für Imperien eignen können. Es gibt nicht die eine ideale Staatsform. Wenn Sie mich so fragen: Der Nationalstaat war bei allen Problemen eine sehr nützliche Form. Wir haben jetzt zu fragen: Kommt etwas danach oder ist der Nationalstaat in gewisser Weise derzeit noch alternativlos? Ein Nationalstaat ist ein relativ homogenes Gebilde und kann Recht und Ordnung sichern und die Herrschaft des Gesetzes durchsetzen, um seine Mitglieder zu schützen. Er kann sie aber auch in große und sinnlose Kriege stürzen. Das ist sehr zweischneidig.

Michael Gehler: *Eine Zusatzfrage zum Thema Demokratie: Es gibt ja diese Aussage von Winston Churchill,⁶⁸ die Demokratie sei nicht die beste Form, aber sie sei immerhin noch die beste von allen anderen schlechten, so sinngemäß. Würden Sie dieser Einschätzung von der Demokratie als einer nicht gerade optimalen Form der Herrschaft des Regierens, aber von allen anderen im Vergleich immer noch die am wenigsten schlechte zustimmen?*

Max Otte: Das ist mir zu plakativ. Demokratie muss definiert und dabei gefragt werden, wie Demokratie funktioniert. Der Populismus gibt ja vor, die wahre Demokratie zu verkörpern. Eliten seien grundsätzlich schlecht und das Volk sei grundsätzlich gut. Das stimmt natürlich so gar nicht. Es kann aber sein, dass Eliten in eine falsche Richtung

68 Winston Leonard Spencer-Churchill (*1874; †1965), britischer Staatsmann und britischer Premierminister (1940–1945) und (1951–1955).

steuern. Demokratie ist ein Begriff, der der Definition bedarf und der konkreten Fassung. Es wird ja gesagt, dass das Kaiserreich nicht demokratisch gewesen sei. Das Königreich England sei es hingegen gewesen: Es hätte in Deutschland den Konflikt zwischen Kaiserreich und Demokratie gegeben. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs gab es im Kaiserreich aber mehr Wahlberechtigte als in England, das in gewisser Weise mehr eine Eliten-Herrschaft hatte, eine Oligarchie, als das in Deutschland der Fall war. So muss man sich fragen, wie die konkrete Vermittlung von Macht in dieser Welt der verschiedenen Staatsformen funktioniert. Eine freiheitliche Staatsform, die demokratisch ist, erscheint zunächst als die beste, aber das reicht nicht, weil da sich viel darunter verstecken kann.

Michael Gehler: *Wenn man präziser nachfragen würde: Es gibt die direkte, die repräsentative und die präsidiale Demokratie – wo würden Sie sich eher verorten?*

Max Otte: Bei der Präsidialdemokratie hängt viel vom Präsidenten ab. Wenn das nicht zusammenpasst, dann nicht unbedingt. An die repräsentative Demokratie glaube ich schon, wobei wir in Deutschland jetzt damit auch ein Problem haben, wenn sie an die Übermacht der Lehrer und Beamten im Parlament denken. Das ist auch nicht das, was man unter repräsentativer Demokratie versteht. Im Prinzip muss repräsentative Demokratie mit einer starken Exekutive verbunden sein. Willy Brandt⁶⁹ hat uns da durch sein „Mehr Demokratie wagen!“ in gewisser Weise auf die falsche Spur gebracht, weil er die Exekutive geschwächt hat. Die von ihm eingeführten parlamentarischen Staatssekretäre waren ein großer Einschnitt und ihre Einführung eine falsche Entscheidung, weil wir eine recht gute funktionierende Ministerialbürokratie hatten. Jetzt kommt im Extremfall in jeder Legislaturperiode ein neuer parlamentarischer Staatssekretär, der sich kurzfristig verwirklichen will, während die bewährte Kontinuität der Ministerialbürokratie in den Hintergrund rückt. Funktionseleiten braucht es, wobei es immer eine Frage der konkreten Ausgestaltung ist. Ich trete für eine repräsentative Demokratie mit einem starken und Fachaufgaben verpflichteten Apparat ein. Die letzte dieser Institutionen war die Bundesbank. Mittlerweile gibt eine totale Demoralisierung in deutschen Ministerien. Ich war 1997 ein Jahr als verantwortlicher Projektleiter im Bundeswirtschaftsministerium und habe für Minister Rexrodt⁷⁰ die Reorganisation des Hauses betrieben, ein Jahr lang. Da war nicht mehr viel übrig von der selbstbewussten Ministerialbürokratie. Im Verteidigungsministerium ist die Beschaffung an McKinsey abgegeben. Da raufe ich mir die Haare! Da kann man das Verteidigungsministerium gleich abschaffen. Das ist jetzt plakativ und vielleicht auch übertrieben formuliert, aber es braucht einen starken career civil service oder ein neues preußisches Beamtentum, wie auch immer Sie das nennen mögen, stark, aber nicht ausufernd. Es geht nicht nur um den Regierungschef oder Minister und Staatssekretär, sondern auch um den Abteilungs- und Referatsleiter. In gewisser

69 Willy Brandt (*1913; †1992), deutscher Politiker der Sozialdemokratischen Partei, von 1969 bis 1974 Bundeskanzler, Friedensnobelpreisträger. Auf Geburtsnamen verweisen?

70 Günter Rexrodt (*1941; †2004), deutscher Politiker, der FDP angehörend sowie von 1993 bis 1998 Bundesminister für Wirtschaft.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Weise wurde die Würde des Amtes in den letzten 20-30 Jahren ziemlich abgeschafft oder beschädigt. Die Idee des public service ist und bleibt wichtig.

Für die repräsentative Demokratie könnte man auch John Adams⁷¹ ins Feld führen, der in seinen späten Schriften eine sehr große Angst artikulierte, dass Amerika in eine Art Oligarchie umschlägt.

Michael Gehler: *Sie haben das Stichwort gegeben: die Oligarchie. Der Soziologe Robert Michels⁷² hat regimeübergreifend wie einen roten Faden „das ehernen Gesetz der Oligarchien“ in allen Herrschaften benannt. Können Sie diesem Phänomen etwas abgewinnen?*

Max Otte: Oligarchien bilden sich von selber. Man muss aktiv dagegen arbeiten. Der Staat darf nicht als Spielball der Wirtschaftsinteressen dienen, er muss ein Gegengewicht dazu bilden. Diese Funktion verliert er immer mehr. Da ist die EU in ihrer jetzigen Form nicht ganz unschuldig. Nehmen Sie den preußischen oder bundesdeutschen Beamtenstand: Das war zwar auch ein exklusiver Stand, aber doch mehr eine Leistungselite, die vor allem durch einen gemeinsamen Korpsgeist verbunden war. China hat über das Beamtentum ein Gegengewicht gegen die Oligarchie geschaffen. Eintrittsexamina waren eine Voraussetzung dafür. In Frankreich ging es mit Napoleon⁷³ los. Und das fehlt Deutschland etwas.

Andrea Germer: *In einem Interview sagten Sie, die akademische Ökonomie fokussiere sich zu stark auf mathematische Modelle. Diese würden der Realität nicht gerecht und seien „blind“ für historische Zusammenhänge. Welche Rolle spielen Geschichte und Geschichtswissenschaft für Sie und wie können sie der Ökonomie nützlich sein?*

Max Otte: Wir haben das ja im Prinzip schon relativ deutlich angesprochen. Die Ökonomen machen empirische Studien und sind sich der Kontextabhängigkeit nicht immer bewusst, nämlich dass die Menschen unterschiedlich programmiert sind. Im Moment beherrscht uns die Idee, dass extrem egoistisch-individualistischer Nutzen maximierbar ist. Das ist eine angelsächsische Idee. Den Studierenden in Politikwissenschaft und in anderen Sozialwissenschaften wird ganz früh das „prisoner's dilemma“ beigebracht. Wie ist es, wenn ich betrüge, komme ich damit besser oder schlechter durch? Es gibt aber viele Gesellschaftsordnungen, in denen Betrug die große Ausnahme war (offensichtlich nicht in den USA). Die Leute, die betrogen haben, waren auf Lebenszeit geächtet. Ich wage zu behaupten, das war früher in Deutschland oft so. Da wurde nicht betrogen, oder der

71 John Adams (*1735; †1826), U.S. amerikanischer Jurist, von 1789 bis 1797 Vizepräsident der USA und von 1797 bis 1801 Präsident der Vereinigten Staaten.

72 Robert Michels (*1876; †1936), deutsch-italienischer Soziologe und entwickelte das Eherne Gesetz der Oligarchie.

73 Napoleon Bonaparte (*1769; †1821), französischer Kaiser, Kriegsherr, Eroberer sowie General, der den Aufstand der Bevölkerung unter dem Leitsatz „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ während der Französischen Revolution unterstützte.

Betrüger war geächtet. Heutzutage ist betrügen, cheating oder reneing – oder wie immer man das nennen mag – salonfähig geworden. Das ist in die Modelle eingearbeitet.

So kann ich natürlich ganz grundlegende Sichtweisen prägen, auch bei den anscheinend „objektiven“ Ökonomen und Wissenschaftlern. Die zugrunde liegenden Voraussetzungen, die ganze Breite menschlicher Verhaltensweisen in ihrer historischen und gesellschaftlichen Bedingtheit von Kooperation zu Wettbewerb, von Aggression zu Kooperation, spiegelt sich überhaupt nicht in der Ökonomie wider. So bilden Modelle manchmal die Realität ab. Manchmal wirken sie aber schon theologisch, als Zielvorstellung, wie es wäre, wenn wir alle perfekt handelnde Kaufleute wären. Das sind wir aber nicht. Ich verdiene mein Geld unter anderem an der Börse. Die Börse ist zum Beispiel überhaupt nicht rational. Wenn sie rational wäre, könnte ich da kein Geld verdienen.

Michael Gehler: *In Printmedien trägt man jetzt das Schlagwort von den „Weimarer Verhältnissen“ zur Beschreibung heutiger politischer und wirtschaftlicher Zustände vor. Sie sind Herausgeber mehrerer Publikationen, die die Hyperinflation 1923 und die Weimarer Republik untersuchten, wie etwa von Adam Fergussons⁷⁴ „Das Ende des Geldes. Hyperinflation und ihre Folgen für die Menschen am Beispiel der Weimarer Republik“. Wie weit sind diese Vergleiche aus Ihrer Sicht sinnvoll, zielführend und auch begründet?*

Max Otte: Die Vergleiche mit der Weimarer Republik werden gerne politisch instrumentalisiert. Das muss man im Auge haben. Es gibt falsche Vergleiche, aber durchaus auch Parallelen. Die Mittelschicht ist nicht in ihrer Existenz bedroht, aber sie steigt ab. Es wird härter. Es wird schwieriger. Diesen Druck gibt es. Aber er ist nicht so existenziell wie in der Weimarer Zeit. Es gibt auch eine Demoralisierung der Politik. Wir haben eine Übergangsphase im Weltsystem. Die Theorie der hegemonialen Zyklen nach Gilpin beschreibt diesen Zustand. Man erkennt auch eine Verarmung, jedenfalls eine Wohlstandsminderung. Die OECD hat es bestätigt: die Globalisierung hat der Mittelschicht effektiv geschadet. Und die OECD ist ja kein sozialistischer Verein. Also gibt es Parallelen. Aber vieles ist heute auch anders. Das sieht man nur nicht, wenn man immer auf den Endpunkt der Weimarer Republik, die Nazidiktatur, starrt: Deutschland ist heute kein militärischer Machtfaktor mehr. Deutschland hat eine lächerlich kleine Armee. Es hat keine Atomwaffen, Waffen und Ausrüstung sind in erbärmlichem Zustand. Aber selbst wenn Deutschland im Chaos zerfallen würde, gäbe es keine unmittelbare Kriegsgefahr – zumindest keine, die von Deutschland ausginge. Die Gefahren, die am Ende dieses Vergleichs mit der Weimarer Republik standen, sehe ich nicht in dieser Form.

Severin Cramm: *Vielfach wurde die Hyperinflation 1923 als „Trauma der Deutschen“ beschrieben. In jüngerer Zeit relativieren Veröffentlichungen – wie etwa Frederick Taylors⁷⁵ „Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik“ – dieses Bild. Was ist Ihre Meinung zu diesem „Trauma“?*

74 Adam Fergusson (*1932), britischer Journalist, Autor sowie Politiker der konservativen Partei.

75 Frederick Taylor (*1947), britischer Autor, Journalist und Historiker.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Max Otte: Ich habe Taylor nicht gelesen, finde aber seine These spannend. Ich habe Adam Fergusson wieder herausgegeben, der anhand britischer Konsularakten die Zeit in Deutschland und Österreich untersucht hat. Das muss in der Tat eine sehr traumatisierende Zeit gewesen sein. Es geht Fergusson darum, dass man die Sicherheit des Geldes von der Agenda verdrängen will. Das wollte er verhindern. So ist das Buch entstanden. Es war ein Riesentrauma, für die Jüngeren ist das aber nicht mehr so, für die mittlere Generation schon noch, weil wir das über unsere Eltern und Großeltern mitbekommen haben. Die jetzt 30-Jährigen haben damit nicht mehr so viele Berührungspunkte.

Michael Gehler: *Dem „Inflationstrauma“ und dem „Sparen“ wird in der Presse ein überproportional großer Platz eingeräumt. Wird hier mit Ängsten Auflage und Politik gemacht bzw. werden damit erst noch Ängste produziert?*

Max Otte: Nein, die Ängste gibt es. Die Europäische Union hat es mit den Regeln für die Bankenunion jetzt so gestaltet, dass über 100.000 € als Kontoguthaben zum Zwecke der Bankensanierung herangezogen, also enteignet werden können („bail in“). Hoffen wir, dass es nicht so weit kommt, aber den Weg dorthin hat man bereits geebnet. Es wird zwar jetzt nicht mehr so viel berichtet wie vor vier, fünf Jahren im Zuge der Euro-Rettung, aber die Angst vor Wohlstandsvernichtung ist berechtigt. Die Negativzinsen, oder zumindest die realen Negativzinsen – Inflation, die höher als der Zinssatz –, wirken. Das Geld wird auf dem Konto weniger. Das Geldvermögen von über 5 Billionen der Deutschen schrumpft nach meinen Berechnungen jährlich um 60 bis 120 Milliarden Euro Kaufkraft. Wir Deutschen haben unser Häuschen, und ansonsten Geld in Lebensversicherungen oder auf dem Konto. Wir haben keine Aktien. Lebensversicherungen und Kontoguthaben sind Geldforderungen. Die sind durch die Inflation, oder was auch immer sich in der Währung verändert, bedroht. Wir Deutschen halten das Vermögen in Häuschen und in der Geldforderung, ähnlich die Japaner und ähnlich die Chinesen. In den angelsächsischen Ländern ist das anders. Dort haben die Menschen ihre Immobilie – oder zwei – sowie einen langfristigen Aktien-Sparplan und – Schulden. Die Geldentwertung ist für die Amerikaner und für Engländer ein Geschenk.

Die Niedrigzinspolitik ist auch Interessenpolitik gegen Deutschland. Die nüchterne Analyse von Interessen und Strukturen passiert mir im heutigen Diskurs viel zu wenig. Da wird mir zu sehr mit den politischen Zielen der Einigung argumentiert. Nach der Griechenland-Rettung meint man politisch durchgekommen zu sein. Das zu glauben, wäre falsch. Die wahre ökonomische Bewährungsprobe steht Europa noch bevor, die Gefahr ist nach wie vor real.

Sanne Ziethen: *Sie haben das Ende der Weimarer Republik angesprochen. War die Weltwirtschaftskrise 1929 bzw. 1931 in Deutschland endgültig der „Sargnagel“ für die Weimarer Demokratie?*

Max Otte: Das würde ich schon sagen. Wenn man den Wahlerfolg der Nazis sieht, so war das eindeutig. Neben den pathologischen Formen des Nationalsozialismus gab es auch in den USA kollektivierte Gesellschafts- und gemeinschaftsorientiertere Staatsformen, zum

Beispiel den „New Deal“ unter Franklin Delano Roosevelt.⁷⁶ Das war auch ein politischer Umbruch.

Michael Gehler: *Es gab jedoch im November 1932 einen Einbruch, den die NSDAP bei den Wahlen verzeichnen musste. So sicher war ihr Durchbruch noch nicht. Das lässt mich noch nachfragen: Sie haben den Mittelstand angesprochen. Wir wissen aus den Studien von Jürgen W. Falter, der die Wahlen in der Weimarer Republik wahlökologisch untersucht hat, wie stark die Arbeiterschaft radikalisiert war und teilweise hin und her schwankte in ihrem Wahlverhalten. Also, wir haben Arbeiter, die wählen die KPD und dann wieder die NSDAP.*

Max Otte: Das haben wir jetzt ja auch.

Michael Gehler: *Genau, z. B. in Frankreich mit den Sozialisten und dem Front National. Wir haben dieses Phänomen wieder und das ist der Punkt, den ich ansprechen will: Wie schätzen Sie die Arbeiterschaft, die zum Teil nicht mehr existierende Arbeiterklasse und die von Lohnarbeit und Hartz-IV und Niedriglöhnen, Mindestlöhnen betroffenen Menschen ein, jenseits von Mittelstand und Mittelschicht? Und: Welche Aufgaben erwachsen daraus für die Forschung?*

Max Otte: Sie haben das schon angedeutet. Die klassische Arbeiterschaft schwindet. Dieses Wechselwähler-Phänomen ist daher eine wichtige Frage. Es wird jetzt auch im Silicon Valley über ein bedingungsloses Grundeinkommen nachgedacht, was ich bedenklich finde. Es gibt mittlerweile Start-Ups, die bedingungslose Grundeinkommen finanzieren und dann die Daten sammeln, um zu schauen, was damit passiert. Das geht in Richtung Konzernoligarchien.

Einigen klugen Leuten ist aufgefallen, dass wir im Westen ein Problem bekommen werden, wenn wir den Sozialstaat klassischer Prägung abbauen oder gar nicht mehr haben, aber gleichzeitig große Mengen unterbeschäftigter und unterbezahlter junger Menschen. Das wird ein strukturelles Problem für den Westen und die amerikanische Wirtschaft. Diese wurde ja in Europa immer wieder übermäßig gut dargestellt, aber sie steht eigentlich am Abgrund. Den Mittelstand gibt es in den USA so gut wie nicht mehr und wir bekommen in Deutschland leider auch langsam solche Zustände. In den USA haben wir Slums und völlig verwüstete Regionen. Detroit ist mit der Flächengröße von New York in weiten Bereichen ein postapokalyptisches Trümmerfeld. Wir haben ein riesiges strukturelles Problem im Westen. Damit sind wir auch wieder bei der Imperien Geschichte. Imperien haben meist auch ein echtes Proletariat. Bisher hatten wir geglaubt, dass wir das Problem durch den Sozialstaat lösen können, aber das Problem taucht wieder auf. Das wird ein wichtiges Thema für die Forschung.

76 Franklin Delano Roosevelt (*1882; †1945), von 1933 bis 1945 der 32. Präsident der Vereinigten Staaten und der Demokratischen Partei angehörig.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Severin Cramm: *Inwieweit haben sich ganz generell historisch unterschiedliche nationalökonomische Mentalitäten in den Völkern herausgebildet und prägen sie nach wie vor? Welchen Einfluss haben dabei Währungskrisen und Währungsumstellungen?*

Max Otte: Absolut. Nehmen wir einmal einen Deutschen und einen Angelsachsen. Wenn man das so sagt heute, dann klingt es ein bisschen retro. Ich habe fast zehn Jahre in den USA gelebt und kenne auch England ganz gut. Wir hatten in Deutschland einen nachhaltigen Staat, was die Wirtschaft anging, aber auch einen solidarischen Staat, und die Zünfte haben sich quasi selbst reguliert. Das gab es so alles in England nicht. Bedingt durch das Kolonialzeitalter ging es immer um Ausbeutung. Man darf nicht vergessen, dass Leute wie David Hume⁷⁷ oder Adam Smith⁷⁸ selbst Aktionäre in den Kolonialgesellschaften waren, die die Kolonien brutalst ausgebeutet haben. Dieser Blick, ausgehend vom Handel und vom marktwirtschaftlichen Standort, den Adam Smith entwickelt hat, war der Blick einer bestimmten Klasse in England, die es in Deutschland zwar auch gab, aber nicht so ausgeprägt und die einen unterschiedlichen Weg in die Moderne beschritt. Deshalb hat man Deutschland auch gerne einen verspäteten Staat genannt oder eine verspätete Nation, ja sogar unmodern. Es sind aber ganz einfach zwei unterschiedliche Arten zu wirtschaften. Wir waren in Deutschland solidarischer. Solidarität gibt es in angelsächsischen Ländern nicht. Dieses echte Gefühl der Solidarität können Sie dort fast verneinen. Wir haben schon sehr viel angelsachsifiziert in Europa. Frankreich ist wieder etwas Anderes.

So wie das Kartellrecht jetzt vom Kartellamt als Waffe zur Zerstörung der deutschen Industrie verwendet wird, ist das nicht mehr systemkonform. Wir hatten in Deutschland gutfunktionierende Kartelle. Kartelle sind ja per se nichts Schlechtes, wenn sie demokratisch kontrolliert, reguliert und Gesetzen unterworfen werden. Wir hatten im Kartellgesetz Rationalisierungskartelle, Normenkartelle und alle möglichen Arten von Kartellen. Wenn ich eine Branche habe und will, dass die, die dort arbeiten, auch ihr Auskommen haben, dann will ich Preiswettbewerb und Wettbewerb, der in geordneten Bahnen verläuft. Ich kann auch Preiskontrollen haben – was die USA im Zweiten Weltkrieg im Übrigen erfolgreich praktiziert haben.

Diese unterschiedlichen Wirtschaftskulturen wirken bis in die Gegenwart. Mittlerweile wissen wir nicht mehr, was gut war an unserem System, außer im sozialpolitischen Bereich. Wir haben uns bereits ein anderes System überstülpen lassen. Es gibt eine anthropologisch-soziologische Fundierung des Wirtschaftens. Der Sozialismus, bzw. der demokratische Sozialismus, hätte in Deutschland funktionieren können. Die DDR war dazu aber viel zu klein, ein amputierter Rumpfstaat und ein kleines Marionettenländchen. Ein solidarischer Staat, der gesellschaftliche Ziele durch die Gesetzgebung verfolgt und der dennoch innovativ und leistungsorientiert arbeitet, hätte funktionieren können.

77 David Hume (*1711; †1776), schottischer Ökonom, Philosoph und Historiker, der von dem Zeitalter der Aufklärung geprägt war.

78 Adam Smith (*1723; †1790), schottischer Philosoph, Aufklärer und Begründer der klassischen Nationalökonomie.

Sanne Ziethen: *Dürfte ich nochmal nachhaken: Den Gegensatz von angelsächsischem und deutschem Verständnis haben Sie jetzt mehrfach angesprochen. Gilt dieser innerhalb Europas durch die unterschiedlichen Mentalitäten?*

Max Otte: Auch Frankreich und Deutschland sind in dieser Hinsicht unterschiedlich. Sie haben ein anderes Staats- und Wirtschaftsverständnis: Planifikation, Dirigismus und Subventionsstaat stehen privater und sozialer Marktwirtschaft mit starken Ordnungsregeln gegenüber. Wir hätten Europa einen großen Gefallen getan, wenn wir nicht in den 1970er Jahren die Erweiterung um Großbritannien gehabt hätten, weil wir dann auf dem Kontinent weiter wären und die Engländer nicht ihre Sonderrolle hätten spielen können.

Sanne Ziethen: *Das hätte Europa dann doch mehr verbinden müssen.*

Max Otte: Ja, klar. Österreich und Deutschland sind durch die Zufälle der Geschichte als zwei Staaten gewachsen. Genauso gut hätten die Trennungslinien woanders verlaufen können. Denken Sie an die Tschechische Republik, Polen, Frankreich, Italien, zumindest Norditalien als Kernraum. Da gibt es kulturelle Unterschiede, aber alles in diesem Kernraum ist sich näher als mit England. England hat immer durch sein Imperium eine Vorbildfunktion innegehabt – warum eigentlich? – und alle haben hingeschaut. Man hätte sich auf das sprichwörtliche Europa Karls des Großen⁷⁹ konzentrieren sollen.

Michael Gehler: *Der britische Historiker Harold James⁸⁰ schreibt in seiner Untersuchung zur Weltwirtschaftskrise 1929 sinngemäß: „Die historische Orientierung treibt Finanzkrisen immer und notwendigerweise an: Im Zustand der Euphorie sind die Menschen bereit, sich in utopischen Farben eine Zukunft auszumalen. Sobald die Euphorie verschwindet, rufen sie Erinnerungen an vergangene Katastrophen ab, die sie meist gar nicht persönlich erlebt haben.“ Wie erklären Sie sich diesen Mechanismus und welchen Zweck hat er?*

Max Otte: Nun ja, man holt sich immer gerne das aus dem kollektiven Gedächtnis hervor, was zur jeweiligen Lage passt. Und generell neigt der Mensch zu Übertreibungen, im Positiven wie im Negativen. Die verhaltenswissenschaftliche Finanzforschung hat das gezeigt.

Die Herrschaft der Finanzmärkte hatten wir in Deutschland im Griff. Das Finanzkapital, die Finanzmärkte oder die Finanzoligarchien nehmen heute jedoch eine beherrschende Rolle ein. Das können Sie heute fast gar nicht mehr öffentlich sagen, schon wird am Rad des Antisemitismus gedreht. Norbert Häring,⁸¹ Alt-Linker, SPD-Mann, Gewerkschafter und Handelsblatt-Journalist, ist da jedoch unbeugsam. Er hat über die Bargeld-

79 Karl der Große (*747 n. Chr.; †814 n. Chr.), König des Fränkischen Reiches. Er wird einerseits als mächtiger Herrscher angesehen, andererseits aber auch als Vater Europas.

80 Harold James (*1956), britischer Historiker mit den Forschungsschwerpunkten deutsche Geschichte sowie europäische Wirtschaftsgeschichte.

81 Norbert Häring (*1963), deutscher Wirtschaftsjournalist und Volkswirt.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

abschaffung geschrieben und ab und zu über die Finanzverquickungen der US-Ostküsten-Elite. Als bald galt er als Antisemit. So weit geht es ja mittlerweile.

Zurück zu den Finanzmärkten: Harold James kam an die Princeton University, als ich dort war. Vor drei Jahren hatte ich ihn nach Deutschland zu einer Kundenveranstaltung eingeladen. Wir haben hinterher noch korrespondiert. Ich habe ihm dann relativ deutlich dargelegt, wo ich europäische Interessen und wo ich amerikanische Interessen sehe, was ich als sehr interessengetrieben und wo ich es schon fast als ideologisch betrachten muss. In dem Moment hat er nicht mehr geantwortet.

Harold James reflektiert den Ist-Zustand des angelsächsischen Systems. Die Bank of England war zweimal verstaatlicht, hat aber auch private Shareholder wie die FED. Wo eine sehr starke Verflechtung von Wirtschafts- und Finanzmarktinteressen gegeben ist, haben die Finanzmärkte stärkeren Einfluss auf Geld, Finanzblasen und somit auch auf Währungen. Anfang der 1980er wurde die Regulierung abgeschafft. Unter Roosevelt gab es auch Zinsobergrenzen. Wenn die Politik das will, macht sie das. In der Zeit der Existenz des Bretton-Woods-Systems hatten wir bis Anfang der 1970er Jahre keine Krise. Es ist eine Frage des politischen Willens und der Stärke der Politik und die ist leider abhandengekommen, bzw. sehr gering ausgeprägt.

Diese Finanzmärkte, so wie sie jetzt sind, bewegen sich in einem System sehr schwacher Staaten. Es sind Staaten, die nur noch moderieren. Das war Preußen nicht, das war die alte Bundesrepublik nicht, zumindest nicht innenpolitisch. Sie waren natürlich eingebunden in das europäische Staatensystem bzw. in das Ost-West-Gefüge. Deutschland, nehmen wir mal Weimar weg oder die Hyperinflation, die durch internationale Entwicklungen getrieben war, hat nur eine echte Finanzkrise gehabt. Das war in der Gründerzeit zwischen 1873 und 1876. Der Boom am Aktienmarkt brach zusammen. Daraufhin wurden Gesetze beschlossen, die einen stabilem Finanzmarkt als öffentliches Gut garantieren. Wenn die Politik den Willen hätte, die Finanzoligarchien in die Schranken zu weisen und einen stabilen Finanzmarkt als öffentliches Gut zu etablieren, dann hätten wir das heute auch.

Michael Gehler: *Nachfrage: Gibt es überhaupt noch so etwas wie eine Nationalökonomie im Zeichen der Internationalisierung der Ökonomie und der Finanzmärkte? Es kommt einem so vor, als wenn man die Zeit von Helmut Kohl⁸² mit den EG-12 mit dem fehlenden Kompass einer Merkel⁸³ mit EU-28 minus 1 gleichsetzt. Gibt es tatsächlich noch ausreichend Gestaltungsmöglichkeit und Handlungsspielraum für den Nationalstaat ohne Nationalökonomie?*

Max Otte: Das ist ein Henne- und Ei-Problem. Die USA scheinen unbestritten souverän in ihren Entscheidungen zu sein, zumindest militärisch. Sie sind aber auch eingebunden in den globalen Zusammenhang: China produziert, die USA konsumieren, China expor-

82 Helmut Josef Michael Kohl (*1930; †2017), deutscher Politiker, der der CDU angehörte, und sechster deutscher Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1982–1998).

83 Angela Dorothea Merkel (*1954), Politikerin der CDU, zwischen 2005 und 2021 deutsche Bundeskanzlerin.

tiert, die USA importieren Kapital. Sie sehen allein schon daran: Selbst die USA können nicht völlig unabhängig agieren. Wir erlebten eine Phase der Globalisierung, nun setzt eine gewisse Renationalisierung ein. Es ist ein wellenförmiger Pfad. Was Deutschland angeht: Wenn wir die Bundesbank nicht aufgegeben hätten, dann hätten wir jetzt in Europa eine Politik des stabilen Geldes. Da hätten zwar die anderen Europäer aber wieder geklagt, doch letztlich wäre das für ein stabiles Europa gut gewesen.

Michael Gehler: *Die Renationalisierung, die zweifellos feststellbar ist, geht Hand in Hand mit der Bildung regionaler Handels- und Wirtschaftsblöcke. Ist das Ihrer Ansicht nach ein Widerspruch oder eine Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit – eine synchron verlaufende Tendenz, also dass mit Renationalisierung auch Regionalisierung von Handels- und Wirtschaftsblöcken parallel läuft, oder sind die Vorgänge unabhängig voneinander zu sehen?*

Max Otte: Da habe ich den Begriff Renationalisierung zu eng gefasst. Es ist tatsächlich eher eine Re-Regionalisierung mit Europa, aber auch in China oder in Asien gegeben. Es geht eher in die Richtung, dass wir große Wirtschaftsblöcke haben. Ja, das sehe ich auch so.

Sanne Ziethen: *Schaut man sich Umfragen von Meinungsforschern an, ist die Angst vor der Inflation stark ausgeprägt. Denken Sie, dass diese Angst bei den Deutschen im Vergleich zu anderen Staaten in Europa besonders ausgeprägt ist? Und wenn ja, liegt es daran, dass die Deutschen immer noch die großen Sparer sind, oder stimmt das so gar nicht mehr?*

Max Otte: Ja, natürlich haben Deutsche besondere Angst vor Inflation – viel stärker als die anderen Europäer. Da ist vor dem historischen Hintergrund verständlich. Ich meine, die jüngere Generation sieht das nicht mehr so, aber wir haben das über unsere Eltern und Großeltern tief in den Genen. Wir sind Sparer. Dazu habe ich eben schon etwas gesagt, also, Immobilien, Lebensversicherung, Kontoguthaben, Sparbuch. Das ist immer noch das Anlageverhalten des Deutschen. Langfristig investiert wird nicht. Die Angst der älteren Generation ist immer noch sehr groß. Die Zinsverluste für die Mittelschicht sind durch diese heutige Niedrigzinspolitik ebenfalls ein Problem. Die belaufen sich im Jahr auf circa 60-120 Milliarden Euro. Wer hat die Zinsgewinne? Die Staaten, die sich billig verschulden können. Man kann nicht sagen, Deutschland profitiere davon. Wer ist Deutschland? Die Rechnung ist viel differenzierter aufzumachen. Die Mittelschicht hat, wie gesagt, eindeutig entgangene Zinsgewinne. Es profitieren die Staaten, es profitieren die Super-Reichen. Die können sich für relativ wenig Geld verschulden. Private profitieren, wenn sie sich ein Haus bauen, weil sie sich billiger verschulden können. Die Niedrigzinspolitik hat eine Umverteilungswirkung, worüber in den Medien kaum gesprochen wird.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Sanne Ziethen: *Wenn ich da einhaken darf: Ich habe letzstens eine Schlagzeile gesehen: Mario Draghi⁸⁴ raube den deutschen Sparern ihre Identität. Ist das Sparen Teil der deutschen Identität? Würden Sie so weit gehen?*

Max Otte: Wenn ich interkulturelle Studien in Betracht ziehe, wie z. B. de Trompenaars,⁸⁵ die verschiedene Wirtschaftskulturen Anfang der 1980er untersucht haben, dann zeigt sich: Manche Kulturen sind gegenwarts-, manche sind zukunftsorientierter. Da geht es um Konsumverzicht. Die Angelsachsen sind gegenwartsorientierter. Deutsche waren sehr zukunftsorientiert und sehr vorsorglich. Das war eine Mentalitätsfrage. Die jetzige Generation, die Draghi jetzt ausplündert, wird älter und die Jüngeren wachsen schon in einer anderen Welt auf. Sie haben wirklich einen tollen Fragenkatalog!

Michael Gehler: *Wenn wir schon mal die Gelegenheit haben, einen Mann des praktischen Finanzlebens hier zu haben und keinen reinen Theoretiker, wollen wir die Gelegenheit gerne weiter wahrnehmen. Das ist eine Verlockung, der wir nicht widerstehen können. Was halten Sie von Bitcoin und der Zukunft dieser virtuellen Währung? Man spricht schon von einer Blase. Und kommt dann der Crash?*

Max Otte: Wer ganz früh dabei war, hat viel Geld damit verdient. Ich habe den Kryptohype immer als Blase bezeichnet. Das ist so wie bei der Internet Economy. Es gab viele Internetgeschäftsmodelle mit wahnsinnig hohen Bewertungen, wie bei Netscape. Kennt den noch einer? Das war der erste Browser, extrem überbewertet an der Börse. Irgendwann hat sich Microsoft gesagt, die machen wir platt und setzen unsere Marktmacht ein. Bei Bitcoin, sicherlich die erste Kryptowährung, handelt es sich ja auch um eine sehr bedenkliche Technologie in Bezug auf Datenschutz und Privatsphäre. Es gibt inzwischen rund 3.000 andere Kryptowährungen. Der Energiebedarf ist extrem hoch, um einen Bitcoin zu prägen. Also, wenn ein Bitcoin 13.000 € Wert ist, dann lohnt sich ja auch die Energie. Diese Algorithmen sind jedoch so programmiert, dass es immer komplizierter wird. In China laufen die Supercomputer heiß, um neue Bitcoins zu prägen. Das ist verückt!

Das Argument, wonach der Bitcoin knapp ist, zählt für mich nicht. Es gibt viel wichtigere Sicherheitsbedenken. Im Jahr 2016 sind 60 Millionen von einem Browser in Hongkong verschwunden. Dann gibt es Staaten, die alle Bitcoin-Exchanges dichtmachen. Das wäre eine angemessene staatliche Aktion auf eine Finanzblase, was man schon früher hätte machen müssen. China hat es vorgemacht und gezeigt, wie ein funktionierender Staat funktioniert. Das Wort „funktionieren“ habe ich hier bewusst zweimal verwendet. In China kann die Politik noch etwas bewegen. Im Westen und in der alten Bundesrepublik geht das nur noch sehr eingeschränkt. Blasen fördern letztlich die Kapitalakkumulation der Reichen. Sie wecken Gelüste, bei denen, die weniger haben. Sie schaffen Instabilitäten.

84 Mario Draghi (*1947), italienischer Ökonom. Zwischen 2011 und 2019 war er Präsident der Europäischen Zentralbank, seit Februar 2021 italienischer Ministerpräsident.

85 Alfons „Fons“ Trompenaars (*1952), Wissenschaftler mit niederländisch-italienischen Wurzeln, der sich auf interkulturelle Kommunikation spezialisiert hat.

Erst bläht sich etwas auf, die Leute investieren – und dann kracht es zusammen. Diese Instabilität ist grundsätzlich schlecht für die einfachen Leute und die Mittelschicht. Das System mit Blasen begünstigt die Reichen. In diesem System befinden wir uns. Das sagt Oxfam auch immer wieder.

Andrea Germer: *Die D-Mark wird häufig als „Ersatz-Nationalsymbol“ der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieben. Womit identifizieren sich die Deutschen Ihrer Meinung nach über die D-Mark hinaus? Und wofür stand sie?*

Max Otte: Die D-Mark stand für den stabilen Weststaat. Das ist ein Symbol auch von inhaltlicher Bedeutung gewesen. Es gibt keine oder kaum noch positiv besetzte Symbole für das, wofür Deutschland innerhalb der EU steht. Es ist eine kulturelle Dekonstruktion Deutschlands, die schon sehr weit gediehen ist.

Michael Gehler: *Woran liegt diese Tendenz oder gar Sucht zur Dekonstruktion?*

Max Otte: Wir wollen Europa und wir, als Deutsche, tun ja auch gut daran, Europa zu wollen. Aber dann natürlich ist diese sehr belastete Geschichte des Nationalsozialismus nach wie vor vorhanden. Und: Ein selbstbewusstes Deutschland ist nicht in jedermanns Interesse. Das ist ein schwieriger Akt, ein schwieriger Balanceakt, weil die Historie dazu viel beiträgt.

Michael Gehler: *Merkel hat 2007 die Ratspräsidentschaft im Zeichen von „50 Jahre Römische Verträge“ selbstbewusst geführt. Sie sagten ja vorher, dass es eine Selbstde-montage gibt. Gibt es eine Lust an so etwas?*

Max Otte: Das sind kompensatorische Handlungen, aber auch vielleicht eine falsche Hoffnung, schneller Europa damit bauen zu können. Darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Michael Gehler: *Zugespitzt formuliert: Nationale Selbstverleugnung kann auch ein konstruktiver Beitrag sein, um die Europäische Union stärker zu fundamentieren.*

Max Otte: Das sehen einige so. Aber es wird nicht funktionieren, da an die Stelle des Verleugneten nichts Positives gesetzt wird.

Sanne Ziethen: *Wir schwenken zu einem anderen Themenfeld, das mit Wirtschaftskrisen und Irrationalität des Finanzmarkts überschrieben ist. Auf Ihrer Webseite ist zu lesen, dass Sie den Schwarzen Montag – den 19. Oktober 1987 – als Praktikant auf dem Parkett der Frankfurter Börse erlebt haben. Der Dow Jones fiel innerhalb eines Tages um 22,6%. Wie haben Sie diese Tage, diese Zeit davor und kurz danach erlebt? Hat das auch etwas für dieses Verständnis von Krisen, die These von der Irrationalität von Märkten, die Sie ja vertreten, ausgelöst?*

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Max Otte: Es war eine nette Anschauung, aber in gewisser Weise hat es meine Gedanken bestätigt. Ökonomie habe ich als Handwerk gelernt. Mein Bezugsrahmen war fertig, bevor ich an die Universität kam. Im Bücherschrank meines Vaters stand Gustave Le Bon⁸⁶ mit seinem Werk über die Psychologie der Massen. Das ist auch etwas für die verhaltenswissenschaftliche Finanzforschung. Der Mensch ist irrational und lebt Instinkte aus, meinetwegen auch Reflexe, die sich bis in die Reptilienzeit zurückverfolgen lassen: Aggression und Flucht, Angriff und Verteidigung. Diese Verhaltensmuster sind sehr wirkmächtig. Wir überschätzen dabei schlicht unser Gehirn. Es sind Instinkte und selektive Wahrnehmungen, die wir als Menschen haben. Geht es uns gut, nehmen wir die Dinge anders wahr. Es kommt darauf an, wie unsere Wahrnehmung fokussiert ist. So lassen sich Finanzkrisen, wenn dem keine Gesetze entgegenstehen, sehr leicht erklären. Herdenverhalten kann ungebremst durch irgendwelche Gesetze entstehen. Von Charles Kindleberger habe ich 1986 in Washington Geschichten von irrationalen Verhalten gehört, die immer wieder bei uns Menschen auftreten können. Dahinter steht auch ein christliches Menschenbild, und zwar wissenschaftlich begründet. Wir sollten uns nicht zu viel über unsere Vernunft einbilden, sondern uns bewusst sein, dass darunter noch andere Schichten schlummern, die durchbrechen können.

Sanne Ziethen: *Dieser Tag hat also keinen besonderen Eindruck bei Ihnen hinterlassen?*

Max Otte: Einen Eindruck schon, aber er bewirkte keine grundlegenden Veränderungen im Denken. Es war eher so ein „Aha, siehste! Jetzt sind wir wieder so weit.“ So ungefähr. Man kann sagen, dass das ein pessimistisches Menschenbild ist. Das glaube ich aber nicht. Es ist ein realistisches. Der Mensch ist zu unglaublichen Leistungen fähig, aber auch zur Selbstaufgabe und zu Destruktion. Da hat sich in den letzten Jahrtausenden nicht so viel geändert. Gesellschaftliche Strukturen, in die wir eingebettet sind, schon, aber dann bin ich bei der anthropologischen Philosophie oder der anthropologischen Soziologie. So lese ich in letzter Zeit viel über Soziobiologie. Da sind zum Teil andere Muster am Werk.

Andrea Germer: *Sie haben gesagt, der Finanzmarkt sei hochgradig irrational und man lerne das nicht im Studium, sondern nur beim Studium der Menschen. Gab es da einen Schlüsselmoment, in dem Ihnen diese Erkenntnis aufgegangen ist?*

Max Otte: Wo es mir aufging? Ich würde nochmal Gustave Le Bon anführen, den ich als Teenager in die Hände bekam. Die Biographie über Adolf Hitler⁸⁷ von Joachim Fest⁸⁸ hatte ich ebenfalls früh gelesen und begriffen, wozu Menschen fähig sind, wenn sie ent-

86 Gustave Le Bon (*1841; †1931), französischer Sozialpsychologe und Begründer der Massenpsychologie.

87 Adolf Hitler (*1889; †1945), Parteivorsitzender der NSDAP sowie Diktator des Deutschen Reiches zwischen 1933 und 1945.

88 Joachim Clemens Fest (*1926; †2006), deutscher Zeithistoriker, Autor sowie Herausgeber, der eine Biografie von Hitler veröffentlichte.

sprechend emotionalisiert werden. Wir sind heute nicht rationaler als vor 70, 100 oder 150 Jahren.

Michael Gehler: *Der am Goldsmiths College der University of London lehrende Historiker Jan Plamper⁸⁹ und der US-amerikanische Historiker Benjamin Lazier⁹⁰ konstatieren „Phobic Regimes of Modernity“. Bestimmen Ihrer Ansicht nach Angstneurosen das kollektive Verhalten in Krisensituationen?*

Max Otte: Ob sie es bestimmen, sei dahingestellt, aber es sind starke Kräfte. Ob es Neurosen sind, weiß ich ebenfalls nicht, aber sicher sind es übertriebene Ängste. Sie sind in Krisensituationen und landen sofort bei Carl Schmitt:⁹¹ Souverän ist derjenige, der den Ausnahmezustand beherrscht.

Michael Gehler: *Sie haben in einem Interview von „Jung & Naiv“ in Frage 27 unter anderem gesagt, es gebe den Markt nicht, es gebe viel Irrationalität und Emotionalität. Sind das genau die starken Kräfte, die immer wiederkehren? Kann man logisches Denken nicht voraussetzen, wenn man ökonomische Phänomene analysiert?*

Max Otte: In der Analyse von Michael Clasen⁹² ist es das Irrationale. Es gibt zwei Arten von Marktverhalten: Ich kann konstruktiv wirtschaften und produktiv etwas aufbauen oder räuberisch wirtschaften, z. B. die Kaperbriefe, also das englische Modell praktizieren, Carl Schmitt Land und Meer usw. Das mischt sich zum Teil. Was Micro- und Nanotrader heutzutage machen, ist nicht irrational. Die beuten etwas aus, und die Gesetzgebung lässt es zu. Es ist viel mehr die Frage, ob die Gesellschaft solidarisch oder individualistisch strukturiert ist. Wie ist das Verhältnis der Klassen oder der Gruppen der Gesellschaft zueinander? Das ist ein sehr konstruiertes Bild, sehr historisch bedingt, meinerwegen auch geographisch. Also, dass wir in Deutschland und Japan eben nachhaltigeres Volkswirtschaften hatten – und immer noch haben – als in England, die als Kolonialimperien natürlich die Welt zum Ausbeuten hatten, England als Kolonialimperium nach Indien gewandt. Das sind dann wieder historische Bedingtheiten. Und die USA haben zumindest Teile der englischen Tradition übernommen.

Severin Cramm: *Wir kommen jetzt zum Themenbereich Rolle und Aufgaben des Staates. Auf Ihrer Webseite charakterisiert Helge Peukert⁹³ von der Universität Siegen von der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsrecht*

89 Jan Plamper (*1970), deutscher Historiker sowie Professor für Geschichte, der 2012 bis 2021 am Goldsmiths College University of London lehrte.

90 Benjamin Lazier (*1971), U.S. amerikanischer Historiker und Professor mit dem Schwerpunkt moderne europäische Geschichte.

91 Carl Schmitt (*1888; †1985), deutscher Staatsrechtslehrer sowie Rechtstheoretiker.

92 Michael Clasen (*1971), deutscher Ökonom und Professor für Wirtschaftsinformatik.

93 Helge Peukert (*1956), deutscher Wirtschafts- und Staatswissenschaftler sowie Professor für Finanzwissenschaft und Finanzsoziologie.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Sie als „ideeller Preuße“. Welche Vorstellungen von „Staat und dessen Eingriff in den Markt“ stehen dahinter?

Max Otte: Mein lieber Freund Helge Peukert ist sehr stark bewandert in Ideengeschichte, aber gleichzeitig auch in der Ökonomie. Als er nach dem Fall des Kommunismus die Zentralbanken im Baltikum beraten hatte, kam auch praktische Erfahrung dazu. Er kennt also viele Seiten. Davon gibt es ganz wenige. So haben wir zusammengefunden. Er ist Alt-Linker. Da sind wir etwas unterschiedlich, aber über die Interessen und den Wissensfundus hat sich eine Freundschaft entwickelt.

Was meint er als ideeller Preuße? Rechtsstaatlichkeit, starkes, aber aufgabengebundenes Beamtentum, Ehrlichkeit, Solidarität und Eigenverantwortung. Da sind wir wieder bei der lang nachwirkenden Geschichte und der Frage: Gibt es verschiedene Staats- und Wirtschaftsmentalitäten? Das meint er damit. In Preußen kommt die Politik, das Gemeinwesen, zuerst und die Gesetzgebung ist das Wichtigste. Das ist auch nie ganz in Preußen realisiert gewesen. Gerade die Großkonzerne haben Einfluss auf die Politik gehabt, aber im Großen und Ganzen war es ein Rechtsstaat, in dem z. B. die Unschuldsvermutung galt. Das ist ja in den USA ganz anders, die zu dem Zeitpunkt noch ein Entwicklungsland waren, wo mit Betrug und Raubbau in riesigen Dimensionen operiert wurde. Das sehen Sie auch in der Wirtschaft, wo die Ausbeuter weiterziehen und diese Mentalität vorherrscht, schnelle Geschäfte zu machen. Von dieser Rechtsstaatlichkeit und Institutionengeschichte können wir uns einiges abschauen.

Michael Gehler: *In einem Vortrag bezeichnen Sie Hedgefonds, Finanzlobbyisten, Großkonzerne, aber auch große Finanzinstitute als die „dunkle Seite der Macht“. Strebt Macht unmittelbar nach Missbrauch – wie Jacques Delors⁹⁴ in einem Interview in der Zeit betonte – und wie kann diese „dunkle Macht“ eingehegt werden?*

Max Otte: Macht strebt nicht unmittelbar nach Missbrauch. Das ist wieder einmal ein spezifisches Menschenbild. Macht hat ein duales Antlitz. Sie kann missbraucht und gebraucht werden. Eine Gesellschaft ohne Macht gibt es nicht. Macht ist integraler Bestandteil menschlichen Zusammenlebens und daher zentral. Macht ist eine gesellschaftliche Realität. Die Frage ist, welche Interessen dahinter stehen. Lobbyisten verfolgen das Ziel, für ihre Branche und für ihre Unternehmen das Beste rauszuholen. Ich habe im Zuge der Finanzkrise und später noch mit vielen kritischen Journalisten sprechen können. Einer erzählte mir, wie er von einem Pharma-Lobbyisten gekauft werden sollte, weil ein kritischer Beitrag nicht erscheinen sollte. Das hat er nicht gemacht. Dann machen sie eine Konferenz und er bekommt einen Auftrag. So etwas ist mittlerweile extrem ausgeprägt. Die Frage lautet, welches Betriebssystem dahinter steht: Adam Smith oder Immanuel Kant?⁹⁵ Kant steht für den kategorischen Imperativ und ist nicht vereinbar mit Adam

94 Jacques Lucien Jean Delors (*1925), französischer Politiker der Sozialistischen Partei Frankreichs und ein ehemaliger Finanz- und Wirtschaftsminister Frankreichs (1981–1984).

95 Immanuel Kant (*1724; †1804), deutscher Philosoph der Aufklärung.

Smith, zumal dieser sagt, wenn jeder seines tut, dann werden wir automatisch das Beste bekommen. Da bin ich Kantianer. Dafür steht auch Preußen.

Sanne Ziethen: *In einigen Statements haben Sie unser heutiges Wirtschaftssystem als ein „System von Standardisierung, Zentralisierung und Misstrauen“ beschrieben. Könnten Sie das weiter ausführen? Sind Standardisierung oder Zentralisierung nicht genau ein Zeichen für so eine Politik, die Sie betont haben?*

Max Otte: Nein. Es geht auch anders. Ich verstehe Ihre Frage sehr gut, aber es ist nicht zwangsläufig so. Ich gebe ein Beispiel: Es gab bis kurz nach der Finanzkrise eine Volksbank in Bayern. Der Vertreter war in verschiedenen Talkshows. Die Bank hatte einen Angestellten, der auch Vorstand war. Der Vorstand hatte eine gewisse Bilanzsumme. Die Satzung sah vor, keine Kredite über 10.000 bis 20.000 € zu vergeben. Die Bank wurde einmal pro Jahr von einem Wirtschaftsprüfer geprüft, das war es. Wenn ich ein dezentrales System habe, wo Verantwortung herrscht, Verantwortung heißt auch die Chance, Fehler zu machen – und die Aufsichtsproportionen kongruent sind, meint das genau auch Preußen. Das meint auch Peter Drucker⁹⁶ mit „management by objectives“. Es muss Verantwortung geben, die aber angemessen ausgeübt sein will.

Wenn in der Satzung steht, man dürfe keine Kredite über 10.000 bis 20.000 vergeben, dann kann der Mann natürlich Fehler machen, aber er hat seinen Aufsichtsrat, und der schaut mindestens einmal, wahrscheinlich vier Mal im Jahr nach. Das sind Handwerker aus der Region. Die brauchen keine EZB und keine europäische Finanzmarktaufsicht. Im Gegenteil: die kosten sie enorm viel Geld. Die Aufsicht stärkt die Zentralisierung gerade im Finanzsektor ungemein und macht das System kein Stück weniger krisenanfällig. Das hat die Finanzlobby nach der Krise sehr gut geschafft.

Bei den Volksbanken ist es mittlerweile so, dass Bilanzsummen um 400 Millionen für eine Bank schon die untere Grenze sind. Mit Niedrigzinsen verdienen sie kein Geld mehr und müssen fusionieren, weil einsparen. Die Draghi-Politik schneidet in das Herz der deutschen Wirtschaft, indem sie die Sparkassen und Volksbanken zur Zentralisierung zwingt. Es geht noch weiter: Die Volksbanken müssen in Zukunft mit Regeln auf Englisch leben. Das bewirkt einen hohen Verwaltungsaufwand, der im Vergleich zum Sozialismus noch deutlich höher ausfällt. Das meine ich mit Dezentralisierung, aber Verhältnismäßigkeit.

Die Proportionalität fehlt mir bei allen Arten von Regulierung. Wenn ich einen Fehler mache, muss ich dafür finanziell einstehen. Tatsächlich hat das System immer mehr Regeln, es ersetzt die ökonomische Haftung durch die Kriminalisierung und man sucht sofort den Schuldigen. Diese Jagd nach dem Schuldigen, das ist das amerikanische System der Nachsorge. Wir hatten in Deutschland und Preußen die Vorsorge. Wenn es toxische Produkte gibt, dann lässt man sie für Privatanleger nicht zu. Heutzutage heißt es dann, wir klären den Privatanleger auf. Mit Riesenbögen versteht keiner etwas davon. Dann kann man trotzdem das toxische Zeug verkaufen und die Bank verdient trotzdem dabei. Ich

96 Peter Ferdinand Drucker (*1909; †2005), US-amerikanischer Ökonom mit österreichischen Wurzeln. Sein Schwerpunkt lag im Themenbereich des Managements.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

empfehle Alfred Chandler⁹⁷, den Wirtschaftshistoriker vom MIT. Er war derjenige, der in den 1960er Jahren mit structure follows strategy bei Großkonzernen eine bahnbrechende Studie vorgelegt hat. Später hat er noch einmal, Anfang der 1990er Jahre, über „pathways to modernization“ in den Vereinigten Staaten, Deutschland, Japan und Russland geschrieben. Seine These lautete, dass Deutschland viele gute, ausgebildete Menschen, aber zu wenig Land und Ressourcen hatte. Die Menschen waren zwar innerhalb der Firmen flexibel, es dauerte aber relativ lange, bis sie ausgebildet waren und dann haben sie relativ autonom agiert. In deutschen Konzernen im alten Deutschland, Deutschland-AG, hatten wir viele Vorstände, die als Kollegialorgan funktionierten. Die Preußische Armee war zum Beispiel erstaunlicherweise viel dezentraler als die amerikanische aufgestellt. Das Auftragsprinzip („management by objectives“) vs. direkter Befehl „du musst das jetzt genau so machen“. Natürlich, wenn das Auftragsprinzip falsch ausgelegt wurde und Fehler nachzuweisen waren, gab es auch Konsequenzen.

Chandler sagt aber, Deutschland und Mitteleuropa generell hätten viele gut ausgebildete Menschen, aber zu wenig Ressourcen. In der Wirtschaftskrise oder in der Krise des Unternehmens wurde nicht die Abteilung dicht gemacht, sondern man suchte sich eine andere Beschäftigung für die Leute. Ich habe das bei meinem Onkel gesehen, der ein handwerklich begabter Mensch war. Er war gelernter Stellmacher und nach dem Krieg Walzwerker. In den USA dagegen, auch in Russland, existieren standardisierte Systeme, command and control mit großem Energie- und Ressourcenverbrauch. Notwendig ist hier die Intelligenz in der Zentrale, und die Ausführung ist wichtig. Man spricht mittlerweile auch von de-skilling. Wenn ich irgendwo Servicemitarbeiter habe und in der Hotelkette oder im Auto bin, ist mir ja alles vorgegeben, ich werde „gescripted“.

Andrea Germer: *Sie stehen mit Ihrem Namen auch für die Initiative „Rettet unser Bargeld!“ Mit welchen Argumenten setzen Sie sich für den Erhalt des Bargelds ein?*

Max Otte: Das wäre ein eigener Vortrag. Bargeld ist die einzige Möglichkeit für Private, Geld der Notenbank zu halten. Ihr Guthaben bei der Bank ist kein Geld, sondern nur eine Forderung an die Bank, die über die neue EU-Direktive auch enteignet werden kann. Das hat die EU jetzt klar gemacht. Nur mit Bargeld kann man sich der Enteignung durch Negativzinsen entziehen. Bargeld ist auch informationelle Selbstbestimmung und Freiheit. Wieder freiheitliches System versus Kontrolle. Bargeld ist die einzige Möglichkeit, mit der Sie direkt ein Geschäft mit einem Gegenüber abschließen können, ohne dass jemand zuschaut. Ob wir das dann bei der Steuer angeben, das muss man uns überlassen. Ich kann doch in einer Gesellschaft, in der die Unschuldsvermutung gilt und zunächst einmal der unbescholtene Bürger, nicht alles pro-aktiv kontrollieren. Es gibt noch viele andere Argumente pro Bargeld. Aber Bargeld ist eine Säule einer informationellen, freiheitlichen, selbstbestimmten und bürgerlichen Gesellschaft.

97 Alfred DuPont Chandler junior (*1918; †2007), US-amerikanischer Historiker, Wirtschaftsökonom sowie der Mitbegründer der modernen Unternehmensgeschichte.

Michael Gehler: *Es geht noch einmal um die Europäische Union. Es gab einen französischen Wirtschafts- und Finanzexperten namens Jacques Rueff,⁹⁸ der gesagt hat: Europa entsteht über das Geld oder es entsteht gar nicht. Wir alle wissen jedoch, wie schnell sich ein atmosphärischer Klimasturz ergeben kann, wenn man jemanden fragt, wie viel er verdient und gleich daran denkt, wie viel man selbst verdient, d. h. das Geld sehr ambivalent wirken kann. Die Aussage Rueffs stammt aus dem Jahr 1949. Das war gerade das Jahr, als der Europarat gegründet wurde und drei Jahre vor der Montanunion. Die EWG war noch nicht da, also noch etwas entfernt. Schafft eine gemeinsame Wirtschaft und ein gemeinsames Geld nur einen gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum, oder analog über klingende Münzen mit Symbolen auch Identität? Die Münzen sind zwar noch mit nationalen Symbolen belegt, aber gelingt auf diese Weise europäische Identität? Gäbe es letzte ohne gemeinsamen Wirtschaftsraum, also eine europäische Identität? Wie schätzen Sie das ein? Das wäre die Abfolge von Geld, Euro und europäische Identität.*

Max Otte: Meine Probevorlesung an der Boston University hielt ich im April 1998. Da war gerade der Aufruf der 152 Ökonomen erschienen, dass der Euro zu früh kommen würde. In den USA war man sehr besorgt und fürchtete den Euro auch etwas, nach dem Motto: Jetzt könnten wir von unserem Dollar-Thron gestürzt werden. Ich hielt eine sehr eurokritische Vorlesung. Natürlich war mir bewusst, dass das wohl nicht ungerne gehört werden würde, aber es war auch meine Meinung. Der Euro ist eine Fehlkonstruktion. Ich habe das über die unterschiedlichen Faktormobilitäten begründet. Wir brauchen für eine Währungsunion die vier Freiheiten: Waren, Kapital, Dienstleistungen und Menschen (Arbeit). Aber die Mobilität von Arbeit ist nur sehr eingeschränkt vorhanden. Das schafft immer größere Unwuchten im System. Man hat in dieser sogenannten Euro-Krise unendliches Leid und Arbeitslosigkeit in Kauf genommen. Zunächst entstand im Süden eine Blase, zum Beispiel bei den Immobilien in Spanien, nachher Massenarbeitslosigkeit im Süden und extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit. Damit ist dann auch ex-post Mobilität der Bevölkerung erzwungen worden. Junge Menschen sind in großen Zahlen in den Norden gegangen, um dort Arbeit zu finden. Das ist eine Begleiterscheinung der Politik Draghis. Man könnte auch sagen: es ist durch dragoonische Maßnahmen erzwungen worden.

Meine Prognose lautete im April 1998: In ungefähr zehn Jahren bekommt dieses System riesige Probleme, sodass eine grundlegende Reform in Brüssel erforderlich werden wird. Das ist on the record beim American Council of Germany und als ACG-working paper 1998 veröffentlicht worden. Darauf bin ich besonders stolz. Ich habe sonst nicht so viele Prognosen abgegeben, weil ein Wirtschaftsforschungsinstitut nicht regelmäßig gute Prognosen machen kann. Das ist logisch unmöglich. Wenn wir gezwungen wären, alle Vierteljahre eine Prognose zu veröffentlichen, kann das nichts werden. Man muss warten können, bis man halbwegs sicher ist. Diese Freiheit haben Sie nicht, wenn Sie an einem Institut sind, das ständig Prognosen abliefern muss.

Nur der erste Teil der Prognose hat im Nachhinein gestimmt. Der zweite Teil ist ziemlich in die Hose gegangen. Wir bekamen nach der Finanzkrise nicht ein demokratischeres Europa, sondern noch mehr Europa von oben. Der Euro kann offensichtlich dieses ge-

98 Jacques Rueff (*1869; †1978), französischer Wirtschafts- und Finanzexperte.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

wünschte demokratisch legitimierte einheitliche Europa nicht herbeiführen. Der Pfad, auf dem wir uns jetzt befinden, ist von der Selbstaufgabe Deutschlands bestimmt und von einer Finanzpolitik, die von Italien, Frankreich und dem Süden bestimmt wird – jedenfalls nicht nur von Deutschland. Das kann zwar auch dazu führen, dass wir zusammenwachsen, aber es fragt sich, zu welchem Preis das geschieht. Wie Sie es in Ihrem Buch beschreiben, sind mittlerweile transeuropäische Eliten entstanden, aber ob das das beste und gerechteste Europa ist, was wir uns bauen können, das wage ich eben zu bezweifeln. Der Weg, der im Moment beschritten wird, kann uns schon zu einem sehr stark durch die Eliten dominierten, intergovernmentalen, aber nicht intragovernmentalen parlamentarischen und subsidiären Europa mit mehr Mitsprache durch die Bürger führen. Das ist das Problem. Ein subsidiäres Europa wäre es, das die zentralen Fragen durch ein europäisches Parlament und eine europäische Regierung regeln ließe.

Michael Gehler: *Wie würde denn ihr ideales Europäische Parlament aussehen?*

Max Otte: Es müsste echte Rechte bekommen und die Stimmrechte müssten gemäß dem Bevölkerungsanteil verteilt werden. Es muss das Prinzip „ein Bürger eine Stimme“ gelten. In den zentralen Fragen braucht es eine europäische Regierung für Sicherheit und Verteidigung und nicht zuerst in Wirtschaftsfragen. Das haben wir genau andersherum gemacht. In der Wirtschaft darf auch Wettbewerb gelten, aber in einigen zentralen Bereichen brauchen wir eine europäische Exekutive. Das muss gelingen, sonst sieht es schlecht aus für Europa. Wir haben jetzt schon eine Destabilisierung des Kontinents durch die Flüchtlingsströme. Darauf müssen wir auch eine einheitliche Antwort finden.

Severin Cramm: *Das Grünbuch zur Kommunikationsstrategie für die Einführung des Euro betont die unterschiedlichen nationalen Währungserfahrungen der einzelnen Länder. Inwieweit kann und soll europäische und internationale Finanzpolitik auf einzelne nationale Befindlichkeiten noch Rücksicht nehmen?*

Max Otte: Wenn Sie auf Dauer eine einzige Währung haben, dann brauchen Sie auch eine Währungspolitik. Das ist das Problem, deswegen war der Euro für mich auch zu früh gekommen. Wir brauchten ihn noch nicht, sondern erst ein europäisches Verteidigungsministerium und eine europäische Regierung in den zentralen Euro-Ländern. Die Währung wäre aus meiner Sicht erst später drangekommen. Nun gut. Wenn Sie die einheitliche Währung haben, haben Sie auch einen einheitlichen Zinssatz. Wenn Sie wie Draghi versuchen, über administrative Maßnahmen gegenzusteuern, geraten Sie schnell in einen quasi-sozialistischen Zwangsstaat mit direkten Staatsinterventionen, sodass es im Süden sogar Belohnungen gibt, wenn Kredite abgerufen werden, was Zinsgeschenken gleichkommt, indem diese subventioniert und andere kontingentiert werden.

So geraten wir in eine Zwangsbewirtschaftung. Dort sind wir jetzt angekommen. Wenn Sie eine Währung haben, aber noch keinen einheitlichen Wirtschaftsraum mit gleichen Leistungen, müssen Sie extrem administrativ agieren. Sie können das so machen. Wir brauchen dann auch eine funktionierende Strukturpolitik oder eine ausgleichende Sozialpolitik. Dann müssen einige Länder damit leben, dass sie ausdünnen und andere stärker werden. Bei einer einheitlichen Währung unter den gegebenen Verhältnissen sehe

ich nichts anderes, außer dem jetzt unternommenen Versuch mit gezielter Kontingierung und administrativen Maßnahmen vorzugehen. Die fortbestehenden gravierenden Unterschiede der schwächeren Euro-Länder ohne strukturelle Veränderungen auf Dauer zu konservieren, wird aber auf Dauer nicht funktionieren.

Michael Gehler: *Kann man von einem „Kampf der Wirtschaftskulturen“ innerhalb der EU sprechen, oder halten Sie den Begriff für überzogen?*

Max Otte: Es gibt eine Auseinandersetzung zwischen einer zentraleuropäischen und einer angelsächsischen Wirtschaftsausrichtung, wobei Europa in Kernbereichen schon sehr angelsächsisch geprägt ist, was ich nicht unbedingt gut finde. Dass Griechenland und Süditalien andere Wirtschaftskulturen aufweisen als der Norden, liegt ebenfalls auf der Hand. Es bestehen ganz gewiss Unterschiede in der Rechts- und Wirtschaftsverfassung. Deutschland hat hier etwas beizutragen, so wie Frankreich. Die baltischen Staaten haben eine enorme Transformation erfahren. Auch Polen hat in den letzten 10-15 Jahren einen enormen Aufschwung erlebt. Natürlich ist es ein Überlagerungs- und Vermischungsprozess. Oftmals funktionieren Fusionen aber nicht, auch bei Konzernen. Bei ganzen Volkswirtschaften ist es noch viel schwieriger.

Sanne Ziethen: *Man kann immer wieder feststellen, dass das Vertrauen in die Währung und das Vertrauen in Europa eng miteinander zusammenhängen. Wie steht es um das deutsche Vertrauen in die Währung?*

Max Otte: Viele Deutsche haben nicht so viel Vertrauen. Ich merke das bei meinen Vorträgen. Natürlich ziehe ich ein kritisches Publikum an, aber das Misstrauen ist vorhanden und prinzipiell berechtigt. Es ist begründet, weil die deutsche Mittelschicht Vermögen verliert und den Sanierungsprozess bezahlt. Am Ende können durchaus auch positive Ergebnisse erzielt werden. Es ist jedoch Fakt, dass viele Menschen die negativen Konsequenzen spüren. Dann gibt es auch viele Menschen, die das nicht hinterfragen und sehr vertrauensvoll in Bezug auf den Euro eingestellt sind.

Michael Gehler: *In Deutschland verlief die Einführung des Euro problemlos, während in Italien das Chaos ausbrach. Italiens Außenminister, Renato Ruggiero,⁹⁹ war aufgrund seiner pro-europäischen Haltung im Januar 2002 gezwungen, seinen Rücktritt einzureichen. Der Abschied von der D-Mark fiel dagegen äußerlich wahrnehmbar nicht so schmerzhaft und leidvoll aus wie man es vielleicht vermutet hatte.*

Max Otte: Das erklärt sich aber auch dadurch, weil die deutschen Wähler von der damals regierenden Partei praktisch betrogen worden sind. Es gab ja eine Wahlwerbung auf Plakaten: Kein Staat wird jemals für einen anderen haften. Dieses Vertrauen ist missbraucht worden, und dann wachten viele erst auf. Es ist ein Vertrauen zu einem höheren Zweck

99 Renato Ruggiero (*1930; †2013), italienischer Diplomat und Politiker.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

missbraucht worden, was aus meiner Sicht trotzdem falsch war. Ganz klar Wahlbetrug, vielleicht auch Selbstbetrug der führenden Politiker.

Michael Gehler: *Waren die viel zitierten Konvergenzkriterien, auf die ja im Stabilitäts-pakt Wert gelegt worden war, der von Finanzminister Theo Waigel und vielen anderen, vor allem aber von Waigel¹⁰⁰ an der Spitze gefordert worden war, nur eine Art Placebo bzw. eine Simulationsübung?*

Max Otte: Placebo, ja. Man sagte: Schaut mal, die Zinsen konvergieren, wir wachsen ja schon zusammen. Dass alle Reserven aus den Staatshaushalten gequetscht wurden, um diese Konvergenzkriterien zu schaffen und sich manche Staaten nicht darangehalten haben, ist die andere Seite der Medaille. Hans Werner Sinn¹⁰¹ ist vom Saulus zum Paulus geworden. Er hat zunächst die Konvergenz der Zinssätze als Indikator dafür genommen, dass die Integration funktioniert. Aber das Problem war nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben. Das Zusammenwachsen erfolgte nicht wirklich, das Elend im Süden, in Südtalien, Spanien, Portugal und Griechenland mit der Jugendarbeitslosigkeit und der mangelnden staatlichen Leistung wurde nicht wirklich überwunden. Jetzt haben wir eine Zwangskur, die auch vorhandene Kräfte aus diesen Ländern, v. a. arbeitswillige junge Menschen, abzieht. Ob das so sinnvoll war, fragt sich. In der Politik geht es auch um unangenehme Dinge. Mein Kritikpunkt: Es wurden Leute getäuscht, zuweilen auch im Zeichen eines höheren Gutes. Das müssen die Historiker später beurteilen. Wenn in Talk-shows argumentiert wird, der Euro habe den Frieden gesichert, ist der Moment gegeben, an dem ich explodiere.

Michael Gehler: *Wir haben ja schon einige Historiker als Regierungschefs erlebt: in Deutschland Helmut Kohl. Er hat anlässlich einer Rede in Leuven bei der Verleihung seines Ehrendoktorats gesagt, der Euro sei eine Frage von Krieg und Frieden.*

Max Otte: Ja. Er hat es auch geglaubt.

Michael Gehler: *Er hat es geglaubt und war ein Überzeugungstäter.*

Max Otte: Ich verstehe das auch. Kohl verstehe ich auch deswegen, weil er selbst von der Materie nichts verstanden hat. Er hat historisch gedacht. Er war am Rhein großgeworden, der für ihn wichtig war, weil er Deutschland und Frankreich und damit Europa verbindet. Kohl war Europäer, und für ihn war der Euro eine wichtige politische Symbolik. Was aber dahintersteckt, hat er weder begriffen noch durchdacht. Das war einfach nicht sein Gebiet, musste es ja auch nicht sein. Helmut Schmidt war da anders aufgestellt. Das ist nicht despektierlich gemeint. Kohl hatte nicht diese Stärken.

100 Theo Waigel (*1939), deutscher Politiker, Bundesminister der Finanzen (1989–1998) sowie Vorsitzender der CDU (1988–1999).

101 Hans Werner Sinn (*1948), deutscher Ökonom, Hochschullehrer und Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung (1999–2016).

Andrea Germer: *Braucht es einen „Ethikrat“ für Banken in Europa, damit Vertrauen auf ein sicheres Fundament gestellt wird?*

Max Otte: So ein Quatsch! Über diese corporate social responsibility habe ich einen Artikel geschrieben, zu dem ich als Übertitel „Government statt Governance“ wählte. Diese Governance-Geschichten halte ich für einen Etikettenschwindel. Damit konnten sich Lobbyisten Erfolg sichern, die Kompetenz der Ministerien weiter aushöhlen und Corporate-Social-Responsibility-Abteilungen in den Firmen selber aufbauen. Ich war einmal in der Arbeitsgruppe Ethik in der Finanzwirtschaft mit Susanne Schmidt.¹⁰² Das war sehr nett und ich habe es auch gerne gemacht, aber Sie kommen an vernünftigen Gesetzen nicht vorbei. Deren Einhaltung muss überwacht werden. Wenn man in dieser Governance-Soße herumschwimmt, kann jeder sich seine Stückchen herausgreifen. Da bin ich wieder Preuße: klare Gesetze, Regeln und Strukturen. Dafür ist das Finanzwesen zu wichtig und zu gefährlich.

Michael Gehler: *Noch einmal zu der Frage Euro und Existenz Europas und seiner Identitätsbildung. Es gab den berühmt-berüchtigten Ausspruch von Angela Merkel: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, womit die Existenz und die Fortführung der Währung mit der Existenz der EU gleichgesetzt wurde, so als ob es neben dem Euro gar nichts anderes mehr mit Blick auf die Europäische Union gegeben hätte. Für wie tragfähig und verhandelbar halten Sie das Konzept, dass Europa nur existieren kann, wenn es auch eine starke Währungsmacht sein würde? Stichwort Macht: Sie haben zu erkennen gegeben: Macht spielt in Ihren Auffassungen eine Rolle, u. a. die Frage der Militärmacht. Wie weit ist Deutschlands Macht und damit Europas Macht mit einem starken Euro eine unverzichtbare Sache im internationalen Machtgefüge?*

Max Otte: Es geht nicht nur darum, sondern auch um die innereuropäische Machtverteilung. Die Amerikaner waren zunächst sehr betroffen, als der Euro kam. Mittlerweile sind sie es nicht mehr so sehr, weil sie im Wege der Bankenregulierung, die ja stark im amerikanischen Interesse betrieben wurde, und durch die Kontrolle der Schweizer Banken, eingreifen konnten. Die Amerikaner haben das für sie bestehende Konkurrenz-Problem durch den Euro entschärft. Eine Zeit lang diente der Euro als Reservewährung für Staatsanleihen. Das war wichtig.

Zudem die Tatsache, dass 60-70% der Unternehmensanleihen in Euro in London emittiert werden, in einem Land, das den Euro nicht eingeführt hat, das ist paradox. Wenn das so ist, dann muss ich auch in Europa, in Paris, in Frankfurt oder in Wien Finanzzentren haben. Da fehlt noch viel kontinentaleuropäische Interessenpolitik. Und in Kontinentaleuropa gibt es eine eindeutige französische Interessenpolitik.

In D-Mark-Zeiten hatten wir ja schon so eine Art Währungsunion gehabt. Mit dem Gulden, dem belgischen Franc und dem österreichischen Schilling war ja de facto seit der

102 Susanne Schmidt (*1947), Nationalökonomin und Finanzexpertin. Die Tochter des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut ist ebenfalls Autorin, z. B. veröffentlichte sie Das Gesetz der Krise: Wie die Banken die Politik regieren, München, 2012.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Währungsschlange ein System in den 1970er Jahren geschaffen worden, das mehr oder weniger an die D-Mark gekoppelt war. Man hat in diesem Neuner-Gemeinschaftseuropa ohne die Südländer mehr oder weniger schon eine integrierte Wirtschaft gehabt. Wenn wir Europa demokratisch gebaut und den Euro erst später eingeführt hätten, jedenfalls erst nach einem gemeinschaftlich geordneten europäischen Haushalt mit einer Verrechnungswährung und einem Zentralhaushalt, dem auch Streitkräfte unterstehen würden, wäre das europäische „nation building“ im klassischen Sinne gewesen. Wir hätten eine zentrale Verrechnungseinheit gehabt und sonst noch Währungswettbewerb. Dann wäre allerdings auch der D-Mark-Block auf Dauer angeschwollen, was für Frankreich nicht so toll gewesen wäre, gleichwohl letztlich ökonomisch besser. Sie sehen: Es geht auch um die innereuropäische Machtverteilung.

Was Merkel gesagt hat, regte mich wahnsinnig auf, weil es eine unzulässige Reduzierung und Vereinfachung war: Scheitert der Euro, scheitert Europa? Was noch? Sie hatte damit dieses Europa der Eliten, sprich der Umverteilungseliten betrieben. Das Projekt eines demokratischen Europa mit einer föderalen Regierung und einer Reform des Parlaments wurde damit wieder in den Hintergrund gerückt.

Michael Gehler: *In den Jahren 1988/89 fragte sich beim Delors-Plan, wie diese Wirtschafts- und Währungsunion herbeigeführt werden sollte. Frankreich hatte eine Wirtschaftsregierung vor Augen, bei der die deutsche Seite skeptisch wurde. Kohl wollte eine politische Union noch draufsetzen, was François Mitterrand¹⁰³ nervös werden ließ und er zuckte zurück. Im Grunde hat man sich in diesen Fundamentalfragen nicht auf einen Konsens einigen können.*

Max Otte: Richtig.

Michael Gehler: *Es ist eine Eurozone mit diesen Konvergenzkriterien herausgekommen, die den Binnenmarkt stärken sollte. Die Frage der politischen Union und der Wirtschaftsunion ist unbeantwortet geblieben. Man ist auf halbem Wege stehen geblieben. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron¹⁰⁴ spricht sich seit seiner Wahl 2017 immer wieder für eine vertiefte Zusammenarbeit innerhalb der EU aus und forderte u.a. einen EU-Finanzminister. Nur so könne Europa eine „starke weltweite Wirtschaftsmacht“ sein. Für wie tragfähig und verhandelbar halten Sie dieses Konzept?*

Max Otte: Das ist der alte Konflikt. Die währungspolitischen Entscheidungen trifft Deutschland schon jetzt nicht mehr allein. Das ging schon weg von der deutschen Bundesbank, das ist ganz klar. Und es schwächte die politische Dimension der deutschen Wirtschaftsmacht. Bevor weitere Kompetenzen abgegeben werden, müsste eine Reform des Parlaments und der Institutionen stattfinden. Macron hat sehr starke Europatöne an-

103 Francois Maurice Adrien Marie Mitterrand (*1916; †1996), französischer Politiker und Staatspräsident von Frankreich 1981-1995.

104 Emmanuel Jean-Michel Frédéric Macron (*1977), französischer Politiker und seit 2017 Staatspräsident von Frankreich.

klingen lassen, aber er denkt sehr französisch. Er denkt natürlich „France first“. Er muss sich natürlich gegen sehr starke populistische und innenpolitische Strömungen durchsetzen. Sein Agieren ist sehr französisch geprägt, vor allem innenpolitisch determiniert. Ich empfinde das als eine Katastrophe, genauso wie ich dieses Agieren der EZB-Spitze für eine Katastrophe halte. Zunächst einmal sollte die gemeinsame Nuklearstreitmacht her, bevor Deutschland weitere ökonomische Zugeständnisse macht.

Michael Gehler: *Sie sprechen damit innenpolitische Zwänge an: Heißt das auch, Sie würden das erfolgte Scheitern der Jamaika-Koalitionsverhandlungen und den Standpunkt von Christian Lindner¹⁰⁵ von der FDP eher teilen? Skepsis gegenüber und Vorsicht vor einer Transferunion, die sich ja schon im Hintergrund abzuzeichnen scheint? Die Konrad Adenauer Stiftung fordert in einem Papier, das Hans-Gert Pöttering¹⁰⁶ herausgegeben hat, einen Europäischen Währungsfonds, ausgehend von dem Dreieck EZB, ESM und Kommission sowie auch eine glaubwürdige Handhabung der No-Bailout-Klausel und eine geregelte Insolvenzordnung. Was aber fehlt, ist die konsequente Handhabung der Ausschlussandrohung für anhaltend chronisch zahlungsdefizitäre Eurozonen-Länder. Wie sehen Sie dieses Set an Diskussionspunkten, die auch im Kontext der Vorschläge von Macron zu sehen wären?*

Max Otte: Diese drei Punkte habe ich auch schon gefordert, u. a. die Insolvenzordnung. In den USA können Bundesstaaten in die Insolvenz rutschen. Das geschieht nicht so oft, aber es passiert. In Europa müsste es dazu einen Währungsfonds geben, der im Volumen begrenzt ist. Das kann man so machen. Die Ausschlussandrohung, v. a. der Ausschluss als solcher, fehlt allerdings, wie Sie richtig sagen. Die Fragwürdigkeit der bisherigen „Rettungspolitik“ müsste erkannt und die Politik geändert werden. Die Kredite, die Griechenland bekommen hat, erfolgten ja unter Auflagen und zur Rettung der Gläubiger. Wir haben eine Art Post-Versailles-Situation mit einer aufoktroierten Sanierungsordnung. Von daher kann ich die Kritik der Griechen gut verstehen. Es ist Zeit für einen Schuldschnitt und einen echten Neuanfang.

Michael Gehler: *Welche Gefahren sehen Sie für den europäischen Wirtschaftsraum in der Zukunft?*

Max Otte: Wir sehen das am Beispiel der Digitalkonzerne. Wir sehen das am Beispiel des Dieselskandals. Die Industrien und Wirtschaftskerne wandern ab. Sie müssen Amerika-compliant sein. Die Gesetze werden nicht mehr in Europa gemacht, sondern in Amerika. Wir müssen sie befolgen, sonst werden wir kriminalisiert und in den USA verhaftet, d.h. weggesperrt. Es gibt beim Vorgehen gegen Google einige schwache Ansätze der europäischen Selbstbehauptung. Zum letzten Mal hat man 2005 richtig gegen Microsoft

105 Christian Lindner (*1979), deutscher Politiker, Mitglied des Bundestages und Parteivorsitzender der FDP.

106 Hans-Gert Pöttering (*1945), deutscher Politiker (CDU) und zwölfter Präsident des Europäischen Parlaments (2007–2009).

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

durchgegriffen. Dann war zehn Jahre Ruhe. Nun haben zumindest Google und Facebook einige Auflagen bekommen. Während aber deutsche Automanager in den USA ins Gefängnis wandern, hofiert man Zuckerberg & Co. hierzulande immer noch. Das ist eine fundamentale Asymmetrie. Jetzt gibt es diese digitale Steuer und schon sind transatlantisch bestimmte Medien dabei zu sagen, dass es wachsenden Widerstand in der EU gegen die digitale Steuer gebe. Die Süddeutsche Zeitung oder die Zeit sind dann im Zweifelsfall mehr ein transatlantisches als ein europäisches Sprachrohr. Das kann man verorten. Ich sehe in Europa die Gefahr, dass wir im Prinzip viele unserer Entscheidungen ausgelagert haben. Wir glauben, ein Europa zu bauen, aber viele Entscheidungen werden jenseits von Europa vorgegeben und dann auch gefällt. Das ist eine Riesengefahr.

Michael Gehler: *Wie sehen Sie die Volksrepublik China in diesem Kontext?*

Max Otte: Sie ist ein wichtiger Balancefaktor, ein Gegengewicht gegen die amerikanische Dominanz.

Michael Gehler: *Merkel war schon zehn Mal in China und drängte auf stärkere Abkommen Deutschlands mit der Volksrepublik. Es gibt auch die strategische Partnerschaft der EU mit China. Sind das wichtige Signale?*

Max Otte: Absolut.

Michael Gehler: *Ein sinnvolles Alternativ-Modell zur scheinbar alternativlosen transatlantischen Verbindung?*

Max Otte: Für mich war es nahezu unglaublich, dass Deutschland in die neue asiatische Entwicklungsbank gegen den Willen der USA einstieg. Das ist ein einziges Mal, wo wir nicht dem Willen Amerikas folgten. Ich weiß nicht, was in diesem Fall aus Sicht Amerikas falsch gelaufen ist. Das war sehr wichtig, denn daran hängen Ressourcen. Dort wird in das Zusammenwachsen Eurasiens investiert, wenn sie an das Projekt „Neue Seidenstraße“ usw. denken. Die größere Gefahr für Europa ist Amerika, zum Beispiel durch globale Anwendung nationalen amerikanischen Rechts und direktes Eingreifen durch private-equity-Firmen, die den Mittelstand aufkaufen.

Michael Gehler: *Dass Sie das so sagen, ist wirklich bemerkenswert, weil Sie ja als Akademiker, Wissenschaftler und Praktiker in den USA sozialisiert worden und dort groß geworden sind und dies mit hohem Identifikationspotential. Das macht Ihre Einschätzung und Ihr Urteil unverdächtig und glaubwürdig.*

Max Otte: Ich habe bei Transatlantikern studiert und bin seit mehr als einen Vierteljahrhundert Mitglied der Atlantik-Brücke.

Michael Gehler: *Besteht die Atlantikbrücke eigentlich noch?*

Max Otte: Eine berechtigte Frage. Sie lädt mich nicht mehr so oft ein.

Michael Gehler: *Was hat Sie zu dieser kritischen Position gegenüber dem transatlantischen Verhältnis so veranlasst?*

Max Otte: Mein sehr nüchterner Blick auf die Politik und die Realitäten. Ich sehe mich als Anhänger der Realist-School-of-International-Relations. Es ist auch meine enttäuschte Hoffnung nach 1989 und nach 2001. In den 1990er Jahren habe ich noch viel Zeit in den USA verbracht. Ich hatte immer gehofft, dass wir auf einen Nenner kommen. Die großen persönlichen Identifikationsfiguren werden jedoch immer weniger. Diese kulturelle Dominanz, von denen Servan-Schreiber und andere schon in den 1960er Jahren gewarnt haben, diese Dominanz ist mittlerweile schon so stark, dass sie penetrant und provokant geworden ist. Es sind enttäuschte Hoffnungen seit 1989, aber verstärkt seit 9/11. Mit diesem Tag ist die Welt eine andere geworden. Ich sehe, wie Amerika seit diesem Datum immer mehr die Agenda setzt. Und es ist keine gute Agenda. Wir brauchen daher klare Schritte zu einem selbstbewussteren Europa. Da ist noch viel zu tun. Sie haben ja mit Professor Rollinger¹⁰⁷ Imperien als ein neues Forschungsobjekt der Geschichte wiederentdeckt und in zwei monumentalen Bänden dokumentiert. Die USA sind ein imperiales Gebilde mit imperialem Anspruch. Das muss ich Ihnen nicht sagen. Das hat nicht unbedingt etwas mit der inneren Verfassungsform zu tun. Europa ist immerhin schon mehr als nur eine Ansammlung von Staaten. Es entstand damit ein überstaatliches Staatesgebilde, das mehr als die Einzelstaaten ist. Europa muss aber noch erheblich nachlegen, um in dieser Welt bestehen zu können, denn die anderen Blöcke sind doch erheblich homogener, schlagkräftiger und wissen auch sehr viel genauer, was ihre eigenen Interessen sind. Europa muss seine eigenen Interessen deutlicher definieren und v. a. verteidigen. Amerika hat sich durch seine Verschuldung im Ausland die imperiale Rolle zum Teil erkaufte. Das wird nicht ewig so weitergehen. Es kommen neue Ordnungen. Wie das zukünftige Spiel ausgeht, ist völlig offen.

Michael Gehler: *Aber ist nicht schon erkennbar, dass es europäische Emanzipationstendenzen gibt?*

Max Otte: Ja schon.

Michael Gehler: *Man hat doch inzwischen zu begreifen begonnen, dass Europa nicht die USA ist. Man hat inzwischen erkannt, dass das „Go West!“ nicht die einzige Option ist und nicht alternativlos sein kann. Es ist nicht alles Gold, was in den USA glänzt. Der American Dream wurde dem European Dream durch Jeremy Rifkin¹⁰⁸ gegenübergestellt, der das in einem Buch beschrieben hat. Das wurde zwar von der EU gesponsert, aber da-*

107 Robert Rollinger (*1964), Professor für Altorientalistik und Alte Geschichte an der Universität Innsbruck.

108 Jeremy Rifkin (*1945), U.S. amerikanischer Soziologe, Ökonom, Publizist und Gründer sowie Vorsitzender der Foundation on Economic Trends (FOET). Er lehrt beispielsweise an der Wharton School der Universität Pennsylvania und gilt als Visionär einer Wasserstoffwirtschaft.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

bei schon verdeutlicht, wie unterschiedlich die Lebensqualität in den Vereinigten Staaten und in Europa ist.

Max Otte: Rifkin habe ich schon 1987 bei einem Vortrag gehört. Er ist ein brillanter Redner. Seine Klientel sitzt überwiegend in Europa. Die Rede fand in Amerika statt. Wenn er etwas in der Richtung sowohl hinsichtlich der europäischen Identität und der Restebewahrung deutscher kultureller Identität entwickelt, warum nicht? Wir müssen uns nicht aufgeben, wir sind Europa. Dann tue ich das auch gegen Widerstände und gegen Ausgrenzung, die es ja gibt. Ja, ich hoffe das auch sehr, aber der Zug fährt leider in die falsche Richtung. Wenn ich die neuen Gräben sehe, die wir in der Ukraine aufreißen, frage ich mich, ob das im gesamteuropäischen Sinne sein kann. Sie müssen die Dokumentation von Oliver Stone¹⁰⁹ „Ukraine on fire“ sehen. Inzwischen haben viele, auch ich, gemerkt, dass das, was man uns und mir als Grand Story, Grand Design oder Grand Narrative vorgetragen hat, doch viele Löcher hat und ganz anders sein kann. Oliver Stone hat diese „Untold History of the United States“ für seine Kinder gemacht, um ihnen die Augen zu öffnen.

Michael Gehler: *Im Grunde erlebten Sie eine große Enttäuschung mit unerfüllten Erwartungen an eine glaubwürdigere gemeinsame transatlantisch Wertegemeinschaft. Kann man das so sagen?*

Max Otte: Nein, ich meine, es gibt gemeinsame Werte. Es gibt auch solche, die anders und wo die Akzente anders gelagert sind, ganz klar. Eine Partnerschaft ist ja okay, aber dieses Dominanzverhältnis, was sich im Laufe der Zeit verfestigt hat, das enttäuscht mich schon, ja.

Sanne Ziethen: *In der FAZ erschien in diesem Jahr eine sechsteilige Artikelserie zum Thema „Weimarer Verhältnisse“. In seinem Beitrag „Die wahren Totengräber der Republik“ relativiert beispielsweise der Historiker Werner Plumpe¹¹⁰ die Rolle der Politik von Heinrich Brüning¹¹¹ für die Verschärfung der Krise und macht die Politik des großen Gläubigers Amerikas mitverantwortlich. Er zieht daraus die Konsequenz, dass demokratisch gewählte Regierungen „in schweren Krisenzeiten nationale Handlungsfähigkeit über internationale Verpflichtungen stellen müssen, [...], wollen sie nicht ihre Legitimität verlieren“. Kann man das auch auf heute übertragen? Stimmen Sie dem zu? Wie beurteilen Sie diesen Ansatz?*

Max Otte: Ich würde dem zustimmen, aber würde Deutschland das machen, wäre das höchst problematisch! Besser wäre es, wenn es Europa übernehme, aber dazu bräuch-

109 William Oliver Stone (*1946), U.S. amerikanischer Regisseur, Drehbuchautor sowie Produzent mit dem Schwerpunkt auf politischen Filmen.

110 Werner Plumpe (*1954), deutscher Wirtschaftshistoriker.

111 Heinrich Aloysius Maria Elisabeth Brüning (*1885; †1970), deutscher Politiker der Zentrumsparterie sowie Reichskanzler (*1930; †1932).

ten wir ein demokratisch-legitimiertes Europa und ein vollwertiges Europa. Also im Zweifelsfalle eher Zustimmung als Ablehnung, mit vielen Qualifikationen in der Praxis: Schuldenschnitt für Griechenland, Schuldenschnitt im Süden, Öffnung nicht für alle Länder, die noch nicht reif sind, und für einige notfalls Rückkehr zur nationalen Währung. Der Ideologie, dass es keinen Schritt zurück gibt, ist ja mit dem Brexit-Votum der Briten ein Gegenbeispiel geliefert worden. Etwas mehr Pragmatismus kann also nicht schaden. Bei einer Partnerschaft gilt es auch zu definieren, was europäische Interessen und was amerikanische sind. Sigmar Gabriel¹¹² hat sich da zuletzt noch als Außenminister einige Male positioniert und gesagt, dass es Wirtschaftskrieg ist, was die Amerikaner gegen Europa betreiben. (Vielleicht ist der ziemlich inkompetente Heiko Maas auch deswegen vom Transatlantic Council eingesetzt worden.) Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will. Die USA sprechen seit Jahrzehnten über eine great strategy oder eine economic strategy. Was macht Europa?

Michael Gehler: *Wir haben nur kurz von China, aber viel mehr von den USA gesprochen. Wir haben noch gar nicht über Russland gesprochen. Ist nicht die Frage der europäischen Selbstbehauptung und der europäischen Eigenverantwortung letztlich auch eine Frage, die das Verhältnis der Europäischen Union zur Russischen Föderation berührt? Wie sehen Sie Russland als Wirtschaftsraum und als Partner? Wir haben ja noch die Wirtschaftssanktionen und die politischen Verwerfungen wegen der Annexion der Krim.*

Max Otte: Wir Europäer tragen die ökonomischen, moralischen und politischen Kosten dieser Strategie, die primär im Interesse Amerikas ist. So sehe ich das, ganz nüchtern. Russland kann man so oder so sehen, wie auch die Einverleibung oder Rückführung der Krim, je nachdem, auf welcher Seite Sie stehen. Das ist völkerrechtlich fragwürdig, aber es gibt genug völkerrechtlich erheblich problematischere und blutigere Interventionen, die die USA in den letzten 20 Jahren zu verantworten haben, viel gravierender als das, was Russland begangen hat. Noch einmal meine Frage: Wem nutzt das, wenn wir um Europa neue Gräben aufreißen? Es ist eine Frage der Geopolitik, die ja in Deutschland immer noch gerne wegdiskutiert wird, aber um deren Willen wir Europa umso mehr brauchen und zwar ein Europa in guter Beziehung zu Russland. Wladimir Putin¹¹³ hat sich nicht zu Unrecht gefragt, was im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts falsch gelaufen ist. Putin ist ein ganz nüchterner Politiker. Dass er irgendwann einmal die Stopptaste gedrückt hat, ist nicht so verwunderlich. Zbigniew Brzezinski¹¹⁴ sagte nicht von ungefähr im Jahr 1995, dass die Ukraine ein Schlüsselland für die amerikanische Geostrategie ist und dass man sie aus Russland herausbrechen müsse. Victoria Newland hat indirekt zugegeben, dass man 5 Milliarden Dollar in „regime change“ in der Ukraine investiert habe.

112 Sigmar Gabriel (*1959), deutscher Politiker der SPD. Gabriel war Stellvertreter der Bundeskanzlerin Merkel und zuletzt Außenminister (2013–2018).

113 Wladimir Wladimirowitsch Putin (*1952), russischer Politiker und seit 2012 Präsident der Russischen Föderation.

114 Zbigniew Kazimierz Brzezinski (*1928; †2017), polnisch-U.S. amerikanischer Politikwissenschaftler sowie ehemaliger nationaler Sicherheitsberater.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Diese Fragen der Geopolitik, die wir in Europa glaubten hinter uns gelassen zu haben, sind wieder auf dem Tisch.

Michael Gehler: *Können Sanktionen wirklich hilfreich sein im Zusammenhang Russland und Europa?*

Max Otte: Nicht einmal: Sie stärken die amerikanische Position in Europa und sie schwächen Europa. Das ist ganz klar. Aus klassischer imperialer – oder imperialistischer – Sicht, oder aus der Sicht der Realist School of International Relations, das muss ich Ihnen nicht sagen, ist das ein ganz einfaches Spiel, wenn ich diese einfache Erklärung akzeptiere.

Michael Gehler: *Danke für ein faszinierendes Gespräch über Biographie, wissenschaftliche Einschätzungen und Praxiserfahrungen.*

Aktualisierte Zusatzfragen

Sanne Ziethen: *Wir wissen, dass bei den Menschen historische Erfahrungen – besonders im Bereich von Währungsreformen, Wirtschaftskrisen oder Inflationen – eine große Rolle gespielt haben und immer noch spielen. Aus deutscher Sicht besonders einschneidende Erlebnisse waren die Inflation der 1920er Jahre, die Weltwirtschaftskrise 1929 oder auch die Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg. Welche Rolle spielt diese historische Erfahrung Ihrer Meinung nach heute noch?*

Max Otte: Die Erfahrung war sehr, sehr mächtig, und hat auch noch dank Eltern- und Großelterngeneration die Baby-Boomer, die jetzt auf dem Höhepunkt ihres Schaffens sind, beeinflusst. In den nachfolgenden Generationen verblasst sie jedoch. Ich glaube nicht, dass die Hyperinflation noch sehr lange in der kollektiven Psyche verankert bleiben wird, was z. B. beim Holocaust mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Fall sein wird.

Michael Gehler: *War die Weltwirtschaftskrise 1929 nach den Erfahrungen der Hyperinflation der „Sargnagel“ für die Weimarer Republik und Demokratie?*

Max Otte: Das kann man schon sagen. Ohne Weltwirtschaftskrise kein Hitler – diese verkürzte Formel trifft es ganz gut. Und diese Weltwirtschaftskrise – auch das muss man sagen – kam aus den USA, die zuvor eine Spekulationsblase erlebt hatten. Hoffen wir, dass Ähnliches nicht wieder passiert und dass Europa es nicht ein zweites Mal ausbaden muss.

Sanne Ziethen: *Es gibt Stimmen, die propagieren, der Finanzmarkt sei „hochgradig irrational“, „manisch-depressiv“, völlig von Stimmungen und „eben nicht vom Hirn“ be-*

einflusst. Dies zu durchschauen lerne man nicht im Studium moderner Volkswirtschaftslehre, sondern durch das Studium der Menschen. Stimmen Sie dem zu?

Max Otte: Ich bin eine dieser Stimmen und verdiene mit der Irrationalität der Finanzmärkte mein Geld. Auch die moderne Finanzwissenschaftliche Forschung, z. B. Daniel Kahnemann, hat bestätigt, dass Finanzentscheidungen oft durch die Urinstinkte Furcht und Gier und nicht durch die Ratio gefällt werden.

Michael Gehler: *Frankreichs Präsident Emmanuel Macron spricht sich seit seiner Wahl immer wieder für eine vertiefte Zusammenarbeit innerhalb der EU aus und fordert einen EU-Finanzminister. Nur so könne Europa eine „starke weltweite Wirtschaftsmacht“ sein. Für wie tragfähig und verhandelbar halten Sie das Konzept?*

Max Otte: Die französische Diplomatie ist plumpeste Diplomatie, um französischen Einfluss in Europa zu sichern und die EU zu einer „französischen EU“ zu machen. Frankreich hat nie seine eigenen Assets, vor allem die Nuklearstreitmacht und den Sitz im Sicherheitsrat, in Europa eingebracht. Es ist schon fast erschreckend, wie die Deutschen immer wieder darauf reinfallen. Und das europäische Budget bedeutet die weitgehende Ausschaltung der deutschen Assets, ohne dass Europa dadurch einen Schritt weitergekommen ist. Es ist eine echte Tragödie.

Sanne Ziethen: *Die Deflationspolitik Brünings nach den Erfahrungen der Hyperinflation und der Weltwirtschaftskrise und seine Politik über Notverordnung wird häufig für die Schwächung des Parlamentarismus und letztlich den Aufstieg des Nationalsozialismus mitverantwortlich gemacht. Der Historiker Werner Plumpe relativiert diese Ansicht und macht auch die Politik des großen Gläubigers Amerikas mitverantwortlich. Er zieht die Konsequenz, dass demokratisch gewählte Regierungen „in schweren Krisenzeiten nationale Handlungsfähigkeit über internationale Verpflichtungen stellen müssen, [...], wollen sie nicht ihre Legitimität verlieren.“ Wie beurteilen Sie diesen Ansatz?*

Max Otte: Das ist absolut richtig. Auch John Maynard Keynes, der 1933 seinen Essay „On National Self-Sufficiency“ geschrieben hat, würde zustimmen. Hätte sich Amerika nach 1919 zu einem Schuldenerlass durchgerungen, wie er schon im 4. Buch Mose beschrieben wird, wären uns Hitler und der Nationalsozialismus wahrscheinlich erspart geblieben.

Michael Gehler: *Lässt sich Europa für amerikanische Interessen instrumentalisieren? Und wie kann Europa gegensteuern?*

Max Otte: Europa ist fast vollständig ein amerikanisches Protektorat. Selbst die Schweiz hat sich nach der Verhaftung einiger schweizer Bankmanager der amerikanischen Kontrolle unterstellt. Die NATO ist das primäre amerikanische Herrschaftsinstrument in Europa. Mit der unsäglichen Sanktionspolitik gegen Russland werden Deutschland und Österreich große Lasten aufgebürdet, während die USA weiter Handel mit Russland treiben.

„Europa muss sich emanzipieren, wenn es noch eine Chance haben will.“

Auch im Bereich der Wirtschaftspolitik wird Europa fast vollständig instrumentalisiert. Ich könnte alle Sparten und Branchen durchgehen, aber das wäre sehr deprimierend. Die trumpschen Handelssanktionen fallen da nicht ins Gewicht, da diese Vorgänge unter Bush und Obama effektiv und versteckt liefen. Im Gegenteil, durch die sehr plumpen Trumpschen Strafzölle könnte Europa wiederentdecken, dass es eigene Interessen hat. Europa müsste sich seiner Wertgrundlagen besinnen und zum Beispiel eine sehr harte Gangart gegenüber den amerikanischen e-Commerce-Kraken (meta, amazon, Netflix, Apple und Alphabet / Google / Youtube) einlegen. Alle Unternehmen scheren sich wenig um europäisches Datenschutzrecht, viele nutzen Irland als Steueroase. Ggf. muss man auch mal Manager dieser Unternehmen verhaften, wenn sie europäischen Boden betreten.

Sanne Ziethen: *Gute Beziehungen zu den USA gelten als ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Inwieweit verändert sich diese Ansicht seit der Amtsübernahme Donald Trumps?*

Max Otte: Durch seine nicht sehr geschickte Art bringt Trump Bewegung in die Sache. Europa fängt an, seine eigenen Interessen zu reflektieren. Das kann nur gut sein.

Hans Reckers



Andauernde Probleme mit dem Euro

Zum Referenten:

Hans Reckers wurde in Salzbergen im Emsland geboren. Während seiner Schulzeit war er der Gründungsvorsitzender des Verbandes Kritischer Schüler (VKS), der Vorgängerorganisation der Schüler Union in Niedersachsen. Dieser stand er von 1971 bis 1972 als Vorsitzender vor. Von 1972 bis 1973 war er Bundessprecher der Schüler Union (SU). Anschließend war er von 1975 bis 1977 Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Nach dem Abitur studierte Reckers Jura und wurde mit einer Arbeit über „gesetzwidrige und gesetzesabweichende Regelungen in Verwaltungsverträgen zwischen Bürger und Staat“ zum Dr. jur. promoviert. Reckers war von 1982 bis 1984 als Rechtsanwalt in Reutlingen tätig, 1985 wechselte er ins Bundesministerium der Finanzen, 1989 in das Bundesministerium der Verteidigung und von 1989-1990 in das Bundeskanzleramt. Von 1990-1992 war er Staatssekretär im Sächsischen Finanzministerium und parallel dazu Mitglied des Verwaltungsrats der Staatsbank Berlin. 1992 wurde er Leiter der Planungsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wechselte 1993 erneut in das Bundesministerium der Finanzen, wo er bis 1998 als Leiter der Haushaltsabteilung tätig war. Zwischen 1999-2002 stand er der Landeszentralbank in Hessen als Präsident vor und war von 2002 bis 2009 als Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank zuständig für die Bereiche Personal, Risiko-Controlling, Bargeld und Institutionelle und regulatorische Finanzmarktfragen. 2011-2013 war er Hauptgeschäftsführer

des Vorstandes der öffentlichen Banken und 2015/2016 Wirtschaftssekretär des Landes Berlin.

Zum Vortrag:

Mit seinem Vortrag zieht Hans Reckers zwanzig Jahren nach der Einführung des Euro eine erste Bilanz. Gerade in einer Zeit, so Reckers gleich zu Beginn, in der Währung zunehmend etwas Virtuelles sei und beispielsweise Münzen keinen Materialwert hätten, der ihrem Nennwert entspräche, bräuchten Währungen mehr denn je einen Staat. Der Zusammenhang zwischen Währung und Staat sei alles andere als ein Zufall: In aller Regel seien Währungsraum und Staatsraum identisch, denn eine Währung sei immer wieder auf den Staat angewiesen, etwa bei Rettungspaketen, der Festlegung von Außenkursen oder Festkurssystemen.

Nach diesem kritischen Einstieg und der Charakterisierung des Euro als „voll entwickelte Währung ohne voll entwickelten Staat“ stellt Reckers im Folgenden den Euro dennoch als eine Erfolgsgeschichte dar. Als Kriterien dafür benennt er 1. Interne Geldwertstabilität; 2. Außenkurs; 3. internationale Verwendung, die der Euro zur Zufriedenheit erfülle.

Dennoch sei die Währung in der Diskussion. Reckers führt dies zum einen auf die Tatsache zurück, dass in der öffentlichen Meinung häufig eintretende Krisen quasi automatisch, aber oft fälschlicherweise ausschließlich mit dem Euro verbunden werden.

An mehreren Beispielen hebt er hervor, welche große Rolle nicht nur Finanzmarktzahlen, sondern vor allem auch die Wahrnehmung der Krise spiele. Beides könne unter Umständen erheblich voneinander differieren. Eine besonders große Rolle spiele das Vertrauen als „Währung der Währung“. Er konstatiert: Internetkrise, Bankenkrise, Griechenlandkrise seien natürlich auch Ausdruck von Europroblemen, aber seien eben nicht nur Europrobleme. Vor allem die Krise ab 2008, die fast zur „Kernschmelze des internationalen Finanzsystems“ geworden wäre, sei gut bewältigt worden. Seiner Ansicht nach werde sie nachfolgenden Generationen kaum im Gedächtnis bleiben.

Nach einem Vergleich der Maßnahmen in den Wirtschaftskrisen 1929 und 2008 zeichnet Reckers die Stufen zur Entstehung einer gemeinsamen Währung nach: Die „Währungsschlange“ vor dem Euro, in der eigenständige Währungen durch Festkurse miteinander verbunden gewesen seien, habe zu der unbefriedigenden Situation geführt, dass alle anderen Währungen zu Satelliten der deutschen Mark geworden seien. Vor allem in Frankreich entstand der Wunsch nach einer europäischen Zentralbank, was von der Bundesrepublik schon in den 80er Jahren (und nicht erst im Rahmen der Wiedervereinigung) akzeptiert wurde. 1988 wurde unter Führung von Jacques Delors ein Ausschuss eingesetzt, der einen Dreistufenplan vorlegte, wie man zu einer einheitlichen europäischen Währung gelangen könne. Aus Sorge um eine solide Finanzpolitik des Staatenverbundes wurden Kriterien definiert, die Euroländer zu erfüllen hatten: 1. Kriterium der Inflation (maximal eineinhalb Punkte über dem stabilsten Land); Kriterium des maximalen Schuldenstands (höchstens 60%); Kriterium des maximalen jährlichen Defizits (3%).

Dass nicht nur andere europäische Länder, sondern durchaus auch die Bundesrepublik mit diesen Kriterien zu kämpfen hatte, schildert Reckers an Beispielen, etwa der „Gold-operation“ Theo Waigels.

Seine Bilanz über die drei Kernkriterien fällt demnach auch nicht nur positiv aus: Während die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank solide, fundiert und gut gelöst sei und von den Finanzmärkten akzeptiert und auch das 3%-Kriterium zufriedenstellend eingehalten werde, stelle sich der Zustand betreffs des Schuldenstands anders dar: Statt 60% liege der Durchschnitt bei deutlich höheren und sehr unbefriedigenden 80%.

Reckers betont an dieser Stelle zwei weitere bedeutsame Klauseln des Maastricht Vertrags: 1) Kein Unionsbeistand für einzelne Länder (Reckers erinnert hier an die Hilfen im Fall Griechenlands und die Klagen dagegen); 2) keine unmittelbare monetäre Staatsfinanzierung. Hier, so Reckers, handele die EZB noch haarscharf und rechtmäßig im Rahmen ihres Mandats.

Im folgenden Teil seines Vortrags widmet sich Reckers den Themen Inflation und Deflation. Der Zusammenhang von Geldmenge und Inflation habe sich – Reckers zufolge – vollkommen geändert: Für handelbare Güter habe man in Zeiten der Globalisierung und Internettransparenz wenig Möglichkeiten der Anbieter, Preiserhöhungen durchzusetzen. Inflation werde so nicht unmöglich, aber unwahrscheinlich, so lange es offene Märkte gebe. Die sogenannte „importierte Inflation“, wie sie derzeit in der Türkei passiere, gebe es allerdings nach wie vor.

Bei nicht-handelbaren Gütern mit Knappheitsfaktor (wie etwa das deutsche Bauhandwerk) gebe es ebenfalls inflationäre Effekte, wobei sich die Gesamtinflationsszahl im Euroraum aber bisher erst auf circa 1,7% summiere.

Vor allem aber gebe es Probleme mit den Unterschieden in den Inflationsraten. Reckers stellt am Beispiel Italiens dar, dass der Verlust nationaler Maßnahmen (wie Währungsabwertungen) innerhalb des Euroraums ein Land durchaus in finanzielle Schwierigkeiten bringen kann oder wie – auf der anderen Seite – beispielsweise Dänemark oder Polen keinen Nachteil daraus hätten, den Euro nicht eingeführt zu haben.

Welche Reaktionen habe es auf die Finanzkrise gegeben und welche Maßnahmen haben die Notenbanken ergriffen? Reckers betont hier zunächst den Unterschied zwischen dem Finanzsystem der USA zu Europa: Während die Vereinigten Staaten kapitalmarktorientiert seien, herrschen in Europa bankenzentrierte Systeme, d. h., die meisten Operationen werden über Banken getätigt. Daher werden Finanzmarktprobleme sofort in die Banken hineingetragen. Während dies ein großer Nachteil sei, sei der Vorteil das dreigliedrig differenzierte System (bestehend aus Privatbanken, öffentlichen Banken, Landesbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken) da es ein enormer Stabilitätsfaktor sei.

Die Probleme seien nicht erst mit der Konkursklärung von Lehman Brothers am 15.9.2008 offenbar geworden. Schon im Frühjahr 2007 hätten Hedgefonds Konkurs anmelden müssen – was allerdings auch von der Deutschen Bundesbank nicht als Vorbote einer Krise wahrgenommen wurde.

Zunächst seien nur Einzellösungen getroffen worden, es sei jedoch schnell offenbar geworden, dass übergreifende Maßnahmen notwendig seien, etwa die Bereitstellung von Liquidität und eine Niedrigzinspolitik. Als dritte Maßnahme wurden in großem Umfang

Wertpapiere aufgekauft – eine Politik, die bis Ende 2018 durchgeführt wurde und insbesondere Staatsanleihen-Papiere umfasst.

Zudem hätten Erklärungen Vertrauen erzeugt und damit deutlich feststellbare Wirkung entfaltet – etwa die Erklärung von Angela Merkel und Peer Steinbrück, alle Spareinlagen zu garantieren. Anlass sei vor allem die festgestellte erhöhte Bargeldnutzung gewesen.

In Erinnerung geblieben sei auch die Erklärung Mario Draghis, die EZB täte „whatever it takes“, um den Euro stabil und dauerhaft zu halten. Durch die Unabhängigkeit der EZB und ihrer Risikofreude, auch hohe Geldmengen einzusetzen, habe auch die Erklärung deutlich die Märkte beruhigt. Der Verlauf der Finanzkrise habe letztlich zu der Gründung der Institution „European Stability Mechanism“ (ESM) geführt, die mit 700 Milliarden ausgestattet gewesen sei.

Abschließend skizziert Reckers bestehende Überlegungen zu der Zukunft des Euro. Da ein europäischer Bundesstaat nicht entstehen werde, könne es nur darum gehen, die aufgebauten Strukturen weiter zu verbessern.

- 1) Eine Bankenaufsicht durch die EZB sei seit ein paar Jahren realisiert. Man habe damit ein funktionierendes europäisches Instrument geschaffen, sie stelle aber gleichzeitig auch eine schwierige Aufgabenvermischung für die EZB dar: Während der Notenbankteil auf Geldwertstabilität fixiert sein müsse, müsse der Teil der Bankenaufsicht auf diejenige der Banken schauen.
- 2) Eurobonds, d. h., die Vergemeinschaftung der Schulden: Finanztechnisch sei das keine schlechte Lösung, da kleine Länder damit nicht mehr als Angriffspunkte dienen könnten. Politisch und im Bewusstsein der einzelnen Bevölkerungen fehle dafür jedoch das Verständnis, es sei politisch nicht durchsetzbar – auch ein Zeichen dafür, dass der Gedanke eines europäischen Bundesstaats noch weit entfernt sei.
- 3) Der Ausbau des ESM zu einem europäischen Währungsfonds, orientiert am Internationalen Währungsfonds (IWF) wird von Reckers als positiv beurteilt.
- 4) Forderungen nach einem europäischen Finanzminister erteilt Reckers eine Absage: Das Budget, mit dem er handeln könne sei zu klein und nicht marktrelevant.
- 5) Forderungen nach einem eigenen Eurohaushalt sieht Reckers ebenfalls kritisch.
- 6) Vorschläge einer Teilung in einen „Nord-“ und „Südeuro“ lehnt Reckers ab und kommt zu seinem abschließenden Plädoyer:

Der Euro sei erfolgreich, seine Unabhängigkeit gut gesichert, es fehle ihm jedoch eine vollständige staatliche Struktur. Daher müssten die vorhandenen Institutionen ausgebaut werden.

Die Eurozone dürfe kein „Club“ werden, in dem man mal Mitglied sei und nach Wunsch austreten könne. Eine Währung müsse quasi „Ewigkeitsgarantie“ haben, damit sie funktionieren könne.

Diskussion (Auszüge)

Frage: *Wenn eine Währung an den Staat gebunden ist, wie schätzen Sie den Bitcoin in dieser Hinsicht ein? Ist er ein Zahlungsmittel oder eine Währung?*

Antwort: Ohne ein Fachmann auf diesem Gebiet zu sein, beurteilt Reckers die Auswirkungen als noch schwer abschätzbar. Die Bundesbank beurteilt den Bitcoin nicht als Währung. Reckers Empfehlung nach solle der Bitcoin eine Weile unreguliert laufen gelassen werden, die Bevölkerung jedoch über Gefahren aufklären, bis man ihn nach 5-6 Jahren genauer einordnen könne.

Frage: *Schaut man sich das Mittelalter und deren Vielstaatlichkeit an, in der jeder Herrschaftsbereich eine eigene Währung herausgab, wird offenbar: Der Euro ist keineswegs eine erste Währung ohne Staat. Welche Impulse hinsichtlich eines staatlichen Zusammenrückens zur Beförderung eines gemeinsamen politischen Europaumes geht von einer gemeinsamen Währung aus?*

Antwort: Gewisse Module von Staatlichkeit seien unverzichtbar. Man müsse in Diskussionen eintreten, welche notwendig seien und in welchem Ausmaß man sie gestalten wolle. Dafür seien Überlegungen zu einem neueren, flexibleren Staatsbegriff notwendig und darüber, was eine Währung an staatlichen Rahmenbedingungen brauche. Vor allem in Krisen rückten Staaten und ihre Notenbanken erfahrungsgemäß eng zusammen. Dies demonstriere eine Zusammenhalt erzeugende Funktion von Währung.

Frage: *In der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich setzen sich alle zwei Monate die Gouverneure zu Finanzfragen zusammen. Gehören dazu auch China und Russland? Oder handelt es nur um die G20-Staaten?*

Antwort: Es setzt sich formal der Gouverneursrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zusammen. Es mag sein, dass bei informellen Treffen auch andere Gäste hinzukommen können. Die Institution besteht schon seit den 20er Jahren und hat mit G7, G8 oder G20 nichts zu tun. Sie wurde mit dem Ziel gegründet, die Weltkriegsschulden zwischen den USA, Frankreich, England und dem besiegten Deutschland abzuwickeln.

Frage: *Nicht gesprochen wurde über den Fiskalpakt. Auf lange Sicht sollen auch Nicht-Euro-Länder die Möglichkeit erhalten, in den Euro einzutreten. Wie schätzen Sie ihn ein?*

Antwort: Die Frage beantwortet der Vertrag von Maastricht: Alle EU-Länder haben die Verpflichtung, dem Euro beizutreten, wenn sie die Kriterien erfüllen – außer sie haben wie Großbritannien und Dänemark eine Opt-Out-Klausel. Rechtlich müssten einige bisherige Outsider eigentlich beitreten. Auf dieser Pflicht wird allerdings nicht besonders stark bestanden – man kann darüber diskutieren, ob das richtig ist. Wir täten gut daran, strenger auf der Einhaltung der Rechtslage zu bestehen – das gilt allerdings nicht nur für dieses Gesetz.

Frage: *Zunehmend kritische Äußerungen zu Europathemen beherrschen Medien, aber auch die Politik. Wie beurteilen Sie das?*

Antwort: Das hat mit Veränderungen im Parteiensystem zu tun. Wir hatten in Europa starke Sozial- und Christdemokratien – aber diese Zeiten scheinen vorbei zu sein, da die Stammwählerschaften weggebrochen sind und das Element des Christlichen offenbar keine große Kohäsionskraft mehr hat bzw. eine Arbeiterschicht so nicht mehr existiert. Natürlich ist Wandel nicht nur negativ zu beurteilen, aber durch eine nun fluktuierende Wählerschaft wird in politischen Wahlen nun plötzlich vieles möglich, was vorher undenkbar und unvorhersehbar war.

Während sich Programme von Sozial- und Christdemokratie an klaren Linien orientierte und klar definierte Werte und Programme hatte, ist der Wandel des politischen Parteiensystems ein großer Unsicherheitsfaktor.

Der Vortrag wurde im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim am 08. Oktober 2018 gehalten.

Hans Reckers

„Das Eingehen einer gemeinsamen Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

Michael Gehler: *Herzlich willkommen am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim. Wir begrüßen ganz herzlich Dr. Hans Reckers. Wir haben eine ganze Reihe von Fragen ausgearbeitet und beginnen eigentlich immer mit der Biografie. Sie sind zehn Tage nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 in Rheine geboren. Ich bin ja Fan von Borussia Mönchengladbach und sehe da immer ein Transparent in der Nordkurve mit der Aufschrift „Rheine“. Das ist also positiv konnotiert. Können Sie uns ein wenig zu Ihrer Herkunft und ihrem Elternhaus sagen?*

Hans Reckers: Ja, gerne. In Rheine wurde ich im dortigen Krankenhaus geboren und dort war ich später auch am Gymnasium Dionysianum. Ich komme aus dem Süden des Emslandes in Niedersachsen – aus Salzbergen mit etwa 6.000 Einwohnern. Rheine ist sozusagen die nächstgelegene Mittelstadt. Zunächst war ich vier Jahre auf der Grundschule in Salzbergen und dann eben auf dem Gymnasium in Rheine. Meine Eltern hatten ein Schuhgeschäft. Sie gehörten sozusagen zum alten Mittelstand. Das Emsland ist sehr katholisch geprägt. Ich persönlich bin auch in die Richtung engagiert gewesen, ich war Messdiener in der katholischen Jugend und im Bund Neudeutschland. Ich bin also durchaus sehr geprägt vom katholischen Emsland.

Sanne Ziethen: *Haben Sie Erinnerungen an prägende Lehrer oder Lehrerinnen aus Ihrer Schulzeit?*

Hans Reckers: Wir hatten einen Lehrer für Griechisch, der ganz begeistert war von der Antike, etwa von den Sprachen, weshalb er auch Latein und Griechisch gelehrt hat. Ich erinnere mich gut an ihn. Ebenso an meinen Lehrer in Englisch und in Geschichte. Daraus sehen Sie vielleicht schon, dass ich eigentlich immer schon großes Interesse an Geschichte und an Geisteswissenschaften hatte. Ich habe mich dann aber auch aus eigenem Antrieb dazu entschlossen, doch lieber Jura zu studieren, weil ich dachte, Geschichte war zwar seit Schulerzeiten meine Neigung, aber das zum Beruf zu machen, erschien mir etwas schwierig.

Michael Gehler: *Sie sind Gründungsvorsitzender des Verbandes Kritischer Schüler Niedersachsens. Das war die Vorgängerorganisation der Schülerunion, deren Bundessprecher Sie 1972 wurden. Wie kam es zu diesem Engagement und welche Erfahrungen konnten Sie dadurch sammeln?*

Hans Reckers: Ich war Schülersprecher am Gymnasium und sehr interessiert an Zeitgeschichte und da sprachen mich in Salzbergen Mitglieder der Jungen Union an, ob ich da beitreten und mitarbeiten wollte. Ich bin somit frühzeitig in die Junge Union eingetreten und damals war ja – ausgehend von der Studentenpolitik – Schülerpolitik ein sehr umkämpfter Bereich. Schon 1967 hatte der SDS die „Aktionsgemeinschaft unabhängiger und sozialistischer Schüler“ (AUSS) gegründet. Dagegen hatte schon zwei Jahre später die Junge Union auf Bundesebene den Verband Kritischer Schüler gestellt. Mathias Reichert war der erste Bundesvorsitzende des VKS. Überall gab es politische Schülerarbeit. Ich glaube, es gab kaum ein Gymnasium, an dem es keine politischen Schülergruppen gab.

Für mich waren die Jahre in der Oberstufe eine stressige Zeit, aber natürlich auch sehr interessant, denn ich war ja Schülersprecher an der Schule, dann in der Jungen Union, dann als Landesvorsitzender Niedersachsens im VKS und dann Bundessprecher der Schülerunion. Ich musste sozusagen einen Verband leiten, ihn integrieren, gemeinsame Projekte definieren. An Politik interessiert war ich aber schon vor meiner Schülersprecherzeit. Ich war sehr interessiert an Zeitgeschichte, habe viel gelesen und viel mit meinem Geschichtslehrer diskutiert und bin dann sozusagen durch die Schülerarbeit und die Junge Union politisiert worden. Dann war es für mich alles ein bisschen viel. Ich hätte ja in der Jungen Union weitermachen können, denn Gründungssprecher der Schülerunion war natürlich eine ganz interessante Position. Aber es wurde mir das alles zu viel, mit dem Zug quer durch Deutschland zu reisen, Abitur und diese Verbandsarbeit nebeneinander. Zunächst habe ich dann auch gar nicht mehr so viel gemacht außer ein paar Vorträgen. Ich habe dann 1972 begonnen, in Münster Jura zu studieren.

Sanne Ziethen: *Das können Sie uns ja vielleicht gleich nochmal begründen: Politikwissenschaft oder Geschichte? Geschichte hatten Sie bereits ausgeschlossen, Politik hätte uns jetzt auch nicht mehr erstaunt nach allem, was sie uns gerade berichtet haben, aber warum Jura?*

Hans Reckers: Das sah ich als einen gestaltenden Beruf und etwas Handfestes an. Meine Eltern waren nicht dagegen, aber es war nicht so, dass sie mich gedrängt hätten. Politikwissenschaften ist auch sehr interessant. Es gibt natürlich sehr gute Politikwissenschaftler und auch sehr gute Literatur. Sagen wir mal so: Ich habe für mich relativ früh ein relativ klares Berufsbild gesehen. Ich wollte eigentlich Kommunal- oder Kreisbeamter werden – also in der öffentlichen Verwaltung. Öffentliches Recht hatte ich als Schwerpunkt im Studium. Ich hatte also dieses Bild vor Augen und habe mich für Politik und Verwaltungs- und Staatstätigkeiten interessiert und wollte Kommunalbeamter werden. Deshalb also das Jurastudium.

Michael Gehler: *Prägende akademische Lehrer? Professoren, die Ihnen etwas gegeben haben für ihren weiteren Weg, von dem Sie sagen würden, dass Sie sich daran noch zurückerinnern? Was war prägend? Was war stark beeinflussend?*

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

Hans Reckers: Mein Doktorvater war Professor Günter Püttner,¹ zu dem ich heute noch Kontakt habe. Wir sind zusammen in der Guardini-Stiftung in Berlin. Thomas Oppermann² – auch Öffentliches Recht in Tübingen. Joachim Gernhuber³ – Sachenrecht. Diese drei würde ich nennen.

Bei mir war es eigentlich so: Ich habe in Münster nicht durchstudiert, würde ich sagen. Ich habe da so die Scheine gemacht, aber nicht mehr. Dann habe ich vier Semester lang gar nicht studiert, als ich Bundesvorsitzender des RCDS war. Danach habe ich mich wieder aufs Studium konzentriert, bin nach Tübingen gegangen wegen meiner heutigen Frau, die am Bodensee Lehramt studierte.

Sanne Ziethen: *Hatten Sie in dieser Zeit andere Vorbilder aus Politik, Wirtschaft oder Geschichte?*

Hans Reckers: Ich war immer sehr beeindruckt von Konrad Adenauer⁴ und habe schon früh viel über ihn gelesen, weil über Adenauer schon ganz früh in Rhöndorf Leute wie Hans-Peter Schwarz⁵ vieles herausgegeben haben. Ich finde, er ist schon eine sehr eindrucksvolle Figur. Vieles ist ja auch gar nicht so allgemein öffentlich bekannt – zum Beispiel, dass es mal einen Attentatsversuch von Juden auf Adenauer gab oder dass seine Frau einen Selbstmordversuch gemacht hat, weil sie den Aufenthaltsort der GeStaPo vertrat hat. Adenauer hat also auch eine sehr interessante Geschichte. Außerdem gelang es ihm in sehr kurzer Zeit, Deutschland wieder auf Augenhöhe mit Frankreich und anderen zu bringen. Ich bin adenauer-begeistert und auch Adenauer-Stipendiat.

1 Günter Püttner (*1936), deutscher Jurist, 1970 bis 1973 Professor an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main und von 1980 bis zu seiner Emeritierung 2002 Professor an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

2 Thomas Oppermann (*1931; †2019), deutscher Jurist, 1985 bis 1989 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, 1991 bis 1993 Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Staatsrechtler und 2002 bis 2003 Berater von Erwin Teufel beim Europäischen Verfassungskonvent in Brüssel.

3 Joachim Gernhuber (*1923; †2018), deutsch-polnischer Jurist, 1959 bis 1988 Professor an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

4 Konrad Hermann Joseph Adenauer (*1876; †1967), deutscher Jurist und Politiker, 1946 bis 1966 Parteivorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), 1949 bis 1963 1. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1951 bis 1955 Bundesminister des Auswärtigen.

5 Hans-Peter Schwarz (*1934; †2017), deutscher Historiker und Politikwissenschaftler, 1963 bis 1966 Professor für Politische Wissenschaft des Landes Niedersachsen an der Pädagogischen Hochschule Osnabrück, 1966 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg, 1974 bis 1980 Direktor des Forschungsinstituts für politische Wissenschaft und Europäische Fragen an der Universität zu Köln, 1980 bis 1981 Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ebenda, 1970 Gastprofessor am *St. Antony's College* in Oxford und 1987 bis 1999 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

Dann haben mich auch die beiden beeindruckt, die mich damals in die Schülerpolitik geholt haben, Hermann Kues aus Niedersachsen und Matthias Wissmann⁶ auf Bundesebene.

Michael Gehler: *Sie haben ja schon auf diese politisch umkämpfte Zeit Ende der sechziger Jahre hingewiesen. Können Sie sich da noch etwas konkreter daran erinnern, wie es damals war mit diesen linksindoktrinierten Studentenbündnissen auch im Bereich Ihrer Studienzeit in Münster, in Bonn und in Tübingen? War das für Sie auch so spürbar, dass da im Grunde der Wahnsinn tobte?*

Hans Reckers: „Wahnsinn“ würde ich es nicht nennen. Zunächst würde ich mal sagen, dass es natürlich ganz starke kulturelle Impulse gab. Da unterschieden sich die unterschiedlichen politischen Gruppenmitglieder eigentlich wenig. Man hörte Rockmusik, trug moderne Kleidung. Ich hatte selber auch relativ lange Haare, also dieser kulturelle Impuls war immer das allererste – auch zur Abgrenzung von der älteren Generation, besonders in der Musik. Ich habe mich ja auch von meinem Elternhaus in Diskussionen ziemlich abgesetzt, aber immer guten Kontakt zu meinem Vater und meiner Mutter gehabt. Politisch gab es im Grunde drei Gruppierungen: Es gab recht schnell wachsende linksradikale Gruppen – angefangen mit Rudi Dutschke⁷. Die DKP wurde ja 1968 neu zugelassen und gewann ziemlich schnell 40.000 Mitglieder.

Die zweite Gruppierung waren insbesondere Jungsozialisten und Jungdemokraten mit ihrer Zielsetzung systemüberwindender Reformen. Die dritte Gruppierung bildeten die „Gemäßigten“ wie wir, die für das bestehende System und dessen Reformierung eintraten. Unter Matthias Wissmann wurde die Junge Union groß und die CDU wurde Mitgliedspartei. Es hat neulich jemand geschrieben, dass man die siebziger Jahre auch als „schwarzes Jahrzehnt“ sehen kann: Charles de Gaulle⁸ wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Richard Nixon⁹ und Margaret Thatcher¹⁰ gewannen Wahlen. In Deutschland lief die Entwicklung anders mit der ersten sozialliberalen Koalition 1969. Es ist ganz interessant, wie unterschiedlich diese Entwicklungen zwischen den Ländern gelaufen sind.

6 Matthias Wissmann (*1949), deutscher Politiker, 1993 Bundesminister für Forschung und Technologie und 1993 bis 1998 Bundesminister für Verkehr.

7 Alfred Willi Rudolf Dutschke (*1940; †1979), deutsch-dänischer Soziologe und politischer Aktivist, Wortführer der westdeutschen Studentenbewegung der 1960er Jahre und im April 1968 Opfer eines politisch motivierten Attentats.

8 Charles André Joseph Marie de Gaulle (*1890; †1970), französischer Offizier und Politiker, Anführer der Widerstandsbewegung *Freies Frankreich* im Zweiten Weltkrieg, 1944 bis 1946 Präsident der Provisorischen Regierung und 1959 bis 1969 Staatspräsident der Französischen Republik.

9 Richard Milhous Nixon (*1913; †1994), US-amerikanischer Politiker, 1969 bis 1974 37. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

10 Margaret Hilda Thatcher, Baroness Thatcher, LG OM DstJ PC FRS HonFRSC (*1925; †2013), britische Politikerin, 1970 bis 1974 Ministerin für Bildung und Wissenschaft, 1975 bis 1990 Parteivorsitzende der *Conservative and Unionist Party* und 1979 bis 1990 Premierministerin des Vereinigten Königreichs.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

Sanne Ziethen: *Wie sieht es aus mit dem Wehrdienst und der Bundeswehr?*

Hans Reckers: Ich war in die Ersatzreserve II, also diese mittlere Ersatzreserve eingestuft, bin aber nicht eingezogen worden. 1953 ist ein großer Jahrgang, das heißt, ich hätte eingezogen werden können, aber von der Ersatzreserve II sind letztlich nur wenige eingezogen worden.

Sanne Ziethen: *Sie haben dann in Tübingen promoviert. Für Leute, die keine Juristen sind: Was ist die Problemstellung Ihrer Arbeit gewesen?*

Hans Reckers: Sind gesetzesabweichende Regelungen in Verwaltungsverträgen – also öffentlich-rechtlichen Verträgen – rechtmäßig möglich? Der Laie würde sagen: Nein, weil es eine eindeutige Abweichung vom Gesetz ist. Der Leitfall ist: Im Baugesetz steht, dass die Kommune nur 90% der Erschließungskosten in Baugebieten umlegen darf. Es gibt aber viele Gemeinden mit Verträgen, in denen in Erschließungsverträgen 100% der Kosten umgelagert werden. Dieser Fall ist natürlich auch bis zum Bundesverwaltungsgericht hoch gegangen. In einigen Spezialgesetzen ist geregelt, welche Normen beim Handeln noch Verwaltungsakt und welche Normen beim Handeln durch Verwaltungsvertrag zu beachten sind. Beim Vertrag sind einige gesetzliche Regelungen unabdingbar. Der Grund dafür ist, dass die Verwaltung beim Verwaltungsakt einseitig handeln, während der Vertrag übereinstimmend, also freiwillig zustande kommt (*volenti non fit iniuria*).¹¹ Viele Gesetzesregeln sollen gegenüber einseitigem Verwaltungshandeln schützen, können aber durch Vertrag abbedungen werden. Bei welchen Gesetzesregeln das möglich ist, ist durch Auslegung zu ermitteln (Rechte Dritter, übergreifendes öffentliches Interesse).

Michael Gehler: *Sie haben auch als Rechtsanwalt in Reutlingen gearbeitet in den Jahren 1982, 1983 und 1984. Was hat Ihnen das vermittelt?*

Hans Reckers: Das war eine kleine Baurechtskanzlei. Ich habe nebenbei noch an der Promotion gearbeitet, aber eben auch richtig als Anwalt. Zu zwei Dritteln war ich Anwalt und das dritte Drittel galt meiner Promotion neben meiner Repetitoritätigkeit. Ich habe die Arbeit dort eigentlich als Zwischenstation angesehen. Ich wollte ja Kommunalverwaltungsbeamter werden seit Schülerzeiten. Kommunal auch deshalb, weil es lebensnah ist, man hat direkt mit Leuten zu tun und sieht auch nach Jahrzehnten noch, woran man mal mitgewirkt hat. Aber eine Option war, dass ich dauerhaft Anwalt hätte werden können. Ich habe dann zwischen meinen öffentlichen Ämtern als Anwalt in Großkanzleien gearbeitet. Als Anwalt ist man im Kern ein einseitiger Interessenvertreter, sucht aber natürlich auch den Ausgleich der Interessen. Man lernt auch Verhandlungsgeschick.

11 „*Volenti non fit iniuria*“ (= Dem Einwilligenden geschieht kein Unrecht) ist ein rechtlicher Grundsatz, der die Einwilligung beschreibt. Eine Person, die in die Handlung eines anderen freiwillig einwilligt, kann keine Ansprüche aus einem durch das Handeln des Anderen erlittenen Schaden geltend machen.

Sanne Ziethen: *1985 holte Sie der damalige Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg¹² als persönlichen Referenten ins Finanzministerium. Wie kam es dazu und was sind ganz besonders prägnante Erinnerungen an diese Zeit?*

Hans Reckers: Matthias Wissmann hat mich vorgeschlagen. Stoltenberg war sehr interessiert an Leuten, die sozusagen eine Art Doppelqualifikation hatten: Einerseits ein gutes Examen – also fachlich gut als Ökonom oder Jurist – und andererseits konkrete Erfahrungen aus der Jugendpolitik. Da passte ich genau in sein Schema. Das war natürlich auch sein eigenes Schema, denn er war ja habilitiert und Bundesvorsitzender der Jungen Union gewesen. Dass ich auf Bundesebene statt auf Kommunalebene arbeitete, war für mich ja noch gar nicht endgültig. Ich bekam einen intensiven Einblick in die Finanzpolitik und hatte dem Minister zu seinen Terminen zuzuarbeiten und dazu die fachliche Vertretung aus den Ministerien zu organisieren.

Michael Gehler: *Können Sie uns Gerhard Stoltenberg charakterisieren? Als Mensch, als Persönlichkeit, seinen Charakter, aber auch seine Rolle als Politiker und Minister?*

Hans Reckers: Stoltenberg war Sohn eines Pfarrers. Bei Karl Dietrich Erdmann¹³ war er habilitiert worden in Kiel, wo nebeneinander als Assistenten Gerhard Stoltenberg und Jochen Steffen,¹⁴ der linke SPD-Politiker, saßen. Die haben sich persönlich aber gut verstanden und waren Kollegen. Stoltenberg war sehr leistungsstark. Er konnte ganz schnell Informationen und Inhalte von Akten aufnehmen. Er konnte aus dem Handgelenk reden. Er war gut ausgebildet nach sechs Jahren Bundesvorsitz der Jungen Union und als habilitierter Historiker. Ich glaube, dass man selten jemanden findet, der so viele Qualifikationen hat. Persönlich war er zurückhaltend. Zu mir war er aber fast väterlich. Er ging häufiger mit mir zum

Essen und hat mir viel aus der Zeit von Ludwig Erhard¹⁵ und Kurt Georg Kiesinger¹⁶ erzählt. Er hatte aber wenig Freunde und ging nur selten auf Empfänge oder solche Ge-

12 Gerhard Stoltenberg (*1928; †2001), deutscher Historiker und Politiker, 1965 bis 1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1971 bis 1982 Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, 1982 bis 1989 Bundesminister der Finanzen und 1989 bis 1992 Bundesminister der Verteidigung.

13 Karl Dietrich Erdmann (*1910; †1990), deutscher Historiker, 1951 bis 1953 Professor an der Universität zu Köln und 1953 bis 1978 Professor an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

14 Karl Joachim Jürgen Steffen (*1922; †1987), deutscher Kabarettist und Politiker, 1958 bis 1977 Mitglied und 1966 bis 1973 Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

15 Ludwig Erhard (*1897; †1977), deutscher Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963 bis 1966 2. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1966 bis 1967 Parteivorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

16 Kurt Georg Kiesinger (*1904; †1988), deutscher Jurist und Politiker, 1958 bis 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1966 bis 1969 3. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1967 bis 1971 Parteivorsitzender der Christlich Demokratischen Union

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

legenheiten, wovon es ja recht viele in Bonn gab. Er war vielleicht sogar etwas einsam. Andererseits aber sehr hoch qualifiziert und durchsetzungsstark, weil er eben die Fakten beherrschte. Er stand ja auch häufiger an der Spitze der Beliebtheitskala und war im Grunde so eine Art Reservekanzler. Er nahm mich mit in die zweite Mitarbeiterreihe des CDU-Bundesvorstands. Die Arbeit im Ministerium war auf jeden Fall hoch interessant. Nach einem Jahr wurde ich dann als Nachfolger von Horst Köhler¹⁷ Leiter des Ministerbüros. Das ist eine sehr verantwortliche Organisationsarbeit, die aus der Breite der Aufgaben eines Ministeriums und dem Zusammenwirken im Ministerium zu verstehen ist. Der Büroleiter ist Anlaufstelle und Handelnder für den Minister innerhalb und außerhalb des Ministeriums. Der Minister muss auf alle Termine vorbereitet sein, man muss Themen genau vorbereiten und abstimmen. Wichtig ist, dass der Kontakt zwischen Minister und Ministerium hinreichend gut ist, dass es genug Besprechung für die Hin-und-Her-Informationen gibt, damit das Haus auch weiß, was der Minister denkt und umgekehrt. Der Minister muss wissen, was das Haus denkt und wo man vielleicht die Hausmeinung von oben her verändern kann. Der Minister muss auch inhaltlich führen.

Sanne Ziethen: *Sie begleiteten Herrn Stoltenberg dann im Frühjahr 1989 ins Verteidigungsministerium. Sie sagten gerade, dass Sie mehr organisatorisch als inhaltlich gearbeitet haben. Können Sie trotzdem sagen, welche Aufgaben sich mit dem Wechsel ins Verteidigungsministerium geändert haben?*

Hans Reckers: Formal eigentlich wenig. Die Ministerbüros waren ähnlich. Ich wollte eigentlich nicht mitgehen. Ich wäre lieber im Finanzministerium geblieben. Der Minister hat das auch mit mir besprochen und er sagte dann, ich solle doch wenigstens eine gewisse Zeit mitkommen, weil ich eben die Abläufe kannte. Eine Herausforderung ist im Verteidigungsministerium die Zusammenarbeit zwischen dem militärischen und dem zivilen Bereich. Ich musste mit dem militärischen Adjutanten des Ministers eng kooperieren.

Michael Gehler: *Ist Herr Stoltenberg gerne ins Verteidigungsministerium gegangen?*

Hans Reckers: Stoltenberg ist nicht gerne gewechselt, aber andererseits ist das Verteidigungsministerium ein großes und angesehenes Ministerium. Es war eine Lösung, die für alle zumutbar war – auch für Stoltenberg. Er hat dann aber schon seine Freude daran gefunden. Er arbeitete immer sehr gerne international. Mit James Baker,¹⁸ dem US-Finanz- und Außenminister in Washington, hatte er einen sehr guten Kontakt. Verteidigungsminister zu sein hat natürlich auch eine internationale Dimension. Er hat zunächst

Deutschlands.

17 Horst Köhler (*1943), deutscher Ökonom und Politiker, 2000 bis 2004 geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds und 2004 bis 2010 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

18 James Addison Baker III (*1930), US-amerikanischer Politiker, 1981 bis 1985 Stabschef des Weißen Hauses, 1985 bis 1988 Finanzminister und 1989 bis 1992 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika.

das Amt weder haben wollen noch geliebt, aber dann hat er sich in dem Amt wirklich voll verwirklichen und seine Fähigkeiten einbringen können – konzeptionell und international. Das waren ja auch spannende Zeiten. Da ging es um Bundeswehreinmärsche out of area und dann mit der Deutschen Einheit auch um die Integration der NVA.

Michael Gehler: *Nochmal zurück, weil Sie James Baker nannten. Die Geschichte ist ja fast verdrängt, nämlich dieser Börsenkrach im Jahr 1987. Können Sie uns darüber berichten? Der ist ja im Grunde ein wirklicher Knall gewesen, der fast völlig aus der Debatte verdrängt worden ist.*

Hans Reckers: Der Dax brach an einem Tag um 20% ein. Wir hatten im Ministerium die Sorge, dass es eine große Krise gibt. Baker war an dem Tag in Deutschland und ist weiter nach Stockholm gereist. Die Frage war: Wie reagieren die Notenbanken und die Finanzministerien, wenn mit 20% Börsenabwertung eine Krise anfängt. Man hat aber zunächst keine Maßnahmen ergriffen, wie dann später 2007 und 2008. Es war eine Korrektur der Börsenwerte, die nicht auf die Realwirtschaft übergriff. Das waren dramatische Tage. Hans Tietmeyer¹⁹ war der verantwortliche Staatssekretär und es wurde eben sehr sorgfältig überlegt, was zu tun ist. Es wurden schnell Telefonkonferenzen eingerichtet mit den Notenbankenpräsidenten, mit den europäischen Finanzministern und den Finanzministern der USA und Japan und es gab auch eine Erklärung. Ein Statement zu Zusammenarbeit und Stabilität ist ja immer erstmal das leichteste Mittel.

Michael Gehler: *Sie sind dann im November 1990 als Staatssekretär ins Finanzministerium nach Dresden gewechselt. Wenn das Internet die Wahrheit sagt, haben Sie Ihre Erfahrungen dazu in einem Aufsatz geschildert mit dem Titel Die Wessis – Westdeutsche Führungskräfte beim Aufbau Ost, herausgegeben von Friedrich Thießen²⁰.*

Hans Reckers: Der Aufsatz geht halb über meine Arbeit in Ost-Berlin und halb über meine Arbeit in Dresden.

Sanne Ziethen: *Was waren in Dresden Ihre Aufgaben und vor allem: Wo gab es da auch Konflikte?*

Hans Reckers: Konflikte hatten wir da jeden Tag. In Dresden und den anderen Landeshauptstädten war ja das besondere, das wir die Länder neu aufgebaut haben. 1952 waren die abgeschafft worden. Es gab die 15 Bezirke. Jedes neue Land hatte drei Bezirke. Die

19 Hans Tietmeyer (*1931; †2016), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, von 1982 bis 1989 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und Chefunterhändler von Helmut Kohl bei Weltwirtschaftsgipfeln.

20 Friedrich Thießen (*1957), deutscher Wirtschaftswissenschaftler. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität zu Köln, wo er auch promovierte. Nach seiner Habilitation am Institut für Betriebslehre an der Universität Frankfurt wurde Thießen Professor für Bankwirtschaft und Finanzierung an der TU Chemnitz.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

westlichen Bundesländer hatten sich die östlichen Bundesländer zur Beratung untereinander aufgeteilt. Wir in Sachsen wurden beraten von Bayern und Baden-Württemberg. Da kamen etwa 20 Beamte im Finanzbereich.

Die neuen Länder mussten wirklich neu aufgebaut werden. Gebietsabgrenzungen mit Volksabstimmungen in einigen Landkreisen waren notwendig. Die Finanzbeziehungen der neuen Länder zum Bund mussten geregelt werden. Der Fonds Deutsche Einheit wurde aufgestockt. 1995 wurden die neuen Länder in den Länderfinanzausgleich einschließlich Bundesergänzungszuweisungen aufgenommen. Der kommunale Finanzausgleich musste geregelt werden. Bis zum 30.06.1991 führte der Bund die Haushaltswirtschaft der neuen Länder.

Neue Behörden mussten aufgebaut werden. 1990 war in der DDR bereits mit dem Aufbau der Finanzämter und Arbeitsämter begonnen worden. Jetzt mussten die Bau- und Liegenschaftsämter eingerichtet werden und eine Oberfinanzdirektion. Eine Sächsische Aufbaubank, die Landesbank Sachsen und eine Wirtschaftsfördergesellschaft rundeten das Bild des Aufbaus neuer Institutionen ab. Ein wichtiges Thema war die Zuordnung von Behörden zu Land oder Bund und die Abwicklung von Behörden und der Personalabbau. Bis Jahresende 1990 bestand die Möglichkeit, Behörden und Organisationsentscheidung abzuwickeln und die Mitarbeiter in eine 6-monatige Abfindungszeit zu überführen.

Was die Konflikte angeht: In Dresden war ganz gut, dass es eigentlich drei Gruppen gab. Es gab die Gruppe aus dem alten System – überwiegend aus der SED. Der alte bürokratische Apparat war ja da. Dann gab es die Reformer, die in Dresden stark waren. Die Gruppe der 20 mit Arnold Vaatz²¹, der dann ja auch Leiter der Staatskanzlei wurde. Dann kam aber auch noch eine ganze Gruppe aus dem Westen. Von den Ministern waren nur zwei Westler: Kajo Schommer²² und Georg Milbradt.

In der Staatssekretärsrunde waren wir überwiegend Westler. Zunächst waren die Westler sehr willkommen, später dann aber nicht mehr wie zu Beginn. In der Anfangszeit waren die Westler willkommen und notwendig, weil das westliche Wirtschaftssystem und westliches Recht angewandt werden mussten. Ostler und Westler mussten gut zusammenwirken. Wenn die Ostler zum Beispiel nicht bereit gewesen wären, mit den Westlern auch als Leitungspersonal intensiv und offen zusammenzuarbeiten, hätten wir wesentliche Hemmnisse gehabt. Hier stießen große Unterschiede in den Erfahrungen und Vorkenntnissen aufeinander. Die Ostler brachten ihre Kenntnis der konkreten Situation vor Ort und die Westler ihre Erfahrungen mit den westlichen Regeln ein. Das war eine sehr besondere Situation. In Ost-Berlin war es der Systemwechsel und in Sachsen war es der Aufbau eines neuen Landes.

21 Arnold Eugen Hugo Vaatz (*1955), deutscher Politiker, 1990 bis 1992 Staatsminister in der Sächsischen Staatskanzlei, 1992 bis 1998 Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung und von 2002 bis 2021 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

22 Karl Josef „Kajo“ Schommer (*1940; †2007), 1990 bis 2002 sächsischer Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit und 2002 bis 2007 Professor an der Technischen Universität Chemnitz.

Michael Gehler: *Sie waren von 1991 bis 1992 Mitglied des Verwaltungsrates der Staatsbank Berlin oder muss man sagen: ehemalige Staatsbank?*

Hans Reckers: Die Staatsbank der DDR war Notenbank und Geschäftsbank. Sie wurde praktisch aufgeteilt. Ein Teil wurde an Deutsche Bank und Dresdner Bank verkauft und der andere Teil wurde umgewandelt in die Staatsbank Berlin zur Abwicklung des Portfolios.

Ich hatte eine ganze Reihe Gremienmandate. Das Leitungspersonal der Ministerien hat üblicherweise eine ganze Reihe von Verwaltungsrats- und Aufsichtsratsmitgliedschaften. Ich war zum Beispiel stellvertretender Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)²³. Das Mandat in der TdL war wichtig. Da war ich der stellvertretende Vorsitzende der Tarifgemeinschaft auf Bundesebene als Vertreter der öffentlichen Arbeitgeber. Das waren alles Baustellen, die man sich heute kaum noch vorstellen kann und die man sonst im Berufsleben auch nie wieder trifft.

Sanne Ziethen: *Sie haben 1992 das Finanzministerium in Sachsen wieder verlassen und sind nach Bonn zurückgegangen.*

Hans Reckers: Das war eine schwere Entscheidung. Wir haben vier Kinder und meine Frau und ich haben lange überlegt, ob wir nach Dresden ziehen. Es gab gute Gründe dafür. Finanziell abgesichert, gutes Umfeld, mit Georg Milbradt war ich befreundet und zu Kurt Biedenkopf²⁴ hatte ich ein gutes Verhältnis. Wir waren kurz davor, mit unseren vier Kindern nach Dresden zu ziehen. Dann haben wir uns aber anders entschieden. Ich hatte mich bewusst noch nicht versetzen lassen, war noch immer abgeordneter Kanzleramtsmitarbeiter, weil ich einfach die Rückkehroption noch behalten wollte. Wir waren eben in diesem privaten Entscheidungsprozess, nach Dresden zu ziehen. Ausschlaggebend waren überwiegend private Gründe für die Rückkehr nach Bonn. Wir fühlten uns als Familie in Bornheim bei Bonn sehr wohl und ich hatte in Bonn durchaus weitere berufliche Möglichkeiten. In Bonn wurde ich Leiter der Planungsgruppe beim Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble.²⁵

Michael Gehler: *Wir springen weiter: Von 1993 bis 1998 wechselten Sie als Leiter der Haushaltsabteilung in das Bundesministerium der Finanzen. Das sind ja wirklich entscheidende Jahre. Ich erinnere daran, dass das auch die Zeit von Hans Tietmeyer als Bundesbankpräsident war. Welche grundlegenden Themen und Herausforderungen ha-*

23 Tarifgemeinschaft deutscher Länder (gegründet 1949), Arbeiterverband des öffentlichen Dienstes, der die Bundesländer Deutschlands (mit Ausnahme Hessens) in Tarifverhandlungen mit Gewerkschaften vertritt.

24 Hans Kurt Biedenkopf (*1930; †2021), deutscher Jurist und Politiker (CDU), 1990 bis 2002 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

25 Wolfgang Schäuble (*1942), deutscher Politiker, 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, 1989 bis 1991 und 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern, 2009 bis 2017 Bundesminister der Finanzen und seit 2017 Präsident des Deutschen Bundestags.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

ben sich im Bundesministerium für Finanzen in diesen Jahren gestellt? Ich kann mir gut vorstellen: Die Folgen der deutschen Einheit waren ein gewaltiger Brocken.

Hans Reckers: Meine Abteilung war für die Haushalts- und Finanzplanung des Bundes und die Haushaltswirtschaft des Bundes insgesamt verantwortlich. Die Umsetzung der Ausgabenermächtigung führen dann die Fachbehörden durch. Dann kommt noch die nachträgliche Kontrolle der Rechnung und so weiter – also ein ganzer Prozess über mehrere Jahre. Das ist natürlich ein sehr interessantes Gestaltungsmittel für Politik und Verwaltung, welche Mittel für welchen Zweck bereitgestellt werden.

1993 setzte eine tiefgehende Wirtschafts- und Finanzkrise nach der Wiedervereinigung ein. Die Vereinigung und deren Folgen waren zu einem erheblichen Teil schuldenfinanziert worden. Der sozialpolitische Teil der Koalition verweigerte Einschnitte im Sozialsystem und die Koalition wollte auch keine Steuererhöhungen außer dem Solidaritätszuschlag.

Für den Bundeshaushalt 1995 bestand im Vorfeld eine Lücke von ca. 25 Mrd. D-Mark, die wir nicht durch Schulden schließen sollten, denn damals musste schon die Einhaltung der Maastricht-Kriterien für die Einführung des Euro in den Blick genommen werden. Das heißt, die drei normalen Instrumente Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen und Schulden waren verstellt. Wir haben damals intensiver Veräußerungsmöglichkeiten aus dem Bundesvermögen geprüft. Natürlich sind damit nur Einmal-Effekte für ein jeweiliges Jahr zu erzielen.

Es gab viel Liquidität in der Treuhandanstalt, die wir zugunsten des Gesamthaushalts eingezogen haben. Es wurde sozusagen umgestellt auf Mittelbereitstellung zu den Zahlungszeitpunkten und eine Reihe von liquiden Töpfen wurde aufgelöst. Dann haben wir die Forderungsbestände des Bundes geprüft. Der Bund hat Milliarden Forderungsbestände – z. B. gegen Bafög-Empfänger, gegen Entwicklungsländer und aus anderen Darlehensverträgen. Wir haben einen 9-Milliarden-Kredit gegenüber der Bahn an Banken verkauft – zum Entsetzen des Bahnvorstandes, denn aus einem weichen Gesellschafterkredit wurde ein harter normaler Kredit. Wir haben Forderungen aus den Liegenschaftsverkäufen verkauft. Es mussten eben durch Einzelmaßnahmen wie Privatisierungen und Veräußerungen Löcher gestopft werden.

Dann gab es ja die Treuhandanstalt in dieser Zeit. Die sollte zunächst Überschüsse machen. Im Einigungsvertrag stand auch, dass Anteilsscheine ausgegeben werden sollten und hinterher waren das dann 250 Milliarden D-Mark Defizit. Diese Schulden von 250 Milliarden D-Mark haben den Schuldenstand des Bundes erhöht, so dass sogar Deutschland oberhalb von 60% in den Euro eingetreten ist.

Michael Gehler: *Dieses Dilemma: Der Wandel von der EG zur EU – man hat auf der einen Seite Kriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion, auf der anderen Seite aber auch die Lasten der deutschen Einigung. Wie haben Sie dieses Spannungsverhältnis damals empfunden?*

Hans Reckers: Der Bundeshaushalt hatte 1989 in der Verantwortung von Finanzminister Stoltenberg fast die „schwarze Null“ erreicht, so dass 1990 viele es für vertretbar hielten, die deutsche Vereinigung ohne Steuererhöhungen zu finanzieren. Als wir dann

Ende 1990 im Finanzministerium Sachsen unsere Ausgangsbilanz für die neuen Länder in überschlägiger Form aufgestellt hatten, gingen wir davon aus, dass für die nächsten 10 Jahre mehr als eine Billion D-Mark zusätzlich benötigt würde, aufzubringen durch Kürzungen, Steuererhöhungen und Schulden.

Ich hatte dann Ende 1990 / Anfang 1991 in Abstimmung mit Minister Milbradt und Ministerpräsident Biederkopf in Bonn im Finanzministerium, Kanzleramt und CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit hohen Entscheidungsträgern – jeweils unter vier Augen – vertrauliche Gespräche über die neue Finanzsituation in Deutschland geführt. Meine Gesprächspartner waren durch diese Informationen aufgeschreckt, weil nach diesen Hinweisen ein Kurswechsel in der Finanzpolitik notwendig sei. Dieser Kurswechsel wurde 1995 mit dem Solidarpakt II und der Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags durchgeführt. Ich war natürlich nicht der Einzige, der frühzeitig solche Gespräche führte. Die Sozialversicherungen bekamen keine Haushaltszuschüsse dafür, sondern die Beiträge wurden angehoben.

Ich muss schon sagen, dass sich meine Bilder über die Situation in Deutschland manchmal schon erheblich verändert haben. Mein Bild der DDR hat sich verändert als ich 1990 nach Ost-Berlin kam – ich hatte ja vorher nur ein pauschal-negatives ohne nähere Kenntnisse. Ein Bild vom Aufbau eines Landes konnte ich ja noch gar nicht haben. Was muss man eigentlich machen, wenn man ein Land aufbauen will? Im Dezember 1990 hat sich dann schlagartig mein Bild über die Finanzierung der Deutschen Einheit verändert.

Sanne Ziethen: *Wann ist Europa für Sie als Person und vielleicht auch aus juristischer Perspektive zu mehr als nur einer geografischen Raumvorstellung, sondern zu einem politischen Projekt geworden?*

Hans Reckers: Schon im Gymnasium habe ich viele Bücher über Geschichte und Politik gelesen. Das war ja eigentlich auch mein Hauptinteressengebiet, ich wollte es nur nicht zum Beruf machen. Ich dachte, wir bekommen so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa. Das war meine Meinung und das hätte ich auch gut gefunden.

Michael Gehler: *Wo liegen die Grenzen Europas? Damit ist ein gemeinschaftliches Europa gemeint, ein vereintes Europa oder auch ein denkbar vereinbartes Europa.*

Hans Reckers: Ich frage mich: Was ist das vereinte Europa? Sagen wir mal so: Kulturell sind die Grenzen Europas das Mittelmeer und der Ural. Das ist Europa. Das hat aber mit Politik und auch mit Gestaltung eigentlich gar nichts zu tun. Da gehört im Zweifel nämlich auch der europäische Zipfel der Türkei mit zu. Dazu gehören auch die kernrussischen Gebiete westlich des Urals. Das ist für mich Europa – mit dem Mittelmeer und dem Ural als Grenzen. Politisch gestalten können wir das aber nicht. Nicht mal die EU minus UK können wir zu einem Bundesstaat machen.

Sanne Ziethen: *Am 20. Juni 2018 wäre die Deutsche Mark 70 Jahre alt geworden. Zeitgleich zur Einführung der Währung 1948 fanden im Konzept der Freien oder Sozialen Marktwirtschaft einige wirtschaftspolitische Weichenstellungen statt. Vielfach wird dabei*

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

der Zusammenhang von wirtschaftlicher und politischer Stabilität hervorgehoben. Was würden Sie zu diesem Zusammenhang sagen?

Michael Gehler: *Oder ihn vielleicht beschreiben, wenn er denn existiert?*

Hans Reckers: Dieser Zusammenhang ist ganz wichtig. Ohne wirtschaftliche Stabilität gibt es auch keine politische Stabilität, denn die wirtschaftlichen Ziele sind den Menschen sehr wichtig. Die Leute wollen mehr Einkommen, sichere Arbeitsplätze und so weiter und wenn das nicht gewährleistet ist, dann gerät die politische Stabilität oder sogar die Demokratie in Gefahr. Wenn der materielle Wohlstand dauerhaft nicht mehr gewährleistet werden könnte, dann hätten wir tiefgreifende politische Probleme. Dieser Zusammenhang ist wechselseitig. Politische Stabilität ist auch ein kursrelevanter Faktor für die Börsen. Politik und Wirtschaft hängen eng zusammen. Das ist ja auch der wichtigste Hintergrund der ganzen Eurokrise. Hinzukommt, dass der Euro keinen vollständigen politisch-staatlichen Rahmen hat, sondern die Eurogruppe umfasst, was ja noch nicht mal die EU ist.

Sanne Ziethen: *Ich möchte diese Frage nochmal präzisieren. Vielfach liest man auch, die Soziale Marktwirtschaft habe eben diese Stabilität garantiert. Wenn wir jetzt wieder bei der Krise 1966/1967 sind, wo sich sozusagen eine Neuorientierung von Wirtschaftsauffassungen etabliert, ändert sich da auch politische Stabilität? Kann man das so sagen: Soziale Marktwirtschaft bedeutet Stabilität?*

Hans Reckers: Ich persönlich würde sagen, dass diese Neuorientierung 1967 im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft stattfand. Die Systemgrenzen wurden eindeutig noch nicht überschritten. Es war ein Modernisierungsschub mit ergänzenden Institutionen, ergänzendem Denken und einem brillanten Wirtschaftsminister – Karl Schiller.²⁶ Es war aber alles im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft.

Michael Gehler: *Da war noch etwas in der Frage drin, nämlich, wie weit eine Soziale Marktwirtschaft politische Stabilität garantiert?*

Hans Reckers: Politische Stabilität beginnt mit äußerer und innerer Sicherheit. Das ist die Urfunktion eines Staates. Das ist natürlich wirtschaftlich auch sehr bedeutsam – Investitionssicherheit und so weiter. Die Grundfunktion des Staates ist an erster Stelle die innere und die äußere Sicherheit, aber mit ganz hoher Bedeutung für wirtschaftliche Aktivitäten wie Investitionen und langfristige Verträge. Wer macht Verträge für 30 Jahre, wenn das politische Gebilde ein Phänomen ist und man nicht weiß, ob in 30 Jahren die Gerichte noch funktionieren und man sein Geld notfalls z. B. über Gerichtsvollzieher bekommt. Das ist ganz eng verzahnt. Das ist auch der Kern des Europroblems, dass die

26 Karl August Fritz Schiller (*1911; †1994), deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Politiker, 1966 bis 1972 Bundesminister für Wirtschaft und 1971 bis 1972 zusätzlich Bundesminister für Finanzen.

politische Union fehlt und deshalb Zweifel über die Dauerhaftigkeit des Euro aufkommen können.

Sanne Ziethen: *Wir haben vorhin darüber gesprochen, dass in den sechziger und siebziger Jahren in anderen europäischen Ländern eher konservative Regierungen zu finden waren. Sehen Sie einen Zusammenhang mit der jeweiligen Wirtschaftsauffassung?*

Hans Reckers: Ja, schon. Sagen wir mal so: Deutschland ist ein fundamental gemäßigtes Land mit starken Tendenzen zur Mitte. Andere Länder schwanken teilweise von links nach rechts und zurück. In Amerika gab es zwei Lager, ähnlich wie auch jetzt. In Deutschland haben wir eine ganz breite gemäßigte Mitte. Wenn damals Willy Brandt und Walter Scheel²⁷ so einen eindeutig konsequenten Linkskurs eingeschlagen hätten, dann wären sie niemals in die Bundesregierung gekommen. Insofern sind die politischen Systeme in Deutschland, den USA und im Vereinigten Königreich völlig verschieden. Ich glaube, dass das auch noch gar nicht richtig erforscht ist, warum in vielen Ländern die Rechten aus der massiven linken Studentenbewegung heraus zu großen Wahlerfolgen kamen mit Charles de Gaulle, Margareth Thatcher und Ronald Reagan und so weiter, während in Deutschland gemäßigte Sozialliberale stabile Mehrheiten 13 Jahre lang bilden konnten. Fundamentale Unterschiede in den Systemen und der Denkweise sind das.

Michael Gehler: *Wir haben von den „Schwarzen Siebzigern“ gesprochen, weil das ja wirklich eine Antithese ist. Man liest immer vom sozialliberalen Jahrzehnt mit Bruno Kreisky,²⁸ Willy Brandt, dem Nord-Süd-Diskurs, der Profilierung der Sozialistischen Internationalen und so weiter. Das ist bemerkenswert. Sie stellten aber auch ab auf die Opposition und das Reagieren auf diese Politik, was in den achtziger Jahren zu einer Teilwende führt.*

Hans Reckers: Die Linksbewegung – ausgehend aus 1968 – brachte auch ganz starke Effekte gegen links. In vielen Ländern hat das zu einer rechten Mehrheit geführt. Nicht in Deutschland und auch nicht in Österreich, aber wohl in Frankreich. Es gibt ein Buch zum Schwarzen Jahrzehnt der 70er Jahre. Es gibt Politiker und Historiker, die das bereits behandeln, weil es ja offensichtlich ist. Das Wachstum der CDU unter Kohl und Biedenkopf mit verdoppelten Mitgliederzahlen und den großen Erfolgen in Kommunen und Ländern, die Wahlerfolge in den größten Städten Deutschlands wie Frankfurt und Berlin gehören dazu, allerdings nicht auf Bundesebene. Das ist eben das Besondere. Die Sozialliberalen gewannen 1969 knapp. Dann kamen ja auch zwei fähige Bundeskanzler mit Willy Brandt

27 Walter Scheel (*1919; †2016), deutscher Politiker, 1961 bis 1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1969 bis 1974 Bundesminister des Auswärtigen, Mai 1974 geschäftsführender Bundeskanzler und 1974 bis 1979 4. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

28 Bruno Kreisky (*1911; †1990), österreichischer Politiker, (SPÖ) 1959 bis 1966 Außenminister und 1970 bis 1983 21. Bundeskanzler der Republik Österreich.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

und Helmut Schmidt²⁹, die auch Erfolge hatten und sich bis 1982 halten konnten, obwohl die CDU/CSU schon mit 48,6% 1976 nah dran war.

Michael Gehler: *Das ist das Bild einer Staumauer, die langsam bröckelt und nachgibt und im Grunde einen Prozess nur verzögert und aufhält. Dann bricht das auf verschiedenen Ebenen durch.*

Hans Reckers: Ich würde es nicht ganz so sehen, aber ich würde sagen, dass in Deutschland die konsequente linke Strömung schwächer war als in anderen Ländern. Dann gab es eine ganz breite sozialliberale Strömung mit großer Unterstützung der Intellektuellen und dem Gewicht der Bundesregierung, die dann eben 13 Jahre lang regieren konnte. Dann gab es auch eine CDU/CSU-Opposition, die im Bund nicht zum Zug kam, wohl aber in Ländern und Kommunen große Erfolge hatte und häufig die Bundesratsmehrheit stellte. Ich würde die Sozialliberalen nicht als eine Art Staumauer sehen, sondern eher, dass die beiden Strömungen nebeneinander liefen. Die Konservativen waren auf Landes- und Kommunalebene und die Sozialliberalen hielten sich eben mit Erfolg 13 Jahre lang auf Bundesebene.

Sanne Ziethen: *Die Deutsche Mark wird häufig als Ersatz-Nationalidentität der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Womit, glauben Sie, haben sich die Deutschen mit der Deutschen Mark identifiziert?*

Hans Reckers: Mit dem Wiederaufbau. Die DM ist das Symbol des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Ich glaube schon, dass sich die Leute auch mit der Bundesrepublik stark identifiziert haben. Das wurde ja nach der Einheit viel deutlicher, dass bis weit nach links viele plötzlich auf einmal die kleine westliche Bundesrepublik sehr gut fanden. Die DM ist hauptsächlich das wirtschaftliche Symbol für den Wiederaufbau. Sie war ja sehr erfolgreich als Stabilitätsanker, sodass die Franzosen dann eben eine europäische Zentralbank wollten, weil die Bundesbank, wegen ihres Erfolgs, Europa währungspolitisch völlig dominiert hat und alle Zentralbanken ihr folgen mussten. Manche sagten mal über Duisenberg³⁰ in Den Haag, er sei der Zehn-Minuten-Notenbankgouverneur, weil er zehn Minuten später dieselbe Entscheidung wie Frankfurt trifft.

Michael Gehler: *Die Bundesbank hat ja auch schon gewaltig gestützt – zum Beispiel die Lira in Italien. Das Pfund übrigens auch 1992 und 1993. Wie haben Sie persönlich den Abschied von der D-Mark empfunden?*

29 Helmut Heinrich Waldemar Schmidt (*1918; †2015), deutscher Politiker, 1967 bis 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen und 1974 bis 1982 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

30 Willem Frederik Duisenberg (*1935; †2005), niederländischer Politiker und Ökonom, von 1998 bis 2003 erster Präsident der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main.

Hans Reckers: Ich war 1999-2002 Präsident der Landeszentralbank in Hessen und hatte ganz viel zu tun mit der Bargeldumstellung. Wir haben viele Informationsveranstaltungen gemacht. Ich war ein gemäßigter Eurobefürworter. Es war nach der „Kronungstheorie“ klar, dass der Euro keinen optimalen Rahmen hat. Das war fachlich klar. Der Euro wurde ja vorzeitig eingeführt, während die politische Union nicht kam, obwohl intensiv über sie verhandelt wurde. Die DM fand ich sehr gut und ich war ein gemäßigter Eurobefürworter.

Michael Gehler: *Eine Vernunftentscheidung?*

Hans Reckers: Ich war immer für die Europäische Einigung. In dem Rahmen fand ich den Euro zwar fachlich verfrüht eingeführt, aber man konnte ja hoffen, dass ein staatlicher Rahmen nachwächst. Das geschieht aber nicht.

Michael Gehler: *Sie sprachen gerade indirekt den Punkt an, man habe auch über die politische Union verhandelt und über die Wirtschaftsunion, aber dazu sei es nicht gekommen. Warum nicht?*

Hans Reckers: Weil das außer Deutschland und einigen kleinen Ländern fast keiner wollte – besonders Frankreich nicht. Frankreich wollte die EZB und den Euro, weil der Franc eben auch ein Satellit der DM geworden war. Die Franzosen hatten begriffen, dass der Franc ein Satellit der DM geworden war und das war für sie aus vielen Gründen unerträglich – symbolisch, aber auch faktisch, weil ein Satellit ja wenig Spielraum hat. Also hat Frankreich gesagt, diese Funktion der Deutschen müsse man europäisieren. Sie wollten daneben eine Wirtschaftsregierung, weil schon klar war, dass eine Währung niemals isoliert wirkt, sondern Währung und Staat zusammenwirken. Sie braucht immer ein wirtschaftliches Umfeld. Das wollten die Franzosen, aber eine politische Union wollten sie nicht.

Michael Gehler: *Ich folge Ihnen soweit. Es stellt sich die Situation aus Ihrer Sicht so dar, dass Frankreich eine Wirtschaftsregierung wünscht.*

Hans Reckers: Erstmal den Euro. Dann auch eine Wirtschaftsregierung.

Michael Gehler: *Und jetzt kommt der Punkt: Bei einer Wirtschaftsregierung gibt es deutsche Skepsis und Zweifel, wie weit das zusammengeht mit einer freien und sozialen Marktwirtschaft.*

Hans Reckers: Das wollten die Franzosen ja auch nicht. Die haben ja doch ein deutlich ein anderes System.

Michael Gehler: *Eben, aber Kohl sagt gleichzeitig, sein politisches Anliegen sei es, auch eine politische Union zu bilden. Das ist dann aber François Mitterrand³¹ zu viel. Das*

31 François Maurice Adrien Marie Mitterrand (*1916; †1996), französischer Politiker, 1954 bis

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

heißt, es spiegelt sich in diesen beiden Punkten Folgendes wider: Man einigt sich weder über eine Wirtschaftsregierung, noch über eine politische Union und damit ist das auf Eis gelegt.

Hans Reckers: Man hat das, was möglich war, gemacht. Der Vertrag von Maastricht enthält etwas über Außenpolitik. Restsymptome einer politischen Union sind im Vertrag mit drin, aber Sie haben völlig Recht. Die sozialen Marktwirtschaftler in Bonn konnten sich mit dem Merkantilisten überhaupt nicht über eine Wirtschaftsregierung einigen und Frankreich wollte auf keinen Fall eine politische Union. Sie stellten sich vor, dass ein wirtschaftspolitischer Rahmen für eine Währung ausreicht und man keinen Staatsrahmen braucht – entgegen der ganz herrschenden Meinung der Ökonomie.

Michael Gehler: *Dezidiert haben Sie jetzt ein paar Mal gesagt, dass ein europäischer Bundesstaat nicht mehr kommen wird. Warum?*

Hans Reckers: Ich glaube, dass die Unterschiede der Europäer so groß sind in Sachen Sprache, Geschichte, grundlegender kultureller Verhältnisse, dass nur in solchen Ausnahmesituationen wie der Schweiz oder den USA so etwas funktioniert. Wenn man sich das mal genauer anschaut: Die Schweiz ist ja entstanden als Militarbndnis. Der Gründungsakt der Schweiz ist nicht, dass man ein Staatsvolk bildet. Wir müssen beim Begriff des Staatsvolks anfangen. Gibt es ein Staatsvolk? In Europa nicht. In der Schweiz zunächst auch nicht. Es gab kein Staatsvolk. Es gab nur das Militarbndnis, aber in der Schweiz hat sich nach und nach eben ein Schweizer Bewusstsein entwickelt. Das ist sozusagen nachgewachsen. Dieses Nachwachsen erleben wir bisher in Europa nicht.

Sanne Ziethen: *Inwieweit ist auch Identifikation mit der eigenen Währung ein Hindernis?*

Hans Reckers: Das ist sehr unterschiedlich. Die Deutschen waren ja eigentlich nicht emotional für die DM, sondern sie waren einfach hoch erfreut über ihren Erfolg. Das Verhältnis zur D-Mark lief nicht über ideelle symbolische Kultur. Die DM hat die Deutschen ökonomisch voll zufrieden gestellt und da waren sie natürlich begeistert. In anderen Ländern ist das geringer. Die Lira wurde von den Italienern nicht geliebt. Der Franc wurde so halb geliebt. Der Dollar wird schon geliebt und zwar, weil er natürlich als Weltwährung sehr wichtig und darüber hinaus auch recht stabil ist. Die höchste Identifikation, aber wohlgemerkt über eine ökonomische Interessensebene, gab es in Deutschland. Ich kenne aber kein anderes Land, wo die Identifikation so stark war, wie mit der DM. Der Dollar vielleicht noch, aber der Franc schon deutlich weniger.

Michael Gehler: *Jetzt reden wir aber von der Identifikation der Menschen mit ihrer Währung. Ich würde nochmal tiefer gehen und fortsetzen, was bereits gefragt worden ist: Wie weit sind die unterschiedlichen Wahrungsverfassungen, Wahrungssysteme und damit*

1955 Innenminister und 1956 bis 1957 Justizminister sowie 1981 bis 1995 Staatspräsident der Französischen Republik.

auch Währungskulturen aus Sicht und im Sinne der Währungseliten zu divergent oder sehen Sie eher Chancen der Harmonisierung und der Konvergenz?

Hans Reckers: Es fängt ja damit an, dass der Unabhängigkeitsgrad der Notenbanken sehr unterschiedlich war. Dann sind die Finanz- und Bankensysteme sehr verschieden. Wir haben in Europa ein bankenzentriertes Finanzsystem. In den USA haben wir marktzentriertes Finanzsystem. Die Instrumente sind daher verschieden. Die FED hat immer viel mehr über Anleiheaufkäufe gemacht und wir haben immer mehr gemacht über Refinanzierungskredite an die Banken. In alten Zeiten waren die Notenbanken sehr unterschiedlich. In unseren Zeiten ist das nicht mehr so. Das Unabhängigkeitsprinzip hat sich durchgesetzt. Bei den Instrumenten wird der ganze Instrumentenkasten genutzt. Ich sehe eine starke Unterschiedlichkeit früher und einen sehr starken Konvergenzprozess der internationalen Notenbankinstrumente.

Michael Gehler: *Das ist ein Qualitätsprung, den man sehen kann. Das muss ich Ihnen vermutlich nicht sagen.*

Hans Reckers: Absolut. Vor allem die Bewältigung der Krise 2008 ist doch recht gut gelungen. Die Krise ist ja heute eigentlich vorbei. Wir haben noch so ein paar Ausläufer wie Griechenland. Es kann ja sein, dass in zwei Jahren eine neue Krise kommt, aber die wäre nicht die Fortsetzung der alten Krise. Die Krise ist vorbei und sie ist bewältigt worden, weil die sehr konvergent denkenden und handelnden internationalen Notenbanken sehr bemerkenswert gehandelt haben. Auch ganz anders als in der Weltwirtschaftskrise. Da ist die Rolle der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Da treffen sich alle zwei Monate drei Tage lang die Notenbankpräsidenten und haben eine sehr intensive Kooperation in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das findet auch nicht nur auf G20-Gipfeln statt, sondern zum Beispiel auch in Basel. Da wird das sehr konkret koordiniert.

Sanne Ziethen: *Wenn wir jetzt nochmal auf EU-Ebene zurückkehren, dann erschien jetzt der Titel Kampf der Wirtschaftskulturen von Markus Brunnermeier³² und Harold James.³³ Die sehen, so die These, den Niedergang der EU auch unter anderem darin begründet, dass sich eben unterschiedliche Wirtschaftskulturen auch zwischen Deutschland und Frankreich ausgeprägt haben. Das hätte unter anderem dazu geführt, dass sich in der EU keine gemeinsame Identität ausprägen konnte.*

Hans Reckers: Die Frage ist ja: Sind die Unterschiede größer geworden als früher?

Sanne Ziethen: *Sie haben ja gesagt, sie wären kleiner geworden?*

32 Markus Konrad Brunnermeier (*1969), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, Edward S. Sanford Professor an der *Princeton University* und Direktor des *Bendheim Center for Finance*.

33 Harold James (*1956), britischer Historiker und Wirtschaftswissenschaftler, seit 1998 Professor an der *Princeton University*.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

Hans Reckers: Da sprach ich nur über die Währung. Die Wirtschaftskulturen sind sehr unterschiedlich. Die Fragen sind dabei die Rolle des Staates, die Rolle des Marktes, welche Instrumente und Rolle der Notenbank. Wir haben in Deutschland ja auch diese starke Fixierung auf die Geldwertstabilität. Das haben andere ja auch nicht so stark. Die Unterschiede der Wirtschaftskulturen sind groß.

Michael Gehler: *Die Fragen zur deutschen Einheit sind ja eigentlich geklärt.*

Hans Reckers: Andreas Rdder³⁴ hat den genauen Zusammenhang zwischen Einheit und Euro erforscht. Der Euro war keine Gegenleistung für die Einheit, weil er ja schon 1988 beschlossen wurde. Andererseits hat natürlich der deutsche Einigungsprozess auch international alle anderen Prozesse beeinflusst. Er hat natürlich das NATO-Verständnis beeinflusst, die Russlandpolitik beeinflusst und natürlich auch die Euro-Einführung bestätigt und beschleunigt.

Michael Gehler: *„Griechenland ist keineswegs reif für die Währungsunion.“ Mit diesem Satz sollte Hans Reckers im April 2000 für Kursstrze an der Athener Börse sorgen. Welche waren Ihrer Meinung nach die treibenden Kräfte für die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone, aber vielleicht stellen Sie erstmal das Zitat richtig?*

Hans Reckers: Ich habe gesagt, dass der Beitritt Griechenlands um ein Jahr verschoben werden sollte und Griechenland derzeit keineswegs reif für die Währungsunion sei.

Damals fand eine normale Routine-Jahrespressekonferenz der Landeszentralbank in Hessen statt. Das ist nicht ganz so exotisch. Es ging u.a. um die Bargeldeinfhrung. Ich hatte mir überlegt, ob ich mal öffentlich sage, was alle in der Zentralbank gedacht haben. Ich hatte mir eben vorgenommen, in der Pressekonferenz zu sagen, dass, weil die Zahlen nicht erfüllt waren, der Beitritt Griechenlands um ein Jahr verschoben werden sollte. Mehr nicht. Ich dachte, das würde schon irgendwie mitzitiert werden. Zehn Minuten nach der Pressekonferenz merkte ich dann, dass die Märkte dachten, ich sei vorgeschickt worden. Die haben gedacht, jetzt käme die Realität über Griechenland ans Licht und die Fassade würde anfangen zu bröckeln. Dann hat sich die Drachme in den nächsten Stunden abgewertet und Griechenland hat mit 500 Millionen Euro interveniert.

Wer hat den Beitritt Griechenlands betrieben? Griechenland selbst natürlich. Die wollten 12. Land werden und sie wurden auch unterstützt durch die sozialistischen Exilpolitiker in Deutschland, die nach dem Miltarputsch 1967 nach Deutschland gekommen waren. Es gibt eine erheblich griechische Exilcommunity. Dann waren wohl auch noch die USA dafür. Die USA spielen im Hintergrund der Europapolitik eine Rolle – auch damals bei der Rettung Griechenlands. Die wollen das östliche Mittelmeer gesichert haben, wegen der Dardanellen und der Türkei. Die USA bitten europäische Regierungen, Griechenland abzusichern. Dann war natürlich ein Hauptargument, dass das Land doch so klein sei. Wie gesagt: Bei der Zentralbank waren vermutlich alle meiner Meinung.

34 Andreas Rödder (*1967), deutscher Historiker. Er ist seit 2005 Professor für Neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Politiker hingegen sagten dann immer, dass Griechenland doch sehr klein sei, nur 1,6% der Bevölkerung würden sie ausmachen.

Jörg Beining: *Wie weit war denn die Sicherheitspolitik vielleicht mitentscheidend? War das überhaupt die Entscheidung schlechthin?*

Hans Reckers: Sie war mitentscheidend. Bekannt ist, dass Barack Obama³⁵ in der Griechenlandkrise mal mit Angela Merkel über die Griechenlandkrise gesprochen hat und es gibt auch Wirtschaftshistoriker, die die Unterstützung Griechenlands mal sorgfältig zusammengetragen haben. Ich würde sagen, der oberste Punkt war die geringe Größe Griechenlands. Diese sicherheitspolitischen Gründe und die Meinung der USA dazu waren so ein ergänzendes Argument im Hintergrund und auch diesen Exil-Griechen kann man letztlich folgen oder auch nicht. Das war auch nicht so entscheidend. Ich würde fast sagen, man wollte Griechenland einen Gefallen tun und dachte, dass das nicht so schlimm wäre, weil die halt so klein sind. Außerdem hatte man Griechenland bei der Euro-Gründung zurückgestellt und die spätere Aufnahme in Aussicht gestellt.

Michael Gehler: *Hans Eichel³⁶ und Ernst Welteke haben das entsprechend gerügt. Kann man das sagen?*

Hans Reckers: Eichel hat an Welteke einen Brief geschrieben. Der sollte mich in den Schranken halten. Den hat die Bildzeitung irgendwie ausgegraben. Eichel hat einen zehnzeiligen Brief geschrieben, Herr Welteke möge doch Hans Reckers bitte im Zaum halten. So zehn bis fünfzehn Minuten nach diesem Pressegespräch waren ja dann die Märkte in Aufruhr. Das ist ja ganz interessant. Alle sehen, dass da etwas passiert und plötzlich wollen alle aus den Drachme-Papieren raus. Mich rief als erster Klaus Regling³⁷ an. Wir waren früher beide Abteilungsleiter im BMF gewesen. Ich ging nach der Pressekonferenz in mein Büro zurück und dann kamen auch schon meine Mitarbeiter und sagten mir, dass das eine ganz andere Wirkung gehabt habe, als wir uns das gedacht hatten. Dann rief mich Welteke an und fragte auch, was ich mir dabei gedacht hätte und da habe ich ihm gesagt, dass das doch unser aller Meinung gewesen sei – auch seine eigene – und ich hätte doch lediglich davon gesprochen, den Beitritt um ein Jahr zu verschieben.

Welteke erklärte dann, das sei nur die Meinung eines einzelnen Mitglieds des Zentralbankrats.

Der Militärhaushalt war ja größtenteils noch nicht verbucht. Nach fünf Stunden war das Bild dann richtig hergestellt, dass einer etwas gesagt hat, was viele fachlich dachten,

35 Barack Hussein Obama II (*1961), US-amerikanischer Politiker, 2005 bis 2008 Senator von Illinois und von 2009 bis 2017 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

36 Hans Eichel (*1941), deutscher Politiker (SPD), 1991 bis 1999 Ministerpräsident des Bundeslands Hessen, 1998 bis 1999 Präsident des Bundesrats und 1999 bis 2005 Bundesminister der Finanzen.

37 Klaus Regling (*1950), deutscher Ökonom, seit 2010 Direktor der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität und seit 2012 Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

was aber überhaupt nicht die Politik war und natürlich blieb es dabei, dass Griechenland beitreten würde.

Ende des Gesprächs, Teil 1

Gespräch Teil 2 (8.2.2019)

Michael Gehler: *Ich darf Hans Reckers herzlich zur Fortsetzung unseres Gesprächs begrüßen, das wir heute am 8. Februar 2019 am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim durchführen.*

Deborah Cuccia: *2002 wechselten Sie als Vorstandsmitglied in die Deutsche Bundesbank. Bis Frühjahr 2009 waren Sie dort zuständig für die Bereiche Personal, Controlling und institutionelle und regulatorische Finanzmarktfragen. In diese Zeit fällt der Beginn der globalen Banken- und Finanzkrise. Wie war die Bundesbank auf diese Krise vorbereitet?*

Hans Reckers: Es gab ja immer in Abständen Finanzkrisen – auch durchaus schwerere Krisen. Nach dieser letzten Finanzkrise 2008 sind nochmal viele Finanzkrisen erforscht worden. 1987 gab es einen erheblichen Rutsch an den Aktienmärkten, 1988 die Russlandkrise. Die Vermeidung und der Umgang mit Krisen ist bei allen Institutionen, die Verantwortung für die Finanzstabilität haben, eine Kernaufgabe. Das Problem ist, dass die Interaktion von problematischen Entwicklungen immer anders ist und nicht vorausgesagt werden kann.

Wir haben im Bundesbankvorstand die Entwicklungen an den Finanzmärkten sorgfältig verfolgt. In den USA hatten sich die Werte von Real Estate 2000-2007 landesweit um etwa 100% erhöht. In einigen Gegenden wie Florida und Kalifornien sogar um einen noch höheren Prozentsatz. Die Frage war, wann die Spitze dieser Entwicklung erreicht sei und welche Auswirkungen das haben wird – auf die Eigentümer und die Inhaber von Hypotheken und somit auf die Hypothekenbanken. Insbesondere gab es in hohem Umfang Papiere (asset backed securities), die sehr kurzfristig refinanziert waren, auch in Europa. Das hat dazu geführt, dass die Krise nach Europa überschwappte. Insbesondere die Landesbanken, aber auch andere Banken in Europa waren davon betroffen. Die Bankenaufsicht hätte § 17 des Kreditwesengesetzes (Kreditnehmereinheit von Banken und Zweckgesellschaften) anwenden müssen, dann wäre manches vermieden worden. Die amerikanische Regierung hat, zusammen mit den großen amerikanischen Banken, eine ganze Reihe von Banken gerettet und stabilisiert. Auch bei Lehman-Brothers gab es konkrete Bemühungen unter Federführung des Finanzministers, ob auch Lehman von anderen Banken übernommen oder in anderer Weise gerettet werden kann. Als das nicht möglich war, fiel die Entscheidung, Lehman fallen zu lassen, weil man auch keine implizite Garantie für jede Bank aussprechen wollte. Man dachte, wenn man eine Reihe Ban-

ken rettet und eine Bank in den Konkurs geht, wäre das die richtige Gesamtstrategie. Die Banken sollten nicht den Eindruck bekommen, sie könnten risikolos agieren. Dann gab es sofort nach der Lehman-Pleite eine Reaktion in den internationalen Geldmärkten, die fast austrockneten. Die internationalen Notenbanken haben sofort mit der Bereitstellung von Liquidität reagiert. Später wurden dann die nationalen Bankenrettungsfonds aufgebaut, die einerseits Kapitalanteile übernommen und andererseits Garantien für Kredite gegeben haben. Es ist ganz gut gelungen, die Krise zu bewältigen. Ganz anders als die Krise 1929, wenn man das mal vergleicht, denn die einzelnen Länder haben sich nicht zurückgezogen. Amerika zog damals Kapital aus Deutschland und Europa ab. Diesmal gab es eine sehr enge internationale Zusammenarbeit. Es gab ungewöhnliche Maßnahmen wie die Bereitstellung von Liquidität in großen Volumina und dann eben die Null-Zins-Politik, die bis heute andauert – mit problematischen Nebenwirkungen.

Dann hat ja die Finanzkrise auf die Realwirtschaft übergegriffen. Ende 2008 und Anfang 2009 ging der deutsche Export schlagartig zurück. Die Regierungen haben dann sofort Programme in europäischer Koordinierung aufgelegt. Es gab zum Beispiel die Kaufprämie für Autos, was eine ungewöhnliche Maßnahme gewesen ist.

Insgesamt kann man bilanzieren, dass die Stabilisierung der Finanzmärkte in und nach der Finanzkrise 2008 gut gelungen ist – in einer engen Kooperation. Im Anschluss daran sind eine Reihe von dauerhaften Stabilisierungsmaßnahmen getroffen worden: Das Eigenkapital der Banken wurde erheblich erhöht und es wurde der European Stability Mechanism (ESM) gegründet, der dann auch in der Lage gewesen ist, zu handeln, denn anschließend waren ja neun Länder in Europa von der Finanzkrise betroffen.

Michael Gehler: *Darf ich nochmal auf 2008 zurückkommen? An einem Sonntag im September 2008 treten Bundeskanzlerin Angela Merkel³⁸ und Finanzminister Peer Steinbrück³⁹ unerwartet vor die Kameras und erklären dort, dass die Sparguthaben gesichert sind. Wie haben Sie das in Erinnerung? Was wusste man von dieser Blitzaktion, die ja doch abgestimmt zu sein schien. Wir wissen von Steinbrück, dass Merkel zunächst alleine vor die Kameras treten wollte, dann hat er aber deutlich gemacht, dass er dann ebenfalls alleine vor die Kameras treten würde. Dann hat sie sehr schnell gemerkt, dass es besser ist, gemeinsam aufzutreten. Was haben Sie an diesem Wochenende mitbekommen? War von vorneherein klar, dass eine Stellungnahme kommen muss in Richtung Beruhigung der Öffentlichkeit?*

Hans Reckers: Wir haben in der Bundesbank vor allen Dingen festgestellt, dass die Bürger in erheblichem Umfang – in zweistelliger Milliardenhöhe – zusätzlich Geld von den Banken abhoben. Das heißt, die Bargeldhortung der Bürger stieg erheblich an. Das

38 Angela Dorothea Merkel (*1954), deutsche Politikerin, 1991 bis 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994 bis 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2000 bis 2018 Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und von 2005 bis 2021 8. Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

39 Peer Steinbrück (*1947), deutscher Politiker, 2002 bis 2005 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 2005 bis 2009 Bundesminister der Finanzen und 2009 bis 2016 Mitglied des Deutschen Bundestages.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

ist ein absoluter Krisenindikator, wenn die Bürger anfangen Bargeldbestände zu horten. Da hatten wir täglich den genauen Überblick. Die Frage war: Was kann man noch an vertrauensbildenden Maßnahmen und Stabilisierung machen – zusätzlich zu dem, was ja schon gemacht worden war mit der Zinssenkung und der Liquiditätsbereitstellung der Notenbanken. Eine solche informelle Garantie ohne gesetzliche Grundlage hat noch ein weiteres Problem, denn sie kann von der Öffentlichkeit ja auch als weiteres Krisensymptom aufgenommen werden, dass die Regierung sich sozusagen gezwungen fühlt, eine solche Garantie auszusprechen. Das hätte auch krisenverschärfend wirken können. Der Bundesbankpräsident war im Vorfeld informiert worden und die Maßnahme wirkte. Die Bargeldhortung der Bürger ging zurück. Es hat sich als stabilisierend erwiesen, aber das war nicht ohne Risiko.

Michael Gehler: *Hätte man diese Garantie überhaupt einlösen können? Ich frage ganz gezielt. Wir haben dazu auch Jürgen Stark⁴⁰ befragt. Im Dezember 2009 war er hier. Ihre Einschätzung dazu: Wäre das möglich gewesen? Hätte die Bundesrepublik Deutschland dafür einstehen können?*

Hans Reckers: Die Spareinlagen betragen etwa 120% des Bruttosozialproduktes. Eine derartig hohe Garantie kann Deutschland übernehmen. Aller Voraussicht nach findet ja auch kein Totalausfall auf null statt, sondern nur eine gewisse Korrektur. In Krisen geschehen natürlich Einbrüche, aber die gehen nur ganz selten auf 100%.

Michael Gehler: *Peer Steinbrück hat rückblickend mehrfach gesagt, dass es ein Ritt auf einer Rasierklinge war und eine Kernschmelze gedroht habe. Das klingt wirklich dramatisch. Wäre es in so einem Worst-Case-Szenario möglich gewesen, dass sich auch vor deutschen Bankschaltern Menschenmengen ansammeln wie vor dieser Northern-Rock-Bank? Das hat auch Steinbrück gesagt, dass ihm das vor Augen war und so etwas in Deutschland nicht passieren dürfte. Hätte von Deutschland diese wellenartige Kernschmelze ausgehen können, bei einem derartig manifestierten Vertrauensverlust in die Eurowährung?*

Hans Reckers: Zunächst mal ist die erhöhte Bargeldhortung, von der wir vorhin gesprochen haben, genau dasselbe Phänomen. Die Äußerlichkeit, dass die Bürger lange Schlangen bilden, ist natürlich nochmal krasser. Die Finanzmärkte sind ja heute und waren auch schon vor zehn Jahren so vernetzt, dass es sich selten um Prozesse in einem einzelnen Land handelt.

Häufig werden Krisen ausgelöst durch eine Korrektur von Vermögenspreisen. In der DotCom-Krise 2000 hatten wir insgesamt eine Korrektur um 90%. Im 19. Jahrhundert hatten wir die Eisenbahnaktien-Krise. Bestimmte Dinge, z. B. neue Technologien, werden überbewertet und dann kommt die Frage, die niemand beantworten kann: Wann und

40 Jürgen Stark (*1948), deutscher Wirtschaftswissenschaftler, 1995 bis 1998 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, von 2006 bis 2012 Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB).

in welchem Umfang erfolgt die Korrektur? Daran schließt sich die Frage an, welche Auswirkungen das hat. Klar: Real-Estate-Preise haben Auswirkungen über die Hypotheken in die Hypothekenbanken und damit sozusagen auch in Bankenagglomerate, die große Hypothekenbanken haben.

2008 bestand die Gefahr, dass die Inter-Banken-Märkte völlig zusammenbrechen. Deshalb war Liquidität der Notenbanken erforderlich, um den ins Stocken geratenen Inter-Banken-Markt zu ersetzen. Die Krise hätte natürlich auch noch viel tiefer gehen und viel länger dauern können, hat sich dann aber relativ schnell stabilisieren lassen. Die Null-Zins-Politik hält ja bis heute an. Sie ist ja auch eine sehr krasse Maßnahme mit erheblichen Nebenwirkungen, mit Wirkungen für alle, die Vermögensbestände haben und auf die Verzinsung angewiesen sind – etwa für die Altersvorsorge.

Hervorzuheben ist die internationale Kooperation, dass nämlich einheitlich gehandelt wurde von den USA bis Japan unter Einbeziehung der EZB und ebenso schnell und in großem Umfang gehandelt wurde und dann noch mit ungewöhnlichen Aktionen. Die Erklärung Merkel-Steinbrück ist ein Element davon, dann die Herabsetzung der Zinsen bis auf null und eben auch die ganz schnelle Gründung der notwendigen Rettungsinstitutionen.

Michael Gehler: *War diese Erklärung Merkel-Steinbrück abgestimmt mit anderen Staats- und Regierungschefs bzw. mit den Finanzministern oder Jean-Claude Juncker⁴¹, damals Chef der Euro-Gruppe? Oder war das ein unilateraler Akt?*

Hans Reckers: Das weiß ich nicht. Im Raum stand schon, wie die Staaten einerseits für Banken, andererseits auch für Spareinlagen eintreten. Wie weit das europäisch abgestimmt war, weiß ich nicht.

Michael Gehler: *Da gab es unlängst ein Interview mit Timothy Snyder.⁴² Das ist ein Historiker, der sich vor allem mit Krieg und der Ukraine beschäftigt hat. Er sagte in diesem Interview, die Rückkehr zum Nationalstaat sei illusionär, das teile ich, aber mit der Argumentation, der Nationalstaat sei ein Mythos, bin ich skeptisch. Damit geht er mir zu weit. Die Realität des Nationalstaats sollte man nicht unterschätzen. Ich vertrete die These, dass der Nationalstaat noch immer ein wesentlicher Akteur ist. Wie sehen Sie die Rolle des Nationalstaates in diesen Krisenjahren? Kann man davon ausgehen, dass er als Akteur sogar noch stärker geworden ist und die EU-Institutionen möglicherweise sogar zu überspielen verstand und sich ihrer zu bedienen versuchte? Wie sehen Sie die Rolle des Nationalstaates. sprich eines EU-Mitgliedes, im Kontext dieser Krisenjahre?*

41 Jean-Claude Juncker (*1954), luxemburgischer Politiker, 1989 bis 2009 Finanzminister und 1995 bis 2013 Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, 2005 bis 2013 Vorsitzender der Euro-Gruppe und von 2014 bis 2019 Präsident der Europäischen Kommission.

42 Timothy David Snyder (*1969), US-amerikanischer Historiker, 1998 bis 2001 Academy Scholar am Center for International Affairs in Harvard und seit 2001 Professor an der Yale University. Seine Forschungsschwerpunkte sind Osteuropäische Geschichte und Holocaustforschung.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

Hans Reckers: Ich denke, dass in Krisensituationen die Rolle der Nationalstaaten nochmal deutlicher hervortritt. Zum Beispiel gab es damals die Frage, ob es einen einheitlichen europäischen Bankenrettungsfonds gibt oder einen europäisch vernetzten oder halt einzelne Fonds der Mitgliedsstaaten. Die Entscheidung war dann, in den einzelnen Ländern Rettungsfonds zu gründen. Das ist ja in gewisser Weise vergleichbar mit der Diskussion über Eurobonds, dass also gemeinschaftliche Schulden abgelehnt werden. Wir haben natürlich durch die Bilanzaufblahung der EZB eine gewisse Vergemeinschaftung der Schulden, aber es gibt eben keine Eurobonds. In Krisensituationen treten in Europa die Nationalstaaten also noch stärker hervor und gehandelt wird teilweise national, aber möglichst europäisch abgestimmt.

Michael Gehler: *Nun haben wir mit Mario Draghi⁴³ einen sehr exponierten Akteur, der auch einmal sagt, man werde alles unternehmen, was immer es auch kosten mag. Wie ist Draghi im Zusammenhang mit der Rolle der Mitgliedsstaaten und ihren Krisenmanagements zu sehen? Hat durch die Krise nicht auch die EZB an Profil gewonnen sozusagen als politischer Akteur? Haben wir damit ein weiteres supranationales Gemeinschaftsorgan, das zentrale Funktionen hat?*

Hans Reckers: Was ich vorhin sagte, bezog sich auf die Frage nach staatlichem Handeln. Was die Notenbank angeht, ist ja klar: Wir haben im Europa-Raum eine Währung, eine Notenbank und die EZB hat sich ja bewährt in den 20 Jahren und sie hat sich auch in der Krise bewährt.

Michael Gehler: *Nun hat ja die EZB eine Rolle gespielt in der Bewältigung dieser Banken- und Finanzmarktkrise, die eigentlich der ursprünglichen Intention bei der Bildung der EZB zuwiderlief. Wie haben Sie das gesehen? Auf der einen Seite sieht man den Erfolg der EZB und die Rolle, die sie bei der Bewältigung der Krise spielt, auf der anderen Seite ist sie aber keine unabhängige Notenbank, wie man sich das, nach dem Modell der Deutschen Bundesbank, vorgestellt hat, die jenseits von irgendwelchen Einflüssen autonom und nicht politisch agiert bzw. gelenkt wird. Wie haben Sie das verfolgt in den letzten Jahren?*

Hans Reckers: Ich finde, dass die Unabhängigkeit der EZB besteht und auch glaubwürdig besteht. Natürlich agiert die EZB nicht im luftleeren Raum. Die EZB ist an der Eurogruppe ja auch beteiligt und es gibt natürlich vielfältige Kontakte der EZB mit den Mitgliedsstaaten und der Kommission. Sie arbeitet nicht im luftleeren Raum, aber sie handelt schon in eigener Verantwortung. Es gibt in Europa unterschiedliche Interessen und die EZB muss sich für eine bestimmte Politik entscheiden. Ich fand die Null-Zins-Politik schon notwendig nach der Krise, aber möglichst früh hätte die EZB in maßvollen

43 Mario Draghi (*1947), italienischer Wirtschaftswissenschaftler. Von 2006 bis 2011 war Draghi Präsident der Italienischen Notenbank und von 2011 bis 2019 Präsident der Europäischen Zentralbank. Den Posten des italienischen Ministerpräsidenten bekleidete er ab Februar 2021 und trat im Juli 2022 nach Rcktrittsgesuchen zurück.

Schritten den Weg aus dieser Null-Zins-Politik herausfinden müssen. Wir haben jetzt eine Konjunkturabschwächung und in der Konjunkturabschwächung die Zinsen zu erhöhen, ist schwieriger als in einer Wachstumssituation. Die EZB hat die Wachstumsphase für die schrittweise Erhöhung der Leitzinsen nicht genutzt. Das finde ich sehr problematisch, dass wir bis heute die Null-Zins-Politik haben. Ich fand die Anleihekäufe in den Volumina von über 2 Billionen Euro, die jetzt zum Jahresende beendet worden sind, nicht notwendig. Das ist eine viel zu starke Intervention in die Finanzmärkte.

Michael Gehler: *Das heißt, die Entscheidung von Jürgen Stark, der deswegen ja auch seinen Hut genommen hat, würden Sie in der Position eines Chefökonom der EZB für sich persönlich auch so gezogen haben?*

Hans Reckers: Ich teile seine Position. Die Schwelle zum Rücktritt muss halt immer sehr gut überlegt werden. Der Chefökonom der EZB muss die Politik der EZB vertreten und wenn er das in einem wichtigen Punkt nicht kann, dann ist ein Rücktritt berechtigt. Ich finde daher die Entscheidung von Jürgen Stark sehr respektabel.

Michael Gehler: *Sie haben den ESM angesprochen, der im Vorläufer noch der EFSF gewesen ist.*

Jörg Beining: *Ab 2009 begann die sogenannte Eurokrise mit der Bekanntgabe der hohen Neuverschuldung Griechenlands. 2010 wurde der EFSF gegründet und 2011 als Nachfolger der ESM, um eine Staatsinsolvenz zu vermeiden. Wie beurteilen Sie retrospektiv diese Maßnahme?*

Hans Reckers: Ich glaube, dass die Gründung des EFSF und des ESM als Dauereinrichtung absolut notwendig war. Ich glaube auch, dass wir den ESM auf Dauer haben sollten, einfach als Fazilität, die in Krisenzeiten sofort handeln kann. Damals war es ja nicht nur die hohe Neuverschuldung Griechenlands, sondern es waren insgesamt neun Länder in Europa, die in Probleme kamen. Zunächst wurden bilaterale Unterstützungsmaßnahmen beschlossen, bis dann eben die richtige Entscheidung getroffen wurde, den EFSF und dann den ESM zu gründen. Ich glaube, dass zu einer Finanzordnung ein solches Instrument dazu gehört. Das ist sozusagen ein Stück Vervollständigung der Währungsunion, denn man muss für Krisen gerüstet sein.

Michael Gehler: *Sie haben gerade eben von einer Dauerinstitution gesprochen. Ist es richtig, dass man den ESM als dauerhafte Einrichtung schaffen wollte oder war möglicherweise auch die Idee damit verbunden, ihn als eine Übergangslösung zu haben, um daraus später viel mehr zu machen, nämlich möglicherweise einen Europäischen Währungsfonds oder eine Bankenunion? Dann wäre das Ganze nur eine Interimsphase gewesen in Ermangelung eines neuen Unionsvertrages. Wie haben Sie das eingeschätzt? So schnell werden wir ja wahrscheinlich keinen neuen Unionsvertrag bekommen.*

Hans Reckers: Ich glaube, dass ein solcher Interventionsmechanismus notwendig ist. Die Frage ist, in welcher Form er organisiert sein soll. Es gibt ja die Diskussion um den Euro-

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

päischen Währungsfonds. Der frühere Bundesfinanzminister Wolfgang Schauble⁴⁴ ist ja eingetreten für einen solchen Europäischen Währungsfonds. Dieses Instrument brauchen wir. Der EFSF war zunächst als Kriseninstrument gegründet worden, aber der ESM ist auf Dauer angelegt. Er kann natürlich weiter verändert und vervollständigt werden und er kann auch überführt werden in einen Europäischen Währungsfonds. Wir brauchen auf jeden Fall so ein Instrument auf Dauer, mit einem hohen Volumen, das in Krisenzeiten sofort eingesetzt werden kann.

Michael Gehler: *Die Diskussion über die sogenannten systemrelevanten Banken taucht auf im Zuge dieser Banken- und Finanzmarktkrise. Was halten Sie von diesem Ansatz zu sagen, dass man zentrale und entscheidende Player aus dem Bankensektor aussuchen muss, die es verstärkt zu unterstützen gilt, und andere, die weniger relevant sind, im Gegenzug auch die Folgen dieser Zockerei tragen müssen?*

Hans Reckers: Too big too fail – zu groß, um zu fallen – ist erst mal ein Sachverhalt, denn, wenn eine Krise große Institutionen betrifft, dann kann die Gefahr bestehen, dass das Finanzsystem zusammenbricht. Insofern ist too big too fail zunächst mal eine realitätsnahe Aussage. Es ist ja immer wieder so gewesen, dass kleinere Volksbanken und Sparkassen aufgefangen wurden von anderen Volksbanken und Sparkassen, so dass die Verluste in den Säulen der jeweiligen Bankengruppe möglichst aufgefangen wurden. Bei den größten Banken ist das nicht möglich. Es ist ein wichtiges Instrument, dass für große Banken, wegen ihrer Größe, zusätzliches Eigenkapital angeordnet werden kann durch die Bankenaufsicht. Dass man die größeren Banken in einer Krisensituation stärker im Auge behalten muss, ist ganz klar. Sie müssen durch mehr Eigenkapital mehr eigene Vorsorge treffen. Notfalls müssen sie in einer Krise vom Staat gerettet werden. Das soll aber durch den Bankenrettungsfonds, der durch die Bankenabgabe finanziert wird, möglichst vermieden werden.

Michael Gehler: *Von einer Bank ist erstaunlicherweise kaum die Rede gewesen, während wir die Medienberichterstattung der Jahre 2008, 2009 und Folgenden verfolgen konnten: Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die ja mit Basel 2 und Basel 3 gewisse Vorgaben gemacht oder Empfehlungen gegeben hat. Wie ordnen Sie die Rolle der BIZ in Basel ein? Von Tietmeyer wissen wir, dass er regelmäßig dort war und es immer wieder Absprachen gab. Ein wichtiges Forum. Wie haben Sie die in Ihrer Zeit erlebt, ihre Rolle und wie schätzen Sie die ein im Kontext des Krisenjahrzehnts?*

Hans Reckers: Die BIZ ist eine sehr wichtige Institution. Im Grunde gibt es zwei wichtige Zentren der internationalen Kooperation. Das ist einmal der Währungsfonds in Washington und das ist die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel. In Basel finden

44 Wolfgang Schäuble (*1942), deutscher Politiker, 1991 bis 2000 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1998 bis 2000 Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern, 2009 bis 2017 Bundesminister der Finanzen und von 2017 bis 2021 Präsident des Deutschen Bundestages.

alle zwei Monate die Treffen der Notenbankgouverneure statt. Auch der amerikanische Notenbankgouverneur und der japanische Notenbankgouverneur kommen zu diesen Sitzungen. Es gibt eben diese internationalen Gremien, die Empfehlungen beschließen, die durch einzelne Staaten oder durch die EU umgesetzt werden müssen. Das begann 1988 mit Basel 1. Es kommen immer wieder neue Pakete, die von der EU umgesetzt werden müssen in Verordnungen und Richtlinien und dann zum Teil auch von den Nationalstaaten. Die BIZ ist eine absolut wichtige Institution, die nicht mit großen Volumina wie der Währungsfonds oder der ESM intervenieren kann, sondern für die Koordination von Maßnahmen sorgt. Dafür ist sie der zentrale Ort. Ich war in meiner Zuständigkeit für das Bargeld in der Bundesbank auch Mitglied eines Gremiums, wo technische Einzelheiten bezüglich des Bargeldes koordiniert wurden. Die Rolle kann gar nicht überschätzt werden und ist fast so wichtig wie die Rolle des Währungsfonds.

Michael Gehler: *Eine weitere Bank, die während dieser Krisen auch kaum Erwähnung fand: Die Europäische Investitionsbank in Luxemburg. Die ist für die Kreditvergabepolitik zuständig – im Gegensatz zur Geldpolitik der EZB. Wie ist diese Bank einzuordnen? Sie ist eine Gründungsinstitution der EU und existiert seit 1958. Die hat man medial nicht wahrgenommen.*

Hans Reckers: Sie spielt eine andere Rolle. Die Europäische Investitionsbank ist keine Institution im Sinne dieses Institutionengeflechts für die Finanzstabilität, sondern sie soll neben den Geschäftsbanken öffentliche Investitionen finanzieren. Die Volumina sind aber nicht so groß, dass sie systembestimmend sind, sondern sie sind eher eine ergänzende Fazilität, um Investitionen zu finanzieren. Wenn es darum geht, wie die öffentlichen Investitionen zusätzlich erhöht werden können, etwa durch den Juncker-Plan, dann spielt die EIB natürlich eine wichtige Rolle und ist mit der KfW in Deutschland vergleichbar.

Deborah Cuccia: *Wir gehen mit der nächsten Frage in die fünfziger Jahre zurück: Es gab 1953/54 einen Schuldenschnitt für die Bundesrepublik, als sie die Reparationszahlungen an die USA und an England nicht mehr zahlen musste. Ist das mit Szenarien wie Griechenland vergleichbar?*

Hans Reckers: Das ist nicht so direkt vergleichbar. Damals ging es um die Nachkriegssituation. Mit Griechenland gab es ja einerseits auch einen Schuldenschnitt privater Gläubiger und dann sind natürlich die Kredite der öffentlichen Institutionen mit Tilgungen mit sehr langer Laufzeit bedacht worden mit sehr niedrigen Zinsen, was ja fast mit einem Schuldenschnitt vergleichbar ist – wenn die Zinsbelastung sehr niedrig ist und die Tilgung weit in die Zukunft verschoben wird.

Michael Gehler: *Es ist interessanterweise während dieser Griechenlandkrise auch auf die Kriegszeit geblickt worden. Ich erinnere mich an eine Einschätzung von Constantin Goschler⁴⁵ von der Ruhr-Uni Bochum, der etwas süffisant meinte, eigentlich sei der Um-*

45 Constantin Goschler (*1960), deutscher Historiker, seit 2006 Professor an der Ruhr-Universität

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

stand, dass der Nationalbankschatz der Griechischen Nationalbank von der Deutschen Wehrmacht konfisziert worden ist, gegenzurechnen mit Blick auf die Bewältigung der Griechenlandkrise ab 2010 und die griechische Seite hätte durchaus einen begründeten Anspruch darauf, den Sachverhalt geregelt zu sehen. Es beginnt ja auch eine grässliche Situation, die vermutlich auch mit der heutigen vergleichbar ist, wenn man sich mal Matteo Salvini⁴⁶ und Emmanuel Macron⁴⁷ anschaut. Es beginnt in dieser Finanz- und Bankenkrise auch eine Art Instrumentalisierung der Kriegszeit, der Feindbilder und der Stereotypen. Merkel wird mit Hitlerbärtchen dargestellt bei einem Besuch in Athen. Wie hat man das eigentlich aus Sicht von Finanz- und Wirtschaftsexperten gesehen? Bekam man da Unbehagen, dass da der Geist aus der Flasche heraussteigt? Hat man versucht, das zu negieren oder zu ignorieren? Oder hat man das sehr ernst genommen und versucht, Gegenstrategien zu entwickeln? Hat man da Kommunikationsstrategien entwickelt? Das hat weniger mit Ökonomie zu tun als mit der Frage, wie man umgeht in einem veränderten Stimmungsumfeld, wo tatsächlich die bösen Geister der Geschichte herausgeholt und benutzt werden, um Politik zu machen und um Schuldentilgungspolitik zu betreiben? Welche Erinnerungen haben Sie an diese Fassetten der Krisengeschichte?

Hans Reckers: Sie haben eben in dem Währungsraum Euro ganz erhebliche Spannungen – reiche Länder, arme Länder, unterschiedliche Schuldenquoten. Maastricht-Kriterien und Stabilitätspakt haben die Mitgliedsstaaten des Euro auf Stabilitätspolitik verpflichtet. Der Wegfall von Abwertungsmöglichkeiten in der gemeinsamen Währung hat z. B. für Italien zum Rückgang des Exports geführt. Wir haben eben, sowohl in der EU als auch im Euroraum, nach wie vor die Nationalstaaten als wichtige Akteure und auch die Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Problemen und unterschiedlichen Strukturen was den Export angeht, unterschiedliche Traditionen was Inflation und Verschuldung angeht und wir haben trotzdem gemeinsame Regeln. Diese Regeln müssen eingehalten werden und die Spannungen müssen immer wieder eingefangen werden. Diese Spannungen sind es, die diese Vergangenheitsbilder heraufbeschwören. Die Politik tut natürlich gut daran, die gemeinsame Gegenwart und die gemeinsame Zukunft in den Vordergrund zu stellen und nicht die Kriegsvorgänge.

Michael Gehler: *Nachfrage: Es ist auch für uns Historiker kaum anders, nur, dass wir in die Vergangenheit schauen müssen. Sind manche Eurozonenmitglieder noch nicht reif für den Euro? Kulturell, mental? Das wäre die eine Frage. Wie steht es mit einem Abschluss? Sie haben Schäuble ja schon angesprochen, der den IWF schon lange ins Spiel*

sität Bochum.

46 Matteo Salvini (*1973), italienischer Journalist und Politiker, 2004 bis 2018 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2013 Föderaler Parteisekretär der Lega, seit 2015 Stellvertreter der Vorsitzenden der Fraktion Europa der Nationen und Freiheit im Europäischen Parlament und von 2018 bis 2019 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett Conte I. der Italienischen Republik.

47 Emmanuel Jean-Michel Frédéric Macron (*1977), französischer Politiker, 2014 bis 2016 Wirtschaftsminister, seit 2017 Staatspräsident der Französischen Republik und seit 2022 wieder gewählt.

gebracht hat und sichtbar für alle über einen Spiegel-Artikel hat durchblicken lassen, dass er eigentlich dafür ist. Er konnte sich wohl nicht durchsetzen gegenüber Angela Merkel. Was haben Sie da eigentlich gedacht als dieser Artikel erschienen ist und es hieß, Griechenland solle ausscheiden?

Hans Reckers: Die Aufnahmekriterien für den Euro sollen ja die Euroreife von potentiellen Kandidaten feststellen: Höchstens 60% Schuldenstand, höchstens 3% jährliches Defizit, aber eben über den Konjunkturzyklus ausgeglichen. Die Länder haben eben eine unterschiedliche Wirtschaftsstärke und eben auch unterschiedliche Erfahrungen, Italien beispielsweise. In Italien gibt es fast jedes Jahr eine höhere Inflation als in Deutschland. Früher wurde das durch Abwertungen ausgeglichen. Das Instrument der Abwertung gibt es nicht mehr. Dadurch verliert Italien Jahr für Jahr an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Die italienischen Unternehmerverbände machen ja häufig sehr klare Stellungnahmen, dass die Stabilität in Italien verbessert werden muss, weil es eben die Abwertung als Ausgleichsmechanismus nicht mehr gibt. Italien hat in den letzten 15 Jahren circa 25% seines Exportvolumens eingebüßt.

Eine Währung muss sehr langfristig angelegt sein – eigentlich auf Dauer. Sonst haben diejenigen, die in dieser Währung Forderungen oder Schulden haben, das Problem, dass eine Währungsumstellung zu Verlusten führen kann. Deshalb muss man sehr sorgfältig entscheiden, wer in eine Währung aufgenommen wird. Die Schwelle dafür sollte auch sehr hoch sein. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass in den Euro sozusagen Länder aufgenommen werden, Länder wieder ausscheiden müssen und damit die internationalen Kapitalmärkte nicht die Sicherheit haben können, dass Investments in Euro auf Dauer angelegt sind. Insofern glaube ich, dass es schon gute Gründe gab, Griechenland in der Eurozone zu halten. Man braucht eine sehr hohe Hemmschwelle für Veränderungen der Mitgliederstruktur – insbesondere auch für Ausschlüsse. Es mag sein, dass es für Griechenland in einer bestimmten Situation möglich gewesen wäre, aber letztlich finde ich das Verbleiben Griechenlands im Euroraum besser, weil es nochmal diesen „Ewigkeitsanspruch“ einer Währung unterstreicht.

Michael Gehler: *Sehr deutlich wurde dann ja auch, dass die deutsche Entscheidung, dass Griechenland im Euroraum bleiben sollte, eine höchst politische Entscheidung war – jenseits ökonomischer Daten und Fakten über Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.*

Hans Reckers: Das war eben sehr teuer und wurde zu einem großen Teil über den ESM finanziert.

Michael Gehler: *„Whatever it takes.“ Sie haben im Grunde ja auch verstanden und geteilt, dass Merkel hier das letzte Wort gehabt hat.*

Hans Reckers: Allgemeine Politik spielt immer eine Rolle. Ich finde, dass ein dauerhafter Mitgliederbestand einer Währungsunion auch ein Wert an sich ist, damit die Finanzmärkte darauf vertrauen können, dass der Euro eben eine dauerhafte Währung in den Mitgliedsländern ist.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

Jörg Beining: *Wie haben Sie Frau Merkel in den Krisenjahren von 2008 bis 2012 – Bankenkrise, Finanzkrise, Griechenlandkrise – erlebt?*

Hans Reckers: Merkel ist schrittweise immer stärker in eine Führungsrolle in Europa hineingewachsen – wahrgenommen häufig zusammen mit Frankreich. In der Krise wird, das hatten wir ja schon besprochen, die Rolle der Nationalstaaten wieder wichtiger. Das hat Merkel natürlich auch in diese Position gebracht. In normalen Zeiten sind die Institutionen der EU in der Europapolitik von großer Bedeutung, weil auch nur die Kommission das Initiativrecht für Regelungen hat. In Krisenzeiten kommt es stärker auf die Nationalstaaten an und Angela Merkel hat absolut die Führungsrolle wahrgenommen und das letztlich auch mit großem Erfolg.

Michael Gehler: *Es gab Kritik an Merkel in der ersten Hälfte 2010 – von Helmut Schmidt⁴⁸ und von Jean-Claude Trichet.⁴⁹ Die warfen ihr vor, sie habe noch die Wahlen in Nordrhein-Westfalen abwarten wollen und damit wertvolle Zeit vergeben. Wenn man mindestens eine Dissertation über Merkels Rolle in der Finanzkrise schreibt, dann wird man vermutlich tatsächlich verschiedene Phasen unterscheiden müssen. Grundsätzlich teile ich auch Ihre Einschätzungen, einer führenden und zentralen Rolle Angela Merkels. Letztlich gibt Erfolg einem Politiker immer Recht, somit war ihr Handeln auch ergebnisorientiert.*

Würden Sie an manchen Punkten Abstriche machen von dieser Generalthese, dass Angela Merkel manchmal möglicherweise innenpolitische Prioritäten hatte? Damals, das muss man auch dazu sagen, war der Koalitionspartner die FDP. Das wirft die Frage auf, wir haben ja schon über Merkel und Steinbrück gesprochen: Ist eine Große Koalition manövrierfähiger und tragfähiger? Vielleicht auch besser abgesichert als mit einem kleinen Koalitionspartner? Wie haben Sie das Szenario gesehen? Deutschland unternimmt Krisenmanagement in Formen unterschiedlicher Regierungskonstellationen. Was sind da Ihre Einschätzungen und Beobachtungen gewesen?

Hans Reckers: Ich finde, dass die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Bundesregierung immer gewährleistet war, sowohl in der Koalition mit der FDP als auch in der Großen Koalition. Die Landtagswahlen mögen ein Motiv gewesen sein, wann man was angeht, aber andererseits ist die Rettung eines EU-Mitgliedsstaates wie Griechenland eben auch verbunden mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand. Es sind wohl insgesamt 330 Milliarden Euro gewesen. Das ist ja eine Entscheidung, die man nicht so einfach schnell treffen kann. Im Vordergrund muss dabei ja auch die Eigenverantwortung

48 Helmut Heinrich Waldemar Schmidt (*1918; †2015), deutscher Politiker, 1967 bis 1969 Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen und 1974 bis 1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

49 Jean-Claude Trichet (*1942), französischer Ökonom, 2003 bis 2011 Präsident der Europäischen Zentralbank.

der Staaten stehen, dass die Staaten selber genügend Maßnahmen treffen. Das kann dann sozusagen stabilisiert und ergänzt werden durch Entscheidungen der Gemeinschaft.

Ob Deutschland wirklich zu zögerlich war in der ersten Phase der Griechenlandkrise, weiß ich nicht. Meine Sichtweise ist es nicht, weil man sich ja gut überlegen muss, ob man in einer solchen Situation Schulden anderer Länder übernimmt und sozusagen die externe Schuld eines Staates von privaten Gläubigern fast vollständig auf öffentliche Gläubiger umstellt. So ist es ja in Griechenland geschehen. Solche Entscheidungen brauchen Zeit und ich glaube nicht, dass sich die Krise dadurch verschärft hat. Die Beurteilung wäre dann anders, wenn die Krise noch auf andere Länder übergegriffen hätte.

Michael Gehler: *Interessant war ja, wie sich damals die Schlagzeilen veränderten, was das Ausmaß der griechischen Schulden und des Bedarfs an entsprechender Hilfe anging. Das geschah in kürzeren Zeitabständen. Nicht nur die Volumina, sondern auch die Anzahl der Rettungspakete wuchs nach und nach immer mehr an. Das hat den Argwohn und die Skepsis in der deutschen Öffentlichkeit nicht gemindert.*

Hans Reckers: In diesen dreistelligen Volumina Verpflichtungen zu übernehmen, bedarf weitreichender Entscheidungen. In Deutschland haben wir sowieso in der Einstellung zum Euro Vorbehalte in Teilen der Bevölkerung. Das hat auch zur Gründung der AfD geführt. Man muss sich eben immer wieder ganz klar vor Augen halten: Das Eingehen einer gemeinsamen Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft. Die Staaten verketteten sich durch eine Währung. Die Entwicklungen in einzelnen Ländern haben Auswirkungen auf andere Länder. Deshalb hat die Entscheidung über Eintritt und Ausstoß aus der Währungsunion eine ganz hohe Bedeutung. In der Währungsunion sind eben auch solche Entscheidung mit einer solchen Höhe der Haftungsübernahme, einer solchen Höhe der Kredite auch notwendig. Das hat dann sehr starke politische Rückwirkungen.

Michael Gehler: *Diese Konditionalität war vermutlich das stärkste Argument, das Angela Merkel als Kanzlerin haben konnte. Andererseits haben diese Bedingungen Rückwirkungen in den Ländern gehabt. Das hat auch dazu geführt, das Dominik Geppert⁵⁰ aus Bonn ein Buch geschrieben hat: Das Europa, das es nicht gibt. Der Euro als Spaltpilz. Der Euro ist demnach gar nicht das, was Helmut Kohl⁵¹ gehofft hat, dass er sein würde, nämlich der große Einiger.*

Hans Reckers: Der Euro löst Spannungen aus.

50 Dominik Geppert (*1970), deutscher Historiker, 2010 bis 2018 Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und seit 2018 Professor an der Universität Potsdam.

51 Helmut Josef Michael Kohl (*1930; †2017), deutscher Politiker, 1969 bis 1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1973 bis 1998 Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union (CDU) Deutschlands und 1982 bis 1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

Michael Gehler: *Wie sehen Sie dieses Spannungsverhältnis zwischen Schicksalsgemeinschaft auf der einen Seite und Spaltpilz auf der anderen Seite. Ist das gelöst? Ist das noch offen? Spricht am Ende doch mehr für die Schicksalsgemeinschaft? Muss ein Salvini davor zurückschrecken, aus dem Euro auszutreten, weil die Phantomschmerzen zu groß wären für ein Land, das 25% Exporteinbußen hinnehmen muss und unter dieser Politik auch leidet?*

Hans Reckers: Der Euro als gemeinsame Währung löst Spannungen aus und setzt der nationalen Politik eindeutig Grenzen. Eine expansive Finanzpolitik ist eben in den Verschuldungsmöglichkeiten ganz klar begrenzt. Deutschland hat mit der Schwarzen Null seit einigen Jahren erreicht, die Staatsschuld Schritt für Schritt unter 60% zu bringen, während wir im Durchschnitt der Euroländer aber noch fast bei 90% sind. Das zeigt eben, wie stark der Handlungsbedarf ist und wie stark eine gemeinsame Währung die Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten begrenzt. Das wirkt von der Finanzpolitik in alle anderen Politikbereiche hinein. Aber die Begrenzung des Schuldenaufnahme ist im gemeinsamen Stabilitatsinteresse.

In der Krisenbewältigung, da haben Sie die Konditionalität ja erwähnt, gilt: Jedes Rettungspaket war verbunden mit Bedingungen für die Länder und Griechenland musste dann ja generell in der Finanzpolitik erhebliche Kürzungen vornehmen. Das hat in Griechenland und in anderen Ländern zu großen Spannungen geföhrt. Das greift dann ja auch in die allgemeine Politik über, wenn es heißt, Deutschland und die anderen Länder wollen den Mittelmeerländern Vorschriften machen und ihre Handlungsmöglichkeiten begrenzen. Es ist aber eine Notwendigkeit in einer Wahrungunion, dass die Regeln dieser Union eingehalten werden müssen. Das ist die andere Seite der Medaille. Bei Rettungspaketen ist die Konditionalität ja ein schwerwiegender Eingriff in die Innenpolitik des betroffenen Landes aber eben notwendig. Durch die gemeinsame Währung haben sich die Länder wirklich miteinander verkettet.

Michael Gehler: *Dennoch bleibt die Frage: Spaltet der Euro, weil Deutschland die dominante Rolle einnehmen kann und muss, aufgrund der Regeln? Man kann diese Regelkonformitatsforderung argumentativ begründen, aber erzeugt sie letztlich so viel Unmut und Abwehr, dass sogar für unmöglich gehaltene Koalitionen entstehen können wie in Italien, wo Rechts- und Linkspopulisten gemeinsam eine Regierung bilden? Die ziehen mehr oder weniger an einem Strang – auch wenn Luigi Di Maio⁵² als schwächere Figur erscheint und Salvini poltert und aus allen Rohren schießt. In Italien ist das aber offensichtlich mehrheitsfähig. Die europäische Schicksalsgemeinschaft steht vor dem Problem, gespalten zu werden.*

Hans Reckers: Ich würde nicht sagen, dass die Wahrungunion spaltet. Die Länder haben sich ja freiwillig in diese Union hineinbegeben. Die Regeln sind gemeinsam vereinbart. Man begibt sich freiwillig durch eine Entscheidung hinein, vereinbart gemeinsame

52 Luigi Di Maio (*1986), italienischer Politiker, von 2018 bis 2019 Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Arbeit und Sozialpolitik und seit 2019 Außenminister von Italien.

Regeln, aber die Einhaltung dieser Regeln stellt manche Länder vor erhebliche Probleme. Ich will nicht sagen, dass der Euro spaltet, aber der Euro löst erhebliche Spannungen aus, die sich dann in solchen Krisen immer wieder entladen. Deshalb bleibt die Währungspolitik eine Zone, aus der Probleme entstehen können. Das ist kein ruhiger, selbstverständlicher Teil der Politik, sondern immer wieder kommen dort diese Spannungen zum Ausdruck, weil die Nationalstaaten und deren Volkswirtschaften in einer unterschiedlichen Situation sind.

Michael Gehler: *Kann man diese Problematik mit dem Länderfinanzausgleich auch mit ganz anderen und höheren und natürlich noch aufgeladeneren Konstellationen vergleichen? Mit noch divergenteren Wirtschaftskulturen und Währungskulturen und Haushalts- und Budgetkulturen? Muss es diesen Ausgleich auch in Deutschland auf Länderebene immer wieder geben? Der ist ja nicht unumstritten und befindet sich ständig in Bewegung. Einmal war sogar Bayern der Empfänger. Das hat sich sehr gedreht, jetzt ist Bayern der Geber und regt sich sehr über Berlin als Empfänger auf. Ist dieser Ausgleich in dem Sinne ein deutsches Modell? Damit sind wir bei der Transferunion und bei den Eurobonds. Kommt es noch so weit oder ist das die rote Linie in Deutschland, über die niemand rübergehen kann?*

Hans Reckers: Es stellt sich die Frage, ob aus der EU und der Eurozone ein richtiger Bundesstaat entsteht mit einem Finanzausgleich, mit gemeinsamer Verschuldung und so weiter. Wir sehen ja sehr eindeutig, dass die Voraussetzungen dafür fehlen. Die Bevölkerung ist zu dieser Art Solidarität und Schicksalsgemeinschaft nicht bereit. Gemeinsame Währung ja, Umverteilung nein – das scheint mir sehr eindeutig das Bild zu sein. Eine Transferunion ist nicht gewollt und deshalb denke ich, dass wir diesen Zustand managen müssen, dass wir sozusagen partielle Staatlichkeit in Europa haben, aber keinen Bundesstaat. Es ist aber mehr als ein Staatenbund. Einige Bereiche sind vollständig vergemeinschaftet: Währung, Außenhandel, andere Bereiche teilweise wie z. B. Binnenmarkt. Wir haben nur einen partiellen Staat, aber eine gemeinsame Währung. Wenn in Ländern Probleme auftreten, insbesondere die Stabilitätskriterien nicht eingehalten werden, müssen dafür Lösungen gefunden werden. Die Länder müssen letztlich diese Bedingungen einhalten. Wenn sie dauerhaft diese Bedingungen nicht einhalten, dann müssen sie eben aus der Währungsunion ausscheiden. Ich hatte aber vorhin schon erwähnt: Die Dauerhaftigkeit einer Währung ist ganz wichtig für die Akzeptanz in den Finanzmärkten, weshalb wichtig ist, dass Krisen frühzeitig angegangen und möglichst vermieden werden.

Michael Gehler: *Wir haben von verschiedenen Phasen der Krisenbewältigung durch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gesprochen. Wir haben auch eine Phase von 2014 bis 2016, als es dann ganz andere Krisen gibt, nämlich Destabilisierungsmaßnahmen Wladimir Putins⁵³ in der Ost-Ukraine mit der Annexion der Krim, dann die Flücht-*

53 Wladimir Wladimirowitsch Putin (*1952), russischer Politiker, 1999 bis 2000 und 2008 bis 2012 Ministerpräsident und 2000 bis 2008 und seit 2012 Staatspräsident der Russischen Föderation.

„Eine gemeinsame Währung bedeutet die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft.“

lingskrise – eigentlich eine Integrationskrise, die auch global zu kontextualisieren ist – und jetzt natürlich die Brexit-Debatte, die wir jetzt in den letzten Tagen verfolgen können. Welche Rückwirkungen hatten diese Krisen auf die Frage des Euroraums mit Blick auf die Finanzen und die Wirtschaft. Wie würden Sie das einordnen und auch das Management von Merkel diesbezüglich? Da frage ich Sie eben auch als Beobachter, als Zeitzeuge und Akteur im Lichte Ihrer langjährigen Erfahrung als Finanzexperte.

Hans Reckers: Das sind sehr unterschiedliche Krisen.

Brexit: Wir sind jetzt noch in einer Phase, in der unklar ist, unter welchen Bedingungen der Brexit stattfinden wird. Ich glaube, dass man schon sagen kann, dass in Krisen die Rolle der Nationalstaaten wichtiger wird. In diesen Krisen zeigt sich, dass die Nationalstaaten weiterhin die wichtigsten Akteure sind. Beim Brexit war ja schon bemerkenswert, dass die EU eine einheitliche Haltung der 27 entwickelt hat.

Bei der Flüchtlingskrise wäre es natürlich gut gewesen, wenn es früher eine europäische Abstimmung gegeben hätte – vielleicht sogar von Anfang an. Vielleicht wäre das auch bei der Energiepolitik, dem Ausstieg aus der Kernenergie, besser so gewesen. Diese verschiedenen Krisen zeigen eben, dass nach wie vor die Nationalstaaten wichtige Akteure sind. Die Rolle Deutschlands ist durch diese Krisen noch wichtiger geworden als vorher.

Michael Gehler: *Das ist interessant. Es gibt ja auch Kritik daran, dass Deutschland oder Merkel mit ihrer Äußerung „Wir schaffen das“ – auch bezogen auf europäische Solidarität – Europa gespalten hatten. Der Vorwurf ist, man habe sich dadurch isoliert, auch durch die innenpolitischen Konflikte, der verzögerten Regierungsbildung, das Scheitern der Jamaika-Koalition, dann der Streit innerhalb der Union. Das alles habe zu einer Art Selbstisolation und Lähmung – Stichwort lahme Ente – beigetragen. Andererseits vertreten Sie die These, die meiner Ansicht nach viel Plausibilität hat, dass Deutschland durch diese Krisen, durch diese Multikomplexitätskrisen-Konstellation mehr und mehr zum zentralen Krisenmanager aufstieg und die Chance bekam, zu zeigen, was es kann. Das wurde ja letztlich auch gefordert. Dieses Dilemma, zu dominant zu sein oder zu wenig Krisenmanagement zu betreiben, ist ja immer wieder zu spüren. Auf der einen Seite fordert man, dass Deutschland mehr tun soll und aus seiner selbstverschuldeten Kleinmachung herauszutreten, aber andererseits ist es dann auch wieder zu viel. Man kann es also niemandem recht machen. Ist das ein deutsches Problem, dass man es nie jemandem recht machen kann – aufgrund der Größe und seiner Potentiale? Man ist nicht so groß, dass man alle beherrschen kann, aber man ist doch zu groß, dass sich alle vor einem fürchten. Haben Sie das auch so verspürt? Dieses Dilemma der halben Hegemonie, dass man einerseits nie voll durchgreifen kann, aber andererseits doch so mächtig ist, dass man immer wieder Ängste und Vorurteile provozieren kann, die ständig wieder aufblühen in Karikaturen oder auf Postkarten und sonst wo.*

Hans Reckers: Die anderen europäischen Länder erwarten natürlich schon, dass Deutschland eine Führungsrolle spielt, aber eben eingebettet in den europäischen Kontext. Der größte Akteur mit einer europäisch eingebetteten Führungsrolle, so sollte sich Deutschland auch verhalten. In der Flüchtlingskrise hätte von Anfang an mehr europäisch

abgestimmt werden sollen. Wir haben in der Außen- und Verteidigungspolitik nur sehr beschränkte europäische Kompetenzen. In der Außenpolitik sehen wir natürlich noch stärker die Rolle der Nationalstaaten, die auch gar nicht vermeidbar ist.

Michael Gehler: *Danke für das Gespräch!*

Personenregister

- Abelshausen, Werner 246-247
Acemoglu, Daron 240
Adams, John 337
Adenauer, Konrad Herrmann Joseph 48, 60, 79, 185, 324, 329, 358, 375
Adorno, Theodor Ludwig 175, 191
Algermissen, Joachim 8, 38, 42, 44, 47, 56
Anderson, Benedict 136
Arendt, Hannah 181, 190-191, 195
Aristoteles 30, 144, 174, 193
Asmussen, Jörg 101
Atatürk, Mustafa Kemal 330
Augustus (Gaius Octavius) 192
- Baker, James Addison 379-380**
Bauer, Wilhelm 223
Becker, Peter 150-151, 156
Beckerath, Erwin von 235
Beining, Jörg 37, 45, 59, 78, 81, 84, 94-95, 99-100, 102, 104, 107, 110, 173, 179, 184, 189, 195, 200, 212, 216, 218-219, 241, 243, 245-246, 248, 250, 252, 255, 258-260, 262, 264, 275, 277-278, 282-283, 287, 297, 300, 392, 398, 403
Berle, Adolf 313
Berlin, Isaiah 279-280
Biedenkopf, Kurt Hans 60, 382, 386
Biermann, Wolf 176
Bismarck, Otto Eduard Leopold von 151, 253, 330
Blair, Anthony (Tony) Charles Lynton 92
Blüm, Norbert Sebastian 65
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 152-153
Böhm-Bawerk, Eugen 59-60
Böhme, Hartmut 177
Brandt, Willy 76, 79, 107, 336, 386
Bredekamp, Horst 177
Breschnew, Leonid Iljitsch 329
Brefgott, Jan Torben 279, 284, 289, 291
Bruckbauer, Stefan 8, 91
Brück, Alwin 211, 214, 257
Brüning, Heinrich 304, 361, 364
Brunnermeier, Markus Konrad 7, 17, 93, 158, 244, 390
Brzezinski, Zbigniew Kazimierz 362
Buchanan, James McGill 200, 218-219
- Budd, Allan 49
Butler, Gerard 178
- Camdessus, Michel 83
Carell, Erich 31, 36
Carter, James Earl (Jimmy) 327
Cheney, Richard Bruce (Dick) 326
Chevènement, Jean-Pierre 83, 91
Chirac, Jacques 58, 83, 262, 290
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 329
Churchill Winston Leonard 261, 331, 335
Ciampi, Carlo Azeglio 264
Cicero, Marcus Tullius 30
Clapham, Ronald 276-277
Clasen, Michael 348
Clay, Lucius Dubignon 246
Clement, Wolfgang 8
Conrad, Joseph 172
Coppola, Francis Ford 172
Cramm, Severin 8, 33, 43, 175, 180, 186, 190, 197, 280, 285, 292, 295, 300, 330, 334, 338, 341, 348, 353
Crouch, Colin 161
Cuccia, Deborah 393, 400
- Därmann, Iris 177**
Dafflon, Bernard 217
Dahrendorf Ralf 163, 191
Darwin, Charles 188-189
Dathe Uwe 221
Davidsohn, Heinz 8
De Gaulle, Charles 34, 107, 329, 331, 376, 386
De la Vega, Joseph 308-309
Delors, Jacques Lucien Jean 83, 89-91, 164, 166, 331, 349, 357, 368
De Tocqueville, Alexis 174, 199
Di Maio, Luigi 405
Draghi, Mario 63, 65, 120, 126-127, 208, 295, 345, 350, 352-353, 370, 397
Drucker, Peter Ferdinand 350
Duisberg, Friedrich Carl 119
Duisenberg, Willem (Wim) Frederik 43, 50-54, 56, 63, 387
DuPont Chandler junior, Alfred 351
Dutschke, Alfred Willi Rudolf (Rudi) 173, 376

- Eder, Klaus 174
 Eichel, Hans 8, 55, 392
 Eppelmann, Rainer 176
 Erdmann, Karl Dietrich 378
 Erhard, Ludwig Wilhelm 222, 235-236, 246,
 252, 253, 256, 277, 378
 Eucken, Rudolf 221
 Eucken, Walter 35-36, 47, 205, 219, 220-222,
 224, 235
- Falter, Jürgen Wilfried 340
 Fazio, Antonio 46
 Feld, Bennet Luca 218
 Feld, Christoph 210
 Feld, Elfi 210
 Feld, Günter 210
 Feld, Immanuel Jonas 217
 Feld, Lars Peter 5, 17, 205-207, 210-216, 218-
 219, 221-225, 227-238, 240-245, 247-266
 Feld, Leon Gabriel 218
 Feld, Peter 212
 Feld, Susanne 216
 Fels, Gerhard Karl 326
 Ferguson, Niall 308
 Fergusson, Adam 308, 338-339
 Fest, Joachim Clemens 347
 Fischer, Joseph Martin (Joschka) 53, 98
 Fischer, Karsten 131, 134, 175, 177-179, 182
 Fontane, Theodor 171
 Forsthoff, Ernst 133, 193
 Foucault, Michel 174, 188
 Frey, Bruno 213, 214, 216
 Freytag, Andreas 221
 Friderichs, Hans 44
 Friedberg, Aaron 326
 Friedman, Milton 36
 Fütterer, Heinz 35
- Gabriel, Sigmar 362
 Galbraith, John Kenneth 308
 Gaspar, Vitor Louçã Rabaça 12, 55
 Gauck, Joachim 176
 Gehlen, Arnold 182
- Gehler, Michael 7-8, 10-11, 14, 20, 30, 32,
 34-35, 38, 44-48, 50, 53, 57, 59-62, 66-68,
 76-77, 79-81, 84-85, 87-89, 91-93, 95-96,
 98-99, 102-110, 112, 114-118, 152, 170,
 176, 181, 187, 192, 198, 208-211, 214-215,
 218-219, 224-225, 232-233, 239, 241, 243,
 254-266, 275, 277-278, 281, 283, 285-286,
 290-292, 294-295, 297-301, 323-327, 329-
 331, 333-340, 342-346, 348-364, 373-374,
 376-380, 382-408
- Geithner, Timothy Franz 110
 Germar, Manfred 35
 Germer, Andrea 276, 279, 284, 287-288, 293,
 328, 332, 337, 346, 347, 351, 356
 Gernhuber, Joachim 375
 Giersch, Herbert 221
 Gilpin, Robert 326, 338
 Giscard d'Estaing, Valéry Marie René 8, 80,
 90
 Genscher, Hans-Dietrich 27, 57
 Geppert, Dominik 404
 Glass, Carter 311
 Goethe, Johann Wolfgang von 136, 178
 Goldscheid, Rudolf 137
 Goldschmidt, Nils 221
 Gordon Brown, James 92
 Goschler, Constantin 263, 400
 Graeber, David 189
 Greenspan, Alan 58, 101
 Groß, Steffen 280
 Guardini, Romano 375
 Guérot, Ulrike 139, 202
 Guterres, António 26
 Gysi, Gregor 176
- H**abermas, Jürgen 16, 140, 155, 170, 174, 203
 Häring, Norbert 342
 Häußermann, Hartmut 174
 Hallstein, Walter Peter 10, 329
 Hamilton, Alexander 132, 140, 141, 165
 Handler, Heinz 8
 Hasset, Kevin Allen 226
 Hayek, Friedrich August von 35, 47, 220, 221,
 240, 280
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 191, 199,
 324, 332, 335
 Heidegger, Martin 222
 Hensel, Karl Paul 220
 Hilferding, Rudolf 187, 315
 Hitler, Adolf 363-364, 347

Personenregister

- Hobbes, Thomas 134, 138, 144-145, 188-189
Hobson, John 187
Hoffmann, Lutz 77
Hofstede, Geert 303
Hoppmann, Erich 220-221
Houellebecq, Michel 172
Hoyer, Werner 12, 14-15, 21, 119-120, 122-128
Huber, Viktor Aimé 312
Huhnholz, Sebastian 5, 15-16, 131-167, 170-173, 175-177, 179-181, 184-189, 191-192, 194-195, 197-200
Hume, David 341
- Issing, Otmar 5, 10, 12-13, 25-26, 30, 32-35, 37-39, 42, 44-50, 54-69, 88, 101, 155
- James, Harold 7, 15, 93, 244, 342-343, 390
Jesus Christus 173
Juncker, Jean-Claude 122-124, 297, 396, 400
- Kahnemann, Daniel 364
Kaiser, Karl 326-327
Kant, Immanuel 61, 171, 199, 324, 349-350
Kantzenbach, Erhard 220
Kapoor, Sony 310-311
Karl der Große 261, 328, 342
Kaube, Jürgen 199
Keynes, John Maynard 33, 36, 65, 162, 364
Kiesinger, Kurt Georg 76, 378
Kindleberger, Charles Poor 308-309, 327, 347
Kinkel, Klaus 53
Kirchgässner, Gebhard 188, 214, 216-217, 219
Kirsch, Robert 212
Kissinger, Henry Alfred 326
Köhler Claus 28, 40-41
Köhler, Horst 86-87, 379
Kohl, Helmut Josef Michael 13, 20, 26-27, 42-45, 50, 53, 57, 59-60, 89-90, 98-99, 103, 215, 255, 264-265, 284, 343, 355, 357, 380, 386, 388, 404
Koselleck, Reinhart 181-182
Kreisky, Bruno 386
Kromphardt, Wilhelm 236
Krug, Manfred 176
Krupp, Hans-Jürgen 236-238
Kues, Hermann 376
Kullmer, Lore 78
- Lafontaine, Oskar 55, 94-95
Lambsdorff, Otto, Graf 88, 215
Landau, Jean-Pierre 7, 15, 93, 244
Lazier, Benjamin 68, 303, 348
Le Bon, Gustave 347
Le Corbusier Charles-Édouard 171
Leidhold, Wolfgang 325
Leonhardt, Holm Arno 8
Leonidas I., König von Sparta 178
Le Pen, Marine 127
Lessenich, Stephan 197
Lindner, Christian 17, 358
Locke, John 144-146
Luhmann, Niklas 174
Luxemburg, Rosa 187, 202
- Maas, Heiko 362
Machiavelli, Niccolò 182
MacKay, Charles 308-309
Macron, Emmanuel Jean-Michel 68, 265, 288-289, 304, 357-358, 364, 401
Manow, Philip 158, 200
Marx, Karl 148, 174, 190-191, 276-278, 332
Maull, Hans Walter 326-327
May, Karl 176
Mazzucato, Mariana 162, 189
Means, Gardiner Coit 313
Meier, Marvin 21
Merkel, Angela Dorothea 64, 98-99, 101, 140, 185, 196, 234-235, 262, 264, 294-295, 343, 346, 356-357, 359, 370, 392, 394, 396, 401-404, 406-407
Mertens, Daniel 156
Michéa, Jean-Claude 189
Michels, Robert 337
Mieth, Wolfram 78
Miksch, Leonhard 246
Milbradt, Georg 18, 381-382, 384
Mill, John Stuart 199
Mitterrand, François Adrien Marie 27, 60, 82-83, 91
Mock, Collin 227-231, 238
Mommson, Theodor 177
Monnet, Jean Omer Marie Gabriel 11, 19, 62
Montesquieu, Charles-Louis de Secondat 174
Moscovici, Pierre 112
Mose, Prophet 364
Müller, Hans-Peter 174
Müller, Heiner 172, 176-178
Müller-Armack, Alfred 47, 253

- Münkler, Herfried 131, 174-178, 182, 185-186
Muntschik, Thomas 63-66
- Napoleon Bonaparte 185, 337
Naumann, Friedrich 334
Neumark, Fritz 194-195
Newland, Victoria 362
Nietzsche, Friedrich Wilhelm 239-240
Nixon, Richard Milhous 34, 316, 376
- Obama, Barack Hussein 110, 182-183, 365, 392
Offe, Claus 139, 158, 174
Oppermann, Thomas 375
Ortega y Gasset, José 324
Osterhammel, Jürgen 185
Oswalt, Walter 221
Otte, Max 5-6, 18-19, 67, 191-192, 239-240, 250-251, 303, 307, 309-365
- Padoa-Schioppa, Tommaso 50, 90, 141
Paulus, Paulus von Tarsus, Apostel 355
Peffekoven, Rolf 223
Pethig, Rüdiger 277
Peukert, Helge 348-349
Piketty, Thomas 158-159, 161, 168
Pitsoulis, Athanassios 5, 18, 269-305
Plamper, Jan 68, 303, 348
Plato, griech. Philosoph (latein. Platon) 30, 324
Plumpe, Werner 304, 361, 364
Pöhl, Karl Otto 39-42, 83, 90, 284
Pöttering, Hans-Gert 358
Pohmer, Dieter 223
Polanyi, Karl 189
Pommerehne, Werner 213, 216
Pompidou, Georges Jean Raymond 107
Popper, Karl Raimund 191
Preiser, Erich 226, 236
Prodi, Romano 53, 90, 96
Püttner, Günter 375
Pufendorf, Samuel von 143-145
Putin, Wladimir Wladimirowitsch 9, 362, 406
- Raiffeisen, Friedrich Wilhelm 312-313, 316
Rawls, John 175
Reagan, Ronald Wilson 215, 386
Reckers, Hans 6, 9, 18-20, 367-407
Regling, Karl 76
- Regling, Klaus 5, 12-14, 64, 71-118, 392
Rehm, Hannes 312, 314, 317
Reichert, Mathias 374
Rexrodt, Günter 336
Ricardo, David 120
Richter, Rudolf 214
Rifkin, Jeremy 360-361
Röcke, Werner 177
Rödder, Andreas 140, 391
Rölller, Lars-Hendrik 235
Rollinger, Robert 335, 360
Roosevelt, Franklin Delano 340, 343
Roscher, Wilhelm 148
Rousseau, Jean-Jacques 193, 198
Rueff, Jacques 26, 34, 186, 259, 352
Rürup, Hans-Adalbert (Bert) 237
Rüstow, Alexander 220
Ruggiero, Renato 354
- Salvini, Matteo 401, 405
Santer, Jacques 53
Sauermann, Heinz 236
Schäffle, Albert 137
Schäuble, Wolfgang 100, 107, 110, 117, 216, 234, 264, 299, 388, 399, 401
Scharoun, Hans 171
Scheel, Walter 386
Schiffler, Adolf 210-211
Schiller, Karl 236, 385
Schinkel, Karl Friedrich 177-178
Schlesinger, Helmut 39-42, 90
Schmidt, Helmut Heinrich Waldemar 8, 57, 79-80, 90, 211, 215, 295, 327, 355, 387, 403
Schmidt, Kurt 223
Schmidt, Susanne 356
Schmitt, Karl 181-182, 193, 242, 324, 348
Schmoller, Gustav 137
Scholz, Olaf 112, 140
Schommer, Karl Josef, (Kajo) 381
Schröder, Gerhard Fritz Kurt 8, 53, 55-56, 58, 95-99, 190, 233, 259, 262, 290, 291
Schüller, Alfred 220
Schulmann, Horst 90
Schulz, Martin 290
Schulze-Delitzsch, Hermann 312
Schuman, Robert 62
Schumpeter, Joseph Alois 137, 147-148, 153, 155, 174, 199
Schwarz, Hans-Peter 60, 375

Personenregister

- Servan-Schreiber, Jean-Jacques 328, 360
Sievert, Olaf 214, 237
Simitis, Konstantinos 291
Singer, Tania 249
Sinn, Hans-Werner 107, 224, 309, 355
Smith, Adam 120, 188, 189, 198, 341, 349-350
Snyder, Timothy David 396
Solbes Mira, Pedro 96
Soros, George 48-50
Spengler, Oswald 308
Stark, Jürgen 8, 87, 89-91, 94, 103, 241, 395, 398
Steagall, Henry Bascom 311
Steffen, Karl Joachim Jürgen (Jochen) 378
Steinbrück, Peer 98, 370, 394-396, 403
- Steiner, Michael 94-95
Sternberger, Dolf 191
Stoltenberg, Gerhard 18, 83, 90, 378-379, 383
Stone, William Oliver 361
Strauss-Kahn, Dominique 95
Streit, Manfred 221
- Taylor, Frederick 338-339
Tenenbaum, Edward Adam 246
Thatcher, Margaret Hilda 147, 215, 376, 386
Thiemeyer, Guido 8, 103
Thierse, Wolfgang 176
Thießen, Friedrich 380
Thoreau, Henry David 146, 202
Thukydides, Athener Feldherr 334-335
Tietmeyer, Hans 8, 13, 38-40, 42-47, 54, 82, 87-91, 94, 103, 236, 284, 380, 382, 399
Treskow, von (Familie) 170
Trichet, Jean-Claude 46, 295, 403
Trompenaars, Alfons (Fons) 345
Trump, Donald John 14, 68, 120, 207, 225-226, 305, 365
Tsipras, Alexis 82, 105-106, 296, 298
- Ullmann, Richard 326
- Vaatz, Arnold Eugen Hugo 381
Vanberg, Viktor 221
Varoufakis, Yanis 105-106, 274, 289, 295-299
Verwiebe, Roland 174
Völkel, Ulrich 324
Voth, Hans-Joachim 69
- Waigel, Theodor (Theo) 8, 13, 43, 45, 57, 74, 87, 89-90, 284, 355, 369
Waldhoff, Christian 134, 148-150
Walter, Friedrich (Fritz) 34
Weber, Max 136, 140, 148, 161, 174, 183, 189, 199, 240
Wehner, Herbert Richard 79
Weidmann, Jens 101, 208
Weinachter, Michèle 8
Weizsäcker, Richard von 26
Welch, Jack 316
Welteke, Ernst 46, 392
Werner, Pierre 45, 255
Wessel, Horst Ludwig 171
White, Harry Dexter 33
White, William R. 64, 101
Wicksell, Knut 200
Wiegard, Wolfgang 223
Wieser, Thomas 8
Wilders, Geert 127
Willmann (Frau) 80, 88
Wissmann, Matthias 376, 378
Wößmann, Ludger 240
Wulf-Mathies, Monika 208
- Ziethen, Sanne 11, 67-69, 111-113, 116, 118, 172, 177, 184, 188, 194, 199, 210, 213, 216, 222, 235, 242-243, 245, 247, 249, 251-56, 259-260, 264-265, 324, 327, 332, 335, 339, 342, 344-347, 350, 354, 361, 363-365, 373-375, 377-380, 384-387, 389, 390
Zintl, Reinhard 188
Zuckerberg, Mark 359

Danksagung

Der Georg Olms Verlag dankt den folgenden Einrichtungen und Initiativen für ihre Unterstützung, so dass dieses Werk sowohl im Print als auch als Open-Access-Edition (Lizenz CC-BY-SA 4.0) erscheinen kann:

Universitätsbibliothek Basel
Staatsbibliothek zu Berlin
Universitätsbibliothek Bochum
Universitäts- und Landesbibliothek Bonn
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt
Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf
Universitätsbibliothek Duisburg-Essen
Universitätsbibliothek Erfurt
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg / Universitätsbibliothek
Dachinitiative „Hochschule.digital Niedersachsen“ des Landes Niedersachsen
Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
FernUniversität in Hagen / Universitätsbibliothek
Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky Hamburg
Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek
Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
Universitätsbibliothek in Landau
Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern
Universitätsbibliothek Mainz
Universitätsbibliothek Marburg
Universitätsbibliothek der LMU München
Universitäts- und Landesbibliothek Münster
Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
Universitätsbibliothek Passau
Universität Potsdam / Universitätsbibliothek
Universitätsbibliothek Tübingen
Universitätsbibliothek Vechta
Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel
Universitätsbibliothek Würzburg
Universitätsbibliothek Wuppertal
Zentralbibliothek Zürich

In der Reihe „Historische Europa-Studien“ (ISSN 1869-1196)
erschieden bisher folgende Titel:

Band 1: Romain Kirt

Europa – Die Weltmacht der Herzen. Zukunftsszenarien für das 21. Jahrhundert

2009. IV/184 S.

ISBN 978-3-487-14239-5

Band 2: Michael Gehler,
Andreas Pudlat (Hg.)

Grenzen in Europa

unter Mitarbeit von Imke Scharlemann

2009. 378 S.

ISBN 978-3-487-14240-1

Band 3: Kurt Gritsch

Inszenierung eines gerechten Krieges? Intellektuelle, Medien und der „Kosovo-Krieg“ 1999

2010. 533 S.

ISBN 978-3-487-14355-2

Band 4: Michael Gehler (Hg.)

Die Macht der Städte.

Von der Antike bis zur Gegenwart

Unter Mitarbeit von Imke Scharlemann

2010. 780 S. mit zahlreichen Abb.

ISBN 978-3-487-14481-8

Band 5: Michael Gehler,
Hinnerk Meyer (Hg.)

Deutschland, der Westen und der europäischen Parlamentarismus

Hildesheimer Europagespräche I

2012. 475 S.

ISBN 978-3-487-14693-5

Band 6: Michael Gehler, Xuewu Gu,
Andreas Schimmelpfennig (Hg.)

EU - China. Global Players in a Complex World

2011. 355 S.

ISBN 978-3-487-14727-7

Band 7: Andreas Pudlat

Schengen. Zur Manifestation von Grenze und Grenzschutz in Europa

2013. 367 S. mit 21 Abb.

ISBN 978-3-487-14730-7

Band 8: Christoph Kühberger

Globalgeschichte als Vernetzungsgeschichte. Geschichtsunterricht im Mehr-Ebenen-System

2012. 303 S.

ISBN 978-3-487-14820-5

Band 9: Hannah Maischein

Ecce Polska. Studien zur Kontinuität des Messianismus in der polnischen Kunst des 20. Jahrhunderts

2012. 136 S.

ISBN 978-3-487-14853-3

Band 10: Michael Gehler,
Imke Scharlemann (Hg.)

Zwischen Diktatur und Demokratie. Erfahrungen in Mittelost- und Südosteuropa

Hildesheimer Europagespräche II

2013. 728 S.

ISBN 978-3-487-14833-5

Band 11: Michael Gehler,
Marcus Gonschor, Hinnerk Meyer (Hg.)

Banken, Finanzen und Wirtschaft im Kontext europäischer und globaler Krisen

Hildesheimer Europagespräche III

Unter Mitarbeit von Severin Cramm und

Miriam Hetzel

2015. 687 S.

ISBN 978-3-487-15041-3

Band 12: Hinnerk Meyer
Formationsphasen der europäischen Integrationspolitik im Vergleich
2014. 431 S.
ISBN 978-3-487-15129-8

Band 13: Michael Gehler,
Marcus Gonschor, Severin Cramm,
Miriam Hetzel (Hg.)
Internationale Geschichte im globalen Wandel
Hildesheimer Europagespräche IV
2 Bände. 2018. XXII/1278 S. mit 82 Abb.
ISBN 978-3-487-15568-5

Band 14: Michael Gehler, Peter Müller,
Peter Nitschke (Hg.)
Europa-Räume. Von der Antike bis zur Gegenwart
2016. 508 S. mit 43 Abb.
ISBN 978-3-487-15482-4

Band 15: Felix Hinz (Hg.)
Kreuzzüge des Mittelalters und der Neuzeit. Realhistorie – Geschichtskultur – Didaktik
2015. 389 S.
ISBN 978-3-487-15267-7

Band 16: Holm A. Leonhardt
Kartelltheorie und Internationale Beziehungen. Theoriegeschichtliche Studien
2013. 861 S.
ISBN 978-3-487-14840-3

Band 17: Michael Gehler,
Andrea Brait (Hg.)
Am Ort des Geschehens in Zeiten des Umbruchs
2018. 974 S. mit 30 Abb.
ISBN 978-3-487-15622-4

Band 18: Michael Gehler,
Andrea Brait (Hg.)
Von den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa bis zum Zerfall der Sowjetunion 1985-1991
2 Bände. 2023. 1772 S.
ISBN 978-3-487-16139-6

Band 19: Marcus Gonschor
Politik der Feder
2017. 893 S.
ISBN 978-3-487-15531-9

Band 20: Michael Gehler, Paul Luif,
Elisabeth Vyslonzil (Hg.)
Die Dimension Mitteleuropa in der Europäischen Union
2015. 499 S. mit 9 Abb. und 18 Tabellen.
ISBN 978-3-487-15268-4

Band 21: Michael Gehler,
Andrea Brait, Philipp Strobl (Hg.)
Geschichte schreiben - Geschichte vermitteln. Inner- und interdisziplinäre Perspektiven auf die Europaforschung
Hildesheimer Europagespräche V
2 Bände. 2020. 1402 S. mit 31 Abb.
ISBN 978-3-487-15939-3

Band 22: Deborah Cuccia
There are two German States and two must remain?
2019. XIV/394 S. mit 18 Abb.
ISBN 978-3-487-15810-5

Band 23: Marco Gerhard Schinze-Gerber
Franz Josef Strauß. Wegbereiter der deutschen Einheit und Europäer aus Überzeugung
2020. 386 S. mit 1 Abb.
ISBN 978-3-487-15904-1

Band 24: Harald Kleinschmidt
Der Kontext der Europäischen Union
2020. 380 S. mit 2 Abb.
ISBN 978-3-487-15839-6

Band 25: Ulfert Zöllner
**An den Peripherien Westeuropas
Irland und Österreich und die Anfänge
der wirtschaftlichen Integration
am Beispiel des Marshall-Plans**
2022. 288 S. mit 5 Abb.
ISBN 978-3-487-16052-8

Band 26: Faruk Ajeti
**Die Kosovopolitik Österreichs
in den Jahren 1986-1999**
2022. 430 S.
ISBN 978-3-487-16208-9

Band 27: Michael Gehler,
Sanne Ziethen (Hg.)
**Währungsidentitäten und -kulturen
im Kontext europäischer und globaler
Krisen**
Hildesheimer Europagespräche VI
2022. 418 S. mit 8 Abb.
ISBN 978-3-487-16209-6

